

Parlamentsdienste
Services du Parlement
Servizi del Parlamento
Servetschs dal parlame



Die Bundesversammlung und die Covid-19-Krise: Ein chronologischer Überblick

24. Februar 2020 bis 18. Juni 2021

Stand am
18.06.2021

Dokumentation | Documentazione | Documentazione

Parlamentsbibliothek

Bibliothèque du Parlement

Biblioteca del Parlamento

Parlamentsbibliothek
Einheit Recherchen & Statistiken

Bibliothèque du Parlement
Unité Recherches & statistiques

Biblioteca del Parlamento
Unità Ricerche & statistiche

CH- 3003 Bern
+41 58 322 97 44
doc@parl.admin.ch

Die ersten bestätigten Covid-19-Fälle treten in der Schweiz in der letzten Februarwoche und damit eine Woche vor Beginn der Frühjahrsession 2020 auf. Zwar versammeln sich die Räte Anfang März ordnungsgemäss zur Frühjahrsession, aufgrund rasant steigender Fallzahlen wird die Session jedoch nach zwei Wochen abgebrochen. Nach einer Phase der Reorganisation des Parlamentsbetriebs, um die Abstandsregeln einhalten zu können, verlangen der Bundesrat und zwei Drittel der Ständeratsmitglieder die Einberufung einer ausserordentlichen Session; diese wird Anfang Mai in der Bernexpo durchgeführt. Auch die ordentliche Sommersession im Juni findet in der Bernexpo statt. Für die Herbstsession kehrt die Bundesversammlung ins Parlamentsgebäude zurück. Auch die zweitägige Sondersession des Nationalrates, die Wintersession 2020, die Frühjahrsession, die Sondersession und die Sommersession 2021 werden im Parlamentsgebäude abgehalten.

Zu Beginn der Covid-19-Krise übernimmt der Bundesrat wegen seiner ständigen Möglichkeit, zu tagen und zu handeln, die Führung bei der Eindämmung der Krise. Mehrere der vom Bundesrat ergriffenen Massnahmen müssen aber von den Räten nachträglich genehmigt werden. Mittels Vorstössen erteilen die Räte dem Bundesrat zudem Aufträge und verlangen von ihm Auskünfte.

Der vorliegende Faktenbericht gibt einen chronologischen Überblick über die Arbeitsweise der Bundesversammlung während der Covid-19-Krise. Neben Angaben zum Parlamentsbetrieb enthält er Informationen zu den Covid-19-bezogenen Vorstössen und zur Rolle des Parlamentes bei den wichtigsten Covid-19-Akten.

Aufbau des Faktenberichtes

Der Faktenbericht besteht aus neunzehn Teilen (Stand 18. Juni 2021) und vierzehn Anhängen.

Jeder Teil ist einem bestimmten Stadium der Krise gewidmet und wie folgt gegliedert:

- Im ersten, einleitenden Abschnitt werden die wichtigsten Ereignisse sowie die Beschlüsse des Bundesrates und der Leitungsorgane des Parlamentes chronologisch aufgelistet;
- im zweiten Abschnitt sind Informationen zum Parlamentsbetrieb zu finden;
- danach folgt als Einschub ein grafischer Überblick über die Covid-19-Fallzahlen und die im betreffenden Zeitraum geltenden Covid-19-Massnahmen;
- im dritten Abschnitt werden die eingereichten sowie die abschliessend behandelten Covid-19-Vorstösse statistisch ausgewertet;
- der letzte Abschnitt ist den Covid-19-Rechtsetzungsakten, den Covid-19-Finanzbeschlüssen sowie übrigen Covid-19-bezogenen Akten des Bundesrates und der Bundesversammlung gewidmet.

Am Ende der Abschnitte sind in grauen Kästen jeweils Hintergrundinformationen zum Verfahren und zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen zu finden.

Die Quellennachweise, das Verzeichnis der Grafiken, jenes des Hintergrundwissens und das Abkürzungsverzeichnis befinden sich am Ende des Dokumentes.

In den Anhängen sind folgende Informationen zu finden:

- Der erste Anhang zeigt die Entwicklung der Covid-19-Fallzahlen;
- der zweite Anhang gibt einen Überblick über die Schutzmassnahmen während der Sessionen;
- der dritte Anhang zeigt die Anzahl Sitzungstage und Sitzungsstunden pro Rat;
- der vierten Anhang gibt einen statistischen Überblick über die verlangten Covid-19-Auskünfte, erteilten Covid-19-Aufträge und gefällten Covid-19-Beschlüsse pro Session;
- im fünften Anhang werden die eingereichten Covid-19-Vorstösse einzeln aufgelistet;
- im sechsten Anhang werden die angenommenen Covid-19-Postulate und Motionen aufgeführt;
- im siebten Anhang sind die Covid-19-bezogenen parlamentarischen Initiativen aufgelistet;
- im achten Anhang sind die Covid-19-bezogenen Standesinitiativen zu finden;
- im neunten Anhang sind die Covid-19-Erklärungen des Bundesrates und der Räte aufgeführt;
- der zehnte Anhang listet die Covid-19-Akte der Bundesversammlung einzeln auf;
- der elfte Anhang zeigt die Entwicklung der Covid-19-Rechtsetzungsakte und listet sie einzeln auf;
- im zwölften Anhang werden die bewilligten Covid-19-Kredite und Zahlungsrahmen einzeln aufgeführt;
- im dreizehnten Anhang sind die gescheiterten Covid-19-Vorlagen zu finden und
- im vierzehnten Anhang werden die dem Volk zur Abstimmung unterbreiteten Covid-19-Vorlagen aufgelistet.

INHALTSVERZEICHNIS

TEIL I: WOCHEN VOR DER FRÜHJAHRSSSESSION 2020	7
1. Chronologie der Ereignisse	8
2. Parlamentsbetrieb	8
3. Covid-19-Vorstöße.....	10
4. Covid-19-Akte.....	10
TEIL II: FRÜHJAHRSSSESSION 2020	11
1. Chronologie der Ereignisse	12
2. Parlamentsbetrieb	12
3. Covid-19-Vorstöße.....	15
4. Covid-19-Akte.....	17
TEIL III: NACH ABRUCH DER FRÜHJAHRSSSESSION 2020 BIS ENDE MÄRZ 2020.....	18
1. Chronologie der Ereignisse	19
2. Parlamentsbetrieb	20
3. Covid-19-Vorstöße.....	22
4. Covid-19-Akte.....	22
5. Beschluss zur Einberufung einer ausserordentlichen Session.....	28
TEIL IV: APRIL 2020.....	30
1. Chronologie der Ereignisse	31
2. Parlamentsbetrieb	32
3. Covid-19-Vorstöße.....	35
4. Covid-19-Akte.....	37
TEIL V: AUSSERORDENTLICHE SESSION IM MAI 2020	40
1. Parlamentsbetrieb	41
2. Covid-19-Vorstöße.....	43
3. Covid-19-Akte.....	48
TEIL VI: ZWISCHEN DER AUSSERORDENTLICHEN SESSION UND DER SOMMERSESSION 2020	53
1. Chronologie der Ereignisse	54
2. Parlamentsbetrieb	54
3. Covid-19-Vorstöße.....	56
4. Covid-19-Akte.....	57
TEIL VII: SOMMERSESSION 2020	60
1. Chronologie der Ereignisse	61
2. Parlamentsbetrieb	61
3. Covid-19-Vorstöße.....	64
4. Covid-19-Akte.....	68
TEIL VIII: ZWISCHEN DER SOMMERSESSION 2020 UND DER HERBSTSESSION 2020.....	72
1. Chronologie der Ereignisse	73
2. Parlamentsbetrieb	74
3. Covid-19-Vorstöße.....	76
4. Covid-19-Akte.....	78

TEIL IX: HERBSTSESSION 2020	82
1. Chronologie der Ereignisse	83
2. Parlamentsbetrieb	83
3. Covid-19-Vorstösse.....	85
4. Covid-19-Akte.....	91
TEIL X: ZWISCHEN DER HERBSTSESSION 2020 UND DER SONDERSESSION 2020.....	102
1. Chronologie der Ereignisse	103
2. Parlamentsbetrieb	104
3. Covid-19-Vorstösse.....	106
4. Covid-19-Akte.....	106
TEIL XI: SONDERSESSION DES NATIONALRATES 2020.....	109
1. Parlamentsbetrieb	110
2. Covid-19-Vorstösse.....	112
3. Covid-19-Akte.....	113
TEIL XII: ZWISCHEN DER SONDERSESSION 2020 UND DER WINTERSESSION 2020	114
1. Chronologie der Ereignisse	115
2. Parlamentsbetrieb	115
3. Covid-19-Vorstösse und parlamentarische Initiativen.....	117
4. Covid-19-Akte.....	119
TEIL XIII: WINTERSESSION 2020.....	123
1. Chronologie der Ereignisse	124
2. Parlamentsbetrieb	125
3. Covid-19-Vorstösse und parlamentarische Initiativen.....	128
4. Covid-19-Akte.....	132
TEIL XIV: ZWISCHEN DER WINTERSESSION 2020 UND DER FRÜHJAHRSSSESSION 2021	141
1. Chronologie der Ereignisse	142
2. Parlamentsbetrieb	145
3. Covid-19-Vorstösse, parlamentarische Initiativen und Standesinitiativen	148
4. Covid-19-Akte.....	148
DAS ERSTE COVID-19-JAHR IN ZAHLEN UND IM VERGLEICH.....	152
TEIL XV: FRÜHJAHRSSSESSION 2021.....	153
1. Chronologie der Ereignisse	154
2. Parlamentsbetrieb	155
3. Covid-19-Vorstösse.....	156
4. Covid-19-Akte.....	161
TEIL XVI: ZWISCHEN DER FRÜHJAHRSSSESSION 2021 UND DER SONDERSESSION 2021	166
1. Chronologie der Ereignisse	167
2. Parlamentsbetrieb	168
3. Covid-19-Vorstösse und parlamentarische Initiativen.....	171
4. Covid-19-Akte.....	171

TEIL XVII: SONDERSESSION DES NATIONALRATES 2021	174
1. Chronologie der Ereignisse	175
2. Parlamentsbetrieb	175
3. Covid-19-Vorstösse.....	177
4. Covid-19-Akte.....	177
TEIL XVIII: ZWISCHEN DER SONDERSESSION 2021 UND DER SOMMERSESSION 2021	178
1. Chronologie der Ereignisse	179
2. Parlamentsbetrieb	180
3. Covid-19-Vorstösse.....	183
4. Covid-19-Akte.....	183
TEIL XIX: SOMMERSESSION 2021	185
1. Chronologie der Ereignisse	186
2. Parlamentsbetrieb	186
4. Covid-19-Akte.....	192
Grafikverzeichnis.....	195
Verzeichnis des Hintergrundwissens und der Begriffserläuterungen	198
Abkürzungsverzeichnis	199
Anhang I: Covid-19-Fallzahlen	201
Anhang II: Überblick «Schutzmassnahmen Parlamentsbetrieb».....	204
Anhang III: Sitzungstage und Sitzungstunden der Räte.....	207
Anhang IV: Statistischer Überblick «Verlangte Auskünfte, erteilte Aufträge und Beschlüsse pro Session»	210
Anhang V: Eingereichte Covid-19-Vorstösse	213
Anhang VI: Angenommene Covid-19-Vorstösse.....	313
Anhang VII: Eingereichte Covid-19-bezogene parl. Initiativen.....	321
Anhang VIII: Eingereichte Covid-19-bezogene Standesinitiativen	325
Anhang IX: Covid-19-Erklärungen des Bundesrates und der Räte	326
Anhang X: Überblick «Covid-19-Akte der Bundesversammlung».....	327
Anhang XI: Covid-19-Rechtsetzungsakte in Zahlen und im Überblick.....	332
Anhang XII: Bewilligte Covid-19-Kredite und Zahlungsrahmen.....	354
Anhang XIII: Gescheiterte Covid-19-Vorlagen.....	356
Anhang XIV: Volksabstimmungen über Covid-19-Vorlagen	357

Teil I

WOCHE VOR DER FRÜHJAHRSSSESSION 2020

24.02.2020 – 01.03.2020

Neues Coronavirus Ab dem 11. März 2020

**SO SCHÜTZEN
WIR UNS.** 

Gründlich
Hände waschen.

In Taschentuch oder
Armbeuge husten
und niesen.

Bei Fieber und
Husten zu Hause
bleiben.

www.bag-coronavirus.ch Infoline Coronavirus: +41 58 463 00 00

 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra
Sveiz Confederaziun

 Bundesamt für Gesundheit BAG
Office fédéral de la santé publique OFSP
Ufficio federale della sanità pubblica UFSP
Ufficio federal de sanzadad publica USRP

1. Chronologie der Ereignisse¹

25.02.2020 Erster bestätigter Covid-19-Fall in der Schweiz

27.02.2020 Das BAG lanciert die Informationskampagne «So schützen wir uns».

28.02.2020 Der Bundesrat stuft die Situation in der Schweiz als besondere Lage ein und verbietet Grossveranstaltungen mit mehr als 1000 Personen.

Die Verwaltungsdelegation beschliesst, den Zugang zum Parlamentsgebäude während der Frühjahrsession zu beschränken.

2. Parlamentsbetrieb

In der Woche vor der Frühjahrsession 2020 finden wie gewohnt Kommissionssitzungen statt.

Hintergrundwissen

H.1

Parlamentsbetrieb

Jährlich finden vier ordentliche, jeweils drei Wochen dauernde Sessionen statt:

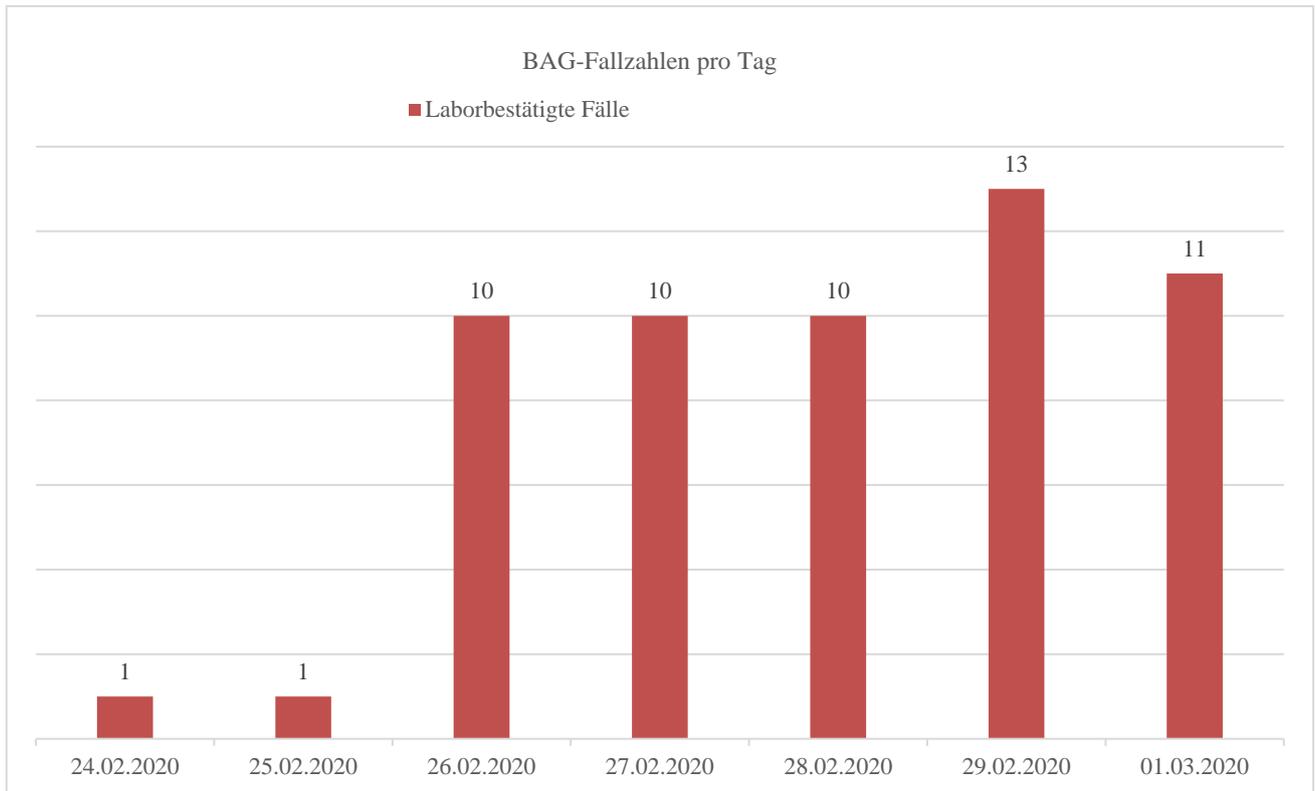
- die Frühjahrsession (Februar / März),
- die Sommersession (Juni),
- die Herbstsession (September / Oktober) und
- die Wintersession (November / Dezember).

Zwischen den Sessionen werden Büro-, Fraktions- und Kommissionssitzungen abgehalten, so auch in den Wochen vor der Frühjahrsession 2020.

¹ Die chronologische Auflistung der Beschlüsse im ersten Abschnitt der Kapitel stützt sich auf die Medienmitteilungen des Bundesrates, des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) und der Leitungsorgane des Parlaments, vgl. das Quellenverzeichnis am Ende des Berichtes.

COVID-19-FALLZAHLEN UND -MASSNAHMEN IM ÜBERBLICK

G.1



Ab dem 28.02.: Grossveranstaltungen mit mehr als 1000 Personen sind verboten.

Ausserhalb der Session: normaler Kommissionsbetrieb

3. Covid-19-Vorstösse

Im untersuchten Zeitraum werden noch keine Covid-19-bezogenen Vorstösse eingereicht. Den Medienmitteilungen der Kommissionen ist allerdings zu entnehmen, dass das neue Coronavirus bereits Mitte Februar an Kommissionssitzungen – unter anderem an der Sitzung der SGK-S vom 11. Februar – thematisiert wurde.

Hintergrundwissen

H.2

Parlamentarische Vorstösse

Vorstösse sind parlamentarische Handlungsinstrumente, mit denen Auskünfte verlangt oder Aufträge erteilt werden können. Adressat der Vorstösse ist in der Regel der Bundesrat.

Ausserhalb der Session können Vorstösse nur von Kommissionen eingereicht werden, während der Session auch von Ratsmitgliedern und Fraktionen.

4. Covid-19-Akte

4.1. Rechtsetzungsakte im Covid-19-Bereich

Am 28. Februar stuft der Bundesrat die Situation in der Schweiz als besondere Lage ein und erlässt, gestützt auf [Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe b](#) des Epidemiengesetzes ([SR 818.101](#)), die Verordnung über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (COVID-19) ([SR 818.101.24](#)). Mit dieser Verordnung verbietet er öffentliche und private Veranstaltungen, bei denen sich gleichzeitig mehr als 1000 Personen aufhalten.

Hintergrundwissen

H.3

Epidemiengesetz

Das Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz) ([SR 818.101](#)) regelt den Schutz des Menschen vor übertragbaren Krankheiten und sieht die dazu nötigen Massnahmen vor.

Das Epidemiengesetz wurde vom Parlament am 28. September 2012 erlassen. Als Bundesgesetz unterstand es dem fakultativen Referendum. Da dieses ergriffen wurde, musste das Gesetz dem Volk zur Abstimmung unterbreitet werden. Das Volk stimmte ihm am 22. September 2013 zu, sodass es am 1. Januar 2016 in Kraft gesetzt werden konnte.

Das Epidemiengesetz unterscheidet zwischen der normalen, der besonderen ([Art. 6 EpG](#)) und der ausserordentlichen Lage ([Art. 7 EpG](#)):

- In der normalen Lage sind grundsätzlich die Kantone für den Vollzug des Epidemiengesetzes und damit für das Anordnen von Massnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten zuständig.
- In der besonderen Lage erhält der Bund – der Bundesrat – die Kompetenz, gewisse Massnahmen selbst anzuordnen, die normalerweise in der Zuständigkeit der Kantone liegen. Dies geschieht erst nach Anhörung der Kantone, beispielsweise im Rahmen des Koordinationsorgans oder einer Konsultation der Gesundheitsdirektorenkonferenz.
- In der ausserordentlichen Lage kann der Bundesrat für das ganze Land oder für einzelne Landesteile die notwendigen Massnahmen anordnen.

Massnahmen, welche der Bundesrat gestützt auf das Epidemiengesetz anordnet, bedürfen weder einer vorhergehenden noch einer nachträglichen Genehmigung durch das Parlament.

Teil II

FRÜHJAHRSSSESSION 2020

02.03.2020 – 15.03.2020

Neues Coronavirus Attualizzato il 13.3.2020

SO SCHÜTZEN WIR UNS.



Gründlich
Hände waschen.



In Taschentuch oder
Armbeuge husten und
niesen.



Papier Taschentuch nach
Gebrauch in geschlossenen
Abfallimer.



Hände schütteln
vermeiden.



Bei Fieber und Husten
zu Hause bleiben.



Nur nach telefonischer
Anmeldung in Arztpraxis
oder Notfallstation.

www.bag-coronavirus.ch Infoline Coronavirus: +41 58 463 00 00

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra
Swiss Confederation

Bundesamt für Gesundheit BAG
Office fédéral de la santé publique OFSP
Ufficio federale della sanità pubblica UFSP
Ufficio federal de sanidad publica UFSP

1. Chronologie der Ereignisse

- 02.03.2020 Die BAG-Kampagne wechselt von gelb auf rot. Dies bedeutet, dass die bisherigen drei Hygieneregeln «Gründlich Hände waschen», «In Taschentuch oder Armbeuge husten und niesen» und «Bei Fieber und Husten zu Hause bleiben» um drei weitere Regeln erweitert werden: «Papiertaschentuch nach Gebrauch in geschlossenen Abfalleimer», «Hände schütteln vermeiden» und «Nur nach telefonischer Anmeldung in Arztpraxis oder Notfallstation».
- Beginn der Frühjahrssession 2020
- 05.03.2020 Erster bestätigter Covid-19-Todesfall in der Schweiz
- 09.03.2020 Beginn der zweiten Sessionswoche
- Die Verwaltungsdelegation beschliesst, die Session weiterzuführen, und verschärft den Zugang zum Parlamentsgebäude.
- Im Nationalrat wird ein Ordnungsantrag mit 155 zu 13 Stimmen bei 8 Enthaltungen abgelehnt, der einen sofortigen Unterbruch der Session für mindestens eine Woche verlangt.
- 13.03.2020 Der Bundesrat verbietet Veranstaltungen mit mehr als 100 Personen. In Restaurants, Bars und Diskotheken dürfen sich maximal 50 Personen aufhalten. An den Schulen, Hochschulen und Ausbildungsstätten darf vor Ort kein Unterricht stattfinden. Zudem wird die Einreise aus Italien eingeschränkt. Der Bundesrat stellt ferner bis zu 10 Milliarden Franken als Soforthilfe zur Verfügung, um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie rasch und unbürokratisch abzufedern.
- Die Verwaltungsdelegation beschliesst für die dritte Sessionswoche weitere Massnahmen gegen das Coronavirus: Personen, die eine Zutrittskarte von einem Ratsmitglied erhalten haben, können das Parlamentsgebäude nicht mehr betreten. Die Schlussabstimmungen finden einen Tag früher statt, und auf die Durchführung der Vereinigten Bundesversammlung am 18. März 2020 wird verzichtet. Als Massnahme des gegenseitigen Abstandhaltens können die Ratsmitglieder die Tribünen nutzen, um die Debatten zu verfolgen.
- 15.03.2020 Die Ratsbüros fassen auf Antrag der Verwaltungsdelegation den Beschluss, auf die Durchführung der dritten Woche der Frühjahrssession zu verzichten.

2. Parlamentsbetrieb

Die ersten zwei Sessionswochen werden wie gewohnt durchgeführt. Das Parlamentsgebäude ist aber ab Sessionsbeginn für externe Besucherinnen und Besucher, für Besucherinnen und Besucher der Ratsmitglieder, für nicht fest akkreditierte Medienschaffende, für Botschafterinnen und Botschafter und Chargés d'affaires nicht zugänglich. Ab dem 9. März haben auch ehemalige Mitglieder des Parlamentes und Kantonsvertreterinnen und -vertreter keinen Zugang.

Hintergrundwissen

H.4

Hausrecht

Das Hausrecht wird in den Ratssälen durch die Ratspräsidentinnen und Ratspräsidenten, in den übrigen Räumlichkeiten der Bundesversammlung und der Parlamentsdienste durch die Verwaltungsdelegation ausgeübt ([Art. 69 Abs. 1 ParlG](#)). Die Verwaltungsdelegation besteht aus je drei Mitgliedern der Büros beider Räte, in der Regel aus dem Präsidium des Nationalrates und des Ständerates.

Die Verwaltungsdelegation beschliesst, während der Corona-Krise den Zugang zum Parlamentsgebäude zu beschränken, da an einem normalen Sessionstag sich in der Regel weit über 1000 Personen im Gebäude bewegen.

Medienakkreditierung

Mit einer Akkreditierung erhalten Medienschaffende Zugang zum Parlamentsgebäude und zum Medienzentrum des Bundeshauses. Für die Ausstellung von permanenten Akkreditierungen ist die Bundeskanzlei zuständig; der Informationsdienst der Parlamentsdienste erstellt Tagesakkreditierungen.

Während der Covid-19-Krise wird auch der Zugang für Medienschaffende beschränkt. Es haben ausschliesslich die fest akkreditierten Medienschaffenden Zugang zum Parlamentsgebäude.

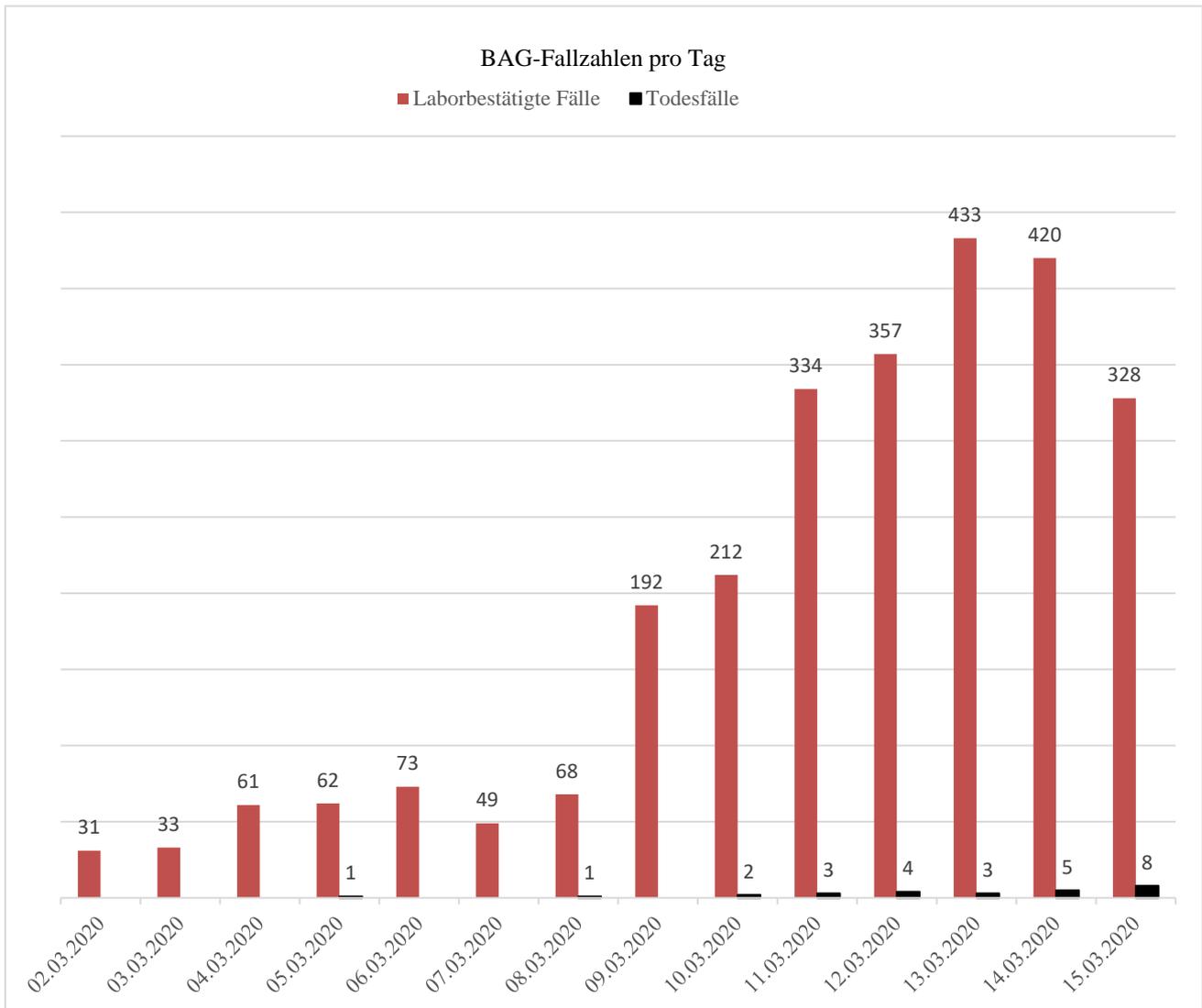
Sitzungsöffentlichkeit

Die Sitzungen der Räte und der Vereinigten Bundesversammlung sind öffentlich ([Art. 158 BV](#)): Besucherinnen und Besucher können die Ratsdebatten von den Zuschauertribünen aus verfolgen.

Im Laufe der Corona-Krise werden die Besuchertribünen wiederholt geschlossen. Die Debatten können jedoch per Livestream mitverfolgt werden.

COVID-19-FALLZAHLEN UND -MASSNAHMEN IM ÜBERBLICK

G.2

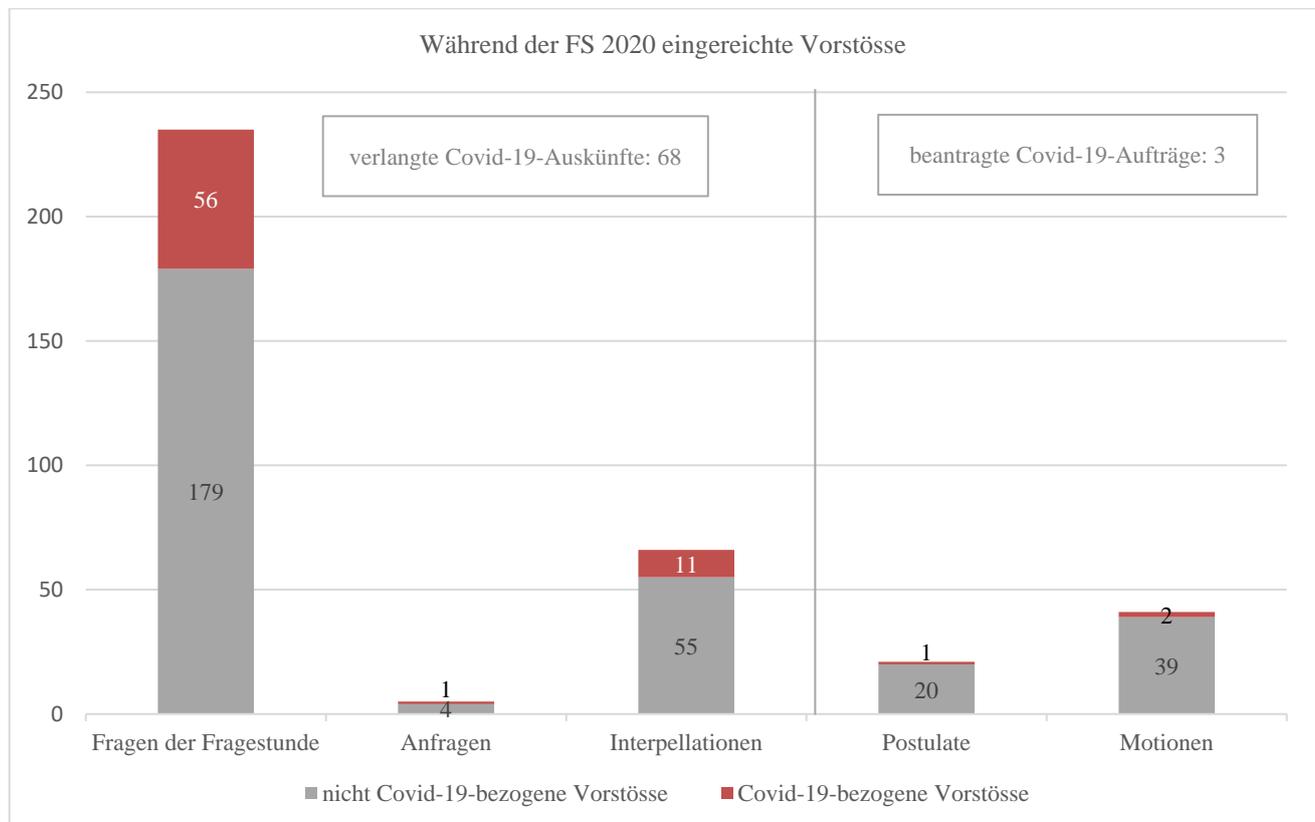


Seit dem 28.02.: Grossveranstaltungen mit mehr als 1000 Personen sind verboten.

Ab dem 13.03.: Private und öffentliche Veranstaltungen mit mehr als 100 Personen sind verboten. In Restaurants, Bars und Diskotheken dürfen sich maximal 50 Personen aufhalten. Die Einreise aus Italien ist eingeschränkt.

Erste und zweite Sessionswoche: Normaler Sessionsbetrieb, der Zutritt zum Parlamentsgebäude ist jedoch beschränkt.

3. Covid-19-Vorstösse²



G.3

Fragen der Fragestunde

Während der zweiwöchigen Frühjahrsession werden im Nationalrat 235 Fragen für die Fragestunde eingereicht. 56 dieser Fragen – d. h. rund 24 Prozent – beziehen sich auf Covid-19.

Dem Bundesrat werden unter anderem Fragen zu der Informationskampagne, der Versorgungssicherheit im Medizinalbereich, den volkswirtschaftlichen Auswirkungen und wirtschaftlichen Unterstützungsmassnahmen, den Grenzschiessungen und der Auswirkung von Covid-19 auf die Migrationsströme gestellt.

Hintergrundwissen

H.5

Fragestunde

Die Montagssitzungen des Nationalrates der zweiten und dritten Sessionswoche beginnen mit der Fragestunde. Dabei behandelt der Rat aktuelle Fragen, die Ratsmitglieder bis Mittwochmittag der Vorwoche eingereicht haben. Diese werden von der zuständigen Departementsvorsteherin oder dem zuständigen Departementsvorsteher in kurzer Form beantwortet. Anschliessend kann der Fragesteller oder die Fragestellerin eine kurze sachbezogene Zusatzfrage stellen. Die Fragestunde dauert höchstens 90 Minuten.

Eine Fragestunde kennt nur der Nationalrat.

² Die eingereichten Vorstösse sind im Anhang V einzeln aufgelistet.

Anfragen und Interpellationen

Im Zuge der Frühjahrssession werden ausserdem eine Covid-19-bezogene Anfrage und elf Covid-19-bezogene Interpellationen eingereicht. Die Anfrage und acht der elf Interpellationen werden im Nationalrat eingereicht, die anderen drei Interpellationen im Ständerat. Neben den volkswirtschaftlichen Auswirkungen, den Grenzschliessungen und der Auswirkung des Coronavirus auf die Migrationsströme wird mittels einer Interpellation auch die Möglichkeit eines E-Parlamentes thematisiert.

Der Bundesrat wird die Anfrage und die Interpellationen bis zur nächsten ordentlichen Session beantworten; die Antwort auf die Interpellation in Bezug auf das E-Parlament (20.3098) obliegt dem Büro des Nationalrates.

Hintergrundwissen

H.6

Anfragen und Interpellationen

Anfragen und Interpellationen sind – wie die Fragen der Fragestunden – Frageinstrumente; mit ihnen kann also eine Auskunft verlangt werden. Anfragen und Interpellationen werden dem Bundesrat direkt nach ihrer Einreichung zur Beantwortung überwiesen. Er beantwortet sie in der Regel bis zur nächsten ordentlichen Session.

Anfragen und Interpellationen, welche sich auf den Bereich des Parlamentsrechts beziehen, werden nicht vom Bundesrat, sondern vom Büro des Rates beantwortet, in dem sie eingereicht wurden.

Postulate und Motionen

In den Räten werden zudem zwei Covid-19-bezogene Motionen und ein Covid-19-bezogenes Postulat eingereicht. Das Postulat wird im Nationalrat eingereicht, die beiden Motionen im Ständerat.

Mit dem im Nationalrat eingereichten Postulat (20.3087) soll der Bundesrat beauftragt werden, in einem Bericht darzulegen, welche Schutzmassnahmen nach dem Bundesgesetz über aussenwirtschaftliche Massnahmen getroffen werden können, um ausländischen Blockaden von Lieferungen in die Schweiz unmissverständlich entgegenwirken zu können. Eine der beiden ständerätlichen Motionen (20.3076) will den Bundesrat beauftragen, Einreisebeschränkungen zu erlassen. Mit der zweiten Motion (20.3077) soll dem Bundesrat der Auftrag erteilt werden, mittels vorübergehender Mehrwertsteuerbefreiung oder -reduktion die von diesem Virus am schwersten betroffenen Sektoren zu unterstützen.

Der Bundesrat wird bis zum Beginn der nächsten ordentlichen Session Antrag auf Annahme oder Ablehnung des Postulates resp. der Motionen stellen. Danach werden die Räte entscheiden, ob sie sie annehmen oder ablehnen, d. h. dem Bundesrat den entsprechenden Auftrag erteilen oder nicht.

Hintergrundwissen

H.7

Postulate und Motionen

Mit Postulaten und Motionen werden keine Fragen gestellt, sondern Aufträge erteilt:

- Ein Postulat beauftragt den Bundesrat, zu prüfen und zu berichten, ob ein Entwurf zu einem Erlass der Bundesversammlung (z. B. einem Gesetz) vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen ist.
- Mit einer Motion wird dem Bundesrat der Auftrag erteilt, einen Entwurf zu einem Erlass der Bundesversammlung vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen.

Ein Postulat bedarf der Zustimmung des Rates, in dem es eingereicht wird. Einer Motion müssen hingegen beide Räte zustimmen.

4. Covid-19-Akte**4.1. Rechtsetzungsakte im Covid-19-Bereich**

Am 13. März erlässt der Bundesrat gestützt auf die Artikel [184 Absatz 3](#) und [185 Absatz 3](#) der Bundesverfassung und auf die [Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe b](#), [41 Absatz 1](#) und [77 Absatz 3](#) des Epidemiengesetzes die Verordnung 2 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (COVID-19) ([SR 818.101.24](#)) und damit die erste Notverordnung zur Bewältigung der Covid-19-Krise. Mit der Verordnung verbietet der Bundesrat unter anderem Veranstaltungen mit mehr als 100 Personen.

Hintergrundwissen

H.8

Notverordnungen

Notverordnungen stützen sich im Gegensatz zu anderen Verordnungen nicht auf ein Bundesgesetz, sondern direkt auf die Verfassung (selbstständige Verordnungen) und zwar auf diejenigen Artikel der Verfassung, in welchen die Notrechtskompetenz des Bundesrates ([Art. 184 Abs. 3](#) oder [Art. 185 Abs. 3 BV](#)) bzw. der Bundesversammlung ([Art. 173 Abs. 1 Bst. c BV](#)) verankert ist.

Wie alle Verordnungen unterstehen auch die Notverordnungen nicht dem Referendum. Der Erlass von Notverordnungen ist jedoch an strenge Kriterien gebunden; unter anderem muss eine zeitliche Dringlichkeit gegeben sein.

Bundesrätliche Notverordnungen bedürfen weder einer vorhergehenden noch einer nachträglichen Genehmigung durch das Parlament; sie müssen aber befristet werden.

Teil III

NACH ABRUCH DER FRÜHJAHRSSSESSION 2020 BIS ENDE MÄRZ 2020

16.03.2020 – 31.03.2020

Neues Coronavirus Abstandswort von 6.3.2020

SO SCHÜTZEN WIR UNS.



NEU



Abstand halten.
Zum Beispiel:

- Ältere Menschen durch genügend Abstand schützen.
- Beim Anstehen Abstand halten.
- Bei Sitzungen Abstand halten.

WEITERHIN WICHTIG:

-  Gründlich Hände waschen.
-  Hände schütteln vermeiden.
-  In Taschentuch oder Armbeuge husten und niesen.
-  Bei Besuch oder Husten zu Hause bleiben.
-  Nur nach telefonischer Anweisung in Arztpraxis oder Notfallstation.

www.bag-coronavirus.ch

 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra
Swiss Confederation

Bundesamt für Gesundheit BAG
Office fédéral de la santé publique OFSP
Ufficio federale della sanità pubblica UFSP
Ufficio Federal da sanadad publica UFSP



1. Chronologie der Ereignisse

- 16.03.2020 Der Bundesrat stuft die Situation in der Schweiz als «ausserordentliche Lage» gemäss Epidemienengesetz ein: Alle Läden, Restaurants, Bars sowie Unterhaltungs- und Freizeitbetriebe werden geschlossen; ausgenommen sind unter anderem Lebensmittelläden und die Gesundheitseinrichtungen. Besonders gefährdete Personen erledigen ihre Arbeit zuhause; ist dies nicht möglich, werden sie vom Arbeitgeber beurlaubt; ihren Lohn erhalten sie weiterhin. Auch die Einreise aus Deutschland, Österreich und Frankreich wird eingeschränkt. Zur Unterstützung der Kantone in den Spitälern, bei der Logistik und im Sicherheitsbereich bewilligt der Bundesrat den Einsatz von bis zu 8000 Armeeangehörigen.
- 18.03.2020 Um den Schutz der Bevölkerung vor dem Coronavirus weiter zu verstärken, dehnt der Bundesrat die Einreisebeschränkungen auf Spanien aus. Diese gelten zudem ab sofort auch für den Luftverkehr aus Italien, Frankreich, Deutschland und Österreich sowie aus allen Nicht-Schengen-Staaten. Zudem setzt der Bundesrat die Erteilung von Schengen-Visa wie auch von nationalen Visa für Angehörige von Drittstaaten für vorerst drei Monate aus. Die Einreise in die Schweiz ist für diese nur noch in Ausnahmefällen möglich. Der Bundesrat beschliesst ausserdem, dass vom 19. März bis und mit 4. April 2020 Schuldnerinnen und Schuldner in der ganzen Schweiz nicht betrieben werden dürfen. Zudem verzichtet er auf die Durchführung der angeordneten eidgenössischen Volksabstimmung vom 17. Mai.
- 19.03.2020 Die Verwaltungsdelegation und die Ratsbüros beschliessen, dass das Parlament seine Kräfte in den nächsten Wochen auf die Fragen im Zusammenhang mit dem Coronavirus konzentrieren soll. Es werden nur diejenigen Sitzungen der parlamentarischen Organe abgehalten, an denen für die Sessionen im Mai und Juni als dringend eingestufte Geschäfte vorberaten werden. Als dringend gelten Geschäfte zur Bewältigung der ausserordentlichen Lage aufgrund der Coronapandemie, z. B. die Zustimmung der Finanzdelegation zu dringlichen Krediten des Bundesrates. Ordnungsfristen gemäss Parlamentsgesetz und den Geschäftsreglementen, welche keine Aussenwirkung haben und nur für die interne Organisation der Arbeiten der Bundesversammlung gelten, stehen mit dem Abbruch der Session vom 16. März 2020 still. Sobald der ordentliche Kommissions- und Ratsbetrieb wiederaufgenommen werden kann, sollen diese Fristen weiterlaufen. Die Beschränkungen des Zutritts zum Parlamentsgebäude werden aufrechterhalten.
- 20.03.2020 Der Bundesrat verbietet Ansammlungen von mehr als fünf Personen. Er beschliesst zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Ausbreitung des Coronavirus ein umfassendes Massnahmenpaket in der Höhe von 32 Milliarden Franken. Das Massnahmenpaket beinhaltet Liquiditätshilfen für Unternehmen, eine Ausweitung und Vereinfachung der Kurzarbeit, eine Entschädigung bei Erwerbsausfällen für Selbstständige, eine Entschädigung bei Erwerbsausfällen für Angestellte, Soforthilfe und Ausfallentschädigungen im Kulturbereich, Massnahmen für Sportorganisationen und Hilfen für den Tourismus. Der Bundesrat beschliesst ausserdem, dass die Sammel- und Behandlungsfristen von eidgenössischen Volksbegehren stillstehen, verlängert die Gerichtsferien in Zivil- und Verwaltungsverfahren und beschliesst weitere Massnahmen im Bereich des Arbeitsgesetzes.

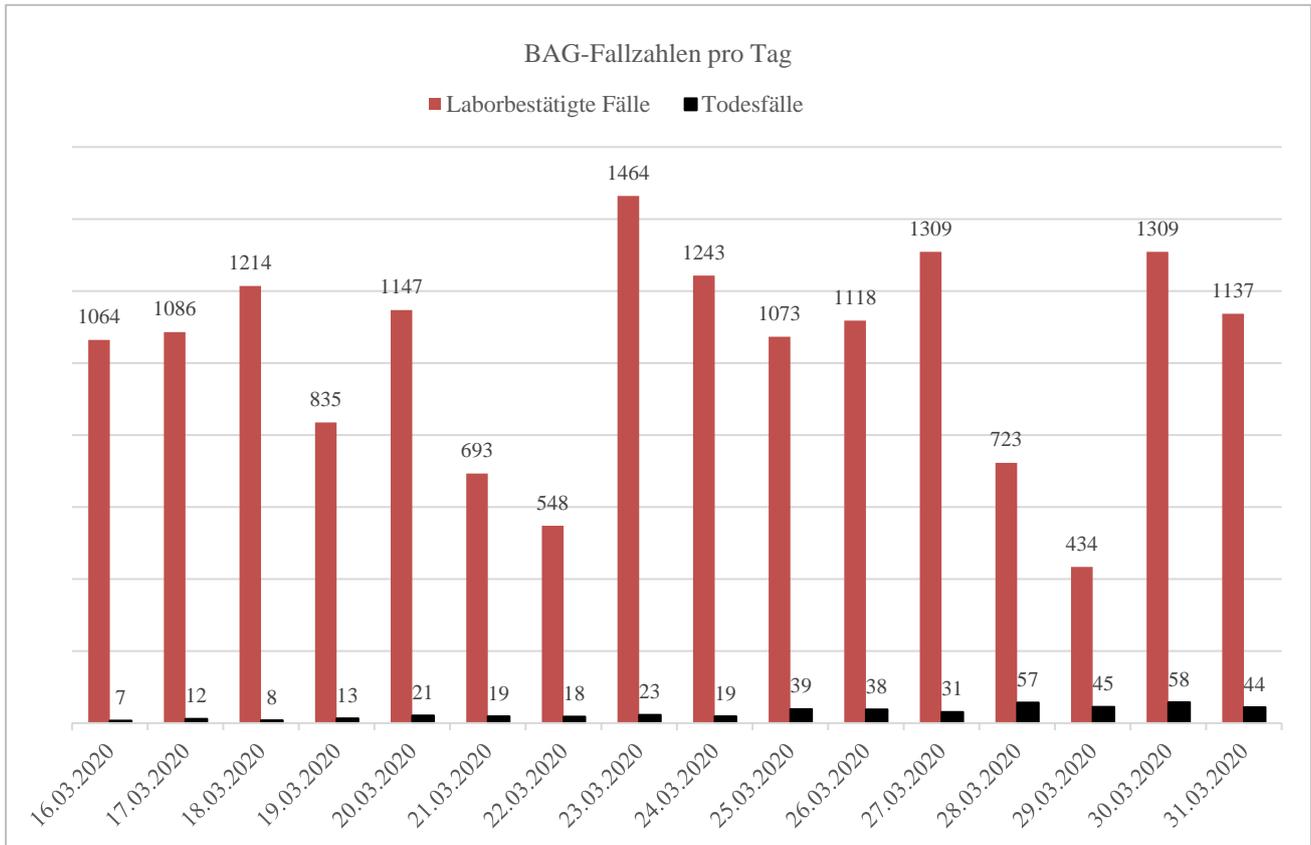
- 23.03.2020 Der Bundesrat beantragt die Einberufung einer ausserordentlichen Session.
Die Finanzdelegation stimmt dringlichen Krediten von rund 30,7 Milliarden Franken zu.
- 25.03.2020 Der Bundesrat erlässt weitere Massnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Ausbreitung des Coronavirus. Die KMU sollen Kredite für die Überbrückung von Corona-bedingten Liquiditätsengpässen erhalten, die vom Bund verbürgt werden. Ferner beschliesst er Massnahmen, die die Stellenmeldepflicht, die Arbeitslosenversicherung, die Kurzarbeitsentschädigung und die berufliche Vorsorge betreffen und führt eine Bewilligungspflicht für die Ausfuhr von medizinischer Schutzausrüstung ein.
31 Mitglieder des Ständerates beantragen die Einberufung einer ausserordentlichen Session.
- 26.03.2020 Die Ratsbüros beschliessen zur Beratung der dringlichen Kredite gemäss den Nachmeldungen zum Nachtrag I zum Voranschlag 2020 die Einberufung einer ausserordentlichen Session. Sie wird Anfang Mai in der Bernexpo durchgeführt werden. Die am 13. März 2020 von der Verwaltungsdelegation erlassenen Zutrittsbeschränkungen gelten auch für die ausserordentliche Session. Der Nachtrag I wird von den Finanzkommissionen beider Räte vorberaten. Zum Mitbericht über die Nachmeldungen werden die WAK, die WBK und die SGK eingeladen. Die Kommissionssitzungen finden im Parlamentsgebäude oder im Bernerhof statt. Es sollen keine Kommissionssitzungen per Telefon- oder Videokonferenzen abgehalten werden.
- 27.03.2020 Der Bundesrat beschliesst, dass er den Kantonen im Kampf gegen das Coronavirus erlauben kann, kurzzeitig die Tätigkeit bestimmter Wirtschaftsbranchen einzuschränken oder einzustellen, wenn die epidemiologische Situation dies erfordert. Hintergrund dieser Regelung ist ein Entscheid des Kantons Tessin, Betriebe und Baustellen für eine befristete Dauer zu schliessen. Der Bundesrat verlängert zudem die Fristen bei Zahlungsrückständen bei Wohn- und Geschäftsmieten von 30 auf 90 Tage und genehmigt die Deaktivierung des antizyklischen Kapitalpuffers der Banken.

2. Parlamentsbetrieb

Die Sitzungen der dritten Sessionswoche werden nicht durchgeführt. Es finden auch keine Kommissionssitzungen statt. Einzig die Leitungsorgane des Parlamentes (d. h. die beiden Ratsbüros und die Verwaltungsdelegation) und die Finanzdelegation tagen.

COVID-19-FALLZAHLEN UND -MASSNAHMEN IM ÜBERBLICK

G.4



Ab dem 17.03.: Es ist verboten, öffentliche oder private Veranstaltungen, einschliesslich Sportveranstaltungen und Vereinsaktivitäten, durchzuführen.

Alle Läden, Restaurants, Bars sowie Unterhaltungs- und Freizeitbetriebe sind geschlossen. Lebensmittelläden, Take-aways, Betriebskantinen, Lieferdienste für Mahlzeiten und Apotheken bleiben geöffnet, ebenso Tankstellen, Bahnhöfe, Banken, Poststellen, Hotels, die öffentliche Verwaltung und soziale Einrichtungen.

Geschlossen sind Betriebe, in denen die Abstandsregeln nicht eingehalten werden können, wie Coiffeursalons oder Kosmetikstudios.

An den Schulen, Hochschulen und Ausbildungsstätten darf vor Ort kein Unterricht stattfinden.

Spitäler, Kliniken und Arztpraxen bleiben geöffnet, müssen aber auf nicht dringend angezeigte medizinische Eingriffe und Therapien verzichten.

Beerdigungen sind nur im engen Familienkreis erlaubt.

Die Einreise aus Italien, Deutschland, Österreich und Frankreich ist eingeschränkt.

Ab dem 19.03.: Die Einreise in die Schweiz ist nur noch in Ausnahmefällen möglich.

Ab dem 21.03.: Ansammlungen von mehr als fünf Personen im öffentlichen Raum sind verboten.

Es finden ausschliesslich Sitzungen der Leitungsorgane und der Finanzdelegation statt.

3. Covid-19-Vorstösse

Im untersuchten Zeitraum werden keine Kommissionssitzungen durchgeführt und so auch keine Kommissionsvorstösse eingereicht.

4. Covid-19-Akte

4.1. Rechtsetzungsakte im Covid-19-Bereich

Am 16. März stuft der Bundesrat die Situation in der Schweiz als ausserordentliche Lage ein und stützt die COVID-19-Verordnung 2 auf [Artikel 7](#) des Epidemiengesetzes³ ab.

Im untersuchten Zeitraum revidiert der Bundesrat zudem sechs weitere Male die COVID-19-Verordnung 2, erlässt gestützt auf [Artikel 185 Absatz 3](#) der Bundesverfassung weitere Notverordnungen, verabschiedet gestützt auf bestehende Bundesgesetze neue unselbstständige Verordnungen und revidiert bestehende unselbstständige Verordnungen einzeln oder mittels einer Mantelverordnung mehrere zusammen.

Begriffserläuterungen

B.1

«Selbstständige» versus «unselbstständige» Verordnungen

Selbstständige Verordnungen stützen sich direkt auf die Verfassung. Unselbstständige Verordnungen werden gestützt auf eine Ermächtigung in einem Erlass unterhalb der Verfassungsstufe, in der Regel ein Gesetz, erlassen.

Die meisten Verordnungen sind unselbstständige Verordnungen; selbstständige Verordnungen bilden die Ausnahme.

«Mantelverordnungen»

Wenn zwischen den einzelnen Änderungen mehrerer Verordnungen ein enger sachlicher Zusammenhang besteht, können die Änderungen in einer Verordnung (sogenannte «Mantelverordnung») zusammengefasst werden. Die Mantelverordnung erhält einen Sammeltitle, der das Thema der Änderungen umschreibt.

Eine Mantelverordnung wird in der Amtlichen Sammlung (AS), nicht aber in der Systematischen Sammlung des Bundesrechts (SR) publiziert. In der SR werden die Änderungen direkt in die betreffenden Verordnungen eingearbeitet.

Der Bundesrat erlässt im untersuchten Zeitraum folgende Notverordnungen:

- [SR 161.16](#) Verordnung über den Fristenstillstand bei eidgenössischen Volksbegehren vom 20. März 2020 (Inkrafttreten am 21. März 2020)
- [SR 173.110.4](#) Verordnung über den Stillstand der Fristen in Zivil- und Verwaltungsverfahren zur Aufrechterhaltung der Justiz im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19) vom 20. März 2020 (Inkrafttreten am 21. März 2020)
- [SR 415.021](#) Verordnung über Begleitmassnahmen im Sportbereich zur Abfederung der Folgen von Massnahmen des Bundes zur Bekämpfung des Coronavirus (COVID-19-Verordnung Sport) vom 20. März 2020 (Inkrafttreten am 21. März 2020)

³ Artikel 7 des Epidemiengesetzes ist rein deklaratorischer Natur; er wiederholt lediglich auf Gesetzesstufe die verfassungsmässige Notrechtskompetenz des Bundesrates gemäss [Artikel 185 Absatz 3](#) der Bundesverfassung.

- [SR 442.15](#) Verordnung über die Abfederung der wirtschaftlichen Auswirkungen des Coronavirus (COVID-19) im Kultursektor (COVID-Verordnung Kultur) vom 20. März 2020 (Inkrafttreten am 21. März 2020)
- [SR 830.31](#) Verordnung über Massnahmen bei Erwerbsausfall im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19) (COVID-19-Verordnung Erwerbsausfall) vom 20. März 2020 (Inkrafttreten am 17. März 2020)
- [SR 837.033](#) Verordnung über Massnahmen im Bereich der Arbeitslosenversicherung im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19) (COVID-19-Verordnung Arbeitslosenversicherung) vom 20. März 2020 (Inkrafttreten am 17. März 2020)
- [SR 823.115](#) Verordnung über Massnahmen im Bereich der Stellenmeldepflicht im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19-Verordnung Stellenmeldepflicht) vom 25. März 2020 (Inkrafttreten am 26. März 2020)
- [SR 831.471](#) Verordnung über die Verwendung von Arbeitgeberbeitragsreserven für die Vergütung der Arbeitnehmerbeiträge an die berufliche Vorsorge im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19-Verordnung berufliche Vorsorge) vom 25. März 2020 (Inkrafttreten am 26. März 2020)
- [SR 951.261](#) Verordnung zur Gewährung von Krediten und Solidarbürgschaften in Folge des Coronavirus (COVID-19-Solidarbürgschaftsverordnung) vom 25. März 2020 (Inkrafttreten am 26. März 2020)
- [SR 221.213.4](#) Verordnung über die Abfederung der Auswirkungen des Coronavirus im Miet- und Pachtwesen (COVID-19-Verordnung Miete und Pacht) vom 27. März 2020 (Inkrafttreten am 28. März 2020),

revidiert folgende Notverordnung:

- [SR 837.033](#) Verordnung über Massnahmen im Bereich der Arbeitslosenversicherung im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19) (COVID-19-Verordnung Arbeitslosenversicherung) vom 20. März 2020, Änderung vom 25. März 2020 (Inkrafttreten am 26. März 2020),

erlässt gestützt auf bestehende Gesetze folgende unselbstständige Verordnungen:

- [SR 531.215.33](#) Verordnung über die Beschränkung der Abgabe von Arzneimitteln vom 18. März 2020 (Inkrafttreten am 18. März 2020)
- [SR 281.241](#) Verordnung über den Rechtsstillstand gemäss Artikel 62 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs vom 18. März 2020 (Inkrafttreten am 19. März 2020)
- [SR 641.207.2](#) Verordnung über den befristeten Verzicht auf Verzugszinsen bei verspäteter Zahlung von Steuern, Lenkungsabgaben und Zollabgaben sowie Verzicht auf die Darlehensrückerstattung durch die Schweizerische Gesellschaft für Hotelkredit vom 20. März 2020 (Inkrafttreten am 21. März 2020),

revidiert folgende bestehende unselbstständige Verordnungen:

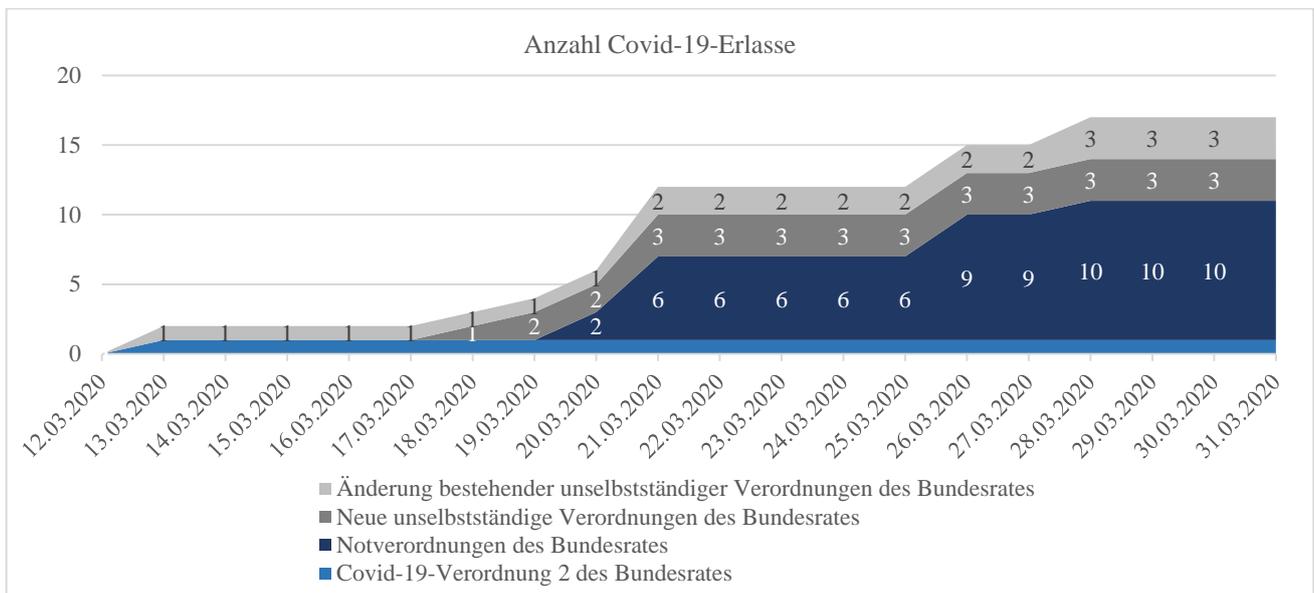
- [SR 952.03](#) Verordnung über die Eigenmittel und Risikoverteilung der Banken und Wertpapierhäuser (Eigenmittelverordnung, ERV) vom 1. Juni 2012, Änderung vom 27. März 2020 (Inkrafttreten am 28. März 2020)
- [SR 837.02](#) Verordnung über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (Arbeitslosenversicherungsverordnung, AVIV) vom 31. August 1983, Änderung vom 13. März 2020 (Inkrafttreten am 13. März 2020)

und revidiert mittels der folgenden Mantelverordnung zwei bestehende unselbstständige Verordnungen:

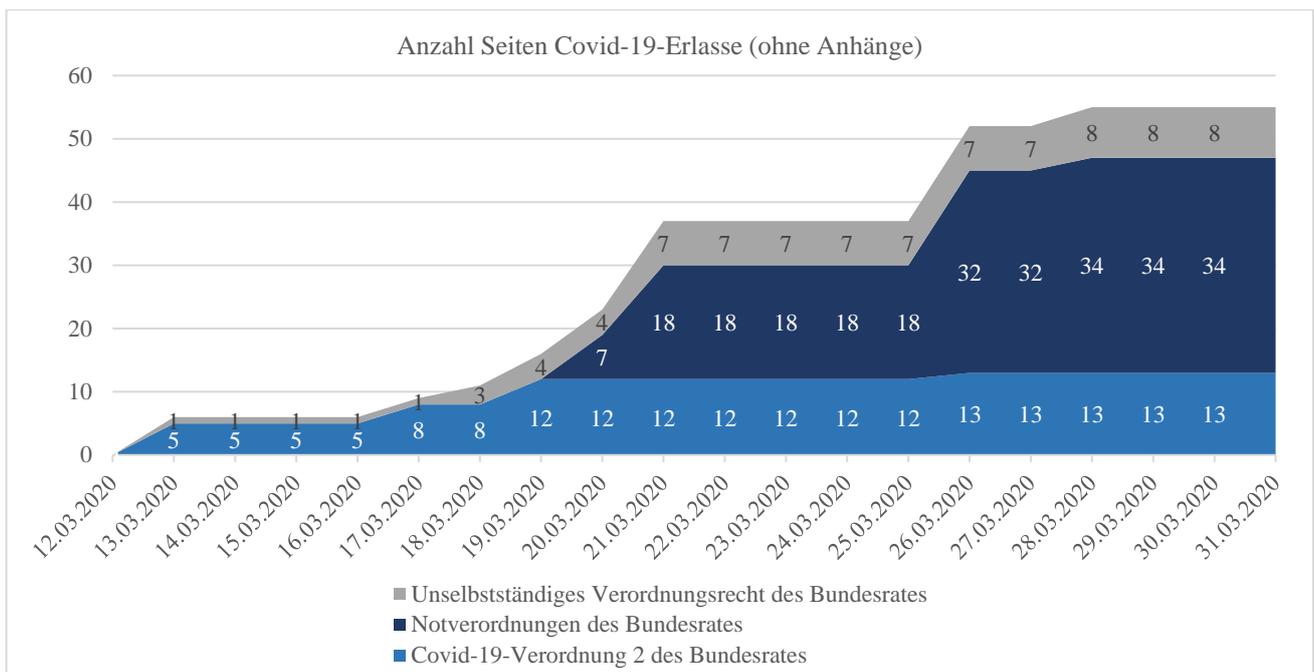
- Verordnung über Massnahmen im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19) zur Kurzarbeitsentschädigung und zur Abrechnung der Sozialversicherungsbeiträge vom 20. März 2020 ([SR 831.101](#), [SR 837.02](#)) (Inkrafttreten am 21. März 2020).

Keine dieser Verordnungen bedarf der vorhergehenden oder nachträglichen Genehmigung der Bundesversammlung. Die gestützt auf [Artikel 185 Absatz 3](#) der Bundesverfassung erlassenen Verordnungen treten jedoch von Gesetzes wegen sechs Monate nach ihrem Inkrafttreten ausser Kraft, wenn der Bundesrat bis dahin der Bundesversammlung keinen Entwurf einer gesetzlichen Grundlage für den Inhalt der Verordnung oder einer Verordnung der Bundesversammlung gemäss [Artikel 173 Absatz 1 Buchstabe c](#) der Bundesverfassung, welche die Verordnung des Bundesrates ersetzt, unterbreitet hat ([Art. 7d Abs. 2 Bst. a RVOG](#)).

Die nachfolgenden Grafiken zeigen die zahlenmässige Entwicklung der rechtsetzenden Covid-19-Erlasse. Gezählt wurden die Erlasse, welche am jeweiligen Stichtag in Kraft waren. Die rückwirkend geltenden Erlasse wurden erst ab ihrem Erlassstag gezählt. Bei Mantelverordnungen wurden die geänderten Verordnungen einzeln gezählt.



G.5



G.6

4.2. Finanzbeschlüsse im Covid-19-Bereich⁴

Am 20. März 2020 übermittelt der Bundesrat den Finanzkommissionen beider Räte eine Nachmeldung zum Nachtrag I zum Voranschlag 2020 im Umfang von rund 31,7 Milliarden Franken. Der Finanzdelegation beantragt er zeitgleich, einen Teil der nachgemeldeten Kredite als dringlich anzuerkennen und einen Vorschuss zu gewähren. Die Finanzdelegation stimmt dem Vorschuss von 30,7 Milliarden Franken am 23. März zu.

Die Finanzdelegation bewilligt:

- einen dringlichen Verpflichtungskredit von 20 Milliarden Franken für die finanzielle Abfederung von Liquiditätsengpässen durch Bundesbürgschaften für Darlehen an grundsätzlich solvente kleinere und mittlere Unternehmen, welche unter den Folgen des Coronavirus leiden, sowie
- Nachtragskredite im Wert von 10,7 Milliarden Franken, davon
 - 6 Milliarden Bundesbeiträge an die Arbeitslosenversicherung zur Finanzierung der Ausgaben für die Kurzarbeit,
 - 4 Milliarden für die Deckung von Erwerbsausfällen, welche aufgrund von Massnahmen im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Coronavirus entstehen und für die keine andere Kompensation vorgesehen ist,
 - 280 Millionen Soforthilfe zugunsten der Kultur,
 - 100 Millionen für Härtefalllösungen im Sportbereich sowie
 - 350 Millionen für Beschaffungen von Sanitätsmaterial.

Mit der Zustimmung der Finanzdelegation erhält der Bundesrat die Erlaubnis, die entsprechenden Verpflichtungen einzugehen und die Ausgaben zu tätigen.

Die dringlichen Kredite werden dem Parlament im Rahmen der Beratung des Nachtrags I zum Voranschlag 2020 (20.007) zur nachträglichen Genehmigung unterbreitet werden.

Begriffserläuterung

B.2

«Verpflichtungskredite»

Mit einem Verpflichtungskredit ermächtigt die Bundesversammlung die Verwaltung, für ein bestimmtes Vorhaben oder eine Gruppe gleichartiger Vorhaben bis zum bewilligten Höchstbetrag finanzielle Verpflichtungen einzugehen ([Art. 10 Abs. 1 FHV](#)). Ein Verpflichtungskredit ist in der Regel dann einzuholen, wenn ein Vorhaben über das laufende Voranschlagsjahr hinaus Zahlungen zur Folge hat ([Art. 21 Abs. 1 FHG](#)).

Der Verpflichtungskredit ermöglicht es, Verpflichtungen einzugehen, nicht aber, Zahlungen auszulösen. Für Zahlungen sind Voranschlagskredite nötig, die jährlich im Budget beantragt und vom Parlament beschlossen werden müssen.

⁴ Vgl. Brief des Bundesrates an die Finanzkommissionen vom [20. März 2020](#); Medienmitteilung der Finanzdelegation vom [23. März 2020](#).

Hintergrundwissen

H.9

Ordentliches Nachtragsverfahren

Falls sich im Verlauf des Budgetjahres zeigt, dass die von den Räten bereits bewilligten Voranschlagskredite (Budgetkredite) bei einzelnen Finanzpositionen nicht ausreichen, und der Aufwand oder die Investitionsausgabe sich nicht auf das folgende Jahr verschieben lässt, muss ein Nachtragskredit beantragt werden.

Der Bundesrat unterbreitet der Bundesversammlung die Nachtragskredite in der Regel zweimal jährlich mit einer Botschaft. Diese wird jeweils in der Sommersession (Nachtrag I, gemeinsam mit der Rechnung des Vorjahres) bzw. in der Wintersession (Nachtrag II, gemeinsam mit dem Voranschlag für das folgende Jahr) behandelt.

Dringliches Nachtragsverfahren

Grundsätzlich bedarf jede Ausgabe des Bundes der vorhergehenden Zustimmung des Parlamentes. Kann der Bundesrat für einen Aufwand oder eine Investitionsausgabe, die nicht aufgeschoben werden kann, die Bewilligung des Kredits durch die Bundesversammlung jedoch nicht abwarten, darf er den Kredit mit Zustimmung der Finanzdelegation selbst beschliessen ([Art. 34 Abs. 1 FHG](#)). Solche dringlichen Aufwände und Investitionsausgaben unterbreitet er der Bundesversammlung zur nachträglichen Genehmigung, und zwar mit dem nächsten Nachtrag zum Voranschlag oder, wenn dies nicht mehr möglich ist, mit der Staatsrechnung in Form einer Kreditüberschreitung ([Art. 34 Abs. 2 FHG](#)).

Ein gleichartiges Dringlichkeitsverfahren sieht das Finanzhaushaltsgesetz für Verpflichtungskredite vor: Der Bundesrat kann schon vor der Bewilligung des erforderlichen Verpflichtungskredites durch die Bundesversammlung die Ermächtigung erteilen, ein Vorhaben, das nicht aufgeschoben werden kann, in Angriff zu nehmen oder fortzusetzen. Er holt dafür vorgängig die Zustimmung der Finanzdelegation ein und unterbreitet die dringliche Verpflichtung der Bundesversammlung nachträglich zur Genehmigung ([Art. 28 FHG](#)).

Beide Dringlichkeitsverfahren kommen im Laufe der Covid-19 Krise mehrmals zur Anwendung, erstmals Ende März.

Die Finanzdelegation besteht im Übrigen aus je drei Mitgliedern des Nationalrates und des Ständerates, die der Finanzkommission des entsprechenden Rates angehören. Ihr obliegt, neben den dringlichen Kreditbewilligungen, die nähere Prüfung und Überwachung des Finanzhaushaltes.

4.3. Weitere Covid-19-Akte⁵

Mit Beschluss vom 6. März 2020 hat der Bundesrat das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) ermächtigt, zur Unterstützung der Kantone im Rahmen der Gesundheitsversorgung bis zu 800 Angehörige der Armee im Assistenzdienst bis maximal zum 27. März 2020 einzusetzen.

Am 16. März 2020 beauftragt der Bundesrat das VBS, den Einsatz im Assistenzdienst bis maximal zum 30. Juni 2020 fortzusetzen, und bewilligt den Einsatz von bis zu 8000 Armeeangehörigen.

Der Einsatz dient:

- der personellen Unterstützung in den zivilen Spitaleinrichtungen im Bereich der allgemeinen Grund- und Behandlungspflege,
- der Unterstützung von Massnahmen im Zusammenhang mit der Eindämmung der Ausbreitung von Covid-19,
- der Unterstützung von Transporten infektiöser Patientinnen und Patienten,
- der Entlastung von kantonalen Polizeikorps im Sicherheitsbereich,
- der Unterstützung bei Schutz und Kontrolle der Landesgrenzen sowie
- der Unterstützung zur Erfüllung weiterer logistischer Aufgaben.

Der vom Bundesrat beschlossene Einsatz wird der Bundesversammlung in der nächsten Session zur nachträglichen Genehmigung unterbreitet werden.

Hintergrundwissen

H.10

Genehmigung des Assistenzdienstes der Armee

Für das Aufgebot der Truppen und deren Zuweisung an die zivilen Behörden ist der Bundesrat zuständig ([Art. 70 Abs. 1 MG](#)). Werden jedoch mehr als 2000 Angehörige der Armee aufgeboten oder dauert der Einsatz länger als drei Wochen, so muss die Bundesversammlung den Einsatz in der nächsten Session genehmigen; ist der Einsatz vor der Session beendet, so erstattet der Bundesrat der Bundesversammlung Bericht ([Art. 70 Abs. 2 MG](#)).

⁵ Vgl. Bundesratsbeschluss vom 16. März 2020 über den Assistenzdienst der Armee zur Unterstützung ziviler Behörden, [BBl 2020 1959](#); Botschaft vom 22. April 2020 zum Bundesbeschluss über den Assistenzdienst der Armee zur Unterstützung der zivilen Behörden im Rahmen der Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie, [BBl 2020 3447](#).

5. Beschluss zur Einberufung einer ausserordentlichen Session

Die Ratsbüros beschliessen am 25. März, im Mai an der Stelle der ursprünglich geplanten Sondersession eine ausserordentliche Session durchzuführen. Die ausserordentliche Session ist sowohl vom Bundesrat wie auch von 31 Mitgliedern des Ständerates verlangt worden.

Die ausserordentliche Session wird zwecks Beratung der Nachmeldungen zum Nachtrag I zum Voranschlag 2020 (20.007) verlangt. Die definitiven Sessionsprogramme werden die Ratsbüros am 1. Mai 2020 beschliessen.

Hintergrundwissen

H.11

Ausserordentliche Session

Sondersessionen dienen dem Abbau der Geschäftslast und können von jedem Rat für sich beschliessen werden. Ausserordentliche Sessionen sind hingegen wie die ordentlichen Sessionen gemeinsame Sessionen beider Räte.

Die Einberufung der Räte zu einer ausserordentlichen Session kann von einem Viertel der Mitglieder eines Rates oder dem Bundesrat verlangt werden ([Art. 151 Abs. 2 BV](#)). Dem Bundesrat und der Ratsminderheit wird mit diesem Recht die Möglichkeit gegeben, die parlamentarische Agenda mitzubestimmen.

Der Bundesrat resp. die Ratsminderheit können die ausserordentliche Einberufung der Räte zwecks Behandlung folgender Beratungsgegenstände verlangen ([Art. 2 Abs. 3 ParlG](#)):

- Entwürfe des Bundesrates oder einer Kommission der Bundesversammlung zu einem Erlass der Bundesversammlung;
- in beiden Räten eingereichte gleichlautende Motionen;
- Wahlen;
- Erklärung des Bundesrates oder in beiden Räten eingereichte gleichlautende Entwürfe für Erklärungen des Nationalrates und des Ständerates.

Die Ratsminderheit und der Bundesrat haben das Recht, die Einberufung einer ausserordentlichen Session zu verlangen. Einberufen werden die Räte jedoch nicht von ihnen, sondern vom jeweiligen Ratsbüro.

Die Ratsbüros legen den Zeitpunkt und die Traktanden der Session fest; sie können die durch die Urheberinnen und Urheber des Antrags bezeichneten Beratungsgegenstände durch weitere ergänzen.

Eine ausserordentliche Session im April?

Der am 16. März beschlossene Assistenzdienst ist nicht zu verwechseln mit dem Aufbieten von Truppen für den Aktivdienst. Bietet der Bundesrat Truppen für den Aktivdienst auf, ist die Bundesversammlung von Verfassung wegen unverzüglich einzuberufen (vgl. [Art. 185 Abs. 4 BV](#)). Das Aufgebot der Truppen zum Assistenzdienst muss hingegen nicht unverzüglich, sondern erst in der nächsten Session der Räte genehmigt werden ([Art. 70 Abs. 2 MG](#)).

Das Finanzhaushaltsgesetz sieht im Übrigen vor, dass wenn ein Viertel eines Rates die Einberufung einer ausserordentlichen Session zwecks nachträglicher Genehmigung von dringlichen Nachtrags- und Verpflichtungskrediten von über 500 Millionen Franken innert einer Woche nach der Zustimmung der Finanzdelegation verlangt, diese in der dritten Kalenderwoche nach der Einreichung des Begehrens für die Einberufung der Session stattfinden muss ([Art. 28 Abs. 3](#) sowie [Art. 34 Abs. 4 FHG](#)). Zwar verlangen Ende März 12 Mitglieder des Nationalrates, gestützt auf das Finanzhaushaltsgesetz, eine ausserordentliche Session im April. Da aber das für

die Einberufung einer ausserordentlichen Session benötigte Quorum nicht erreicht wird, werden die Räte gestützt auf den Antrag des Bundesrates und der 31 Ständeratsmitglieder einberufen, und damit findet die ausserordentliche Session erst im Mai statt.

Teil IV

APRIL 2020

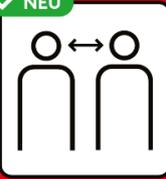
01.04.2020 – 03.05.2020

Neues Coronavirus Abstandswort von 03.05.2020

SO SCHÜTZEN WIR UNS.



NEU



Abstand halten.
Zum Beispiel:

- Ältere Menschen durch genügend Abstand schützen.
- Beim Anstehen Abstand halten.
- Bei Sitzungen Abstand halten.

WEITERHIN WICHTIG:

-  Gründlich Hände waschen.
-  Hände schütteln vermeiden.
-  In Taschentuch oder Armbeuge husten und niesen.
-  Bei Besuch oder Husten zu Hause bleiben.
-  Nur nach telefonischer Anmeldung in Arztpraxis oder Notfallstation.

www.bag-coronavirus.ch

 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra
Swiss Confederation

Bundesamt für Gesundheit BAG
Office fédéral de la santé publique OFSP
Ufficio federale della sanità pubblica UFSP
Ufficio Federal da sanadad publica UFSP



Scanne für weitere Infos

1. Chronologie der Ereignisse

- 01.04.2020 Der Bundesrat bestätigt seine bisherige Strategie und beschliesst, eine gezielte Verlängerung oder Ausweitung von Unterstützungsleistungen zu prüfen. Er ergreift zudem Massnahmen, um die Agrarmärkte in der Folge der Corona-Krise zu stabilisieren, sowie Massnahmen für den Schutz der Gesundheit aller am Asylverfahren beteiligten Akteure.
- Die Nationalratspräsidentin und der Ständeratspräsident genehmigen im Auftrag der beiden Büros den Sitzungsplan der die Geschäfte der ausserordentlichen Session vorberatenden Kommissionen. Die betreffenden Kommissionen werden ab dem 6. April 2020 in den Räumlichkeiten des Bundeshauses tagen.
- 03.04.2020 Der Bundesrat fasst den Beschluss, das Bürgschaftsprogramm für Covid-19-Überbrückungskredite für Liquiditätshilfe um weitere 20 Milliarden auf insgesamt 40 Milliarden Franken aufzustocken.
- 06.04.2020 Die Koordinationskonferenz beschliesst, dass Kommissionen, denen bisher kein dringender Beratungsgegenstand zugewiesen wurde, ebenfalls tagen können. Für sie wird je ein Zeitfenster von einem halben Tag reserviert. Um die Hygienevorschriften einhalten zu können, finden die Sitzungen der ständerätlichen Kommissionen im grössten Sitzungszimmer des Parlamentsgebäudes und nötigenfalls im Ständeratssaal statt, diejenigen der nationalrätlichen Kommissionen im Hotel Bellevue.
- Die Büros haben zudem folgende Rahmenbedingungen für Kommissionssitzungen per Videokonferenz festgelegt: 1. Mit der Durchführung einer Sitzung per Videokonferenz müssen die Kommissionspräsidentin oder der Kommissionspräsident sowie die Mehrheit der Kommissionsmitglieder einverstanden sein. 2. Die traktandierten Geschäfte sollen sich für eine Videokonferenz eignen. Darunter fallen beispielsweise Anhörungen oder die Beratung von Vorstössen. 3. Videokonferenzen müssen mit «Skype for Business» durchgeführt werden. Das System erlaubt die Vertraulichkeitsstufe «intern». Als «vertraulich» klassifizierte Geschäfte dürfen nicht beraten werden.
- 07.04.2020 Die Finanzdelegation stimmt einem weiteren Vorschuss in Höhe von 10 Milliarden Franken für Covid-19-Überbrückungskredite zu.
- 08.04.2020 Der Bundesrat beschliesst, dass die Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus um eine Woche bis Sonntag, 26. April 2020, verlängert und noch im April schrittweise gelockert werden. Er beschliesst zudem, aufgrund der epidemiologischen Situation den Kanton Tessin zu ermächtigen, die Einschränkungen von Wirtschaftsbranchen bis am 19. April zu verlängern. Der Bundesrat setzt Zölle für medizinische Güter aus und beschliesst Anpassungen im Bereich der Kurzarbeitsentschädigung.

- 16.04.2020 Der Bundesrat fasst den Beschluss, dass ab 27. April 2020 Spitäler wieder sämtliche, auch nicht dringliche Eingriffe vornehmen und ambulante medizinische Praxen sowie Coiffeur-, Massage- und Kosmetikstudios ihren Betrieb wiederaufnehmen können. Er erlässt zudem Massnahmen gegen den Konkurs, weitet den Anspruch auf Corona-Erwerbsersatz aus, heisst eine schweizweit abgestimmte Durchführung der Lehrabschlussprüfungen 2020 gut, lockert die Deklarationsregeln bei Lebensmitteln und lanciert das Nationale Forschungsprogramm «Covid-19».
- 22.04.2020 Der Bundesrat erlässt eine Übergangsregelung für den Anspruch auf Erwerbsersatz. Er beschliesst zudem, dass Armeeangehörige für den Assistenzdienst, dessen Dauer über den für das laufende Jahr vorgesehenen Ausbildungsdienst hinausgeht, den vollen Erwerbsersatz erhalten. Ausserdem sollen innovative Start-ups ergänzende Unterstützung des Bundes erhalten.
- 23.04.2020 Die Ratsbüros heben sämtliche Einschränkungen für die Kommissionsarbeit auf.
- 29.04.2020 Der Bundesrat beschliesst, dass ab Montag, 11. Mai 2020, Läden, Restaurants, Märkte, Museen und Bibliotheken wieder öffnen können, in den Primar- und Sekundarschulen der Unterricht wieder vor Ort stattfinden darf und im Breiten- und Spitzensport wieder Trainings möglich sind. Die Lockerungen werden durch Schutzkonzepte begleitet. Ab dem 11. Mai soll zudem in allen Kantonen die flächendeckende Rückverfolgung von Neuinfektionen wiederaufgenommen werden. Auch Einreisebeschränkungen werden ab dem 11. Mai schrittweise gelockert.
- Auf Antrag der Erziehungsdirektorenkonferenz fasst der Bundesrat ausserdem den Beschluss, dass die kantonalen Gymnasien dieses Jahr auf schriftliche Maturitätsprüfungen verzichten können. Auf die kantonalen Prüfungen der eidgenössischen Berufsmaturität wird in der ganzen Schweiz verzichtet. Der Bundesrat beschliesst zudem, dass am 27. September 2020 über fünf eidgenössische Vorlagen abgestimmt werden soll und dass bei verspäteter Zahlung der AHV/IV/EO- und ALV-Beiträge während der ausserordentlichen Lage keine Verzugszinsen verlangt werden.
- 01.05.2020 Die Ratsbüros verabschieden die Sessionsprogramme für die ausserordentliche Session. Die ausserordentliche Session ist ausschliesslich Covid-19-bezogenen Themen gewidmet.
- Die Verwaltungsdelegation beschliesst, dass auch die Sommersession in der Bernexpo stattfinden wird.

2. Parlamentsbetrieb

Die Finanzkommissionen sowie die SGK, WAK und WBK der beiden Räte beraten ab dem 6. April die Geschäfte der ausserordentlichen Session vor. Ab dem 20. April führen auch die übrigen Kommissionen halbtägige Sitzungen durch.

Die Sachbereichskommissionen des Nationalrates führen insgesamt dreizehn, jene des Ständerates elf Sitzungen durch. Drei Sitzungen werden als Videokonferenzen durchgeführt.

Hintergrundwissen

H.12

Kommissionen

Der Nationalrat und der Ständerat haben je neun Sachbereichskommissionen:

- die Aussenpolitische Kommission (APK),
- die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK),
- die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK),
- die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK),
- die Sicherheitspolitische Kommission (SiK),
- die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF),
- die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK),
- die Staatspolitische Kommissionen (SPK) und
- die Kommission für Rechtsfragen (RK).

Sachbereichskommissionen beraten die in ihre Sachbereiche fallenden Geschäfte vor, verfolgen die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in ihren Zuständigkeitsbereichen, arbeiten Vorschläge aus und sorgen für eine Wirksamkeitsüberprüfung der beschlossenen Massnahmen.

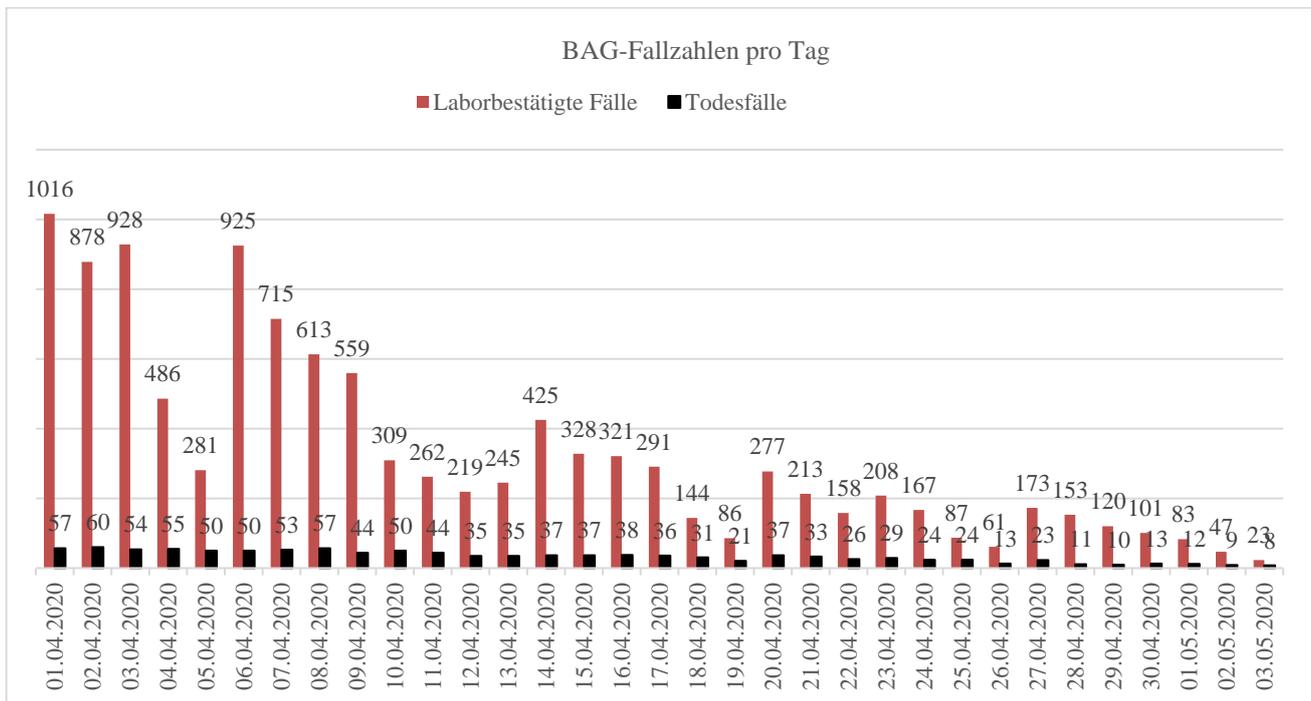
Die beiden Räte verfügen zudem über zwei Aufsichtskommissionen:

- die Finanzkommission (FK) und
- die Geschäftsprüfungskommission (GPK).

Die Finanzkommissionen üben die Oberaufsicht im Finanzbereich der Bundesverwaltung aus. Sie beraten zudem die Voranschläge, Nachträge und die Staatsrechnung des Bundes vor.

COVID-19-FALLZAHLEN UND -MASSNAHMEN IM ÜBERBLICK

G.7

**Seit Mitte März:**

Es ist verboten, öffentliche oder private Veranstaltungen, einschliesslich Sportveranstaltungen und Vereinsaktivitäten, durchzuführen.

Ansammlungen von mehr als fünf Personen im öffentlichen Raum sind verboten.

Alle Läden, Restaurants, Bars sowie Unterhaltungs- und Freizeitbetriebe sind geschlossen. Lebensmittelläden, Take-aways, Betriebskantinen, Lieferdienste für Mahlzeiten und Apotheken bleiben geöffnet, ebenso Tankstellen, Bahnhöfe, Banken, Poststellen, Hotels, die öffentliche Verwaltung und soziale Einrichtungen.

An den Schulen, Hochschulen und Ausbildungsstätten darf vor Ort kein Unterricht stattfinden.

Beerdigungen sind nur im engen Familienkreis erlaubt.

Die Einreise in die Schweiz ist nur noch in Ausnahmefällen möglich.

Bis 27.04.: Geschlossen sind Betriebe, in denen die Abstandsregeln nicht eingehalten werden können, wie Coiffeursalons oder Kosmetikstudios.

Bis 27.04.: Spitäler, Kliniken und Arztpraxen bleiben geöffnet, müssen aber auf nicht dringend angezeigte medizinische Eingriffe und Therapien verzichten.

Ab dem 27.04.: Spitäler können sämtliche, auch nicht dringliche Eingriffe vornehmen, und ambulante medizinische Praxen sowie Coiffeur-, Massage- und Kosmetikstudios, Bau- und Gartenfachmärkte, einschliesslich Gärtnereien und Blumenläden, können ihren Betrieb wiederaufnehmen. Einrichtungen zur Selbstbedienung wie Solarien, Autowaschanlagen oder Blumenfelder können wiedereröffnet werden.

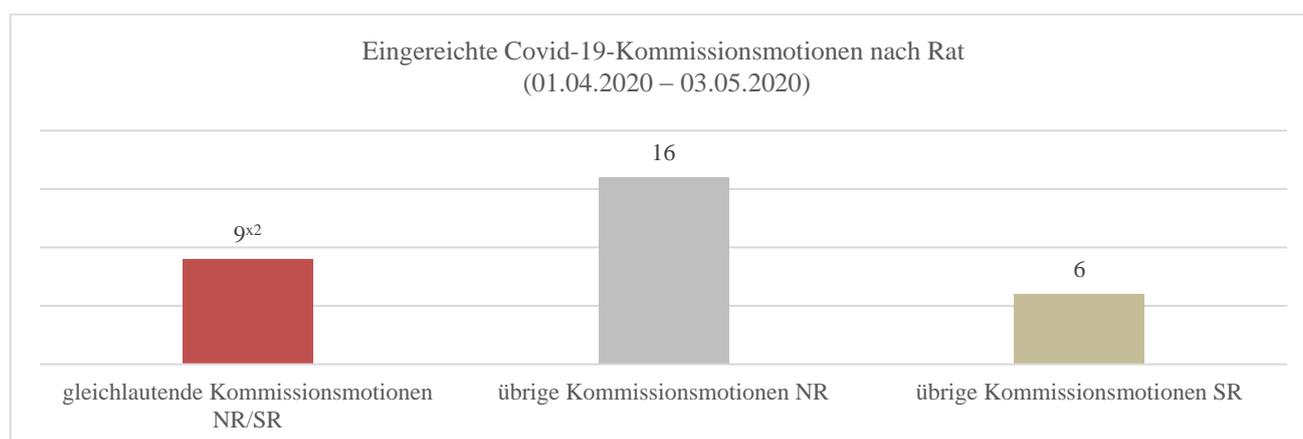
Ab dem 06.04.: Die FK, WAK, SGK und WBK beider Räte beraten die Geschäfte für die ausserordentliche Session vor.

Ab dem 20.04.: Auch die übrigen Kommissionen führen halbtägige Sitzungen durch.

3. Covid-19-Vorstösse⁶

Die Kommissionen reichen insgesamt 44 Vorstösse ein. Alle eingereichten Vorstösse sind Covid-19-bezogene Vorstösse. Eingereicht werden eine Interpellation, drei Postulate und vierzig Motionen.

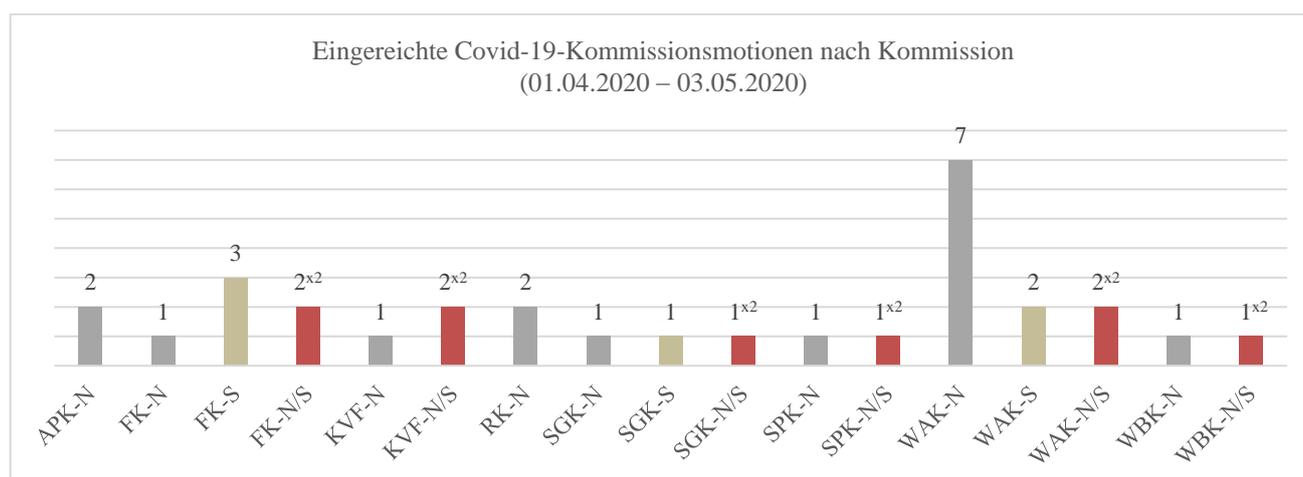
3.1. Kommissionsmotionen



G.8

Bei achtzehn (neun mal zwei) Kommissionsmotionen handelt es sich um gleichlautende Motionen der Kommissionen beider Räte. Bei gleichlautenden Kommissionsmotionen ist die Motion bereits dann angenommen, wenn der andere Rat die gleichlautende Motion ebenfalls annimmt. In dieser und den nachfolgenden Grafiken werden gleichlautende Motionen daher zusammen aufgeführt.

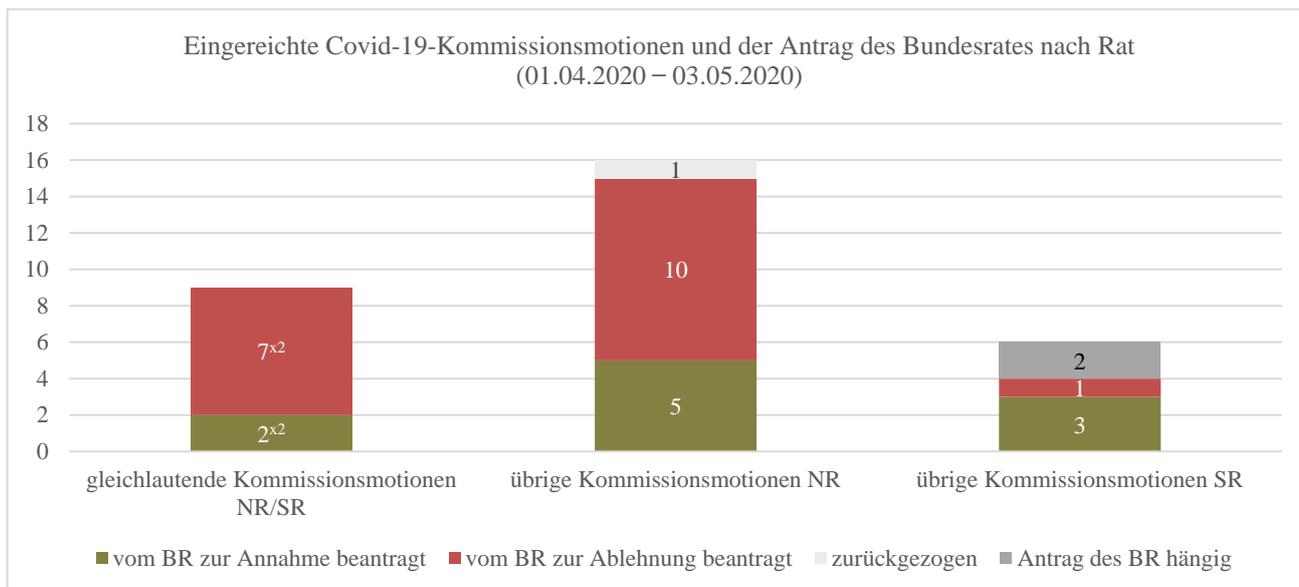
Sechzehn der übrigen Motionen wurden von nationalrätlichen Kommissionen eingereicht, sechs von ständerätlichen.



G.9

Am meisten Motionen reicht die WAK-N ein, gefolgt von der FK-S.

⁶ Die eingereichten Vorstösse sind im Anhang V einzeln aufgelistet.

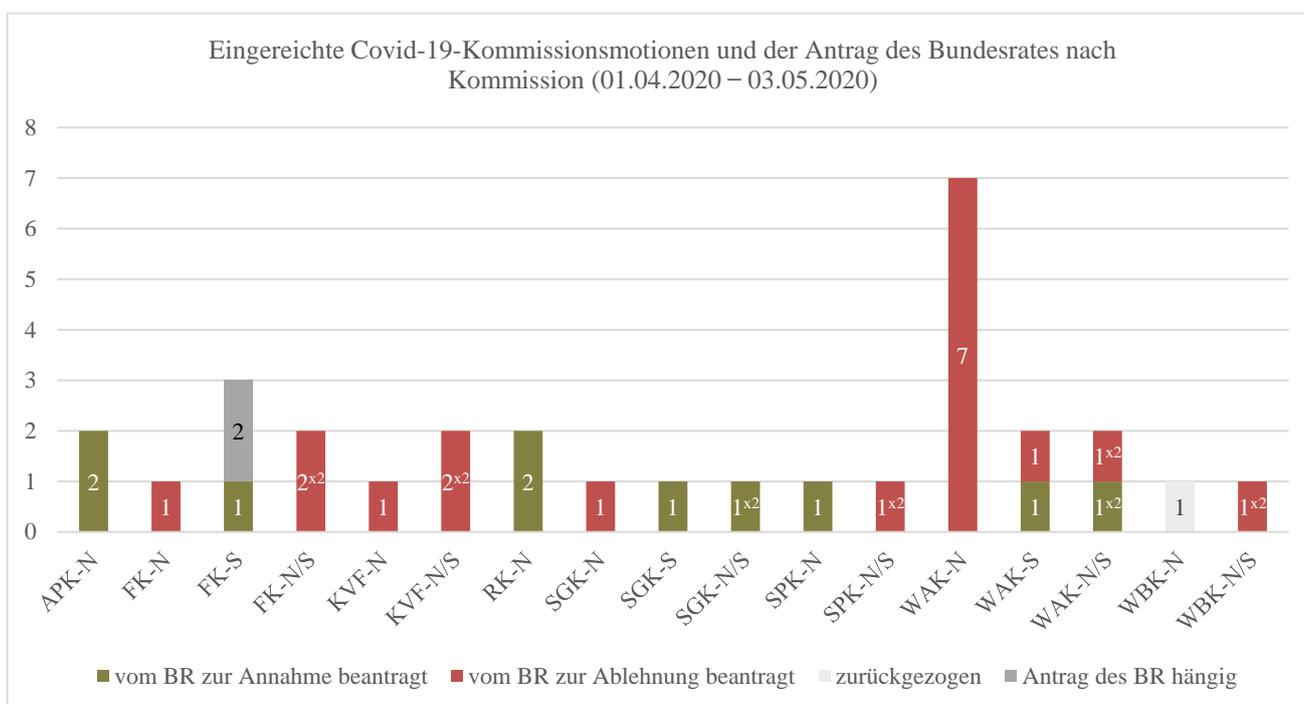


G.10

Bei vier (zwei mal zwei) gleichlautenden Motionen der Kommissionen beider Räte – d. h. bei weniger als einem Drittel – stellt der Bundesrat den Antrag, diese anzunehmen. Vierzehn (sieben mal zwei) gleichlautende Motionen beantragt er abzulehnen.

Bei fünf der übrigen nationalrätlichen Motionen stellt er den Antrag, sie anzunehmen, und bei zehn, sie abzulehnen. Eine nationalrätliche Motion wird zurückgezogen, bevor der Bundesrat Antrag stellt.

Bei drei der sechs übrigen ständerätlichen Motionen stellt der Bundesrat den Antrag, sie anzunehmen. Eine beantragt er abzulehnen. Zu zwei Motionen stellt er im untersuchten Zeitraum noch keinen Antrag.



G.11

4. Covid-19-Akte

4.1. Rechtsetzungsakte im Covid-19-Bereich

Der Bundesrat revidiert im untersuchten Zeitraum siebenmal die COVID-19-Verordnung 2. Er erlässt zudem folgende Notverordnungen:

- [SR 142.318](#) Verordnung über Massnahmen im Asylbereich im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19-Verordnung Asyl) vom 1. April 2020 (Inkrafttreten am 2. April 2020)
- [SR 272.81](#) Verordnung über Massnahmen in der Justiz und im Verfahrensrecht im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19-Verordnung Justiz und Verfahrensrecht) vom 16. April 2020 (Inkrafttreten am 20. April 2020)
- [SR 281.242](#) Verordnung über insolvenzrechtliche Massnahmen zur Bewältigung der Coronakrise (COVID-19-Verordnung Insolvenzrecht) vom 16. April 2020 (Inkrafttreten am 20. April 2020)
- [SR 834.15](#) Verordnung über die Entschädigung von Angehörigen der Armee im Assistenzdiensteinsatz zur Bewältigung der Coronapandemie (COVID-19-Verordnung Entschädigung Angehörige der Armee) vom 22. April 2020 (Inkrafttreten am 6. März 2020)
- [SR 413.16](#) Verordnung über die Durchführung der kantonalen gymnasialen Maturitätsprüfungen 2020 angesichts der Pandemie des Coronavirus (COVID-19-Verordnung gymnasiale Maturitätsprüfungen) vom 29. April 2020 (Inkrafttreten am 30. April 2020),

revidiert folgende bestehende Notverordnungen:

- [SR 142.318](#) Verordnung über Massnahmen im Asylbereich im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19-Verordnung Asyl) vom 1. April 2020, Änderung vom 6. April 2020 (Inkrafttreten am 6. April 2020)
- [SR 830.31](#) Verordnung über Massnahmen bei Erwerbsausfall im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19) (COVID-19-Verordnung Erwerbsausfall) vom 20. März 2020, Änderung vom 22. April 2020 (Inkrafttreten am 23. April 2020)
- [SR 837.033](#) Verordnung über Massnahmen im Bereich der Arbeitslosenversicherung im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19) (COVID-19-Verordnung Arbeitslosenversicherung) vom 20. März 2020, Änderung vom 8. April 2020 (Inkrafttreten am 9. April 2020)
- [SR 951.261](#) Verordnung zur Gewährung von Krediten und Solidarbürgschaften in Folge des Coronavirus (COVID-19-Solidarbürgschaftsverordnung) vom 25. März 2020, Änderung vom 9. April 2020 (Inkrafttreten am 10. April 2020),

erlässt gestützt auf ein bestehendes Gesetz folgende neue unselbstständige Verordnungen:

- [SR 632.103.1](#) Verordnung über die vorübergehende Aussetzung von Zollansätzen für medizinische Güter vom 8. April 2020 (Inkrafttreten am 10. April 2020)
- [SR 412.101.243](#) Verordnung über die Durchführung der Qualifikationsverfahren der beruflichen Grundbildung 2020 im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19-Verordnung Qualifikationsverfahren berufliche Grundbildung) vom 16. April 2020 (Inkrafttreten am 17. April 2020)
- [SR 412.103.2](#) Verordnung über die Durchführung der kantonalen Prüfungen 2020 der eidgenössischen Berufsmaturität und die Promotion angesichts der Pandemie des Coronavirus (COVID-19-Verordnung kantonale Berufsmaturitätsprüfungen) vom 29. April 2020 (Inkrafttreten am 30. April 2020),

erlässt folgende Mantelverordnung, um mehrere bestehende unselbstständige Verordnungen zu revidieren:

- Verordnung über Massnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Auswirkungen des Coronavirus im Landwirtschaftsbereich (COVID-19-Verordnung Landwirtschaft) vom 1. April 2020 (Inkrafttreten am 2. April 2020) ([SR 916.01](#), [SR 916.341](#), [SR 916.51](#))

- Verordnung über ergänzende Massnahmen im Zusammenhang mit dem Coronavirus im Bereich der Arbeitslosenversicherung vom 8. April 2020 (Inkrafttreten am 9. April 2020) ([SR 837.02](#))

und revidiert folgende bestehende unselbstständige Verordnungen:

- [SR 943.032](#) Verordnung über Zertifizierungsdienste im Bereich der elektronischen Signatur und anderer Anwendungen digitaler Zertifikate (Verordnung über die elektronische Signatur, VZertES) vom 23. November 2016, Änderung vom 1. April 2020 (Inkrafttreten am 2. April 2020)
- [SR 817.02](#) Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung (LGV) vom 16. Dezember 2016, Änderung vom 16. April 2020 (Inkrafttreten am 17. April 2020)
- [SR 748.131.1](#) Verordnung über die Infrastruktur der Luftfahrt (VIL) vom 23. November 1994, Änderung vom 22. April 2020 (Inkrafttreten am 23. April 2020)
- [SR 831.101](#) Verordnung über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVV) vom 31. Oktober 1947, Änderung vom 29. April 2020 (Inkrafttreten am 21. März 2020).

Im untersuchten Zeitraum treten die folgende Notverordnung:

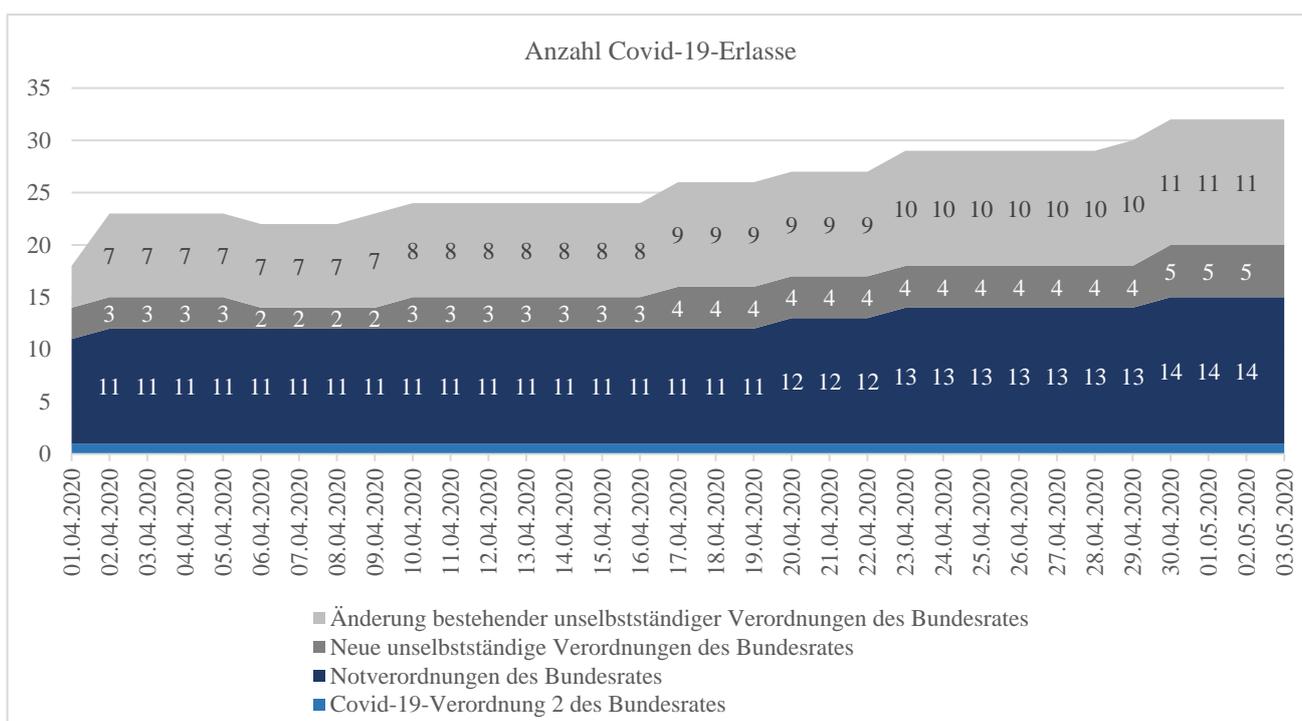
- [SR 173.110.4](#) Verordnung über den Stillstand der Fristen in Zivil- und Verwaltungsverfahren zur Aufrechterhaltung der Justiz im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19) vom 20. März 2020 (galt bis zum 19. April 2020)

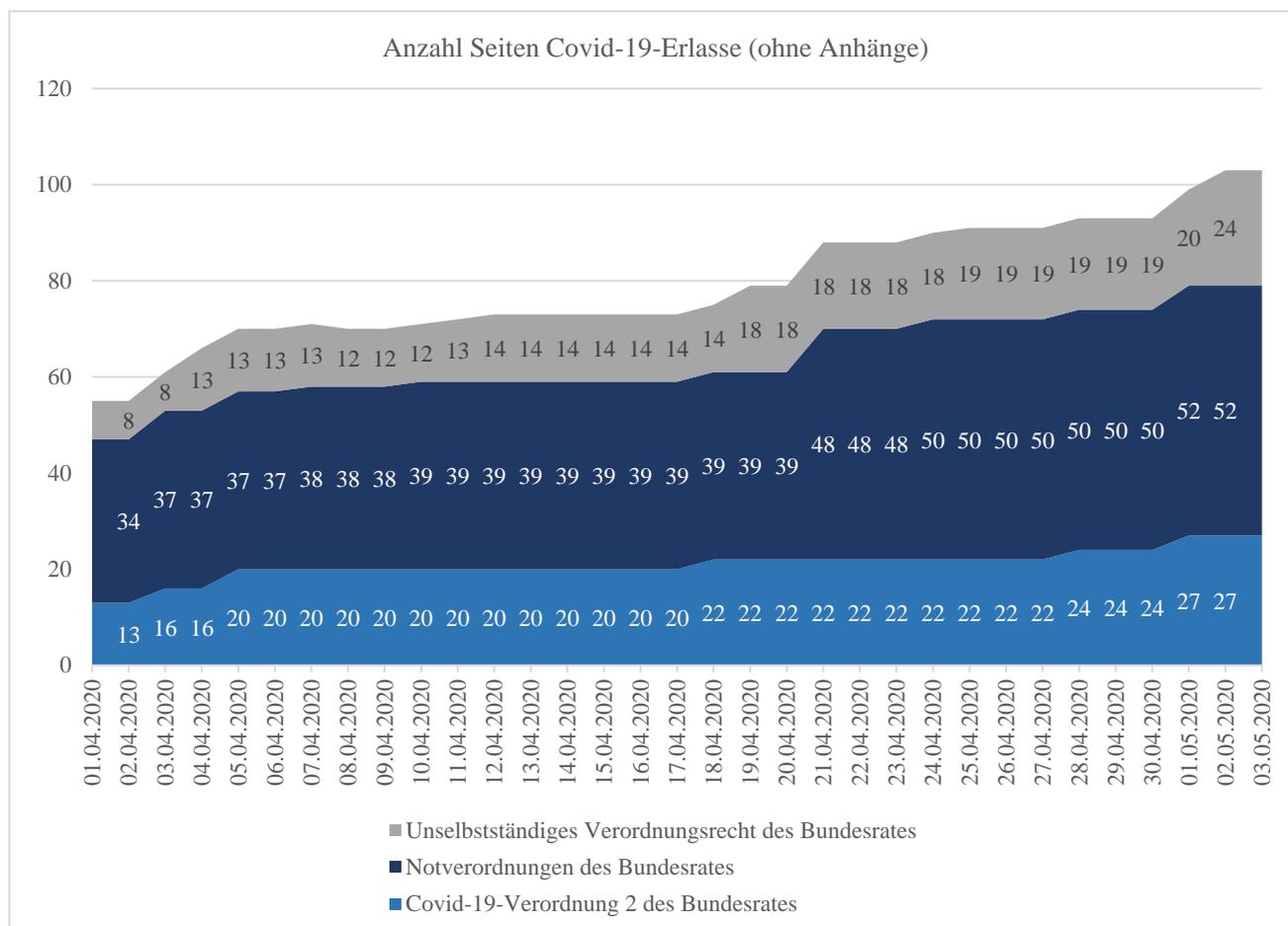
sowie die folgende unselbstständige Covid-19-Verordnung:

- [SR 281.241](#) Verordnung über den Rechtsstillstand gemäss Artikel 62 des Bundesgesetzes über Schuldbeitreibung und Konkurs vom 18. März 2020 (galt bis zum 4. April 2020)

ausser Kraft.

In den nachfolgenden Grafiken wurden erneut die rückwirkend geltenden Erlasse erst ab ihrem Erlassstag gezählt, und bei Mantelverordnungen wurden die geänderten Verordnungen einzeln gezählt.





G.13

4.2. Finanzbeschlüsse im Covid-19-Bereich

Am 3. April 2020 beantragt der Bundesrat dem Parlament im Rahmen einer zweiten Nachmeldung zum Nachtrag I zum Voranschlag 2020 einen Zusatzkredit von 20 Milliarden Franken zum von der Finanzdelegation bereits bewilligten Verpflichtungskredit für Covid-19-Solidarbürgschaften von ebenfalls 20 Milliarden. Gleichentags stellt der Bundesrat der Finanzdelegation Antrag, eine erste Tranche von 10 Milliarden Franken als dringlich anzuerkennen und einen Vorschuss zu gewähren. Die Finanzdelegation stimmt dem dringlichen Zusatzkredit am 7. April zu.

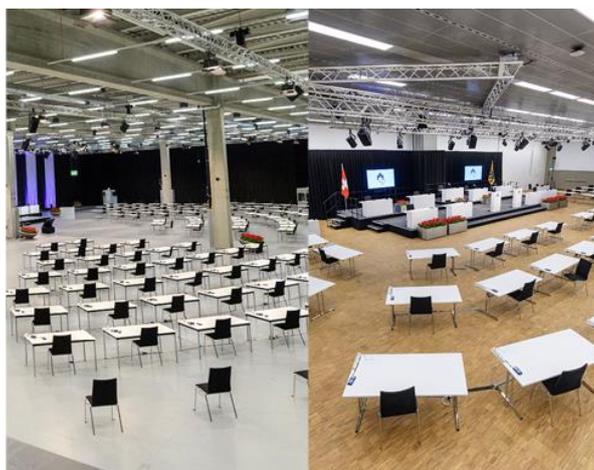
Am 8. April 2020 beantragt der Bundesrat dem Parlament im Rahmen einer dritten Nachmeldung zum Nachtrag I weitere Covid-19-Nachtragskredite von 2,24 Milliarden Franken. Der Finanzdelegation beantragt er, eine Tranche von 775 Millionen Franken als dringlich anzuerkennen und einen Vorschuss zu gewähren. Diese Mittel sind für dringende Beschaffungen von Arzneimitteln und Sanitätsmaterial (vor allem Masken und Desinfektionsmittel für die breite Bevölkerung und das Gesundheitswesen) sowie für die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft zur schnellen Entwicklung eines zukünftigen Covid-19-Impfstoffes vorgesehen. Am 14. April stimmt die Finanzdelegation auch diesen Krediten zu.

Die am 7. April und am 14. April bewilligten dringlichen Kredite werden wie die bereits am 23. März bewilligten Kredite dem Parlament im Rahmen des Nachtrags I (20.007) zur nachträglichen Genehmigung unterbreitet werden.

Teil V

AUSSERORDENTLICHE SESSION IM MAI 2020

04.05.2020 – 06.05.2020



1. Parlamentsbetrieb

Die ausserordentliche Session findet in der Bernexpo statt. Der Zugang zum Bernexpo-Gebäude ist beschränkt. Keinen Zugang haben

- externe Besucherinnen und Besucher,
- Besucherinnen und Besucher der Ratsmitglieder,
- nicht fest akkreditierte Medienschaffende,
- ehemalige Mitglieder des Parlamentes,
- Kantonsvertreterinnen und -vertreter,
- Botschaftsvertretungen und
- Personen, die von einem Ratsmitglied eine Zutrittskarte erhalten haben.

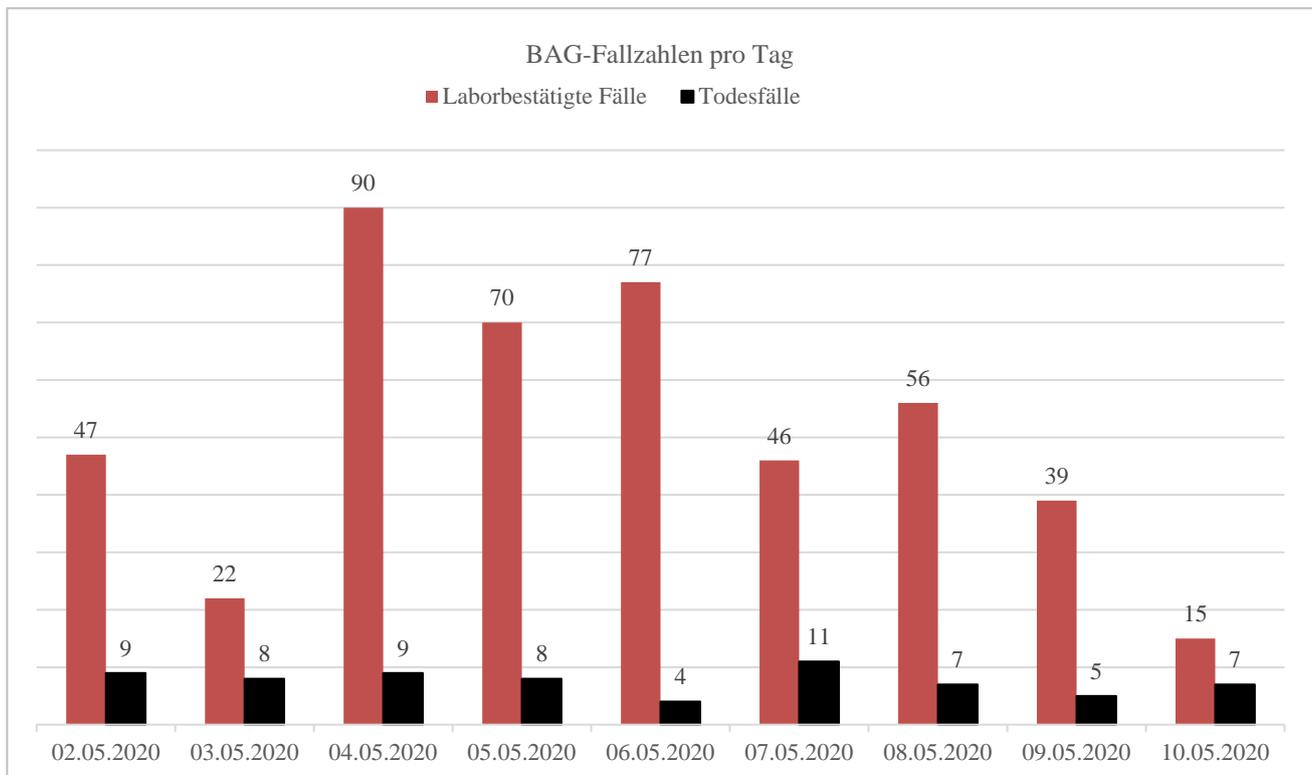
In den Ratssälen gibt es auch keine Pressetribüne. Die Debatten können jedoch von den Medienschaffenden und Interessierten per Livestream mitverfolgt werden.

Jeder Rat beschliesst zu Beginn seiner Sitzungen für die Zeit, in welcher er ausserhalb des Parlamentsgebäudes tagt, kleinere Anpassungen seines Geschäftsreglements ([20.409](#) / [20.408](#)). Der Ständerat beschliesst zudem, durch Aufstehen abzustimmen, da es mit der für die ausserordentliche Session gemieteten elektronischen Abstimmungsanlage nicht möglich ist, das Stimmverhalten der Ratsmitglieder auf elektronischen Anzeigetafeln anzuzeigen. Im Gegensatz zum Nationalrat wird im Ständerat das Stimmverhalten der Ratsmitglieder nicht bei allen Abstimmungen in Form von Namenslisten veröffentlicht.

Während der ausserordentlichen Session werden ausschliesslich Covid-19-bezogene Geschäfte beraten. Die ausserordentliche Session dauert im Nationalrat rund 28 und im Ständerat 18 Stunden.

COVID-19-FALLZAHLEN UND -MASSNAHMEN IM ÜBERBLICK

G.14



Es ist verboten, öffentliche oder private Veranstaltungen, einschliesslich Sportveranstaltungen und Vereinsaktivitäten, durchzuführen.

Ansammlungen von mehr als fünf Personen im öffentlichen Raum sind nicht gestattet.

Alle Läden, Restaurants, Bars sowie Unterhaltungs- und Freizeitbetriebe sind geschlossen. Lebensmittelläden, Take-aways, Betriebskantinen, Lieferdienste für Mahlzeiten und Apotheken bleiben geöffnet, ebenso Tankstellen, Bahnhöfe, Banken, Poststellen, Hotels, die öffentliche Verwaltung und soziale Einrichtungen.

Spitäler können sämtliche, auch nicht dringliche Eingriffe vornehmen, und ambulante medizinische Praxen sowie Coiffeur-, Massage- und Kosmetikstudios, Bau- und Gartenfachmärkte, einschliesslich Gärtnereien und Blumenläden, können ihren Betrieb wiederaufnehmen. Einrichtungen zur Selbstbedienung wie Solarien, Autowaschanlagen oder Blumenfelder können wiedereröffnet werden.

An den Schulen, Hochschulen und Ausbildungsstätten darf vor Ort kein Unterricht stattfinden.

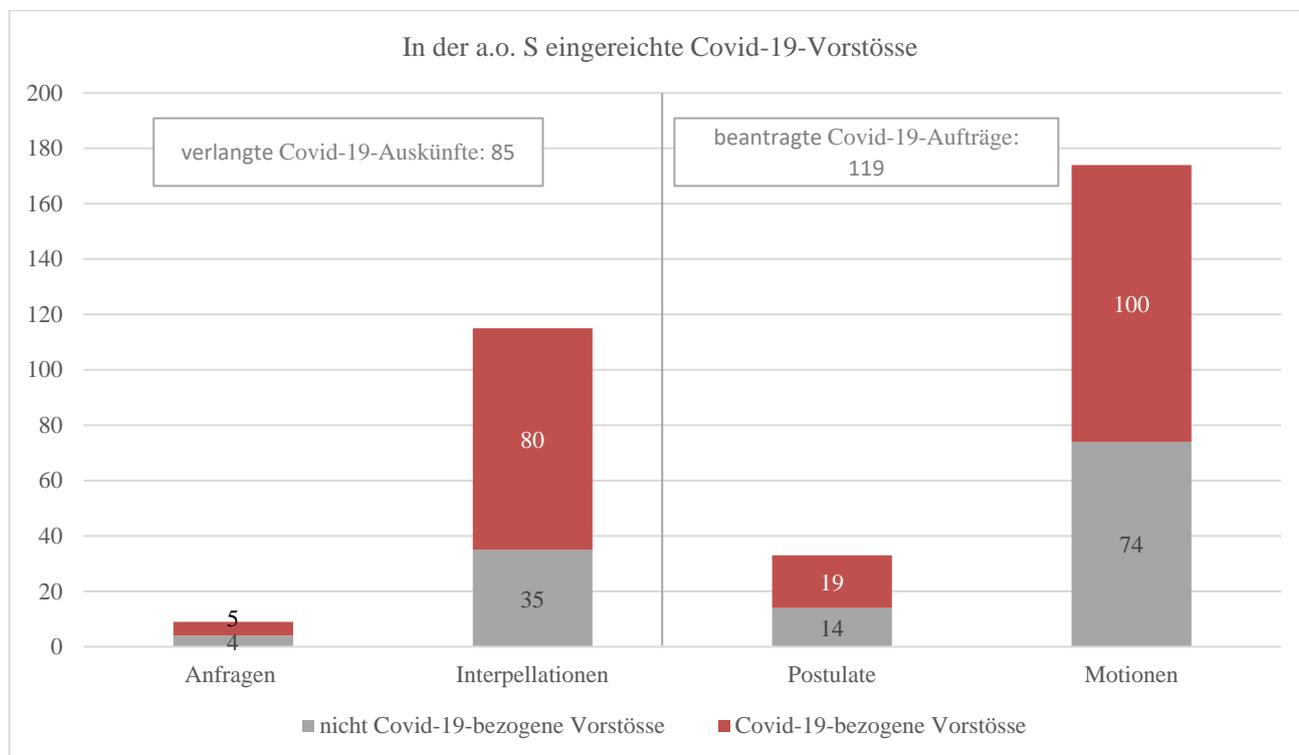
Beerdigungen sind nur im engen Familienkreis erlaubt.

Die Einreise in die Schweiz ist nur noch in Ausnahmefällen möglich.

Die ausserordentliche Session findet in der Bernexpo statt. Der Zugang zur Bernexpo ist beschränkt.

2. Covid-19-Vorstösse

2.1. Eingereichte-Vorstösse⁷



G.15

Während der ausserordentlichen Session reichen die Ratsmitglieder und die Fraktionen insgesamt 331 Vorstösse ein; 204 (61,6 Prozent) dieser Vorstösse beziehen sich auf Covid-19. Es werden 5 Anfragen, 80 Interpellationen, 19 Postulate und 100 Motionen eingereicht.

Neben den Vorstössen werden auch 15 Covid-19-bezogene parlamentarische Initiativen eingereicht.

Hintergrundwissen

H.13

Parlamentarische Initiativen

Mit einer parlamentarischen Initiative kann ein Ratsmitglied, eine Fraktion oder eine Kommission vorschlagen, dass eine Kommission einen Entwurf für einen Erlass der Bundesversammlung ausarbeitet. Bevor die zuständige Kommission mit der Ausarbeitung des Erlassentwurfes beginnen kann, benötigt sie die Zustimmung der Kommission des anderen Rates oder die Zustimmung beider Räte.

In der ersten Phase der Covid-19-Krise spielen parlamentarische Initiativen im Gegensatz zu Motionen keine Rolle. Aus Gründen der Rechtssicherheit haben sich die Gewalten informell darauf geeinigt, dass das Parlament kein eigenes Notrecht bzw. Dringlichkeitsrecht ausarbeitet, sondern stattdessen dem Bundesrat mittels Kommissionsmotionen Aufträge erteilt, welche dieser umgehend umsetzt.⁸

⁷ Die eingereichten Vorstösse sind im Anhang V einzeln aufgelistet.

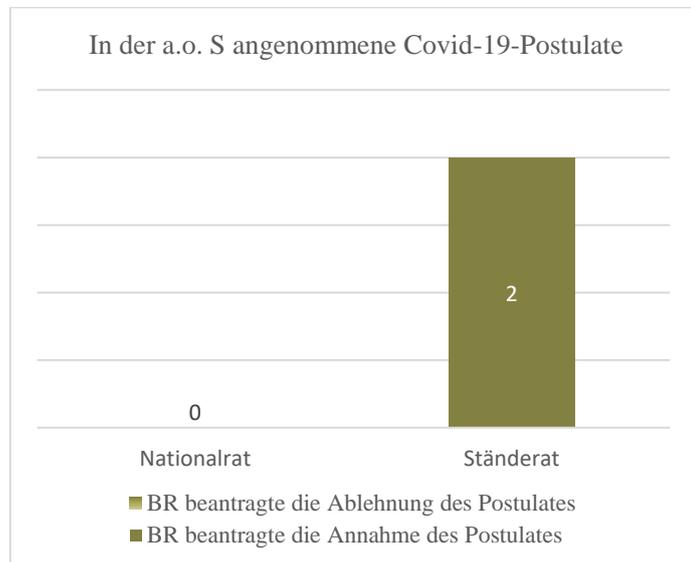
⁸ Vgl. u. a. Ständeratspräsident Hans Stöckli: «Wir wollen ein Parlament, keine Videokonferenz», in der «Schweizer Illustrierten» vom 29. Mai 2020 sowie die Erklärung des Bundesrates an der ausserordentlichen Session im Mai, [AB 2020 N 377](#).

2.2. Abschliessend behandelte Vorstösse

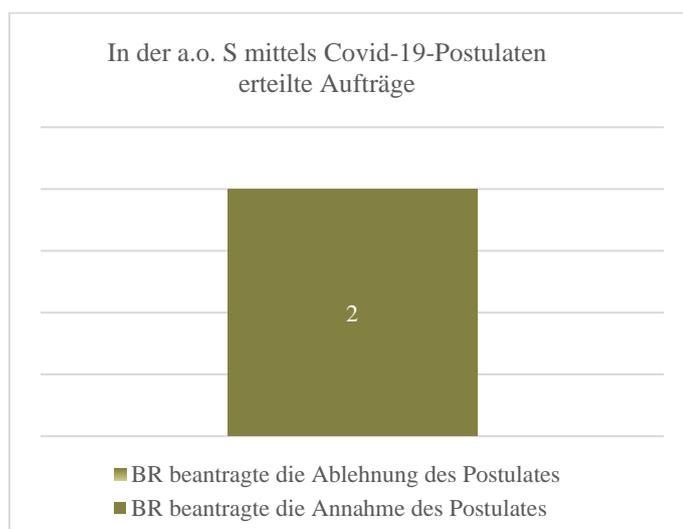
Kommissionspostulate

Zwei der drei vor der Session eingereichten Kommissionspostulate werden während der ausserordentlichen Session beraten. Beide werden angenommen, damit werden dem Bundesrat folgende Aufträge erteilt:

- **20.3132** WAK-S «Wirtschaftliche Folgen der Corona-Krise»: Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament einen Bericht zu unterbreiten der die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise untersucht. (Der Bundesrat beantragte die Annahme des Postulates.)
- **20.3135** SGK-S «Auswirkungen der Gesundheitskosten der Pandemie auf die verschiedenen Kostenträger klären»: Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht über die Auswirkungen der Gesundheitskosten der Pandemie auf die Kostenträger (Bund, Kantone, Versicherer und Versicherte) zu erstellen. (Der Bundesrat beantragte die Annahme des Postulates.)



G.16



G.17

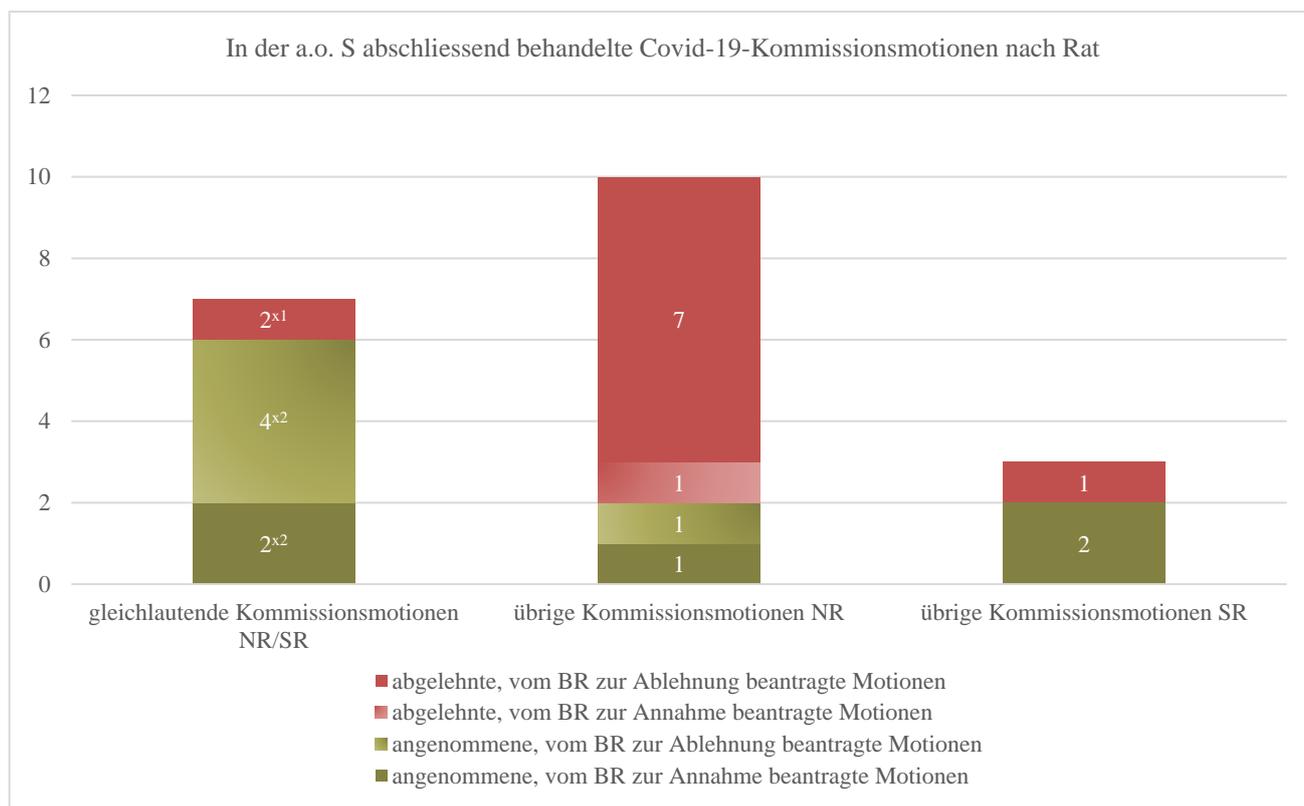
Kommissionsmotionen

Im Zuge der ausserordentlichen Session werden 27 der 39 eingereichten, hängigen Covid-19-Kommissionsmotionen abschliessend behandelt.

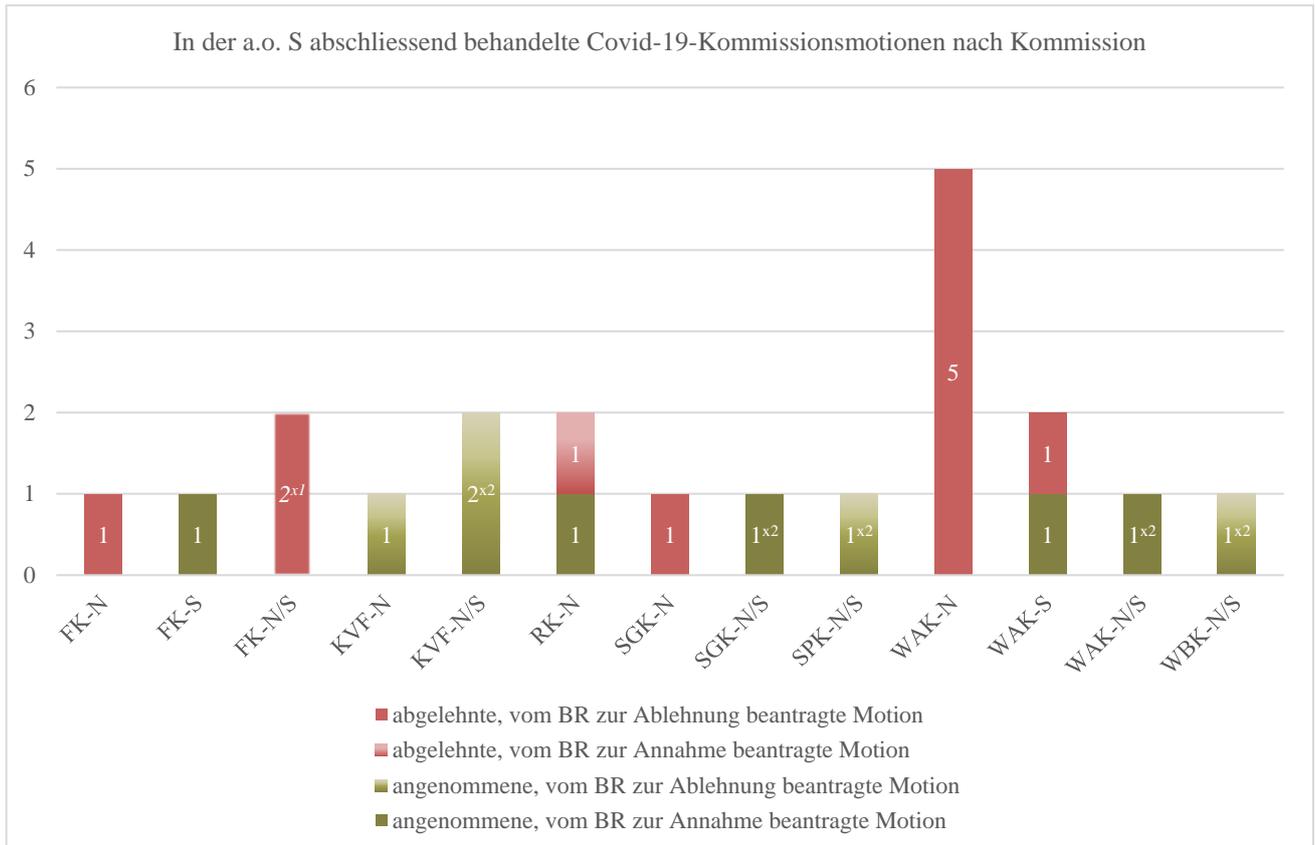
Bei vierzehn der abschliessend behandelten Motionen handelt es sich um gleichlautende Motionen der Kommissionen beider Räte. Zwölf (sechs mal zwei) gleichlautende Motionen werden von beiden Räten angenommen; acht (vier mal zwei) davon gegen den Antrag des Bundesrates. Zwei ständerätliche Motionen werden vom Ständerat abgelehnt und sind damit erledigt. Die zwei gleichlautenden nationalrätlichen Motionen werden von Nationalrat angenommen und sind nun im Ständerat hängig.

Zehn der übrigen abschliessend behandelten Motionen sind Motionen des Nationalrates. Von diesen werden zwei angenommen und acht abgelehnt. Eine wird gegen den Antrag des Bundesrates angenommen, eine gegen den Antrag des Bundesrates abgelehnt.

Drei der abschliessend behandelten Motionen sind Motionen des Ständerates. Zwei davon werden angenommen.

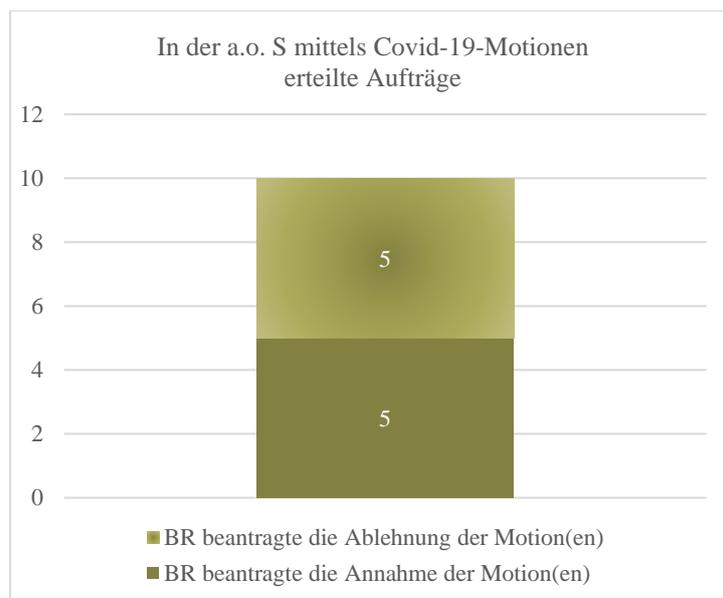


G.18



G.19

Somit nehmen die Räte insgesamt sechs mal zwei gleichlautende Motionen sowie zwei nationalrätliche und zwei ständerätliche Motionen an und erteilen so dem Bundesrat insgesamt zehn Aufträge. Bei fünf dieser Aufträge hatte er die Ablehnung der Motion(en) beantragt.



G.20

Es werden folgende Aufträge erteilt:

- [20.3128](#) WBK-N / [20.3129](#) WBK-S «Bei der familienergänzenden Kinderbetreuung sind alle in der Pflicht»: Der Bundesrat erhält den Auftrag, Massnahmen zu ergreifen, um die Institutionen der familienergänzenden Kinderbetreuung aufgrund der Ertragsausfälle infolge der Corona-Krise finanziell zu unterstützen. (Der Bundesrat beantragte die Ablehnung der Motionen.)
- [20.3133](#) WAK-N / [20.3159](#) WAK-S «Smart Restart»: Der Bundesrat wird beauftragt, mit der Änderung der COVID-19-Verordnung 2 einen klaren Plan für die etappierte Rückkehr in die Normalität zu erstellen. (Der Bundesrat beantragte die Annahme der Motionen.)
- [20.3144](#) SPK-N / [20.3168](#) SPK-S «Gesetzliche Grundlagen zur Einführung der Corona-Warn-App (Corona-Proximity-Tracing-App)»: Der Bundesrat erhält den Auftrag, die notwendige gesetzliche Grundlage zur Einführung von Corona-Warn-Apps («Corona Proximity Tracing»-App) dem Parlament vorzulegen. (Der Bundesrat beantragte die Ablehnung der Motionen.)
- [20.3145](#) KVF-S / [20.3154](#) KVF-N «Unabhängige und leistungsfähige Medien sind das Rückgrat unserer Demokratie»: Der Bundesrat erhält den Auftrag, in der aktuellen Krisensituation für eine Überbrückungshilfe für die Schweizer Medien zu sorgen, sodass die Folgen der Corona-Pandemie keine irreparablen Schäden hinterlassen. (Der Bundesrat beantragte die Ablehnung der Motionen.)
- [20.3146](#) KVF-S / [20.3155](#) KVF-N «Covid-19. Nothilfegelder für die privaten Radio- und Fernsehstationen in der Schweiz sofort ausschütten»: Der Bundesrat wird beauftragt, Gelder aus der Schwankungsreserve der Radio- und TV-Abgabe für Unterstützungsmassnahmen aufgrund der Covid-19-Krise in der Höhe von 30 Millionen Franken auszuschütten. (Der Bundesrat beantragte die Ablehnung der Motionen.)
- [20.3151](#) KVF-N «Ertragsausfälle im öffentlichen Verkehr. Der Bund steht in der Pflicht»: Der Bundesrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Kantonen und den Transportunternehmen betreffend die dem öffentlichen Verkehr wegen der Corona-Krise entstehenden ungedeckten Kosten eine Vorlage auszuarbeiten. (Der Bundesrat beantragte die Ablehnung der Motion.)
- [20.3156](#) FK-S «Solidarbürgschaftskredite für die gesamte Dauer der Solidarbürgschaft nicht als Fremdkapital berücksichtigen»: Der Bundesrat wird beauftragt, dafür zu sorgen, dass die Covid-19-Kredite bis 500 000 Franken während der gesamten Dauer der Solidarbürgschaft bei der Beurteilung, ob die Kreditnehmerin oder der Kreditnehmer gemäss Artikel 725 des Obligationenrechts überschuldet ist, nicht berücksichtigt werden müssen. (Der Bundesrat beantragte die Annahme der Motion.)
- [20.3157](#) RK-N «Rechtsstillstand im Betreibungswesen. Ausnahmeregelung für die Reisebranche»: Der Bundesrat wird beauftragt, den Rechtsstillstand exklusiv für die Reisebranche bis zum 30. September 2020 zu verlängern. (Der Bundesrat beantragte die Annahme der Motion.)
- [20.3162](#) SGK-S / [20.3165](#) SGK-N «Für eine risikobasierte Präventions- und Krisenstrategie zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten»: Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament im Hinblick auf eine potenzielle zweite Ausbreitungswelle von Covid-19 sowie mögliche weitere Krisen im Zuge des Auftretens neuartiger übertragbarer Krankheiten so rasch wie möglich verschiedene Berichte und Analysen vorzulegen. (Der Bundesrat beantragte die Annahme der Motionen.)
- [20.3163](#) WAK-S «Unterstützung der Lehrbetriebe»: Der Bundesrat erhält den Auftrag, im Dialog und in Koordination mit den Kantonen sowie den Organisationen der Arbeitswelt gezielte und verhältnismässige Massnahmen zu ergreifen, damit die Lehrbetriebe trotz der Gesundheits- und Wirtschaftskrise weiterhin Lernende beschäftigen und anstellen können. (Der Bundesrat beantragte die Annahme der Motion.)

3. Covid-19-Akte

3.1. Rechtsetzungsakte im Covid-19-Bereich⁹

Der Bundesrat will die Fluggesellschaften Swiss und Edelweiss bei der Überbrückung von Liquiditätsengpässen mit Garantien unterstützen. Für die Wiederaufnahme des Flugverkehrs sind die Fluggesellschaften auf die Dienstleistungen der flughnahen Betriebe an den Landesflughäfen angewiesen. Darum sollen auch diese Betriebe bei Bedarf Unterstützung erhalten, sofern die strengen Bedingungen des Bundes eingehalten werden können. Der Bundesrat beantragt dem Parlament hierfür Verpflichtungskredite von insgesamt knapp 1,9 Milliarden Franken sowie die für die Gewährung der Unterstützung benötigte dringliche Anpassung des Luftfahrtgesetzes. Denn gemäss dem geltenden Luftfahrtgesetz kann der Bund der schweizerischen Luftfahrt an den Betrieb regelmässig beflogener Linien Beiträge oder Darlehen gewähren. Er kann sich zudem an Flugplatz- oder Luftverkehrsunternehmungen beteiligen, wenn dies im allgemeinen Interesse liegt. Eine Unterstützung der flughnahen Betriebe ist hingegen nicht möglich. Mit einer dringlichen Anpassung des Luftfahrtgesetzes soll die hierfür nötige Rechtsgrundlage geschaffen werden. Aufgrund der Dringlichkeit musste der Bundesrat auf die Durchführung einer Vernehmlassung verzichten.

Die Räte ändern die Vorlage des Bundesrates ab und stimmen der dringlichen Änderung des Luftfahrtgesetzes am 6. Mai zu (20.039). Sie tritt am 7. Mai 2020 in Kraft und gilt bis zum 31. Dezember 2025. Die Änderung untersteht dem nachträglichen fakultativen Referendum.

⁹ Vgl. Medienmitteilung des Bundesrates vom 29.04.2020.

Hintergrundwissen

H.14

Dringliche Bundesgesetze

Bundesgesetze sind grundsätzlich dem vorgängigen fakultativen Referendum unterstellt. Das Volk kann also eine Volksabstimmung über das Gesetz verlangen, bevor dieses in Kraft tritt. Bei zeitlicher und sachlicher Dringlichkeit kann die Mehrheit der Mitglieder beider Räte ein Bundesgesetz jedoch für dringlich erklären und sofort in Kraft setzen. Dringliche Bundesgesetze sind zu befristen.

Dringliche Bundesgesetze und das parlamentarische Verfahren

Dringliche Bundesgesetze enthalten in den Schlussbestimmungen eine Dringlichkeitsklausel.

II

¹ Dieses Gesetz wird dringlich erklärt (Art. 165 Abs. 1 Bundesverfassung [BV]⁴). Es untersteht dem fakultativen Referendum (Art. 141 Abs. 1 Bst. b BV).

² Es tritt am 7. Mai 2020 in Kraft⁵ und gilt bis zum 31. Dezember 2025; danach sind alle darin enthaltenen Änderungen hinfällig.

Die Räte stimmen über die Dringlichkeitsklausel nach erfolgter Differenzbereinigung ab. Sie bedarf der Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder jedes Rates, d. h. mindestens 101 Stimmen im Nationalrat und 24 Stimmen im Ständerat. Im Gegensatz zu den anderen Bestimmungen ist die Zustimmung der Mehrheit der Stimmenden nicht ausreichend.

Die zweite Ablehnung der Dringlichkeitsklausel durch einen Rat ist endgültig. Wird die Dringlichkeitsklausel verworfen, steht jedem Ratsmitglied sowie dem Bundesrat das Recht zu, noch vor der Schlussabstimmung die Abschreibung des Gesetzesentwurfs zu beantragen.

Publikation und Inkrafttreten der dringlichen Bundesgesetze

Dringliche Bundesgesetze werden unmittelbar nach ihrer Verabschiedung in der Amtlichen Sammlung veröffentlicht. Sie treten am Tage ihrer Verabschiedung durch das Parlament oder in den Tagen danach in Kraft.

Dringliche Bundesgesetze und das Referendum

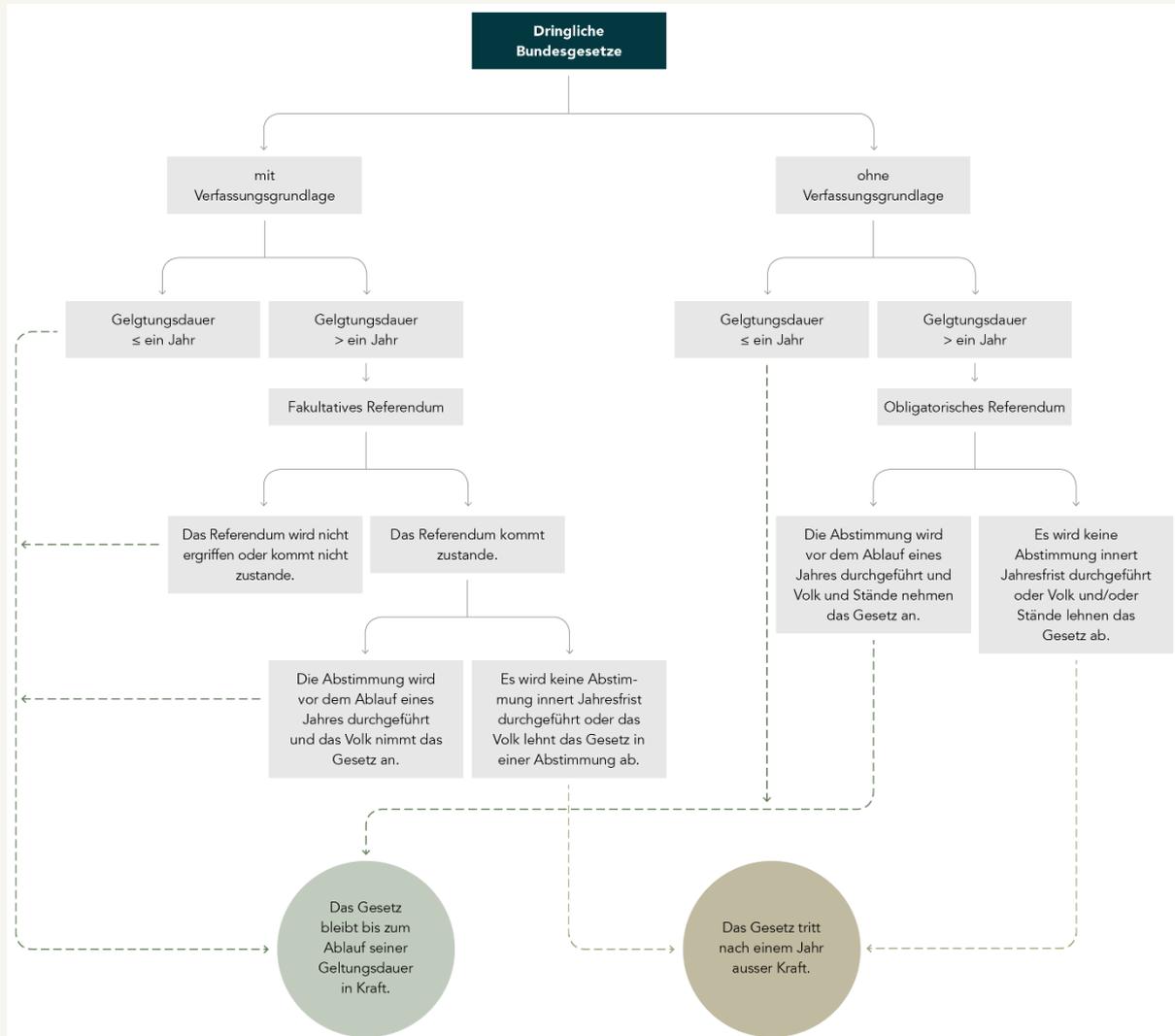
Bei den dringlichen Bundesgesetzen muss einerseits zwischen solchen mit und solchen ohne Verfassungsgrundlage, andererseits zwischen solchen mit einer Geltungsdauer von einem Jahr oder weniger und solchen mit einer längeren Geltungsdauer unterschieden werden.

Dringliche Bundesgesetze, die ein Jahr oder weniger gültig sein sollen, bleiben bis zum Ablauf ihrer Geltungsdauer in Kraft; sie unterstehen keinem Referendum. Das gilt sowohl für Gesetze mit als auch für solche ohne Verfassungsgrundlage.

Dringliche Bundesgesetze, die eine Verfassungsgrundlage haben und mehr als ein Jahr gültig sein sollen, unterstehen dem nachträglichen fakultativen Referendum. Wird dieses nicht ergriffen oder kommt es nicht zustande, bleibt das Gesetz bis zum Ablauf seiner Geltungsdauer in Kraft. Kommt das Referendum zustande, wird das Gesetz dem Volk zur Abstimmung unterbreitet. Erfolgt die Abstimmung innerhalb eines Jahres und wird die Vorlage vom Volk angenommen, bleibt das Gesetz bis zum Ablauf seiner Geltungsdauer in Kraft. Lehnt das Volk die Vorlage ab oder kommt das Gesetz nicht innert Jahresfrist zur Abstimmung, so tritt es nach einem Jahr ausser Kraft.

Dringliche Bundesgesetze ohne Verfassungsgrundlage und mit einer Geltungsdauer von mehr als einem Jahr unterstehen dem nachträglichen obligatorischen Referendum. Sie müssen Volk und Ständen innerhalb eines Jahres nach ihrer Annahme durch die Bundesversammlung zur Abstimmung unterbreitet werden. Erfolgt die Abstimmung über ein dem obligatorischen Referendum unterstelltes Bundesgesetz innert Jahresfrist und wird dieses von Volk und Ständen angenommen, bleibt das Gesetz in Kraft, bis seine Geltungsdauer abgelaufen ist. Wird es Volk und Ständen nicht innert

Jahresfrist vorgelegt oder wird es in der Abstimmung abgelehnt, tritt das Gesetz ein Jahr nach seiner Annahme durch die Bundesversammlung ausser Kraft.



Die am 6. Mai von den Räten beschlossene und am 7. Mai in Kraft tretende dringliche Änderung des Luftfahrtgesetzes ist eine dringliche Änderung mit Verfassungsgrundlage, mit einer Geltungsdauer von über einem Jahr. Somit untersteht sie dem nachträglichen fakultativen Referendum.

3.2. Finanzbeschlüsse im Covid-19-Bereich

Die Bundesversammlung bewilligt während der ausserordentlichen Session Covid-19-Nachtragskredite von rund 16,0 Milliarden Franken sowie Covid-19-Verpflichtungskredite von rund 41,8 Milliarden Franken (20.007 Nachtrag I zum Voranschlag 2020). Sie bewilligt

- nachträglich die bereits am 23. März, 7. und 14. April von der Finanzdelegation bewilligten dringlichen Nachtragskredite von 11,5 Milliarden Franken und die dringlichen Verpflichtungskredite von 30 Milliarden Franken;
- ordentliche Nachtragskredite von 4,4 Milliarden Franken und ordentliche Verpflichtungskredite von 11,8 Milliarden Franken sowie
- nebst den vom Bundesrat beantragten Krediten weitere Kredite zur Unterstützung der Kinderkrippen von 65 Millionen Franken und des Tourismus von 40 Millionen Franken.

CORONAVIRUS: FINANZIELLE ABFEDERUNGSMASSNAHMEN IM RAHMEN DES NACHTRAG I/2020

In Franken			Bundesrat			Eidg. Räte
			Dringlicher Nachtrag	Ordentlicher Nachtrag	Total	
Total Voranschlagskredite			11 505 321 600	4 409 759 750	15 915 081 350	16 020 081 350
<i>davon ausserordentliche Ausgaben</i>					<i>15 886 481 350</i>	<i>15 991 481 350</i>
Amt	Kredit-Nr.	Kreditbezeichnung				
101 Bundesversammlung	A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget) Parlamentsdienste		3 700 000	3 700 000	3 700 000
101 Bundesversammlung	A202.0102	Parlament		400 000	400 000	400 000
306 Bundesamt für Kultur	A290.0107	Soforthilfe für Kulturunternehmen	100 000 000		100 000 000	100 000 000
306 Bundesamt für Kultur	A290.0108	Soforthilfe für Kulturschaffende	25 000 000		25 000 000	25 000 000
306 Bundesamt für Kultur	A290.0109	Ausfallentschädigung Kulturunternehmen + -schaffende	145 000 000		145 000 000	145 000 000
306 Bundesamt für Kultur	A290.0111	Kulturvereine im Laienbereich	10 000 000		10 000 000	10 000 000
316 Bundesamt für Gesundheit	A290.0112	Beschaffung Arzneimittel	65 000 000	65 000 000	130 000 000	130 000 000
316 Bundesamt für Gesundheit	A231.0213	Beitrag Gesundheitsschutz und Prävention	10 000 000		10 000 000	10 000 000
318 Bundesamt für Sozialversicherungen	A290.0104	Leistungen Erwerbsersatz	4 000 000 000	1 300 000 000	5 300 000 000	5 300 000 000
318 Bundesamt für Sozialversicherungen	A290.0115	Kinderbetreuung			-	65 000 000
504 Bundesamt für Sport	A290.0103	Finanzhilfen	50 000 000		50 000 000	50 000 000
504 Bundesamt für Sport	A290.0102	Darlehen	50 000 000		50 000 000	50 000 000
506 Bundesamt für Bevölkerungsschutz	A290.0100	Aufgebot Schutzdienstpflichtige		23 375 000	23 375 000	23 375 000
525 Verteidigung	A290.0113	Beschaffung Sanitätsmaterial	1 050 321 600	1 402 784 750	2 453 106 350	2 453 106 350
704 Staatssekretariat für Wirtschaft	A231.0196	Gewerbliche Bürgschaftsgenossenschaften		10 000 000	10 000 000	10 000 000
704 Staatssekretariat für Wirtschaft	A231.0198	Exportförderung		4 500 000	4 500 000	4 500 000
704 Staatssekretariat für Wirtschaft	A290.0105	Bundesbeitrag an die ALV	6 000 000 000		6 000 000 000	6 000 000 000
704 Staatssekretariat für Wirtschaft	A290.0106	Bürgschaften		1 000 000 000	1 000 000 000	1 000 000 000
704 Staatssekretariat für Wirtschaft	A290.0116	Beitrag Tourismus			-	40 000 000
708 Bundesamt für Landwirtschaft	A231.0231	Beihilfen Viehwirtschaft		3 000 000	3 000 000	3 000 000
708 Bundesamt für Landwirtschaft	A231.0229	Qualitäts- und Absatzförderung		-2 500 000	-2 500 000	-2 500 000
708 Bundesamt für Landwirtschaft	A231.0232	Beihilfen Pflanzenbau		-500 000	-500 000	-500 000
803 Bundesamt für Zivilluftfahrt	A290.0114	Unterstützung flugnahe Betriebe		600 000 000	600 000 000	600 000 000
Total Verpflichtungskredite			30 000 000 000	11 875 000 000	41 875 000 000	41 875 000 000
704 Staatssekretariat für Wirtschaft	V0336.00	Bürgschaften für Unternehmen (Corona - Härtefallhilfe)	30 000 000 000	10 000 000 000	40 000 000 000	40 000 000 000
803 Bundesamt für Zivilluftfahrt	V0338.00	Garantien Luftverkehrsunternehmen		1 275 000 000	1 275 000 000	1 275 000 000
803 Bundesamt für Zivilluftfahrt	V0339.00	Unterstützung flugnahe Betriebe		600 000 000	600 000 000	600 000 000

Auszug aus der Botschaft des Bundesrates zum Nachtrag IIa zum Voranschlag 2020

3.3. Weitere Covid-19-Akte

In der ausserordentlichen Session wird auch der vom Bundesrat am 16. März beschlossene Einsatz der Armee im Assistenzdienst zur Unterstützung der zivilen Behörden nachträglich genehmigt ([20.035](#)).

Teil VI

ZWISCHEN DER AUSSERORDENTLICHEN SESSION UND DER SOMMERSESSION 2020

07.05.2020 – 01.06.2020

Neues Coronavirus www.bag-coronavirus.ch

**SO SCHÜTZEN
WIR UNS.** 

Abstand halten. 

Abstandung: Bitte tragen eine Gesichtsmaske mit Mund- und Nasenschutz. 

Halten Sie Abstand zu fremden Personen. 

WEITERHIN WICHTIG:

 **Öffentliche Hände waschen.**

 **Hande nicht schütteln vermeiden.**

 **In Nachbarnach oder Atemschutz nicht aufhören.**

 **Stark besorgene, kritische Personen.**

 **Das auch kritisch sein. Abstand zu anderen oder Mundschutz.**

www.bag-coronavirus.ch

 **Schweizerische Eidgenossenschaft**
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra
Seinor Confederaziun

Bundesamt für Gesundheit BfG
Office fédéral de la santé publique OFSP
Ufficio federale della sanità pubblica UFSP
Ufficio federal da sanadad publica UfSP



1. Chronologie der Ereignisse

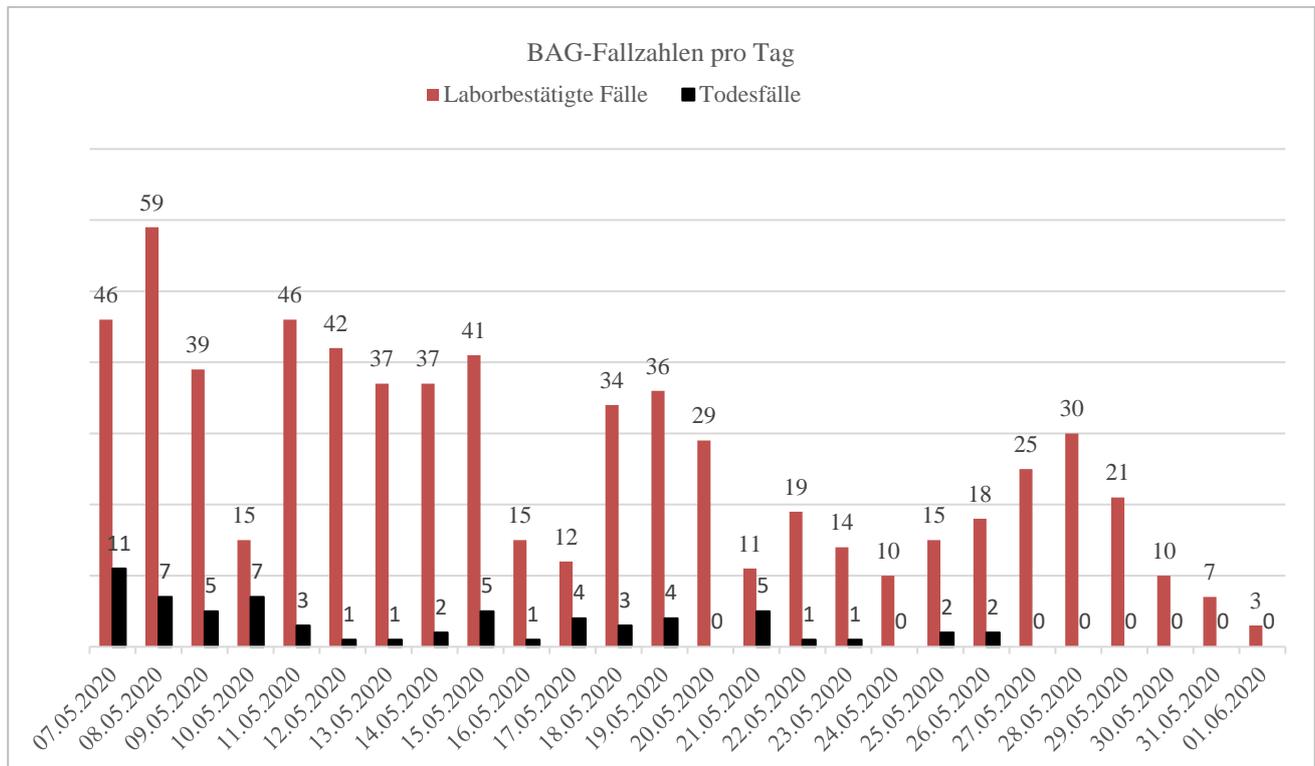
- 08.05.2020 Der Bundesrat erlässt zeitlich beschränkte Regelungen im Bereich des Reisengewerbes.
- 13.05.2020 Der Bundesrat regelt die Nutzung der Proximity-Tracing-App für die Dauer der Pilotphase, beschliesst, dass die zentrale schweizerische Maturitätsprüfung im Sommer 2020 in angepasster Form durchgeführt wird, und verlängert die Unterstützung des Kultursektors um vier Monate bis zum 20. September.
- 20.05.2020 Der Bundesrat fasst den Beschluss, dass Gottesdienste ab dem 28. Mai 2020 wieder stattfinden können, und (in Erfüllung von zwei Motionen) dass der Bund Institutionen der familienergänzenden Kinderbetreuung, die infolge der Corona-Krise Ertragsausfälle erlitten haben, unterstützt. Er beschliesst zudem eine ausserordentliche Unterstützung zur Stabilisierung des Markts für Schweizer Wein, eine Zusatzfinanzierung der Arbeitslosenversicherung von 14,2 Milliarden Franken und (in Erfüllung von vier Motionen) eine befristete Soforthilfe zugunsten der Medien. Der Bundesrat verabschiedet ferner rechtliche Grundlagen für ein Sport-Hilfspaket und erlässt (in Erfüllung einer Motion) einen befristeten Rechtsstillstand für die Reisebranche.
- 27.05.2020 Der Bundesrat beschliesst, dass der Geltungsbereich für das Versammlungsverbot im öffentlichen Raum, namentlich auf öffentlichen Plätzen, auf Spazierwegen und in Parkanlagen, per 30. Mai 2020 von bisher fünf auf 30 Personen erhöht wird, und dass ab dem 6. Juni 2020 alle Veranstaltungen mit bis zu 300 Personen wieder durchgeführt werden können sowie spontane Versammlungen von maximal 30 Personen erlaubt sind. Alle Freizeitbetriebe können wieder öffnen, und touristische Angebote sind wieder möglich. Der Bundesrat beschliesst zudem, die ausserordentliche Lage gemäss Epidemienengesetz auf den 19. Juni 2020 zu beenden.

2. Parlamentsbetrieb

Die Kommissionen beraten unter anderem die Geschäfte der Sommersession vor. Die nationalrätlichen Kommissionen tagen in den Räumlichkeiten der Bernexpo.

COVID-19-FALLZAHLEN UND -MASSNAHMEN IM ÜBERBLICK

G.21

**Ab dem 11.05.:**

Es ist weiterhin verboten, öffentliche oder private Veranstaltungen, einschliesslich Sportveranstaltungen und Vereinsaktivitäten, durchzuführen.

Ansammlungen von mehr als fünf Personen im öffentlichen Raum sind auch weiterhin verboten.

Läden, Restaurants (sitzender Konsum, Gästegruppen bis 4 Personen), Märkte, Museen und Bibliotheken (Ausnahme: Lesesäle) können wieder öffnen.

In den Primar- und Sekundarschulen darf der Unterricht wieder vor Ort stattfinden. Der Präsenzunterricht in Mittel-, Berufs- und Hochschulen sowie anderen Ausbildungsstätten ist jedoch weiterhin untersagt.

Der Sportbetrieb kann wieder aufgenommen werden (Breitensport ohne Körperkontakt und in Gruppen bis 5 Personen; Leistungssport in Gruppen bis 5 Personen oder von Teams), und die zum Training erforderlichen Sportanlagen und -betriebe können wieder benutzt werden.

Bestattungen im Familien- und engen Freundeskreis sind erlaubt.

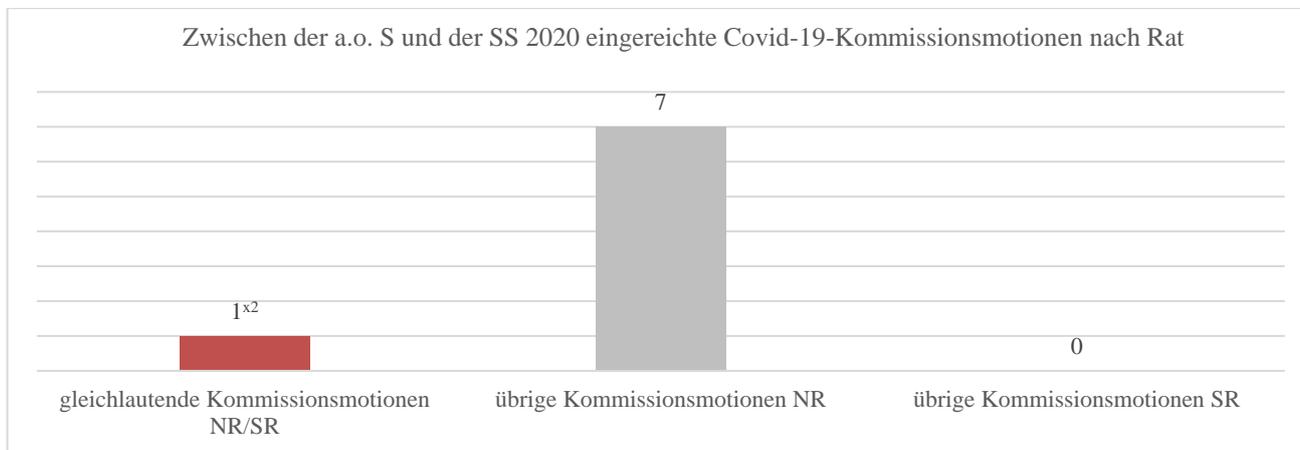
Weiterhin geschlossen bleiben Diskotheken, Nachtclubs, Erotikbetriebe und Angebote der Prostitution, einschliesslich solcher in privaten Räumlichkeiten, Unterhaltungs- und Freizeitbetriebe, namentlich Kinos, Konzerthäuser, Theater, Casinos, Sportzentren, Fitnesszentren, Schwimmbäder, Wellnesszentren, Skigebiete, botanische und zoologische Gärten und Tierpärke, Lesesäle sowie Campingplätze.

Zwischen der Schweiz, Österreich und Deutschland werden die Einreisebeschränkungen gelockert. Aus allen anderen EU/EFTA-Staaten ist die Einreise in die Schweiz bis am 15. Juni nur in Ausnahmefällen erlaubt.

Normaler Kommissionsbetrieb: Die nationalrätlichen Kommissionssitzungen finden in der Bernexpo statt.

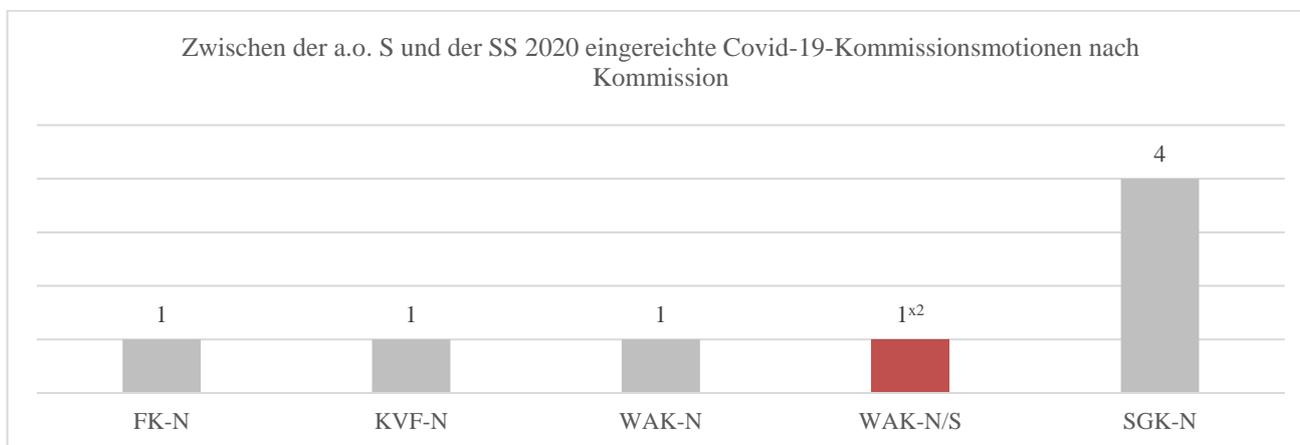
3. Covid-19-Vorstösse¹⁰

Die Kommissionen reichen insgesamt vierzehn Motionen ein, neun dieser Motionen beziehen sich auf Covid-19. Somit wurden seit Beginn der Krise insgesamt 49 Covid-19-bezogene Kommissionsmotionen eingereicht.



G.22

Bei zwei (ein mal zwei) der neu eingereichten Covid-19-Motionen handelt es sich um gleichlautende Motionen von Kommissionen beider Räte, die übrigen neu eingereichten Motionen stammen von nationalrätlichen Kommissionen.



G.23

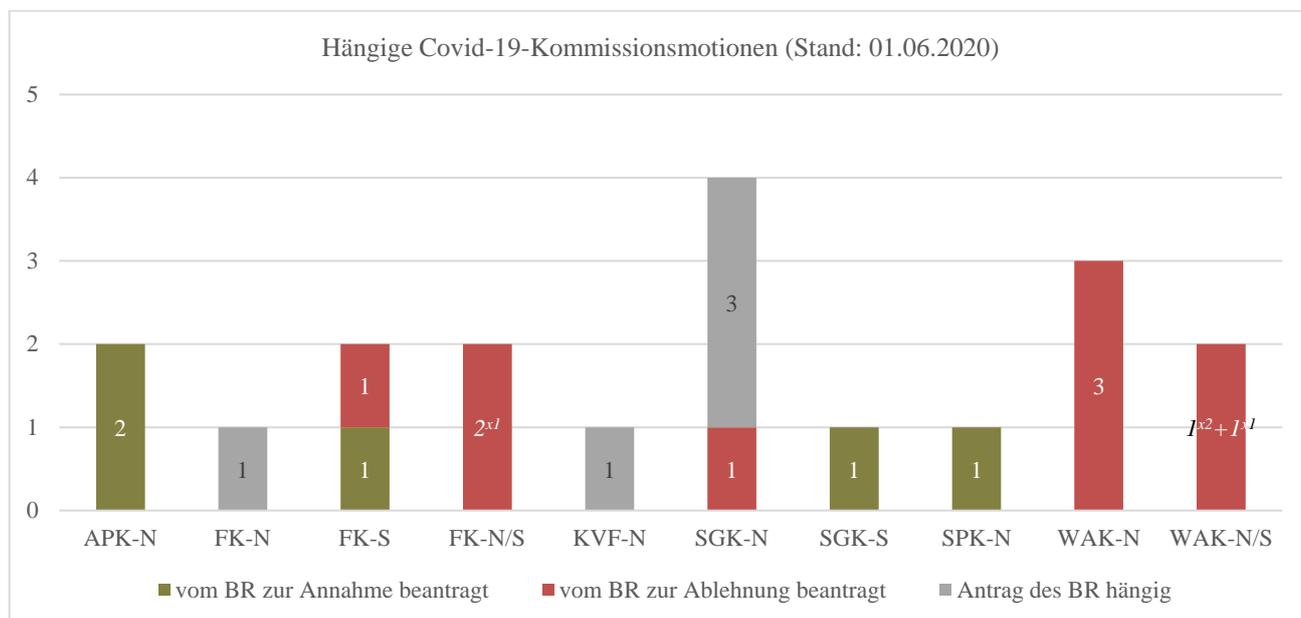
Die meisten Motionen werden von der SGK-N eingereicht.

Im untersuchten Zeitraum stellt der Bundesrat zu vier der neu eingereichten Motionen einen Antrag, und zwar auf Ablehnung. Es handelt sich dabei um die gleichlautenden Motionen beider WAK, die Motion der WAK-N und eine Motion der SGK-N.

Zudem stellt der Bundesrat zu den zwei der vor der ausserordentlichen Session eingereichten Motionen, zu denen er noch keinen Antrag gestellt hatte, einen Antrag: Eine dieser zwei FK-S Motionen beantragt er anzunehmen, eine abzulehnen.

¹⁰ Die eingereichten Vorstösse sind im Anhang V einzeln aufgelistet.

Zwischenbilanz



G.24

Bisher waren noch 12 Covid-19-Kommissionsmotionen in den Räten hängig. Die WAK-S zieht im untersuchten Zeitraum eine ihrer gleichlautenden Motionen zurück, neun Motionen werden neu eingereicht. Somit sind neu 20 Covid-19-Kommissionsmotionen hängig.

4. Covid-19-Akte

4.1. Rechtsetzungsakte im Covid-19-Bereich

Im untersuchten Zeitraum revidiert der Bundesrat insgesamt fünfmal die COVID-19-Verordnung 2. Zudem erlässt er folgende Notverordnungen:

- [SR 862.1](#) Verordnung über die Abfederung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (Covid-19) auf die institutionelle familienergänzende Kinderbetreuung (Covid-19-Verordnung familienergänzende Kinderbetreuung) vom 20. Mai 2020 (Inkrafttreten am 17. März 2020)
- [SR 783.03](#) Verordnung über Übergangsmassnahmen zugunsten der Printmedien im Zusammenhang mit dem Coronavirus (Covid-19-Verordnung Printmedien) vom 20. Mai 2020 (Inkrafttreten am 1. Juni 2020)
- [SR 784.402](#) Verordnung über Übergangsmassnahmen zugunsten der elektronischen Medien im Zusammenhang mit dem Coronavirus (Covid-19-Verordnung elektronische Medien) vom 20. Mai 2020 (Inkrafttreten am 1. Juni 2020),

revidiert folgende bestehende Notverordnungen:

- [SR 442.15](#) Verordnung über die Abfederung der wirtschaftlichen Auswirkungen des Coronavirus (COVID-19) im Kultursektor (COVID-Verordnung Kultur) vom 20. März 2020, Änderung vom 13. Mai 2020 (Inkrafttreten am 21. Mai 2020)
- [SR 837.033](#) Verordnung über Massnahmen im Bereich der Arbeitslosenversicherung im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19) (COVID-19-Verordnung Arbeitslosenversicherung) vom 20. März 2020, Änderung vom 20. Mai 2020 (Inkrafttreten am 1. Juni 2020)

- [SR 415.021](#) Verordnung über Begleitmassnahmen im Sportbereich zur Abfederung der Folgen von Massnahmen des Bundes zur Bekämpfung des Coronavirus (COVID-19-Verordnung Sport) vom 20. März 2020, Änderung vom 20. Mai 2020 (Inkrafttreten am 1. Juni 2020),

erlässt folgende neue unselbstständige Verordnungen:

- [SR 413.17](#) Verordnung über die Durchführung der schweizerischen Maturitätsprüfung 2020 angesichts der Pandemie des Coronavirus (Covid-19-Verordnung schweizerische Maturitätsprüfung) vom 13. Mai 2020 (Inkrafttreten am 14. Mai 2020)
- [SR 818.101.25](#) Verordnung über den Pilotversuch mit dem «Swiss Proximity-Tracing-System» zur Benachrichtigung von Personen, die potenziell dem Coronavirus (Covid-19) ausgesetzt waren (Covid-19-Verordnung Pilotversuch Proximity-Tracing) vom 13. Mai 2020 (Inkrafttreten am 14. Mai 2020)
- [SR 281.243](#) Verordnung über den Rechtsstillstand nach Artikel 62 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs für die Reisebranche vom 20. Mai 2020 (Inkrafttreten am 21. Mai 2020)
- [SR 916.141](#) Verordnung über die ausserordentliche finanzielle Unterstützung der Deklassierung von Wein mit kontrollierter Ursprungsbezeichnung zu Tafelwein im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19-Verordnung Deklassierung von Wein) vom 20. Mai 2020 (Inkrafttreten am 1. Juni 2020),

revidiert mit folgender Mantelverordnung mehrere bestehende Verordnungen:

- Verordnung über die Massnahmen betreffend die eidgenössische Prüfung in Humanmedizin 2020 angesichts der Pandemie des Coronavirus (Covid-19-Verordnung eidgenössische Prüfung in Humanmedizin) vom 27. Mai 2020 (Inkrafttreten am 28. Mai 2020) ([SR 811.112.0](#), [SR 811.113.3](#), [SR 811.117.3](#))

und revidiert folgende bestehende unselbstständige Verordnungen:

- [SR 943.11](#) Verordnung über das Gewerbe der Reisenden (RGV) vom 4. September 2002, Änderung vom 7. Mai 2020 (Inkrafttreten am 11. Mai 2020)
- [SR 941.411](#) Verordnung über explosionsgefährliche Stoffe (Sprengstoffverordnung, SprstV) vom 27. November 2000, Änderung vom 27. Mai 2020 (Inkrafttreten am 28. Mai 2020)
- [SR 415.01](#) Verordnung über die Förderung von Sport und Bewegung (Sportförderungsverordnung, SpoFöV) vom 23. Mai 2012, Änderung vom 20. Mai 2020 (Inkrafttreten am 1. Juni 2020).

Im untersuchten Zeitraum sind folgende Notverordnungen ausser Kraft getreten:

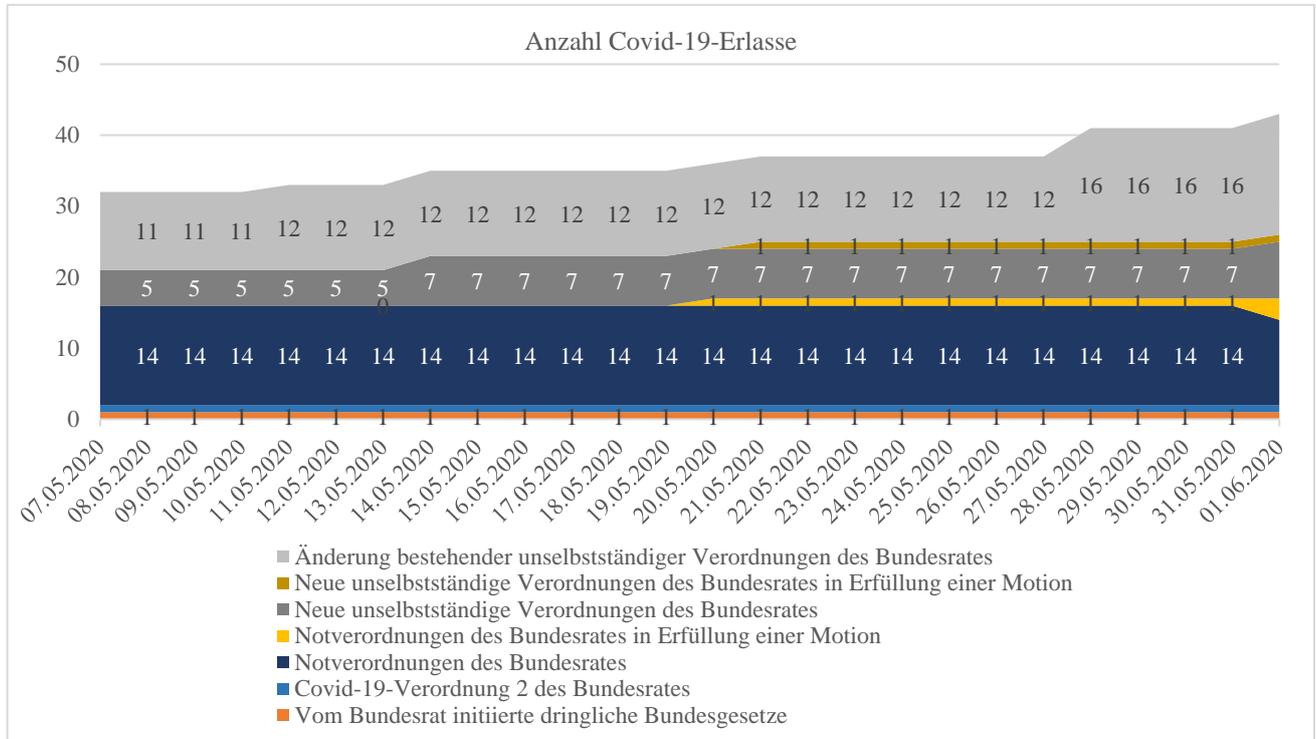
- [SR 161.16](#) Verordnung über den Fristenstillstand bei eidgenössischen Volksbegehren vom 20. März 2020 (galt bis zum 31. Mai 2020)
- [SR 221.213.4](#) Verordnung über die Abfederung der Auswirkungen des Coronavirus im Miet- und Pachtwesen (COVID-19-Verordnung Miete und Pacht) vom 27. März 2020 (galt bis zum 31. Mai 2020).

Die drei neuen Notverordnungen ([SR 862.1](#), [SR 783.03](#), [SR 784.402](#)) sowie eine weitere neue unselbstständige Verordnung ([SR 281.243](#)) werden vom Bundesrat in Erfüllung einer überwiesenen Motion ([20.3128](#) WBK-N / [20.3129](#) WBK-S, [20.3145](#) KVF-S / [20.3154](#) KVF-N, [20.3146](#) KVF-S / [20.3155](#) KVF-N, [20.3157](#) RK-N), d. h. im Auftrag des Parlamentes, erlassen.

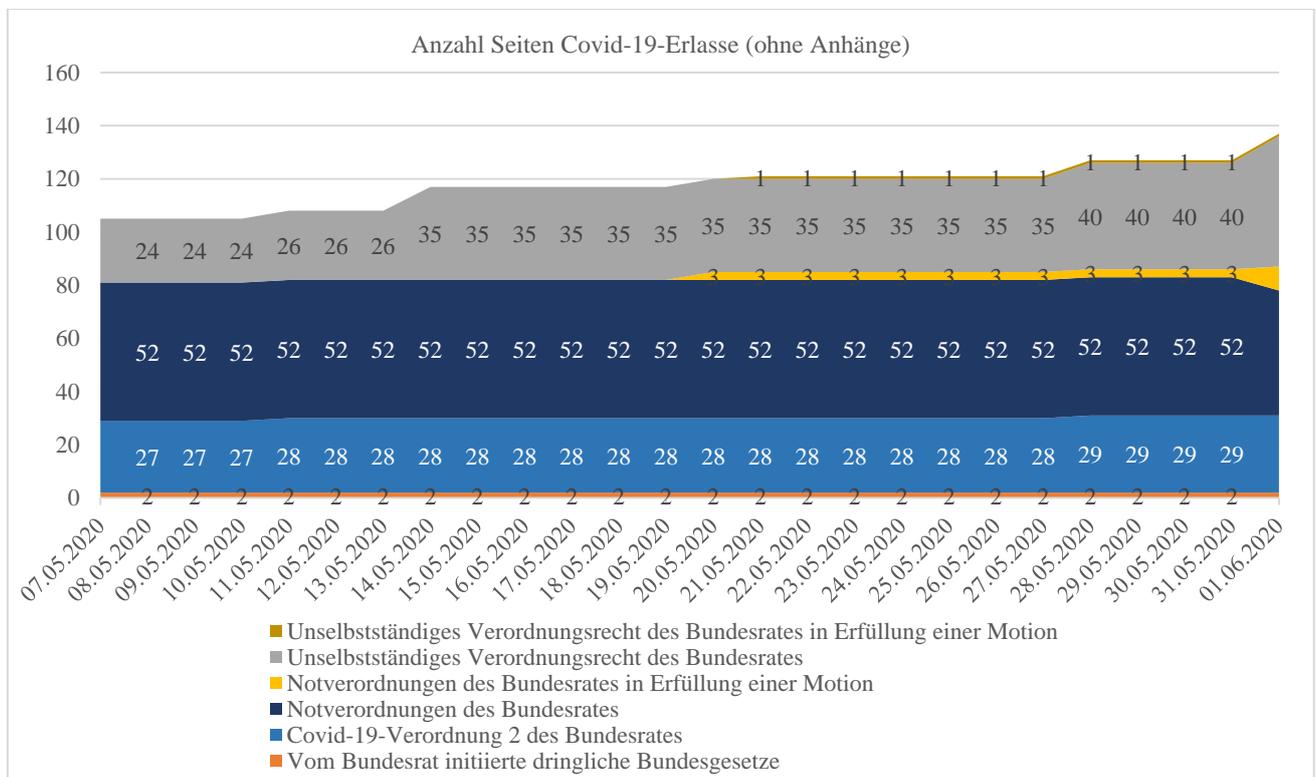
In der Zwischenzeit ist auch das während der ausserordentlichen Session vom Parlament erlassene dringliche Bundesgesetz in Kraft getreten.

In den untenstehenden und auch den nachfolgenden Grafiken gleicher Art sind die von der Bundesversammlung erlassenen sowie die vom Bundesrat im Auftrag des Parlamentes erlassenen rechtsetzenden Covid-19-Akte in oranger, gelber und brauner Farbe gekennzeichnet. Blau und grau sind Akte gekennzeichnet, die der Bundesrat nicht im Auftrag des Parlamentes erlassen hat.

In den Grafiken wird nicht erfasst, welchen Einfluss der Austausch der Organe der Bundesversammlung mit dem Bundesrat auf dessen rechtsetzende Tätigkeit hat. Der Einfluss der Bundesversammlung auf die Covid-19-Rechtsetzung war daher de facto grösser als in den untenstehenden Grafiken aufgezeigt.



G.25



G.26

Teil VII

SOMMERSESSION 2020

02.06.2020 – 19.06.2020 (11 Uhr)



1. Chronologie der Ereignisse

- 02.06.2020 Beginn der Sommersession
- Im Nationalrat wird ein von der SVP-Fraktion gestellter Ordnungsantrag, die Sommersession des Nationalrates ab der zweiten Sessionswoche von der Bernexpo wieder ins Parlamentsgebäude zurückzuverlegen, mit 126 zu 5 Stimmen bei 8 Enthaltungen abgelehnt.
- 03.06.2020 Die Verwaltungsdelegation beschliesst, dass nach Ende der Sommersession das Parlament wieder im Parlamentsgebäude arbeiten soll. Auch die Herbstsession soll wieder im Parlamentsgebäude stattfinden.
- 05.06.2020 Der Bundesrat beschliesst befristete Erleichterungen im Umweltbereich.
- 08.06.2020 Beginn der zweiten Sessionswoche
- 12.06.2020 Der Bundesrat fasst den Beschluss, dass Angehörige des Zivilschutzes für einen Teil ihres Dienstes in der Coronapandemie die Differenz zwischen ihrem Erwerbseinkommen und der EO-Entschädigung erhalten. Er verlängert die vorübergehenden Schutzmassnahmen im Asylwesen bis Anfang Oktober und nimmt vom Beschluss des EJPD Kenntnis, die geltenden Einreisebeschränkungen – wie vor Wochenfrist in Aussicht gestellt – gegenüber allen Schengenstaaten per 15. Juni 2020 aufzuheben.
- 15.06.2020 Beginn der dritten Sessionswoche
- 19.06.2020 Ende der Sommersession

2. Parlamentsbetrieb

Auch die Sommersession findet in der Bernexpo statt. Der Zugang zur Bernexpo ist weiterhin beschränkt. Keinen Zugang haben

- externe Besucherinnen und Besucher,
- Besucherinnen und Besucher der Ratsmitglieder,
- nicht fest akkreditierte Medienschaffende,
- ehemalige Mitglieder des Parlamentes,
- Kantonsvertreterinnen und -vertreter,
- Botschaftsvertretungen und
- Personen, die von einem Ratsmitglied eine Zutrittskarte erhalten haben.

Neu gibt es im Nationalrat und im Ständerat reservierte Plätze für die Medienschaffenden. Wie bisher können interessierte Bürgerinnen und Bürger die Debatte per Livestream mitverfolgen.

Der Ständerat stimmt wieder mit der elektronischen Abstimmungsanlage ab. In der Zwischenzeit wurde die Anlage weiterentwickelt, und das Stimmverhalten der Ratsmitglieder kann nun angezeigt werden.

Im Gegensatz zur ausserordentlichen Session im Mai ist die dreiwöchige Sommersession hauptsächlich ordentlichen Geschäften gewidmet. Covid-19-bezogene Geschäfte werden im Nationalrat während rund zehn und im Ständerat während rund sieben Stunden beraten.

Session extra muros?

Im Vorfeld der Session wird diskutiert, die Sommersession an einem anderen Ort als in Bern durchzuführen. Auf die Verlegung des Tagungsortes wird unter anderem aus Kostengründen verzichtet.

Hintergrundwissen

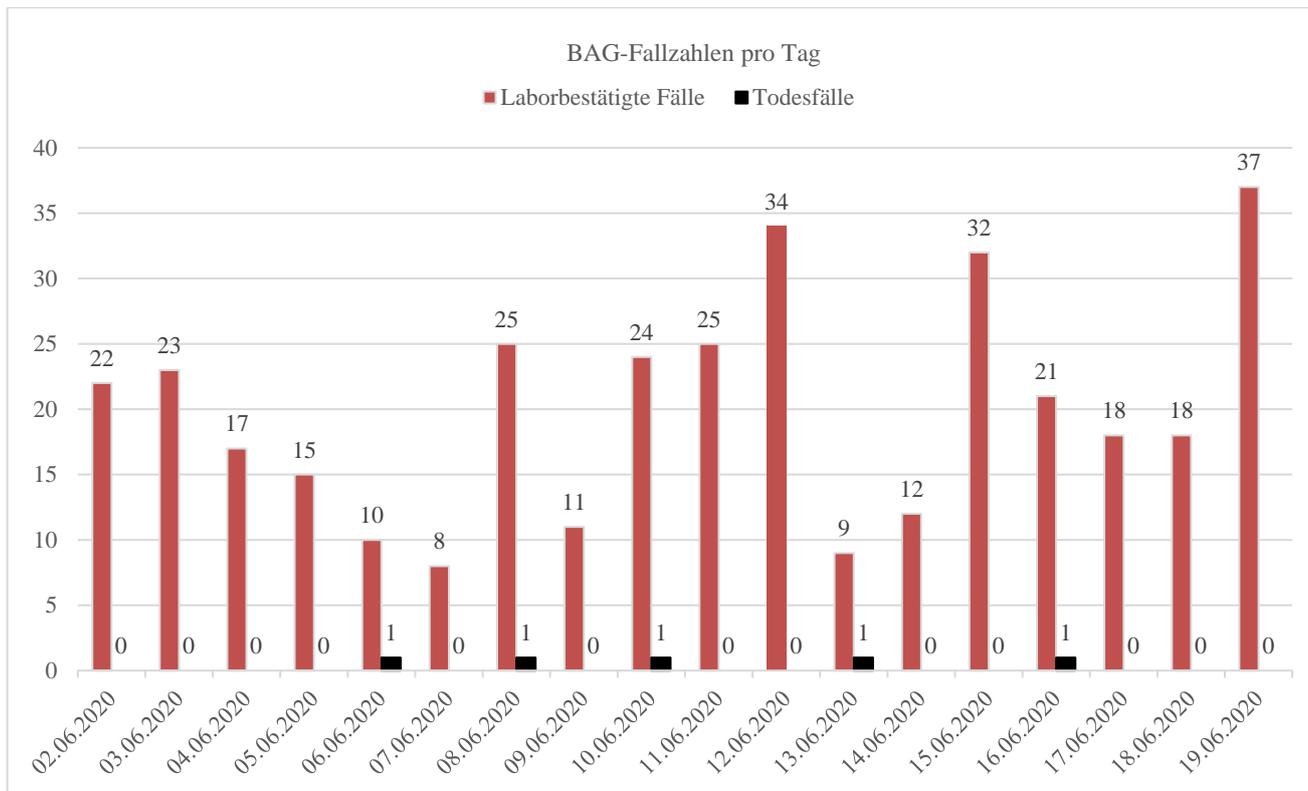
H.15

Versammlungsort / Sessionen extra muros

Das Parlamentsgesetz gibt vor ([Art. 32 ParlG](#)), dass die Bundesversammlung in Bern tagt; ausnahmsweise ist es auch möglich, an einem anderen Ort zu tagen. Dazu müsste das Parlament jedoch einen einfachen Bundesbeschluss verabschieden. Dieser kann von einem Ratsmitglied, einer Fraktion oder einer Kommission mittels einer parlamentarischen Initiative initiiert werden.

COVID-19-FALLZAHLEN UND -MASSNAHMEN IM ÜBERBLICK

G.27

**Ab dem 06.06.:**

Veranstaltungen mit mehr als 300 Personen sind weiterhin verboten.

Ansammlungen von mehr als 30 Personen im öffentlichen Raum sind weiterhin verboten.

Politische und zivilgesellschaftliche Kundgebungen von mehr als 300 Personen sind verboten.

In den Gastronomiebetrieben hat der Konsum sitzend zu erfolgen.

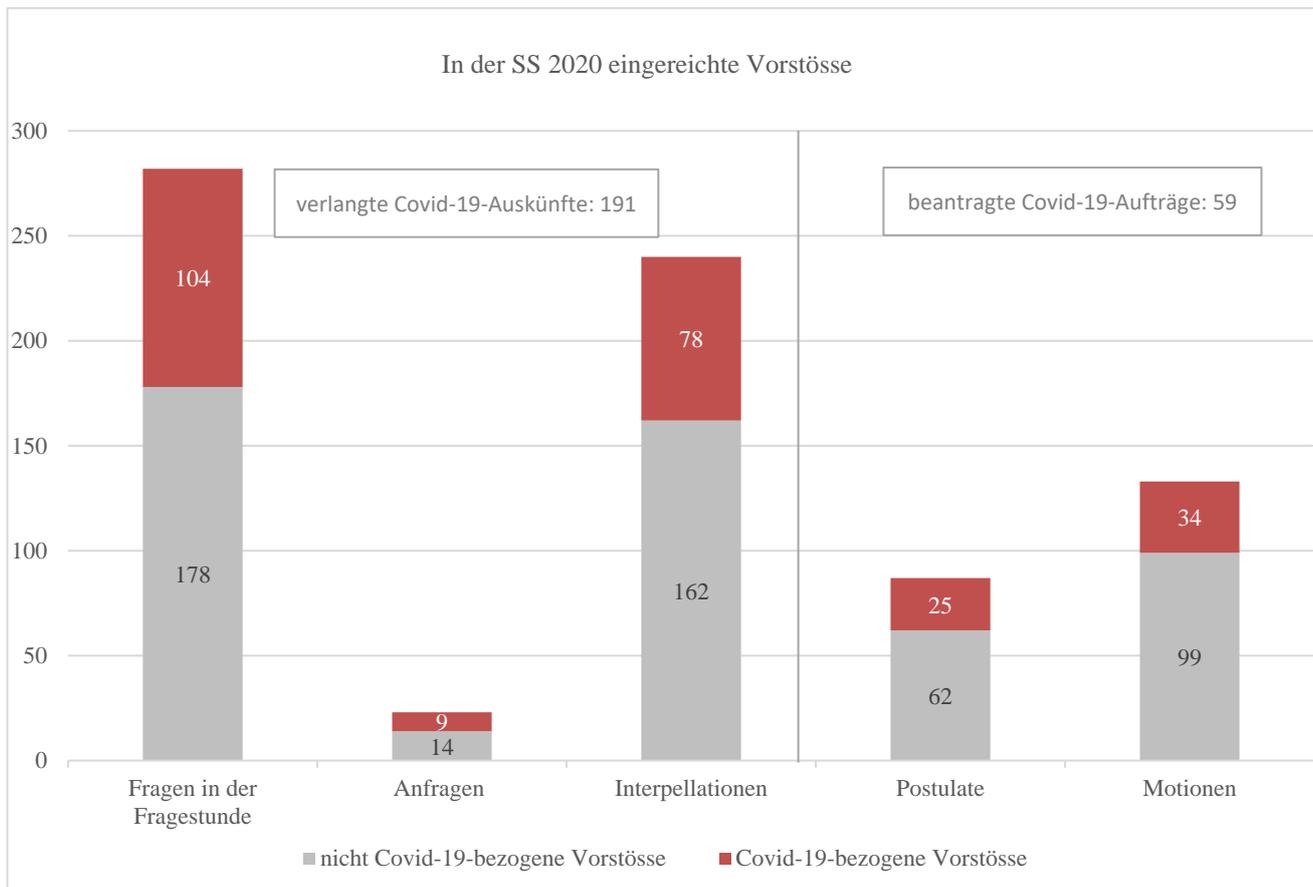
Sportwettkämpfe mit engem Körperkontakt sind verboten.

Es bestehen weiterhin Einreisebeschränkungen.

Sommersession in der Bernexpo: Der Zugang zur Bernexpo ist beschränkt.

3. Covid-19-Vorstösse

3.1. Eingereichte Covid-19-Vorstösse¹¹



G.28

Rund ein Drittel der im Laufe der Sommersession 2020 eingereichten Vorstösse sind Covid-19-bezogene Vorstösse. Es werden 104 Fragen, 9 Anfragen, 78 Interpellationen, 25 Postulate sowie 34 Motionen eingereicht, die sich auf Covid-19 beziehen.

Neben den Vorstössen werden auch drei Covid-19-bezogene parlamentarische Initiativen eingereicht.

3.2. Abschliessend behandelte Covid-19-Vorstösse

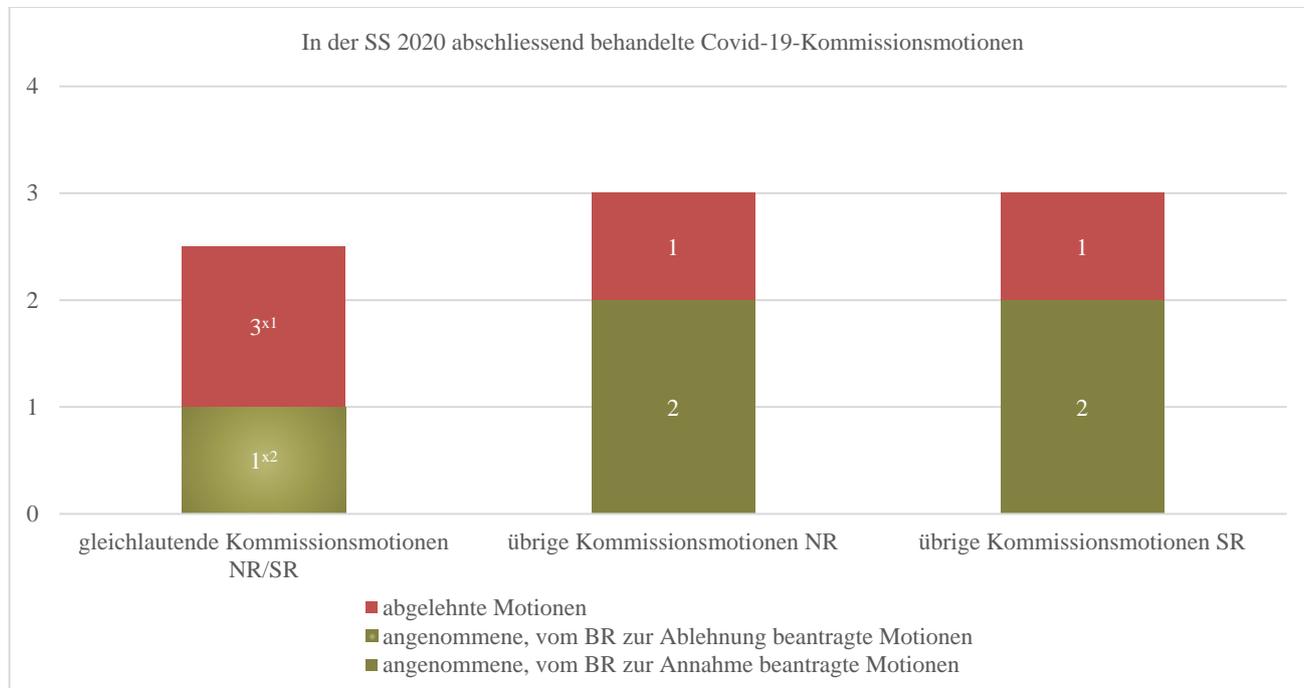
Kommissionspostulate

Das verbleibende Kommissionspostulat wird abgelehnt. Somit sind keine Kommissionspostulate mehr hängig.

¹¹ Die eingereichten Vorstösse sind im Anhang V einzeln aufgelistet.

Kommissionsmotionen

Im Zuge der Sommersession werden elf der zwanzig hängigen Covid-19-bezogenen Kommissionsmotionen abschliessend behandelt.



G.29

Es werden ein mal zwei gleichlautende und je zwei nationalrätliche und ständerätliche Kommissionsmotionen angenommen. Damit werden dem Bundesrat im Laufe der Sommersession mittels Motionen insgesamt fünf neue Aufträge erteilt. Bei einem dieser Aufträge hatte der Bundesrat die Ablehnung der Motionen beantragt.



G.30

Es werden folgende Aufträge erteilt:

- [20.3130](#) APK-N «Schrittweise Öffnung der Grenzen und Wiederherstellung der Personenfreizügigkeit»: Der Bundesrat erhält den Auftrag, für die schrittweise Öffnung der Landesgrenzen ebenfalls einen Fahrplan aufzustellen, damit Familien rasch zusammengeführt werden können und die Personenfreizügigkeit wiederhergestellt werden kann. (Der Bundesrat beantragte die Annahme der Motion.)
- [20.3131](#) APK-N «Nachtragskredit für die humanitäre Hilfe»: Der Bundesrat wird beauftragt, die Kredite für die humanitäre Hilfe für das Jahr 2020 mit Nachtragskrediten von insgesamt 100 Millionen Franken aufzustocken. (Der Bundesrat beantragte die Annahme der Motion.)
- [20.3451](#) WAK-N / [20.3460](#) WAK-S «Geschäftsmieten in der Gastronomie und bei anderen von der Schliessung betroffenen Betrieben. Die Mieter sollen nur 40 Prozent der Miete schulden»: Der Bundesrat wird beauftragt, Massnahmen zu ergreifen, damit Betreiber von Restaurants und weiteren vom Bundesrat geschlossenen Betrieben gemäss Artikel 6 Absatz 2 der COVID-19-Verordnung (in der Fassung vom 19. März 2020) ihrem Vermieter nur 40 Prozent der Miete schulden während der Zeit, in welcher sie aufgrund der behördlichen Massnahmen geschlossen bleiben müssen. (Der Bundesrat beantragte die Ablehnung der Motionen.)
- [20.3166](#) SGK-S «Erhöhung der Versorgungssicherheit bei Medikamenten und Impfstoffen»: Der Bundesrat wird beauftragt, mit den Akteuren im Gesundheitswesen ein Inventar der Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Medikamenten und Impfstoffen zu erstellen und auf nationaler und internationaler Ebene Lösungen zu erarbeiten. (Der Bundesrat beantragte die Annahme der Motion.)
- [20.3170](#) FK-S «Gezielte Unternehmenssanierungen statt Konkurswelle»: Der Bundesrat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen so anzupassen, dass die Bürgerschaftsgenossenschaften im Auftrag des Bundes die Kompetenz und weitere Instrumente erhalten, rechtzeitig mit den Banken zusammen Unternehmenssanierungen aktiv anzugehen. (Der Bundesrat beantragte die Annahme der Motion.)

Vom Ständerat werden drei der vom Nationalrat während der ausserordentlichen Session angenommenen gleichlautenden nationalrätlichen Motionen abgelehnt. (Zwei der gleichlautenden ständerätlichen Motionen waren vom Ständerat bereits während der ausserordentlichen Session abgelehnt worden, die dritte wurde zurückgezogen.) Die Räte lehnen ferner je eine nationalrätliche und eine ständerätliche Motion ab.

Zwei der während der ausserordentlichen Session angenommenen Motionen werden, da sie zwischenzeitlich vom Bundesrat erfüllt worden sind, von den Räten abgeschrieben:

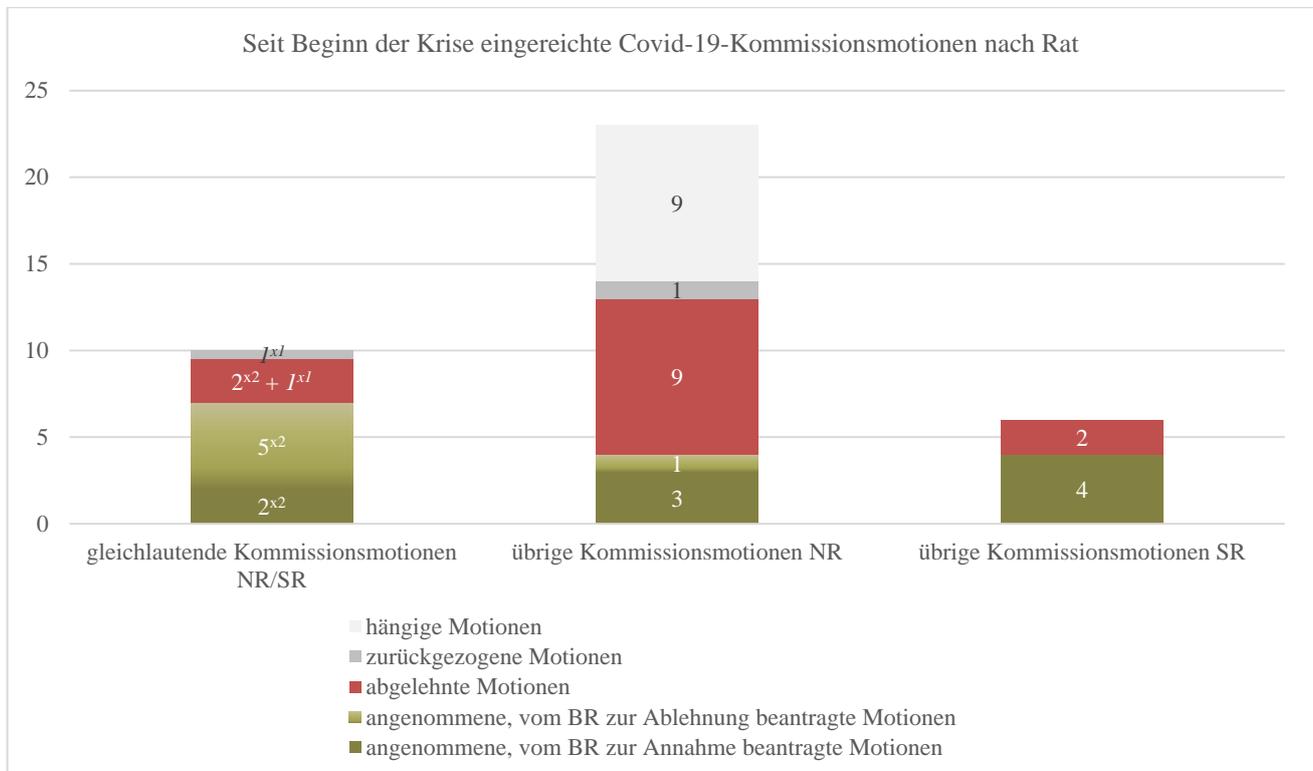
- [20.3144](#) SPK-N / [20.3168](#) SPK-S «Gesetzliche Grundlagen zur Einführung der Corona-Warn-App (Corona-Proximity-Tracing-App)»: Die Motionen wurden mit der Überweisung der Vorlage [20.040](#) – Botschaft vom 20. Mai 2020 zur dringlichen Änderung des Epidemiengesetzes im Zusammenhang mit dem Coronavirus (Proximity-Tracing-System) – vom Bundesrat erfüllt (vgl. Abschnitt 4.1).

Zwischenbilanz

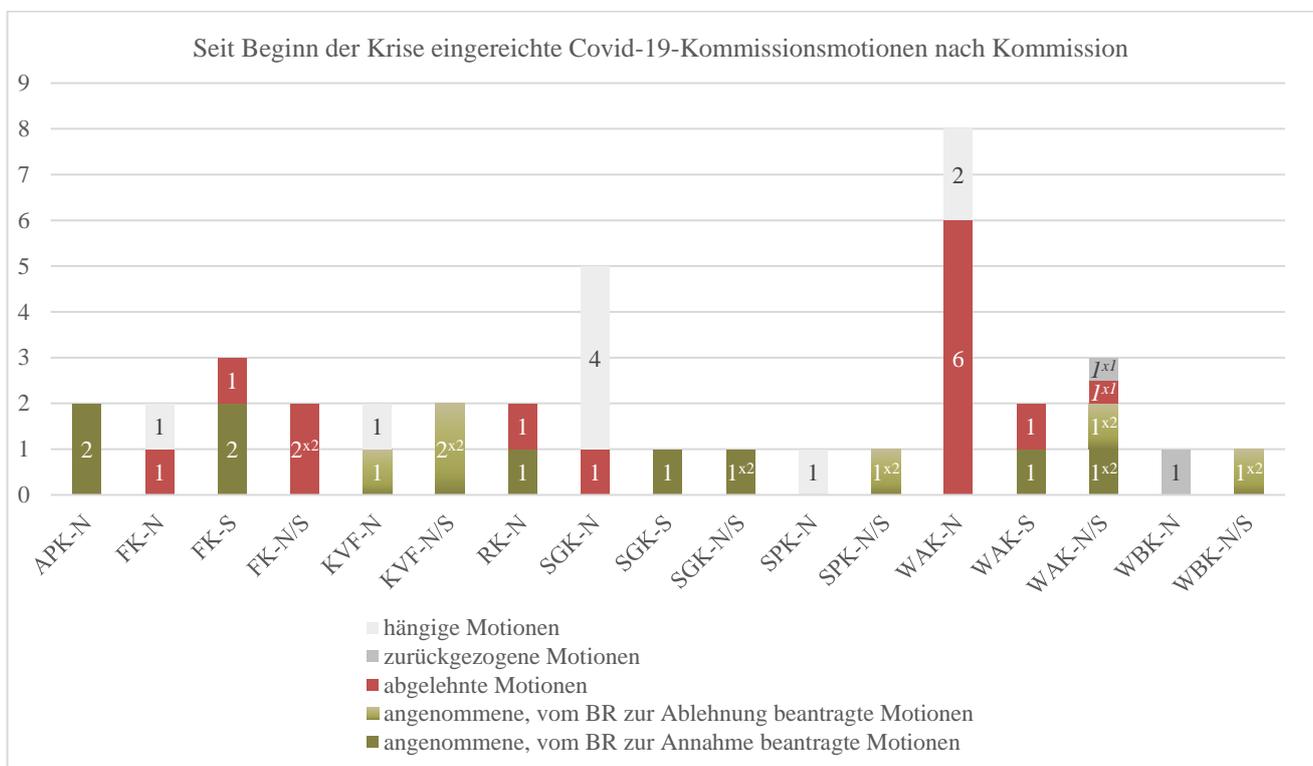
Seit Beginn der Covid-19-Krise wurden somit insgesamt vierzehn (sieben mal zwei) der zwanzig (zehn mal zwei) eingereichten gleichlautenden Covid-19-Kommissionsmotionen angenommen. Dies sind rund 64 Prozent der gleichlautenden Kommissionsmotionen. Vier (zwei mal zwei) Motionen wurden abgelehnt, eine gleichlautende Motion wurde zurückgezogen und die Motion der Schwesterkommission abgelehnt. Zehn (fünf mal zwei), d. h. 72 Prozent, der erfolgreichen gleichlautenden Motionen wurden gegen den Antrag des Bundesrates angenommen.

Vier der übrigen von den nationalrätlichen Kommissionen eingereichten Motionen wurden angenommen, neun wurden abgelehnt, eine wurde zurückgezogen und neun bleiben hängig. Eine der vier angenommenen Motionen wurde gegen den Antrag des Bundesrates angenommen.

Vier der übrigen ständerätlichen Kommissionen wurden angenommen, zwei wurden abgelehnt. Bei allen vier angenommenen Motionen hatte der Bundesrat deren Annahme beantragt.

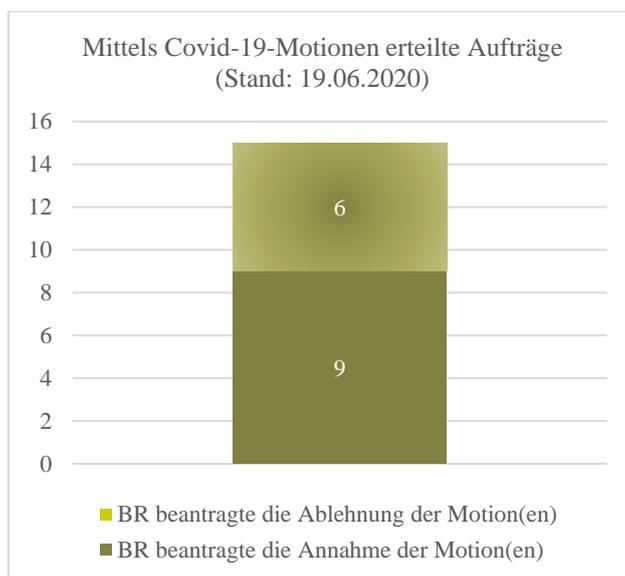


G.31



G.32

Insgesamt wurden somit dem Bundesrat mittels Covid-19-Kommissionsmotionen bisher fünfzehn Aufträge erteilt; sechs (40 Prozent) dieser Aufträge wurden ihm gegen seinen Willen erteilt.



G.33

4. Covid-19-Akte

4.1. Rechtsetzungsakte im Covid-19-Bereich

Dringliche Bundesgesetze

Im Rahmen der ausserordentlichen Session hat das Parlament die Motionen «Gesetzliche Grundlagen zur Einführung der Corona-Warn-App (Corona-Proximity-Tracing-App)» der SPK-S (20.3168) und der SPK-N (20.3144) angenommen und damit den Bundesrat beauftragt, die zur Einführung von Corona-Warn-Apps notwendige gesetzliche Grundlage dem Parlament vorzulegen.

Am 20. Mai hat der Bundesrat dem Parlament einen entsprechenden Entwurf für eine dringliche Änderung des Epidemiengesetzes unterbreitet (20.040). Aufgrund der Dringlichkeit musste der Bundesrat auf die Durchführung einer Vernehmlassung verzichten.

Die dringliche Änderung wird vom Parlament am 19. Juni verabschiedet. Sie wird am 25. Juni in Kraft treten und gilt bis zum 30. Juni 2022. Die Änderung untersteht dem nachträglichen fakultativen Referendum.

Bundesratsverordnungen

Der Bundesrat hat seinerseits in dem hier untersuchten Zeitraum viermal die COVID-19-Verordnung 2 sowie folgende bestehende Notverordnungen revidiert:

- [SR 834.15](#) Verordnung über die Entschädigung von Angehörigen der Armee im Assistenzdiensteinsatz zur Bewältigung der Coronapandemie (COVID-19-Verordnung Entschädigung Angehörige der Armee) vom 22. April 2020, Änderung vom 12. Juni 2020 (Inkrafttreten am 6. März 2020)
- [SR 142.318](#) Verordnung über Massnahmen im Asylbereich im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19-Verordnung Asyl) vom 1. April 2020, Änderung vom 12. Juni 2020 (Inkrafttreten am 7. Juli 2020).

Ausserdem hat er folgende unselbstständige Verordnung erlassen:

- [SR 814.203](#) Verordnung über Erleichterungen im Umweltrecht im Zusammenhang mit dem Coronavirus (Covid-19) (Covid-19-Verordnung Umweltrecht) vom 5. Juni 2020 (Inkrafttreten am 15. Juni 2020).

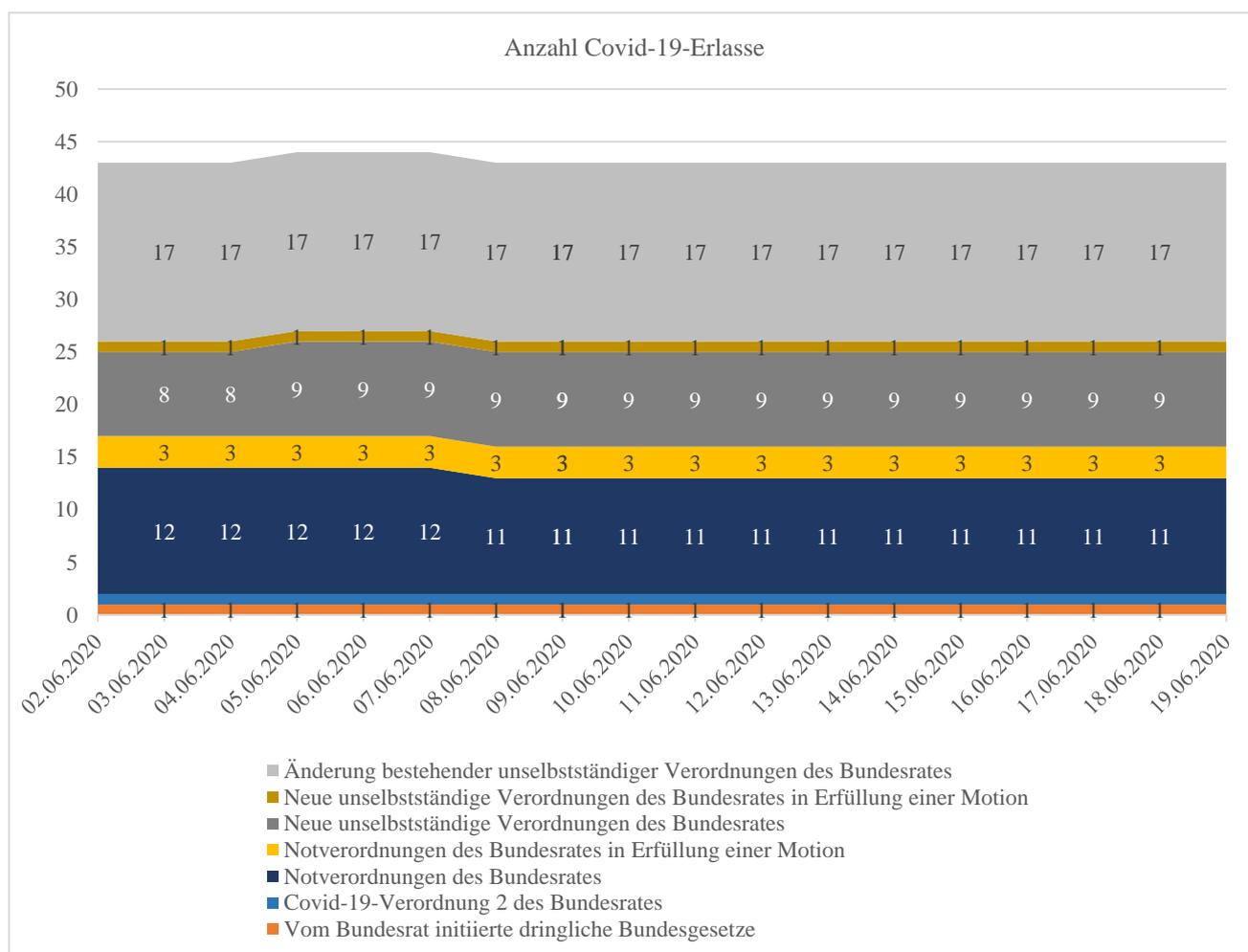
Ausser Kraft trat folgende Notverordnung:

- [SR 823.115](#) Verordnung über Massnahmen im Bereich der Stellenmeldepflicht im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19-Verordnung Stellenmeldepflicht) vom 25. März 2020 (galt bis zum 8. Juni 2020).

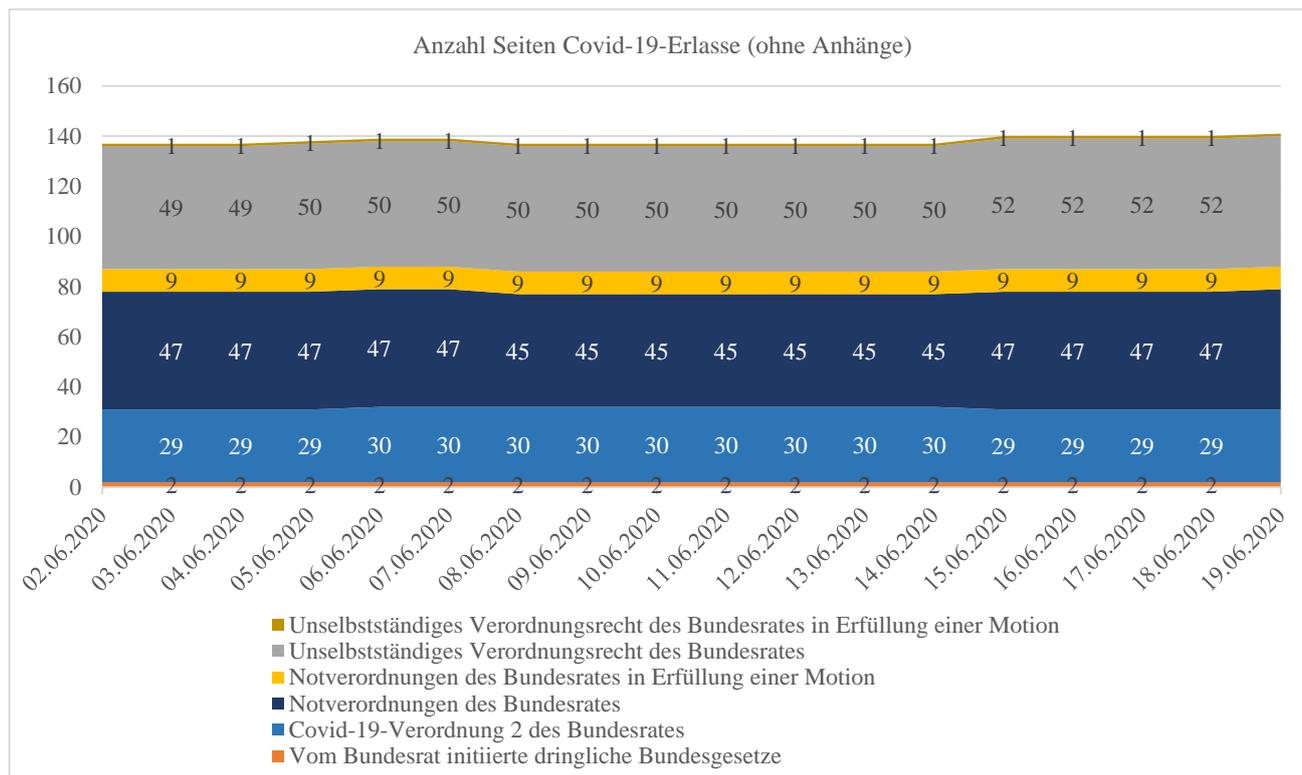
Zwischenbilanz

Das Parlament hat somit bis Ende der Sommersession zwei dringliche Bundesgesetze erlassen, und vom Bundesrat wurden im Auftrag des Parlamentes bisher drei Notverordnungen und eine unselbstständige Verordnung verabschiedet. Das zweite vom Parlament initiierte dringliche Bundesgesetz tritt erst nach Ende der Sommersession in Kraft und ist in den Grafiken G.34 und G.35 unten daher noch nicht aufgeführt.

Wie bereits erwähnt, wird in den Grafiken nicht erfasst, welchen Einfluss der Austausch der Organe der Bundesversammlung mit dem Bundesrat auf dessen rechtsetzende Tätigkeit hat. Der Einfluss der Bundesversammlung auf die Covid-19-Rechtsetzung war daher de facto grösser als in den Grafiken aufgezeigt.



G.34



G.35

4.2. Finanzbeschlüsse im Covid-19-Bereich

Mit dem Nachtrag IIa, den der Bundesrat an seiner Sitzung vom 20. Mai 2020 verabschiedet hat, beantragt er dem Parlament weitere elf Nachtragskredite im Umfang von 14,9 Milliarden Franken. Davon entfällt der grösste Teil auf einen weiteren ausserordentlichen Beitrag des Bundes an die Arbeitslosenversicherung (14,2 Mia.). Zudem beantragt der Bundesrat dem Parlament zwei Verpflichtungskredite für die Schweizer Beteiligung an den internationalen Bemühungen zur Bewältigung der Pandemie im Umfang von 307 Millionen Franken sowie die Aufstockung der landwirtschaftlichen Zahlungsrahmen «Produktion und Absatz 2018–2021» um 7 Millionen Franken.

Das Parlament genehmigt im Zuge der Sommersession die beantragten Kredite sowie die beantragte Aufstockung der landwirtschaftlichen Zahlungsrahmen (20.042).

Begriffserläuterung

B.3

«Zahlungsrahmen»

Der Zahlungsrahmen ist ein von der Bundesversammlung für mehrere Jahre festgesetzter Höchstbetrag der Voranschlagskredite für bestimmte Ausgaben (Art. 20 Abs. 1 FHG). Er ist keine Kreditbewilligung (Art. 20 Abs. 3 FHG). Die erforderlichen Voranschlagskredite müssen jährlich im Voranschlag beantragt und vom Parlament beschlossen werden. Zahlungsrahmen sind in der Regel für Bereiche erforderlich, bei denen Zusicherungen und Zahlungen in das gleiche Jahr fallen und gleichzeitig eine längerfristige Ausgabensteuerung geboten ist (Art. 20 Abs. 2 FHG).

Zahlungsrahmen werden dem Parlament mit einer Sonderbotschaft mit besonderem Bundesbeschluss oder zusammen mit dem Voranschlag oder einem Nachtrag zum Voranschlag unterbreitet (Art. 9 FHV).

Zwischenbilanz

Das Parlament hat zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie somit bisher Ausgaben von rund 31 Milliarden Franken sowie Verpflichtungen und Garantien von rund 42 Milliarden Franken bewilligt.

CORONAVIRUS: BISHERIGE FINANZIELLE ABFEDERUNGSMASSNAHMEN IM JAHR 2020

in Franken		Bundesrat		Eidg. Räte
		Total	Kompensationen	
Total Voranschlagskredite		30 861 581 350	184 500 000	30 966 581 350
<i>davon ausserordentliche Ausgaben</i>		<i>30 821 481 350</i>	<i>180 000 000</i>	<i>30 926 481 350</i>
Amt	Kredit-Nr.	Kreditbezeichnung		
101	Bundesversammlung	A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget) Parlamentdienste	3 700 000
101	Bundesversammlung	A202.0102	Parlament	400 000
202	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten	A290.0117	Darlehen Internationales Komitee vom Roten Kreuz	200 000 000
202	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten	A290.0118	Humanitäre Hilfe	50 500 000
202	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten	A290.0121	Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit	57 000 000
306	Bundesamt für Kultur	A290.0107	Soforthilfe für Kulturunternehmen	100 000 000
306	Bundesamt für Kultur	A290.0108	Soforthilfe für Kulturschaffende	25 000 000
306	Bundesamt für Kultur	A290.0109	Ausfallentschädigung Kulturunternehmen + -schaffende	195 000 000
306	Bundesamt für Kultur	A290.0111	Kulturvereine im Laienbereich	20 000 000
316	Bundesamt für Gesundheit	A290.0112	Beschaffung Arzneimittel	130 000 000
316	Bundesamt für Gesundheit	A231.0213	Beitrag Gesundheitsschutz und Prävention	10 000 000
318	Bundesamt für Sozialversicherungen	A290.0104	Leistungen Erwerbersersatz	5 300 000 000
318	Bundesamt für Sozialversicherungen	A290.0115	Kinderbetreuung	65 000 000
504	Bundesamt für Sport	A290.0102	Darlehen	50 000 000
504	Bundesamt für Sport	A290.0103	Finanzhilfen	100 000 000
504	Bundesamt für Sport	A290.0123	Darlehen SFL/SIHF	175 000 000
506	Bundesamt für Bevölkerungsschutz	A290.0100	Aufgebot Schutzdienstpflichtige	23 375 000
525	Verteidigung	A290.0113	Beschaffung Sanitätsmaterial	2 553 106 350
604	Staatssekretariat für internationale Finanzfragen	A290.0122	Beitrag Schweiz an IWF CCRT	25 000 000
704	Staatssekretariat für Wirtschaft	A231.0196	Gewerbliche Bürgschaftsgenossenschaften	10 000 000
704	Staatssekretariat für Wirtschaft	A231.0198	Exportförderung	4 500 000
704	Staatssekretariat für Wirtschaft	A290.0105	Bundesbeitrag an die ALV	20 200 000 000
704	Staatssekretariat für Wirtschaft	A290.0106	Bürgschaften	1 000 000 000
704	Staatssekretariat für Wirtschaft	A290.0116	Beitrag Tourismus	40 000 000
708	Bundesamt für Landwirtschaft	A231.0231	Beihilfen Viehwirtschaft	3 000 000
708	Bundesamt für Landwirtschaft	A231.0232	Beihilfen Pflanzenbau	8 500 000
803	Bundesamt für Zivilluftfahrt	A290.0114	Unterstützung flugnahe Betriebe	600 000 000
808	Bundesamt für Kommunikation	A290.0125	Ausbau der indirekten Presseförderung	17 500 000
Total Verpflichtungskredite			42 182 500 000	42 182 500 000
202	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten	V0337.00	Covid: Internationale Zusammenarbeit	107 500 000
202	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten	V0340.00	Covid: Darlehen Internationales Komitee vom Roten Kreuz	200 000 000
704	Staatssekretariat für Wirtschaft	V0336.00	Bürgschaften für Unternehmen (Corona - Härtefallhilfe)	40 000 000 000
803	Bundesamt für Zivilluftfahrt	V0338.00	Garantien Luftverkehrsunternehmen	1 275 000 000
803	Bundesamt für Zivilluftfahrt	V0339.00	Unterstützung flugnahe Betriebe	600 000 000
Total Zahlungsrahmen			7 000 000	7 000 000
708	Bundesamt für Landwirtschaft	Z0023.04	Produktion und Absatz 2018-2021	7 000 000

Auszug aus der Botschaft des Bundesrates über den Nachtrag IIb zum Voranschlag 2020

Teil VIII

ZWISCHEN DER SOMMERSESSION 2020 UND DER HERBSTSESSION 2020

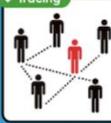
19.06.2020 (ab 11 Uhr) – 06.09.2020

Neues Coronavirus Aktualisiert am 3.1.2020

SO SCHÜTZEN WIR UNS. 

Jetzt unbedingt neue Regeln einhalten:

- ✓ Testen**

Bei Symptomen sofort testen lassen und zuhause bleiben.
- ✓ Tracing**

Zur Rückverfolgung wenn immer möglich Kontaktdaten angeben.
- ✓ Isolation/Quarantäne**

Bei positivem Test: Isolation. Bei Kontakt mit positiv getesteter Person: Quarantäne.

Weiterhin wichtig:

-  Abstand halten.
-  Begrüßung: Hände waschen, wenn Abstand halten nicht möglich ist.
-  Grundsätzlich Hände waschen.
-  Hände sofort mit Wasser und Seife waschen.
-  In Treibstochern oder Anordnungen beachten und streuen.
-  Nur nach professioneller Anweisung bei Arztbesuch oder Kontaktbesuchen.
-  Falls möglich weiter im Homeoffice arbeiten.

www.bag-coronavirus.ch

1. Chronologie der Ereignisse

- 19.06.2020 Der Bundesrat hebt die ausserordentliche Lage auf und beschliesst, dass ab Montag, 22. Juni 2020, die Massnahmen zur Bekämpfung des neuen Coronavirus weitgehend eingestellt werden. Einzig Grossveranstaltungen bleiben bis Ende August verboten. Auch die Homeoffice-Empfehlung wird aufgehoben. Alle öffentlich zugänglichen Orte müssen jedoch über ein Schutzkonzept verfügen. Der Bundesrat empfiehlt zudem, im öffentlichen Verkehr Masken zu tragen; bei Demonstrationen sind diese Pflicht. Mit der Rückkehr zur besonderen Lage geht die Verantwortung für die Bekämpfung der Covid-19-Epidemie wieder in die Verantwortung der Kantone über.
- 21.06.2020 64 Mitglieder des Nationalrates verlangen die Einberufung einer ausserordentlichen Session zwecks Behandlung der Motionen [20.3466](#), [20.3467](#), [20.3701](#) im Nationalrat sowie [20.3756](#), [20.3762](#), [20.3761](#) im Ständerat.
- 24.06.2020 Der Bundesrat fasst den Beschluss, dass der Bund ab dem 25. Juni 2020 sämtliche Kosten für Corona-Tests übernimmt. Er verabschiedet zudem die Verordnung über das Proximity-Tracing-System; damit ermöglicht er den Start der Swiss-Covid-App. Für die Einreise in die Schweiz hebt der Bundesrat per 6. Juli 2020 die Corona-bedingten Beschränkungen bei der Zulassung von Arbeitskräften aus Drittstaaten – also Staaten ausserhalb der EU und der EFTA – vollständig auf. Auch die Gesuche von nicht erwerbstätigen Angehörigen von Drittstaaten – zum Beispiel von Rentnern – sollen ab diesem Datum wieder gemäss den üblichen Kriterien von den Kantonen bearbeitet werden. Allerdings wird es Angehörigen von Drittstaaten noch nicht möglich sein, für Ferien in die Schweiz zu reisen, denn Einreisen für bewilligungsfreie Aufenthalte von weniger als 90 Tagen werden weiterhin nur in Fällen äusserster Notwendigkeit erlaubt.
- 25.06.2020 Die Ratsbüros beschliessen, dass die von 64 Mitgliedern des Nationalrates verlangte ausserordentliche Session in der Kalenderwoche 37 durchgeführt wird.
- 01.07.2020 Der Bundesrat beschliesst, dass der Anspruch der direkt oder indirekt von Massnahmen gegen das Coronavirus betroffenen Selbstständigerwerbenden auf Corona-Erwerbsersatz bis zum 16. September verlängert wird. Zudem dehnt er ab 1. September die Höchstbezugsdauer für Kurzarbeitsentschädigung von zwölf auf achtzehn Monate aus; es gilt eine Karenzfrist von einem Tag. Angesichts des zunehmenden Reiseverkehrs und der seit Mitte Juni ansteigenden Zahl der Neuansteckungen hat der Bundesrat entschieden, für den öffentlichen Verkehr ab Montag, 6. Juli schweizweit eine Maskenpflicht einzuführen. Zudem müssen sich Einreisende aus gewissen Gebieten in Quarantäne begeben.
- 03.07.2020 Die Verwaltungsdelegation fasst den Beschluss, dass als Schutzmassnahme in den Ratssälen sowie in verschiedenen Sitzungszimmern Plexiglas-Trennwände montiert werden. Ab dem 6. Juli werden zudem in beschränktem Umfang auch wieder Führungen im Parlamentsgebäude stattfinden, und ab August soll auch die Galerie des Alpes wieder öffnen können.

- 12.08.2020 Der Bundesrat beschliesst, Veranstaltungen mit mehr als 1000 Personen ab dem 1. Oktober 2020 wieder zu erlauben. Es gelten strenge Schutzmassnahmen, und die Kantone müssen die Anlässe bewilligen. Dabei müssen diese ihre epidemiologische Lage und ihre Kapazitäten für das Contact-Tracing berücksichtigen. Der Bundesrat fasst zudem den Beschluss, dass ab dem 15. August auch in Flugzeugen eine Maske getragen werden muss. Ausserdem sind ausländische Diplomatinen und Diplomaten von der Quarantänepflicht befreit, wenn ihre Einreise für die Funktionsfähigkeit der Botschaften notwendig ist; Schweizer Diplomatinen und Diplomaten sind neu ebenfalls für notwendige dienstliche Tätigkeiten von der Quarantänepflicht ausgeschlossen.
- Der Bundesrat beschliesst auch eine Änderung und die Verlängerung der COVID-19-Verordnung Arbeitslosenversicherung.
- 13.08.2020 Die Verwaltungsdelegation fasst den Beschluss, dass die aufgrund der Covid-19-Pandemie erlassenen Zutrittsbeschränkungen zum Parlamentsgebäude wieder gelockert werden können.
- 19.08.2020 Der Bundesrat beschliesst, dass Desinfektionsmittel bis Ende 2021 von der VOC-Abgabe befreit sind.
- 26.08.2020 Mehrstunden, die ausserhalb von Kurzarbeitsphasen aufgebaut werden, sollen weiterhin vorübergehend nicht von den Arbeitsausfällen abgezogen werden müssen. Dies hat der Bundesrat am 26. August 2020 beschlossen. Zudem wird das Einkommen aus einer Zwischenbeschäftigung weiterhin nicht an die Kurzarbeitsentschädigung angerechnet. Diese Regelung gilt somit bis Ende Jahr. Die vorübergehenden Schutzmassnahmen im Asylbereich verlängert der Bundesrat bis Ende Juni 2021, den für die Reisebürobranche geltenden Rechtsstillstand bis Ende 2020.
- 02.09.2020 Der Bundesrat legt nach Rücksprache mit den Kantonen und Verbänden Bewilligungsvoraussetzungen für Grossveranstaltungen fest. Für jede Veranstaltung mit über 1000 Personen muss ein Schutzkonzept vorgelegt werden. Dabei sind strenge Vorgaben zu beachten. So gilt, mit wenigen Ausnahmen, eine Sitzplatzpflicht, und Personenströme müssen klar geregelt werden. Für Spiele der nationalen Eishockey- und Fussballligen gelten zudem Maskenpflicht und Kapazitätsbegrenzungen. Die Kantone können Bewilligungen widerrufen, wenn sich die epidemiologische Entwicklung verschlechtert.

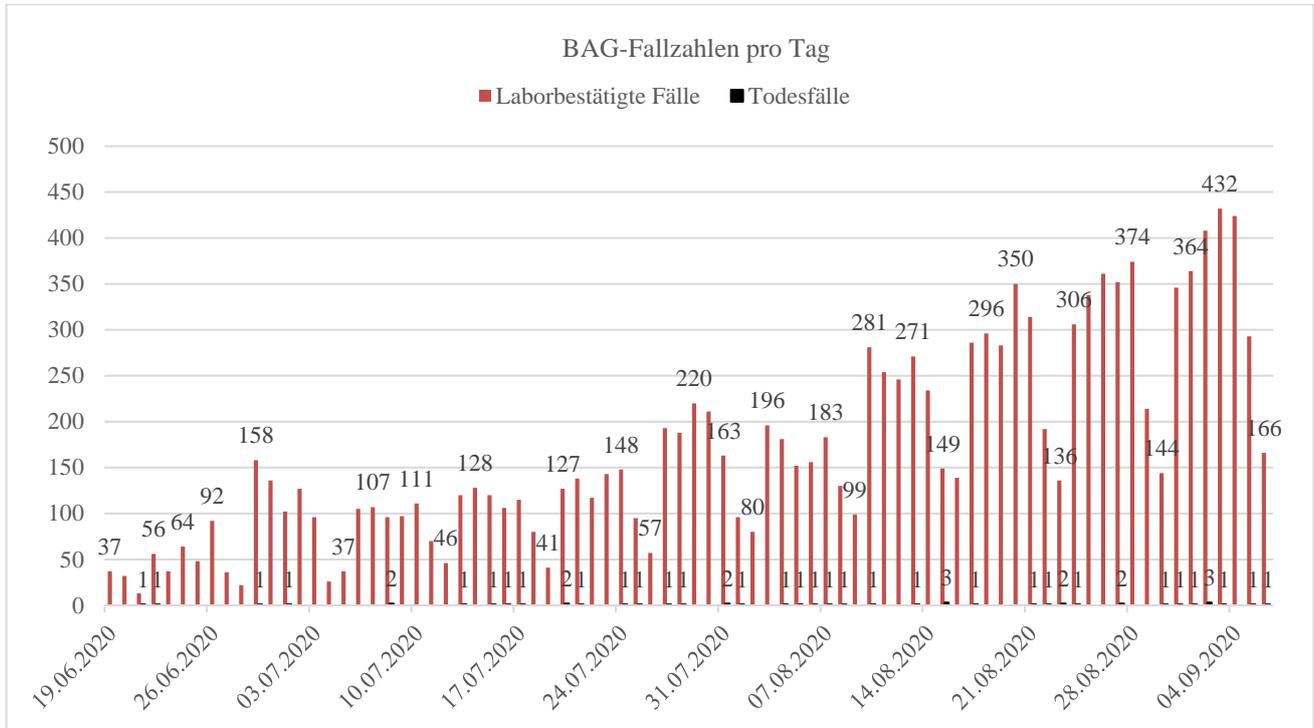
2. Parlamentsbetrieb

Die Kommissionen beraten unter anderem die Geschäfte der Herbstsession vor. Die Kommissionssitzungen werden unter Einhaltung der nötigen Distanzen wieder im Parlamentsgebäude durchgeführt. Mit dem Nationalratsaal, der Galerie des Alpes und der «Banane» stehen insgesamt drei Räume zur Verfügung, in denen die nationalrätlichen Kommissionen tagen können. Für die ständerätlichen Kommissionssitzungen stehen zusätzlich das Zimmer 301 sowie der Ständeratssaal zur Verfügung.

Die Nationalratspräsidentin und der Ständeratspräsident nutzen die politische Sommerpause, um sich an verschiedenen Orten in der Schweiz selbst ein Bild über die aktuelle Gesundheits- und Wirtschaftskrise zu machen. Sie besuchen die Kantone Tessin, Jura, Genf, Wallis, Graubünden, Neuenburg, Basel-Landschaft, Freiburg, Waadt und Basel-Stadt.

COVID-19-FALLZAHLEN UND -MASSNAHMEN IM ÜBERBLICK

G.36



Ab dem 22.06.:

Verbot von Veranstaltungen mit mehr als 1000 Personen.

Maskenpflicht bei Kundgebungen.

Schutzkonzepte für Betriebe, Einrichtungen und Veranstaltungen.

Es bestehen weiterhin Einreisebeschränkungen für Nicht-Schengen-Staaten.: Einreisen aus Risikoländern sind untersagt.

Ab dem 06.07.:

Schweizweite Maskenpflicht im öffentlichen Verkehr.

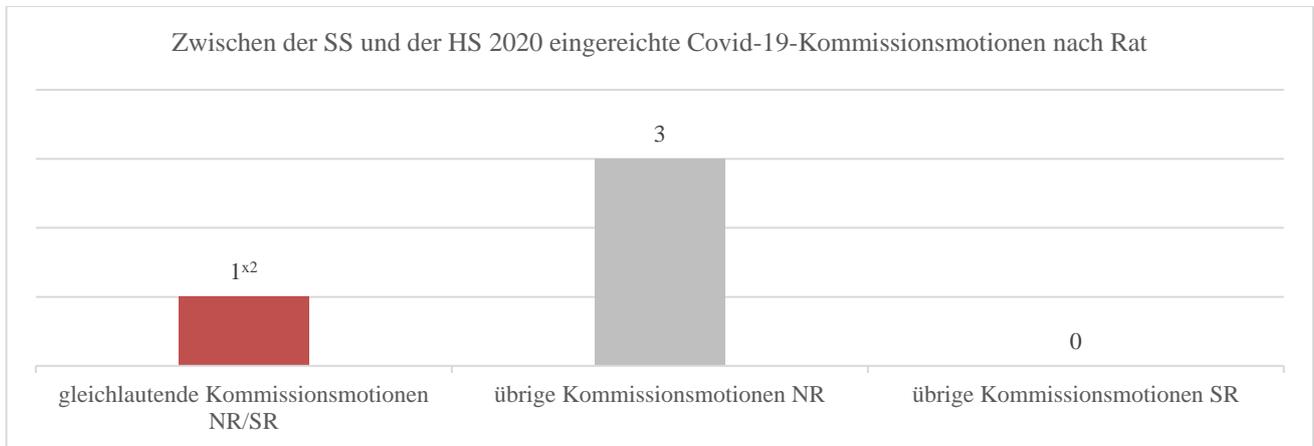
Einreisende aus Gebieten mit erhöhtem Ansteckungsrisiko müssen sich in eine zehntägige Quarantäne begeben.

Einige Kantone ergreifen eigene Massnahmen, wie die Ausweispflicht in Clubs, die Maskenpflicht in Läden und zusätzliche Beschränkungen der Anzahl Personen bei Veranstaltungen oder in Betrieben.

Normaler Kommissionsbetrieb: Die Kommissionen tagen unter Einhaltung der Distanzregeln im Parlamentsgebäude.

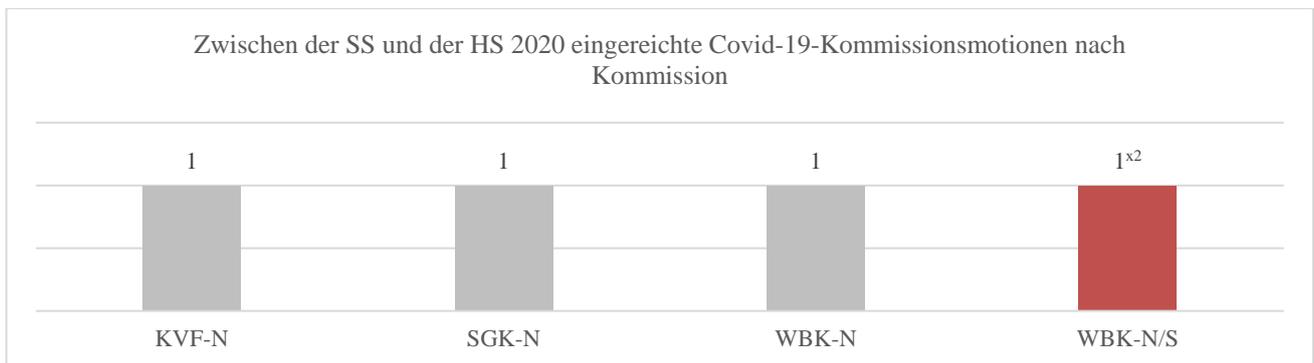
3. Covid-19-Vorstösse¹²

Die Kommissionen reichen insgesamt 22 Motionen ein, fünf dieser Motionen beziehen sich auf Covid-19.



G.37

Bei zwei (ein mal zwei) der neu eingereichten Covid-19-Motionen handelt es sich um gleichlautende Motionen von Kommissionen beider Räte, die übrigen neu eingereichten Motionen stammen von nationalrätlichen Kommissionen.



G.38

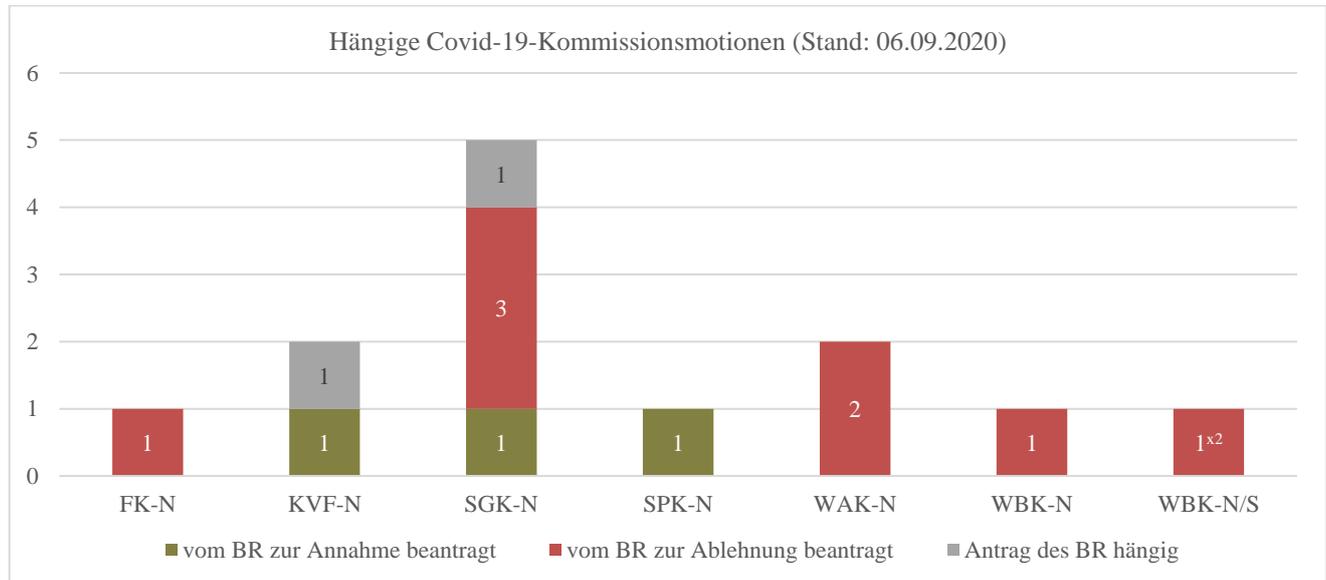
Die meisten Motionen reicht die WBK-N ein.

Der Bundesrat stellt im untersuchten Zeitraum zu den drei WBK-Motionen einen Antrag auf Ablehnung.

Zudem stellt der Bundesrat zu allen fünf der zwischen der ausserordentlichen Session und der Sommersession eingereichten Covid-19-Kommissionsmotionen, zu denen er vor der Sommersession keinen Antrag gestellt hatte, einen Antrag: Bei zwei SGK-N Motionen beantragt er die Ablehnung, bei einer die Annahme. Die Motion der KVF-N beantragt er anzunehmen, jene der FK-N abzulehnen. Somit hat er bei sieben der neun zwischen der ausserordentlichen Session und der Sommersession eingereichten Covid-19-Kommissionsmotionen einen Antrag auf Ablehnung gestellt.

¹² Die eingereichten Vorstösse sind im Anhang V einzeln aufgelistet.

Zwischenbilanz



G.39

Bisher waren noch neun Covid-19-Kommissionsmotionen in den Räten hängig. Neu werden fünf Motionen eingereicht. Somit sind neu vierzehn Covid-19-bezogene Kommissionsmotionen hängig.

Exkurs: Beschluss zur Einberufung einer ausserordentlichen Session / Antrag und Beschluss des Bundesrates zu zwei Motionen

Die fünf zwischen der ausserordentlichen Session und der Sommersession eingereichten Covid-19-Kommissionsmotionen, zu denen der Bundesrat vor der Sommersession noch keinen Antrag gestellt hatte, konnten während der Sommersession nicht behandelt werden. Bei zwei Motionen gab dies im Nationalrat zu Diskussionen Anlass ([AB 2020 N 966f.](#) sowie [AB 2020 N 985f.](#)).

Hintergrundwissen

H.16

Behandlungsreife Motionen

Die eidgenössischen Räte können Motionen erst dann beraten, wenn der Bundesrat zu diesen einen Antrag gestellt hat.

Am 21. Juni verlangen 64 Mitglieder des Nationalrates die Einberufung einer ausserordentlichen Session zwecks Behandlung dieser zwei ([20.3466](#), [20.3467](#)) und vier weiterer, von Ratsmitgliedern während der Sommersession eingereichter Motionen ([20.3701](#), [20.3756](#), [20.3762](#), [20.3761](#)).

Am 25. Juni beschliessen die Ratsbüros, die verlangte ausserordentliche Session an die Herbstsession anzuhängen.

An seiner Sitzung vom 1. Juli stellt der Bundesrat zu allen diesen sechs Motionen einen Antrag. Zwei gleichlautende Motionen ([20.3467](#), [20.3756](#)) beantragt er anzunehmen. Wie von diesen zwei Motionen gefordert, verlängert der Bundesrat gleichentags den Anspruch der direkt oder indirekt von Massnahmen gegen das Coronavirus betroffenen Selbstständigerwerbenden auf Corona-Erwerbsersatz bis zum 16. September.

4. Covid-19-Akte

4.1. Rechtsetzungsakte im Covid-19-Bereich

4.1.1 Dringliche Bundesgesetze

a. Vorparlamentarische Phase

Der Bundesrat führt zu fünf Vorentwürfen zu dringlichen Covid-19-Gesetzen eine Vernehmlassung durch (20.055, 20.057, 20.058, 20.075, 20.076), bei drei dieser Entwürfe mit einer verkürzten Vernehmlassungsfrist von drei Wochen (20.055, 20.058, 20.075), bei einem mit einer Frist von zwei Wochen (20.057) und beim fünften (20.076) mit einer Frist von fünf Wochen. Bei einer sechsten Vorlage (20.056) verzichtet der Bundesrat auf eine Vernehmlassung, da aus dem Vernehmlassungsverfahren keine neuen Erkenntnisse zu erwarten sind.

Hintergrundwissen

H.17

Vernehmlassungsverfahren

Der Vorentwurf für ein Bundesgesetz wird vom Bundesrat in die Vernehmlassung geschickt. Das Vernehmlassungsverfahren bezweckt die Beteiligung der Kantone, der politischen Parteien und der interessierten Kreise an der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung des Bundes. Es soll Aufschluss geben über die sachliche Richtigkeit, die Vollzugstauglichkeit und die Akzeptanz eines Vorhabens des Bundes. Auch wer nicht zum Vernehmlassungsverfahren eingeladen wird, kann sich zu einer Vorlage äussern.

Gestützt auf die Vernehmlassungsergebnisse wird der Gesetzesentwurf fertig ausgearbeitet und den Räten zusammen mit der Botschaft (einen den Entwurf erläuternden Bericht) unterbreitet. Die Botschaft enthält eine kurze Zusammenfassung der Vernehmlassungsergebnisse.

Die Vernehmlassungsfrist beträgt mindestens drei Monate; sie wird unter Berücksichtigung von Ferien- und Feiertagen sowie von Inhalt und Umfang der Vorlage angemessen verlängert. Duldet ein Vorhaben jedoch keinen Aufschub, so kann die Frist ausnahmsweise verkürzt werden (Art. 7 Abs. 4 VIG).

Auf ein Vernehmlassungsverfahren kann u. a. verzichtet werden, wenn keine neuen Erkenntnisse zu erwarten sind, weil die Positionen der interessierten Kreise bekannt sind (Art. 3a VIG).

Vier der sechs Gesetzesentwürfe (20.055, 20.056, 20.057, 20.058) verabschiedet der Bundesrat vor der Herbstsession.

Zwischenbilanz

Somit wurde bisher:

- bei fünf Covid-19-Gesetzesentwürfen (20.055, 20.057, 20.058, 20.075, 20.076) eine Vernehmlassung mit einer verkürzten Vernehmlassungsfrist durchgeführt,
- bei zwei Entwürfen (20.039, 20.040) aufgrund der Dringlichkeit auf die Vernehmlassung verzichtet (vgl. Teil V Abschnitt 3.1. sowie Teil VII Abschnitt 4.1) und
- bei einem Entwurf (20.056) auf die Vernehmlassung verzichtet, da aus dem Vernehmlassungsverfahren keine neuen Erkenntnisse zu erwarten waren.

Zwei dringliche Covid-19-Bundesgesetze wurden von den Räten bereits verabschiedet, vier Entwürfe sind im Parlament hängig und zwei werden erst später vom Bundesrat verabschiedet.

b. *Nachparlamentarische Phase*

Für die zwei während der ausserordentlichen Session (20.039) und der Sommersession (20.040) verabschiedeten und in Kraft getretenen dringlichen Gesetzesänderungen läuft die Referendumsfrist. Gegen eine (20.040) wird ein Referendum lanciert.

4.1.2 *Bundesratsverordnungen*

Im untersuchten Zeitraum beendet der Bundesrat die ausserordentliche Lage, setzt die COVID-19-Verordnung 2 (SR 818.101.24) ausser Kraft und ersetzt sie durch eine sich auf Artikel 6 des Epidemiengesetzes stützende unselbstständige Verordnung sowie eine sich auf Artikel 185 Absatz 3 der Bundesverfassung stützende Notverordnung:

- SR 818.101.26 Verordnung über Massnahmen in der besonderen Lage zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Verordnung besondere Lage) vom 19. Juni 2020 (Inkrafttreten am 20. Juni 2020)
- SR 818.101.24 Verordnung 3 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (Covid-19) (Covid-19-Verordnung 3) vom 19. Juni 2020 (Inkrafttreten am 22. Juni 2020).

Beide Verordnungen werden im untersuchten Zeitraum mehrfach revidiert.

Die während der Sommersession vom Parlament verabschiedete (und mittels Motionen initiierte) dringliche Änderung des Epidemiengesetzes tritt am 25. Juni in Kraft. Der Bundesrat ersetzt die bestehende unselbstständige Covid-19-Verordnung Pilotversuch Proximity-Tracing (SR 818.101.25) durch eine sich auf die neuen Bestimmungen des Epidemiengesetzes stützende Verordnung:

- SR 818.101.25 Verordnung über das Proximity-Tracing-System für das Coronavirus Sars-CoV-2 (VPTS) vom 24. Juni 2020 (Inkrafttreten am 25. Juni 2020).

Der Bundesrat erlässt zudem die folgende neue unselbstständige Verordnung:

- SR 818.101.27 Verordnung über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (Covid-19) im Bereich des internationalen Personenverkehrs (Covid-19-Verordnung Massnahmen im Bereich des internationalen Personenverkehrs) vom 2. Juli 2020 (Inkrafttreten am 6. Juli 2020).

Auch diese Verordnung wird im untersuchten Zeitraum mehrmals revidiert.

Revidiert werden zudem folgende bestehende Notverordnungen:

- SR 830.31 Verordnung über Massnahmen bei Erwerbsausfall im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19) (COVID-19-Verordnung Erwerbsausfall) vom 20. März 2020, Änderung vom 19. Juni, 1. Juli und 2. Juli (Inkrafttreten am 17. März, 17. März und 6. Juli 2020)
- SR 837.033 Verordnung über Massnahmen im Bereich der Arbeitslosenversicherung im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19) (COVID-19-Verordnung Arbeitslosenversicherung) vom 20. März 2020, Änderung vom 12. August 2020 (Inkrafttreten am 1. September 2020)

sowie folgende bestehende unselbstständige Verordnungen:

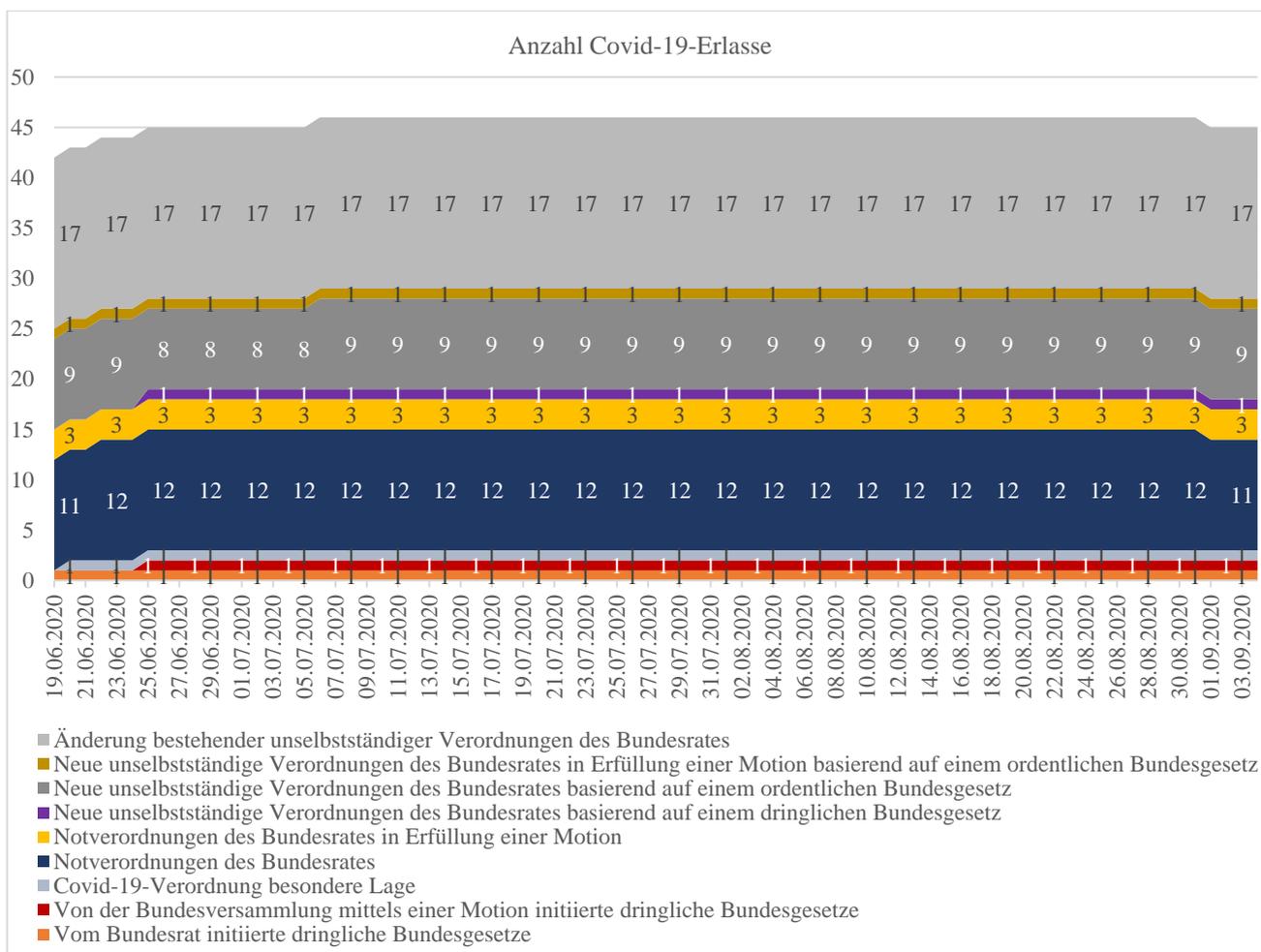
- SR 837.02 Verordnung über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (Arbeitslosenversicherungsverordnung, AVIV) vom 31. August 1983, Änderung vom 1. Juli 2020 (Inkrafttreten am 1. September 2020)
- SR 814.203 Verordnung über Erleichterungen im Umweltrecht im Zusammenhang mit dem Coronavirus (Covid-19) (Covid-19-Verordnung Umweltrecht) vom 5. Juni 2020, Änderung vom 19. August 2020 (Inkrafttreten am 1. September 2020).

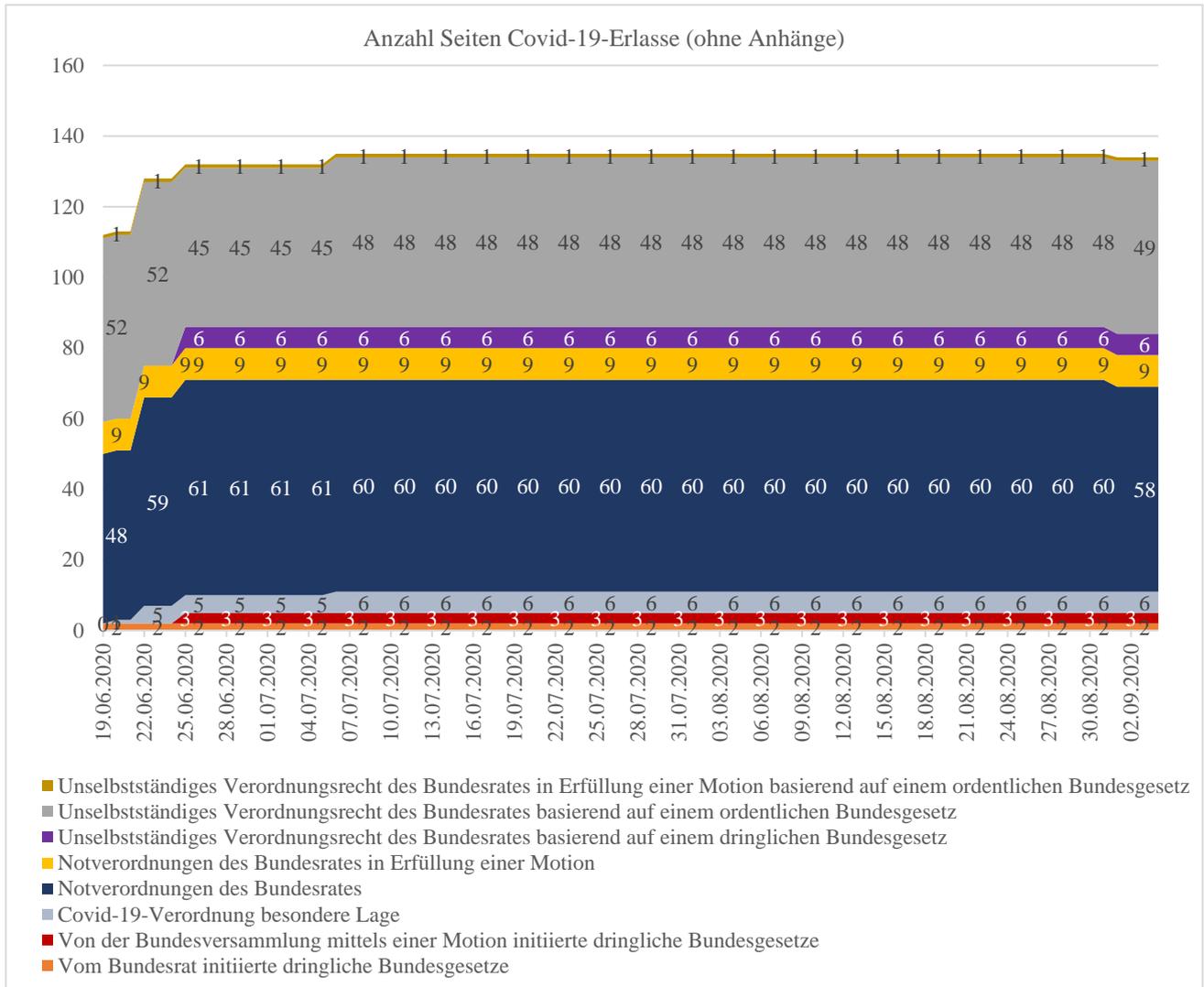
Ausser Kraft treten somit im untersuchten Zeitraum folgende unselbstständige Verordnungen:

- [SR 818.101.24](#) Verordnung 2 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (COVID-19) (COVID-19-Verordnung 2) vom 13. März 2020 (galt bis am 22. Juni 2020)
- [SR 818.101.25](#) Verordnung über den Pilotversuch mit dem «Swiss Proximity-Tracing-System» zur Benachrichtigung von Personen, die potenziell dem Coronavirus (Covid-19) ausgesetzt waren (Covid-19-Verordnung Pilotversuch Proximity-Tracing) vom 13. Mai 2020 (galt bis am 25. Juni 2020)

sowie folgende Notverordnungen:

- [SR 413.16](#) Verordnung über die Durchführung der kantonalen gymnasialen Maturitätsprüfungen 2020 angesichts der Pandemie des Coronavirus (COVID-19-Verordnung gymnasiale Maturitätsprüfungen) vom 29. April 2020 (galt bis am 31. August 2020)
- [SR 834.15](#) Verordnung über die Entschädigung von Angehörigen der Armee und des Zivilschutzes im Einsatz zur Bewältigung der Coronapandemie (Covid-19-Verordnung Entschädigung Angehörige der Armee und des Zivilschutzes) vom 22. April 2020 (galt bis am 5. September 2020).





G.41

Teil IX

HERBSTSESSION 2020

07.09.2020 – 25.09.2020 (11:00)



1. Chronologie der Ereignisse

- 07.09.2020 Beginn der Herbstsession
- 08.09.2020 Der Nationalrat führt die im Juni von 64 Mitgliedern des Nationalrates verlangte ausserordentliche Session durch. Nach Abschluss der ausserordentlichen Session setzt er die ordentliche Herbstsession fort.
- 09.09.2020 Der Ständerat führt die ausserordentliche Session durch und setzt danach die ordentliche Herbstsession fort.
- 11.09.2020 Der Bundesrat entscheidet über die Quarantäneregeln für Einreisende aus den Nachbarstaaten: Von Nachbarländern werden jeweils nur Regionen, die über dem Grenzwert liegen, auf die Liste der Staaten und Gebiete mit erhöhtem Ansteckungsrisiko gesetzt, nicht aber das ganze Land. Grenzregionen können von der Aufnahme in die Liste ausgenommen werden. Der Bundesrat beschliesst, zudem die Geltungsdauer der COVID-19-Verordnung Erwerbsausfall zu verlängern, sodass die Corona-Erwerbsersatzentschädigung in gewissen Fällen auch nach dem 16. September 2020 ausgerichtet werden kann.
- 14.09.2020 Beginn der zweiten Sessionswoche
- 21.09.2020 Beginn der dritten Sessionswoche
- 25.09.2020 Ende der Herbstsession

2. Parlamentsbetrieb

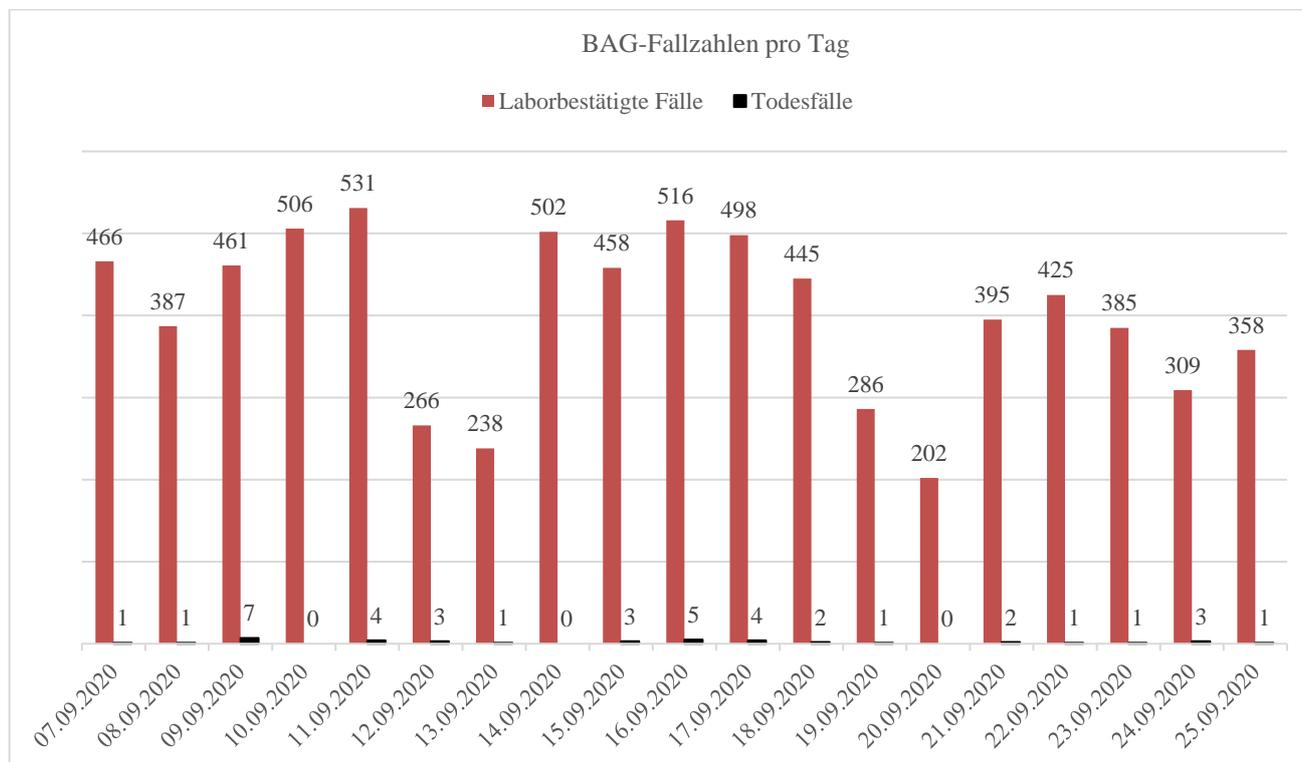
Die Herbstsession findet im Parlamentsgebäude statt. Um alle Anwesenden bestmöglich zu schützen, wurden in den Ratssälen und Sitzungszimmern Plexiglas-Trennwände installiert. Da die Ständeratssitze im Nationalratssaal nicht mit Plexiglas-Trennwänden geschützt sind, besteht für die Ständeratsmitglieder während der Sitzung der Vereinigten Bundesversammlung eine Maskentragpflicht.

Eine reduzierte Zahl an Besucherinnen und Besuchern kann die Session wieder auf den Tribünen verfolgen: Die Belegung der Besuchertribüne im Nationalratssaal ist auf maximal 30 Personen beschränkt, auf den Ständerattribünen gilt eine Obergrenze von 16 Plätzen. Kantonsvertreterinnen und -vertreter, persönliche Mitarbeitende der Ratsmitglieder sowie Botschafterinnen und Botschafter haben wieder Zutritt zum Gebäude. Medienschaffende mit Dauerausweisen werden wie bis anhin zum Gebäude zugelassen. Auch persönlichen Gästen von Ratsmitgliedern ist der Zutritt möglich. Weiterhin keinen Zutritt haben Medienschaffende mit Tagesakkreditierungen, Zutrittsberechtigte gemäss [Artikel 69 Absatz 2](#) des Parlamentsgesetzes (ausser persönliche Mitarbeitende) und ehemalige Mitglieder des Parlamentes.

Allen Anwesenden wird dringend empfohlen, ausserhalb von Sitzungsräumlichkeiten eine Maske zu tragen, sollten die Abstände nicht eingehalten werden können. Besucherinnen und Besucher (inkl. Gäste) werden zudem aufgefordert, für das Contact Tracing ihre Kontaktdaten zu hinterlassen.

COVID-19-FALLZAHLEN UND -MASSNAHMEN IM ÜBERBLICK

G.42



Verbot von Veranstaltungen mit mehr als 1000 Personen.

Maskenpflicht bei Kundgebungen und im öffentlichen Verkehr.

Schutzkonzepte für Betriebe, Einrichtungen und Veranstaltungen.

Einreisende aus Gebieten mit erhöhtem Ansteckungsrisiko müssen sich in eine zehntägige Quarantäne begeben.

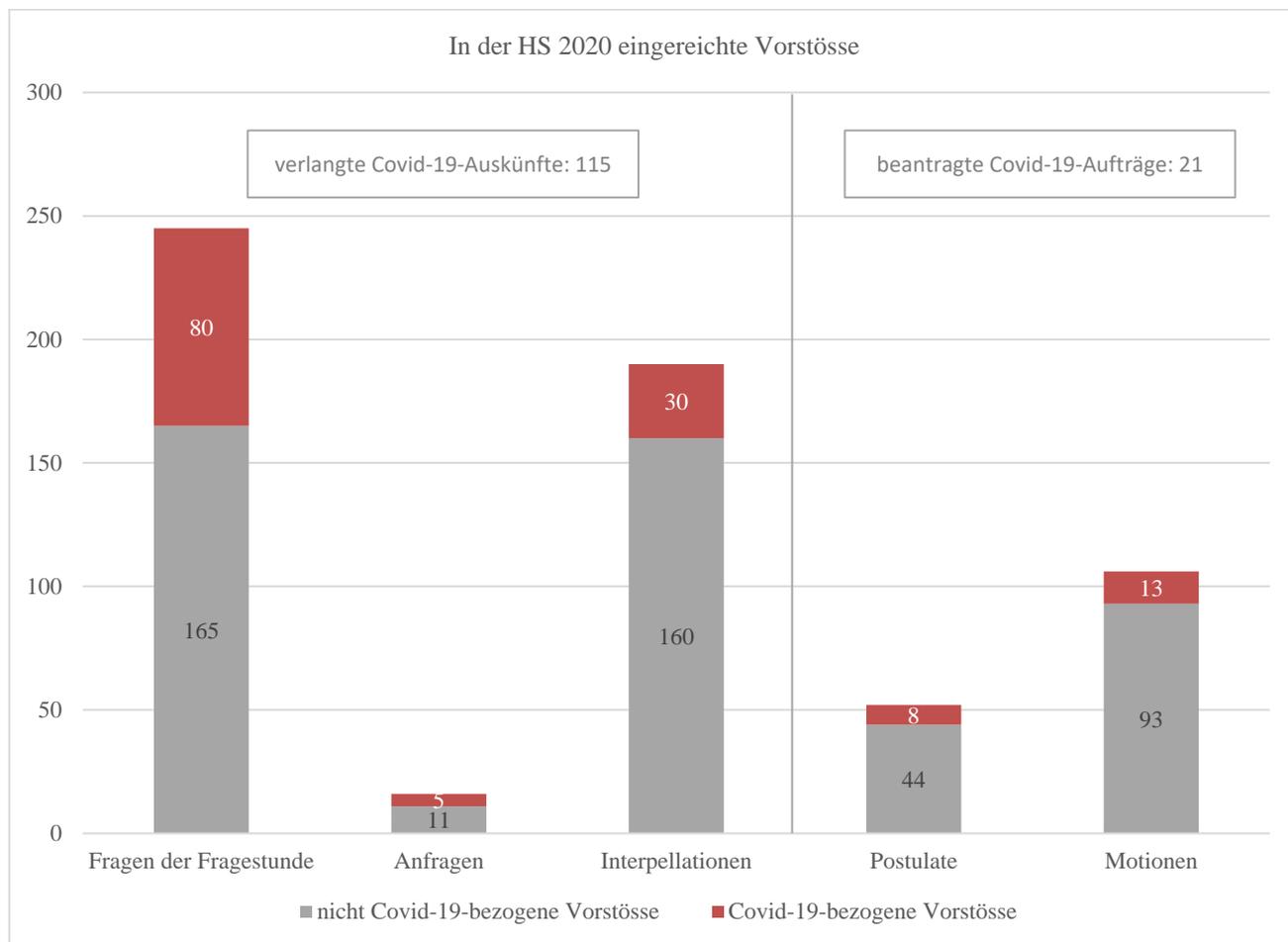
Es bestehen weiterhin Einreisebeschränkungen für Nicht-Schengen-Staaten: Einreisen aus Risikoländern sind untersagt.

Einige Kantone ergreifen eigene Massnahmen, wie die Ausweispflicht in Clubs, die Maskenpflicht in Läden und zusätzliche Beschränkungen der Anzahl Personen bei Veranstaltungen oder in Betrieben.

Herbstsession im Parlamentsgebäude: Die Zugangsbeschränkungen zum Gebäude wurden gelockert.

3. Covid-19-Vorstösse

3.1. Eingereichte Covid-19-Vorstösse¹³



G.43

Über ein Viertel der im Laufe der Herbstsession 2020 eingereichten Vorstösse sind Covid-19-bezogene Vorstösse. Es werden 80 Fragen, 5 Anfragen, 30 Interpellationen, 8 Postulate sowie 13 Motionen zu Covid-19 eingereicht.

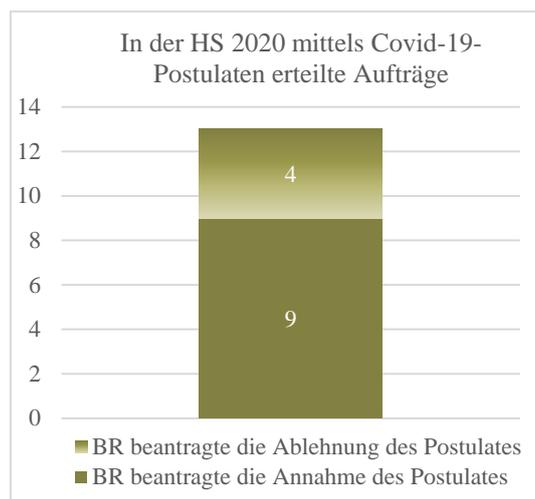
Neben den Vorstössen werden auch zwei Covid-19-bezogene parlamentarische Initiativen eingereicht.

¹³ Die eingereichten Vorstösse sind im Anhang V einzeln aufgelistet.

3.2. Abschliessend behandelte Covid-19-Vorstösse

Postulate

Während der Herbstsession werden dreizehn Covid-19-bezogene Postulate vom jeweiligen Rat angenommen. Bei vier dieser Postulate hatte der Bundesrat deren Ablehnung beantragt. Drei der dreizehn angenommenen Postulate wurden von der FDP-Liberalen Fraktion eingereicht, sechs von Nationalratsmitgliedern und vier von Ständeratsmitgliedern.



G.44

Dem Bundesrat werden folgende Aufträge erteilt:

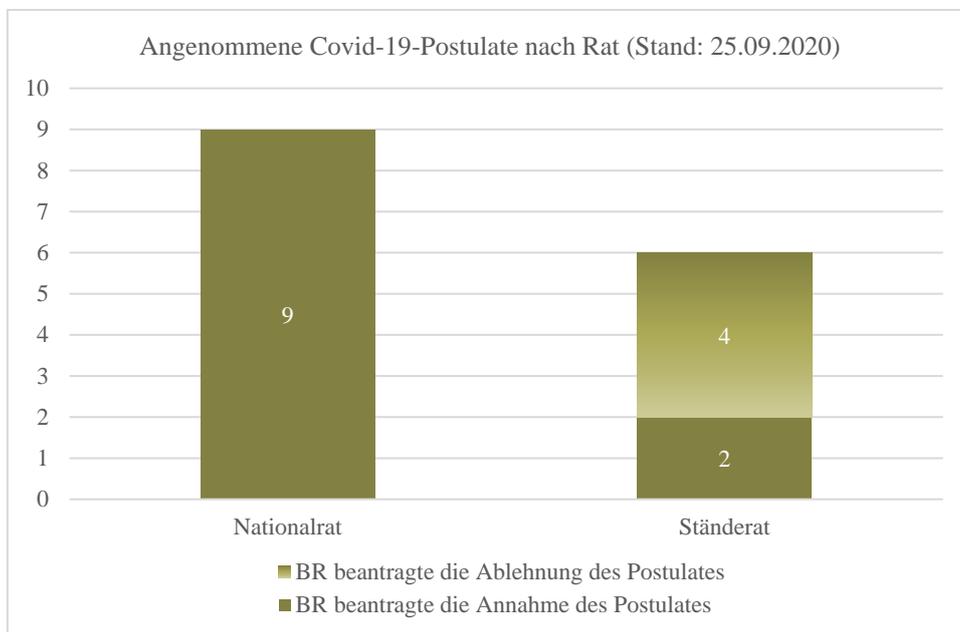
- **20.3240** FDP-Liberale Fraktion «Covid-19. Bildung eines Zentrums für Innovation in der Bundesverwaltung (Public Innovation Hub)»: Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht zur Schaffung eines „Public Innovation Hubs“, in Verbindung mit einer Innovationsstrategie für die Verwaltung, vorzulegen. Ziel des Hubs ist die Verknüpfung von "Innovationsschaffern" mit der Verwaltung, damit innovative Ideen geprüft und allenfalls rasch umgesetzt werden können. (Der Bundesrat beantragte die Annahme des Postulates.)
- **20.3241** FDP-Liberale Fraktion «Covid-19. Gewährleistung der Versorgung mit Medikamenten, Impfstoffen und medizinischem Material»: Der Bundesrat wird aufgefordert, in einem Bericht die für die Notversorgung unentbehrlichen Medikamente, Impfstoffe und medizinischen Geräte klar zu definieren und dem Parlament Umsetzungsvorschläge zu unterbreiten, um deren Versorgung in der Not sicherzustellen. (Der Bundesrat beantragte die Annahme des Postulates.)
- **20.3242** FDP-Liberale Fraktion «Covid-19. Die richtigen Lehren aus der Krise ziehen»: Der Bundesrat wird beauftragt, eine umfassende Analyse der auf nationaler und kantonaler Ebene getroffenen Massnahmen zur Eindämmung der Coronavirus-Pandemie durchzuführen. Er soll dabei auch die Massnahmen von anderen Ländern prüfen, denen es gelungen ist, die Krise mit weniger weitreichenden gesundheitlichen und wirtschaftlichen Schäden zu überwinden. (Der Bundesrat beantragte die Annahme des Postulates.)
- **20.3280** Michel Matthias «Wissenschaftliches Potenzial für Krisenzeiten nutzen»: Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht zu prüfen, wie ein interdisziplinäres wissenschaftliches Netzwerk oder Kompetenzzentrum für Krisenlagen geschaffen werden kann. Der Bericht soll die entsprechenden Vor- und Nachteile, mögliche Umsetzungsoptionen sowie den gesetzgeberischen Handlungsbedarf aufzeigen. (Der Bundesrat beantragte die Ablehnung des Postulates.)
- **20.3297** Binder-Keller Marianne «Einsetzung einer Expertengruppe zwecks Nachbearbeitung der Coronapandemie und Erarbeitung der daraus zu ziehenden Konsequenzen»: Der Bundesrat wird beauftragt, den Einsatz einer Expertengruppe mit Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Behörden zu prüfen,

welche die Coronakrise umfassend analysiert, Schlussfolgerungen daraus zieht und Empfehlungen für die Zukunft formuliert. (Der Bundesrat beantragte die Annahme des Postulates.)

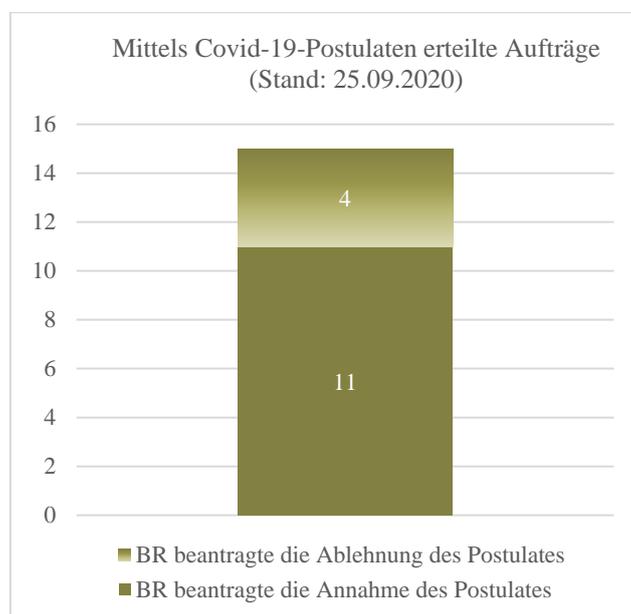
- [20.3352](#) Andrey Gerhard «Je besser die Daten, desto besser die Politik»: Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht über die Erhebung und Aufbereitung der Daten in Zusammenhang mit den Covid19-Fallzahlen und der Kapazität respektive Belegung der Spitalinfrastrukturen in den Kantonen zu erstellen. (Der Bundesrat beantragte die Annahme des Postulates.)
- [20.3363](#) Fivaz Fabien «Strategie "Digitale Schweiz" nach dem Coronavirus»: Der Bundesrat wird beauftragt, die Strategie "Digitale Schweiz" aufgrund der während der Epidemie gesammelten Erfahrungen zu aktualisieren. (Der Bundesrat beantragte die Annahme des Postulates.)
- [20.3440](#) Schwander Pirmin «Präzisierung des Schutzbereichs in Artikel 185 Absatz 1 der Bundesverfassung»: Der Bundesrat wird aufgefordert aufzuzeigen, wie er den Schutzbereich von Artikel 185 Absatz 3 Bundesverfassung definiert und daraus seine Notrechtskompetenzen begründet. Insbesondere soll klargestellt werden, ob immer ein sicherheitspolitisches Anliegen vorliegen muss oder auch andere politische Ziele alleine genügen. (Der Bundesrat beantragte die Annahme des Postulates.)
- [20.3480](#) Jositsch Daniel «Berufserfahrung von arbeitslosen Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern in der Corona-Krise stärken»: Der Bundesrat wird gemäss Artikel 123 ParIG beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie die bestehende arbeitsmarktliche Massnahme des Berufspraktikums in der Bewältigung der Corona-Krise intensiviert werden kann. (Der Bundesrat beantragte die Ablehnung des Postulates.)
- [20.3544](#) Noser Ruedi «Resilienz der Schweizer Unternehmen stärken»: Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie die Risikovorsorge der Schweizer Unternehmen gestärkt werden kann. (Der Bundesrat beantragte die Ablehnung des Postulates.)
- [20.3721](#) Gysi Barbara «Alters- und Pflegeheime und Wohnheime für Menschen mit Beeinträchtigungen. Aufarbeitung der Corona-Krise»: Der Bundesrat wird beauftragt in einem umfassenden Bericht die Herausforderungen und Situation in den Alters- und Pflegeheimen und den Wohnheimen für Menschen mit Beeinträchtigungen in der Sars-Covid2-Krise aufzuzeigen, aufzuarbeiten und wo nötig Gesetzesanpassungen einzuleiten. (Der Bundesrat beantragte die Annahme des Postulates.)
- [20.3724](#) Wehrli Laurent «Covid-19. Situation für ältere Menschen»: Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht vorzulegen zur Situation älterer Menschen während der Covid-19-Krise. (Der Bundesrat beantragte die Annahme des Postulates.)
- [20.3747](#) Maret Marianne «Coronavirus. Entschädigung für Erwerbsausfall auch für die Eltern und andere Angehörige von Erwachsenen mit einer Behinderung»: Im Hinblick auf eine mögliche zweite Pandemie-welle wird der Bundesrat damit beauftragt, abzuklären, inwiefern die Erwerbsersatzordnung (EO) (vgl. COVID-19-Verordnung Erwerbsausfall) so ausgedehnt werden kann, dass die Eltern und die anderen Angehörigen, die Erwachsene mit einer Behinderung betreuen, ein Recht auf Entschädigung für Erwerbsausfall haben. (Der Bundesrat beantragte die Ablehnung des Postulates.)

Zwischenbilanz

Damit wurden seit Beginn der Krise dem Bundesrat mittels Covid-19-Postulaten insgesamt fünfzehn Aufträge erteilt.¹⁴



G.45



G.46

¹⁴ Die angenommenen Postulate sind im Anhang VI einzeln aufgeführt.

Kommissionsmotionen

Die WBK-N und die SGK-N ziehen je eine ihrer Motionen zurück. Von den damit verbleibenden zwölf hängigen Covid-19-bezogenen Kommissionsmotionen werden vier abschliessend behandelt. Zwei Motionen der SGK-N und eine gleichlautende Motion der WBK-S werden abgelehnt, eine Motion der SPK-N angenommen.

Dem Bundesrat wird folgender Auftrag erteilt:

- **20.3143** SPK-N «Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland sowie Reform des Dublin-Abkommens»: Der Bundesrat wird beauftragt, sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Situation auf den ägäischen Inseln substantiell verbessert wird. Zudem soll die Schweiz auch eigene Solidaritätsleistungen ergreifen. Weiter wird der Bundesrat damit beauftragt, sich auf europäischer Ebene für eine Reform des Dublin-Abkommens einzusetzen, hin zu einer gerechteren und gleichmässigeren Verteilung unter Sicherstellung einer menschenwürdigen Behandlung der Flüchtlinge. (Der Bundesrat beantragte die Annahme der Motion.)

Abgeschrieben wird eine Motion (**20.3151**), da diese zwischenzeitlich durch den Bundesrat erfüllt worden ist (vgl. Abschnitt 4.1.).

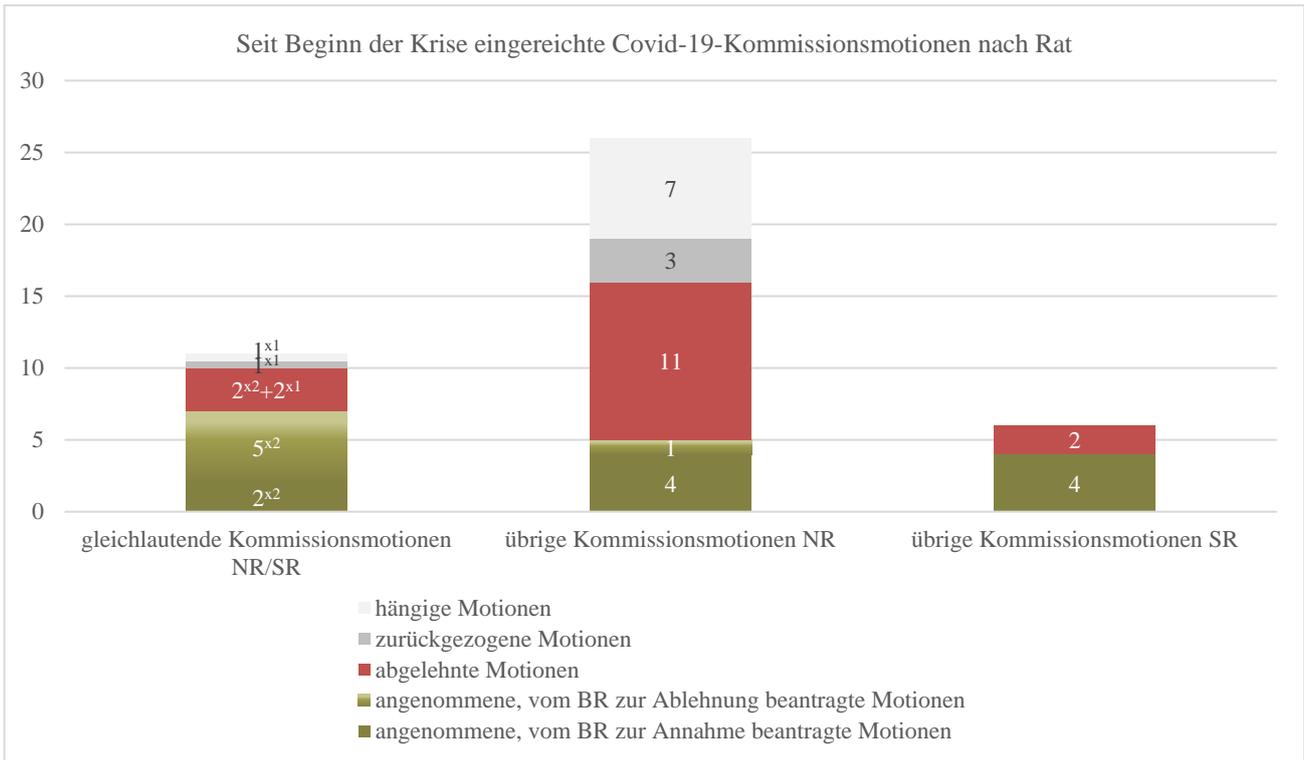


G.47

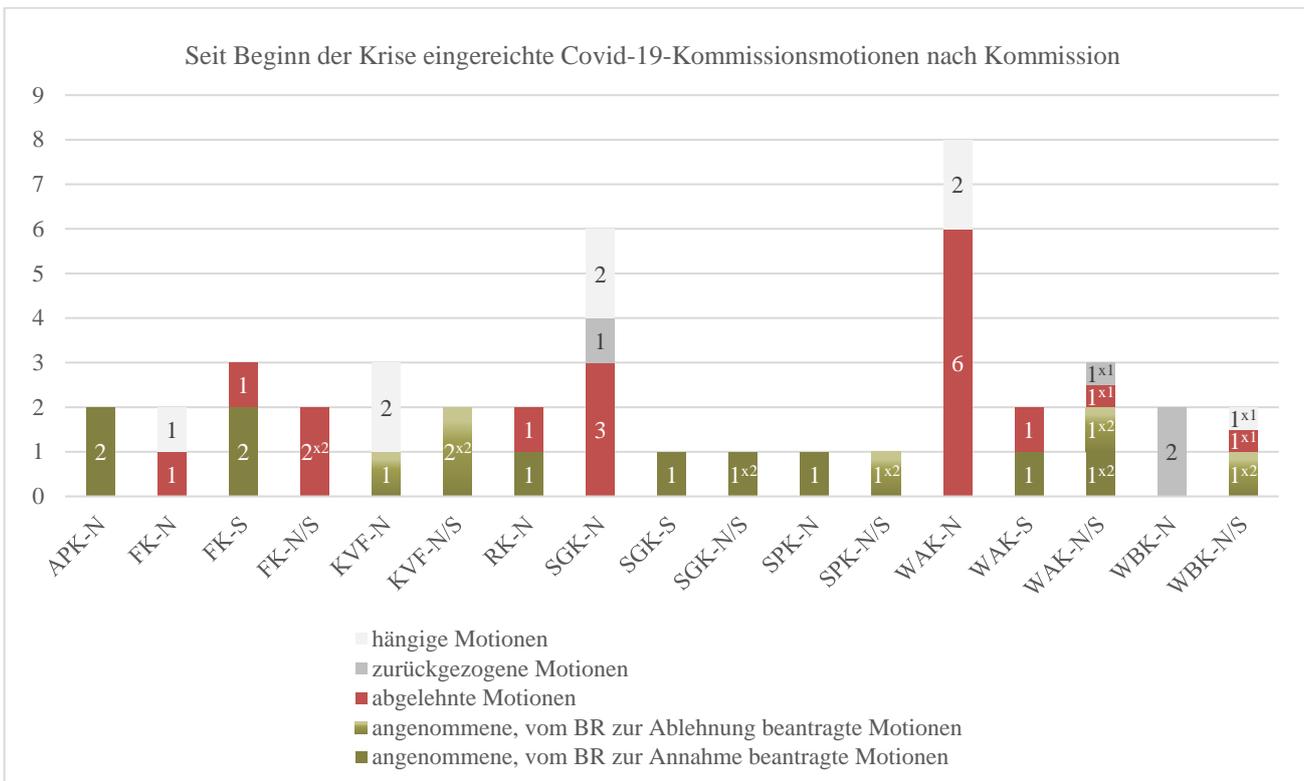
Zwischenbilanz

Damit wurden dem Bundesrat seit Beginn der Krise mittels Covid-19-Motionen insgesamt sechszehn Aufträge erteilt.¹⁵ Acht Covid-19-Kommissionsmotionen bleiben hängig.

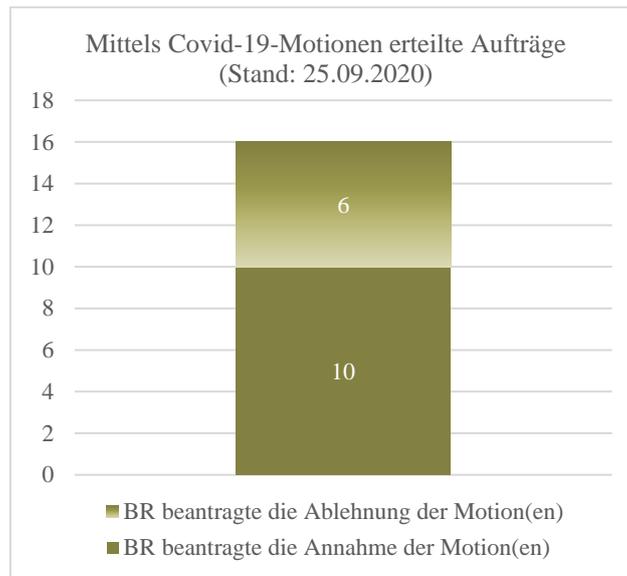
¹⁵ Vgl. Anhang VI des Faktenberichts.



G.48



G.49



G.50

4. Covid-19-Akte

4.1. Rechtsetzungsakte im Covid-19-Bereich

4.1.1 Dringliche Bundesgesetze

a. Parlamentarische Phase

Dringliches Covid-19-Gesetz¹⁶

Der Bundesrat hat der Bundesversammlung am 12. August 2020 einen Entwurf zu einem dringlichen Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz) (20.058) unterbreitet. Dieses Gesetz soll es dem Bundesrat erlauben, bis Ende 2021 diejenigen notverordnungsrechtlich beschlossenen Massnahmen aufrechterzuhalten, die für die Bewältigung der Covid-19-Epidemie weiterhin erforderlich sind. Neben den epidemiologischen Massnahmen sind dies justizielle, verfahrensrechtliche und insolvenzrechtliche Massnahmen sowie Massnahmen im Ausländer- und Asyl-, im Kultur- und im Arbeitslosenversicherungsbereich. Das beantragte Gesetz soll dem Bundesrat keine Ermächtigung geben, neue und andersartige Massnahmen zu ergreifen; mit dem Gesetz soll der Bundesrat lediglich die Möglichkeit erhalten, die bisherigen Massnahmen umzugestalten, anzupassen oder abzuschwächen.

Die Vorlage wird von den Räten in der Herbstsession beraten. Die Räte erhöhen die Unterstützung von Kulturunternehmen um 20 Millionen Franken, ergänzen den Entwurf des Bundesrates u. a. mit einer Härtefallklausel für Unternehmen der Event- und der Reisebranche sowie mit einer Erwerbsausfallentschädigung für Selbstständigerwerbstätige, welche aufgrund der Covid-19 Massnahmen ihre Erwerbstätigkeit massgeblich einschränken mussten. Weiter wird eine Kurzarbeitsentschädigung für Mitarbeitende auf Abruf in unbefristeten Arbeitsver-

¹⁶ Botschaft vom 12. August 2020 zum Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz), [BBl 2020 6563](#).

hältnissen gesprochen. Die so überarbeitete Vorlage wird am 25. September verabschiedet. Das dringliche Bundesgesetz tritt am 26. September in Kraft, gilt bis zum 31. Dezember 2021 und untersteht dem nachträglichen fakultativen Referendum.

Hintergrundwissen

H.18

Verordnungen zur Wahrung der inneren und äusseren Sicherheit

Die sich auf [Artikel 185 Absatz 3](#) der Bundesverfassung stützenden Notverordnungen treten gemäss [Artikel 7d Absatz 2 Buchstabe a](#) des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes (RVOG) sechs Monate nach ihrem Inkrafttreten ausser Kraft wenn der Bundesrat bis dahin der Bundesversammlung keinen Entwurf einer gesetzlichen Grundlage für den Inhalt der Verordnung oder einen Entwurf einer Verordnung der Bundesversammlung unterbreitet. Ebenfalls ausser Kraft treten die Verordnungen bei Ablehnung des Gesetzes- resp. Verordnungsentwurfs durch die Bundesversammlung ([Art. 7d RVOG Abs. 2 Bst. b RVOG](#)).

Hätte der Bundesrat dem Parlament bis Mitte September keinen Erlassentwurf unterbreitet oder hätte das Parlament die Vorlage abgelehnt, hätten somit die Mitte März gestützt auf Artikel 185 Absatz 3 der Bundesverfassung beschlossenen Massnahmen nicht aufrechterhalten werden können.

Artikel 7d des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes (RVOG) stammt aus dem Jahre 2010: Infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 erliess der Bundesrat am 7. November 2001 die Verordnung über Massnahmen gegen die Gruppierung «Al-Qaïda» und verwandte Organisationen. Diese war ursprünglich bis zum 31. Dezember 2003 befristet, wurde jedoch vom Bundesrat dreimal (2003, 2005 und 2008) verlängert, was Anlass zu Kritik gab. Unter anderem aufgrund dieser Kritik erliess die Bundesversammlung am 17. Dezember 2010 das Bundesgesetz über die Wahrung von Demokratie, Rechtsstaat und Handlungsfähigkeit in ausserordentlichen Lagen, mit dem der heute geltende Artikel 7d im Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz verankert wurde.¹⁷

¹⁷ Vgl. [09.402](#) Pa. Iv. SPK-N «Wahrung von Demokratie, Rechtsstaat und Handlungsfähigkeit in ausserordentlichen Lagen»

Von besonderem Interesse ist der Artikel 1 des Covid-19-Gesetzes. Dieser regelt den Gegenstand und die Grundsätze des Gesetzes. Der Artikel wurde von den Räten grundlegend überarbeitet:

Ständerat
Herbstsession 2020

20.058 *ns* Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz) *(Differenzen)*

Entwurf des Bundesrates	Beschluss des Nationalrates	Beschluss des Ständerates	Beschluss des Nationalrates	Anträge der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates
vom 12. August 2020	vom 9. September 2020	vom 10. September 2020	vom 15. September 2020	vom 16. September 2020 <i>Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates, wo nichts vermerkt ist</i>
Art. 1	Art. 1	Art. 1	Art. 1	Art. 1
<p>Gegenstand und Grundsätze</p> <p>¹ Dieses Gesetz regelt besondere Befugnisse des Bundesrates zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie und zur Bewältigung der Auswirkungen der Bekämpfungsmassnahmen auf Gesellschaft, Wirtschaft und Behörden.</p> <p>² Der Bundesrat macht von diesen Befugnissen nur so weit Gebrauch, als dies zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie notwendig ist.</p> <p>³ Er bezieht die Kantone bei der Erarbeitung von Massnahmen ein, die ihre Zuständigkeit betreffen.</p> <p>³ Er bezieht die Kantone und die Dachverbände der Sozialpartner sowie die Verbände der Gemeinden und Städte bei der Erarbeitung...</p> <p>⁴ Er informiert das Parlament regelmässig, frühzeitig und umfassend über die Umsetzung des Gesetzes. Er konsultiert die zuständigen Kommissionen vorgängig über die geplanten Verordnungen und Verordnungsänderungen.</p> <p>^{4bis} In dringlichen Fällen informiert der Bundesrat die Präsidentinnen oder Präsidenten der zuständigen Kommissionen. Diese informieren umgehend ihre Kommissionen.</p> <p>² ...</p> <p>... notwendig ist. Insbesondere macht er davon keinen Gebrauch, wenn das Ziel auch im ordentlichen oder dringlichen Gesetzgebungsprozess rechtzeitig erreicht werden kann.</p> <p>Mehrheit</p> <p>Minderheit (Dittli, Gapany, Müller Damian, Stark)</p> <p>³ Festhalten (=gemäss Bundesrat)</p> <p>³ Gemäss Bundesrat</p> <p>⁴ Er bezieht die Kantone und die Dachverbände der Sozialpartner bei der Erarbeitung ...</p>				

Auszug aus der Fahne 2020 III S: S4

Hintergrundwissen

H.19

Fahnen

Die Fahne ist eine synoptische Tabelle, welche erstellt wird, falls die Anträge der Kommission vom Erlassentwurf des Bundesrates bzw. vom früheren Ratsbeschluss abweichen. Die Fahne enthält neben dem Entwurf des Bundesrates und früheren Ratsbeschlüssen die Mehrheits- und Minderheitsanträge der Kommission.

Die Fahnen sind online verfügbar und werden in Curia Vista beim einzelnen Ratsgeschäft verlinkt.

Dem Ständerat folgend hielten die Räte im zweiten Absatz präzisierend fest, dass der Bundesrat von den durch das Gesetz gewährten Befugnissen keinen Gebrauch machen darf, wenn das Ziel auch im ordentlichen oder dringlichen Gesetzgebungsprozess rechtzeitig erreicht werden kann.

In Bezug auf den dritten Absatz waren sich die Räte lange nicht einig, wen der Bundesrat bei der Erarbeitung der Massnahmen einbeziehen muss. Der Nationalrat wollte, dass der Bundesrat nicht nur die Kantone, sondern auch die Dachverbände der Sozialpartner sowie die Verbände der Gemeinden und Städte bei der Erarbeitung der Massnahmen konsultiert. Die Räte einigten sich schliesslich darauf, dass der Bundesrat nicht nur die Kantone, sondern auch die Dachverbände der Sozialpartner bei der Erarbeitung Massnahmen beiziehen muss. Gegen den Einbezug von mehr Akteuren wurde vorgebracht, dass dies die dringliche Handlungsfähigkeit des Bundesrates zu stark einschränken würde.

Die Räte fügten zudem zwei neue Absätze (Absatz 4 und Absatz 4^{bis}) ein und regelten dort den Einbezug des Parlamentes. Sie verpflichteten den Bundesrat das Parlament regelmässig über die Umsetzung des Gesetzes zu informieren, die Kommissionen vorgängig über die geplanten Verordnungen zu konsultierten und in dringenden Fällen die Präsidentin oder den Präsidenten der zuständigen Kommission zu informieren.

Der Artikel 1 lautet in der von den Räten verabschiedeten Form wie folgt:

Art. 1 Gegenstand und Grundsätze

1 Dieses Gesetz regelt besondere Befugnisse des Bundesrates zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie und zur Bewältigung der Auswirkungen der Bekämpfungsmassnahmen auf Gesellschaft, Wirtschaft und Behörden.

2 Der Bundesrat macht von diesen Befugnissen nur so weit Gebrauch, als dies zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie notwendig ist. Insbesondere macht er davon keinen Gebrauch, wenn das Ziel auch im ordentlichen oder dringlichen Gesetzgebungsverfahren rechtzeitig erreicht werden kann.

3 Er bezieht die Kantone und die Dachverbände der Sozialpartner bei der Erarbeitung von Massnahmen ein, die ihre Zuständigkeit betreffen.

4 Er informiert das Parlament regelmässig, frühzeitig und umfassend über die Umsetzung dieses Gesetzes. Er konsultiert die zuständigen Kommissionen vorgängig über die geplanten Verordnungen und Verordnungsänderungen.

5 In dringlichen Fällen informiert der Bundesrat die Präsidentinnen oder Präsidenten der zuständigen Kommissionen. Diese informieren umgehend ihre Kommissionen.

6 Der Bundesrat und die Kantone orientieren sich bei der Anordnung von Massnahmen an den verfügbaren, zeitlich und regional vergleichbaren Daten, die auf die Gefahr einer Überlastung des Gesundheitssystems, erhöhter Sterblichkeit sowie schwerer Krankheitsverläufe hindeuten.

*Dringliches Bundesgesetz über die Unterstützung des öffentlichen Verkehrs in der Covid-19-Krise*¹⁸

Während der ausserordentlichen Session haben die Räte die Motion der KVF-N (20.3151) «Ertragsausfälle im öffentlichen Verkehr. Der Bund steht in der Pflicht» angenommen und damit den Bundesrat beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Kantonen und den Transportunternehmen eine Vorlage betreffend die dem öffentlichen Verkehr wegen der Corona-Krise entstehenden ungedeckten Kosten auszuarbeiten.

Der Bundesrat unterbreitet dem Parlament am 12. August 2020 u. a. in Erfüllung der Motion einen entsprechenden Entwurf zu einem dringlichen Bundesgesetz (20.055). Der Entwurf sieht folgende Massnahmen vor:

- Regionaler Personenverkehr: Defizitdeckung im Jahr 2021 durch einen einmaligen Beitrag an die Transportunternehmen (TU), basierend auf der Jahresrechnung 2020. Der Beitrag wird anteilig durch Bund und Kantone finanziert, und zwar gemäss den heutigen prozentualen Beteiligungen von Bund und Kantonen. Die TU sollen sich im Rahmen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit an den Kosten beteiligen.
- Schienengüterverkehr: Aussetzen des Abbaupfads bei den Abgeltungen im alpenquerenden kombinierten Verkehr in den Jahren 2020 und 2021 sowie vereinfachtes Verfahren zur Defizitdeckung bei den Eisenbahnverkehrsunternehmen im Schienengüterverkehr und den für die Verkehrsverlagerung wichtigen Unternehmen in Form eines einmaligen Beitrages.
- Finanzierung der Bahninfrastruktur: Im Jahr 2020 Verzicht auf eine Rückzahlung der Bevorschussung des Bahninfrastrukturfonds (BIF) und Zuweisung des verfassungsmässigen Maximums von zwei Dritteln des Ertrags der Schwerverkehrsabgabe in den BIF. Zusätzlich soll von der Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, den BIF im Jahr 2020 zu verschulden. Die Ertragsausfälle der Infrastrukturbetreiberinnen sollen durch Nachträge zu bestehenden Leistungsvereinbarungen kompensiert werden. Durch diese Massnahmen können die Investitionsmittel für den Substanzerhalt und den Ausbau des Bahnnetzes weitgehend gesichert werden.

Für die Finanzierung aller Massnahmen sind zusätzliche Mittel in der Grössenordnung von insgesamt rund 700 Millionen Franken erforderlich.

Die Räte beschliessen, neben den vom Bundesrat beantragten Massnahmen auch Massnahmen für den lokalen und den touristischen Verkehr sowie den Autoverlad in die Vorlage aufzunehmen, und verabschieden das dringliche Bundesgesetz am 25. September. Es tritt am 26. September in Kraft und gilt bis zum 31. Dezember 2021. Es untersteht dem nachträglichen fakultativen Referendum.

Bei diesem Gesetz handelt es sich um einen Mantelerlass, mit dem vier bestehende Bundesgesetze dringlich und befristet geändert werden.

¹⁸ Botschaft vom 12. August 2020 zum dringlichen Bundesgesetz über die Unterstützung des öffentlichen Verkehrs in der Covid-19-Krise, [BBl 2020 6713](#).

Dringliche Änderung des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung¹⁹

Die Covid-19-Krise hat bei der Arbeitslosenversicherung (ALV) zu Ausgaben für die Kurzarbeitsentschädigung in bisher unbekanntem Ausmass geführt. Die ALV kennt eine Schuldenbremse. Würde sich die ALV bis Ende Jahr mit mehr als 8 Milliarden Franken verschulden, müssten 2021 die Lohnbeiträge um bis zu 0,3 Prozentpunkte auf 2,5 Prozent erhöht werden. Um dies zu vermeiden, ist die ALV auf finanzielle Zuschüsse des Bundes angewiesen.

Die dazu voraussichtlich nötigen Nachtragskredite im Umfang von insgesamt höchstens 20,2 Milliarden Franken hat das Parlament in zwei Schritten am 6. Mai 2020 und am 11. Juni 2020 per Nachtragskredit bereits bewilligt.

Die rechtliche Grundlage für den ersten bewilligten Beitrag hatte der Bundesrat in der COVID-19-Verordnung Arbeitslosenversicherung geschaffen. Jene für den zweiten Kredit fehlt, denn Ende Mai erklärten sich die beiden SGK in ihren Mitberichten an die Finanzkommissionen zwar damit einverstanden, dass der zweite Kredit während der bevorstehenden Sommersession im Rahmen des Nachtrags IIa zum Voranschlag 2020 bereitgestellt wird. Sie waren jedoch der Meinung, dass der Bundesrat diesen ausserordentlichen Bundesbeitrag nicht mehr auf eine Notrechtsverordnung abstützen sollte. Bis zur Schaffung der rechtlichen Grundlage bleibt der zweite bewilligte Kredit gesperrt.

Der Bundesrat hat dem Parlament den entsprechenden Entwurf zu einer dringlichen Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes am 12. August 2020 unterbreitet ([20.057](#)). Neben der Schaffung der rechtlichen Grundlage für eine ausserordentliche Zusatzfinanzierung im Jahr 2020 sieht er die Schaffung einer Grundlage für eine allfällig benötigte ausserordentliche Unterstützung im Jahre 2021 vor.

Das Parlament verabschiedet die dringliche Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes am 25. September. Sie tritt am 26. September in Kraft und ist bis Ende 2022 befristet. Die Änderung untersteht dem nachträglichen fakultativen Referendum.

Dringliche Änderung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge²⁰

Die Auffangeinrichtung BVG ist eine von den Sozialpartnern getragene Stiftung mit gesetzlichem Auftrag im Bereich der beruflichen Vorsorge. Sie hat unter anderem die Aufgabe, die Freizügigkeitsguthaben entgegenzunehmen, die an sie überwiesen werden. Es handelt sich dabei um Freizügigkeitsguthaben von Personen, die nach der Beendigung eines Arbeitsverhältnisses – zum Beispiel infolge Kündigung – nicht sofort ein neues Arbeitsverhältnis antreten. Diese Personen haben grundsätzlich keine Möglichkeit, ihr Freizügigkeitsguthaben in einer Vorsorgeeinrichtung zu belassen. Sie müssen der bisherigen Vorsorgeeinrichtung mitteilen, auf welche Freizügigkeitseinrichtung diese ihre Freizügigkeitsleistung überweisen soll. Bleibt diese Mitteilung aus, so überweist die Vorsorgeeinrichtung die Freizügigkeitsleistung nach sechs Monaten an die Auffangeinrichtung. Im Gegensatz zu den Freizügigkeitseinrichtungen darf diese die Annahme von Guthaben nicht ablehnen. Freizügigkeitsguthaben dürfen nicht mit Negativzinsen belastet werden.

Die Auffangeinrichtung befindet sich aufgrund der pandemiebedingten Verwerfungen in einer schwierigen Situation. Seit der Einführung der Negativverzinsung durch die Schweizerische Nationalbank im Jahr 2015 steht

¹⁹ Botschaft vom 12. August 2020 zur Änderung des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (AVIG) – Zusatzfinanzierung der Arbeitslosenversicherung, [BBl 2020 6685](#).

²⁰ Vgl. Botschaft vom 1. Juli 2020 zur Änderung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) (Anlage von Geldern aus dem Freizügigkeitsbereich der Auffangeinrichtung bei der Bundestresorerie), [BBl 2020 6343](#).

sie vor der Herausforderung, trotz Negativzinsen den Nominalwert der Freizügigkeitsgelder weiterhin garantieren zu müssen. Infolge der Pandemie ist ihr Deckungsgrad gesunken, und ihre Schwierigkeiten könnten sich im Falle grosser Mittelzuflüsse aufgrund steigender Arbeitslosigkeit und Schwankungen an den Finanzmärkten noch verschärfen. Die SGK beider Räte haben dem Bundesrat daher am 29. April beziehungsweise am 1. Mai 2020 geschrieben, dass sie zugunsten der Auffangeinrichtung die Prüfung eines Nullzinskontos bei der SNB oder der Eidgenössischen Finanzverwaltung empfehlen. Der Bundesrat hat in seiner mündlichen Antwort eine Prüfung des Anliegens zugesagt.

Am 1. Juli 2020 hat der Bundesrat dem Parlament einen entsprechenden Entwurf zu einer dringliche Änderung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) unterbreitet (20.056). Diese soll der Auffangeinrichtung BVG ermöglichen, die Vorsorgeguthaben aus dem Freizügigkeitsbereich bis zum Betrag von 10 Milliarden Franken zinslos und unentgeltlich bei der Eidgenössischen Finanzverwaltung im Rahmen der zentralen Tresorerie des Bundes (Bundestresorerie) anzulegen.

Die dringliche Änderung wird vom Parlament am 25. September verabschiedet. Sie tritt am 26. September in Kraft und gilt bis am 25. September 2023. Auch diese Änderung untersteht dem nachträglichen fakultativen Referendum.

Vom Bundesrat verabschiedete Gesetzesentwürfe

Zwei Entwürfe zu einem dringlichen Covid-19-bezogenen Bundesgesetz (20.075, 20.076) werden vom Bundesrat während der Herbstsession verabschiedet und sind nun im Parlament hängig. Einer dieser Entwürfe (20.076) wurde vom Parlament mittels Motionen initiiert. Zwei Motionen werden in Bestimmungen der zweiten Vorlage (20.075) umgesetzt.

Zwischenbilanz

Das Parlament hat bisher sechs dringliche Covid-19-Gesetze erlassen, wobei:

- eines vom Bundesrat initiiert wurde (20.039),
- eines vom Bundesrat aufgrund einer nach der letzten Krise vom Parlament im Gesetz verankerten Bestimmung ausgearbeitet werden musste (20.058),
- zwei mittels Motionen vom Parlament initiiert wurden (20.040, 20.055),
- zwei von den Kommissionen mittels eines Schreibens angeregt resp. verlangt wurden (20.056, 20.057).

Zwei dieser Gesetze sind bereits in Kraft getreten. Vier werden in Kürze in Kraft treten. Zudem sind zwei Gesetzesentwürfe im Parlament hängig.

b. Nachparlamentarische Phase

Die Referendumsfrist der während der ausserordentlichen Session von den Räten verabschiedeten (20.039) und am 7. Mai in Kraft getretenen dringlichen Änderung des Luftfahrtgesetzes läuft am 11. September ungenutzt ab. Die dringliche Änderung gilt damit bis zum 31. Dezember 2025.

Gegen die während der Sommersession von den Räten verabschiedete (20.040) und am 25. Juni in Kraft getretene dringliche Änderung des Epidemiengesetzes wurde, wie bereits oben berichtet, Ende Juli ein Referendum lanciert. Das Referendumskomitee hat bis zum 8. Oktober Zeit, die benötigten 50 000 gültigen Unterschriften zu sammeln.

4.1.2. Bundesrätliche Covid-19-Verordnungen

Der Bundesrat revidiert seinerseits in dem hier untersuchten Zeitraum folgende Notverordnungen:

- [SR 830.31](#) Verordnung über Massnahmen bei Erwerbsausfall im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19) (COVID-19-Verordnung Erwerbsausfall) vom 20. März 2020, Änderung vom 11. September 2020 (Inkrafttreten am 17. September 2020)
- [SR 818.101.24](#) Verordnung 3 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (Covid-19) (Covid-19-Verordnung 3) vom 19. Juni 2020, Änderung vom 11. September 2020 (Inkrafttreten am 14. September 2020 und am 18. September 2020)

sowie folgende unselbstständige Verordnung:

- [SR 818.101.27](#) Verordnung vom 2. Juli 2020 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (Covid-19) im Bereich des internationalen Personenverkehrs (Covid-19-Verordnung Massnahmen im Bereich des internationalen Personenverkehrs) vom 2. Juli 2020, Änderung vom 11. September 2020 (Inkrafttreten am 14. September 2020).

Gleichzeitig mit der Verabschiedung der Botschaft zum neuen Solidarbürgschaftsgesetz verlängert der Bundesrat die gleichlautende Notverordnung:

- [SR 951.261](#) Verordnung zur Gewährung von Krediten und Solidarbürgschaften in Folge des Coronavirus (COVID-19-Solidarbürgschaftsverordnung) vom 25. März 2020.

Ausser Kraft treten folgende Notverordnungen:

- [SR 862.1](#) Verordnung über die Abfederung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (Covid-19) auf die institutionelle familienergänzende Kinderbetreuung (Covid-19-Verordnung familienergänzende Kinderbetreuung) vom 20. Mai 2020 (Galt bis am 16. September 2020)
- [SR 415.021](#) Verordnung über Begleitmassnahmen im Sportbereich zur Abfederung der Folgen von Massnahmen des Bundes zur Bekämpfung des Coronavirus (COVID-19-Verordnung Sport) vom 20. März 2020 (galt bis zum 20. September 2020)
- [SR 442.15](#) Verordnung über die Abfederung der wirtschaftlichen Auswirkungen des Coronavirus (COVID-19) im Kultursektor (COVID-Verordnung Kultur) vom 20. März 2020 (galt bis zum 20. September 2020)

und folgende unselbstständige Verordnungen:

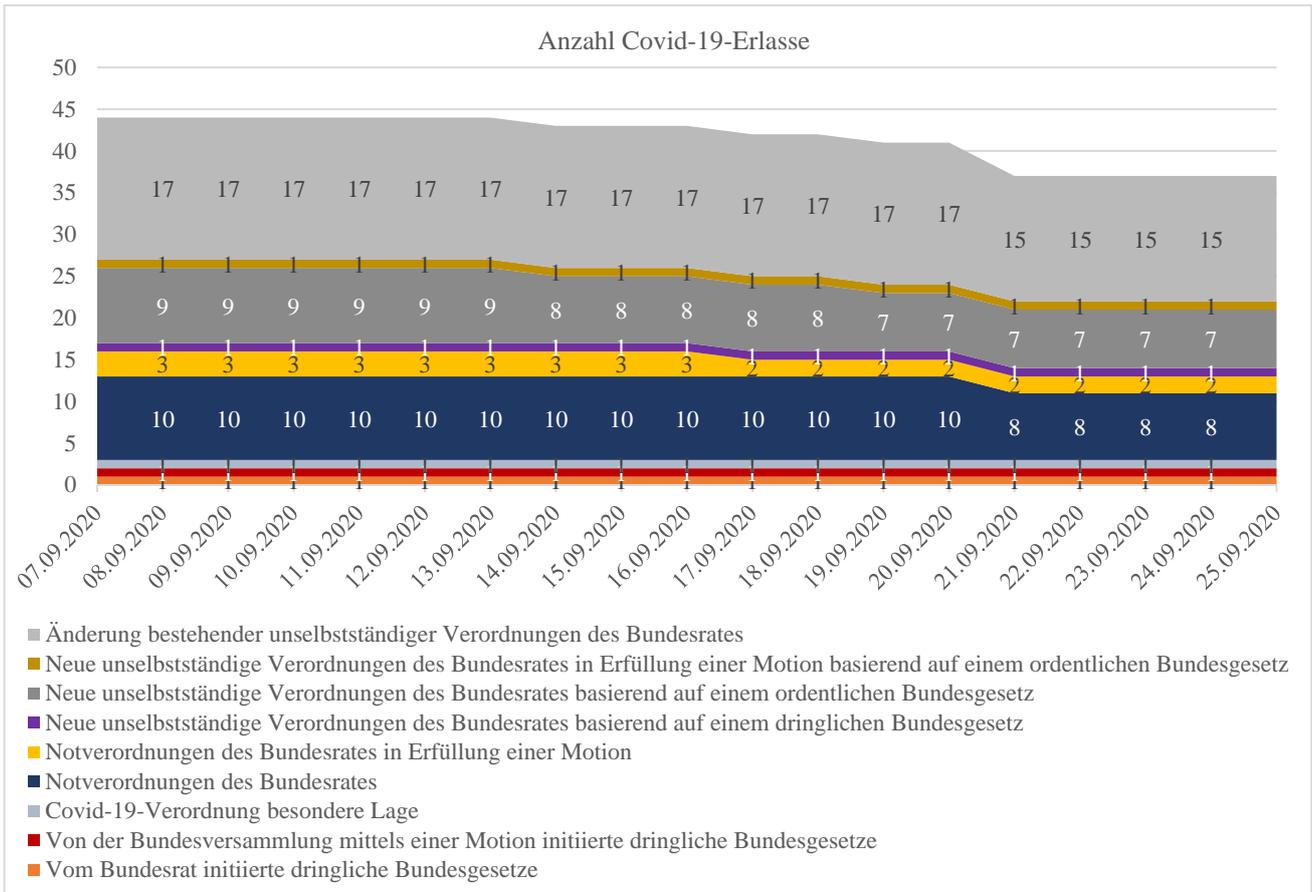
- [SR 413.17](#) Verordnung über die Durchführung der schweizerischen Maturitätsprüfung 2020 angesichts der Pandemie des Coronavirus (Covid-19-Verordnung schweizerische Maturitätsprüfung) vom 13. Mai 2020 (galt bis zum 13. September 2020)
- [SR 531.215.33](#) Verordnung über die Beschränkung der Abgabe von Arzneimitteln vom 18. März 2020 (galt bis zum 18. September 2020)

sowie folgende Mantelverordnung:

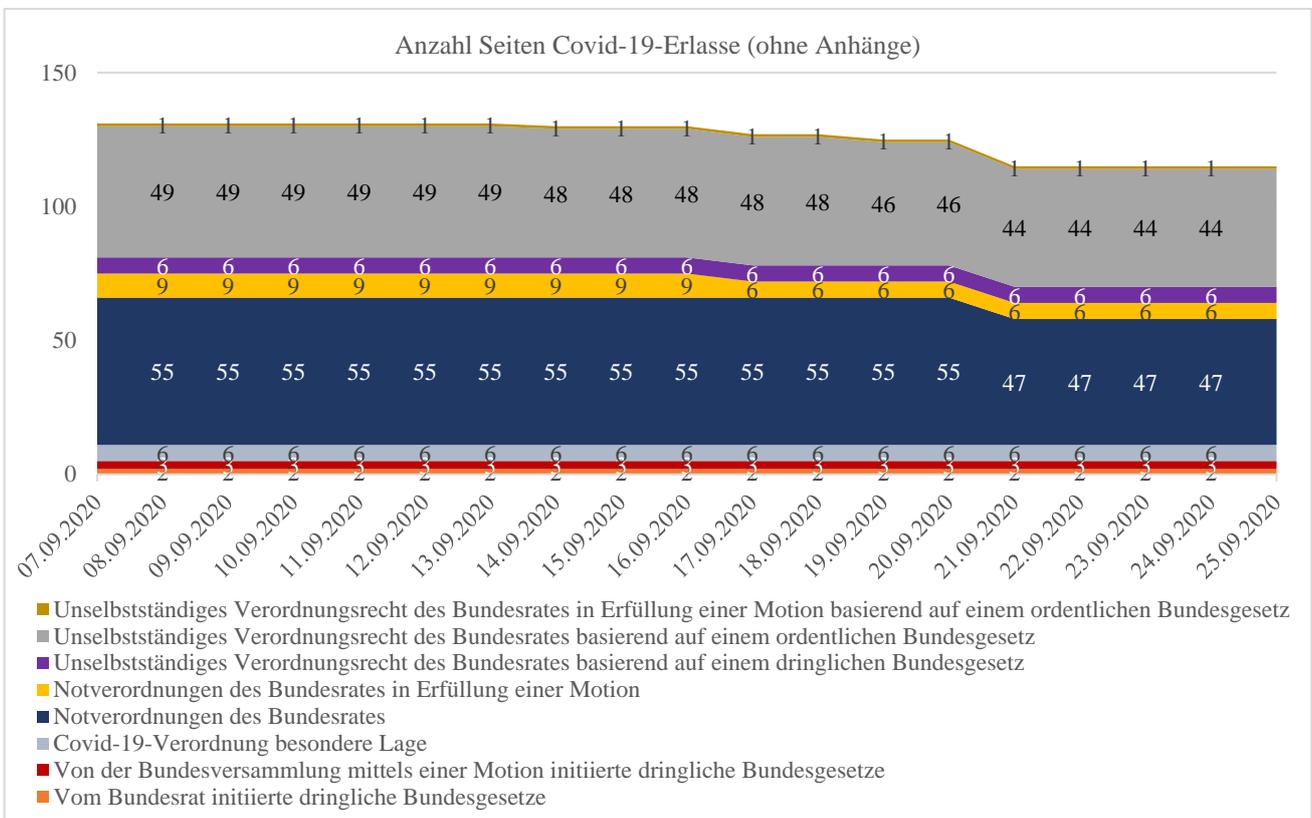
- Verordnung über Massnahmen im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19) zur Kurzarbeitsentschädigung und zur Abrechnung der Sozialversicherungsbeiträge vom 20. März 2020 ([SR 831.101](#), [SR 837.02](#)) (galt bis zum 20. September 2020).

Zwischenbilanz

Damit sind am Ende der Herbstsession noch zehn Notverordnungen in Kraft.



G.51



G.52

4.2. Finanzbeschlüsse im Covid-19-Bereich

Zur Bewältigung der Corona-Pandemie hat das Parlament in der ersten Jahreshälfte 2020 zusätzliche Ausgaben von 31 Milliarden (Nachtragskredite) sowie Bürgschaften und Garantien von 42 Milliarden (Verpflichtungskredite) bewilligt. Mit dem Nachtrag IIb (20.042) beantragt der Bundesrat dem Parlament am 12. August 2020 weitere 13 Nachtragskredite im Umfang von rund 770 Millionen. Die Nachträge betreffen schwergewichtig die Kosten für Coronatests (288,5 Mio.), eine zusätzliche Einlage in den Bahninfrastrukturfonds (221,3 Mio.) und die Rekapitalisierung von Skyguide (150 Mio.). Mit dem Nachtrag IIb zum Voranschlag 2020 beantragt der Bundesrat zudem einen Verpflichtungskredit von 5,8 Millionen Franken für die Deckung der Lagerkosten und allfälliger Wertverluste der Alcosuisse AG aus dem An- und Verkauf von Ethanol.

Das Parlament bewilligt in der ersten Woche der Herbstsession die vom Bundesrat beantragten Nachtragskredite und den beantragten Verpflichtungskredit. Wie bereits die während der ausserordentlichen Session und der Sommersession beschlossenen Kredite werden auch die während der Herbstsession bewilligten Nachtragskredite grösstenteils als ausserordentlicher Zahlungsbedarf bewilligt. Da es sich bei der Corona-Pandemie um eine «aussergewöhnliche und vom Bund nicht steuerbare Entwicklung» handelt, kommt die Ausnahmebestimmung der Schuldenbremse zur Anwendung.

Hintergrundwissen

H.20

Schuldenbremse / Ausserordentlicher Zahlungsbedarf

Die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse soll den Bundeshaushalt vor strukturellen, d. h. andauernden Defiziten bewahren. Ihr Kernstück ist die einfache Regel, dass über einen Konjunkturzyklus hinweg die Ausgaben nicht höher als die Einnahmen sein dürfen.

Der jährlich zulässige Höchstbetrag für die Ausgaben (Ausgabenplafond) entspricht dem Produkt aus den geschätzten Einnahmen und einem Faktor, mit dem der konjunkturellen Lage Rechnung getragen wird (Konjunkturfaktor). In Phasen der Hochkonjunktur liegt der so definierte Ausgabenplafond unter den Einnahmen. Umgekehrt lässt der Ausgabenplafond in Rezessionen ein Defizit zu. Die Einnahmen und Ausgaben sind damit über einen ganzen Konjunkturzyklus hinweg ausgeglichen.

Die eidgenössischen Räte sind sowohl beim Voranschlag wie bei den Nachträgen an die von der Ausgabenregel vorgegebenen Höchstbeträge gebunden. Bei einem ausserordentlichen Zahlungsbedarf – d. h. in aussergewöhnlichen und vom Bund nicht steuerbaren Entwicklungen – kann der vorgegebene Höchstbetrag jedoch mit der Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder beider Räte (qualifiziertes Mehr) erhöht werden (Ausnahmebestimmung). Werden solche ausserordentlichen Ausgaben nicht durch ausserordentliche Einnahmen gedeckt, müssen sie mittelfristig über den ordentlichen Haushalt kompensiert werden.

Die Ausnahmebestimmung der Schuldenbremse kommt im Verlauf der Covid-19 Krise mehrmals zur Anwendung. Während der ausserordentlichen Session und der Sommersession werden Kredite in der Höhe von insgesamt 30,9 Milliarden Franken als ausserordentlicher Zahlungsbedarf beschlossen. Während der Herbstsession kommen Kredite in der Höhe von 476,4 Millionen Franken hinzu. Damit wird der im Dezember 2019 bewilligte Höchstbetrag für die Gesamtausgaben für das Jahr 2020 von 75,7 Milliarden Franken um einen ausserordentlichen Zahlungsbedarf von insgesamt 31,4 Milliarden erhöht.

NACHTRAGSKREDITE NACH DEPARTEMENTEN UND VERWALTUNGSEINHEITEN

CHF		Betrag	Vorschuss	Kompensation
Total Voranschlagskredite		769 911 500		361 095 000
<i>davon ausserordentliche Ausgaben</i>		<i>476 420 000</i>		<i>323 500 000</i>
Behörden und Gerichte (B+G)		3 000 000	-	-
101	Bundesversammlung			
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget) Parlamentsdienste	3 000 000		
Eidg. Departement des Innern (EDI)		358 600 000	-	327 000 000
306	Bundesamt für Kultur			
A231.0124	Förderung der Ausbildung junger Auslandschweizer	3 500 000		3 500 000
A290.0111	Covid: Kulturvereine im Laienbereich	1 000 000		1 000 000
A290.0131	Covid: Leistungsvereinbarungen Kultur Kantone	34 000 000		34 000 000
316	Bundesamt für Gesundheit			
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	28 200 000		
A231.0213	Beitrag Gesundheitsschutz und Prävention	3 400 000		
A290.0130	Covid: Bundesfinanzierung SARS-CoV-2-Tests	288 500 000		288 500 000
Eidg. Finanzdepartement (EFD)		24 000 000	-	24 000 000
620	Bundesamt für Bauten und Logistik			
A202.0134	Investitionen ETH-Bauten	24 000 000		24 000 000
Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)		10 095 000	-	10 095 000
704	Staatssekretariat für Wirtschaft			
A235.0101	Darlehen und Beteiligungen Entwicklungsländer	10 000 000		10 000 000
724	Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung			
A231.0416	Covid: Lagerhaltung Ethanol	95 000		95 000
Eidg. Dep. für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK)		374 216 500	-	-
802	Bundesamt für Verkehr			
A236.0110	Einlage Bahninfrastrukturfonds	221 296 500		
803	Bundesamt für Zivilluftfahrt			
A290.0129	Covid: Rekapitalisierung Skyguide	150 000 000		
808	Bundesamt für Kommunikation			
A290.0125	Covid: Ausbau der indirekten Presseförderung	2 920 000		

Auszug aus der Botschaft des Bundesrates über den Nachtrag IIb zum Voranschlag 2020

Teil X

ZWISCHEN DER HERBSTSESSION 2020 UND DER SONDERSESSION 2020

25.09.2020 (ab 11:00) – 28.10.2020

Ab 1. Oktober sind Grossveranstaltungen wieder möglich



Theater Konzerte Kongresse Religiöse Feiern Sportveranstaltungen

Für Anlässe mit mehr als 1000 Personen braucht es eine Bewilligung des Kantons. Voraussetzungen:



Schutzkonzept Epidemiologische Lage Funktionierendes Contact Tracing Nur Sitzplätze (Ausnahmen möglich)

Schweizweit einheitliche Regeln für Fussball- und Eishockey-Profiligen

- Nur Sitzplätze
- Maskenpflicht
- Konsumation nur sitzend
- Regelverstoß wird geahndet

Keine Platzkontingente für Gästefans
Maximal 2/3 der Sitzplätze besetzt (Hallen und Freiluftstadion)

Bund verstärkt Massnahmen gegen das Coronavirus
Ab 19. Oktober gilt neu schweizweit:



Öffentlicher Verkehr (bisher) Bahnhöfe, Haltestellen, Flughäfen Läden, Poststellen, Reisebüros Museen, Bibliotheken Restaurants, Bars, Clubs

Ausgeweitete Maskenpflicht
Maskenpflicht in öffentlich zugänglichen Einrichtungen und Innenräumen.

Sportanlagen (Eingang und Garderobe) Kinos, Theater, Konzertlokale Arztpraxen, Spitäler Religiöse Einrichtungen Verwaltungen (wenn öffentlich zugänglich)

Versammlungen und Veranstaltungen
Sportliche Ansammlungen von mehr als 15 Personen in öffentlichen Raum sind verboten.

Für Veranstaltungen in Familien- und Freundeskreisen mit 10 bis 100 Personen gilt: Maskenpflicht, Kontaktarten erhöhen, Konsumation nur sitzend, Ab 100 Personen, Schutzkonzept

Sitzpflicht in Gastbetrieben in Restaurants, Bars, Clubs und Tanzlokalen dürfen Essen und Getränke nur sitzend konsumiert werden (innen und draussen).

Homeoffice-Empfehlung
Verbindliche Empfehlung, wenn möglich von zuhause aus zu arbeiten.

Weiterhin gilt:

- Mindestabstand von 1,5 Metern einhalten
- Regelmäßige und gründliche Hände waschen

1. Chronologie der Ereignisse

- 25.09.2020 Der Bundesrat passt zur Minimierung der Risiken einer Covid-19-Infektion die Kriterien zur Abgabe von medizinischem Heroin an, verlängert die Massnahmen zur Aufrechterhaltung des Justizbetriebs und ergreift Massnahmen, um exportierende Unternehmen zu entlasten.
- 07.10.2020 Der Bundesrat erlässt, gestützt auf das neue Covid-19-Gesetz, neue Regeln über die Stimmrechtsbescheinigung bei fakultativen Referenden und beschliesst, die vorübergehenden Massnahmen zur Verhinderung von coronabedingten Konkursen nicht zu verlängern.
- 09.10.2020 Aufgrund der steigenden Fallzahlen wechseln die BAG-Plakate von blau auf orange.
- 14.10.2020 Der Bundesrat verabschiedet gestützt auf das neue Covid-19-Gesetz die Covid-19-Kulturverordnung und stützt (mit Ausnahme der COVID-19-Solidarbürgschaftsverordnung) alle bestehenden Notverordnungen auf das neue Covid-19-Gesetz.
- 18.10.2020 Aufgrund der rasant steigenden Fallzahlen beschliesst der Bundesrat an einer ausserordentlichen Sitzung neue schweizweit geltende Massnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus: Ab Montag, 19. Oktober, sind im öffentlichen Raum spontane Menschenansammlungen von mehr als 15 Personen verboten. In öffentlich zugänglichen Innenräumen muss eine Maske getragen werden. Eine Maskenpflicht gilt zudem in allen Bahnhöfen, Flughäfen und an Bus- und Tramhaltestellen. Der Bundesrat hat ferner Regeln für private Veranstaltungen mit mehr als 15 Personen aufgestellt. Ausserdem darf in Restaurants, Bars und Clubs nur im Sitzen konsumiert werden. Der Bundesrat erlässt auch eine verbindliche Homeoffice-Empfehlung.
- 23.10.2020 Die Ratspräsidenten informieren die Ratsmitglieder, dass ab sofort eine Maskenpflicht im Parlamentsgebäude gilt.
- 28.10.2020 Der Bundesrat ergreift weitere schweizweite Massnahmen gegen die schnelle Ausbreitung des Coronavirus: Discos und Tanzlokale werden geschlossen, Bars und Restaurants haben um 23 Uhr zu schliessen. Alle Veranstaltungen mit mehr als 50 Personen sowie sportliche und kulturelle Freizeitaktivitäten mit mehr als 15 Personen sind untersagt. Zudem wird die Maskenpflicht ausgeweitet. Die Massnahmen gelten ab Donnerstag, 29. Oktober, und sind nicht befristet. Ab Montag, 2. November, müssen Hochschulen auf Präsenzunterricht verzichten. Der Bundesrat passt ausserdem die Regeln für die Reisequarantäne an und beschliesst die Einführung von Schnelltests.

2. Parlamentsbetrieb

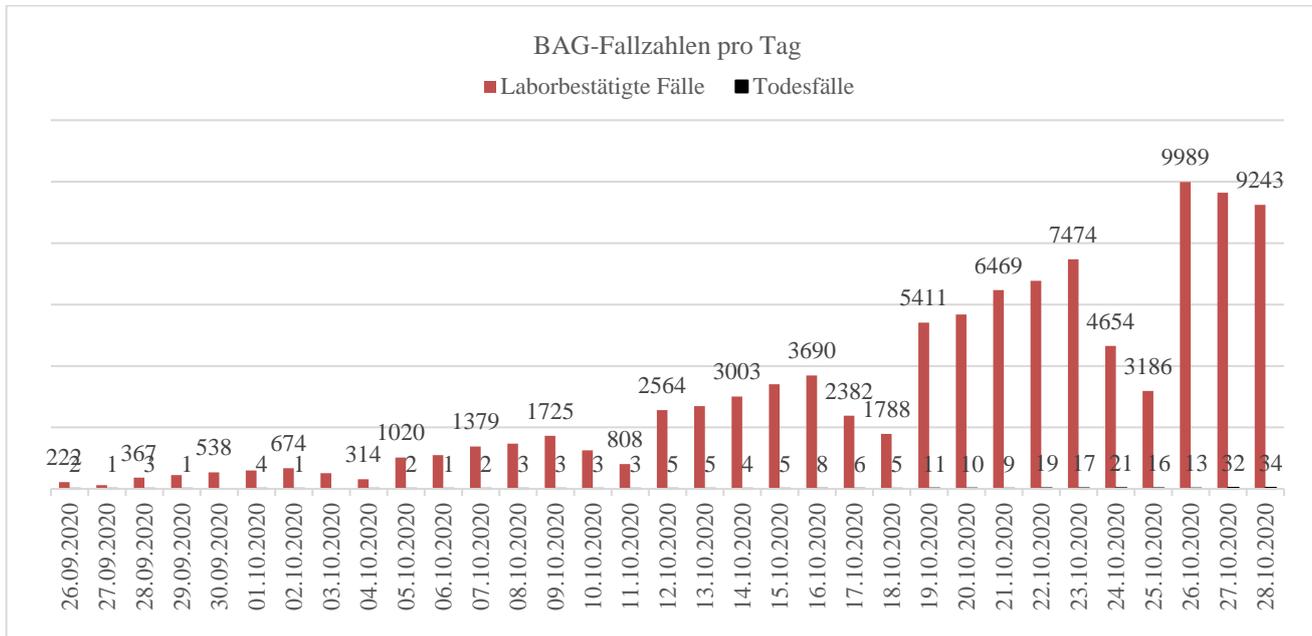
Die Kommissionen beraten die Geschäfte der kommenden Sessionen vor, werden vom Bundesrat zu neuen Covid-19-Verordnung oder zu Änderungen bestehender Covid-19-Verordnungen konsultiert und verlangen vom Bundesrat Auskünfte über die Massnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie.

In den Kommissionssitzungszimmern wurden während dem Sommer Plexiglas-Trennwände installiert. Ab dem 23. Oktober gilt für das Zirkulieren in Sitzungsräumlichkeiten eine Maskenpflicht. Während des Sitzens an von Plexiglas geschützten Plätzen kann die Maske ausgezogen werden, wenn die Seitenteile der Plexiglas-Trennwände runtergeklappt sind.

Seit dem 24. Oktober werden keine Führungen durch das Parlamentsgebäude mehr durchgeführt.

COVID-19-FALLZAHLEN UND -MASSNAHMEN IM ÜBERBLICK

G.53



Verbot von Veranstaltungen mit mehr als 1000 Personen (gilt bis zum 30. September).

Maskenpflicht bei Kundgebungen und im öffentlichen Verkehr.

Schutzkonzepte für Betriebe, Einrichtungen und Veranstaltungen.

Einreisende aus Gebieten mit erhöhtem Ansteckungsrisiko müssen sich in eine zehntägige Quarantäne begeben.

Es bestehen weiterhin Einreisebeschränkungen für Nicht-Schengen-Staaten: Einreisen aus Risikoländern sind untersagt.

Ab dem 19. Oktober:

Verbot spontaner Menschenansammlungen von mehr als 15 Personen im öffentlichen Raum.

In öffentlich zugänglichen Innenräumen sowie in Zugangsbereichen des öffentlichen Verkehrs besteht eine Maskenpflicht.

Für private Veranstaltungen mit 16 – 100 Personen gilt eine Maskenpflicht, zudem müssen die Kontaktdaten erhoben werden, und die Konsumation darf nur sitzend erfolgen. Für private Veranstaltungen mit über 100 Personen braucht es ein Schutzkonzept.

In Restaurants, Bars und Clubs darf nur im Sitzen konsumiert werden.

Wenn möglich soll von zu Hause aus gearbeitet werden.

Mehrere Kantone haben eigene Massnahmen, wie die Ausweispflicht in Clubs, die Maskenpflicht in Läden und zusätzliche Beschränkungen der Anzahl Personen bei Veranstaltungen oder in Betrieben ergriffen.

Einige Kantone ergreifen weitergehende Massnahmen, wie die Schliessung von Unterhaltungs- und Freizeiteinrichtungen.

Normaler Kommissionsbetrieb: Die Kommissionen tagen unter Einhaltung der Schutzregeln im Parlamentsgebäude.

3. Covid-19-Vorstösse

Die Kommissionen reichen in dem hier untersuchten Zeitraum keine Covid-19-bezogenen Vorstösse ein. Die KVF-N zieht eine ihrer Motionen zurück.

4. Covid-19-Akte

4.1. Rechtsetzungsakte im Covid-19-Bereich

4.1.1 Dringliche Bundesgesetze

Nachparlamentarische Phase

Das Referendum gegen die dringliche Änderung des Epidemienetzes (Proximity-Tracing-System) (20.040) scheitert, somit bleibt sie bis am 30. Juni 2022 in Kraft.

Für die vier während der Herbstsession erlassenen dringlichen Covid-19-Gesetze (20.055, 20.056, 20.057, 20.058) läuft die Referendumsfrist. Gegen eines (20.058) wird ein Referendum lanciert. Das Referendumskomitee hat bis zum 14. Januar 2021 Zeit, um die benötigten 50 000 gültigen Unterschriften zu sammeln.

4.1.2 Bundesrätliche Covid-19-Verordnungen

Der Bundesrat stützt am 7. Oktober die folgenden Notverordnungen auf das während der Herbstsession von den Räten erlassene Covid-19-Gesetz (SR 818.102):

- [SR 142.318](#) Verordnung über Massnahmen im Asylbereich im Zusammenhang mit dem Coronavirus (Covid-19-Verordnung Asyl) vom 1. April 2020
- [SR 272.81](#) Verordnung über Massnahmen in der Justiz und im Verfahrensrecht im Zusammenhang mit dem Coronavirus (Covid-19-Verordnung Justiz und Verfahrensrecht) vom 16. April 2020
- [SR 281.242](#) Verordnung über insolvenzrechtliche Massnahmen zur Bewältigung der Coronakrise (Covid-19-Verordnung Insolvenzrecht) vom 16. April 2020
- [SR 783.03](#) Verordnung über Übergangsmassnahmen zugunsten der Printmedien im Zusammenhang mit dem Coronavirus (Covid-19-Verordnung Printmedien) vom 20. Mai 2020
- [SR 784.402](#) Verordnung über Übergangsmassnahmen zugunsten der elektronischen Medien im Zusammenhang mit dem Coronavirus (Covid-19-Verordnung elektronische Medien) vom 20. Mai 2020
- [SR 818.101.24](#) Verordnung 3 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (Covid-19) (Covid-19-Verordnung 3) vom 19. Juni 2020
- [SR 830.31](#) Verordnung über Massnahmen bei Erwerbsausfall im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19) (Covid-19-Verordnung Erwerbsausfall) vom 20. März 2020
- [SR 837.033](#) Verordnung über Massnahmen im Bereich der Arbeitslosenversicherung im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19) (Covid-19-Verordnung Arbeitslosenversicherung) vom 20. März 2020.

Ab dem 8. Oktober gibt es somit nur noch eine Notverordnung:

- die Verordnung zur Gewährung von Krediten und Solidarbürgschaften in Folge des Coronavirus (COVID-19-Solidarbürgschaftsverordnung) vom 25. März 2020 ([SR 951.261](#)).

Der Bundesrat erlässt im untersuchten Zeitraum, nach Konsultation der zuständigen Kommissionen, gestützt auf das neue Covid-19-Gesetz folgende Verordnungen:

- [SR 161.17](#) Verordnung über die Stimmrechtsbescheinigung bei eidgenössischen Volksreferenden in Zeiten der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Verordnung Stimmrechtsbescheinigung) vom 7. Oktober 2020 (Inkrafttreten am 8. Oktober 2020)
- [SR 442.17](#) Verordnung über die Massnahmen im Kulturbereich gemäss Covid-19-Gesetz (Covid-19-Kulturverordnung) vom 14. Oktober 2020 (Inkrafttreten am 26. September 2020).

revidiert folgende bestehende unselbstständige Verordnung:

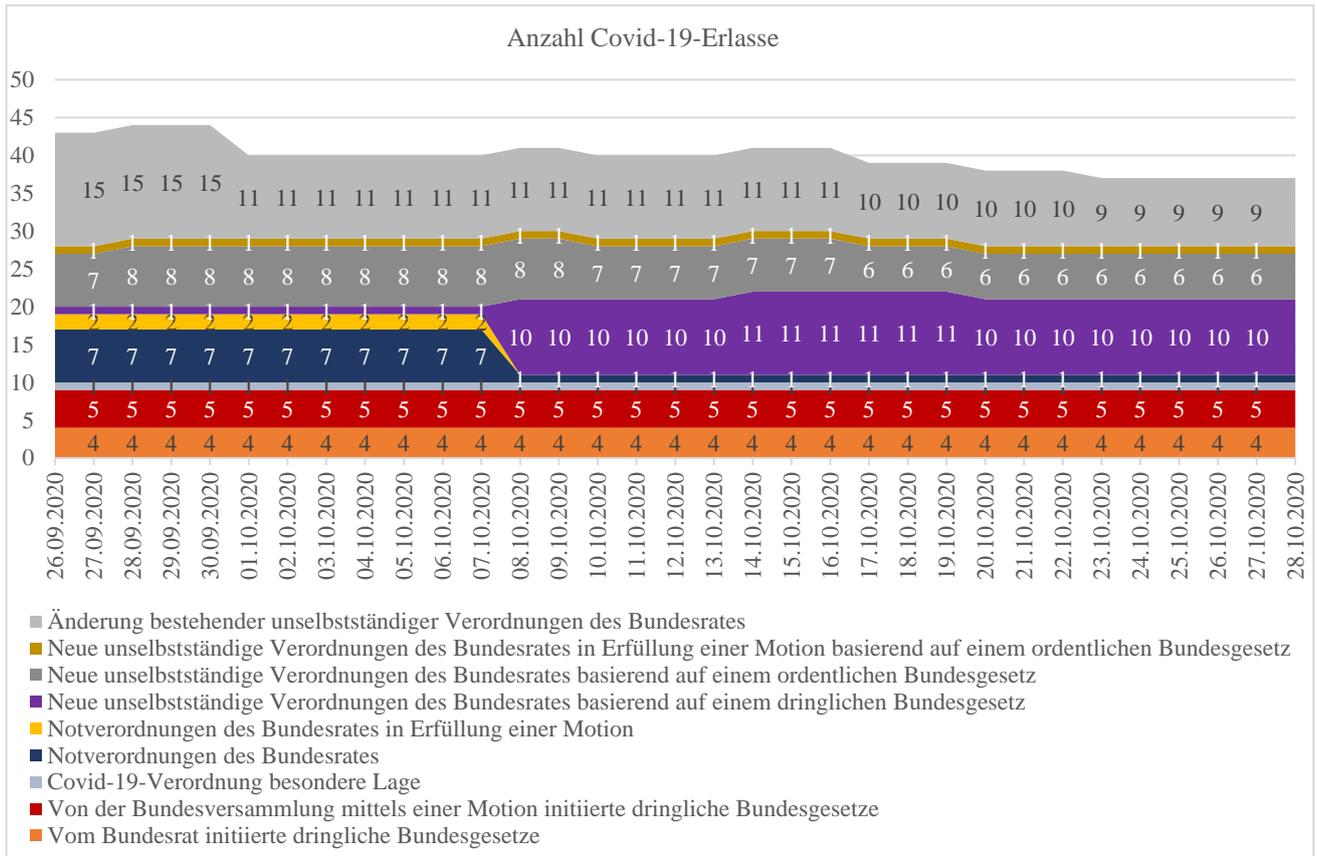
- [SR 812.121.6](#) Verordnung über Betäubungsmittelsucht und andere suchtbedingte Störungen (Betäubungsmittelsuchtverordnung, BetmSV), Änderung vom 25. September 2020 (Inkrafttreten am 28. September 2020)

und revidiert mehrmals folgende Covid-19-Verordnungen:

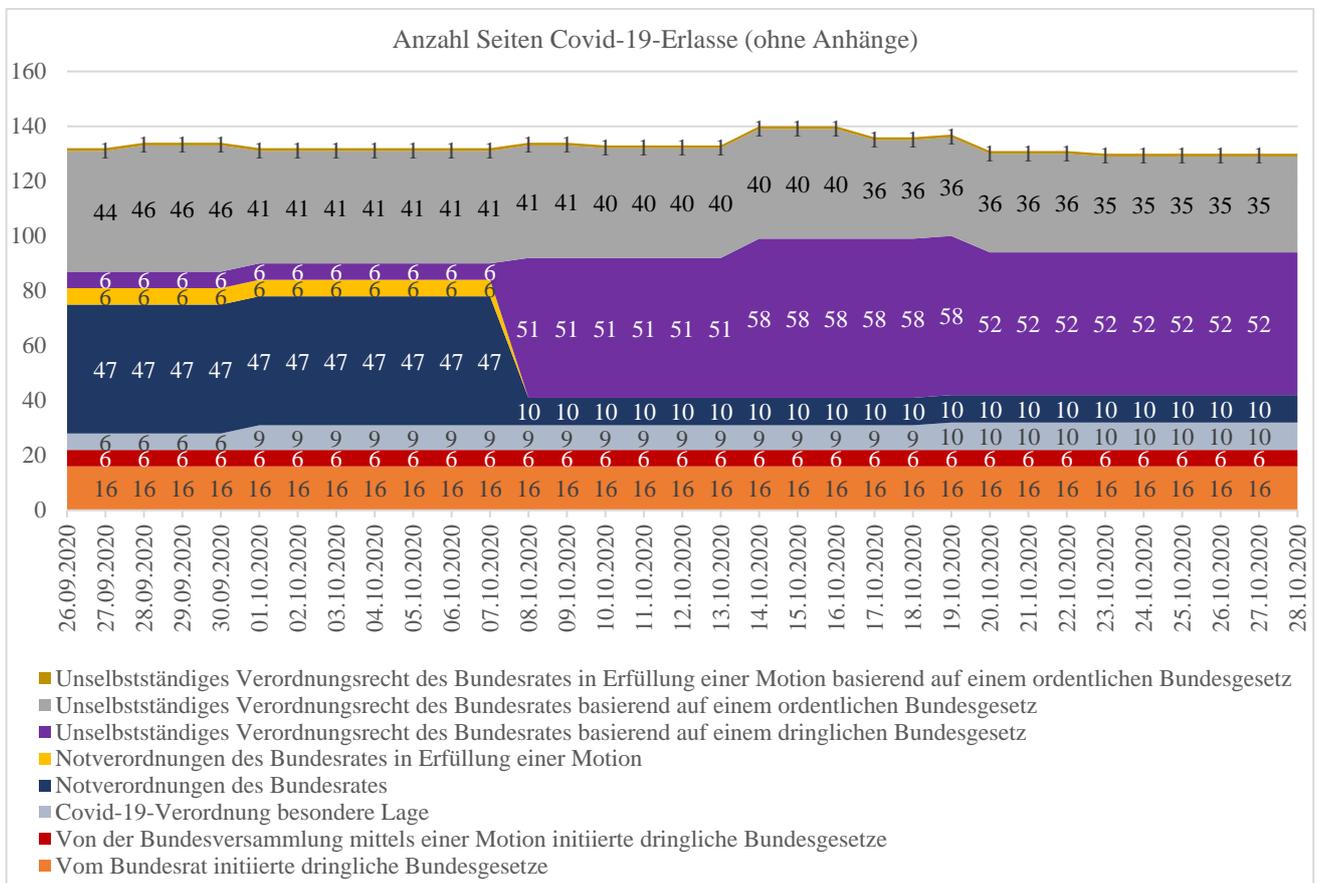
- [SR 818.101.24](#) Verordnung 3 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (Covid-19) (Covid-19-Verordnung 3) vom 19. Juni 2020, Änderungen vom 28. und 29. Oktober 2020 (Inkrafttreten am 2. resp. 3. November 2020)
- [SR 818.101.26](#) Verordnung über Massnahmen in der besonderen Lage zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Verordnung besondere Lage) vom 19. Juni 2020, Änderungen vom 18. und 28. Oktober 2020 (Inkrafttreten am 19. resp. 29. Oktober 2020)
- [SR 818.101.27](#) Verordnung über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (Covid-19) im Bereich des internationalen Personenverkehrs (Covid-19-Verordnung Massnahmen im Bereich des internationalen Personenverkehrs) vom 2. Juli 2020.

Folgende Verordnungen resp. Verordnungsänderungen treten im untersuchten Zeitraum ausser Kraft:

- [SR 281.242](#) Verordnung über insolvenzrechtliche Massnahmen zur Bewältigung der Coronakrise (Covid-19-Verordnung Insolvenzrecht) vom 16. April 2020 (galt bis zum 19. Oktober 2020)
- [SR 412.101.243](#) Verordnung über die Durchführung der Qualifikationsverfahren der beruflichen Grundbildung 2020 im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19-Verordnung Qualifikationsverfahren berufliche Grundbildung) vom 16. April 2020 (galt bis zum 16. Oktober 2020)
- [SR 632.103.1](#) Verordnung über die vorübergehende Aussetzung von Zollansätzen für medizinische Güter vom 8. April 2020 (galt bis zum 9. Oktober 2020)
- [SR 748.131.1](#) Verordnung über die Infrastruktur der Luftfahrt (VIL), Änderung vom 22. April 2020 (galt bis zum 22. Oktober 2020)
- [SR 817.02](#) Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung (LGV) vom 16. Dezember 2016, Änderung vom 16. April 2020 (galt bis zum 16. Oktober 2020)
- [SR 831.471](#) Verordnung über die Verwendung von Arbeitgeberbeitragsreserven für die Vergütung der Arbeitnehmerbeiträge an die berufliche Vorsorge im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19-Verordnung berufliche Vorsorge) vom 25. März 2020 (galt bis zum 25. Oktober 2020)
- [SR 943.032](#) Verordnung über Zertifizierungsdienste im Bereich der elektronischen Signatur und anderer Anwendungen digitaler Zertifikate (Verordnung über die elektronische Signatur, VZertES) vom 23. November 2016, Änderung vom 1. April 2020 (galt bis zum 1. Oktober 2020)
- Verordnung über Massnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Auswirkungen des Coronavirus im Landwirtschaftsbereich (COVID-19-Verordnung Landwirtschaft) vom 1. April 2020 (galt bis zum 1. Oktober 2020) ([SR 916.01](#), [SR 916.341](#), [SR 916.51](#)).



G.54



G.55

Teil XI

SONDERSESSION DES NATIONALRATES 2020

29.10.2020 – 30.10.2020



1. Parlamentsbetrieb

Zur Abbau der Geschäftslast führt der Nationalrat eine zweitägige Sondersession durch.

Für das Zirkulieren im Ratssaal gilt eine Maskenpflicht. Während des Sitzens an von Plexiglas geschützten Plätzen kann die Maske ausgezogen werden, wenn die Seitenteile der Plexiglasscheibe heruntergeklappt sind.

Es gelten die gleichen Zutrittsregeln wie für die Herbstsession.

Hintergrundwissen

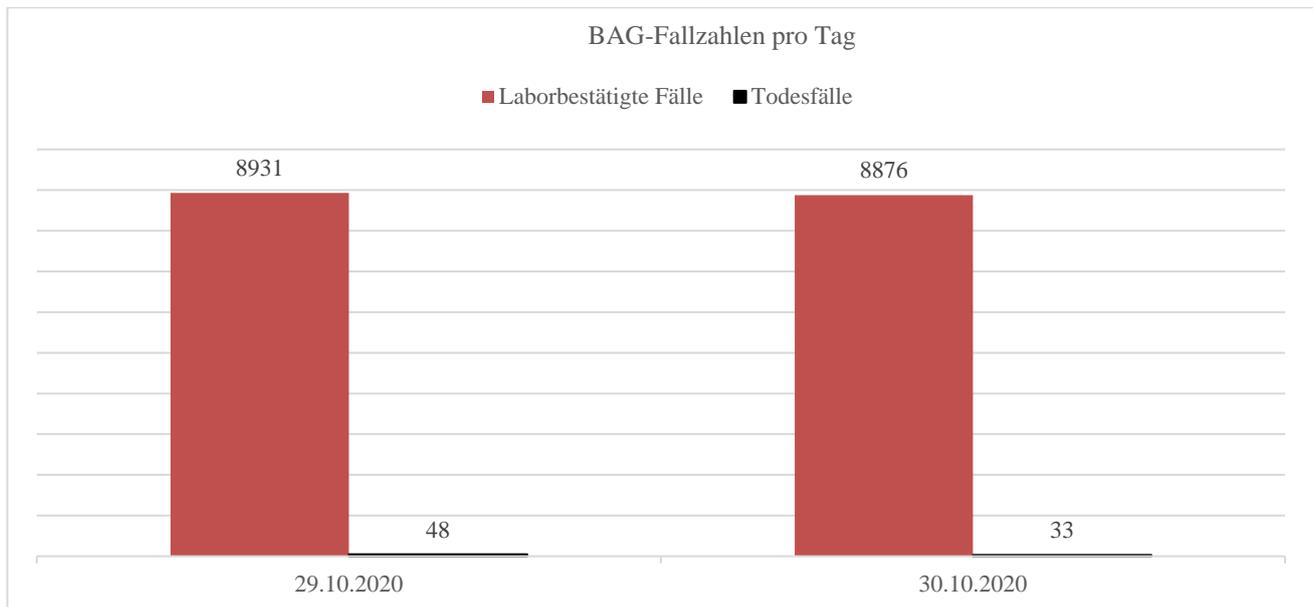
H.21

Sondersessionen

Sondersessionen werden einberufen, wenn die ordentlichen Sessionen zum Abbau der Geschäftslast nicht ausreichen. Eine Sondersession kann, im Gegensatz zu den ordentlichen und ausserordentlichen Sessionen, von jedem Rat für sich beschlossen werden.

COVID-19-FALLZAHLEN UND -MASSNAHMEN IM ÜBERBLICK

G.56



Maskenpflicht bei Kundgebungen, im öffentlichen Verkehr, im Aussenbereich von Läden, Restaurants etc. und in belebten Fussgängerzonen, in öffentlich zugänglichen Innenräumen, in Schulen ab der Sekundarstufe II und bei Arbeiten innerhalb von Gebäuden, ausser am Arbeitsplatz, sofern der Abstand eingehalten werden kann.

Verbot spontaner Menschenansammlungen von mehr als 15 Personen im öffentlichen Raum. Verbot von privaten Veranstaltungen von mehr als 10 Personen, die nicht in öffentlich zugänglichen Einrichtungen und Betrieben stattfinden. Verbot von Veranstaltungen von mehr als 50 Personen. (Ausnahme: politische und zivilgesellschaftliche Kundgebungen und Unterschriftensammlungen.)

Der Betrieb von Diskotheken und Tanzlokalen sowie die Durchführung von Tanzveranstaltungen sind verboten. In Restaurants und Bars darf nur sitzend konsumiert werden; es dürfen maximal vier Personen an einem Tisch sitzen. Zwischen 23.00 Uhr und 06.00 Uhr müssen die Betriebe geschlossen bleiben.

Präsenzveranstaltungen in Bildungseinrichtungen sind verboten; ausgenommen sind die obligatorischen Schulen und die Schulen der Sekundarstufe II Unterrichtsaktivitäten, die notwendiger Bestandteil eines Bildungsgangs sind und für deren Durchführung eine Präsenz vor Ort erforderlich ist, sowie Einzellektionen.

Im nichtprofessionellen Bereich sind die Durchführung von Proben und Aufführungen für Chöre und Sänger/innen sowie der Kontaktsport verboten.

Wenn möglich soll von zu Hause aus gearbeitet werden.

Es bestehen Schutzkonzepte für Betriebe, Einrichtungen und Veranstaltungen.

Einreisende aus Gebieten mit erhöhtem Ansteckungsrisiko müssen sich in eine zehntägige Quarantäne begeben.

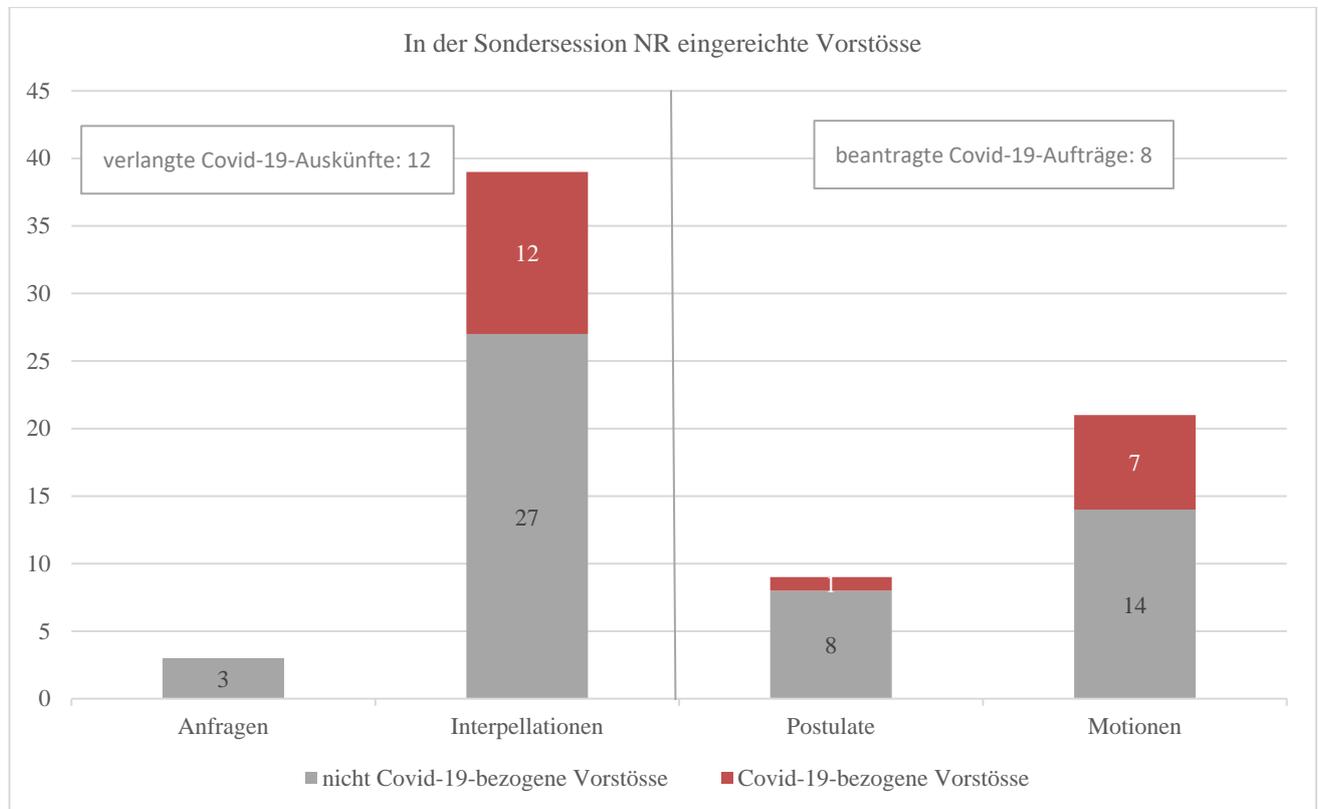
Es bestehen weiterhin Einreisebeschränkungen für Nicht-Schengen-Staaten: Einreisen aus Risikoländern sind untersagt.

Einige Kantone ergreifen weitergehende Massnahmen, wie die Schliessung von Unterhaltungs- und Freizeiteinrichtungen.

Sondersession des Nationalrates im Parlamentsgebäude: Es gelten die gleichen Zugangsbeschränkungen wie während der Herbstsession.

2. Covid-19-Vorstösse

2.1. Eingereichte Covid-19-Vorstösse²¹



G.57

Rund 28 Prozent der im Laufe der Sondersession des Nationalrates eingereichten Vorstösse beziehen sich auf Covid-19. Es werden 12 Interpellationen, 1 Postulate sowie 7 Motionen zu Covid-19 eingereicht.

Neben den Vorstössen wird auch eine Covid-19-bezogene parlamentarische Initiative eingereicht.

2.2. Abschliessend behandelte Covid-19-Vorstösse

Während der Sondersession werden dem Bundesrat mittels angenommener Vorstösse keine Aufträge erteilt, die sich auf Covid-19 beziehen.

²¹ Die eingereichten Vorstösse sind im Anhang V einzeln aufgelistet.

3. Covid-19-Akte

3.1. Rechtsetzungsakte im Covid-19-Bereich

3.1.1 Dringliche Bundesgesetze

a. Parlamentarische Phase

Dringliches Covid-19-Geschäftsmietegesetz

Der Bundesrat hat am 18. September 2020 in Erfüllung der Motionen [20.3451](#) (WAK-N) und [20.3460](#) (WAK-S) die Botschaft zum Covid-19-Geschäftsmietegesetz ([20.076](#)) verabschiedet. Die Vorlage sieht vor, dass Mieterinnen und Mieter, die im Frühjahr 2020 von einer Schliessung oder starken Einschränkungen betroffen waren, für diese Periode nur 40 Prozent des Mietzinses bezahlen müssen. 60 Prozent gehen zulasten der Vermieterinnen und Vermieter.

Der Nationalrat tritt gegen den Antrag seiner vorberatenden Kommission mit 91 zu 89 Stimmen bei 4 Enthaltungen auf die Vorlage ein. Das dringliche Bundesgesetz geht zur Detailberatung an die vorberatende Kommission zurück. Die Detailberatung im Nationalrat ist für die Wintersession geplant.

Dringliches COVID-19-Solidarbürgschaftsgesetz

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 18. September 2020 die Botschaft zum neuen Covid-19-Solidarbürgschaftsgesetz ([20.075](#)) verabschiedet. Dieses soll die COVID-19-Solidarbürgschaftsverordnung ins ordentliche Recht überführen. Die Solidarbürgschaftsverordnung ist als Notverordnung bis zum 25. September 2020 befristet. Da die Rückzahlung der Kredite aber noch viele Jahre in Anspruch nehmen wird, ist ein Bundesgesetz für die Abwicklung der Kredite und Bürgschaften nötig. Zwei Kommissionsmotionen ([20.3156](#) FK-S / [20.3170](#) FK-S) werden mit dem Gesetzesentwurf umgesetzt und können so abgeschrieben werden. Gleichzeitig mit der Verabschiedung der Botschaft verlängert der Bundesrat die Geltungsdauer der COVID-19-Solidarbürgschaftsverordnung.

Der Nationalrat ändert die Vorlage des Bundesrates in drei Punkten ab: So will er die reguläre Rückzahlungsfrist von fünf auf acht Jahre verlängern. Zudem sollen die Kredite bis am 31. März 2028 zinslos bleiben und es sollen keine Dividenden und Tantiemen beschlossen werden können.

Die Vorlage wird vom Ständerat in der Wintersession beraten werden, in der auch die Differenzbereinigung geplant ist.

b. Nachparlamentarische Phase

Für die vier während der Herbstsession erlassenen dringlichen Covid-19-Gesetze ([20.055](#), [20.056](#), [20.057](#), [20.058](#)) läuft die Referendumsfrist.

3.1.2 Bundesrätliche Covid-19-Verordnungen

Im untersuchten Zeitraum tritt folgende Verordnung ausser Kraft:

- [SR 412.103.2](#) Verordnung über die Durchführung der kantonalen Prüfungen 2020 der eidgenössischen Berufsmaturität und die Promotion angesichts der Pandemie des Coronavirus (COVID-19-Verordnung kantonale Berufsmaturitätsprüfungen) vom 29. April 2020 (galt bis zum 29. Oktober 2020).

Teil XII

ZWISCHEN DER SONDERSESSION 2020 UND DER WINTERSESSION 2020

31.10.2020 – 29.11.2020

Bund verstärkt Massnahmen gegen das Coronavirus
Ab 29. Oktober gilt schweizweit:

- Verbot von Veranstaltungen und Versammlungen**
 - Nicht mehr als 10 Personen im Freundes- und Familienkreis (1,0%)
 - Keine Veranstaltungen mit mehr als 50 Personen (5,0%)
 - Keine Ansammlungen von mehr als 15 Personen im öffentlichen Raum (z.B. 15.10.) (1,5%)
- Regeln für Sport und Kultur**
 - Verbot sportlicher und kultureller Aktivitäten mit mehr als 15 Personen. Ausnahmen: Trainings und Proben von unter 16-Jährigen und im Profi-Bereich. Striktere Regeln für Kontaktsport und Chöre.
 - Fernunterricht an Hochschulen** (ab 2.11.)
- Schliessung von Tanzlokalen und Discos**
 - Regeln für Bars und Restaurants**
 - Sperrstunde von 23 bis 4 Uhr
 - Maximal 4 Personen pro Tisch
 - Wahlweise Sitzpflicht und Kontaktdaten erheben
- Ausgedehnte Maskenpflicht**
 - Neu zusätzlich zu ÖK, Halbtaschen und öffentlich zugänglichen Innenräumen: in Schulen ab Sekundarstufe II
 - Bei der Arbeit können Keuser am Arbeitsplatz, sofern Abstand eingehalten wird
 - Ausnahmen: Kinder unter 12 Jahren und Personen mit ärztlichem Attest
 - Im Aussenbereich von Restaurants, Läden u.ä., sowie in belebten Fussgängerzonen
 - Im öffentlichen Raum, wenn Abstandhalten nicht möglich ist

Achtung: In bestimmten Kantonen gelten strengere Regeln.

Wahlweise gilt:

- Kontakte reduzieren
- Handhygiene beachten
- Wenn möglich Homeoffice
- Abstand halten

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra
Bundesamt für Gesundheit
Conféderaziun Svizra
Confederaziun Svizra
Confederaziun Svizra
Confederaziun Svizra

Coronavirus: Mit diesen Massnahmen unterstützt der Bund die Wirtschaft auch in der zweiten Welle

Für Unternehmen:

- Kurzarbeitsentschädigung zur Deckung der Lohnlücke bei Arbeitslosigkeit
- Hilfsbeiträge
- Unterstützungen für einzelne Branchen

Für Einzelpersonen:

- Kurzarbeitsentschädigung für Angestellte bei Arbeitsaufhalt
- Corona-Erweiterersatz für Arbeitslosengeld
- Corona-Erweiterersatz bei Verfall der Kinderbetreuung und bei Quarantäne

Die dafür bewilligten und beantragten Beträge:

- 10 Mio. CHF bewirgt 100 Mio. CHF bewirkt
- Kurzarbeitsentschädigung: 20.2 Mrd. CHF
- Hilfsbeiträge: 400 Mio. CHF (inkl. und Extrageld 200 Mio. CHF)
- Corona-Erweiterersatz: 7.5 Mrd. CHF

Unterstützungen für einzelne Branchen:

- Hochwert-Maschinenbau (Dachziegel): 390 Mio. CHF
- Reifen- und Leistungssport: 200 Mio. CHF
- Kultur: 410 Mio. CHF
- Pharmazie: 37.9 Mio. CHF
- Öffentlicher Verkehr: 704 Mio. CHF
- Luftfahrt: 1.620 Mio. CHF

Nicht dargestellt sind die in der ersten Welle gewährten Corona-192-Berücksichtigungsdarlehen für Unternehmen (17 Mrd. CHF).

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra
Bundesamt für Gesundheit
Conféderaziun Svizra
Confederaziun Svizra
Confederaziun Svizra
Confederaziun Svizra

1. Chronologie der Ereignisse

- 04.11.2020 Der Bundesrat verlängert den Corona-Erwerbsersatz auch für indirekt betroffene Selbstständigerwerbende und Personen in arbeitgeberähnlicher Stellung, erlässt Richtlinien für Darlehen zu Gunsten des Mannschaftssports und beschliesst einen erneuten Assistenzdienst der Armee zur Unterstützung des Gesundheitswesens.
- 11.11.2020 Der Bundesrat beschliesst, dass die Arbeitgeber für die Bezahlung der Arbeitnehmerbeiträge an die berufliche Vorsorge wieder die von ihnen geäußerten Arbeitgeberbeitragsreserven verwenden dürfen, und verlängert die Übergangsmassnahmen zugunsten der Medien. Zudem erhöht er den Kredit zur Beschaffung von Covid-19-Impfstoff. Der Betrag stammt aus bereits bewilligten Covid-19-Krediten, welche im Armeebudget eingestellt sind.
- 13.11.2020 Die Verwaltungsdelegation fasst den Beschluss, den Zutritt ins Parlamentsgebäude ab dem 16. November wieder stärker einzuschränken.
- 18.11.2020 Der Bundesrat beschliesst ein weiteres Aufgebot von Schutzdienstpflichtigen. Es umfasst ein Kontingent von maximal 500 000 Diensttagen und gilt bis zum 31. März 2021. Der Bundesrat revidiert zudem die Verordnung über das Proximity-Tracing-System. Dank dieser Revision kann die Ausstellung von Covidcodes erleichtert und beschleunigt werden.
- 25.11.2020 Der Bundesrat verabschiedet die Verordnung zur Corona-Härtefallhilfe. Die Verordnung regelt insbesondere, wie die Mittel des Bundes auf die Kantone verteilt werden und unter welchen Voraussetzungen Unternehmen Anspruch auf Härtefallhilfen haben.

2. Parlamentsbetrieb

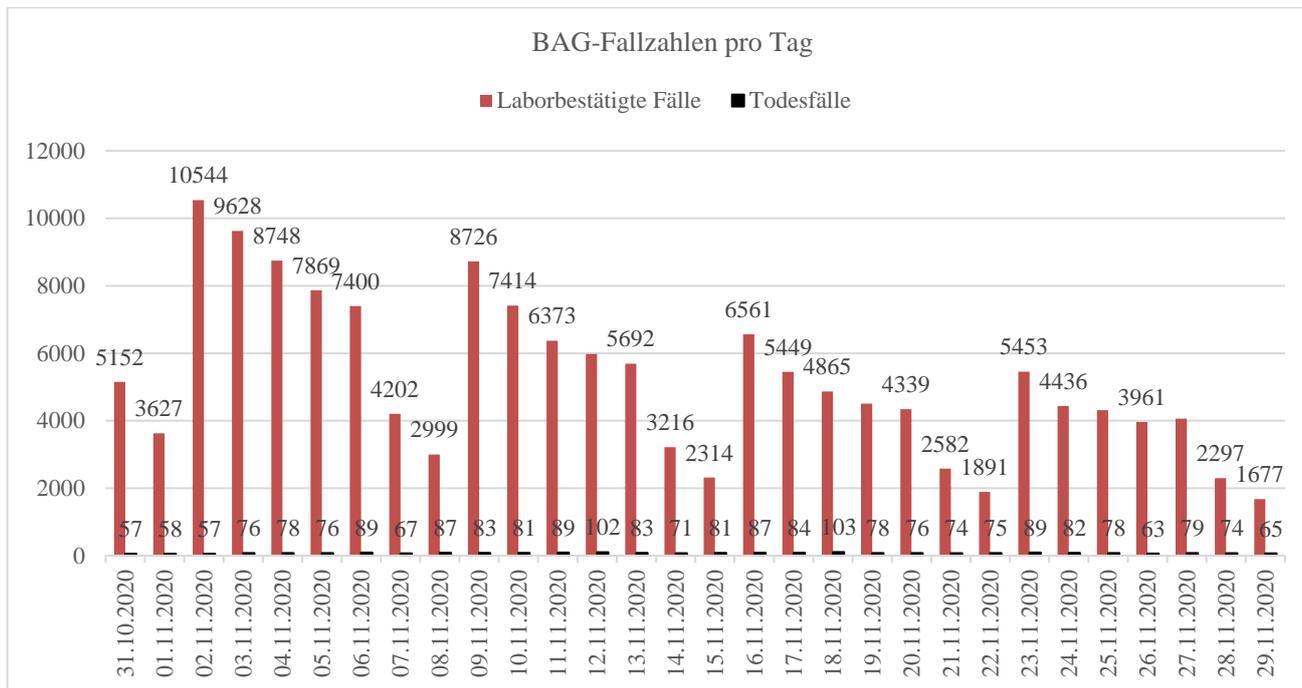
Die Kommissionen beraten unter Einhaltung der Schutzmassnahmen die Geschäfte der kommenden Sessionen vor, werden vom Bundesrat zu neuen Covid-19-Verordnung oder zu Änderungen bestehender Covid-19-Verordnungen konsultiert, reichen Vorstösse ein und richten Empfehlungen an den Bundesrat.

Ab dem 16. November wird der Zugang zum Parlamentsgebäude wieder stärker eingeschränkt. Keinen Zutritt haben wie bisher Personen, denen ein Ratsmitglied gemäss [Artikel 69 Absatz 2](#) Parlamentsgesetz eine Zutrittsberechtigung erteilt hat (ausser persönliche Mitarbeitende), ehemalige Ratsmitglieder, Medienschaffende mit Tagesakkreditierungen sowie erneut Kantonsvertreterinnen und -vertreter, Botschafterinnen und Botschafter und Chargés d'affaires.

Seit dem 24. Oktober werden keine Führungen durch das Parlamentsgebäude mehr durchgeführt.

COVID-19-FALLZAHLEN UND -MASSNAHMEN IM ÜBERBLICK

G.58



Maskenpflicht bei Kundgebungen, im öffentlichen Verkehr, im Aussenbereich von Läden, Restaurants etc. und in belebten Fussgängerzonen, in öffentlich zugänglichen Innenräumen, in Schulen ab der Sekundarstufe II und bei Arbeiten innerhalb von Gebäuden, ausser am Arbeitsplatz, sofern der Abstand eingehalten werden kann.

Verbot spontaner Menschenansammlungen von mehr als 15 Personen im öffentlichen Raum. Verbot von privaten Veranstaltungen von mehr als 10 Personen, die nicht in öffentlich zugänglichen Einrichtungen und Betrieben stattfinden. Verbot von Veranstaltungen von mehr als 50 Personen. (Ausnahme: politische und zivilgesellschaftliche Kundgebungen und Unterschriftensammlungen.)

Der Betrieb von Diskotheken und Tanzlokalen sowie die Durchführung von Tanzveranstaltungen sind verboten. In Restaurants und Bars darf nur sitzend konsumiert werden; es dürfen maximal vier Personen an einem Tisch sitzen. Zwischen 23.00 Uhr und 06.00 Uhr müssen die Betriebe geschlossen bleiben.

Präsenzveranstaltungen in Bildungseinrichtungen sind verboten; ausgenommen sind die obligatorischen Schulen und die Schulen der Sekundarstufe II, Unterrichtsaktivitäten, die notwendiger Bestandteil eines Bildungsgangs sind und für deren Durchführung eine Präsenz vor Ort erforderlich ist, sowie Einzellektionen.

Im nichtprofessionellen Bereich sind die Durchführung von Proben und Aufführungen für Chöre und Sänger/innen sowie der Kontaktsport verboten.

Wenn möglich soll von zu Hause aus gearbeitet werden.

Es bestehen Schutzkonzepte für Betriebe, Einrichtungen und Veranstaltungen.

Einreisende aus Gebieten mit erhöhtem Ansteckungsrisiko müssen sich in eine zehntägige Quarantäne begeben.

Es bestehen weiterhin Einreisebeschränkungen für Nicht-Schengen-Staaten: Einreisen aus Risikoländern sind untersagt.

Einige Kantone ergreifen weitergehende Massnahmen, wie die Schliessung von Unterhaltungs- und Freizeiteinrichtungen.

Normaler Kommissionsbetrieb: Die Kommissionen tagen unter Einhaltung der Schutzregeln im Parlamentsgebäude.

3. Covid-19-Vorstösse und parlamentarische Initiativen

3.1. Covid-19-Vorstösse

Die Kommissionen reichen zwei neue Covid-19-bezogene Motionen ein. Damit wurden seit Beginn der Krise 56 Covid-19-Motionen eingereicht, neun dieser Motionen sind noch hängig.

Die Kommissionsmotionen spielen in der zweiten Phase der Covid-19-Krise eine kleinere Rolle als in der ersten. Grundlegende rechtsetzende Bestimmungen werden seit der Herbstsession in dringlichen Covid-19-Gesetzen geregelt, deren Entwürfe die Kommissionen vorberaten und ihrem Rat dazu Antrag stellen. Auch hat das Parlament in [Artikel 1 Absatz 4](#) des Covid-19-Gesetzes festgehalten, dass der Bundesrat die Kommissionen vor Änderungen bestehender oder vor dem Erlass neuer Covid-19-Verordnungen konsultieren muss.

3.2. Covid-19-parlamentarische Initiativen

Im Laufe der Covid-19-Krise sind bereits 31 Covid-19-bezogene parlamentarische Initiativen eingereicht worden.²² 17 dieser Initiativen haben die Funktionsweise oder die Kompetenzen des Parlaments in ausserordentlichen Zeiten zum Gegenstand.

Zwei Initiativen stammen von den Büros beider Räte. Sie wurden im Frühjahr eingereicht und betreffen Anpassungen der Geschäftsreglemente für die Zeit, in welcher die Räte ausserhalb des Parlamentsgebäudes tagten ([20.409](#) / [20.408](#)). Diese Änderungen wurden während der ausserordentlichen Session im Mai von beiden Räten verabschiedet und sind mit der Rückkehr der Räte ins Parlamentsgebäude bereits wieder ausser Kraft getreten.

Zwei weitere Initiativen wurden im Frühsommer von der SPK-N eingereicht. Nachdem auch die Schwesterkommission diesen Initiativen Folge gegeben hat, kann die SPK-N entsprechende Erlassentwürfe ausarbeiten:

- [20.437](#) Pa. Iv. SPK-N «Handlungsfähigkeit des Parlamentes in Krisensituationen verbessern»
- [20.438](#) Pa. Iv. SPK-N «Nutzung der Notrechtskompetenzen und Kontrolle des bundesrätlichen Notrechts in Krisen»

Hintergrundwissen

H.22

Kommissionsinitiative

Wird ein in der Kommission eingereichter Antrag für das Ausarbeiten eines Erlassentwurfes von einer Mehrheit der Kommission unterstützt, so spricht man von einer Kommissionsinitiative.

Der Antrag für das Ausarbeiten eines Erlassentwurfes unterliegt einer Vorprüfung. Beschliesst die Kommission dem Antrag zu folgen, so geht dieser an die Schwesterkommission. Stimmt diese der Kommissionsinitiative zu, so arbeitet die initiiierende Kommission einen Erlassentwurf aus. Stimmt die Schwesterkommission der Kommissionsinitiative hingegen nicht zu, so ist die Kommissionsinitiative erledigt, ausser die initiiierende Kommission unterbreitet ihrem Rat die Kommissionsinitiative mit dem Antrag, ihr Folge zu geben.

²² Die parlamentarischen Initiativen sind im Anhang VII einzeln aufgelistet.

Im Laufe des Herbsts haben die SPK-N und die FK-N je eine weitere Initiative eingereicht:

Die SPK-N will im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie temporär und rasch die Voraussetzungen schaffen, dass Parlamentarierinnen und Parlamentarier, welche aufgrund einer Quarantäne- oder Isolations-Anordnung nicht physisch an der Plenarsession ihres Rates teilnehmen können, eine Möglichkeit erhalten, ihre Stimme in Kenntnis der Debatte abzugeben (20.475). Die Schwesterkommission gibt dieser Initiative jedoch keine Folge. Die SPK-N reicht darauf eine zweite Initiative ein. Mit dieser schlägt sie vor, Nationalratsmitgliedern, die wegen der Covid-19-Epidemie nicht an Nationalratssitzungen teilnehmen können, das Abstimmen in Abwesenheit zu ermöglichen (20.483). Sollte die SPK-N für die Ausarbeitung der entsprechenden gesetzlichen Grundlagen von der Ständeratskommission grünes Licht erhalten, so ist es ihr Ziel, dass die Räte eine entsprechende Vorlage noch vor Ende der Wintersession verabschieden, damit die Regelung zumindest in den letzten Tagen der Wintersession wirksam werden kann.

Besorgt, dass die Bundesversammlung den Voranschlag 2021 bis Ende 2020 nicht zu Ende beraten kann, reicht die FK-N eine parlamentarische Initiative ein, die verlangt, dass die Grundlagen für ein Notbudget ausgearbeitet werden (20.481). Die Schwesterkommission gibt der Initiative Folge. Die FK-N arbeitet sodann einen Entwurf für einen Bundesbeschluss zu einem Übergangsvoranschlag bis zur Verabschiedung des Voranschlags 2021 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2022–2024 aus. Der Entwurf soll von den Räten zu Beginn der Wintersession beraten werden.

Hintergrundwissen

H.23

Verspätete Festlegung des Budgets

Was gilt, wenn die Räte den Voranschlag nicht vor Beginn des Haushaltsjahres bewilligen, ist auf Bundesebene – anders als in vielen Kantonen – nicht geregelt. Um Klarheit und Rechtssicherheit zu schaffen, soll mit dem von der FK-N erarbeiteten Bundesbeschluss geregelt werden, was in Bezug auf die Kreditbewilligung gilt.

In der Geschichte des Bundesstaates wurde der Voranschlag bisher siebenmal verspätet festgelegt:

- Die Voranschläge 1872 und 1874 konnten infolge der Verfassungsrevision nicht rechtzeitig verabschiedet werden. Der Bundesrat wurde vom Parlament trotzdem angewiesen, sich bei seiner Amtsführung vorläufig an den vorgelegten Voranschlagsentwurf zu halten.
- Wegen der veränderten Verhältnisse der Nachkriegszeit konnten auch die Voranschläge 1919, 1921, 1922 und 1926 nicht rechtzeitig beraten werden. Diesmal erhielt der Bundesrat die Anweisung, sich vorläufig an die Ansätze des jeweils vorangegangenen Voranschlags zu halten.
- Ende 1974 ermächtigte die Bundesversammlung den Bundesrat, den bereits verabschiedeten Voranschlag für 1975 nur provisorisch und teilweise in Kraft zu setzen, da die für 1975 budgetierten Mehreinnahmen in der Volksabstimmung vom 8. Dezember 1974 keine Zustimmung gefunden hatten.²³

²³ Heinrich Koller, *Der öffentliche Haushalt als Instrument der Staats- und Wirtschaftslenkung*, Basler Studien zur Rechtswissenschaft, 1982, S. 362.

4. Covid-19-Akte

4.1. Rechtsetzungsakte im Covid-19-Bereich

4.1.1 Dringliche Bundesgesetze

a. Vorparlamentarische Phase

Der Bundesrat beschliesst an seiner Sitzung vom 18. November 2020, dem Parlament für eine dringliche Beratung in der Wintersession punktuelle Anpassungen am Covid-19-Gesetz vorzuschlagen, um auf die aktuellen Entwicklungen der zweiten Welle der Pandemie reagieren zu können (20.084). Da bereits im Sommer zum Covid-19-Gesetz und vom 4. bis 13. November zur Covid-Härtefallverordnung Vernehmlassungen durchgeführt worden sind (vgl. unten Abschnitt 4.1.2.a), sind die grundlegenden Positionen bekannt und dokumentiert. Der Bundesrat hat daher auf die Durchführung einer weiteren Vernehmlassung verzichtet.

b. Parlamentarische Phase

Die Kommissionen beider Räte beraten die ihnen soeben vom Bundesrat unterbreiteten Änderungen des Covid-19-Gesetzes (20.084) und den Entwurf zum Covid-19-Geschäftsmietegesetz (20.076) vor. Auf letzteren ist der Nationalrat während der Sondersession eingetreten. In der Wintersession erfolgen die Detailberatung und die GesamtAbstimmung, danach geht die Vorlage in den Ständerat.

Der Entwurf zum Covid-19-Solidarbürgschaftsgesetz (20.075) wird von der dafür zuständigen Kommission des Ständerates vorberaten. Der Entwurf wurde während der Sondersession vom Nationalrat als Erstrat beraten, der Ständerat wird sich in der Wintersession dazu äussern.

Es ist vorgesehen, dass beide Räte in der Wintersession alle drei Vorlagen zu Ende beraten.

c. Nachparlamentarische Phase

Die Referendumsfrist für die vier während der Herbstsession erlassenen dringlichen Covid-19-Gesetze (20.055, 20.056, 20.057, 20.058) läuft.

4.1.2 Bundesrätliche Covid-19-Verordnungen

a. Vernehmlassung und Konsultation

Der Bundesrat führt zur Covid-19-Härtefallverordnung eine Vernehmlassung durch und unterbreitet den Entwurf den dafür zuständigen Kommissionen zur Konsultation. Diese formulieren Empfehlungen.

Gestützt auf die Stellungnahmen zur Vernehmlassung und die Empfehlungen der Kommissionen wird der Verordnungsentwurf vom Bundesrat überarbeitet und verabschiedet. Die Verordnung wird am 1. Dezember in Kraft treten.

b. Erlass und Änderungen

Der Bundesrat erlässt im hier untersuchten Zeitraum folgende Verordnungen:

- [SR 415.022](#) Verordnung über Massnahmen im Bereich des professionellen und semiprofessionellen Mannschaftssports zur Abfederung der Folgen der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Verordnung Mannschaftssport) vom 4. November 2020 (Inkrafttreten am 1. Dezember 2020)
- [SR 951.262](#) Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen im Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung) vom 25. November 2020 (Inkrafttreten am 1. Dezember 2020)

revidiert folgende Covid-19-Verordnungen:

- [SR 783.03](#) Verordnung über Übergangsmassnahmen zugunsten der Printmedien im Zusammenhang mit dem Coronavirus (Covid-19-Verordnung Printmedien) vom 20. Mai 2020, Änderung vom 11. November 2020 (Inkrafttreten am 1. Dezember 2020)
- [SR 784.402](#) Verordnung über Übergangsmassnahmen zugunsten der elektronischen Medien im Zusammenhang mit dem Coronavirus (Covid-19-Verordnung elektronische Medien) vom 20. Mai 2020, Änderung vom 11. November 2020 (Inkrafttreten am 1. Dezember 2020)
- [SR 818.101.27](#) Verordnung über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (Covid-19) im Bereich des internationalen Personenverkehrs (Covid-19-Verordnung Massnahmen im Bereich des internationalen Personenverkehrs) vom 2. Juli 2020
- [SR 830.31](#) Verordnung über Massnahmen bei Erwerbsausfall im Zusammenhang mit dem Coronavirus (Covid-19) (Covid-19-Verordnung Erwerbsausfall) vom 20. März 2020, Änderung vom 4. November 2020 (Inkrafttreten am 17. November 2020),

setzt folgende Covid-19-Verordnung wieder in Kraft:

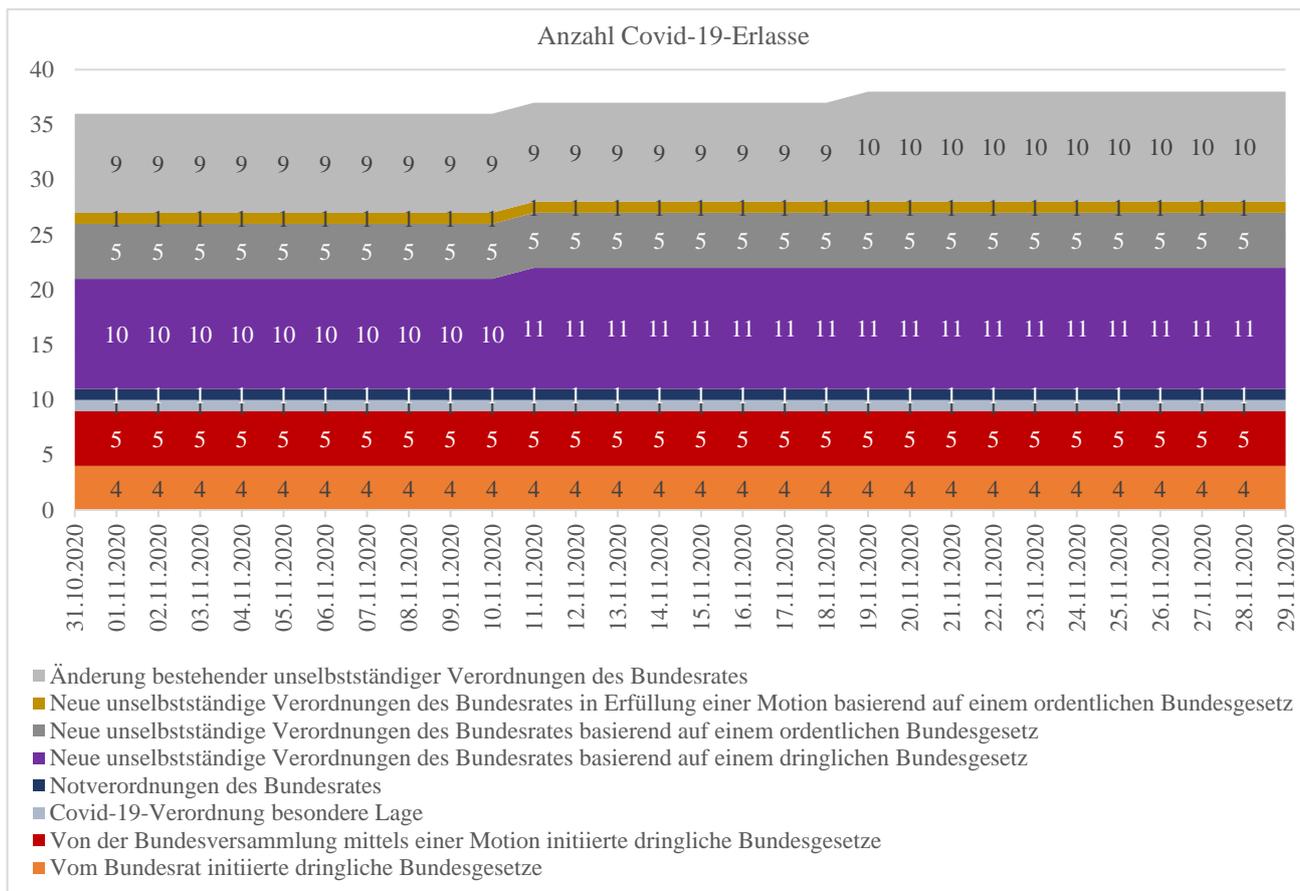
- [831.471](#) Verordnung über die Verwendung von Arbeitgeberbeitragsreserven als Massnahme im Bereich der beruflichen Vorsorge zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Verordnung berufliche Vorsorge) vom 11. November 2020 (Inkrafttreten am 12. November 2020),

überarbeitet folgende Verordnung:

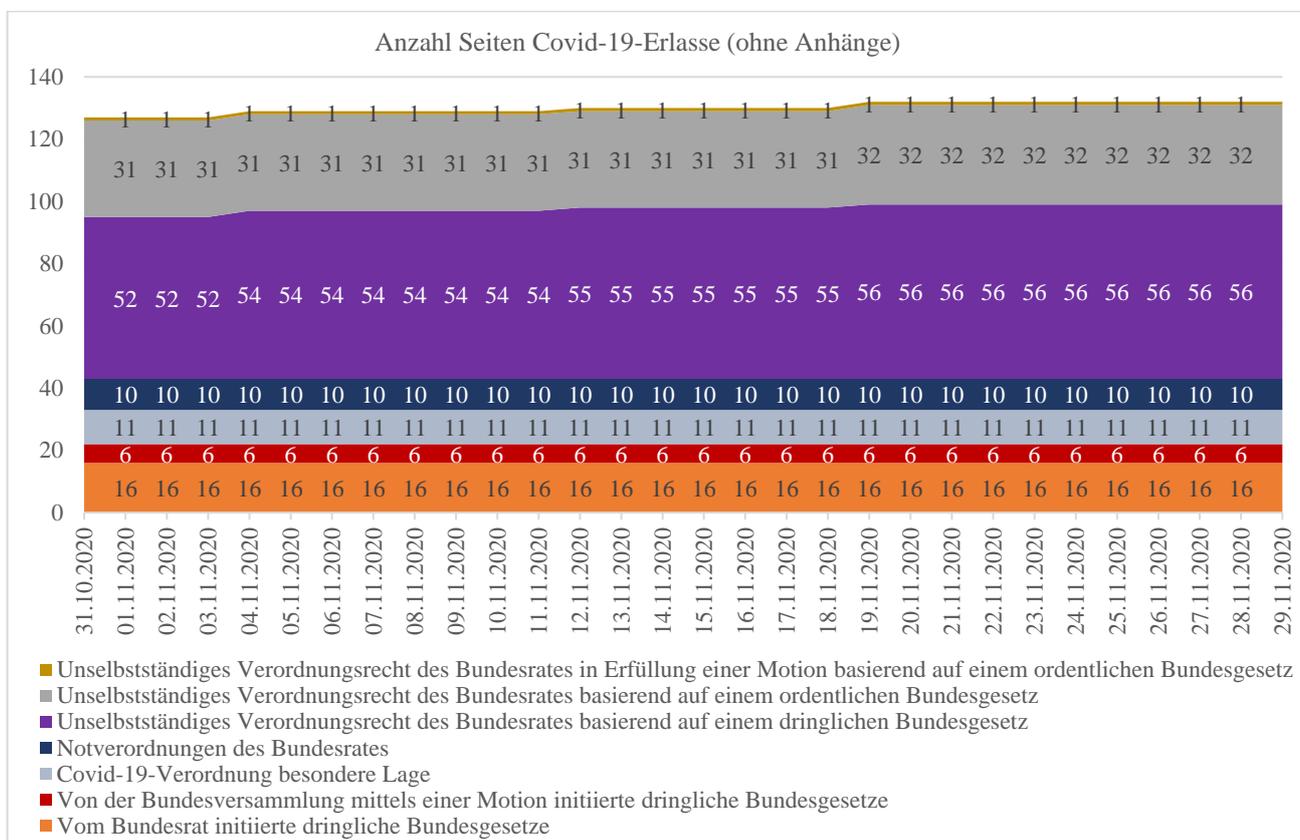
- [SR 415.01](#) Verordnung über die Förderung von Sport und Bewegung (Sportförderungsverordnung, SpoFöV) vom 23. Mai 2012, Änderung vom 4. November 2020 (Inkrafttreten am 1. Dezember 2020),

und revidiert gleichzeitig folgende zwei Verordnungen:

- [SR 818.101.25](#) Verordnung über das Proximity-Tracing-System für das Coronavirus Sars-CoV-2 (VPTS) vom 24. Juni 2020, Änderung vom 18. November 2020 (Inkrafttreten am 19. November 2020)
- [SR 818.101.1](#) Verordnung über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemienverordnung, EpV) vom 29. April 2015, Änderung vom 18. November 2020 (Inkrafttreten am 19. November 2020).



G.59



G.60

4.2. Weitere Covid-19-Akte

Am 4. November beschliesst der Bundesrat einen erneuten Einsatz der Armee zur Unterstützung des Gesundheitswesens. Er umfasst maximal 2500 Armeeangehörige, welche die Spitäler bei der Pflege oder beim Patiententransport unterstützen können. Die Armeeangehörigen kommen zum Einsatz, wenn die Kantone darum ersuchen und die Voraussetzungen für die Subsidiarität erfüllt sind. Dafür soll aufgezeigt werden, dass die zivilen Mittel nicht ausreichen.

Die Leistungen der Armee umfassen folgende Bereiche:

- personelle Unterstützung in den zivilen Spitaleinrichtungen im Bereich der allgemein Grund- und Behandlungspflege (Betreuung von sogenannten "Low-level-care-Patienten"), in der Vordiagnose, dem Screening von Covid-19-Verdachtsfällen und bei den entsprechenden Testabstrichen;
- personelle und materielle Unterstützung der kantonalen Gesundheitseinrichtungen bei der Erweiterung der Kapazitäten von Intensivpflegestationen (z. B. Beatmungsgeräte und Monitoring); besonders geeignetes Sanitätspersonal kann nach einer spezifischen Schulung zur Unterstützung auf Intensivstationen eingesetzt werden (z B. Lagerungsteams);
- Unterstützung von Transporten infektiöser Patientinnen und Patienten mit geeigneten Sanitätstransportfahrzeugen und Fahrern.

Der Beschluss gilt bis längstens am 31. März 2021.

Da der Assistenzdienst länger als drei Wochen dauert, wird der vom Bundesrat beschlossene Armee-Einsatz den Räten in der Wintersession zur nachträglichen Genehmigung unterbreitet werden. Der Bundesrat verabschiedet am 18. November den entsprechenden Erlassentwurf zuhanden des Parlamentes ([20.083](#)).

Teil XIII

WINTERSESSION 2020

30.11.2020 – 18.12.2020 (bis 11:00 Uhr)



1. Chronologie der Ereignisse

- 30.11.2020 Beginn der Wintersession
- 02.12.2020 Die Räte verabschieden einen Übergangsvoranschlag. Dieser tritt in Kraft, falls die Budgetberatung wegen der Coronavirus-Pandemie nicht bis Ende 2020 abgeschlossen werden kann.
- 04.12.2020 Da die epidemiologische Lage in der Schweiz äusserst angespannt bleibt, ruft der Bundesrat die Kantone, in denen sich die Lage verschlechtert, dazu auf, sofort zu handeln. Zudem beschliesst er neue Massnahmen. Unter anderem werden die Regeln für Läden ab Mittwoch, 9. Dezember, verschärft und die Kapazität der geschlossenen Bahnen in den Skigebieten begrenzt.
- 07.12.2020 Beginn der zweiten Sessionswoche
- 09.12.2020 Die Vereinigte Bundesversammlung gedenkt mit einer Schweigeminute den über 5000 Covid-19-Todesopfern.
- 10.12.2020 Die Räte verabschieden eine dringliche, befristete Änderung des Parlamentsgesetzes, welche Nationalratsmitgliedern erlaubt, bei einer Covid-19-Abwesenheit von zu Hause aus abzustimmen. Die Änderung tritt am Folgetag in Kraft.
- 11.12.2020 Der Bundesrat verstärkt die Massnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus: Für Restaurants und Bars, Läden und Märkte, Museen und Bibliotheken sowie Sport- und Freizeitanlagen gilt ab dem 12. Dezember eine Sperrstunde ab 19 Uhr. Sie müssen mit Ausnahme von Restaurants und Bars auch an Sonn- und Feiertagen geschlossen bleiben. Kantone mit günstiger epidemiologischer Entwicklung können die Sperrstunde bis auf 23 Uhr ausweiten. Veranstaltungen sind mit bestimmten Ausnahmen verboten, sportliche und kulturelle Aktivitäten sind nur noch in Gruppen bis fünf Personen erlaubt.
- Aufgrund der behördlichen Eingriffe schlägt der Bundesrat dem Parlament vor, das Härtefallprogramm um insgesamt 1500 Millionen Franken auf 2500 Millionen Franken aufzustocken. Er möchte zudem die Möglichkeit erhalten, bei Bedarf die Anspruchsvoraussetzungen anzupassen.
- Damit Unternehmen ihre Innovationskraft während der Pandemie aufrechterhalten und ihre Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig gesichert wird, verabschiedet der Bundesrat die für das Impulsprogramm «Innovationskraft Schweiz» notwendige Änderung in der Forschungs- und Innovationsförderverordnung. Diese Änderung tritt per Anfang 2021 in Kraft und ist auf zwei Jahre befristet.
- 13.12.2020 Beginn der dritten Sessionswoche
- 16.12.2020 Der Nationalrat führt eine von Mitgliedern der SVP-Fraktion verlangte ausserordentliche Session zum Rahmenabkommen mit der EU durch und setzt anschliessend die Wintersession fort.

- 17.12.2020 Der Ständerat unterbricht die Wintersession, führt die ausserordentliche Session zum Rahmenabkommen mit der EU durch und setzt anschliessend die Wintersession fort.
- 18.12.2020 Ende der Wintersession

2. Parlamentsbetrieb

Auch die Wintersession wird im Parlamentsgebäude durchgeführt. Der Zugang zum Parlamentsgebäude wurde wieder stärker eingeschränkt. Keinen Zutritt haben Personen, denen ein Ratsmitglied gemäss [Artikel 69 Absatz 2](#) Parlamentsgesetz eine Zutrittsberechtigung erteilt hat (ausser persönliche Mitarbeitende), Kantonsvertreterinnen und -vertreter, ehemalige Ratsmitglieder, Botschafterinnen und Botschafter, Chargés d'affaires sowie Medienschaffende mit Tagesakkreditierungen.

Die Tribünen des National- und Ständerats bleiben für die Öffentlichkeit geschlossen. Eine Ausnahme gilt bei Wahlen, Vereidigungen und Verabschiedungen. Für Familienangehörige und Gäste steht eine beschränkte Anzahl Plätze zur Verfügung.

Im Parlamentsgebäude aufhalten dürfen sich weiterhin persönliche Mitarbeitende mit Zutrittsberechtigung sowie maximal zwei Gäste pro Ratsmitglied, Sitzungsteilnehmende und Medienschaffende mit Dauerausweis. Alle Personen müssen ihre Kontaktangaben angeben.

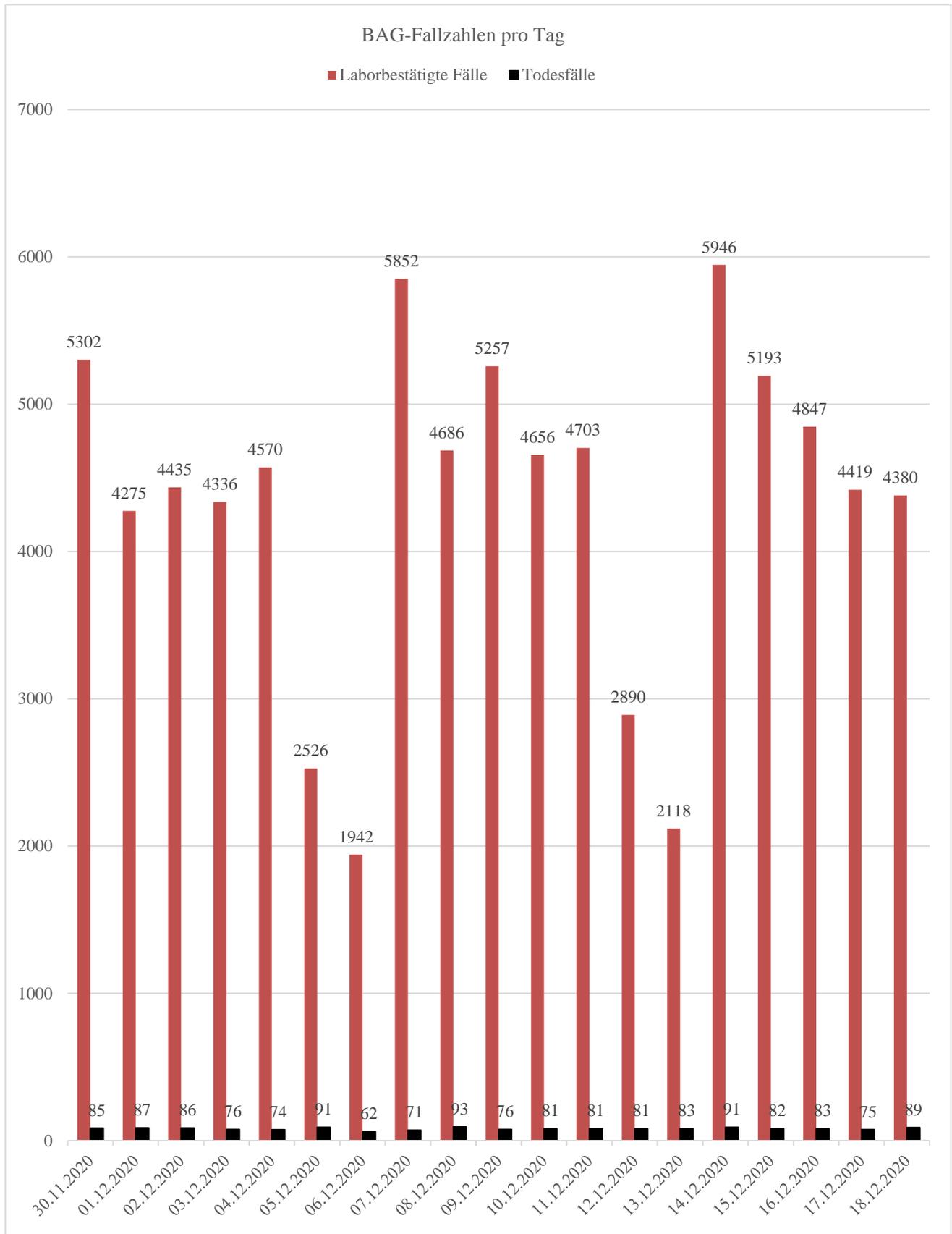
Im Parlamentsgebäude und für das Zirkulieren im Ratssaal gilt eine Maskentragpflicht. Während des Sitzens an von Plexiglas geschützten Plätzen kann die Maske ausgezogen werden, wenn die Seitenteile der Plexiglas-scheibe heruntergeklappt sind. Da die Ständeratssitze im Nationalratssaal nicht mit Plexiglas-Trennwänden geschützt sind, besteht für die Ständeratsmitglieder während der Sitzung der Vereinigten Bundesversammlung eine Maskentragpflicht.

Ab der dritten Sessionswoche können Mitglieder des Nationalrates ihre Stimme in Abwesenheit abgeben, falls sie sich aufgrund behördlicher Weisungen wegen Covid-19 in Isolation oder Quarantäne begeben müssen. In der letzten Sessionwoche machen zwei Nationalratsmitglieder von diesem neu erworbenen Recht Gebrauch.

Zusätzlich zur Wintersession führen beide Räte in der dritten Sessionswoche eine von Mitgliedern der SVP-Fraktion beantragte ausserordentliche Session zum Rahmenabkommen mit der EU durch.

COVID-19-FALLZAHLEN

G.61



COVID-19- MASSNAHMEN IM ÜBERBLICK

Maskenpflicht bei Kundgebungen, im öffentlichen Verkehr, im Aussenbereich von Läden, Restaurants etc. und in belebten Fussgängerzonen, in öffentlich zugänglichen Innenräumen, in Schulen ab der Sekundarstufe II und bei Arbeiten innerhalb von Gebäuden, ausser am Arbeitsplatz, sofern der Abstand eingehalten werden kann.

Verbot spontaner Menschenansammlungen von mehr als 15 Personen im öffentlichen Raum. Verbot von privaten Veranstaltungen von mehr als 10 Personen, die nicht in öffentlich zugänglichen Einrichtungen und Betrieben stattfinden. Verbot von Veranstaltungen von mehr als 50 Personen. (Ausnahme: politische und zivilgesellschaftliche Kundgebungen und Unterschriftensammlungen.)

Der Betrieb von Diskotheken und Tanzlokalen sowie die Durchführung von Tanzveranstaltungen sind verboten. In Restaurants und Bars darf nur sitzend konsumiert werden; es dürfen maximal vier Personen an einem Tisch sitzen. Zwischen 23.00 Uhr und 06.00 Uhr müssen die Betriebe geschlossen bleiben.

Präsenzveranstaltungen in Bildungseinrichtungen sind verboten; ausgenommen sind die obligatorischen Schulen und die Schulen der Sekundarstufe II, Unterrichtsaktivitäten, die notwendiger Bestandteil eines Bildungsgangs sind und für deren Durchführung eine Präsenz vor Ort erforderlich ist, sowie Einzellektionen.

Im nichtprofessionellen Bereich sind die Durchführung von Proben und Aufführungen für Chöre und Sänger/innen sowie der Kontaktsport verboten.

Wenn möglich soll von zu Hause aus gearbeitet werden.

Es bestehen Schutzkonzepte für Betriebe, Einrichtungen und Veranstaltungen.

Einreisende aus Gebieten mit erhöhtem Ansteckungsrisiko müssen sich in eine zehntägige Quarantäne begeben. Es bestehen weiterhin Einreisebeschränkungen für Nicht-Schengen-Staaten: Einreisen aus Risikoländern sind untersagt.

Ab dem 09.12 gilt zudem:

Die Anzahl von Personen, die sich gleichzeitig in den Läden aufhalten können, wird noch mehr beschränkt.

Restaurants müssen die Kontaktdaten eines Gastes pro Tisch erheben.

Singen ist ausserhalb des Familienkreises und der obligatorischen Schulen verboten.

Für Skigebiete gelten u. a. folgende Regeln: Gondeln und Bahnen dürfen nur zu zwei Dritteln gefüllt werden; Maskenpflicht beim Anstehen, auf Liften, in Bahnen und Gondeln; Mindestabstand von 1,5 Metern beim Anstehen; Zutritt zu Restaurants nur, wenn ein freier Tisch verfügbar ist. Die Skigebiete benötigen ab dem 22. Dezember für den Betrieb eine Bewilligung des Kantons.

Es wird empfohlen, Treffen im Privaten und in Restaurants auf zwei Haushalte zu beschränken.

Ab dem 12.12 gilt zudem:

Restaurants, Bars, Läden, Märkte, Museen, Bibliotheken sowie Sport- und Freizeitanlagen müssen zwischen 19 und 6 Uhr schliessen. Läden, Märkte, Museen, Bibliotheken sowie Sport- und Freizeitanlagen bleiben zudem an Sonn- und landesweiten Feiertagen geschlossen. Kantone mit einer günstigen epidemiologischen Entwicklung ist es erlaubt, die Sperrstunde bis auf 23 Uhr auszuweiten.

Öffentliche Veranstaltungen sind verboten. Ausgenommen sind religiöse Feiern (bis max. 50 Personen), Beerdigungen im Familien- und engen Freundeskreis, Versammlungen von Legislativen und politische Kundgebungen.

Sportaktivitäten in der Freizeit sind nur noch in Gruppen bis höchstens 5 Personen erlaubt.

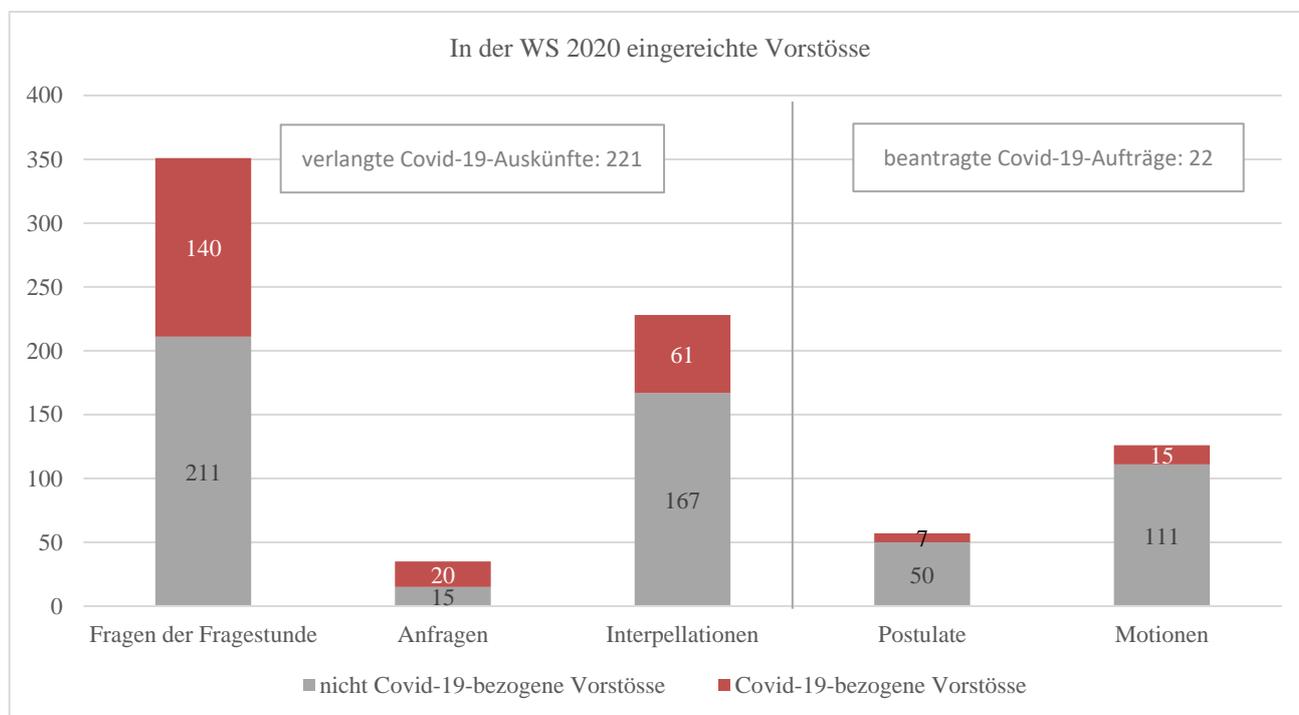
Einige Kantone haben weitergehende Massnahmen.

Wintersession im Parlamentsgebäude: Der Zugang zum Parlamentsgebäude ist eingeschränkt.

3. Covid-19-Vorstösse und parlamentarische Initiativen

3.1. Covid-19-Vorstösse

3.1.1. Eingereichte Covid-19-Vorstösse



G.62

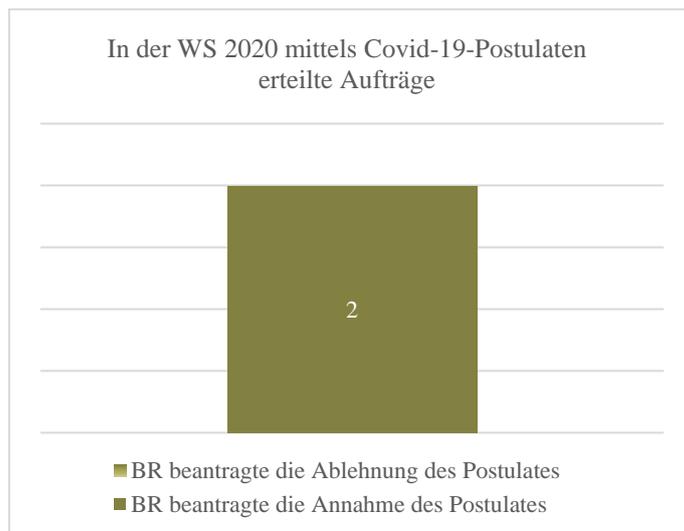
Rund 30 Prozent der im Laufe der Wintersession eingereichten Vorstösse beziehen sich auf Covid-19. Es werden 140 Fragen, 20 Anfragen, 61 Interpellationen, 7 Postulate sowie 15 Motionen zu Covid-19 eingereicht.

3.1.2. Abschliessend behandelte Covid-19-Vorstösse

Postulate

Die Räte nehmen je ein Covid-19-bezogenes Postulat an und erteilen damit folgende zwei Aufträge:

- [20.4253](#) Graf Maya «Stärkerer Einbezug der Leistungserbringer und der Behindertenorganisationen im Bereich der sozialen Betreuung und der Langzeitpflege bei der Vorbereitung auf und Bewältigung von Pandemien»: Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht darzulegen, wie Dienstleister und Behindertenorganisationen im Bereich der Pflege und Betreuung von Menschen mit Unterstützungsbedarf bei der Vorbereitung auf und Bewältigung von Pandemien zu Branchenfragen in die nationalen und kantonalen Krisenstäbe einbezogen werden können. (Der Bundesrat beantragte die Annahme des Postulates.)
- [20.4153](#) Fischer Roland «Anwendung der NFA-Grundsätze bei der Bewältigung von Epidemien und Pandemien»: Der Bundesrat wird beauftragt, die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen bei der Bewältigung der Covid19-Pandemie zu analysieren und mögliche gesetzliche Anpassungen im Hinblick auf die Bewältigung von zukünftigen Epidemien und Pandemien aufzuzeigen. Dabei sollen insbesondere den in der Bundesverfassung verankerten Grundsätzen der Subsidiarität und der fiskalischen Äquivalenz Rechnung getragen werden. (Der Bundesrat beantragte die Annahme des Postulates.)

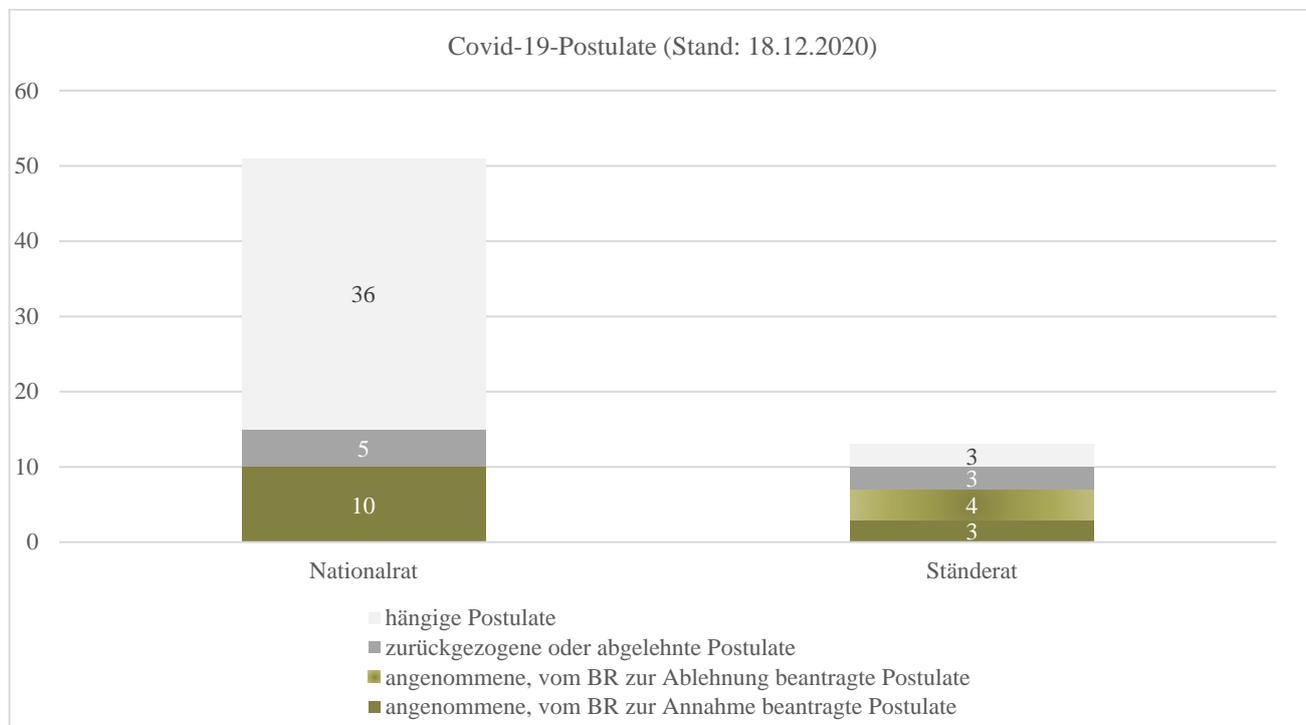


G.63

Zwischenbilanz

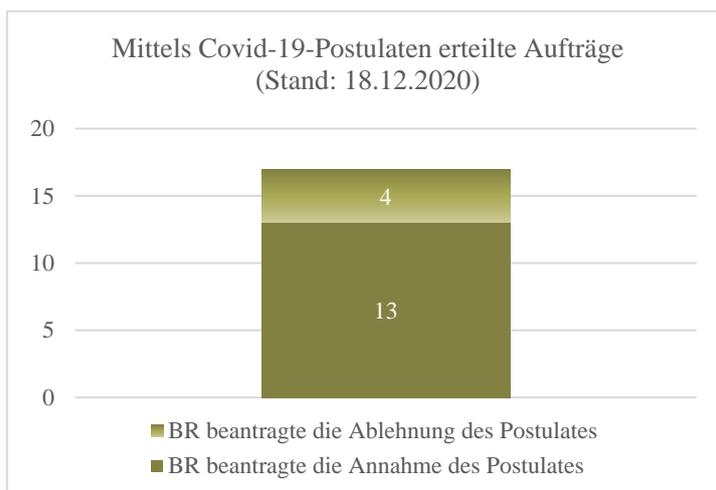
Damit wurden seit Beginn der Krise dem Bundesrat mittels Covid-19-Postulaten insgesamt siebzehn Aufträge erteilt. Bei vier (d. h. rund 23 Prozent) dieser Aufträge hatte der Bundesrat die Ablehnung des Postulates beantragt.²⁴

Am Ende der Wintersession sind noch 39 Covid-19-Postulate hängig. Seit Beginn der Krise wurden insgesamt 64 Covid-19-bezogene Postulate eingereicht.



G.64

²⁴ Die angenommenen Postulate sind im Anhang VI einzeln aufgeführt.



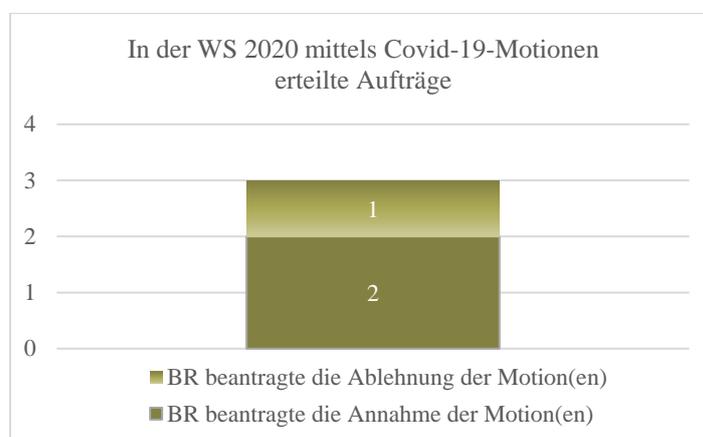
G.65

Motionen

Während der Wintersession werden eine Kommissionsmotion zurückgezogen und drei Motionen angenommen.

Es werden folgende Aufträge erteilt:

- **20.3917** WBK-N «Covid-19-Verordnung familienergänzende Kinderbetreuung vom 20. Mai 2020. Überdenken der Umsetzung»: Der Bundesrat wird beauftragt, die Covid-19-Verordnung familienergänzende Kinderbetreuung vom 20. Mai 2020 so anzupassen, dass das Ziel von Artikel 1 in allen Kantonen gleichermassen erreicht wird. Dabei ist insbesondere Artikel 3 dahingehend zu ändern, dass eine flexiblere Umsetzung möglich ist und auch Institutionen berücksichtigt werden, die vom Kanton oder von der Gemeinde Subventionen erhalten oder gar von der öffentlichen Hand betrieben werden, um so sicherzustellen, dass die lateinischen Kantone ebenfalls von den beschlossenen Massnahmen profitieren können. (Der Bundesrat beantragte die Ablehnung der Motion.)
- **20.3197** Burgherr Thomas «Überprüfung der Pflichtlagerhaltung»: Der Bundesrat wird aufgefordert im Nachgang der Corona-Krise das Konzept der Pflichtlagerhaltung zu überprüfen und den Produktkatalog und die Bedarfsabdeckung auszuweiten. (Der Bundesrat beantragte die Annahme der Motion.)
- **20.3448** Michaud Gigon Sophie «Für einen Wiederaufbau des Ethanol-Pflichtlagers in der Schweiz»: Der Bundesrat wird beauftragt, sämtliche rechtlichen Massnahmen zu ergreifen, um das Ethanol-Pflichtlager des Bundes wiederaufzubauen oder Dritte damit zu beauftragen. (Der Bundesrat beantragte die Annahme der Motion.)

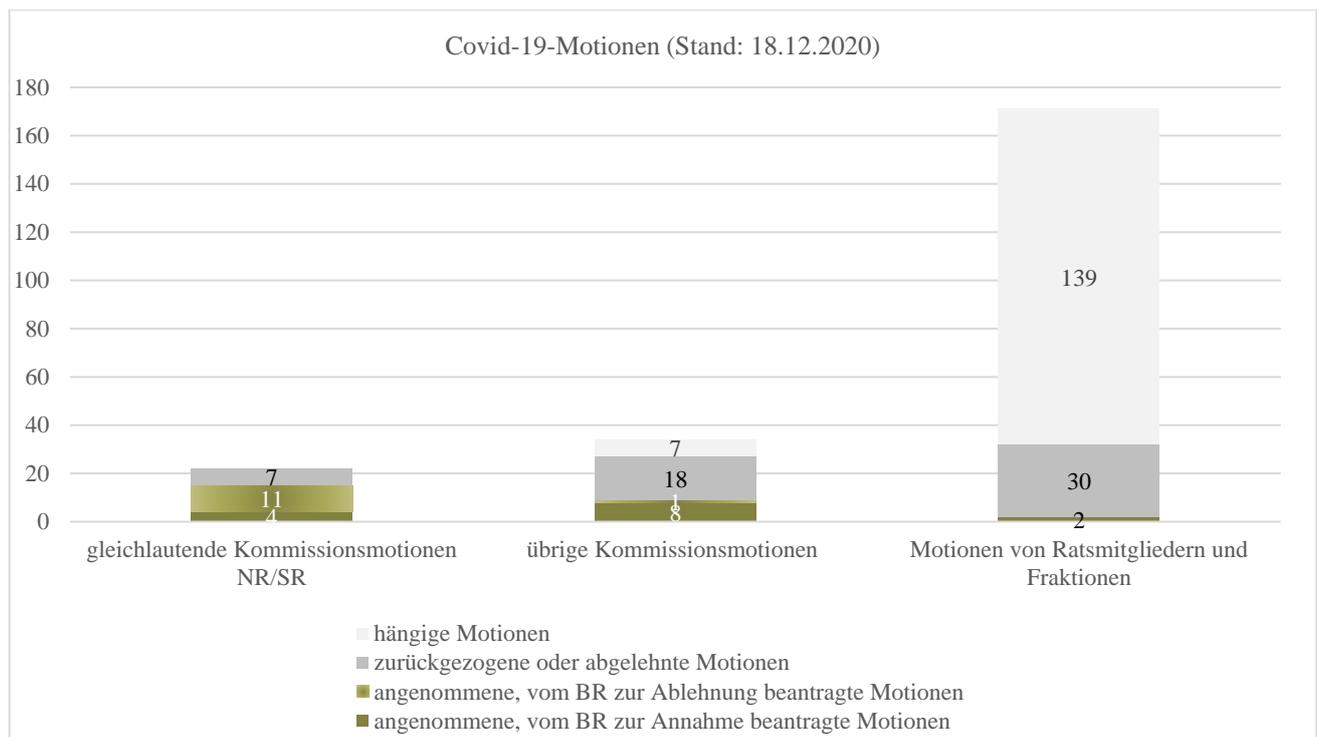


G.66

Zwischenbilanz

Damit wurden dem Bundesrat seit Beginn der Krise mittels 26 Covid-19-Motionen insgesamt neunzehn Aufträge erteilt. Bei sechs (d. h. 23 Prozent) dieser Aufträge hatte der Bundesrat die Ablehnung der Motion(en) beantragt.²⁵

Am Ende der Wintersession sind insgesamt 146 Covid-19-Motionen hängig. Seit Beginn der Krise wurden 227 Covid-19-bezogene Motionen eingereicht.



G.67



G.68

²⁵ Vgl. Anhang VI des Faktenberichtes.

3.2. Covid-19-bezogene parlamentarische Initiativen

Die SPK-S gibt der Initiative der Schwesterkommission, welche Nationalratsmitgliedern, die wegen der Covid-19-Epidemie nicht an Nationalratssitzungen teilnehmen können, das Abstimmen in Abwesenheit ermöglichen will, Folge (20.483). Der Gesetzesentwurf wird von der SPK-N in der ersten Sessionswoche ausgearbeitet und verabschiedet. Er wird von den Räten in der zweiten Sessionswoche beraten (vgl. Abschnitt 4.1.1.a).

Eingereicht werden während der Wintersession zwei Covid-19-bezogene parlamentarische Initiativen.

4. Covid-19-Akte

4.1. Rechtsetzungsakte im Covid-19-Bereich

4.1.1 Dringliche Bundesgesetze

a. Parlamentarische Phase

Dringliches Covid-19-Geschäftsmietegesetz

Der Gesetzesentwurf scheidert (20.076). Der Nationalrat lehnt ihn in der Gesamtabstimmung mit 100 zu 87 Stimmen bei 7 Enthaltungen ab. Dies kommt einem Nichteintreten gleich. Auch der Ständerat beschliesst mit 30 zu 14 Stimmen Nichteintreten.

Die Vorlage war vom Bundesrat im Auftrag der Räte (vgl. 20.3451 WAK-N und 20.3460 WAK-S) ausgearbeitet worden. Sie sah vor, dass Mieterinnen und Mieter, die im Frühjahr 2020 von einer Schliessung oder starken Einschränkungen betroffen waren, für diese Periode nur 40 Prozent des Mietzinses bezahlen müssen. Die Mehrheit beider Räte ist nun der Ansicht, dass mit dem Gesetz rückwirkend in private Vertragsverhältnisse eingegriffen würde, was eine grosse Rechtsunsicherheit zur Folge hätte.

Dringliche Änderung des Covid-19-Gesetzes und des Ordnungsbussengesetzes

Um besser auf die aktuellen Entwicklungen der zweiten Welle der Covid-Pandemie reagieren zu können, hat der Bundesrat an seiner Sitzung vom 18. November 2020 beschlossen, dem Parlament für eine dringliche Beratung in der Wintersession punktuelle Anpassungen am Covid-19-Gesetz vorzuschlagen (20.084). Der Vorschlag beinhaltet eine Aufstockung des Härtefallprogramms auf insgesamt eine Milliarde und eine Erhöhung des Anteils des Bundes auf rund zwei Drittel. Ergänzend sollen die Leistungen im Bereich der Kurzarbeit erweitert werden, und im Sport sollen professionelle und semiprofessionelle Klubs mit à-fonds-perdu-Beiträgen unterstützt werden können. Der Bundesrat beantragt zudem eine Änderung des Ordnungsbussengesetzes: Geringfügige Übertretungen des Epidemiengesetzes wie z. B. Verstösse gegen die Pflicht zum Tragen einer Gesichtsmaske sollen neu ebenfalls im Ordnungsbussenverfahren geahndet werden können.

Die Räte beraten die Vorlage in den ersten zwei Sessionswochen. Am Ende der zweiten Sessionswoche bestehen weiterhin Differenzen.

Am 11. Dezember, d. h. am Freitag der zweiten Sessionswochen, beschliesst der Bundesrat, die Massnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus zu verstärken und schlägt dem Parlament deshalb vor, das Härtefallprogramm im Covid-19-Gesetz um weitere 1500 Millionen Franken und damit auf insgesamt 2500 Millionen Franken aufzustocken. Zudem beantragt der Bundesrat dem Parlament neu, neben den Kulturunternehmen auch den Kulturschaffenden auf Gesuch hin Ausfallentschädigungen auszurichten, und das Gesetz dahingehend zu revidieren, dass er die Möglichkeit erhält, bei Bedarf die Anspruchsvoraussetzungen zu lockern.

Die Räte ändern die bundesrätliche Vorlage und die am 11. Dezember unterbreiteten bundesrätlichen Anträge punktuell ab und verabschieden die Vorlage am Ende der Wintersession. Die Räte beschliessen unter anderem

in Abweichung zu den bundesrätlichen Anträgen, dass die Umsatzschwelle für den Bezug von Härtefall-Geldern nicht bei 100 000 Franken, sondern bei 50 000 Franken liegen soll; sie stellen damit sicher, dass auch kleine Unternehmen, von der Härtefall-Regelung profitieren können. Auch beschliessen die Räte, dass für die Bemessung der Härtefälle auch ungedeckte Fixkosten berücksichtigt werden, und dass ab Anfang Dezember 2020 und bis Ende März 2021 Personen in Kurzarbeit mit besonders tiefen Einkommen vorübergehend 100 Prozent ihres Lohnes erhalten.

Die Gesetzesänderung tritt am 19. Dezember in Kraft. Sie untersteht dem fakultativen Referendum.

Dringliches COVID-19-Solidarbürgschaftsgesetz

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 18. September 2020 die Botschaft zum neuen Covid-19-Solidarbürgschaftsgesetz (20.075) verabschiedet. Dieses soll die COVID-19-Solidarbürgschaftsverordnung in ein Gesetz überführen. Mit der COVID-19-Solidarbürgschaftsverordnung wurde im Frühjahr die rechtliche Grundlage für eine rasche Überbrückung von Liquiditätsengpässen bei kleinen und mittleren Unternehmen infolge der Covid-19-Epidemie geschaffen. Gemäss Artikel 11 dieser Verordnung konnten Unternehmen bis zum 31. Juli 2020 Kreditgesuche bei Banken oder der PostFinance AG eingereichen. Da die Notverordnung auf sechs Monate befristet ist, die Rückzahlung der gewährten Kredite aber noch viele Jahre in Anspruch nehmen wird, ist die Schaffung einer formell-gesetzlichen Regelung für die Abwicklung der Kredite nötig. Der Gesetzesentwurf wurde bereits am 30. Oktober vom Nationalrat als Erstrat beraten (vgl. Teil XI Absatz 3.1.a).

Am 18. November 2020 stellt der Bundesrat dem Parlament den Antrag, in das Covid-19-Solidarbürgschaftsgesetz eine Delegationsnorm aufzunehmen, die dem Bundesrat die Möglichkeit gibt, im Fall einer deutlichen Verschlechterung der Situation an den Kreditmärkten (Kreditklemme) zur Liquiditätssicherung sowie zur Stabilisierung der Schweizer Wirtschaft auf Verordnungsstufe ein neues Covid-Solidarbürgschaftsprogramm einzurichten (20.084).

Die Räte nehmen im untersuchten Zeitraum die vom Bundesrat am 18. September 2020 unterbreitete Vorlage und den am 18. November unterbreiteten Antrag an, ändern diese aber in einzelnen Punkten ab. So dürfen Unternehmen, die von Covid-Krediten profitiert haben, nicht nur, wie vom Bundesrat beantragt, keine Dividenden auszahlen, sondern auch keine Dividenden beschliessen. Die reguläre Rückzahlungsfrist beträgt gemäss Beschluss der Räte nicht fünf, sondern acht Jahre, und die Regelung, wonach Unternehmen nur dann von den neuen Covid-19-Krediten profitieren können, wenn der Umsatzerlös im Jahr 2020 unter 60 Prozent des durchschnittlichen Umsatzerlöses in den massgeblichen Geschäftsjahren liegt, wird aus der bundesrätlichen Vorlage gestrichen. Anders als vom Nationalrat während der Sondersession beschlossen, bleiben jedoch, so der Beschluss der Räte und der Antrag des Bundesrats, die gewährten Darlehen bis 500 000 Franken nur bis zum 31. März 2021 zinslos.

Das neue Gesetz tritt am 19. Dezember in Kraft und gilt bis zum 31. Dezember 2032. Es untersteht dem fakultativen Referendum.

Dringliche Änderung des Parlamentsgesetzes

Der von der SPK-N ausgearbeitete Entwurf zu einer dringlichen und befristeten Änderung des Parlamentsgesetzes soll es von Covid-19 betroffenen Mitgliedern des Nationalrates ermöglichen, von zu Hause aus an den Abstimmungen des Rates teilzunehmen (20.483, vgl. Abschnitt 3.2). Dabei sollen die Ratsmitglieder nicht selber definieren, ob sie von Covid-19 betroffen sind. «Von Covid-19 betroffen» bedeutet, sich gemäss behördlichen Weisungen in Isolation oder Quarantäne begeben zu müssen. Die von Covid-19 betroffenen Nationalratsmitglieder sollen mittels einer dafür eingerichteten Website an den Abstimmungen teilnehmen können. Die Ratsmitglieder erhalten für jede Abstimmung einen Link zugeschickt. Wird dieser geöffnet, kann die Stimme abgegeben werden, welche dann auf der Anzeigetafel des Abstimmungssystems im Rat erscheint.

Der Entwurf der SPK-N sieht zudem vor, dass ein Rat seine Session unterbrechen kann, wenn z. B. die Zahl der Abwesenden zu gross wird. Der Beschluss eines Rates, die Session beider Räte (also eine ordentliche Session oder eine ausserordentliche Session) zu verschieben, – d. h. zu beschliessen, dass die Session z. B. in der Kalenderwoche nach der ordentlichen Session oder noch später fortgesetzt wird – braucht hingegen die Zustimmung des anderen Rates.

Hintergrundwissen

H.24

Verhandlungsfähigkeit

Gemäss [Artikel 159 Absatz 1](#) der Bundesverfassung (BV) können die Räte nur gültig verhandeln, wenn die Mehrheit ihrer Mitglieder anwesend ist. Damit dieses Quorum zustande kommt, müssen die Mitglieder der Bundesversammlung im Ratssaal physisch anwesend oder in dessen Nähe sein. Dieses Quorum muss nicht nur bei Abstimmungen, sondern auch bei allen Beratungen gegeben sein, auch wenn diese Regel flexibel angewendet wird.

Solange das verfassungsmässig vorgesehene Quorum erreicht ist, handelt es sich um eine politische Ermessenfrage, wann eine Sitzung unterbrochen werden soll. Dieser Entscheid soll, so der Gesetzesentwurf, den Räten zukommen.

Teilnahme an Abstimmungen des Parlamentes bei Abwesenheit

Die Teilnahme an Abstimmungen des Parlamentes bei Abwesenheit ist von der Verfassung nicht vorgesehen. Auch ist nicht davon auszugehen, dass der Verfassungsgeber mit [Artikel 159 Absatz 1 BV](#) der Meinung war, dass 101 bzw. 24 Ratsmitglieder vor Ort sein müssen und die anderen sich elektronisch zuschalten können. Da keine klare Verfassungsgrundlage für das vorgesehene Vorhaben vorliegt, wird die Änderung des Parlamentsgesetzes in die Form eines dringlichen Bundesgesetzes ohne Verfassungsgrundlage gekleidet.

Dringliche Bundesgesetze ohne Verfassungsgrundlage

Mit einem dringlichen Bundesgesetz ohne Verfassungsgrundlage ändert das Parlament die Verfassung materiell (befristet) ab²⁶. Dringliche Bundesgesetze ohne Verfassungsgrundlage unterstehen daher grundsätzlich dem nachträglichen obligatorischen Referendum von Volk und Ständen, d. h. sie müssen nach ihrer Inkraftsetzung von Amtes wegen Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet werden. Dringliche Bundesgesetze mit einer Geltungsdauer von einem Jahr oder weniger unterstehen jedoch keinem Referendum (vgl. H 14).

Die Geltungsdauer der hier erörterten dringlichen Änderung des Parlamentsgesetzes ist weniger als ein Jahr, somit untersteht sie nicht dem Referendum.

²⁶ JUDITH WYTENBACH, Art. 165 N 17, in: Waldmann/Belser/Epiney (Hrsg.), Bundesverfassung, Helbing Lichtenhahn Verlag, Basel 2015, S. 2481.

Dringliche Bundesgesetze: Statistische Angaben

Für die Bewältigung der Covid-19-Krise wurden vom Parlament bisher ausschliesslich dringliche Bundesgesetze mit einer Verfassungsgrundlage verabschiedet. Diese Gesetze unterstanden, da sie eine Verfassungsgrundlage und eine Geltungsdauer von mehr als einem Jahr haben, dem fakultativen Referendum.

Dringliche Bundesgesetze ohne Verfassungsgrundlage sind äusserst selten. Letztmals hat die Bundesversammlung 1996 ein solches mit einer Geltungsdauer von weniger als einem Jahr und 1977 ein solches mit einer Geltungsdauer von mehr als einem Jahr erlassen.²⁷

Dringliche Bundesgesetze mit Verfassungsgrundlage sind hingegen weitaus häufiger. Alleine während den drei letzten Legislaturperioden (also von der Wintersession 2007 bis zur Herbstsession 2019) hat das Parlament 14 solche Bundesgesetze verabschiedet. Eines dieser Gesetze hatte eine Geltungsdauer von weniger als einem Jahr und war damit nicht dem Referendum unterstellt. Die übrigen 13 Gesetze waren dem fakultativen Referendum unterstellt. Bei einem dieser 13 Gesetze wurde nachträglich eine Volksabstimmung verlangt; das Volk stimmte ihm in der Abstimmung zu.

Die Räte stimmen der Gesetzesänderung am Ende der zweiten Sessionswoche zu. Sie tritt am 11. Dezember in Kraft und gilt grundsätzlich bis zum 1. Oktober 2021; die Koordinationskonferenz kann die vorzeitige Aufhebung des Gesetzes beschliessen.

Die Gesetzesänderung untersteht nicht dem Referendum.

b. Nachparlamentarische Phase

Für die vier während der Herbstsession erlassenen dringlichen Covid-19-Gesetze (mit Verfassungsgrundlage) (20.055, 20.056, 20.057, 20.058) läuft die Referendumsfrist weiter.

4.1.2. Bundesrätliche Covid-19-Verordnungen

a. Erklärung des Nationalrates

Das Eidgenössische Departement des Innern unterbreitet am 30. November 2020 den Kantonen eine Änderung der Covid-19-Verordnung besondere Lage (SR 818.101.26) zur Anhörung. Mit dieser Änderung sollen für die Festtage und die Skigebiete besondere Regelungen erlassen werden.

Die SGK-N erachtet mehrere der vorgeschlagenen Verschärfungen als unnötig und unterbreitet dem Bundesrat am 2. Dezember 2020 ihre Bedenken in Form eines Briefes. Die WAK-N wiederum beantragt dem Nationalrat, eine Erklärung (20.093) abzugeben. Mit dieser soll der Bundesrat aufgefordert werden, keine schärferen Vorschriften für den Schweizer Wintersport zu erlassen. Der Nationalrat nimmt die Erklärung am 3. Dezember mit 100 zu 80 Stimmen bei 9 Enthaltungen an.

²⁷ Vor der Revision der Bundesverfassung von 1999 wurden dringliche rechtsetzende Erlasse in Form des allgemeinverbindlichen Bundesbeschlusses gekleidet, der dann dringlich erklärt wurde.

Hintergrundwissen

H.25

Erklärungen des Nationalrates, des Ständerates oder des Bundesrates

Die Räte und der Bundesrat können zu wichtigen Ereignissen oder Problemen der Aussen- oder Innenpolitik eine Erklärung abgeben. Der Nationalrat kann dies auf Antrag der Mehrheit einer Kommission tun, der Ständerat auf schriftlichen Antrag eines Ratsmitgliedes oder einer Kommission.

Mit Erklärungen werden Auffassungen kundgetan, ein Appell an jemanden gerichtet und auch Gefühle (Dankbarkeit, Anteilnahme etc.) zum Ausdruck gebracht.

Bereits während der ausserordentlichen Session im Mai hat der Nationalrat (20.036), aber auch der Bundesrat eine Erklärung (20.208) abgegeben. Der Nationalrat forderte von Kriegsparteien weltweit Waffenstillstand: Krieg und bewaffnete Konflikte würden den Schutz der Menschen vor dem Coronavirus und dessen Folgen zusätzlich erschweren. Der Bundesrat wiederum äusserte sich in seiner Erklärung zur Corona-Pandemie, zu den ergriffenen Massnahmen und zur Zusammenarbeit zwischen den Gewalten.

Der Bundesrat überarbeitet am 4. Dezember den Verordnungsentwurf und verabschiedet die Verordnungsänderung. Sie tritt am 9. Dezember 2020 in Kraft.

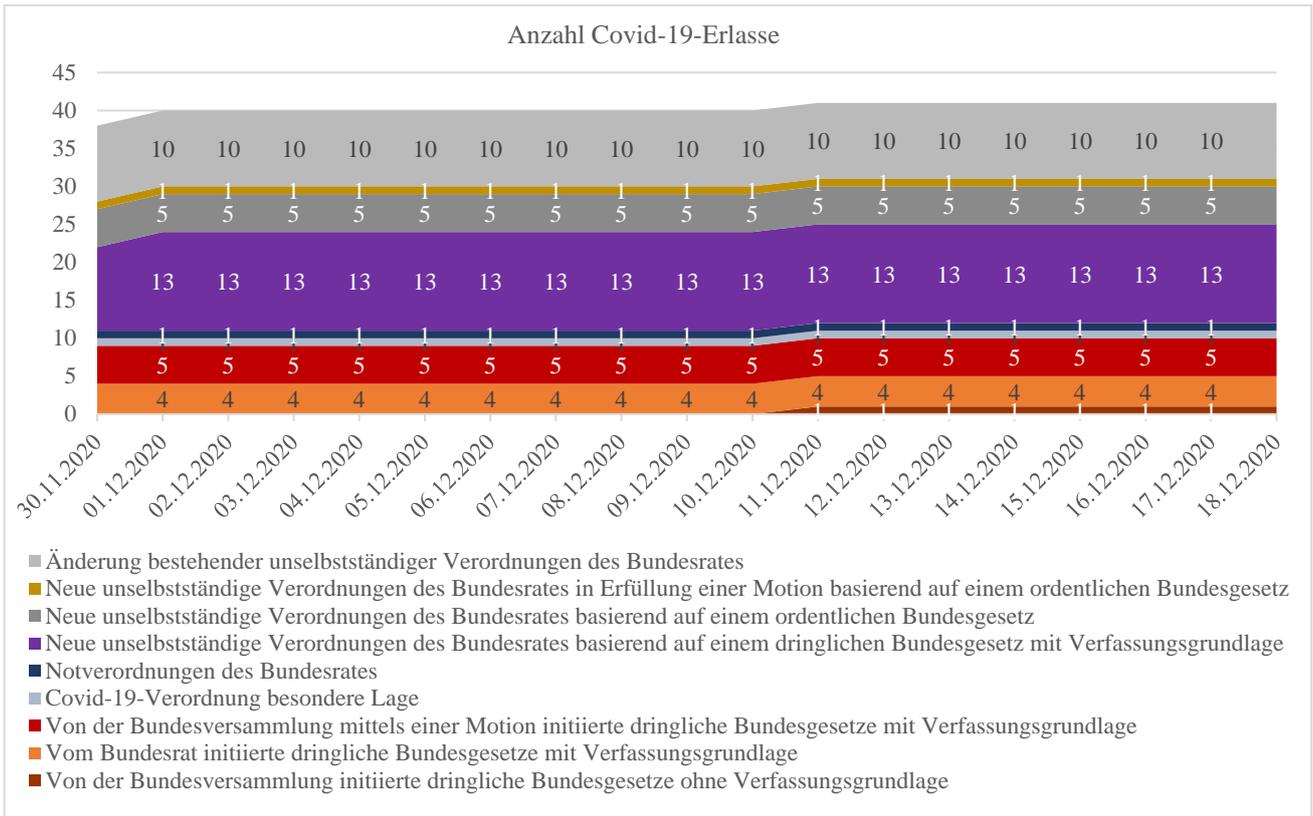
b. Erlass und Änderungen

Der Bundesrat revidiert im hier untersuchten Zeitraum folgende Covid-19-Verordnungen:

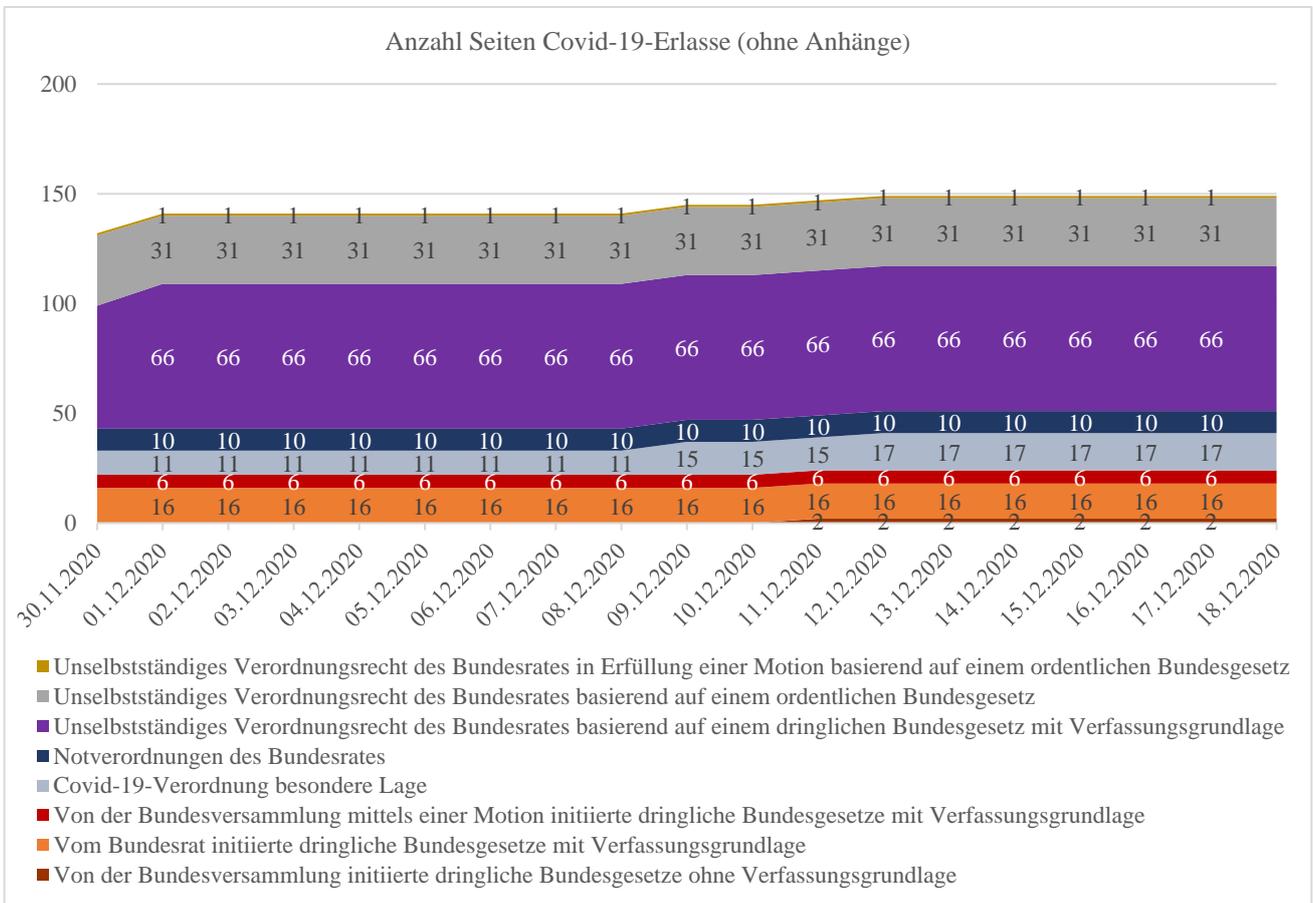
- [SR 818.101.26](#) Verordnung über Massnahmen in der besonderen Lage zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Verordnung besondere Lage) vom 19. Juni 2020, Änderungen vom 4. und 11. Dezember 2020 (Inkrafttreten am 9. resp. am 12. Dezember 2020)
- [SR 818.101.27](#) Verordnung über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (Covid-19) im Bereich des internationalen Personenverkehrs (Covid-19-Verordnung Massnahmen im Bereich des internationalen Personenverkehrs) vom 2. Juli 2020, Änderung vom 4. Dezember 2020 (Inkrafttreten am 14. Dezember 2020)

und überarbeitet zudem folgende Verordnungen:

- [SR 420.11](#) Verordnung zum Bundesgesetz über die Förderung der Forschung und der Innovation (Forschungs- und Innovationsförderungsverordnung, V-FIFG) vom 29. November 2013, Änderung vom 11. Dezember 2020 (Inkrafttreten am 1. Januar 2021)
- [SR 641.201](#) Mehrwertsteuerverordnung vom 27. November 2009 (MWSTV), Änderung vom 27. Januar 2021 (Inkrafttreten am 1. Februar 2021, Änderung vom 18. Dezember 2020 (Inkrafttreten am 22. Juni 2020).



G.69



G.70

4.2. Finanzbeschlüsse im Covid-19-Bereich

Nachtrag II zum Voranschlag 2020

Am 25. September 2020 beantragt der Bundesrat mit dem ordentlichen Nachtrag II zum Voranschlag 2020 (20.042) 10 Nachtragskredite im Umfang von 98,2 Millionen. Diese betreffen vor allem die Bundesbeiträge an die Ergänzungsleistungen zur AHV und zur IV (53,0 Mio. und 25,0 Mio.); sie beinhalten keine Corona-Massnahmen. Zusätzlich zu den Nachtragskrediten beantragt der Bundesrat einen Verpflichtungskredit für die Beschaffung von Arzneimitteln zur Behandlung von Corona-Patienten von 30 Millionen Franken.

Die Räte bewilligen zu Beginn der Wintersession zusammen mit den anderen Kreditanträgen den Covid-19-bedingten Verpflichtungskredit.

Übergangsvoranschlag bis zur Verabschiedung des Voranschlags 2021 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2022-2024

Beide Räte stimmen zu Beginn der Session dem Übergangsvoranschlag zu (vgl. Abschnitt XII 3.2; 20.481).

Der Bundesbeschluss hält in Artikel 2 fest, dass die Bundesbeschlüsse Ia (Bundeshaushalt), III (Bahninfrastrukturfonds) und IV (Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds) die Grundlage für den befristeten Übergangsvoranschlag sind. Artikel 3 regelt die Kreditanteile, die mit dem Übergangsvoranschlag vorläufig bewilligt werden; die Kreditanteile berücksichtigen die Tatsache, dass die Ausgaben fallweise früh im Jahr getätigt werden müssen. Artikel 4 hält das Vorgehen fest, das angewendet wird, wenn die mit dem Übergangsvoranschlag bewilligten Kredite nicht ausreichen. In diesem Fall würde der Bundesrat bei der Finanzdelegation dringliche Nachträge nach den Artikeln 28 und 34 des Finanzhaushaltgesetzes beantragen und damit das bestehende Verfahren nutzen.

Der Bundesbeschluss tritt, da die Bundesversammlung den Voranschlag 2021 zu Ende beraten kann, nicht in Kraft.

Voranschlag 2021 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2022–2024

Am 19. August hat der Bundesrat das Budget 2021 verabschiedet (20.041). In den darauffolgenden Wochen haben Bundesrat und Parlament verschiedene Massnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie beschlossen, welche im Voranschlag 2021 einen Mehrbedarf zur Folge haben. Der Bundesrat hat daher an seinen Sitzungen vom 25. September, 11. November und 18. November 2020 eine entsprechende Nachmeldung zum Voranschlag 2021 verabschiedet.

Insgesamt belaufen sich die so vom Bundesrat beantragten Ausgaben zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie im Jahr 2021 auf rund 4,7 Milliarden Franken.

Ausgaben zur Bewältigung der Corona-Pandemie im Voranschlag 2021 (Botschaft)

– Deckung von Ausfällen bei Covid-Bürgschaften	1000	Mio.
– Covid-Test	289	Mio.
– Darlehen an Profiligen (bzw. ggfs. Profiklubs, Sport)	175	Mio.
– A-fonds-perdu-Beiträge Sport	100	Mio.
– Medienförderung	17.5	Mio.

Nachmeldungen I, II und III

– Massnahmen zur Entschädigung Erwerbsausfall	2200 Mio.
– Öffentlicher Verkehr	514 Mio.
– Finanzielle Stabilisierung Skyguide	250 Mio.
– Massnahmen im Kulturbereich	130 Mio.
– Härtefallentschädigung Geschäftsvermieter	20 Mio.
– Arzneimittel	33 Mio.
– Exportförderung	2.6 Mio.
– Lagerhaltung Ethanol	0.5 Mio.

Der Bundesrat beantragt dem Parlament zudem einen Verpflichtungskredit für die Härtefallmassnahmen für Unternehmen von 680 Millionen Franken.

Die Räte beschliessen, die Ausgaben von 680 Millionen Franken für die Härtefallmassnahmen in den Voranschlag 2021 aufzunehmen, sodass sie auf Antrag der Kantone bereits ab dem 1. Januar 2021 ausbezahlt werden können. Da der Entwurf für ein Covid-19-Geschäftsmietegesetz scheitert (20.076) wird die Härtefallentschädigung für Vermieter (Geschäftsmieten) von 20 Millionen Franken gestrichen. In den übrigen Punkten folgen sie bereits in den ersten zwei Sessionswochen den Anträgen des Bundesrates.

Am 11. Dezember beschliesst der Bundesrat, wie weiter oben bereits berichtet, die Massnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus zu verstärken und schlägt dem Parlament vor, das Härtefallprogramm um weitere 1500 Millionen Franken aufzustocken. Davon sollen 750 Millionen Franken gemeinsam von Bund und Kantonen getragen werden, wobei die Kantone 33 Prozent beisteuern sollen. 750 Millionen Franken soll der Bund nötigenfalls als Zusatzbeiträge an die kantonalen Härtefallmassnahmen einschiessen können, ohne dass die Kantone sich finanziell beteiligen.

Die Räte stimmen diesem Antrag in der dritten Sessionswoche zu und bewilligen so für die Härtefallmassnahmen einen Voranschlagskredit sowie einen Verpflichtungskredit von insgesamt 1932,5 Millionen Franken.

Damit belaufen sich die für das Jahr 2021 bewilligten Covid-19-Ausgaben auf insgesamt 6,6 Milliarden Franken. 4,1 Milliarden Franken werden als ausserordentlicher Zahlungsbedarf bewilligt.

CORONAVIRUS: FINANZIELLE ABFEDERUNGSMASSNAHMEN IM VORANSCHLAG 2021

In Franken			Bewilligte Mittel	
Total Voranschlagskredite			6 643 965 000	
<i>davon ausserordentliche Ausgaben</i>			<i>4 132 500 000</i>	
Amt	Kredit-Nr.	Kreditbezeichnung		
306	Bundesamt für Kultur	A231.0417	Covid: Leistungsvereinbarungen Kultur Kantone	100 000 000
306	Bundesamt für Kultur	A231.0418	Covid: Soforthilfe für Kulturschaffende	20 000 000
306	Bundesamt für Kultur	A231.0419	Covid: Kulturvereine im Laienbereich	10 000 000
316	Bundesamt für Gesundheit	A231.0410	Covid: Bundesfinanzierung SARS-CoV-2-Tests	288 800 000
316	Bundesamt für Gesundheit	A231.0421	Covid: Beschaffung Arzneimittel	33 000 000
318	Bundesamt für Sozialversicherungen	A290.0104	Covid: Leistungen Erwerbsersatz	2 200 000 000
504	Bundesamt für Sport	A231.0412	Covid: Finanzhilfen	100 000 000
504	Bundesamt für Sport	A235.0113	Covid: Darlehen SFL/SIHF	175 000 000
704	Staatssekretariat für Wirtschaft	A231.0198	Exportförderung	2 600 000
704	Staatssekretariat für Wirtschaft	A231.0411	Covid: Bürgschaften	1 000 000 000
704	Staatssekretariat für Wirtschaft	A290.0132	Covid: Kantonale Härtefallmassnahmen für Unternehmen	1 932 500 000
724	Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung	A231.0416	Covid: Lagerhaltung Ethanol	465 000
802	Bundesamt für Verkehr	A231.0414	Covid: Abgeltung Regionaler Personenverkehr	290 000 000
802	Bundesamt für Verkehr	A231.0415	Covid: Abgeltung Schienengüterverkehr	70 000 000
802	Bundesamt für Verkehr	A231.0422	Covid: Abgeltung Ortsverkehr	150 000 000
802	Bundesamt für Verkehr	A231.0423	Covid: Autoverlad	4 100 000
803	Bundesamt für Zivilluftfahrt	A235.0114	Covid: Rekapitalisierung Skyguide	250 000 000
808	Bundesamt für Kommunikation	A231.0409	Covid: Ausbau der indirekten Presseförderung	17 500 000
Total Verpflichtungskredite			1 932 500 000	
704	Staatssekretariat für Wirtschaft	V0353.00	Covid: Kantonale Härtefallmassnahmen für Unternehmen	1 932 500 000
Total Zahlungsrahmen			2 600 000	
704	Staatssekretariat für Wirtschaft	Z0017.05	Exportförderung 2020-2023	2 600 000

Auszug Botschaft des Bundesrates zum Nachtrag Ia zum Voranschlag 2021

4.3. Weitere Covid-19-Akte

Der vom Bundesrat am 4. November 2020 beschlossene Assistenzdienst der Armee zugunsten der zivilen Behörden im Rahmen der Massnahmen zur Bekämpfung der zweiten Welle der Covid-19-Pandemie wird von den Räten einstimmig genehmigt (vgl. Abschnitt XII 4.2; [20.083](#)).

Teil XIV

ZWISCHEN DER WINTERSESSION 2020 UND DER FRÜHJAHRSSSESSION 2021

18.12.2020 (ab 11 Uhr) – 28.02.2021

Bund verstärkt Massnahmen gegen das Coronavirus 11.12.2020

Ab 12. Dezember gilt neu schweizweit:

- Geschlossen Ab 19 Uhr:** Restaurants und Bars
- Ab 19 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen:** Museen und Bibliotheken
- Läden und Märkte**
- Freizeit- und Sporteinrichtungen**

Ausnahmen für Kantone mit guter epidemiologischer Lage möglich

- Verbot von Veranstaltungen**
Ausnahmen: Inbetriebnahme, Beerdigungen, politische Kundgebungen, Versammlungen der Legislative
- Maximal 5 Personen bei Sport und Kultur**
Keine spezifischen und kulturbetriebsspezifischen Ausnahmen für Kinder- und Jugendliche, Profisport und -musik festlegen

Weiterhin gilt:

- 10** Private Treffen mit max. 10 Personen
- Zwei-Haushalte-Regel (Empfehlung)**
- Homeoffice (Empfehlung)**
- Ausgedehnte Maskenpflicht**
- Regeln für Restaurants**
- Fernunterricht an Hochschulen**
- Beschränkte Anzahl Kunden in Läden**
- 15** Treffen im öffentlichen Raum mit max. 15 Personen
- Discos und Tanzlokale geschlossen**
- Regeln für Skigebiete**
- Gemeinsamer Gesang nur in Familie und Schule**

In bestimmten Kantonen gelten strengere Regeln

Kontakte reduzieren **Handhygiene beachten**
Abstand halten **Masken tragen**

Verantwortung für die Umsetzung der Massnahmen liegt bei den Kantonsregierungen. Bundesrat, Eidgenössische Kommission für die Bekämpfung des Coronavirus, Eidgenössische Kommission für die Bekämpfung des Coronavirus, Eidgenössische Kommission für die Bekämpfung des Coronavirus

Bund verstärkt Massnahmen gegen das Coronavirus 18.12.2020

Ab 22. Dezember gilt neu schweizweit:

- Geschlossen:** Restaurants und Bars
- Museen**
- Sportbetriebe und -anlagen**
- Zoos und botanische Gärten**
- Weitere Freizeit- und Unterhaltungsbetriebe**

- Weniger Kundinnen und Kunden in Läden**
Zwangige Kontaktbeschränkung weiterhin geschlossen ab 19 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen
- Dringende Empfehlung: Bleiben Sie zu Hause**
Kontakte auf Minimum reduzieren, verzichten Sie auf nicht notwendige Reisen und Ausflüge

Weiterhin gilt:

- 10** Private Treffen mit max. 10 Personen
- 15** Treffen im öffentlichen Raum mit max. 15 Personen
- 5** Max. 5 Personen bei Sport und Kultur
- 16** Ausnahmen für unter 16-Jährige (Sport/Kultur)
- Ausgedehnte Maskenpflicht**
- Verbot von Veranstaltungen**
- Regeln für Skigebiete**
- Fernunterricht an Hochschulen**
- Gemeinsamer Gesang nur in Familie und Schule**
- Homeoffice (Empfehlung)**
- Zwei-Haushalte-Regel (Empfehlung)**
- Rc1** Kantone können bei guter Lage Schliessungen lockern

Kontakte reduzieren **Handhygiene beachten**
Abstand halten **Masken tragen**

Verantwortung für die Umsetzung der Massnahmen liegt bei den Kantonsregierungen. Bundesrat, Eidgenössische Kommission für die Bekämpfung des Coronavirus, Eidgenössische Kommission für die Bekämpfung des Coronavirus, Eidgenössische Kommission für die Bekämpfung des Coronavirus

Bund verstärkt Massnahmen gegen das Coronavirus 13.01.2021

Ab 18. Januar gilt neu schweizweit:

- Geschlossen: Läden mit Waren des nicht-täglichen Bedarfs**
Bisshierige Beschränkung der Öffnungszeiten aufgehoben (tägliches Baderl)
- Schutz besonders gefährdeter Personen**
Recht auf Homeoffice, gleichwertigen Schutz oder Beurlaubung

- Private Treffen mit maximal 5 Personen**
Empfehlung: aus maximal 2 Haushalten
- Homeoffice-Pflicht**
Wo möglich und mit verhältnismässigem Aufwand umsetzbar

- Treffen im öffentlichen Raum mit maximal 5 Personen**
- Maskenpflicht am Arbeitsplatz**
Wenn mehr als eine Person im Raum

Weiterhin gilt:

- 5** Maximal 5 Personen bei Sport und Kultur
- Fernunterricht an Hochschulen**
- Geschlossen:** Restaurants und Bars, Discos und Tanzlokale, Kulturbetriebe, Sportanlagen, Freizeiteinrichtungen
- 16** Ausnahmen für unter 16-Jährige (Sport/Kultur)
- Gemeinsamer Gesang nur in Familie und Schule**
- Ausgedehnte Maskenpflicht**
- Bleiben Sie zu Hause (Empfehlung)**
- Verbot von Veranstaltungen**
- Regeln für Skigebiete**

Kontakte reduzieren **Handhygiene beachten**
Abstand halten **Masken tragen**

Verantwortung für die Umsetzung der Massnahmen liegt bei den Kantonsregierungen. Bundesrat, Eidgenössische Kommission für die Bekämpfung des Coronavirus, Eidgenössische Kommission für die Bekämpfung des Coronavirus, Eidgenössische Kommission für die Bekämpfung des Coronavirus

1. Chronologie der Ereignisse

- 18.12.2020 Der Bundesrat beschliesst, ab dem 22. Dezember Restaurants sowie Freizeit-, Sport- und Kultureinrichtungen zu schliessen und die Kapazität von Läden weiter einzuschränken. Kantone mit günstiger epidemiologischer Entwicklung können jedoch Erleichterungen beschliessen, etwa das Öffnen von Restaurants und Sporteinrichtungen. Der Einsatz von Schnelltests wird erweitert.
- Der Bundesrat revidiert die Covid-19-Härtefallverordnung, die Covid-19-Verordnung zum Erwerbsausfall sowie die Covid-19-Kulturverordnung und vollzieht damit die soeben vom Parlament verabschiedeten Gesetzesrevisionen. Der Bundesrat verlängert ausserdem das summarische Verfahren für Kurzarbeitsentschädigung bis zum 31. März 2021.
- 19.12.2020 Die Heilmittelbehörde Swissmedic lässt den ersten Covid-19-Impfstoff für den Schweizer Markt zu.
- 20.12.2020 Nach der Entdeckung einer neuen, ansteckenderen Variante des Coronavirus in Grossbritannien und Südafrika stellt das Bundesamt für Zivilluftfahrt die Flugverkehrsverbindungen zwischen der Schweiz und diesen zwei Ländern per Mitternacht ein.
- 21.12.2020 Der Bundesrat ergreift Massnahmen, um die weitere Ausbreitung der neuen Virusvariante möglichst zu verhindern. Alle Personen, die seit dem 14. Dezember 2020 aus den beiden betroffenen Ländern eingereist sind, müssen sich für zehn Tage in Quarantäne begeben. Der Bundesrat hat zudem ein grundsätzliches Einreiseverbot für alle Ausländerinnen und Ausländer beschlossen, die aus Grossbritannien und Südafrika in die Schweiz einreisen wollen. Damit sind insbesondere touristische Reisen aus diesen Ländern ausgeschlossen.
- 23.12.2020 Die ersten Personen werden in der Schweiz geimpft.
- 24.12.2020 Die neue Variante des Coronavirus wird in zwei Proben in der Schweiz entdeckt.
- 06.01.2021 Der Bundesrat hebt die Ausnahmeregel für Kantone mit günstiger Entwicklung auf; Restaurants sowie Kultur, Sport- und Freizeitbetriebe müssen ab dem 9. Januar in der ganzen Schweiz geschlossen bleiben.
- 12.01.2021 Swissmedic lässt den zweiten Covid-19-Impfstoff für den Schweizer Markt zu.
- 13.01.2021 Da die Ansteckungszahlen auf sehr hohem Niveau stagnieren und mit den neuen, viel ansteckenderen Virusvarianten ein rascher Wiederanstieg droht, verlängert und verschärft der Bundesrat die im Dezember beschlossenen Massnahmen: Neu gilt ab Montag, 18. Januar, bis Ende Februar eine Home-Office-Pflicht, Läden für Güter des nicht-täglichen Bedarfs werden geschlossen, private Veranstaltungen und Menschenansammlungen werden weiter eingeschränkt und der Schutz von besonders gefährdeten Personen am Arbeitsplatz wird verstärkt. Gleichzeitig lockert der Bundesrat die Bedingungen, die ein Unternehmen erfüllen muss, um eine Härtefallhilfe zu erhalten. Unter anderem gelten Betriebe, die seit dem 1. November 2020 insgesamt

während mindestens 40 Kalendertagen behördlich geschlossen werden, neu ohne Nachweis eines Umsatzrückgangs als Härtefall. Der Bundesrat verlängert ausserdem erneut die Gültigkeit von Sprengausweisen.

- 14.01.2021 Die Verwaltungsdelegation beschliesst, dass ab Montag, dem 18. Januar 2021, alle Personen – inklusive Ratsmitglieder, Magistratspersonen und andere Sitzungsteilnehmende – die Gesichtsmaske auch dort tragen müssen, wo Plexiglas-Trennwände angebracht sind; die Maske ist auch beim Sprechen zu tragen.
- 20.01.2021 Der Bundesrat setzt die eingeführten Änderungen des Covid-19-Gesetzes um und erweitert den bereits bestehenden Massnahmenkatalog im Bereich Kurzarbeit: Die Karenzfrist wird rückwirkend per 1. September 2020 bis zum 31. März 2021 aufgehoben. Auch wird die maximale Bezugsdauer von Kurzarbeitsentschädigung bei mehr als 85 Prozent Arbeitsausfall von vier Abrechnungsperioden zwischen dem 1. März 2020 und 31. März 2021 rückwirkend aufgehoben. Zudem wird der Anspruch auf Kurzarbeitsentschädigung auf Personen in befristeten Arbeitsverhältnissen und Lernende ausgeweitet. Die Anspruchserweiterung gilt bis zum 30. Juni 2021.
- 25.01.2021 Die Verwaltungsdelegation informiert die Ratsmitglieder und die Öffentlichkeit über die von ihr am 21. Januar gefällten Beschlüsse. Der Zugang zum Parlamentsgebäude wird weiter eingeschränkt. Zudem empfiehlt die Verwaltungsdelegation den Ratsmitgliedern, die zu den Risikogruppen gehören, sich impfen zu lassen und ersucht gleichentags die Kantonsregierungen mit einem Schreiben, die Impfungen für die betroffenen Ratsmitglieder noch vor der Frühjahrsession möglich zu machen. Im Weiteren empfiehlt sie den Präsidentinnen und Präsidenten der Kommissionen und Delegationen, in ihrer Sitzungsplanung Prioritäten zu setzen oder Sitzungen nach Möglichkeit per Videokonferenz durchzuführen. Auf Dienststellen- oder Truppenbesuche soll einstweilen verzichtet werden.
- 27.01.2021 Der Bundesrat beschliesst, dass der Bund neu die Kosten für Tests an Personen ohne Symptome übernimmt, um besonders gefährdete Menschen besser zu schützen und lokale Infektionsausbrüche frühzeitig zu bekämpfen. Zudem passt er die bisherige Quarantäneregelung an: Die zehntägige Quarantäne kann verkürzt werden, falls sich die betroffene Person nach sieben Tagen testen lässt und das Resultat negativ ist. Ausserdem regelt der Bundesrat, dass Ordnungsbussen verhängt werden können, wenn bestimmte Massnahmen nicht eingehalten werden. Damit Impfungen auch in Apotheken möglich sind, übernimmt der Bund neu auch dort die Kosten.
- Der Bundesrat fasst den Beschluss, dem Parlament zu beantragen, dass Kulturschaffende rückwirkend auf den 1. November 2020 Ausfallentschädigungen erhalten sollen; dadurch soll eine Unterstützungslücke vermieden werden. Der Bundesrat beschliesst zudem, die Härtefallhilfe um weitere 2,5 Milliarden Franken aufzustocken. Schliesslich soll der Bund auch 2021 die Kosten der Arbeitslosenversicherung für die Kurzarbeitsentschädigungen übernehmen. Zudem soll die Taggeldbezugsdauer für arbeitslose Personen verlängert werden. Die dazu notwendige Gesetzesanpassung soll am 3. Februar 2021 verabschiedet und dem Parlament zur Beratung in der Frühlingssession unterbreitet werden.
- 03.02.2021 Der Bundesrat dehnt den Kreis der Personen aus, die sich in der Schweiz kostenlos gegen das Coronavirus impfen lassen können. Der Bund übernimmt die Kosten für die Impfung neu auch für Personen, die in der Schweiz leben, aber nicht obligatorisch krankenversichert sind, etwa

Diplomatinnen und Diplomaten. Ebenfalls kostenlos ist die Impfung für Grenzgängerinnen und Grenzgänger, die nicht in der Schweiz versichert sind und in Schweizer Gesundheitseinrichtungen arbeiten.

05.02.2021 Die Verwaltungsdelegation beschliesst, während der Frühjahrsession regelmässige flächendeckende Covid-19-Tests durchführen zu lassen. Die Teilnahme an den Tests ist für Ratsmitglieder freiwillig, wird aber dringend empfohlen.

17.02.2021 Der Bundesrat schlägt eine vorsichtige, schrittweise Öffnung vor, um dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben wieder mehr Raum zu geben. Der Bundesrat wird nach Konsultation der Kantone an seiner Sitzung vom 24. Februar über den ersten Öffnungsschritt und das weitere Vorgehen entscheiden.

Der Bundesrat präzisiert die seit dem 8. Februar 2021 geltenden Einreisebestimmungen und passt die Verordnung an: Unter anderem werden Kinder unter 12 Jahren von der Testpflicht bei der Einreise ausgenommen.

Der Bundesrat verabschiedet im Weiteren die Botschaft zur Änderung des Covid-19-Gesetzes, zu einem Bundesbeschluss über die Finanzierung von Härtefallmassnahmen nach dem Covid-19-Gesetz und zu einer Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Unter anderem unterbreitet er dem Parlament die Grundlage zur Aufstockung des Härtefallprogramms auf 10 Milliarden Franken. Zudem schlägt er eine Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes vor. Der Bund soll auch 2021 die Kosten der Kurzarbeitsentschädigungen übernehmen. Weiter soll die Anzahl Tagelder für anspruchsberechtigte versicherte Personen für die Monate März bis Mai 2021 erhöht werden.

Auch eine Sonderbotschaft über den Nachtrag Ia zum Voranschlag 2021 wird verabschiedet. Damit unterbreitet der Bundesrat dem Parlament acht Nachtragskredite im Umfang von 14,3 Milliarden Franken. Die Nachträge betreffen schergewichtig die Kosten für die Härtefallmassnahmen für Unternehmen (6,3 Mrd.), die Kurzarbeitsentschädigung (6 Mrd.), die Kosten für Coronatests (989,8 Mio.) sowie den Erwerbsersatz (940 Mio.).

24.02.2021 Der Bundesrat beschliesst, dass ab Montag, 1. März 2021, Läden, Museen und Lesesäle von Bibliotheken wieder öffnen können, ebenso die Aussenbereiche von Sport- und Freizeitanlagen, Zoos und botanischen Gärten. Im Freien sind Treffen im Familien- und Freundeskreis sowie sportliche und kulturelle Aktivitäten mit bis zu 15 Personen wieder erlaubt. Jugendliche und junge Erwachsene bis 20 Jahre können den meisten sportlichen und kulturellen Aktivitäten wieder nachgehen. Der nächste Öffnungsschritt soll am 22. März erfolgen, wenn es die epidemiologische Lage erlaubt.

2. Parlamentsbetrieb

Die Kommissionen beraten die Geschäfte der kommenden Sessionen vor, werden zu Verordnungsänderungen konsultiert, führen Aussprachen mit dem jeweils zuständigen Departementsvorsteher resp. der zuständigen Departementsvorsteherin, reichen Vorstösse ein und richten Empfehlungen an den Bundesrat.

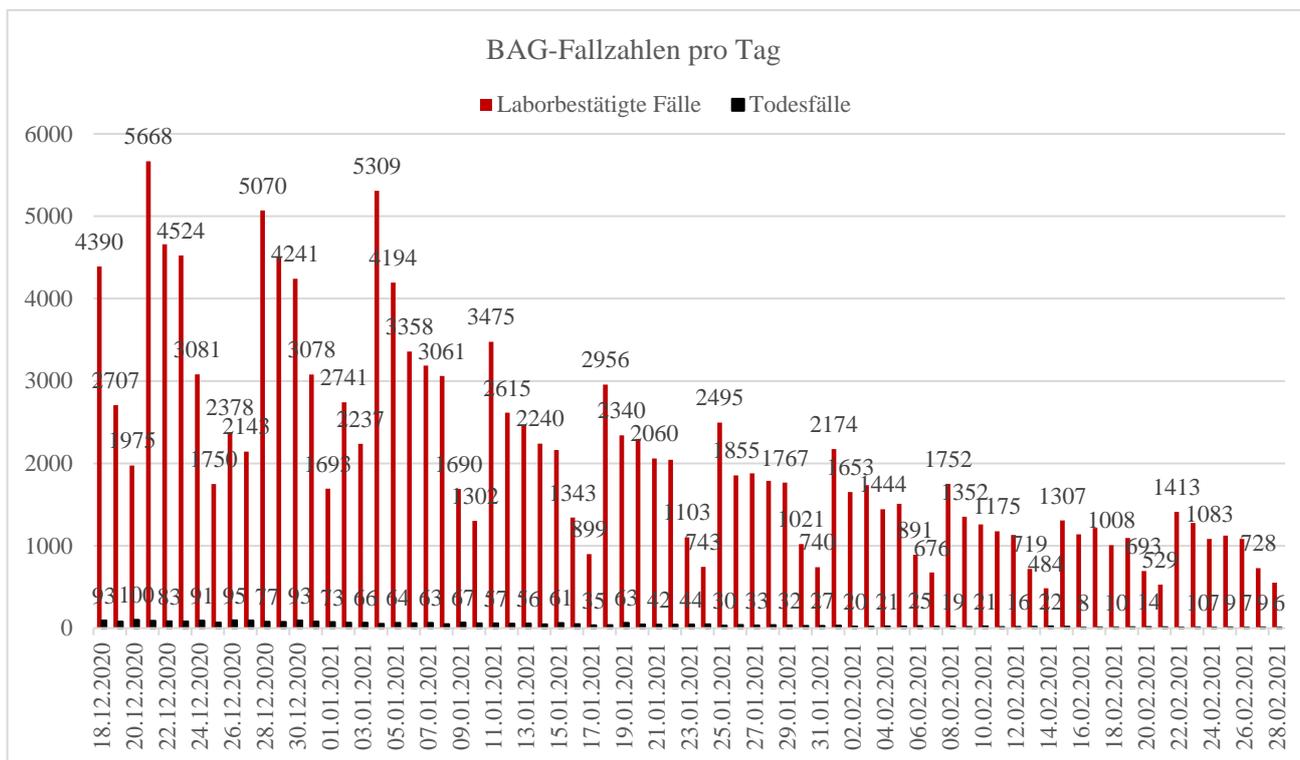
Ab dem 18. Januar 2021 müssen im Parlamentsgebäude alle Personen – inklusive Ratsmitglieder, Magistratspersonen und andere Sitzungsteilnehmende – die Gesichtsmaske auch dort tragen, wo Plexiglas-Trennwände angebracht sind; die Maske ist auch beim Sprechen zu tragen.

Ab dem 27. Januar 2021 erhalten nur noch Teilnehmende von Sitzungen der parlamentarischen Organe (Kommissionen, Delegationen und Fraktionen, ohne Parl. Gruppen), persönliche Mitarbeitende der Ratsmitglieder mit Zutrittsberechtigung und Medienschaaffende mit Dauerausweis Zutritt. Persönliche Gäste von Ratsmitgliedern und externe Besucherinnen und Besucher werden nicht mehr zugelassen. Im Weiteren empfiehlt die Verwaltungsdelegation den Präsidentinnen und Präsidenten der Kommissionen und Delegationen, in ihrer Sitzungsplanung Prioritäten zu setzen oder Sitzungen nach Möglichkeit per Videokonferenz durchzuführen. Für eine virtuelle Sitzung ist das Einverständnis der Präsidentin bzw. des Präsidenten sowie einer Mehrheit der Mitglieder erforderlich; auf Dienststellen- oder Truppenbesuche soll einstweilen verzichtet werden.

Ab Anfang Februar werden virtuelle Führungen durch das Parlamentsgebäude angeboten.

COVID-19-FALLZAHLEN UND -MASSNAHMEN IM ÜBERBLICK

G.71



Öffentliche Veranstaltungen sind verboten; ausgenommen sind religiöse Feiern (bis max. 50 Personen), Beerdigungen im Familien- und engen Freundeskreis, Versammlungen von Legislativen und politische Kundgebungen. Verbot von privaten Veranstaltungen von mehr als 10 Personen, die nicht in öffentlich zugänglichen Einrichtungen und Betrieben stattfinden. Verbot spontaner Menschenansammlungen von mehr als 15 Personen im öffentlichen Raum.

Der Betrieb von Diskotheken und Tanzlokalen sowie die Durchführung von Tanzveranstaltungen sind verboten.

Restaurants, Bars, Läden, Märkte, Museen, Bibliotheken sowie Sport- und Freizeitanlagen müssen zwischen 19 und 6 Uhr schliessen. Läden, Märkte, Museen, Bibliotheken sowie Sport- und Freizeitanlagen bleiben auch an Sonn- und landesweiten Feiertagen geschlossen. Kantone mit einer günstigen epidemiologischen Entwicklung ist es erlaubt, die Sperrstunde bis auf 23 Uhr auszuweiten.

In Restaurants und Bars darf nur sitzend konsumiert werden; es dürfen maximal vier Personen an einem Tisch sitzen. Restaurants müssen zudem die Kontaktdaten eines Gastes pro Tisch erheben. Die Anzahl von Personen, die sich gleichzeitig in den Läden aufhalten können, ist beschränkt.

Präsenzveranstaltungen in Bildungseinrichtungen sind verboten; ausgenommen sind die obligatorischen Schulen und die Schulen der Sekundarstufe II, Unterrichtsaktivitäten, die notwendiger Bestandteil eines Bildungsgangs sind und für deren Durchführung eine Präsenz vor Ort erforderlich ist, sowie Einzellektionen.

Sportaktivitäten in der Freizeit sind nur noch in Gruppen bis höchstens 5 Personen erlaubt. Singen ist ausserhalb des Familienkreises und der obligatorischen Schulen verboten.

Für Skigebiete gelten u. a. folgende Regeln: Gondeln und Bahnen dürfen nur zu zwei Dritteln gefüllt werden; Maskenpflicht beim Anstehen, auf Liften, in Bahnen und Gondeln; Mindestabstand von 1,5 Metern beim Anstehen; Zutritt zu Restaurants nur, wenn ein freier Tisch verfügbar ist. Die Skigebiete benötigen ab dem 22. Dezember für den Betrieb eine Bewilligung des Kantons.

Maskenpflicht bei Kundgebungen, im öffentlichen Verkehr, im Aussenbereich von Läden, Restaurants etc. und in belebten Fussgängerzonen, in öffentlich zugänglichen Innenräumen, in Schulen ab der Sekundarstufe II und bei Arbeiten innerhalb von Gebäuden, ausser am Arbeitsplatz, sofern der Abstand eingehalten werden kann.

Dringende Empfehlungen: Homeoffice sowie Treffen und Feste auf zwei Haushalte beschränken.

Einreisende aus Gebieten mit erhöhtem Ansteckungsrisiko müssen sich in eine zehntägige Quarantäne begeben. Es bestehen weiterhin Einreisebeschränkungen für Nicht-Schengen-Staaten: Einreisen aus Risikoländern sind untersagt.

Ab dem 21.12 gilt zudem ein Einreiseverbot für alle Ausländerinnen und Ausländer, die aus Grossbritannien und Südafrika in die Schweiz einreisen wollen; damit sind insbesondere touristische Reisen aus diesen Ländern ausgeschlossen. Personen, die ab dem 14. Dezember 2020 aus dem Vereinigten Königreich oder aus Südafrika in die Schweiz eingereist sind, müssen sich spätestens bis zum 22. Dezember 2020 um 00.00 Uhr in Quarantäne begeben.

Ab dem 22.12 gilt zusätzlich:

Restaurant und Bars sowie Sportbetriebe, Kultur- und Freizeiteinrichtungen sind geschlossen. Kantone mit günstiger epidemiologischer Entwicklung können jedoch Erleichterungen beschliessen.

Die Anzahl Personen, die sich gleichzeitig in Einkaufsläden aufhalten dürfen, wird weiter eingeschränkt.

Dringende Empfehlung: Die Bevölkerung wird dazu aufgefordert, zu Hause zu bleiben.

Ab dem 09.01 ist die Ausnahmeregel für Kantone mit günstiger Entwicklung aufgehoben.

Ab dem 18.01 gilt zusätzlich:

An privaten Veranstaltungen dürfen maximal fünf Personen teilnehmen. Kinder werden dabei mitgezählt. Menschenansammlungen im öffentlichen Raum werden ebenfalls auf fünf Personen beschränkt.

Einkaufsläden und Märkte sind geschlossen. Ausgenommen sind Läden und Märkte, die Güter des täglichen Bedarfs anbieten. Weiterhin möglich ist auch das Abholen bestellter Waren vor Ort. Die Regelung, dass Läden, Tankstellenshops und Kioske nach 19 Uhr sowie sonntags geschlossen bleiben müssen, wird dagegen aufgehoben.

Die Arbeitgeber sind verpflichtet, Home-Office überall dort anzuordnen, wo dies aufgrund der Art der Aktivität möglich und mit verhältnismässigem Aufwand umsetzbar ist. Wo Home-Office nicht oder nur zum Teil möglich ist, gilt zum Schutz von Arbeitnehmenden in Innenräumen überall dort eine Maskenpflicht, wo sich mehr als eine Person in einem Raum aufhält. Besonders gefährdete Personen werden spezifisch geschützt. Dazu wird das Recht auf Homeoffice oder ein gleichwertiger Schutz am Arbeitsplatz oder eine Beurlaubung für besonders gefährdete Personen eingeführt. Für gefährdete Personen in Berufen, in denen die Schutzbestimmungen nicht umgesetzt werden können, muss der Arbeitgeber die betroffenen Arbeitnehmenden unter voller Lohnzahlung von der Arbeitspflicht befreien. In diesen Fällen besteht ein Anspruch auf Corona-Erwerbsersatz.

Normaler Kommissionsbetrieb: Die Kommissionen tagen unter Einhaltung der Schutzregeln im Parlamentsgebäude.

3. Covid-19-Vorstösse, parlamentarische Initiativen und Standesinitiativen

3.1. Covid-19-Vorstösse und parlamentarische Initiativen

Die Kommissionen reichen fünf Covid-19-bezogene Motionen, ein Covid-19-bezogenes Postulat und eine Covid-19-bezogene parlamentarische Initiative ein. Zwei Covid-19-Motionen werden zurückgezogen. Damit sind neu 149 Covid-19-bezogene Motionen, 40 Covid-19-bezogene Postulate und 19 parlamentarische Initiativen hängig.

3.1. Covid-19-bezogene Standesinitiativen

Seit Beginn der Krise haben Kantone sechs Standesinitiativen eingereicht, eine davon im hier untersuchten Zeitraum. Fünf Standesinitiativen betreffen den Gesundheitsbereich, eine den Sport-, Kultur- und Freizeitbereich. Alle Standesinitiativen befinden sich noch im Stadium der Vorprüfung.²⁸

Hintergrundwissen

H.26

Standesinitiativen

Jeder Kanton kann mit einer Standesinitiative vorschlagen, dass eine Kommission einen Entwurf für einen Erlass der Bundesversammlung ausarbeitet. Das Verfahren zur Behandlung einer Standesinitiative entspricht weitgehend demjenigen zur Behandlung parlamentarischer Initiativen: Standesinitiativen unterliegen einer Vorprüfung. Gegenstand dieser Vorprüfung ist die Frage, ob der Anlass für eine Regelung im Grundsatz gegeben und das weitere Vorgehen in Form einer Standesinitiative zweckmässig ist.

4. Covid-19-Akte

4.1. Rechtsetzungsakte im Covid-19-Bereich

4.1.1 Dringliche Bundesgesetze

Vorparlamentarische Phase

Der Bundesrat verabschiedet am 17. Februar 2021 zuhanden des Parlaments die Botschaft zu einer Änderung des Covid-19-Gesetzes betreffend Härtefälle, Arbeitslosenversicherung, familienergänzende Kinderbetreuung und Kulturschaffende, zu einer Änderung des Bundesbeschlusses Ia über den Voranschlag für das Jahr 2021 (Zusatzkredit «Kantonale Härtefallmassnahmen für Unternehmen») und zu einer Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (21.016). Aufgrund der Dringlichkeit konnte keine ordentliche Vernehmlassung zur gesamten Vorlage durchgeführt werden. Es fanden aber verschiedene Konsultationen bei den Kantonen und Wirtschaftsverbänden statt.

Die Vorlagen werden in der Frühjahrsession von den Räten beraten und im hier untersuchten Zeitraum von den zuständigen Kommissionen vorberaten.

²⁸ Im Anhang VIII werden die Standesinitiativen einzeln aufgelistet.

Nachparlamentarische Phase

Die Referendumsfrist der zwei während der Wintersession erlassenen dringlichen Covid-19-Gesetze, die dem Referendum unterstellt sind, (20.084, 20.075) beginnt zu laufen.

Die Referendumsfrist der vier während der Herbstsession erlassenen dringlichen Covid-19-Gesetze (20.055, 20.056, 20.057, 20.058) läuft ab. Bei einem dieser Gesetze wurde das Referendum lanciert (20.058). Die eingereichten Unterschriften werden gegenwärtig von der Bundeskanzlei gezählt. Falls das Referendum zustande gekommen ist, wird das Gesetz, so der Beschluss des Bundesrates, am 13. Juni 2021 dem Volk zur Abstimmung unterbreitet.

4.1.2 Bundesratsverordnungen

Der Bundesrat revidiert im untersuchten Zeitraum folgende Covid-19-Verordnungen:

- [SR 818.101.26](#) Verordnung über Massnahmen in der besonderen Lage zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Verordnung besondere Lage) vom 19. Juni 2020, Änderung vom 18. Dezember 2020, vom 6. Januar 2021, vom 13. Januar 2021, vom 27. Januar 2021 und vom 24. Februar 2021 (Inkrafttreten am 22. Dezember 2020, am 9. Januar 2021, am 14. Januar 2021, am 18. Januar 2021, am 1. Februar 2021, am 8. Februar 2021 und am 1. März 2021)
- [SR 818.101.24](#) Verordnung 3 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (Covid-19) (Covid-19-Verordnung 3) vom 19. Juni 2020, Änderungen vom 18. und 21. Dezember 2020 sowie Änderung vom 13. Januar 2021, vom 27. Januar 2021 und vom 24. Februar 2021 (Inkrafttreten am 21. Dezember 2020 resp. am 18. Januar 2021, am 28. Januar 2021 und am 1. März 2021)
- [SR 442.17](#) Verordnung über die Massnahmen im Kulturbereich gemäss Covid-19-Gesetz (Covid-19-Kulturverordnung) vom 14. Oktober 2020, Änderungen vom 18. Dezember 2020 und vom 27. Januar 2021 (Inkrafttreten am 19. Dezember 2020 und am 28. Januar 2021)
- [SR 830.31](#) Verordnung über Massnahmen bei Erwerbsausfall im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19) (COVID-19-Verordnung Erwerbsausfall) vom 20. März 2020, Änderungen vom 18. Dezember 2020, vom 13. Januar 2021 und vom 27. Januar 2021 (Inkrafttreten am 19. Dezember 2020, am 18. Januar 2021 und am 8. Februar 2021)
- [SR 837.033](#) Verordnung über Massnahmen im Bereich der Arbeitslosenversicherung im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19) (COVID-19-Verordnung Arbeitslosenversicherung) vom 20. März 2020, Änderung vom 18. Dezember 2020 und Änderung vom 20. Januar 2021 (Inkrafttreten am 1. Januar 2021, am 1. September 2020 und am 21. Januar 2021)
- [SR 951.262](#) Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen im Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung) vom 25. November 2020, Änderungen vom 18. Dezember 2020 und vom 13. Januar 2021 (Inkrafttreten am 19. Dezember 2020 und am 14. Januar 2021).

Zudem revidiert er mehrmals die folgende Covid-19-Verordnung

- [SR 818.101.27](#) Verordnung über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (Covid-19) im Bereich des internationalen Personenverkehrs (Covid-19-Verordnung Massnahmen im Bereich des internationalen Personenverkehrs) vom 2. Juli 2020;

am 27. Januar wird sie schliesslich totalrevidiert und in der Folge erneut mehrmals teilrevidiert.

Folgende Verordnungen werden einzeln oder zusammen mit anderen Verordnungen revidiert:

- [SR 837.02](#) Verordnung über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (Arbeitslosenversicherungsverordnung, AVIV) vom 31. August 1983, Änderung vom 8. Dezember 2020 und vom 20. Januar 2021 (Inkrafttreten am 1. Januar 2021 und am 1. September 2020)
- [SR 941.411](#) Verordnung über explosionsgefährliche Stoffe (Sprengstoffverordnung, SprstV) vom 27. November 2000, Änderung vom 13. Januar 2021 (Inkrafttreten am 28. Januar 2021)
- [SR 641.201](#) Mehrwertsteuerverordnung vom 27. November 2009 (MWSTV), Änderung vom 27. Januar 2021 (Inkrafttreten am 1. Februar 2021)
- [SR 818.101.1](#) Verordnung über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemienverordnung, EpV) vom 29. April 2015, Änderung vom 27. Januar 2021 und vom 3. Februar 2021 (Inkrafttreten am 1. Februar 2021 und am 4. Februar 2021).

Erlassen wird folgende neue Covid-19-Verordnung:

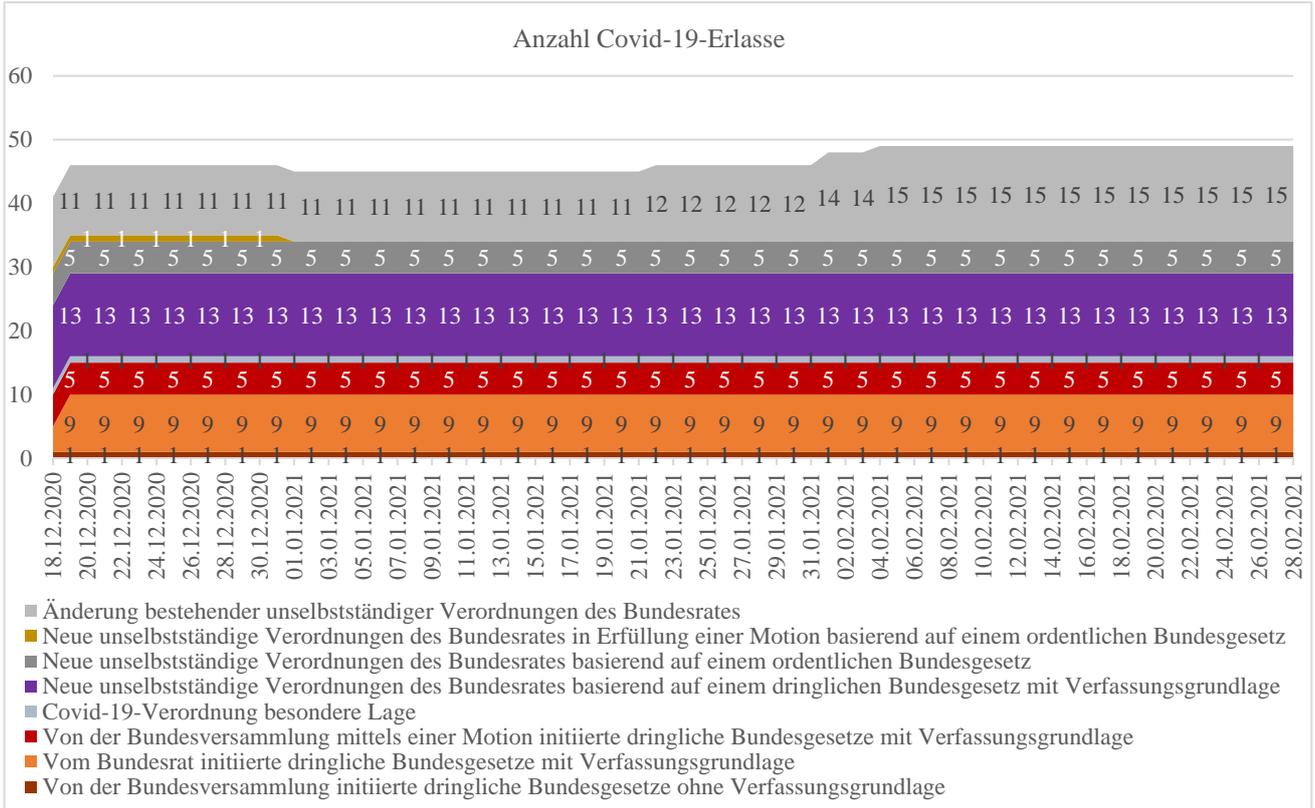
- [SR 415.022](#) Verordnung über die Gewährung von A-Fonds-perdu-Beiträgen und Darlehen an Klubs des professionellen und semiprofessionellen Mannschaftssports zur Abfederung der Folgen der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Verordnung Mannschaftssport) vom 18. Dezember 2020 (Inkrafttreten am 19. Dezember 2020).

Ausser Kraft treten oder ersetzt werden folgende Covid-19-Verordnungen:

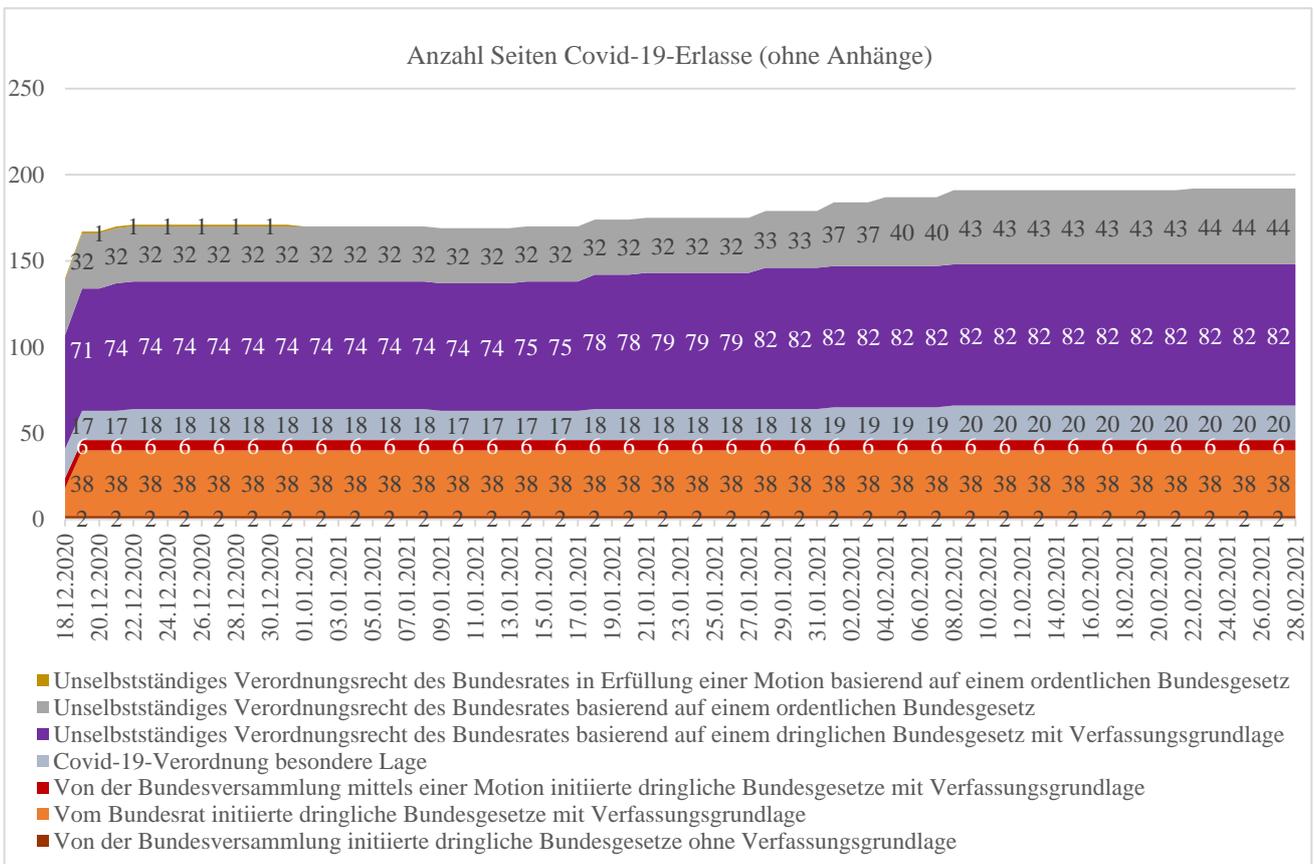
- [SR 281.243](#) Verordnung über den Rechtsstillstand nach Artikel 62 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs für die Reisebranche vom 20. Mai 2020 (galt bis zum 31. Dezember 2020)
- [SR 415.022](#) Verordnung über Massnahmen im Bereich des professionellen und semiprofessionellen Mannschaftssports zur Abfederung der Folgen der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Verordnung Mannschaftssport) vom 4. November 2020 (galt bis zum 19. Dezember 2020)
- [SR 641.207.2](#) Verordnung über den befristeten Verzicht auf Verzugszinsen bei verspäteter Zahlung von Steuern, Lenkungsabgaben und Zollabgaben sowie Verzicht auf die Darlehensrückerstattung durch die Schweizerische Gesellschaft für Hotelkredit vom 20. März 2020 (galt bis zum 31. Dezember 2020)
- [SR 951.261](#) Verordnung zur Gewährung von Krediten und Solidarbürgschaften in Folge des Coronavirus (COVID-19-Solidarbürgschaftsverordnung) vom 25. März 2020 (galt bis zum 19. Dezember 2020)

sowie folgende Verordnungsänderung:

- [SR 941.411](#) Verordnung über explosionsgefährliche Stoffe (Sprengstoffverordnung, SprstV) vom 27. November 2000, Änderung vom 27. Mai 2020 (galt bis zum 28. Januar 2021).



G.72



G.73

DAS ERSTE COVID-19-JAHR IN ZAHLEN UND IM VERGLEICH

24.02.2020 – 28.02.2021

SESSIONEN

Nationalrat: 8 / Ständerat: 7

vier ordentliche Sessionen, drei ausserordentliche Sessionen und eine Sondersession des NR

SITZUNGSTAGE

Nationalrat: 51 / Ständerat: 49

2019 NR: 55 / SR: 49 2018 NR: 51 / SR: 48 2017 NR: 54 / SR: 48 2016 NR: 54 / SR: 51

SITZUNGSSTUNDEN

Nationalrat: 324 / Ständerat: 203 / Vereinigte Bundesversammlung: 4

2019 NR: 303 / SR: 179 / VB: 7 2018 NR: 282 / SR: 158 / VB: 5 2017 NR: 277 / SR: 145 / VB: 3 2016 NR: 298 / SR: 173 / VB: 2

SITZUNGSSTUNDEN PRO TAG

Nationalrat: 6,3 / Ständerat: 4,1

2019 NR: 5,5 / SR: 3,7 2018 NR: 5,5 / SR: 3,2 2017 NR: 5,5 / SR: 3 2016 NR: 5,8 / SR: 3,4

VERLANGTE AUSKÜNFTE

2082 total / 693 Covid-19 (33%)

Fragen (Fragestunde): 1113 total / 380 Covid-19 (34%) Anfragen: 91 total / 40 Covid-19 (44%) Interpellationen: 878 total / 273 Covid-19 (31%)

2019 Total: 1629 F: 704, A: 70, I: 855

2018 Total: 1613 F: 750, A: 99, I: 764

2017 Total: 1483 F: 663, A: 102, I: 718

2016 Total: 1350 F: 607, A: 87, I: 656

ERTEILTE AUFTRÄGE

160 total / 36 Covid-19 (23%)

angenommene Postulate: 82 total / 17 Covid-19 (21%)

angenommene Motionen: 88 total / 26 Covid-19 (30%)

davon gleichlautende 20 / 14

2019 Po: 112 / Mo: 78

2018 Po: 63 / Mo: 68

2017 Po: 90 / Mo: 54

2016 Po: 75 / Mo: 46

VERABSCHIEDETE VERFASSUNGSREVISIONEN (inkl. direkte Gegenentwürfe)

0

2019: 0 2018: 1 2017: 3 2016: 2

GÜLTIGKEITSERKLÄRUNG VON / ABSTIMMUNGSEMPFEHLUNG ZU VOLKSINITIATIVEN

5

2019: 3 2018: 6 2017: 3 2016: 3

VERABSCHIEDETE BUNDESGESETZE

55 total / 9 Covid-19 (16%)

Die Mantelgesetze werden in dieser Statistik als ein Gesetz gezählt.

2019: 31 2018: 28 2017: 33 2016: 44

BEWILLIGTE VORANSCHLAGSKREDITE

für das Jahr 2020 (Nachtragskredite *ohne Kompensationen*)

+ 31 870 total Mio. / + 31 736 Covid-19 Mio. (a.o. Ausgaben 31 402 Mio.)

für das Jahr 2019: + 295 Mio. für das Jahr 2018: + 80 Mio.

für das Jahr 2021 (Voranschlagskredite)

81 952 total Mio. / 6643 Covid-19 Mio. (a.o. Ausgaben 4 132 Mio.)

Finanzierungsrechnung (Voranschlag ohne Nachträge gemäss BB)

für das Jahr 2020: 75 323 Mio. für das Jahr 2019: 72 334 Mio. für das Jahr 2018: 71 027 Mio.

TOTAL FINANZBESCHLÜSSE

BB Voranschläge sowie BB über Entnahmen aus Spezialfonds mit Sonderrechnung / BB Nachträge sowie BB über zusätzliche Entnahmen aus Spezialfonds mit Sonderrechnung / BB über mit Sonderbotschaften unterbreitete Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen

50 total 3 / 6 / 41

2019: 33 total 3 / 5 / 25

2018: 26 total 3 / 3 / 10

2017: 21 total 3 / 3 / 15

2016: 39 total 4 / 3 / 32

GENEHMIGUNG VON STAATSVERTRÄGEN

22

2019: 40 2018: 26 2017: 57 2016: 31

GEWÄHRLEISTUNG VON KANTONSVERFASSUNGEN

Total: 0 / Teilrevisionen: 10

2019: 0/9 2018: 0/9 2017: 0/11 2016: 0/10

GENEHMIGUNG VON GEBIETSVERÄNDERUNGEN ZWISCHEN KANTONEN

1

2019: 0 2018: 0 2017: 0 2016: 0

GENEHMIGUNG VON ARMEEEINSÄTZEN

3 total / 2 Covid-19

2019: 0 2018: 2 2017: 1 2016: 0

DIVERSES

Legislaturplanung 2019 – 2023
Kenntnisnahme Finanzplan 2022 – 2024
weitere Planungsbeschlüsse: 1
Genehmigung von Verordnungen: 1
Genehmigung von Geschäftsberichten: 2
Genehmigung von Rechnungen: 3

WAHLEN / BEGNADIGUNGEN

Bundesrat: Präsidiumswahlen
Gerichte: Richter- und Präsidiumswahlen
Wahl eines Mitglieds der Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft
Wahl eines a.o. Bundesanwalts
Ablehnung eines Begnadigungsgesuches

Teil XV

FRÜHJAHRSSSESSION 2021

01.03.2021 – 19.03.2021 (bis 11:00 Uhr)



1. Chronologie der Ereignisse

- 01.03.2021 Beginn der Frühjahrssession
- Der Nationalratspräsident eröffnet die Session mit einem Aufruf zum fairen Handeln in der Corona-Krise.
- Die Ratspräsidenten informieren, dass gemäss Beschluss der Verwaltungsdelegation vom 26. Februar 2021 für das Abgeben eines Votums die Maske abgelegt werden darf.
- 08.03.2021 Beginn der zweiten Sessionswoche
- Aufgrund der hohen Geschäftslast werden im Nationalrat ausnahmsweise alle Fragen der Fragesunden schriftlich beantwortet. Die grosse Kammer debattiert bis um 00 Uhr 40 über die Änderung des Covid-19-Gesetzes.
- 12.03.2021 Der Bundesrat beschliesst, dass der Bund die Kosten aller Schnelltests übernimmt, auch von allen asymptomatischen Personen. Mit einer verstärkten Prävention und Früherkennung von lokalen Ausbrüchen soll die schrittweise Öffnung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens unterstützt werden. Sobald verlässliche Selbsttests zur Verfügung stehen, soll jede Person monatlich fünf davon beziehen können. Unternehmen und Schulen sollen zudem kostenlos Pooltests durchführen. Für den Fall, dass die epidemiologische Lage die ordentliche Durchführung von schweizerischen und kantonalen Maturitätsprüfungen sowie der Lehrabschlussprüfungen trotz Einhaltung der Schutzkonzepte landesweit oder regional nicht zulässt, erlässt der Bundesrat vorsorglich die nötigen Ausnahmeregelungen.
- Der Bundespräsident ruft zu einem konstruktiven Dialog zwischen den Gewalten auf.
- 15.03.2021 Der Nationalrat führt eine von Mitgliedern der SVP-Fraktion verlangte ausserordentliche Session zur Migration und zum Asyl durch und setzt anschliessend die Frühjahrssession fort.
- 17.03.2021 Der Ständerat unterbricht die Wintersession, führt die ausserordentliche Session zur Migration und zum Asyl durch und setzt anschliessend die ordentliche Session fort.
- Der Nationalrat führt eine aktuelle Debatte zur Covid-19-Pandemie.
- 18.03.2021 Ende der Frühjahrssession 2021

2. Parlamentsbetrieb

Zugang zum Parlamentsgebäude haben ausschliesslich Teilnehmende von Sitzungen der parlamentarischen Organe (Kommissionen, Delegationen und Fraktionen, ohne Parl. Gruppen), persönliche Mitarbeitende der Ratsmitglieder mit Zutrittsberechtigung sowie Medienschaffende mit Dauerausweis.

Alle Personen im Parlamentsgebäude – inklusive Ratsmitglieder, Magistratspersonen und andere Sitzungsteilnehmende – müssen Gesichtsmasken tragen. Die Masken sind auch dort zu tragen, wo Plexiglas-Trennwände angebracht sind. Die Masken können jedoch für die Abgabe eines Votums abgelegt werden.

Personen, welche sich im Parlamentsgebäude aufhalten, können sich zweimal pro Woche, jeweils montags und mittwochs, testen lassen. Die Teilnahme an diesen PCR-Speicheltests ist freiwillig, wird aber dringend empfohlen. Bei einem Ratsmitglied fällt der Test positiv aus. Über die ganzen drei Wochen hinweg lassen sich insgesamt 191 verschiedene Ratsmitglieder testen.

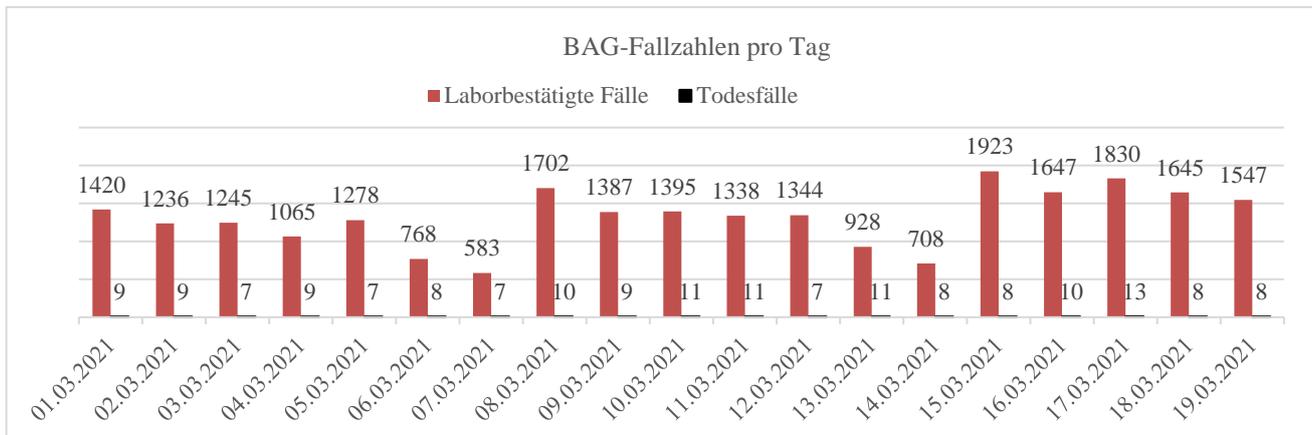
Durchgeführte Tests und Testresultate				
Zeitraum	Tests Ratsmitglieder	Tests weitere Sessionsteilnehmende	Tests (Total)	Positive Tests
01. – 03.03.2021	250 (161 RM)	367	617	1
08. – 10.10.2021	288 (172 RM)	368	656	0
15. – 17.03.2021	294 (171 RM)	359	653	0

Während der Frühjahrssession stimmt kein Nationalratsmitglied von zu Hause aus ab.

Zusätzlich zur Frühjahrssession führen beide Räte in der dritten Sessionswoche eine von Mitgliedern der SVP-Fraktion beantragte ausserordentliche Session zur Migration und zum Asyl durch.

COVID-19-FALLZAHLEN UND -MASSNAHMEN IM ÜBERBLICK

G.74



Es besteht eine ausgedehnte Maskentragpflicht.

Menschenansammlungen im öffentlichen Raum sind auf fünfzehn Personen beschränkt.

Öffentliche Veranstaltungen sind verboten; ausgenommen sind religiöse Feiern (bis max. 50 Personen), Beerdigungen im Familien- und engen Freundeskreis, Versammlungen von Legislativen und politische Kundgebungen. An privaten Veranstaltungen dürfen maximal fünf Personen teilnehmen; Kinder werden dabei mitgezählt.

Für Läden und Dienstleistungsbetriebe ist die erlaubte Anzahl Kundinnen und Kunden beschränkt.

Der Betrieb von Restaurations-, Bar- und Clubbetrieben sowie von Diskotheken und Tanzlokalen ist verboten. Betriebskantinen, Schulkantinen der obligatorischen Schulen und der Sekundarstufe II sowie Restaurants für Hotelgäste dürfen offenbleiben. Take-away-Angebote und Lieferdienste sind erlaubt.

Öffentlich zugängliche Innenbereiche von Einrichtungen und Betrieben in den Bereichen Kultur, Unterhaltung, Freizeit und Sport sind für das Publikum geschlossen; ausgenommen sind: Museen, Bibliotheken und Archive; Anlagen für den Reitsport und Anlagen in Hotels, sofern sie nur für Hotelgäste zugänglich sind. Alle Aussenbereiche von Freizeitbetrieben (z.B. Zoos, botanische Gärten, Kunsteisbahnen, Tennis- und Fussballplätze, Skigebiete etc.) sind geöffnet. Einrichtungen für Sport und Kultur dürfen für Aktivitäten von Personen bis Jahrgang 2001 drinnen und draussen öffnen. Dies betrifft z.B. Sportvereine, Theatergruppen, Jugendorchester und Jugendtreffs.

Präsenzveranstaltungen in Bildungseinrichtungen sind verboten; ausgenommen sind die obligatorischen Schulen und die Schulen der Sekundarstufe II, Unterrichtsaktivitäten, die notwendiger Bestandteil eines Bildungsgangs sind und für deren Durchführung eine Präsenz vor Ort erforderlich ist, sowie Einzellektionen.

Sportaktivitäten in der Freizeit sind in Gruppen bis höchstens 15 Personen erlaubt (Ausnahme unter 20-Jährige). Singen ist ausserhalb des Familienkreises verboten (Ausnahme unter 20-Jährige).

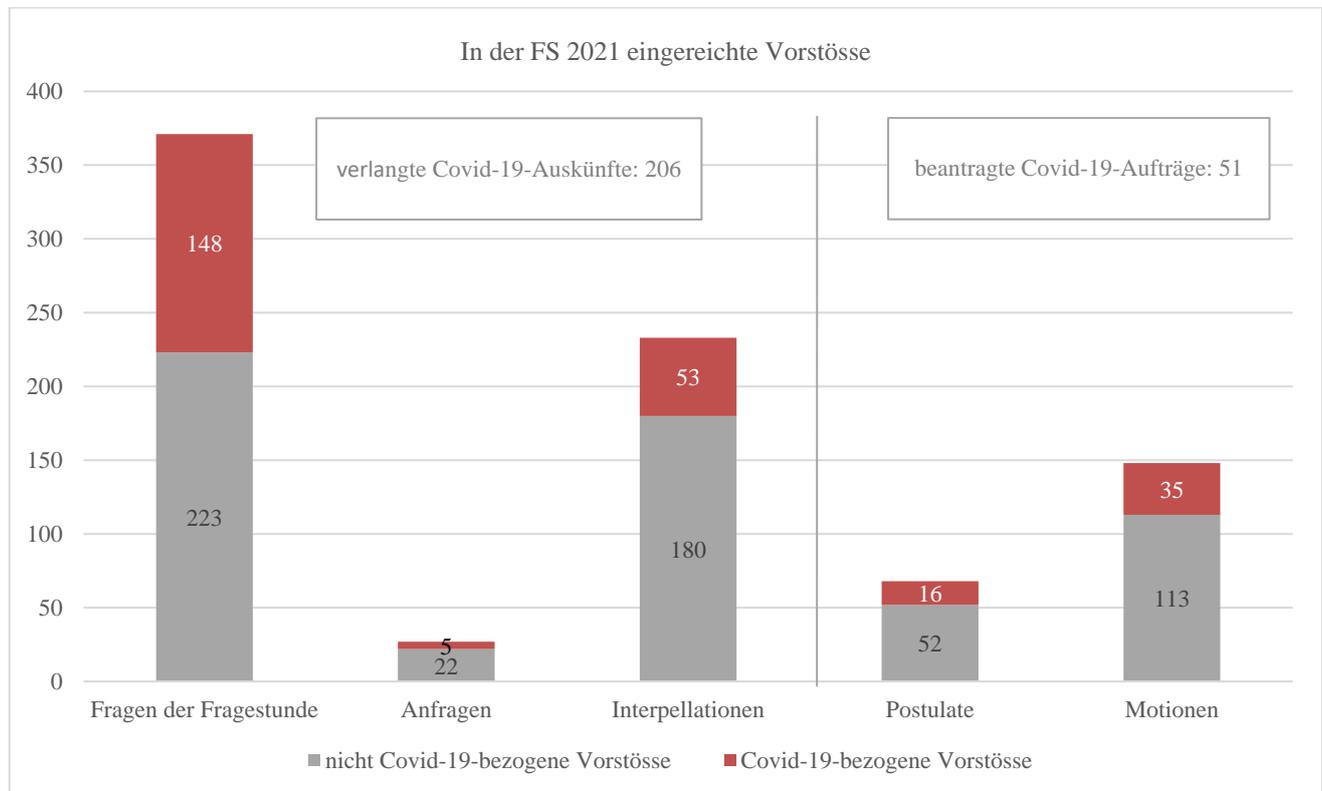
Für Skigebiete gelten u. a. folgende Regeln: Gondeln und Bahnen dürfen nur zu zwei Dritteln gefüllt werden; Maskenpflicht beim Anstehen, auf Liften, in Bahnen und Gondeln; Mindestabstand von 1,5 Metern beim Anstehen. Die Skigebiete benötigen für den Betrieb eine Bewilligung des Kantons.

Die Arbeitgeber sind verpflichtet, Home-Office überall dort anzuordnen, wo dies aufgrund der Art der Aktivität möglich und mit verhältnismässigem Aufwand umsetzbar ist. Wo Home-Office nicht oder nur zum Teil möglich ist, gilt zum Schutz von Arbeitnehmenden in Innenräumen überall dort eine Maskenpflicht, wo sich mehr als eine Person in einem Raum aufhält. Besonders gefährdete Personen werden spezifisch geschützt. Dazu wird das Recht auf Homeoffice oder ein gleichwertiger Schutz am Arbeitsplatz oder eine Beurlaubung für besonders gefährdete Personen eingeführt. Für gefährdete Personen in Berufen, in denen die Schutzbestimmungen nicht umgesetzt werden können, muss der Arbeitgeber die betroffenen Arbeitnehmenden unter voller Lohnzahlung von der Arbeitspflicht befreien. In diesen Fällen besteht ein Anspruch auf Corona-Erwerbsersatz.

Einreisende aus Gebieten mit erhöhtem Ansteckungsrisiko müssen sich in eine zehntägige Quarantäne begeben. Es bestehen weiterhin Einreisebeschränkungen für Nicht-Schengen-Staaten: Einreisen aus Risikoländern sind untersagt.

Frühjahrssession im Parlamentsgebäude: Der Zugang zum Parlamentsgebäude ist eingeschränkt.

3.1. Eingereichte Covid-19-Vorstösse



G.75

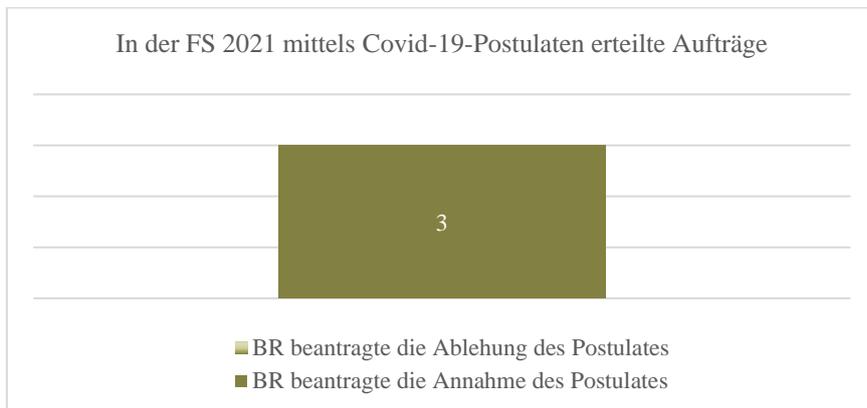
Rund 30 Prozent der im Laufe der Frühjahrsession eingereichten Vorstösse beziehen sich auf Covid-19. Es werden 148 Fragen, 5 Anfragen, 53 Interpellationen, 16 Postulate sowie 35 Motionen zu Covid-19 eingereicht. Eingereicht werden zudem 4 Covid-19-bezogene parlamentarische Initiativen.

3.2. Abschliessend behandelte Covid-19-Vorstösse

Postulate

Während der Frühjahrsession nimmt der Ständerat zwei Covid-19-bezogene Postulate und der Nationalrat ein Covid-19-bezogenes Postulat an. Mit diesen erteilen die Räte dem Bundesrat folgende Aufträge:

- [21.3001](#) SGK-S «Sicherstellung einer angemessenen Behandlung und Rehabilitation für Menschen mit Long Covid»: Der Bundesrat wird aufgefordert, einen Bericht über die Situation von Patientinnen und Patienten mit Langzeitfolgen einer Covid-19-Infektion und deren gesundheitliche Versorgung vorzulegen. (Der Bundesrat beantragte die Annahme des Postulats.)
- [20.4522](#) Cottier Damien «Föderalismus im Krisentest. Die Lehren aus der Covid-19-Krise ziehen»: Der Bundesrat wird unter anderem beauftragt, einen Bericht vorzulegen, in dem er untersucht, wie in der Covid-19-Krise die föderalistischen Strukturen und Verfahren funktioniert haben. (Der Bundesrat beantragte die Annahme des Postulats.)
- [20.3556](#) Kuprecht Alex «Auswirkungen von Covid-19 auf die Sozialwerke»: Der Bundesrat wird beauftragt in einem Bericht aufzuzeigen, inwieweit sich die Prognosen zur Finanzierung der Sozialversicherungen infolge des Wirtschaftseinbruchs 2020 verschlechtern. (Der Bundesrat beantragte die Annahme des Postulats.)

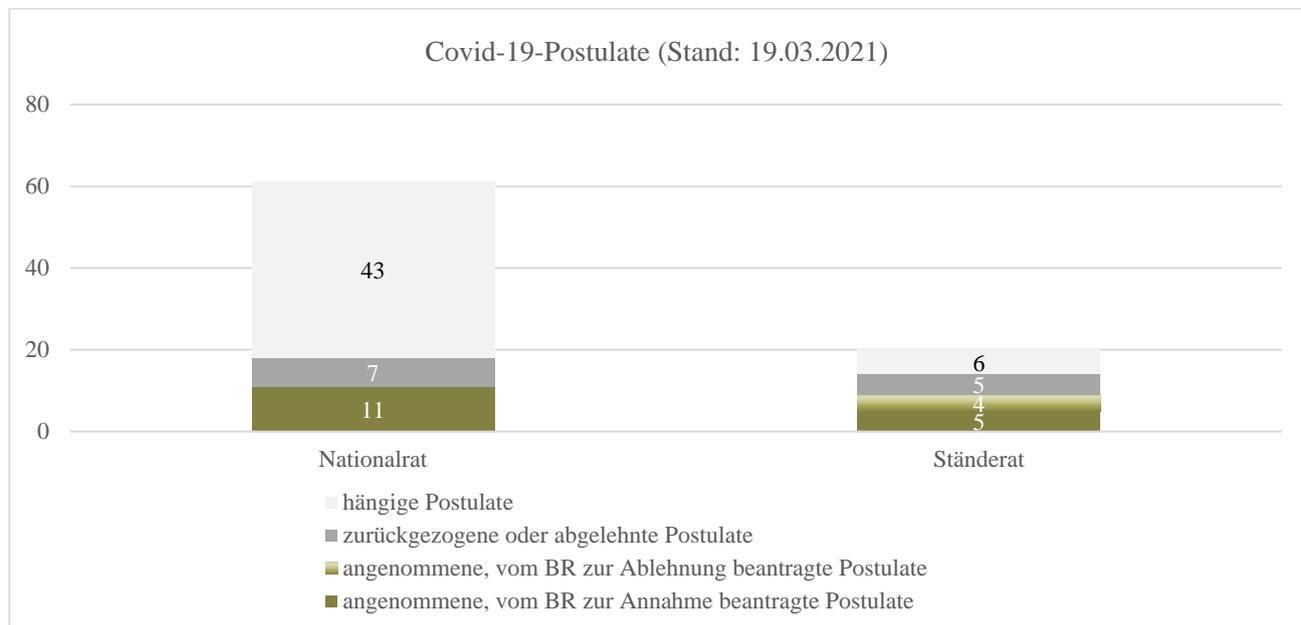


G.76

Zwischenbilanz

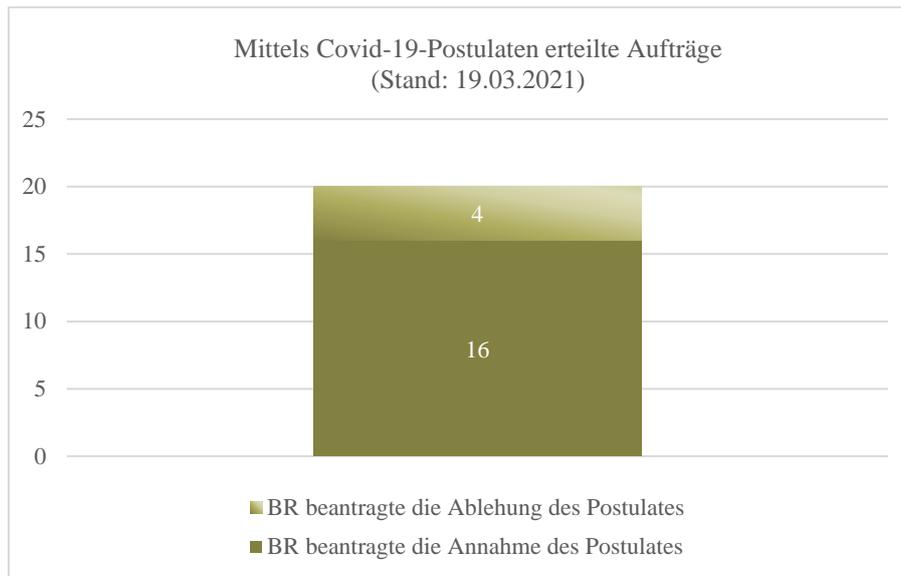
Damit wurden seit Beginn der Krise dem Bundesrat mittels Covid-19-Postulaten insgesamt zwanzig Aufträge erteilt. Bei vier (d. h. rund 20 Prozent) dieser Aufträge hatte der Bundesrat die Ablehnung des Postulates beantragt.²⁹

Am Ende der Frühjahrssession sind 49 Covid-19-Postulate hängig. Seit Beginn der Krise wurden insgesamt 81 Covid-19-bezogene Postulate eingereicht.



G.77

²⁹ Die angenommenen Postulate sind im Anhang VI einzeln aufgeführt.



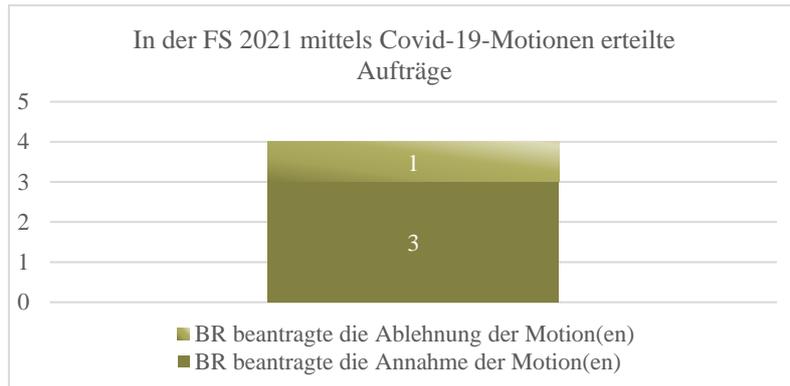
G.78

Motionen

Während der Frühjahrssession nehmen die Räte vier Covid-19-bezogene Motionen an.

Es werden dem Bundesrat damit folgende Aufträge erteilt:

- [20.3282](#) Ettlin Erich «Lehren aus der Covid-19-Pandemie für das Schweizer Gesundheitssystem ziehen»: Der Bundesrat wird beauftragt, die Lehren aus der COVID-19-Pandemie für das Schweizer Gesundheitssystem zu ziehen und geeignete Massnahmen vorzuschlagen. (Der Bundesrat beantragte die Annahme der Motion.)
- [20.3268](#) Häberli-Koller Brigitte «Essentielle Güter. Wirtschaftliche Abhängigkeit verringern»: Der Bundesrat wird beauftragt, Massnahmen zu ergreifen, um die Abhängigkeit von internationalen Liefer- und Produktionsketten für essentielle Güter zu verringern. So soll die Versorgungssicherheit in zukünftigen Krisen besser gewährleistet werden und die nachhaltige Wirtschaft der Schweiz gestärkt werden. (Der Bundesrat beantragte die Ablehnung der Motion.)
- [20.3243](#) Nantermod Philippe «Covid-19. Die Digitalisierung im Gesundheitswesen beschleunigen»: Der Bundesrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Akteuren, die erforderlichen Massnahmen zu treffen, um den Digitalisierungsprozess unseres Gesundheitssystems zu beschleunigen. (Der Bundesrat beantragte die Annahme der ersten drei Ziffern der Motion.)
- [20.3263](#) Die Mitte-Fraktion. CVP-EVP-BDP «Lehren aus der Covid-19-Pandemie für das Schweizer Gesundheitssystem ziehen»: Der Bundesrat wird beauftragt, die Lehren aus der COVID-19-Pandemie für das Schweizer Gesundheitssystem zu ziehen und geeignete Massnahmen vorzuschlagen. (Der Bundesrat beantragte die Annahme der Motion.)

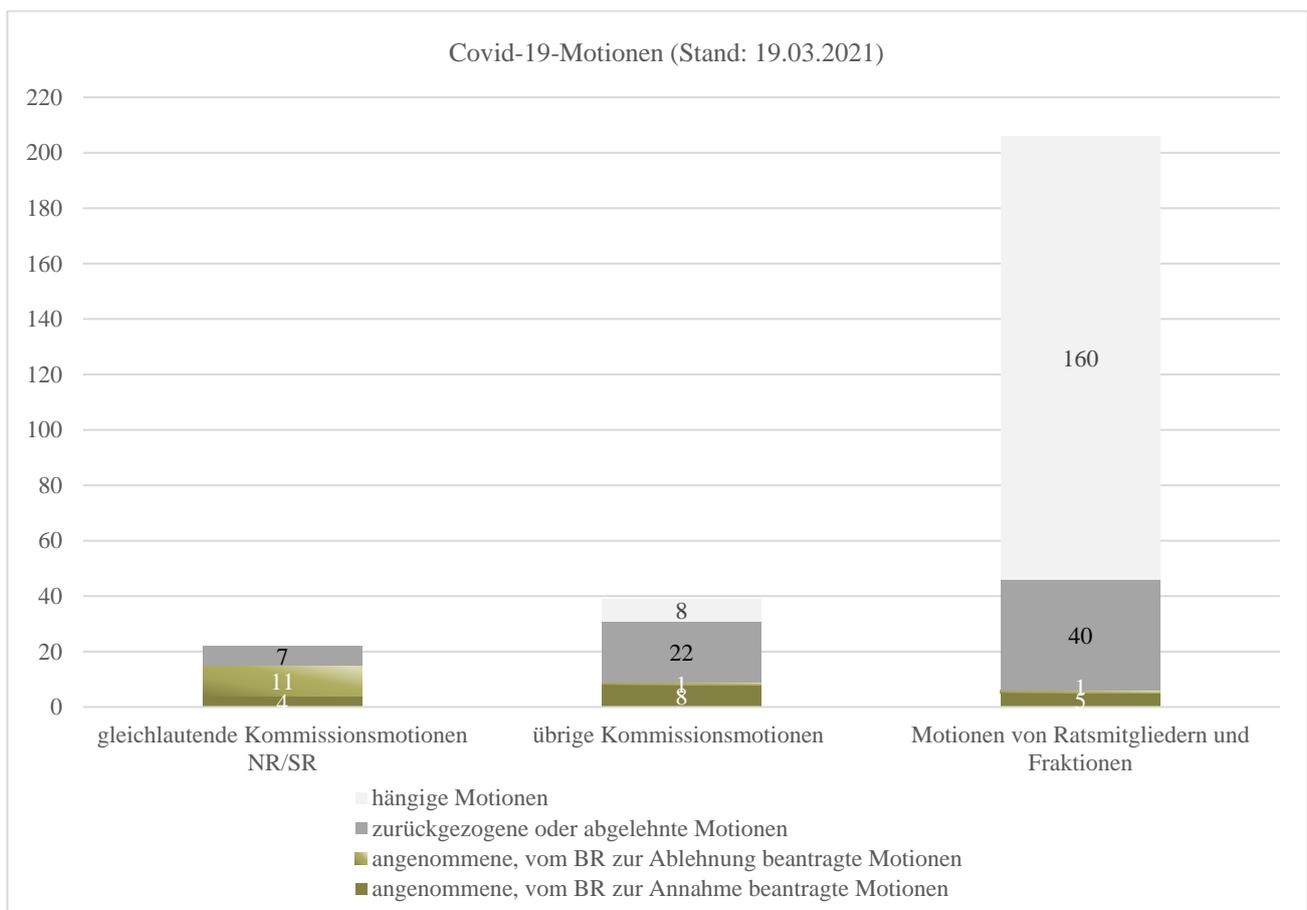


G.79

Zwischenbilanz

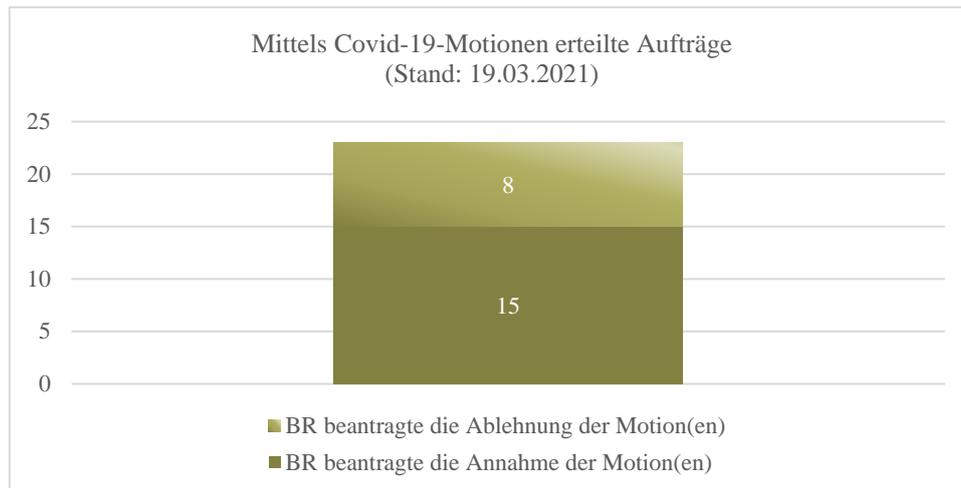
Dem Bundesrat wurden damit seit Beginn der Krise mittels 30 Covid-19-Motionen insgesamt 23 Aufträge erteilt. Bei acht (d. h. 35 Prozent) dieser Aufträge hatte der Bundesrat die Ablehnung der Motion(en) beantragt.³⁰

Am Ende der Frühjahrsession sind insgesamt 168 Covid-19-Motionen hängig. Seit Beginn der Krise wurden 267 Covid-19-bezogene Motionen eingereicht.



G.80

³⁰ Vgl. Anhang VI des Faktenberichtes.



G.81

4. Covid-19-Akte

4.1. Rechtsetzungsakte im Covid-19-Bereich

4.1.1 Dringliche Bundesgesetze

Parlamentarische Phase

Dringliche Änderung des Covid-19-Gesetzes und des Arbeitslosenversicherungsgesetzes

Aufgrund der Entwicklung der Covid-19-Pandemie und der seit Dezember 2020 getroffenen Massnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus soll das Covid-19-Gesetz (SR 818.102) erneut angepasst werden. Der Bundesrat hat hierzu am 17. Februar 2021 die entsprechende Botschaft verabschiedet (21.016). Mit dieser beantragt der Bundesrat dem Parlament unter anderem die Aufstockung des Härtefallprogramms auf 10 Milliarden Franken, Anpassungen der Covid-19-Massnahmen bei der Arbeitslosenversicherung, Massnahmen zugunsten von durch die öffentliche Hand geführten Institutionen der familienergänzenden Kinderbetreuung sowie die Ausfallentschädigungen an Kulturschaffende. Der Bundesrat beantragt dem Parlament zudem eine Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, so dass der Bund auch 2021 die Kosten der Kurzarbeitsentschädigungen übernehmen kann.

Beide Vorlagen werden von den Räten während der Frühjahrsession beraten.

Die erste Vorlage, die Änderung des Covid-19-Gesetzes, wird von den Räten überarbeitet und durch zahlreiche Bestimmungen ergänzt. Ergänzt und geändert werden nicht nur die vom Bundesrat beantragten wirtschaftlichen Unterstützungsmassnahmen; das Parlament verankert im Gesetz auch neue Grundsätze, welche der Bundesrat bei seiner Corona-Politik zu beachten hat. So hat der Bundesrat seine zukünftige Strategie auf die mildest- und kürzestmögliche Einschränkung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens auszurichten und muss den regionalen Entwicklungen der epidemiologischen Lage Rechnung tragen. Künftig muss der Bundesrat zudem die Kantonsregierungen in die Erarbeitung der Massnahmen miteinbeziehen.

Bei der zweiten Vorlage, der Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, folgen die Räte den Anträgen des Bundesrates und stimmen ihr unverändert zu.

Die dringliche Änderung des Covid-19-Gesetzes tritt am 20. März 2021 in Kraft. Da einzelne Artikel eine Geltungsdauer von mehr als einem Jahr haben, untersteht diese Änderung dem nachträglichen fakultativen Referendum.

Die dringliche Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes tritt ebenfalls am 20. März in Kraft und gilt bis zum 31. Dezember 2021. Mit einer Geltungsdauer von weniger als einem Jahr untersteht diese Änderung keinem Referendum.

Nachparlamentarische Phase

Die Referendumsfrist der zwei während der Wintersession erlassenen dringlichen Covid-19-bezogenen Gesetze, die dem Referendum unterstellt sind, (20.084, 20.075) läuft.

Die Bundeskanzlei informiert, dass das Referendum gegen das Covid-19-Gesetz formell zustande gekommen ist (20.058). Das Gesetz wird dem Volk am 13. Juni 2021 zur Abstimmung unterbreitet. Wird das Covid-19-Gesetz in der Volksabstimmung verworfen, so tritt es, inklusive der während der Winter- und Frühjahrsession beschlossenen Änderungen, am 25. September 2021 ausser Kraft.

Zwischenbilanz

Somit hat die Bundesversammlung bisher elf dringliche Bundesgesetze erlassen, mit denen dreizehnmal bestehende Gesetze revidiert und zwei neue Gesetze erlassen wurden, wobei eines dieser zwei neuen Gesetze bereits zweimal revidiert wurde. Bei vier der elf dringlichen Bundesgesetze wurde eine Vernehmlassung durchgeführt. Neun dieser Gesetze sind resp. waren dem nachträglichen fakultativen Referendum unterstellt und bei einem wurde das Referendum ergriffen.

4.1.2 Bundesratsverordnungen

a. Erklärung des Nationalrates³¹

Am 3. März nimmt der Nationalrat mit 97 zu 90 Stimmen bei 6 Enthaltungen eine von der WAK-N beantragte Erklärung (21.028) an, welche den Bundesrat zu einer Anpassung seiner Strategie und zu weiteren Lockerungen auffordert. Die Gastrounternehmen wie auch Betriebe in den Bereichen Kultur, Unterhaltung, Freizeit und Sport sind, so die Forderungen des Nationalrates, ab dem 22. März 2021 offen zu halten. Intensiviertes Testen und Impfen sollen den Weg zu mehr Öffnungen und weniger Verboten ebnen. Neben den bereits erwähnten Öffnungen per 22. März 2021 sei die 5-Personen-Regel auch in Innenräumen aufzuheben, die Nutzung der Terrassen für den Take-away-Betrieb zu ermöglichen und Planungssicherheit für kulturelle und sportliche Grossanlässe zu schaffen.

b. Erlass und Änderungen

Der Bundesrat revidiert im untersuchten Zeitraum folgende Covid-19-Verordnungen einzeln oder zusammen:

- **SR 818.101.26** Verordnung über Massnahmen in der besonderen Lage zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Verordnung besondere Lage) vom 19. Juni 2020, Änderung vom 12. März 2021 (Inkrafttreten am 15. März 2021)
- **SR 818.101.24** Verordnung 3 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (Covid-19) (Covid-19-Verordnung 3) vom 19. Juni 2020, Änderung vom 12. März 2021 (Inkrafttreten am 15. März 2021)

³¹ Die Covid-19-Erklärungen der Räte und des Bundesrates werden im Anhang IX einzeln aufgelistet.

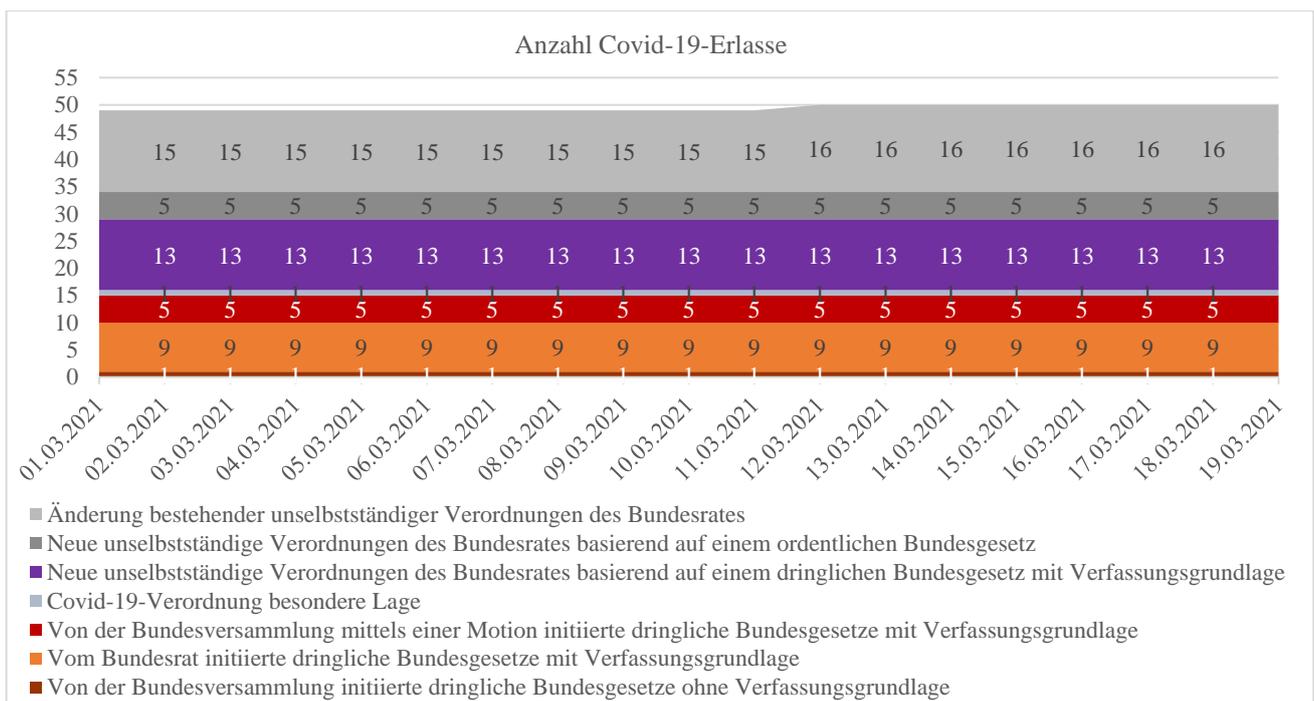
- [SR 818.101.27](#) Verordnung über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (Covid-19) im Bereich des internationalen Personenverkehrs (Covid-19-Verordnung Massnahmen im Bereich des internationalen Personenverkehrs) vom 2. Juli 2020
- [SR 818.101.25](#) Verordnung über den Pilotversuch mit dem «Swiss Proximity-Tracing-System» zur Benachrichtigung von Personen, die potenziell dem Coronavirus (Covid-19) ausgesetzt waren (Covid-19-Verordnung Pilotversuch Proximity-Tracing) vom 13. Mai 2020, Änderung vom 12. März 2021 (Inkrafttreten am 18. März 2021)

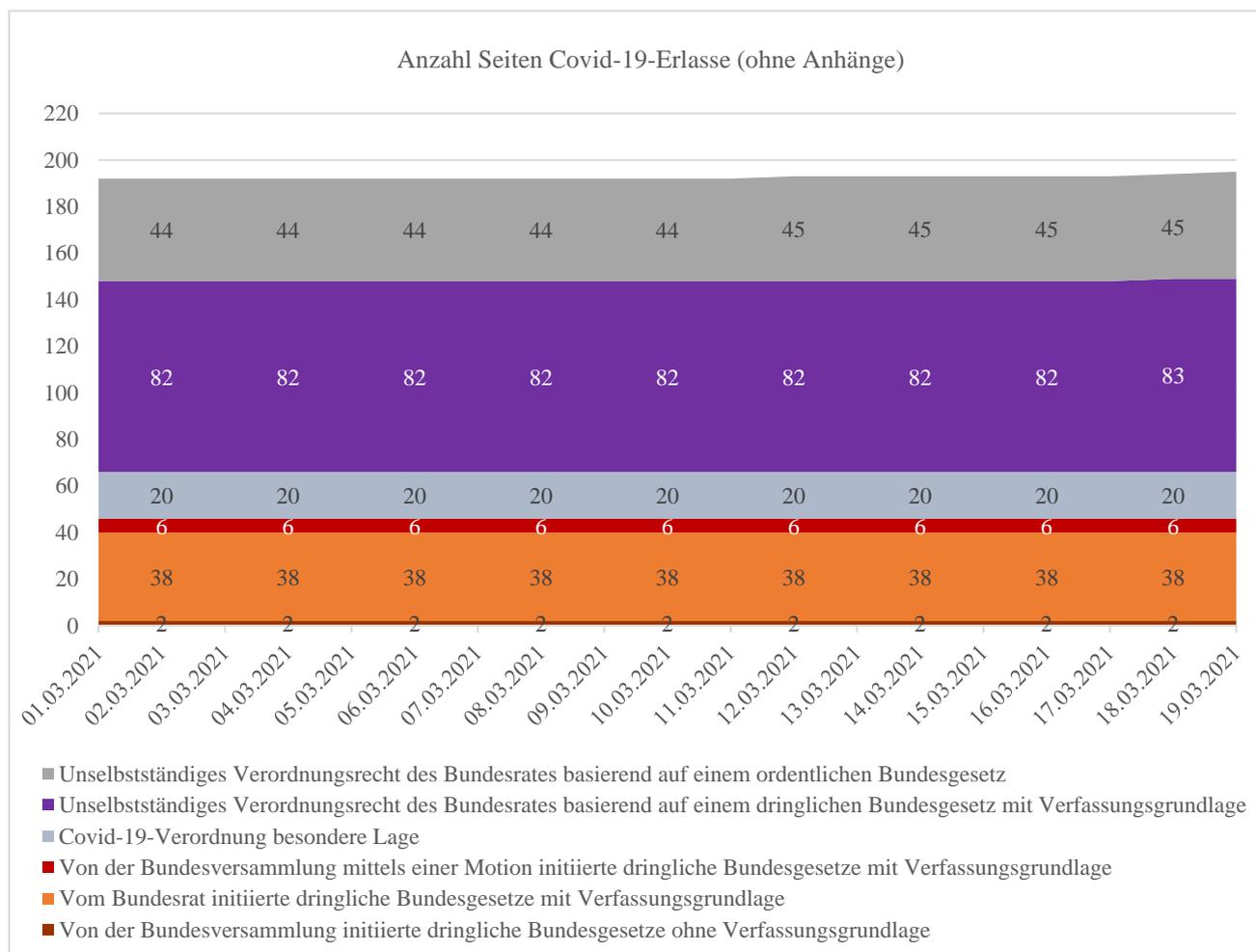
und erlässt folgende neue Covid-19-Verordnungen:

- [SR 412.103.2](#) Verordnung über die kantonalen Prüfungen 2021 der eidgenössischen Berufsmaturität und über die Promotion im Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Verordnung kantonale Berufsmaturitätsprüfungen 2021) vom 12. März 2021 (Inkrafttreten am 1. April 2021)
- [SR 413.141](#) Verordnung über die Ergänzungsprüfung 2021 für die Zulassung von Inhaberinnen und Inhabern eines eidgenössischen Berufsmaturitätszeugnisses oder eines gesamtschweizerisch anerkannten Fachmaturitätszeugnisses zu den universitären Hochschulen im Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Verordnung Passerellen-Ergänzungsprüfung 2021) vom 12. März 2021 (Inkrafttreten am 1. April 2021)
- [SR 413.16](#) Verordnung über die kantonalen gymnasialen Maturitätsprüfungen 2021 im Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Verordnung gymnasiale Maturitätsprüfungen 2021) vom 12. März 2021 (Inkrafttreten am 1. April 2021)
- [SR 413.17](#) Verordnung über die schweizerische Maturitätsprüfung 2021 im Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Verordnung schweizerische Maturitätsprüfung 2021) vom 12. März 2021 (Inkrafttreten am 1. April 2021).

Zudem wird folgende Verordnung revidiert:

- [SR 641.201](#) Mehrwertsteuerverordnung vom 27. November 2009 (MWSTV), Änderung vom 12. März 2021 (Inkrafttreten am 28. Januar 2021).





G.83

4.2. Finanzbeschlüsse im Covid-19-Bereich

Nachtrag Ia zum Voranschlag 2021

Das Parlament hat mit dem Beschluss zum Voranschlag 2021 vom 16. Dezember 2020 Ausgaben von 6,6 Milliarden zur Bewältigung der Corona-Pandemie beschlossen. Angesichts der im Januar 2021 vom Bundesrat beschlossenen Massnahmen sind allerdings zusätzliche Ausgaben zur Abfederung der wirtschaftlichen Auswirkungen nötig. Mit dem Nachtrag Ia (21.007) beantragt der Bundesrat daher 8 Nachtragskredite im Umfang von 14,3 Milliarden für weitere Massnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie. Sie entfallen grösstenteils auf die Härtefallmassnahmen für Unternehmen (6,3 Mrd.), die Kurzarbeitsentschädigung (6 Mrd.), die Kosten für Coronatests (989,8 Mio.) sowie den Erwerbssersatz (940 Mio.). Die Nachträge werden grösstenteils als ausserordentlicher Zahlungsbedarf beantragt. Mehrere dieser Kredite dienen der finanziellen Umsetzung der Änderungen des Covids-19-Gesetzes (21.016).

Die Räte bewilligen neben den vom Bundesrat beantragten Nachtragskrediten einen Kredit von 50 Millionen Franken für den Nachwuchs- und Breitensport. Damit werden vom Parlament während der Frühjahrssession zusätzliche Ausgaben von insgesamt 14,4 Milliarden Franken bewilligt, 13,2 Milliarden Franken als ausserordentlichen Zahlungsbedarf.

Die für das Jahr 2021 für die Bewältigung der Corona-Krise genehmigten Ausgaben belaufen sich somit auf insgesamt 21 Milliarden Franken. Davon entfallen rund 17 Milliarden Franken auf den ausserordentlichen Haushalt.

Voranschlag 2021. Nachtrag I

In Franken		Bewilligte Mittel	Kompensation
Total		14 375 488 100	–
<i>davon ausserordentliche Ausgaben</i>		<i>13 207 500 000</i>	<i>–</i>
316	Bundesamt für Gesundheit		
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	84 865 100	
A231.0213	Beitrag Gesundheitsschutz und Prävention	18 143 000	
A231.0410	Covid: Bundesfinanzierung SARS-CoV-2-Tests	989 800 000	
317	Bundesamt für Statistik		
A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	5 180 000	
318	Bundesamt für Sozialversicherungen		
A231.0426	Covid: Kinderbetreuung	20 000 000	
A290.0104	Covid: Leistungen Erwerbsersatz	940 000 000	
504	Bundesamt für Sport		
A231.0412	Covid: Finanzhilfen	50 000 000	
704	Staatssekretariat für Wirtschaft		
A290.0105	Covid: Bundesbeitrag an die ALV	6 000 000 000	
A290.0132	Covid: Kantonale Härtefallmassnahmen für Unternehmen	6 267 500 000	

Bundesbeschluss über die Finanzierung der Härtefallmassnahmen nach dem Covid-19-Gesetz

Neu soll der Gesamtbetrag für Beiträge an kantonale Härtefallmassnahmen nicht mehr im Gesetz geregelt werden. Stattdessen soll das Parlament den Gesamtbetrag des Bundesanteils, so der Antrag des Bundesrates, über einen Verpflichtungskredit steuern. Unter dem Vorbehalt der Zustimmung zur vom Bundesrat beantragten Änderung von Artikel 12 des Covid-19-Gesetzes (21.016) unterbreitet der Bundesrat dem Parlament daher einen Entwurf zu einem Bundesbeschluss über die Finanzierung der Härtefallmassnahmen nach dem Covid-19-Gesetz im Umfang von 8,2 Milliarden Franken – dies entspricht dem Bundesanteil von 70 Prozent an der ersten Tranche von 6 Milliarden Franken sowie der vollständig durch den Bund finanzierten zweiten Tranche von 4 Milliarden Franken.

Das Parlament hat während der Wintersession 2020 im Rahmen des Bundesbeschlusses zum Voranschlag 2021 bereits einen Verpflichtungskredit für kantonale Härtefallmassnahmen im Umfang von 1,9 Milliarden genehmigt. Dieser bereits bewilligte Kredit soll durch den neu beantragten Verpflichtungskredit von 8,2 Milliarden Franken ersetzt werden.

Das Parlament stimmt dem neu vom Bundesrat beantragten Verpflichtungskredit im Laufe der Frühjahrssession zu.

Teil XVI

ZWISCHEN DER FRÜHJAHRSSSESSION 2021 UND DER SONDERSESSION 2021

19.03.2021 (ab 11:00 Uhr) – 02.05.2021

Massnahmen des Bundes gegen das Coronavirus 19.03.2021
 Nächster Entscheid voraussichtlich am 14. April

Ab 22. März gilt neu:

Treffen drinnen mit maximal 10 Personen
 Empfehlung: Kontakte reduzieren; möglichst wenig Haushalte zusammen.

Empfehlung: Lassen Sie sich testen!
 Bei Symptomen und vor Treffen. Auch Schnelltests für Personen ohne Symptome sind gratis.

Weiterhin gilt:

Beschlossen:

- Restaurants und Bars
- Discos und Tanzlokale
- Kulturbetriebe (drinnen)
- Ausnahme: Museen, Bibliotheken
- Sportanlagen (drinnen)
- Freizeitbetriebe (drinnen)

Verbot von Veranstaltungen

Regeln für Skigebiete

Homeoffice Pflicht

Verbot von Sport mit Körperkontakt

Ausgedehnte Maskenpflicht

Singen nur im Familienkreis (Ausnahme: unter 20-Jährige)

Treffen draussen mit maximal 15 Personen

Fernunterricht an Hochschulen

-20 Ausnahmen bei Sport und Kultur für unter 20-Jährige

Abstand halten

Handhygiene beachten

Maske tragen

Bund lockert Massnahmen gegen das Coronavirus 14.04.2021

Ab 19. April gilt neu:

Wieder geöffnet:

- Restaurants und Bars draussen
- Freizeit- und Kulturbetriebe (auch drinnen)
- Sportanlagen (auch drinnen)

Veranstaltungen wieder möglich

- Generell maximal 15 Personen
- Mit Publikum drinnen: Maximal 50 Personen resp. 1/3 der Kapazität
- Mit Publikum draussen: Maximal 100 Personen resp. 1/3 der Kapazität

Präsenzunterricht an Hochschulen wieder möglich
 Maximal 50 Personen. Gilt für Hochschulen und Erwachsenenbildung.

Wettkämpfe im Amateursport mit maximal 15 Personen
 Gilt nur für Sportarten ohne Körperkontakt.

Weiterhin gilt:

Private Treffen drinnen mit maximal 10 Personen

Homeoffice-Pflicht

Regeln für Sport und Kultur (mit Ausnahmen für unter 20-Jährige)

Beschlossen: Restaurants und Bars (drinnen), Discos, Tanzlokale, Wellness-/Freizeibäder (drinnen)

Ausgedehnte Maskenpflicht

Empfehlung: Lassen Sie sich testen!

Basismassnahmen bleiben wichtig!

1. Chronologie der Ereignisse

- 19.03.2021 Der Bundesrat erhöht die Anzahl Personen für Treffen im Familien- und Freundeskreis in Innenräumen von fünf auf maximal zehn Personen. Für weitere Öffnungen ist das Risiko eines unkontrollierten Anstiegs der Fallzahlen derzeit zu gross, nachdem die Zahl der Infektionen seit Ende Februar wieder zunimmt. Für den Fall, dass die epidemiologische Lage erneute Schliessungen erfordert, definiert der Bundesrat Richtwerte.
- Ausserdem genehmigt der Bundesrat den von den Tarifpartnern ausgehandelten Tarifvertrag für die Vergütung der Covid-19-Impfung und verlängert das vereinfachte Verfahren für Kurzarbeitsentschädigung (KAE) sowie die Aufhebung der Karenzzeit bis am 30. Juni 2021.
- 31.03.2021 Der Bundesrat beschliesst Änderungen an der Covid-19-Härtefallverordnung sowie an der Covid-19-Verordnung zum Erwerbsausfall. Damit vollzieht er die Anpassungen am Covid-19-Gesetz, welche das Parlament in der Frühlingssession vorgenommen hat. Bei der Härtefallhilfe werden insbesondere die Höchstbeträge, der Gründungszeitpunkt, die Beteiligung des Staates an allfälligen Gewinnen der Unternehmen im Jahr 2021 sowie die Dauer des Dividendenverbots angepasst. Zudem wird die landesweit einheitliche Bemessung der Beiträge an Unternehmen mit mehr als 5 Millionen Umsatz geregelt. Aufgrund der während der Frühjahrsession 2021 verabschiedeten Anpassung des Covid-19-Gesetzes passt der Bundesrat zudem die Verordnung Mannschaftssport und die Handhabung beim Bezug dieser Gelder an. Ausserdem verstärkt der Bundesrat die Unterstützung des Bundes für den Kulturbereich.
- Der Bundesrat verlängert ferner das Aufgebot von Schutzdienstpflichtigen zur Bewältigung der Corona-Krise bis zum 30. Juni 2021. Der Unterstützungsbedarf des Gesundheitswesens wird in den nächsten Monaten bestehen bleiben. Der Zivilschutz wird insbesondere beim Aufbau und Betrieb von Infrastrukturen für Impfungen oder Tests zunehmend gefordert sein.
- Der Bundesrat verabschiedet des Weiteren den ersten ordentlichen Nachtrag zum Budget 2021. Er unterbreitet dem Parlament damit 11 Nachtragskredite im Umfang von 2,6 Milliarden Franken. Es handelt sich dabei grösstenteils um weitere Massnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie, vor allem im Zusammenhang mit der Ausweitung der Teststrategie. Die Hälfte der zusätzlichen Mittel wird kompensiert. Die effektiven Mehrausgaben belaufen sich auf 1,3 Milliarden Franken.
- 14.04.2021 Der Bundesrat beschliesst weitere Öffnungsschritte. Ab Montag, 19. April, sind mit Einschränkungen wieder Veranstaltungen mit Publikum möglich, etwa in Sportstadien, Kinos oder Theater- und Konzertlokalen. Auch sportliche und kulturelle Aktivitäten in Innenräumen sind wieder erlaubt, ebenso gewisse Wettkämpfe. Restaurants können ihre Terrassen wieder öffnen.
- Der Bundesrat fällt zudem Entscheide zur Versorgung mit wichtigen und vielversprechenden Arzneimitteln gegen Covid-19. Monoklonale Antikörper-Kombinationstherapien sollen in der Schweiz möglichst bald verfügbar sein. Der Bund wird die Kosten für diese Behandlungen in einer ersten Phase bis zur Kostenübernahme durch die Krankenversicherer übernehmen.

- 21.04.2021 Der Bundesrat konkretisiert seine Strategie für die kommenden Monate. Er hat dazu drei Phasen definiert, bis alle erwachsenen impfwilligen Personen geimpft sind und die Massnahmen zum Schutz gegen Covid-19 weitgehend aufgehoben werden können. Wie lange die einzelnen Phasen dauern, hängt, so der Bundesrat, von der Impfbereitschaft der jeweiligen Bevölkerungsgruppen und dem Verlauf der Impfkampagne ab. Der Bundesrat schickt das Drei-Phasen-Modell bei den Kantonen in Konsultation.
- 26.04.2021 Die Finanzdelegation gibt einen Teil zweier Nachtragskredite, die vom Bundesrat per Nachmeldung zum Nachtrag I zum Voranschlag 2021 beantragt worden sind, als Vorschuss frei. Mit dem Betrag von insgesamt 90 Millionen Franken sollen Arzneimittel beschafft werden für die Behandlung von Covid-19, namentlich auf der Basis monoklonaler Antikörper.
- 28.04.2021 Der Bundesrat will den Organisatoren von Grossveranstaltungen und den Kantonen eine Planungsperspektive bieten. Er legt dar, unter welchen Bedingungen die Kantone ab Sommer 2021 Grossveranstaltungen bewilligen können, auch wenn noch nicht klar ist, ob die epidemiologische Lage eine Durchführung erlaubt. Dabei handelt es sich um eine Entscheidungshilfe für die Kantone und nicht um einen Öffnungsplan. Sollten Veranstaltungen mit einer kantonalen Zusicherung aus epidemiologischen Gründen nicht stattfinden können, haben die Organisatoren Anspruch auf eine Entschädigung (Schutzschirm-Regelung). Die Kantone und die betroffenen Branchenverbände können sich bis am 10. Mai 2021 in einer Konsultation zu den Vorschlägen des Bundesrats äussern.

2. Parlamentsbetrieb

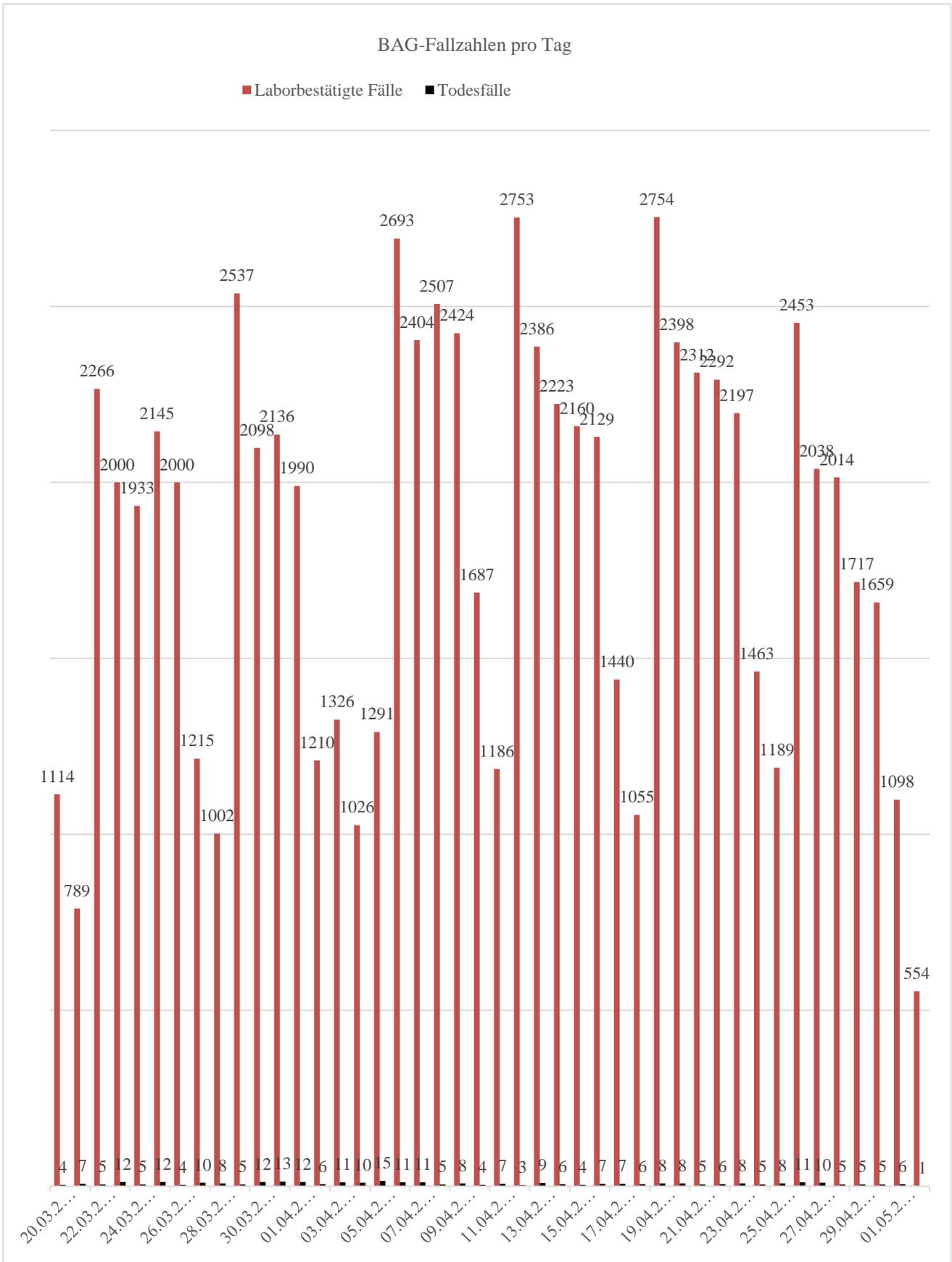
Die Kommissionen beraten die Geschäfte der kommenden Sessionen vor, werden zu Verordnungsänderungen konsultiert, führen Aussprachen mit dem jeweils zuständigen Departementsvorsteher resp. der zuständigen Departementsvorsteherin, reichen Vorstösse ein und richten Empfehlungen an den Bundesrat.

Zugang zum Parlamentsgebäude haben ausschliesslich Teilnehmende von Sitzungen der parlamentarischen Organe (Kommissionen, Delegationen und Fraktionen, ohne Parl. Gruppen), persönliche Mitarbeitende der Ratsmitglieder mit Zutrittsberechtigung sowie Medienschaffende mit Dauerausweis.

Ab dem 22. März 2021 können sich Ratsmitglieder, Mitarbeitende der Parlamentsdienste und weitere Personen, die sich zwingend und regelmässig im Parlamentsgebäude aufhalten müssen, einmal pro Woche auf Covid-19 testen lassen. Die Tests sind freiwillig, werden aber gemäss Teststrategie des Bundes dringend empfohlen.

COVID-19-FALLZAHLEN

G.84



COVID-19-MASSNAHMEN IM ÜBERBLICK

Es besteht eine ausgedehnte Maskentragpflicht. Menschenansammlungen im öffentlichen Raum sind auf fünfzehn Personen beschränkt.

Öffentliche Veranstaltungen sind verboten; ausgenommen sind religiöse Feiern (bis max. 50 Personen), Beerdigungen im Familien- und engen Freundeskreis, Versammlungen von Legislativen und politische Kundgebungen. An privaten Veranstaltungen dürfen maximal zehn Personen teilnehmen; Kinder werden dabei mitgezählt.

Für Läden und Dienstleistungsbetriebe ist die erlaubte Anzahl Kundinnen und Kunden beschränkt.

Der Betrieb von Restaurations-, Bar- und Clubbetrieben sowie von Diskotheken- und Tanzlokalen ist verboten. Betriebskantinen, Schulkantinen der obligatorischen Schulen und der Sekundarstufe II sowie Restaurants für Hotelgäste dürfen offenbleiben. Take-away-Angebote und Lieferdienste sind erlaubt.

Öffentlich zugängliche Innenbereiche von Einrichtungen und Betrieben in den Bereichen Kultur, Unterhaltung, Freizeit und Sport sind für das Publikum geschlossen; ausgenommen sind: Museen, Bibliotheken und Archive; Anlagen für den Reitsport und Anlagen in Hotels, sofern sie nur für Hotelgäste zugänglich sind. Alle Aussenbereiche von Freizeitbetrieben (z.B. Zoos, botanische Gärten, Kunsteisbahnen, Tennis- und Fussballplätze, Skigebiete etc.) sind geöffnet. Einrichtungen für Sport und Kultur dürfen für Aktivitäten von Personen bis Jahrgang 2001 drinnen und draussen öffnen. Dies betrifft z.B. Sportvereine, Theatergruppen, Jugendorchester und Jugendtreffs.

Präsenzveranstaltungen in Bildungseinrichtungen sind verboten; ausgenommen sind die obligatorischen Schulen und die Schulen der Sekundarstufe II, Unterrichtsaktivitäten, die notwendiger Bestandteil eines Bildungsgangs sind und für deren Durchführung eine Präsenz vor Ort erforderlich ist, sowie Einzellektionen.

Sportaktivitäten in der Freizeit sind in Gruppen bis höchstens 15 Personen erlaubt (ausgenommen unter 20-Jährige). Singen ist ausserhalb des Familienkreises verboten (ausgenommen unter 20-Jährige).

Für Skigebiete gelten u. a. folgende Regeln: Gondeln und Bahnen dürfen nur zu zwei Dritteln gefüllt werden; Maskenpflicht beim Anstehen, auf Liften, in Bahnen und Gondeln; Mindestabstand von 1,5 Metern beim Anstehen. Die Skigebiete benötigen für den Betrieb eine Bewilligung des Kantons.

Die Arbeitgeber sind verpflichtet, Home-Office überall dort anzuordnen, wo dies aufgrund der Art der Aktivität möglich und mit verhältnismässigem Aufwand umsetzbar ist. Wo Home-Office nicht oder nur zum Teil möglich ist, gilt zum Schutz von Arbeitnehmenden in Innenräumen überall dort eine Maskenpflicht, wo sich mehr als eine Person in einem Raum aufhält. Besonders gefährdete Personen werden spezifisch geschützt. Dazu wird das Recht auf Homeoffice oder ein gleichwertiger Schutz am Arbeitsplatz oder eine Beurlaubung für besonders gefährdete Personen eingeführt. Für gefährdete Personen in Berufen, in denen die Schutzbestimmungen nicht umgesetzt werden können, muss der Arbeitgeber die betroffenen Arbeitnehmenden unter voller Lohnzahlung von der Arbeitspflicht befreien. In diesen Fällen besteht ein Anspruch auf Corona-Erwerbsersatz.

Einreisende aus Gebieten mit erhöhtem Ansteckungsrisiko müssen sich in eine zehntägige Quarantäne begeben. Es bestehen weiterhin Einreisebeschränkungen für Nicht-Schengen-Staaten: Einreisen aus Risikoländern sind untersagt.

Ab dem 19.04.2021: Restaurants und Bars können ihre Terrassen wieder öffnen. Es gilt eine Sitzpflicht und die Maske darf nur während der Konsumation abgelegt werden. Pro Tisch sind maximal vier Personen erlaubt.

Öffentlich zugängliche Freizeit- und Unterhaltungsbetriebe können ihre Innenbereiche wieder öffnen.

Veranstaltungen mit Publikum sind mit Einschränkungen wieder möglich: Die maximale Anzahl Besucherinnen und Besucher ist beschränkt auf 100 Personen draussen und 50 Personen drinnen. Zusätzlich gilt eine Beschränkung auf maximal ein Drittel der Kapazität des Veranstaltungsorts.

Neben den bereits zulässigen privaten Veranstaltungen und den sportlichen und kulturellen Aktivitäten sind auch andere Veranstaltungen mit bis zu 15 Personen erlaubt.

Die Vorgaben für sportliche und kulturelle Aktivitäten werden neu auch für Erwachsene im Amateurbereich gelockert, für Einzelpersonen oder für Gruppen mit bis zu 15 Personen. Auch Wettkämpfe sind unter diesen Voraussetzungen wieder erlaubt.

Präsenzunterricht ist auch ausserhalb der obligatorischen Schule und der Sekundarstufe II eingeschränkt wieder möglich, also insbesondere an Hochschulen und in der Erwachsenenbildung. Es gilt eine Beschränkung auf maximal 50 Personen und eine Kapazitätsbegrenzung auf ein Drittel der Räumlichkeit.

Normaler Kommissionsbetrieb: Die Kommissionen tagen unter Einhaltung der Schutzregeln im Parlamentsgebäude.

3. Covid-19-Vorstösse und parlamentarische Initiativen

Die Kommissionen reichen drei Postulate, drei Motionen und eine parlamentarische Initiative ein, die sich auf Covid-19 beziehen.

4. Covid-19-Akte

4.1. Rechtsetzungsakte im Covid-19-Bereich

4.1.1 Dringliche Bundesgesetze

Nachparlamentarische Phase

Die Referendumsfrist der zwei während der Wintersession 2020 erlassenen dringlichen Covid-19-Gesetze, die dem Referendum unterstellt sind, ([20.084](#), [20.075](#)) läuft ungenutzt ab. Die Referendumsfrist der während der Frühjahrsession 2021 verabschiedeten dringlichen Änderungen des Covid-19-Gesetzes ([21.016](#)) beginnt zu laufen.

4.1.2 Bundesratsverordnungen

Im untersuchten Zeitraum revidiert der Bundesrat folgende Covid-19-Verordnungen ein- oder mehrmals:

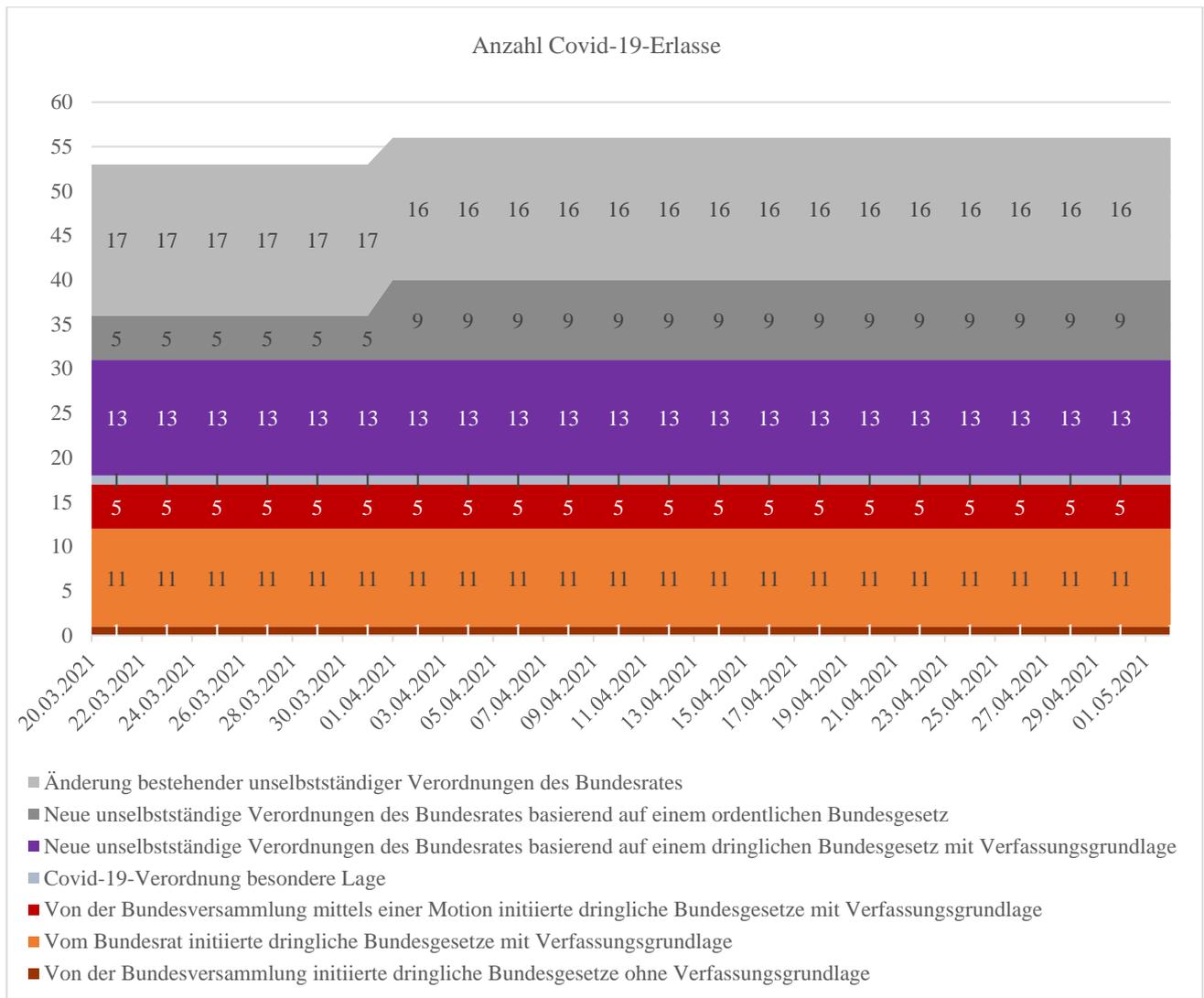
- [SR 818.101.26](#) Verordnung über Massnahmen in der besonderen Lage zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Verordnung besondere Lage) vom 19. Juni 2020, Änderung vom 19. März 2021 und vom 14. April 2021 (Inkrafttreten am 22. März 2021 und am 19. April 2021)
- [SR 818.101.24](#) Verordnung 3 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (Covid-19) (Covid-19-Verordnung 3) vom 19. Juni 2020, Änderung vom 1. April 2021 und vom 14. April 2021 (Inkrafttreten am 2. April 2021, am 15. April 2021 und am 1. Mai 2021)
- [SR 818.101.27](#) Verordnung über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (Covid-19) im Bereich des internationalen Personenverkehrs (Covid-19-Verordnung Massnahmen im Bereich des internationalen Personenverkehrs) vom 2. Juli 2020
- [SR 951.262](#) Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen im Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung) vom 25. November 2020, Änderung vom 31. März 2021 (Inkrafttreten am 1. April 2021)
- [SR 415.022](#) Verordnung über die Gewährung von A-Fonds-perdu-Beiträgen und Darlehen an Klubs des professionellen und semiprofessionellen Mannschaftssports zur Abfederung der Folgen der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Verordnung Mannschaftssport) vom 18. Dezember 2020, Änderung vom 31. März 2021 (Inkrafttreten am 01. Januar 2021)
- [SR 442.17](#) Verordnung über die Massnahmen im Kulturbereich gemäss Covid-19-Gesetz (Covid-19-Kulturverordnung) vom 14. Oktober 2020, Änderung vom 31. März 2021 (Inkrafttreten am 1. April 2021)
- [SR 830.31](#) Verordnung über Massnahmen bei Erwerbsausfall im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19) (Covid-19-Verordnung Erwerbsausfall) vom 20. März 2020, Änderung vom 31. März 2021 (Inkrafttreten am 1. April 2021)
- [SR 837.033](#) Verordnung über Massnahmen im Bereich der Arbeitslosenversicherung im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19) (COVID-19-Verordnung Arbeitslosenversicherung) vom 20. März 2020, Änderung vom 31. März 2021 (Inkrafttreten am 1. April 2021).

Zudem wird folgende Verordnung revidiert:

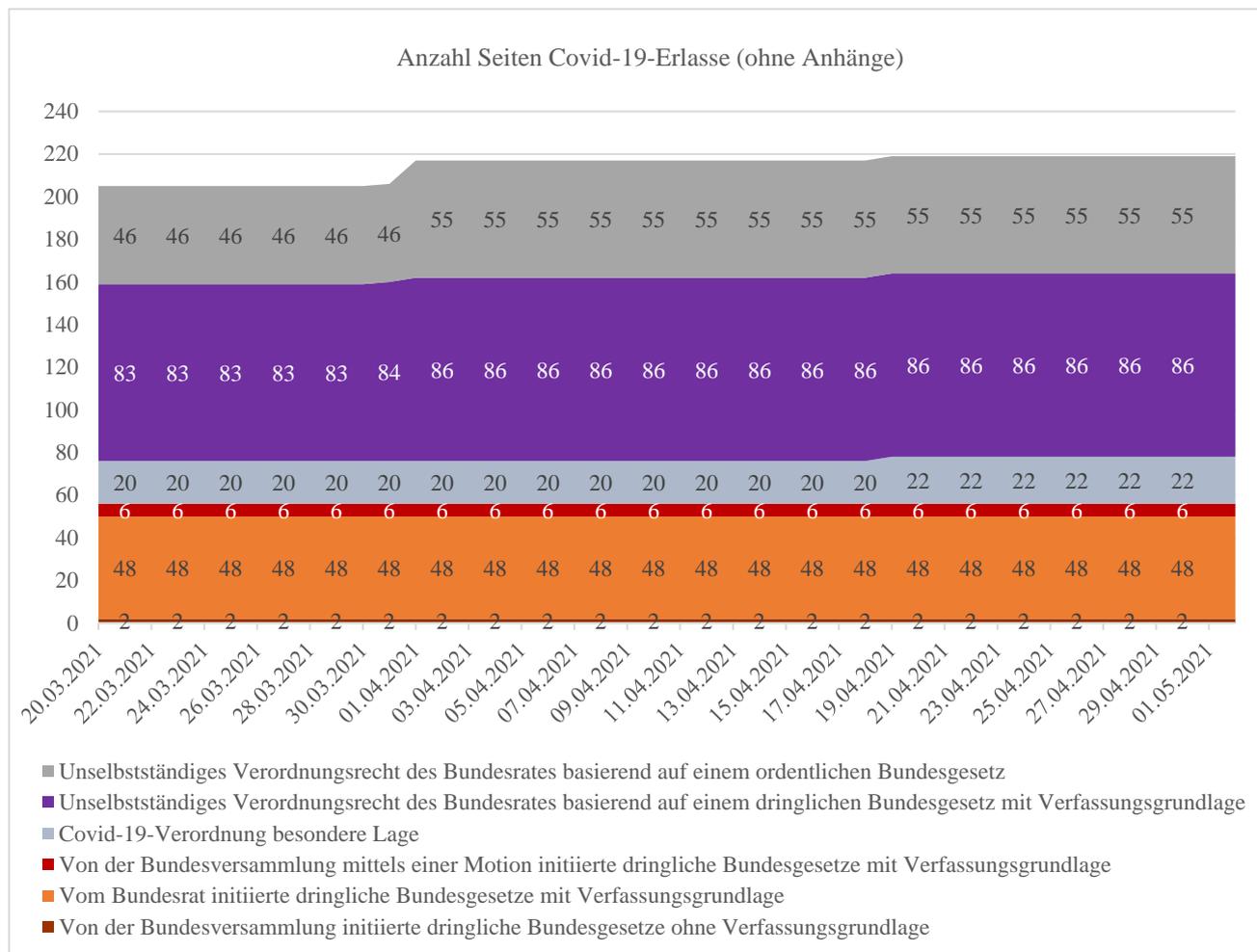
- [SR 818.101.1](#) Verordnung über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemienverordnung, EpV), Änderung vom 19. März 2021 (Inkrafttreten am 1. März 2021).

Ausser Kraft tritt die folgende Änderung:

- [SR 837.02](#) Verordnung über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (Arbeitslosenversicherungsverordnung, AVIV) vom 31. August 1983, Änderung vom 20. Januar 2021 (galt bis zum 31. März 2021).



G.85



G.86

4.2. Finanzbeschlüsse im Covid-19-Bereich

Der Bundesrat fällte am 14. April 2021 mehrere Beschlüsse zur Versorgung der Schweiz mit innovativen Arzneimitteln gegen Covid-19. Mit einer Nachmeldung zum Nachtrag I zum Voranschlag 2021 beantragte er den Finanzkommissionen, zwei Nachtragskredite in Höhe von insgesamt 150 Millionen Franken zu genehmigen, und der Finanzdelegation, einen Anteil von 90 Millionen Franken dieser beiden Kredite als Vorschuss bereits im April freizugeben.

Ein Vorschuss von 60 Millionen Franken betrifft den Kredit für die Beschaffung von Arzneimitteln gegen Covid-19 (Kombinationen von monoklonalen Antikörpern) und von Impfleistungen. Diese Behandlungen sind für Personen gedacht, die aus verschiedenen Gründen nicht geimpft werden können oder bei denen sich die Impfung als unzureichend erweist. Ein zweiter Vorschuss von 30 Millionen Franken betrifft einen neuen Kredit für die Herstellung und Entwicklung von Arzneimitteln gegen Covid-19. Die Änderung des Covid-19-Gesetzes, die am 20. März 2021 in Kraft getreten ist, hat den Handlungsspielraum des Bundes erweitert. Dieser kann nun die Herstellung von vielversprechenden Arzneimitteln gegen Covid-19 unterstützen und entsprechende Investitionen tätigen.

An ihrer ausserordentlichen Sitzung vom 26. April 2021 stimmt die Finanzdelegation den vom Bundesrat beantragten Vorschüssen zu.

Diese bewilligten dringlichen Kredite werden dem Parlament im Rahmen des Nachtrags I (21.007) zur nachträglichen Genehmigung unterbreitet.

Teil XVII

SONDERSESSION DES NATIONALRATES 2021

03.05.2021 – 05.05.2021



1. Chronologie der Ereignisse

03.05.2021 Beginn der Sondersession des Nationalrates

05.05.2021 Ende der Sondersession des Nationalrates

2. Parlamentsbetrieb

Für die Sondersession gelten die gleichen Zutrittsbeschränkungen wie für die Frühjahrsession: Zugang zum Parlamentsgebäude haben somit ausschliesslich Teilnehmende von Sitzungen der parlamentarischen Organe (Kommissionen, Delegationen und Fraktionen, ohne Parl. Gruppen), persönliche Mitarbeitende der Ratsmitglieder mit Zutrittsberechtigung sowie Medienschaffende mit Dauerausweis.

Alle Personen im Parlamentsgebäude – inklusive Ratsmitglieder, Magistratspersonen und andere Sitzungsteilnehmende – müssen Gesichtsmasken tragen. Die Masken sind auch dort zu tragen, wo Plexiglas-Trennwände angebracht sind. Die Masken können jedoch für die Abgabe eines Votums abgelegt werden.

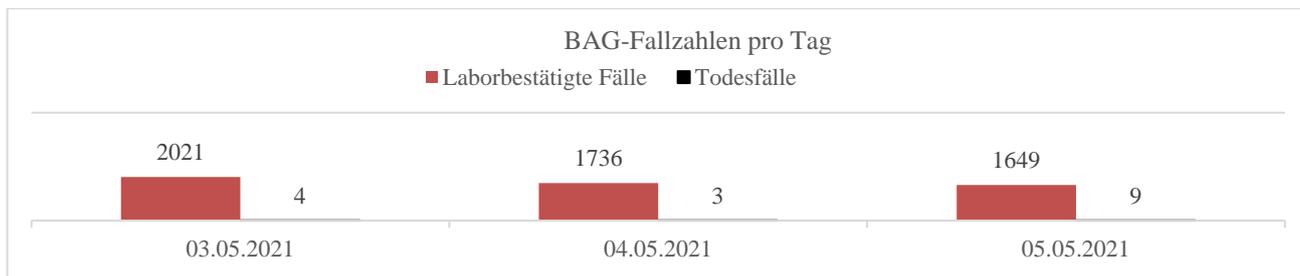
Personen, welche sich im Parlamentsgebäude aufhalten, können sich testen lassen. Die Teilnahme an diesen PCR-Speicheltests ist freiwillig, wird aber dringend empfohlen. Es werden insgesamt 389 Tests durchgeführt. Keiner dieser Tests fällt positiv aus.

Durchgeführte Tests und Testresultate				
Datum	Tests Ratsmitglieder	Tests weitere Sessionsteilnehmende	Tests (Total)	Positive Tests
03.05.2021	100	124	224	0
04.05.2021	15	62	77	0
05.05.2021	45	43	88	0

Am ersten Sessionstag stimmt ein Ratsmitglied wegen Isolation bzw. Quarantäne infolge behördlicher Weisung im Zusammenhang mit Covid-19 von zu Hause aus ab.

COVID-19-FALLZAHLEN UND -MASSNAHMEN IM ÜBERBLICK

G.87



Es besteht eine ausgedehnte Maskentragpflicht. Menschenansammlungen im öffentlichen Raum sind auf 15 Personen beschränkt.

Veranstaltungen ohne Publikum mit mehr als 15 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind verboten; ausgenommen sind religiöse Feiern (bis max. 50 Personen), Beerdigungen im Familien- und engen Freundeskreis, Versammlungen von Legislativen und politische Kundgebungen. Für Veranstaltungen mit Publikum gilt: drinnen max. 50 Besucherinnen und Besucher; draussen max. 100 Besucherinnen und Besucher. Bei Veranstaltungen im Freundes- und Familienkreis (z.B. Treffen und Feste) ist die erlaubte Anzahl Personen eingeschränkt. Bei dieser Anzahl werden Kinder mitgezählt. Regel drinnen: Erlaubt sind maximal 10 Personen. Regel draussen: Erlaubt sind maximal 15 Personen.

Für Läden und Dienstleistungsbetriebe ist die erlaubte Anzahl Kundinnen und Kunden beschränkt.

Der Betrieb von Diskotheken und Tanzlokalen ist verboten. Restaurants und Bars können ihre Terrassen öffnen. Es gilt eine Sitzpflicht und die Maske darf nur während der Konsumation abgelegt werden. Pro Tisch sind maximal vier Personen erlaubt. Betriebskantinen, Schulkantinen der obligatorischen Schulen und der Sekundarstufe II sowie Restaurants für Hotelgäste dürfen offenbleiben.

Geöffnet sind öffentlich zugängliche Freizeit- und Unterhaltungsbetriebe wie Museen, Zoos, Bibliotheken und Lesesäle, Archive, Kinos, Schwimmbäder, Sportanlagen und Fitnesscenter. Ebenfalls geöffnet sind Wellnessanlagen und Bäder von Hotelanlagen für Hotelgäste. Weiterhin geschlossen sind Innenbereiche von öffentlichen Wellnessanlagen und Freizeitbädern.

Obligatorische Schulen: Präsenzunterricht ist erlaubt. Die Schulen müssen ein Schutzkonzept umsetzen. *Sekundarstufe II (z.B. Gymnasien und Berufsschulen):* Präsenzunterricht ist erlaubt. Die Schulen müssen ein Schutzkonzept umsetzen. Zudem müssen alle Personen vor Ort eine Maske tragen. Für den Sportunterricht gibt es keine Beschränkung der Gruppengrösse, er darf auch in Sporthallen stattfinden. *Tertiärstufe (z.B. Universitäten und Fachhochschulen) und Kurse im Freizeitbereich:* Präsenzunterricht ist erlaubt. Am Unterricht dürfen maximal 50 Personen teilnehmen. Es gilt eine Kapazitätsbeschränkung auf ein Drittel des Raumes und Masken- und Abstandspflicht.

Sport in Innenräumen: Kontaktsportarten (z.B. Kampfsport, Eishockey, Fussball) sind verboten. In allen anderen Sportarten sind Trainings und Wettkämpfe ohne Publikum mit maximal 15 Personen erlaubt, wenn eine Maske getragen und der Abstand eingehalten wird. *Sport im Freien:* In Kontaktsportarten sind Trainings und Wettkämpfe ohne Publikum mit bis zu 15 Personen erlaubt, wenn alle eine Maske tragen. In allen anderen Sportarten sind Trainings und Wettkämpfe ohne Publikum mit maximal 15 Personen erlaubt, wenn eine Maske getragen oder der Abstand eingehalten wird. (Für unter 20-jährige gelten spezielle Regeln.)

In diesen Situationen ist Singen erlaubt: Im Gottesdienst, wenn alle Teilnehmenden eine Maske tragen. Singen in der Freizeit: Bis maximal 15 Personen, wenn alle eine Maske tragen und 1,5 Meter Abstand haben. Für berufliche Sängerinnen und Sänger: Proben und Auftritte sind erlaubt. Für berufliche Chöre: Proben sind grundsätzlich erlaubt, Auftritte nur ohne Publikum (z.B. Video-Streaming).

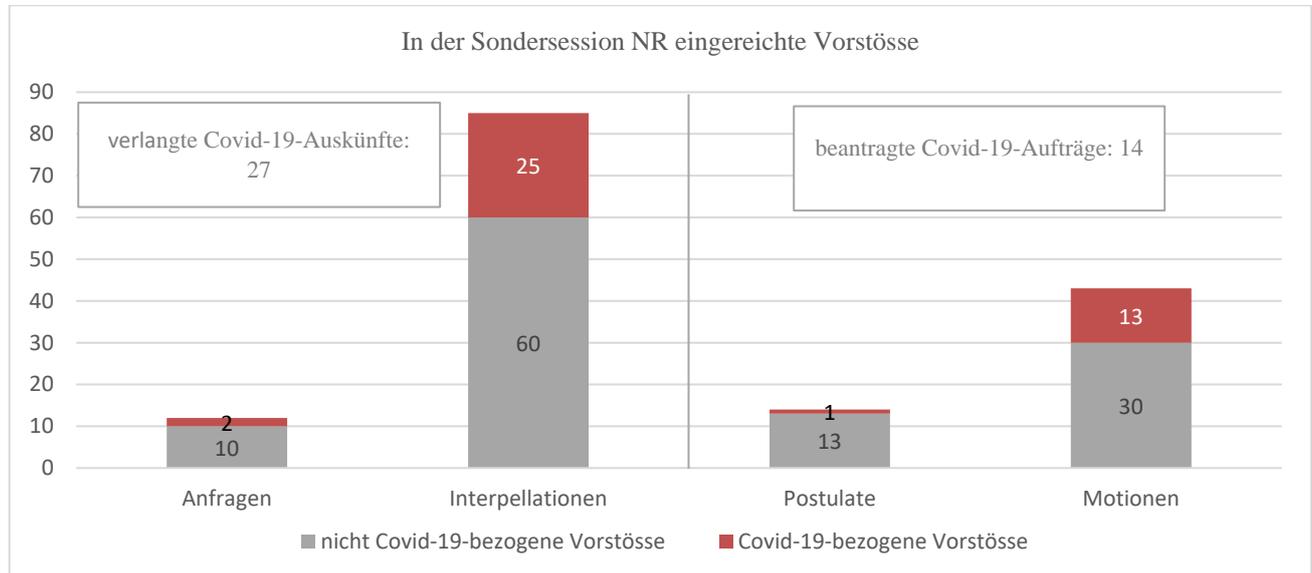
Die Arbeitgeber sind verpflichtet, Home-Office überall dort anzuordnen, wo dies aufgrund der Art der Aktivität möglich und mit verhältnismässigem Aufwand umsetzbar ist. Wo Home-Office nicht oder nur zum Teil möglich ist, gilt zum Schutz von Arbeitnehmenden in Innenräumen überall dort eine Maskenpflicht, wo sich mehr als eine Person in einem Raum aufhält. Besonders gefährdete Personen werden spezifisch geschützt. Dazu wird das Recht auf Homeoffice oder ein gleichwertiger Schutz am Arbeitsplatz oder eine Beurlaubung für besonders gefährdete Personen eingeführt. Für gefährdete Personen in Berufen, in denen die Schutzbestimmungen nicht umgesetzt werden können, muss der Arbeitgeber die betroffenen Arbeitnehmenden unter voller Lohnzahlung von der Arbeitspflicht befreien. In diesen Fällen besteht ein Anspruch auf Corona-Erwerbsersatz.

Einreisende aus Gebieten mit erhöhtem Ansteckungsrisiko müssen sich in eine zehntägige Quarantäne begeben. Es bestehen weiterhin Einreisebeschränkungen für Nicht-Schengen-Staaten: Einreisen aus Risikoländern sind untersagt.

Sondersession des Nationalrates im Parlamentsgebäude: Der Zugang zum Parlamentsgebäude ist eingeschränkt.

3. Covid-19-Vorstösse

3.1. Eingereichte Covid-19-Vorstösse



G.88

Während der Sondersession werden 2 Anfragen, 25 Interpellationen, ein Postulat und 13 Motionen eingereicht, welche sich auf Covid-19 beziehen.

3.2. Abschliessend behandelte Covid-19-Vorstösse

Dem Bundesrat werden während der Sondersessions mittels angenommener Vorstösse keine Aufträge erteilt, die sich auf Covid-19 beziehen.

4. Covid-19-Akte

Während dem hier untersuchten Zeitraum werden keine neuen Covid-19-bezogenen Akte erlassen, revidiert bzw. beraten.

Teil XVIII

ZWISCHEN DER SONDERSESSION 2021 UND DER SOMMERSESSION 2021

06.05.2021 – 30.05.2021

Bund lockert Massnahmen gegen das Coronavirus 14.04.2021

Ab 19. April gilt neu:

- Wieder geöffnet:**
 - Freizeit- und Kulturbetriebe (auch drinnen)
 - Restaurants und Bars draussen
 - Sportanlagen (auch drinnen)
- Veranstaltungen wieder möglich:**
 - Mit Publikum drinnen: Maximal 50 Personen resp. 1/3 der Kapazität
 - Generell maximal 15 Personen
 - Mit Publikum draussen: Maximal 100 Personen resp. 1/3 der Kapazität
- Präsenzunterricht an Hochschulen wieder möglich:**
 - Maximal 50 Personen, Gilt für Hochschulen und Erwachsenenbildung.
- Wettkämpfe im Amateursport mit maximal 15 Personen:**
 - Gilt nur für Sportarten ohne Körperkontakt.

Weiterhin gilt:

- Private Treffen drinnen mit maximal 10 Personen
- Homeoffice-Pflicht
- Regeln für Sport und Kultur (mit Ausnahmen für unter 20-Jährige)
- Geschlossen: Restaurants und Bars (Strassen, Discos, Tanzlokale, Wellness-/Freizeitbäder (drinnen))
- Ausgedehnte Maskenpflicht
- Empfehlung: Lassen Sie sich testen!

Basismassnahmen bleiben wichtig!

Schweizerische Eidgenossenschaft, Bundesrat, Bundeskanzlei, Bundesamt für Wirtschaft und Statistik, Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz, Bundesamt für Energie, Bundesamt für Umwelt, Bundesamt für Verkehr, Bundesamt für Migration und Bevölkerung, Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, Bundesamt für Solarenergie, Bundesamt für Wirtschaft und Statistik, Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz, Bundesamt für Energie, Bundesamt für Umwelt, Bundesamt für Verkehr, Bundesamt für Migration und Bevölkerung, Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, Bundesamt für Solarenergie

CORONAVIRUS: Unterstützung für die Wirtschaft

MASSNAHMEN:

- für Einzelpersonen:
 - Kurzarbeitsentschädigung für Angestellte bei Arbeitsausfall
 - Corona-Erwerbsersatz für Selbständigerwerbende
 - Corona-Erwerbsersatz bei Wegfall der Kinderbetreuung und bei Quarantäne
- für Unternehmen:
 - Kurzarbeitsentschädigung zur Deckung der Lohnkosten bei Arbeitsausfällen
 - Härtefallhilfen für besonders stark betroffene Unternehmen
 - Unterstützungen für einzelne Branchen
 - Überbrückungskredite (1. Welle)

BEITRÄGE:

1 Münze = 100 Mio. CHF; 🟢 getätigte Ausgaben 2020; 🟡 hochgezogene Ausgaben 2021; 🟠 Bürgschaften und Garantien

Maassnahme	Beitrag (Mrd. CHF)
Kurzarbeitsentschädigung	16.8
Härtefallprogramme	10
Corona-Erwerbsersatz	5.3

Unterstützungen für einzelne Branchen:

Branchen	Beitrag (Mio. CHF)
Profisport Mannschaften	350
Breiten- und Leistungssport	259
Kultur	478
Printmedien	29.5
Öffentlicher Verkehr	760
Luftfahrt	1,875
Schutzschirm Publikumsanstalten	90

Maassnahme aus der ersten Welle:

Covid-19 Überbrückungskredite für Unternehmen: **16.6 Mrd. CHF**
 1.2 Mrd. CHF davon wurden per Ende 2020 zurückbezahlt. (Berichtsjahr endet am 31.7.2020)

Schweizerische Eidgenossenschaft, Bundesrat, Bundeskanzlei, Bundesamt für Wirtschaft und Statistik, Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz, Bundesamt für Energie, Bundesamt für Umwelt, Bundesamt für Verkehr, Bundesamt für Migration und Bevölkerung, Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, Bundesamt für Solarenergie

Stand: 26.4.2021

1. Chronologie der Ereignisse

07.05.2021 Angesichts der Öffnungsschritte, die der Bundesrat Mitte April 2021 beschlossen hat, und der laufenden Impfkampagne beschliesst die Verwaltungsdelegation, dass ab dem 10. Mai im Parlamentsgebäude wieder öffentliche Führungen mit einer maximalen Gruppengrösse von 15 Personen stattfinden können. Ausserdem soll während der Sommersession (31. Mai bis 18. Juni 2021) eine reduzierte Zahl Besucherinnen und Besucher die Session von den Tribünen verfolgen können. Zutritt zum Parlamentsgebäude erhalten Sitzungsteilnehmende, persönliche Mitarbeitende mit Zutrittsberechtigung, zwei Gäste pro Ratsmitglied, Mitarbeitende der Parlamentsdienste und Fraktionen sowie Medienschaffende mit Dauerausweis.

Die Ratsbüros legen neue Rahmenbedingungen für virtuelle Kommissions- und Delegations-sitzungen fest. Die Büros empfehlen, komplexe Sitzungen, wenn immer möglich, mit physischer Präsenz durchzuführen. Falls Kommissions-, Subkommissions- oder Delegationssitzungen in Form von Videokonferenzen abgehalten werden, gelten die folgenden Grundsätze: a. Die Präsidentin oder der Präsident sowie eine Mehrheit der Mitglieder einer Kommission haben sich einverstanden erklärt, anstelle einer ordentlichen Sitzung mit physischer Präsenz eine Sitzung per Videokonferenz abzuhalten. b. Die Videokonferenzen finden ab Sommersession 2021 mit «Microsoft Teams» statt. c. Abstimmungen erfolgen in der Regel per physisches Handzeichen in die Kamera. Bei Bedarf kann die elektronische Handerhebung genutzt werden. Ein Kommissionsmitglied kann jederzeit verlangen, dass eine Abstimmung per Namensaufruf stattfindet. d. Minderheiten können bis zum Ende der Sitzung per E-Mail eingereicht werden. e. Die Teilnehmenden verpflichten sich, jederzeit und in jeder Hinsicht die Vertraulichkeit der Kommissionssitzung zu wahren.

Ist eine Stellvertretung rechtlich nicht zulässig oder befindet sich ein Kommissionsmitglied wegen Covid-19 in Isolation oder Quarantäne, kann es online an einer Sitzung mit physischer Präsenz teilnehmen. Folgende Bedingungen müssen erfüllt sein: a. Die Online-Teilnahme wird dem Präsidium und dem Sekretariat spätestens am Vortag mitgeteilt. b. Die Online-Teilnahme ist nur für halbe oder ganze Sitzungstage möglich; eine Online-Teilnahme für einzelne Traktanden wird ausgeschlossen. Ausgenommen sind Sitzungen, an welchen die als «VERTRAULICH» klassifizierten Geschäfte behandelt werden.

12.05.2021 Der Bundesrat verabschiedet das 3-Phasen-Modell, das die Strategie für die kommenden Monate festlegt. Ende Mai, wenn alle impfbereiten Risikopersonen geimpft sind, soll von der Schutzphase in die Stabilisierungsphase gewechselt werden und ein vierter Öffnungsschritt erfolgen. Wenn es die epidemiologische Lage erlaubt, sollen ab Montag, 31. Mai, unter anderem Restaurants auch ihre Innenbereiche wieder öffnen können. Bei öffentlichen Veranstaltungen soll die maximale Anzahl Personen erhöht werden. Für Betriebe, die wiederholt testen, wird die Homeoffice-Pflicht in eine Empfehlung umgewandelt. Der Bundesrat schickt diese Vorschläge bei den Kantonen, den zuständigen Parlamentskommissionen und den Sozialpartnern in Konsultation. Er entscheidet am 26. Mai.

Der Bundesrat beschliesst, dass die Höchstbezugsdauer für Kurzarbeitsentschädigung auf 24 Monate erhöht wird. Zudem soll das summarische Abrechnungsverfahren verlängert werden. Der Bundesrat erteilte dem Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung den Auftrag, ihm bis Ende Juni eine entsprechende Verordnungsanpassung zu unterbreiten.

Der Bundesrat verabschiedet ausserdem eine Botschaft zur Anpassung des Covid-19-Gesetzes. Mit dieser beantragt er dem Parlament, die Grundlage für die Erwerbsausfallentschädigung bis Ende 2021 zu verlängern. Zudem soll die gesetzliche Obergrenze für A-Fonds-perdu-Beiträge an Sportklubs der professionellen und semi-professionellen Ligen aufgehoben werden.

Der Bundesrat verabschiedet auch eine Totalrevision der Covid-19-Verordnung Stimmrechtsbescheinigung. Die neue Verordnung legt fest, dass neben den Unterschriftenlisten für fakultative Referenden auch Unterschriftenlisten für Volksinitiativen ohne Stimmrechtsbescheinigung eingereicht werden können. Die Verordnung setzt die vom Parlament in der Frühjahrsession 2021 beschlossene gesetzliche Grundlage um.

- 19.05.2021 Der Bundesrat diskutiert den Einsatz des Covid-19-Zertifikats und legt die Stossrichtung für die Konsultation der Kantone, der Sozialpartner und der Parlamentskommissionen fest. Zudem stimmt er einem befristeten Förderprogramm für Covid-19-Impfstoffe und –Arzneimittel im Umfang von 50 Millionen Franken zu und legt die grundlegenden Kriterien für Investitionen des Bundes fest.
- 26.05.2021 Der Bundesrat beschliesst weitere Öffnungsschritte. Dabei geht er weiter als in der Konsultation vorgeschlagen, insbesondere bei den Veranstaltungen, den privaten Treffen und den Restaurants. Damit reagiert er auf die verbesserte epidemiologische Lage und die Resultate der Konsultation. Zudem sind neu nicht nur Genesene, sondern auch Geimpfte von der Quarantäne ausgenommen. An seiner Sitzung vom 26. Mai entscheidet der Bundesrat auch, wann und mit welchen Vorgaben Grossveranstaltungen wieder stattfinden können und wie sie entschädigt werden, wenn sie aus epidemiologischen Gründen abgesagt werden müssen.
- 28.05.2021 Die Verwaltungsdelegation beschliesst, dass es mit dem Beginn der Sommersession allen Personen erlaubt sein soll, die Maske abzulegen, wenn sie hinter den dreiseitigen Schutzscheiben sitzen. Ansonsten gilt im Parlamentsgebäude weiterhin eine generelle Maskentragpflicht. Die breit angelegten, repetitiven Covid-19-Tests sollen, so der Beschluss der Verwaltungsdelegation, auch während der Sommersession 2021 weitergeführt werden, und ab dem 21. Juni 2021 sollen Spezialführungen (mit einer maximalen Gruppengrösse von 50 Personen) und die Durchführung von ausserparlamentarischen Veranstaltungen im Parlamentsgebäude wieder möglich sein.

2. Parlamentsbetrieb

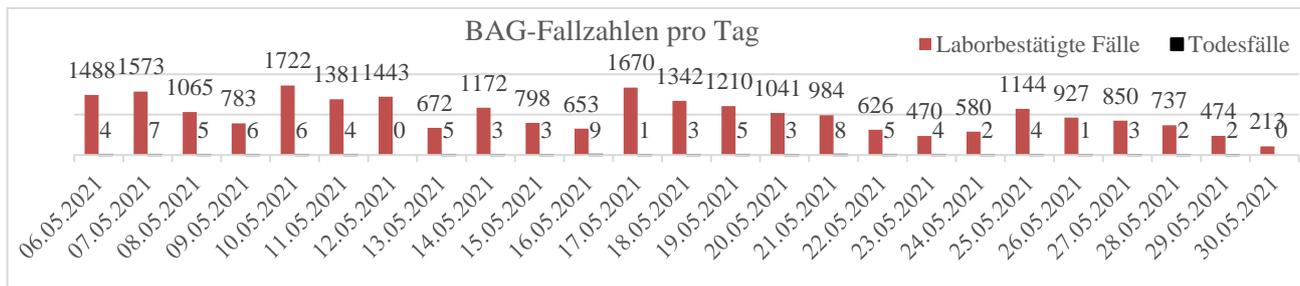
Die Kommissionen beraten die Geschäfte der kommenden Sessionen vor, werden zu Verordnungsänderungen konsultiert, führen Aussprachen mit dem jeweils zuständigen Departementsvorsteher resp. der zuständigen Departementsvorsteherin, reichen Vorstösse ein und richten Empfehlungen an den Bundesrat.

Neu werden wieder Führungen durch das Parlamentsgebäude angeboten. Zugang zum Parlamentsgebäude haben wie bisher Teilnehmende von Sitzungen der parlamentarischen Organe (Kommissionen, Delegationen und Fraktionen, ohne Parl. Gruppen), persönliche Mitarbeitende der Ratsmitglieder mit Zutrittsberechtigung sowie Medienschaffende mit Dauerausweis sowie neu zwei Gäste pro Ratsmitglied und Teilnehmende an Führungen.

Ratsmitglieder, Mitarbeitende der Parlamentsdienste und weitere Personen, die sich zwingend und regelmässig im Parlamentsgebäude aufhalten müssen, können sich einmal pro Woche auf Covid-19 testen lassen. Die Tests sind freiwillig, werden aber gemäss Teststrategie des Bundes dringend empfohlen.

COVID-19-FALLZAHLEN UND -MASSNAHMEN IM ÜBERBLICK

G.89



Es besteht eine ausgedehnte Maskentragpflicht. Menschenansammlungen im öffentlichen Raum sind auf 15 Personen beschränkt.

Veranstaltungen ohne Publikum mit mehr als 15 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind verboten; ausgenommen sind religiöse Feiern (bis max. 50 Personen), Beerdigungen im Familien- und engen Freundeskreis, Versammlungen von Legislativen und politische Kundgebungen. Für Veranstaltungen mit Publikum gilt: drinnen max. 50 Besucherinnen und Besucher; draussen max. 100 Besucherinnen und Besucher. Bei Veranstaltungen im Freundes- und Familienkreis (z.B. Treffen und Feste) ist die erlaubte Anzahl Personen eingeschränkt. Bei dieser Anzahl werden Kinder mitgezählt. Regel drinnen: Erlaubt sind maximal 10 Personen. Regel draussen: Erlaubt sind maximal 15 Personen.

Für Läden und Dienstleistungsbetriebe ist die erlaubte Anzahl Kundinnen und Kunden beschränkt.

Der Betrieb von Diskotheken und Tanzlokalen ist verboten. Restaurants und Bars können ihre Terrassen öffnen. Es gilt eine Sitzpflicht und die Maske darf nur während der Konsumation abgelegt werden. Pro Tisch sind maximal vier Personen erlaubt. Betriebskantinen, Schulkantinen der obligatorischen Schulen und der Sekundarstufe II sowie Restaurants für Hotelgäste dürfen offenbleiben.

Geöffnet sind öffentlich zugängliche Freizeit- und Unterhaltungsbetriebe wie Museen, Zoos, Bibliotheken und Lesesäle, Archive, Kinos, Schwimmbäder, Sportanlagen und Fitnesscenter. Ebenfalls geöffnet sind Wellnessanlagen und Bäder von Hotelanlagen für Hotelgäste. Weiterhin geschlossen sind Innenbereiche von öffentlichen Wellnessanlagen und Freizeitbädern.

Obligatorische Schulen: Präsenzunterricht ist erlaubt. Die Schulen müssen ein Schutzkonzept umsetzen. *Sekundarstufe II (z.B. Gymnasien und Berufsschulen):* Präsenzunterricht ist erlaubt. Die Schulen müssen ein Schutzkonzept umsetzen. Zudem müssen alle Personen vor Ort eine Maske tragen. Für den Sportunterricht gibt es keine Beschränkung der Gruppengrösse, er darf auch in Sporthallen stattfinden. *Tertiärstufe (z.B. Universitäten und Fachhochschulen) und Kurse im Freizeitbereich:* Präsenzunterricht ist erlaubt. Am Unterricht dürfen maximal 50 Personen teilnehmen. Es gilt eine Kapazitätsbeschränkung auf ein Drittel des Raumes und Masken- und Abstandspflicht.

Sport in Innenräumen: Kontaktsportarten (z.B. Kampfsport, Eishockey, Fussball) sind verboten. In allen anderen Sportarten sind Trainings und Wettkämpfe ohne Publikum mit maximal 15 Personen erlaubt, wenn eine Maske getragen und der Abstand eingehalten wird. *Sport im Freien:* In Kontaktsportarten sind Trainings und Wettkämpfe ohne Publikum mit bis zu 15 Personen erlaubt, wenn alle eine Maske tragen. In allen anderen Sportarten sind Trainings und Wettkämpfe ohne Publikum mit maximal 15 Personen erlaubt, wenn eine Maske getragen oder der Abstand eingehalten wird. (Für unter 20-Jährige gelten spezielle Regeln.)

In folgenden Situationen ist das Singen erlaubt: Im Gottesdienst, wenn alle Teilnehmenden eine Maske tragen. Singen in der Freizeit: Bis maximal 15 Personen, wenn alle eine Maske tragen und 1,5 Meter Abstand einhalten. Für berufliche Sängerinnen und Sänger: Proben und Auftritte sind erlaubt. Für berufliche Chöre: Proben sind grundsätzlich erlaubt, Auftritte nur ohne Publikum (z.B. Video-Streaming).

Die Arbeitgeber sind verpflichtet, Home-Office überall dort anzuordnen, wo dies aufgrund der Art der Aktivität möglich und mit verhältnismässigem Aufwand umsetzbar ist. Wo Home-Office nicht oder nur zum Teil möglich ist, gilt zum Schutz von Arbeitnehmenden in Innenräumen überall dort eine Maskenpflicht, wo sich mehr als eine Person in einem Raum aufhält. Besonders gefährdete Personen werden spezifisch geschützt. Dazu wird das Recht auf Homeoffice oder ein gleichwertiger Schutz am Arbeitsplatz oder eine Beurlaubung für besonders gefährdete Personen eingeführt. Für gefährdete Personen in Berufen, in denen die Schutzbestimmungen nicht umgesetzt werden können, muss der Arbeitgeber die betroffenen Arbeitnehmenden unter voller Lohnzahlung von der Arbeitspflicht befreien. In diesen Fällen besteht ein Anspruch auf Corona-Erwerbsersatz.

Einreisende aus Gebieten mit erhöhtem Ansteckungsrisiko müssen sich in eine zehntägige Quarantäne begeben. Es bestehen weiterhin Einreisebeschränkungen für Nicht-Schengen-Staaten: Einreisen aus Risikoländern sind untersagt.

Normaler Kommissionsbetrieb: Die Kommissionen tagen unter Einhaltung der Schutzregeln im Parlamentsgebäude.

3. Covid-19-Vorstösse

Zwischen den Sessionen reichen die Kommissionen sechs Covid-19-bezogene Motionen ein.

4. Covid-19-Akte

4.1.1 Dringliche Bundesgesetze

Vorparlamentarische Phase

Der Bundesrat verabschiedet am 12. Mai 2021 eine weitere Botschaft zur Anpassung des Covid-19-Gesetzes. Er beantragt dem Parlament (21.033), die Grundlage für die Erwerbsausfallentschädigung bis Ende 2021 zu verlängern. Zudem soll die gesetzliche Obergrenze für A-Fonds-perdu-Beiträge an Sportklubs der professionellen und semi-professionellen Ligen aufgehoben werden. Da die Gesetzesänderung lediglich die Fortführung von zwei bestehenden Instrumenten nach Mitte 2021 erlauben soll, verzichtet der Bundesrat auf die Durchführung einer Vernehmlassung.

Nachparlamentarische Phase

Die Referendumsfrist der während der Frühjahrssession 2021 verabschiedeten dringlichen Änderungen des Covid-19-Gesetzes (21.016) läuft weiter.

4.1.2 Bundesratsverordnungen

Im untersuchten Zeitraum revidiert der Bundesrat folgende Covid-19-Verordnungen mehrmals:

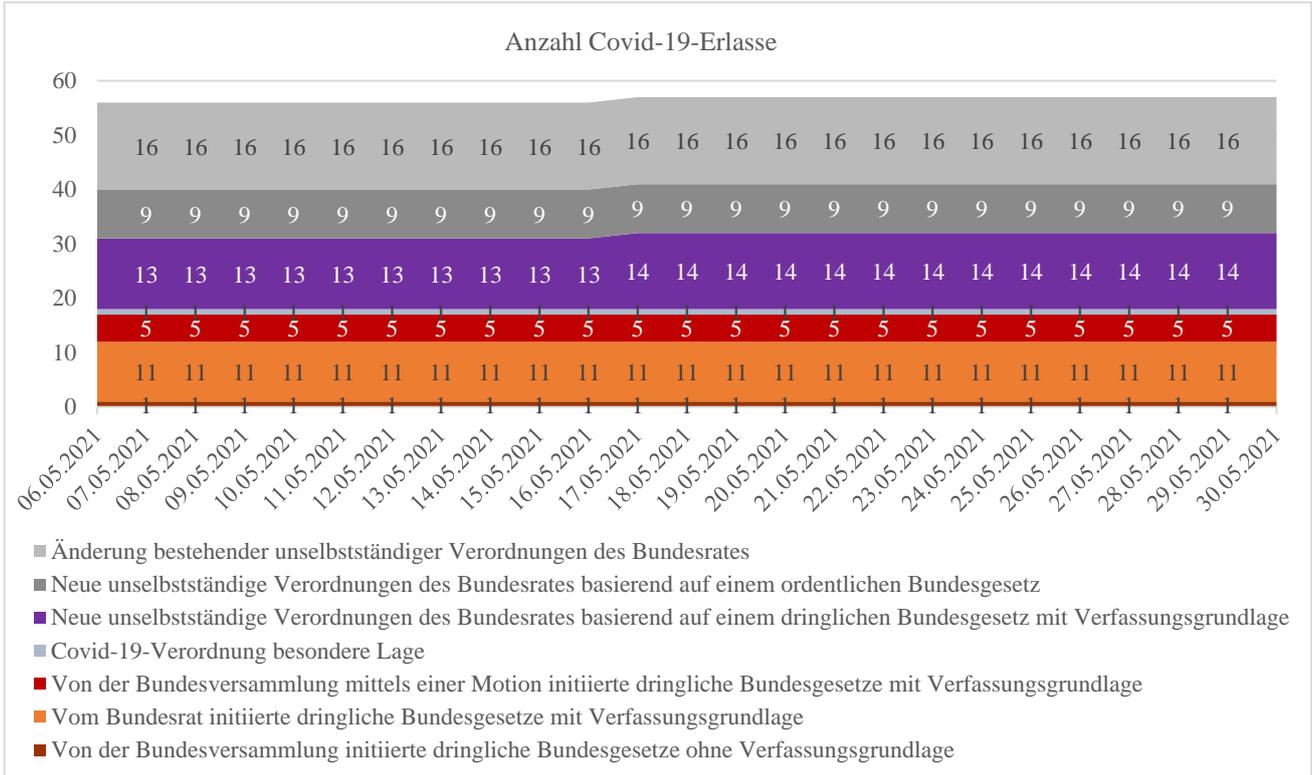
- [SR 818.101.26](#) Verordnung über Massnahmen in der besonderen Lage zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Verordnung besondere Lage) vom 19. Juni 2020, Änderung vom 12. Mai 2021 und Änderungen vom 26. Mai 2021 (Inkrafttreten am 13. März 2021, am 27. Mai 2021 und am 31. Mai 2021)
- [SR 818.101.24](#) Verordnung 3 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (Covid-19) (Covid-19-Verordnung 3) vom 19. Juni 2020, Änderung vom 12. Mai 2021 und vom 26. Mai 2021 (Inkrafttreten am 17. Mai 2021 und am 31. Mai 2021)
- [SR 818.101.27](#) Verordnung über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (Covid-19) im Bereich des internationalen Personenverkehrs (Covid-19-Verordnung Massnahmen im Bereich des internationalen Personenverkehrs) vom 2. Juli 2020.

Zudem wird folgende Verordnung totalrevidiert:

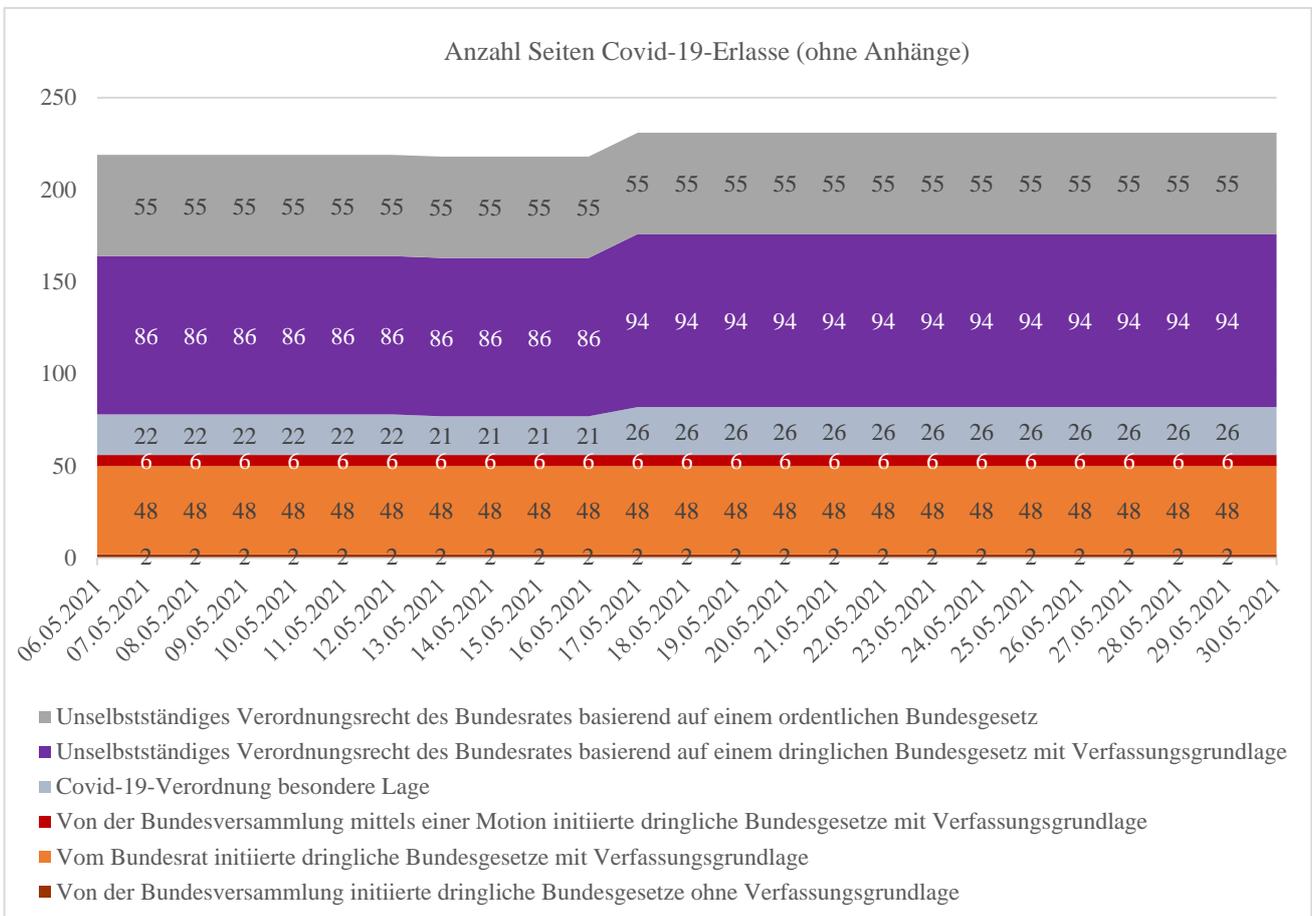
- [SR 161.17](#) Verordnung über die Stimmrechtsbescheinigung bei eidgenössischen Volksreferenden in Zeiten der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Verordnung Stimmrechtsbescheinigung) vom 7. Oktober 2020

und folgende neue Covid-19-Verordnung erlassen:

- [SR 818.101.28](#) Verordnung über Massnahmen für Publikumsanlässe von überkantonaler Bedeutung im Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Verordnung Publikumsanlässe) vom 26. Mai 2021 (Inkrafttreten am 27. Mai 2021).



G.91



G.92

Teil XIX

SOMMERSESSION 2021

31.05.2021 – 18.06.2021 (bis 11:00 Uhr)



1. Chronologie der Ereignisse

- 31.05.2021 Beginn der Sommersession
- 04.06.2021 Der Bundesrat verabschiedet die Verordnung über die Covid-Zertifikate. Sie bildet die rechtliche Grundlage für die Ausstellung von Zertifikaten.
- 11.06.2021 Der Bundesrat möchte ab Montag, 28. Juni 2021, unter anderem die Maskenpflicht im Freien aufheben, in Restaurants die Gruppengrösse pro Tisch erhöhen und Discostheke für Personen mit Covid-Zertifikat wieder öffnen. Läden, Freizeitbetriebe und Sporteinrichtungen sollen ihre Kapazitäten stärker ausnutzen können. Zudem sollen die Regeln für Veranstaltungen vereinfacht und vereinheitlicht werden. Der Bundesrat will ausserdem die Einreise in die Schweiz weiter erleichtern. Er beschliesst, diese und weitere Vorschläge in Konsultation zu schicken.
- 13.06.2021 Das Stimmvolk nimmt das in der Herbstsession verabschiedete Covid-19-Gesetz mit 60,2 Prozent der Stimmen an.
- 14.06.2021 Die Verwaltungsdelegation hebt sämtliche Zutrittsbeschränkungen ins Parlamentsgebäude per 21. Juni 2021 auf. Zudem sind auch öffentliche Veranstaltungen – wie der 1. August-Anlass oder Tage der offenen Türen – wieder möglich.
- 16.06.2021 Der Nationalrat führt eine von der SVP-Fraktion verlangte ausserordentliche Session zur Aufhebung der besonderen Lage durch und setzt anschliessend die ordentliche Session fort.
- 17.06.2021 Auch die kleine Kammer führt die ausserordentliche Session zur Aufhebung der besonderen Lage durch.
- 18.06.2021 Ende der Sommersession 2021

2. Parlamentsbetrieb

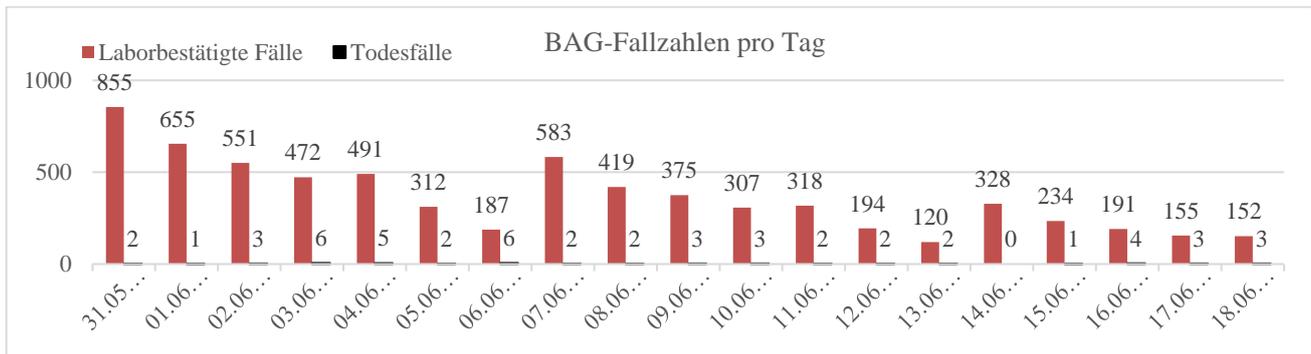
Der Zutritt zum Parlamentsgebäude ist weiterhin beschränkt. Zugang zum Parlamentsgebäude haben Teilnehmende von Sitzungen der parlamentarischen Organe (Kommissionen, Delegationen und Fraktionen, ohne Parl. Gruppen), persönliche Mitarbeitende der Ratsmitglieder mit Zutrittsberechtigung sowie Medienschaffende mit Dauerausweis. Pro Ratsmitglied sind neu zwei persönliche Gäste zugelassen.

Alle Personen im Parlamentsgebäude – inklusive Ratsmitglieder, Magistratspersonen und andere Sitzungsteilnehmende – müssen Gesichtsmasken tragen. Es ist ihnen aber erlaubt, die Maske abzulegen, wenn sie hinter den dreiseitigen Schutzscheiben sitzen.

Personen, welche sich im Parlamentsgebäude aufhalten, können sich testen lassen. Die Teilnahme an diesen PCR-Speicheltests ist freiwillig, wird aber dringend empfohlen.

COVID-19-FALLZAHLEN UND -MASSNAHMEN IM ÜBERBLICK

G.93



Für Menschenansammlungen im öffentlichen Raum gelten keine Einschränkungen mehr. Es besteht aber weiterhin eine ausgedehnte Maskentragpflicht.

Für Veranstaltungen mit Publikum gilt in Innenräumen eine Limite von 100, in Aussenräumen von 300 Personen. Es darf die Hälfte der Raumkapazität genutzt werden. Dieselben Regeln gelten für religiöse Veranstaltungen.

Veranstaltungen ohne Publikum, wie Vereinsanlässe oder Führungen, sind drinnen und draussen mit maximal 50 Teilnehmenden möglich. Dies gilt auch für private Anlässe wie Hochzeits- oder Geburtstagsfeiern, die nicht in den eigenen privaten Räumlichkeiten stattfinden. Bei privaten Treffen in Innenräumen sind 30 Personen, in Aussenräumen 50 Personen erlaubt.

Für Läden und Dienstleistungsbetriebe ist die erlaubte Anzahl Kundinnen und Kunden beschränkt.

Der Betrieb von Diskotheken und Tanzlokalen ist verboten. Die Restaurants können die Tische im Innern wieder besetzen. Es gilt: Abstand oder Abschränkung, maximal vier Personen pro Tisch, Erhebung der Kontaktdaten aller Gäste und Sitzpflicht. Auf den Terrassen sind neu Sechsertische möglich. Die Sperrstunde zwischen 23 und 6 Uhr ist aufgehoben. Am Tisch besteht keine Maskentragpflicht; wer sich im Restaurant bewegt – drinnen und draussen – muss hingegen eine Maske tragen. Für das Personal gilt überall eine Maskentragpflicht.

Geöffnet sind öffentlich zugängliche Freizeit- und Unterhaltungsbetriebe wie Museen, Zoos, Bibliotheken und Lesesäle, Archive, Kinos, Schwimmbäder, Sportanlagen und Fitnesscenter. Ebenfalls geöffnet sind Wellnessanlagen und Bäder von Hotelanlagen für Hotelgäste. Thermalbäder und Wellnessanlagen dürfen auch wieder Gäste empfangen. Es gelten einheitlich 15 Quadratmeter pro Person; die Aktivitäten dürfen ohne Maske, jedoch mit Abstand ausgeübt werden. Dieselben Regeln gelten für Hallenbäder.

Obligatorische Schulen: Präsenzunterricht ist erlaubt. Die Schulen müssen ein Schutzkonzept umsetzen. *Sekundarstufe II (z.B. Gymnasien und Berufsschulen):* Präsenzunterricht ist erlaubt. Die Schulen müssen ein Schutzkonzept umsetzen. Zudem müssen alle Personen vor Ort eine Maske tragen. Für den Sportunterricht gibt es keine Beschränkung der Gruppengrösse, er darf auch in Sporthallen stattfinden. *Tertiärstufe (z.B. Universitäten und Fachhochschulen) und Kurse im Freizeitbereich:* An Hochschulen, höheren Fachschulen und an Weiterbildungsinstitutionen wird die Beschränkung auf maximal 50 Personen für Präsenzveranstaltungen aufgehoben. Voraussetzung ist ein Testkonzept und eine Genehmigung des Kantons. Es gelten keine Kapazitätsbeschränkungen mehr. Die Masken- und Abstandspflicht gilt weiterhin.

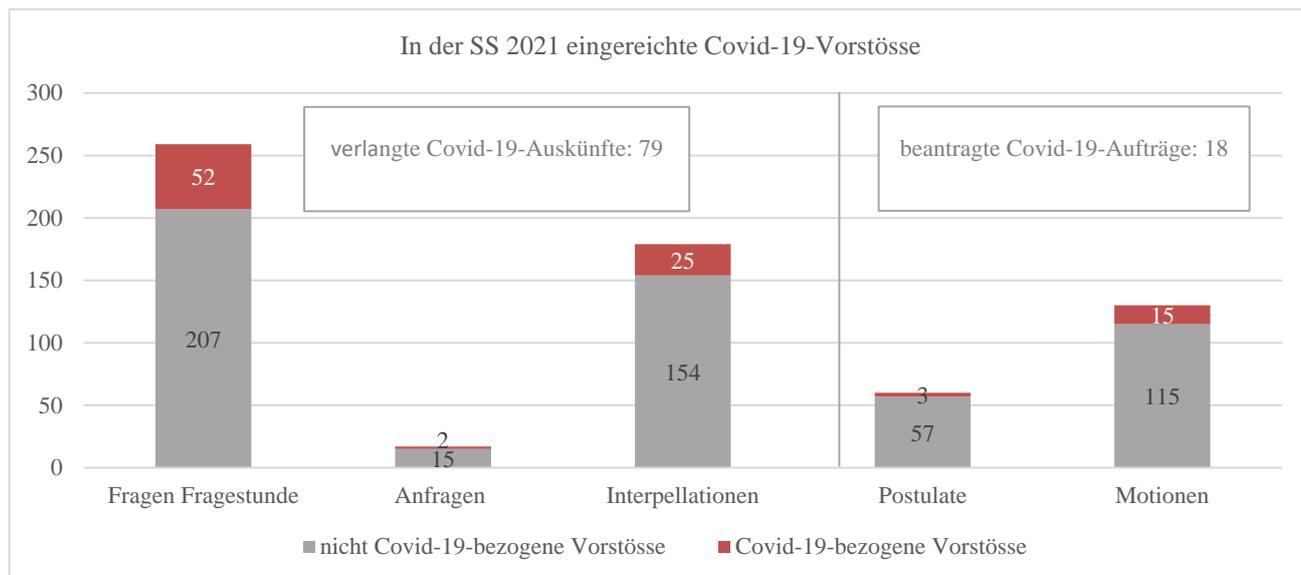
Sport: Im Amateurbereich können maximal 50 Personen gemeinsam Sport treiben. Publikum ist zugelassen. Dabei gelten die Regeln für Publikumsanlässe. Wettkämpfe von Mannschaftssportarten sind nur draussen erlaubt. Kontaktsport wie Paartanz oder Schwingen ist in Innenräumen ohne Maske nur in beständigen Gruppen von vier Personen erlaubt. Die Flächenvorgabe für ruhige Sportarten in Innenräumen (z.B. Yoga) beträgt 15 Quadratmeter pro Person.

Laienkultur: Analog zu den Regeln im Sport wird in der Kultur die maximale Gruppengrösse auf 50 Personen erhöht. Aufführungen von Laienkulturschaffenden sind wieder möglich. Dabei gelten die Regeln für Publikumsanlässe. Die Flächenvorgabe für Blasmusiken beträgt 25 Quadratmeter pro Person. Im Freien sind Chorkonzerte wieder zugelassen, sowohl im Amateur- als auch im Profibereich.

Arbeit: Die Homeoffice-Pflicht wird für jene Betriebe, die einmal pro Woche testen, in eine Homeoffice-Empfehlung umgewandelt. Für gefährdete Personen in Berufen, in denen die Schutzbestimmungen nicht umgesetzt werden können, muss der Arbeitgeber die betroffenen Arbeitnehmenden unter voller Lohnzahlung von der Arbeitspflicht befreien. In diesen Fällen besteht ein Anspruch auf Corona-Erwerbsersatz.

Einreisende aus Gebieten mit erhöhtem Ansteckungsrisiko müssen sich in eine zehntägige Quarantäne begeben. Es bestehen weiterhin Einreisebeschränkungen für Nicht-Schengen-Staaten: Einreisen aus Risikoländern sind untersagt.

Sommersession im Parlamentsgebäude: Der Zugang zum Parlamentsgebäude ist eingeschränkt.



G.94

Rund 15 Prozent der im Laufe der Sommersession eingereichten Vorstösse beziehen sich auf Covid-19. Es werden 52 Fragen, 2 Anfragen, 25 Interpellationen, 3 Postulate sowie 15 Motionen zu Covid-19 eingereicht.

3.2. Abschliessend behandelte Covid-19-Vorstösse

Postulate

Während der Frühjahrsession nimmt der Nationalrat 5 und der Ständerat 7 Covid-19-bezogene Postulate an. Die Räte erteilen dem Bundesrat damit 11 und dem Ratsbüro einen Auftrag.

Dem Bundesrat werden folgende Aufträge erteilt:

- [21.3195](#) Dittli, Josef «Covid-19-Pandemie. "Lessons learned" für den Wissenschaftsstandort Schweiz»: Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht die Bedeutung des Wissenschaftsstandorts Schweiz zur Bewältigung der Covid-19 Pandemie zu beleuchten, Handlungsbedarf zu erkennen und daraus die notwendigen Massnahmen zur Optimierung des Gesundheitssystems und zur Meisterung zukünftiger Gesundheitskrisen abzuleiten. (Der Bundesrat beantragte die Annahme der Punkte 1-5, 7, 9, 11 und 12)
- [21.3230](#) Z'graggen, Heidi «Bericht zu den Auswirkungen auf die Gesellschaft der Massnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und Möglichkeiten zu deren Heilung»: Der Bundesrat wird beauftragt, zu erheben, welche Folgen auf die Gesellschaft und ihre unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen die Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19 Pandemie hatten und darüber Bericht zu erstatten. Gestützt auf diese Erhebungen soll er Schlüsse ziehen und Bericht erstatten, ob Handlungsbedarf besteht und wie die allfälligen Auswirkungen der getroffenen Massnahmen geheilt werden sollen. (Der Bundesrat beantragte die Annahme des Postulats.)
- [21.3220](#) Roduit, Benjamin «Die Auswirkungen von Covid-19 auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen»: Es soll eine umfassende Studie über die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen durchgeführt werden, da diese in ihrem Alltag stark von den Auswirkungen von Covid-19 betroffen sind. Der Bundesrat wird beauftragt, Kinder und Jugendliche ins nationale Human-Biomonitoring-Programm aufzunehmen. Die daraus gewonnenen wissenschaftlichen Ergebnisse sollen die bestehenden Wissenslücken im Bereich der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen schliessen und ihre gesundheitliche Situation in der Schweiz verbessern. (Der Bundesrat beantragte die Annahme des Postulats.)

- **21.3205** FDP-Liberale Fraktion «Rolle des Bundesstabes für Bevölkerungsschutz im Rahmen der Covid-19-Pandemie»: Der Bundesrat wird aufgefordert, seine Beurteilung zum Erfolg der gewählten Krisenorganisation bei der Bewältigung der Corona Pandemie darzulegen. Insbesondere sollte die Rolle des Bundesstabes für Bevölkerungsschutz (BSTB) beleuchtet werden. Konnte der BSTB seine ihm zugewiesenen Aufgaben wirkungsvoll wahrnehmen, verfügte er über die notwendigen Kompetenzen und welche Massnahmen müssen im Hinblick auf eine neue Krise zwingend getroffen werden, damit der BSTB zielgerichteter eingesetzt werden kann, einerseits zum Schutz der Bevölkerung und andererseits zur Unterstützung der anderen Bundesämter. (Der Bundesrat beantragte die Annahme des Postulats.)
- **21.3352** Bulliard-Marbach, Christine «Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Ausbildungsgänge»: Der Bundesrat wird beauftragt, Massnahmen zu prüfen, um zu verhindern, dass als Folge der Corona-Pandemie eine ganze Generation von Lernenden der Berufsbildung und Studierenden auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt ist. (Der Bundesrat beantragte die Annahme des Postulats.)
- **21.3290** Graf, Maya «Auswirkungen der Covid-19-Krise, der Klimakrise und der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt und Perspektiven für eine innovative, nachhaltige Berufsfeldentwicklung»: Der Bundesrat wird ersucht, in einem Bericht aufzuzeigen, welche Auswirkungen die Covid-19-, die Klimakrise und die beschleunigte Digitalisierung auf Arbeitsmarkt und Berufsbildung haben, speziell für Branchen unter starkem Strukturwandel. Der Bericht soll Perspektiven für die innovative Berufsfeldentwicklung aufzeigen: Wie können Initiativen, wie etwa «Digitale Schweiz», «Berufsbildung 2030» und die Energiewende zusammen mit den Kantonen und Dritten synergetisch weiterentwickelt werden? (Der Bundesrat beantragte die Ablehnung des Postulats.)
- **21.3281** Maret, Marianne «Wie steht es um die soziale Sicherheit der Kulturschaffenden in der Schweiz?»: Der Bundesrat wird beauftragt, eine Aktualisierung des Berichts von 2007 über die soziale Sicherheit der Kulturschaffenden in der Schweiz vorzulegen und Verbesserungsmöglichkeiten aufzuzeigen. (Der Bundesrat beantragte die Annahme des Postulats.)
- **21.3448** Rieder, Beat «Zukunft der Armeeapotheke»: Der Bundesrat wird beauftragt in einem Bericht darzulegen, welche möglichen zukünftigen Aufgabenfelder der Armeeapotheke übertragen werden könnten unter Berücksichtigung der Erfahrungen der Covid-19 Pandemie. Insbesondere sollte diese umfassende Auslegeordnung die Aspekte Profil und Aufgaben, Kompetenzen, Systeme, Ressourcenbedarf, Prozesse, Organisationsstruktur und Landesversorgung umfassen. (Der Bundesrat beantragte die Annahme des Postulats.)
- **21.3449** SiK-SR «Strategisches Krisenmanagement»: Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie das strategische Krisenmanagement der Schweiz zur Bewältigung von nationalen Krisenlagen gestärkt werden kann und wie die Führungskräfte dafür systematisch ausgebildet und beübt werden können. (Der Bundesrat beantragte die Annahme des Postulats.)
- **21.3454** SGK-NR «Auswirkungen von Long Covid»: Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht zu verfassen zu den Auswirkungen von Long-Covid: auf die Sozialversicherungen (insbes. IV) und zu den Armutsrisiken der Betroffenen; sowie auf die nötigen Anpassungen in den Prozessen z.B. der Aufteilung von resultierenden Kosten zwischen Arbeitgebenden, Krankentaggeldversicherern, IV, Krankenkassen und Betroffenen; weitere nötige Massnahmen, die aus einer grösseren Anzahl von Long-Covid Betroffenen nötig würden und weitere Risiken. (Der Bundesrat beantragte die Annahme des Postulats.)
- **21.3457** WBK-NR «Psychische Gesundheit unserer Jugend stärken»: Der Bundesrat wird beauftragt, in einem dringlichen Bericht darzulegen und aufzuzeigen, welche Auswirkungen die Coronakrise auf die psychische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen hat. Zudem wird der Bundesrat gebeten, konkrete Massnahmen zur Wahrung der psychischen Gesundheit und zur Versorgungssicherstellung der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen (insb. Studierende) aufzuführen. (Der Bundesrat beantragte die Annahme des Postulats.)



G.95

Zwischenbilanz

Damit wurden dem Bundesrat seit Beginn der Krise mittels Covid-19-bezogenen Postulaten insgesamt 31 Aufträge erteilt. Bei fünf dieser Aufträge hatte der Bundesrat die Ablehnung des Postulates beantragt.

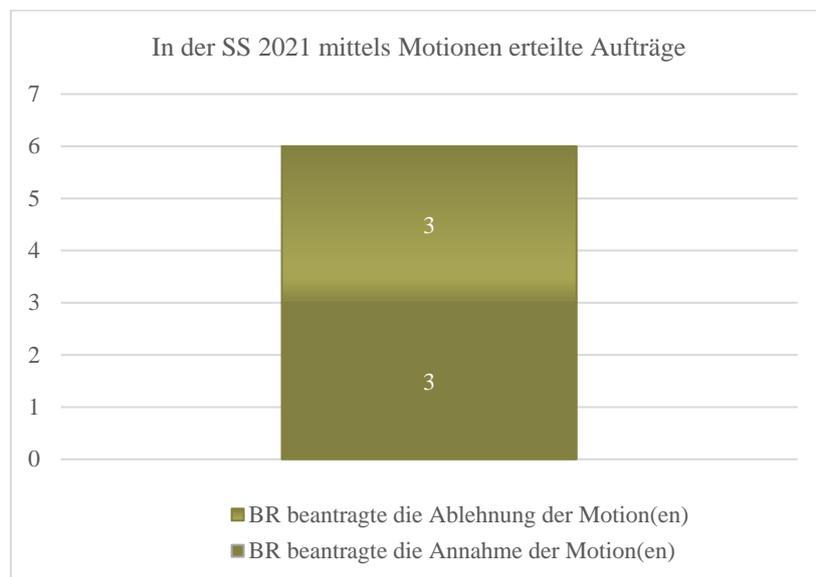
Motionen

Während der Frühjahrssession nehmen die Räte viermal zwei gleichlautende Covid-19-Kommissionsmotionen und zwei weitere Covid-19-Motionen an.

Es werden dem Bundesrat damit folgende sechs Aufträge erteilt:

- [21.3600](#) WAK-N / [21.3609](#) WAK-S «Verlängerung des Härtefallprogramms»: Der Bundesrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Kantonen die notwendigen Anpassungen im Covid-19-Gesetz und in der Härtefallverordnung vorzunehmen, um die Härtefallregelung bis Ende Dezember 2021 zu verlängern. (Der Bundesrat beantragte die Annahme der Motionen.)
- [21.3601](#) WAK-N / [21.3610](#) WAK-S «Zulassen von höheren Härtefallbeiträgen in begründeten Ausnahmefällen»: Der Bundesrat wird beauftragt, die Covid-19 Härtefallverordnung dahingehend zu ändern, dass in begründeten Ausnahmefällen und basierend auf einer Einzelfallprüfung die in Art. 8c festgelegte Höchstgrenze für nicht rückzahlbare Beiträge für Unternehmen mit einem Jahresumsatz von über 5 Mio. Franken verhältnismässig überschritten werden kann. (Der Bundesrat beantragte die Ablehnung der Motionen)
- [21.3459](#) KfV-N / [21.3593](#) KfV-S «Covid-19. Beiträge des Bundes an die finanziellen Lücken im öffentlichen Verkehr auch für das Jahr 2021»: Der Bundesrat wird aufgefordert, dem Parlament eine Revision des PBG zu unterbreiten, die es ermöglicht, dass der Bund Beiträge leistet an die im öffentlichen Verkehr entstandenen und weiter entstehenden finanziellen Lücken des Jahres 2021, namentlich im Ortsverkehr, im touristischen Verkehr und im Fernverkehr. Dabei sollen für den Ortsverkehr und den touristischen Verkehr die für das Jahr 2020 im Rahmen des Bundesgesetzes über die Unterstützung des öffentlichen Verkehrs in der Covid-19-Krise (20.055) beschlossenen Regelungen möglichst inhaltlich gleichlautend zeitlich auf das ganze Jahr 2021 ausgedehnt sowie für den Fernverkehr eine spezifische Lösung gefunden werden. (Der Bundesrat beantragte die Ablehnung der Motionen)

- [21.3460 KfV-N / 21.3594 KfV-S](#) «Milderung der pandemiebedingten Auswirkungen auf den Schienengüterverkehr im Jahr 2021»: Der Bundesrat wird aufgefordert, die Unternehmen des Schienengüterverkehrs für die pandemiebedingten Auswirkungen im Jahr 2021 auf Basis von Artikel 9a des Gütertransportgesetzes (GüTG) finanziell zu unterstützen und hierfür beim Parlament einen Nachtragskredit zu beantragen. (Der Bundesrat beantragte die Annahme der Motionen.)
- [20.4338 FK-N](#) «Die Covid-19-Erfahrungen nutzen, um das Arbeiten beim Bund nachhaltiger zu gestalten»: Der Bundesrat wird beauftragt, bei der Weiterentwicklung der Arbeitsplätze für das Bundespersonal die positiven wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Effekte durch mehr dezentrales Arbeiten - insbesondere in Co-Working-Räumen und zu Hause - als wesentliche Kriterien einzubeziehen. (Der Bundesrat beantragte die Annahme der Motion)
- [20.3419 Rieder, Beat](#) «Bewahrung der demokratischen Rechte und Stärkung der digitalen Einsatzbereitschaft»: Der Bundesrat wird beauftragt, Massnahmen zu ergreifen damit die Handlungsfähigkeit des Staates sowie die Ausübung der demokratischen Rechte auf allen staatlichen Ebenen unter Wahrung des Föderalismus auch in Krisenzeiten gewährleistet sind. (Der Bundesrat beantragte die Ablehnung der Motion.)



G.96

Zwischenbilanz

Damit wurden seit Beginn der Krise dem Bundesrat mittels Motionen insgesamt 29 Aufträge erteilt; bei 11 dieser Aufträge hatte der Bundesrat die Ablehnung der Motion(en) beantragt.

4. Covid-19-Akte

4.1. Rechtsetzungsakte im Covid-19-Bereich

4.1.1. Dringliche Bundesgesetze

Parlamentarische Phase

Covid-19-Gesetz, Dringliche Änderung (Covid- Erwerbsersatz und Massnahmen im Sportbereich)

Mit der am 12. Mai 2021 vom Bundesrat verabschiedeten Botschaft zur Anpassung des Covid-19-Gesetzes (21.033) beantragt der Bundesrat dem Parlament, die Grundlage für die Erwerbsausfallentschädigung bis Ende 2021 zu verlängern. Zudem soll die gesetzliche Obergrenze für A-Fonds-perdu-Beiträge an Sportklubs der professionellen und semi-professionellen Ligen aufgehoben werden.

Das Parlament stimmt den Anträgen des Bundesrates zu. Zudem hält es im Gesetz fest, dass, sobald der impfwillige erwachsene Teil der Bevölkerung ausreichend geimpft ist, die Kapazitätsbeschränkungen für öffentlich zugängliche Einrichtungen und Betriebe sowie Veranstaltungen und private Zusammenkünfte aufzuheben ist; angemessene Schutzkonzepte sind möglich, sofern sie verhältnismässig sind.

Die dringliche Änderung tritt am 19. Juni 2021 in Kraft. Sie untersteht dem nachträglichen fakultativen Referendum.

Nachparlamentarische Phase

Das Volk stimmt am 13. Juni 2021 dem in der Herbstsession 2020 erlassenen Covid-19-Gesetz mit 60,2 Prozent der Stimmen zu. Die Referendumsfrist für die während der Frühjahressession 2021 erlassene Änderung des Covid-19-Gesetzes läuft weiter.

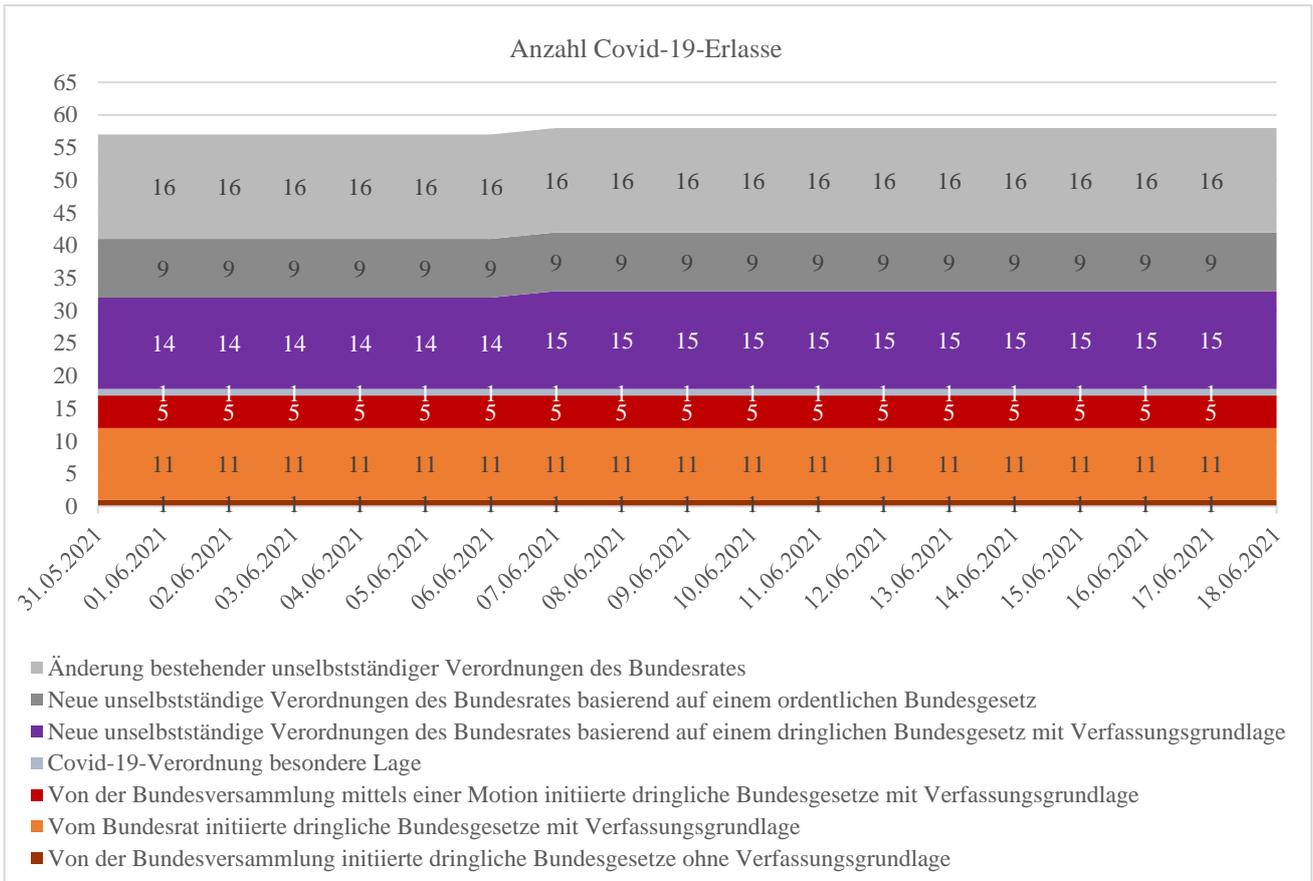
4.1.1. Bundesratsverordnungen

Der Bundesrat erlässt im hier untersuchten Zeitraum folgende neue Covid-19-Verordnung:

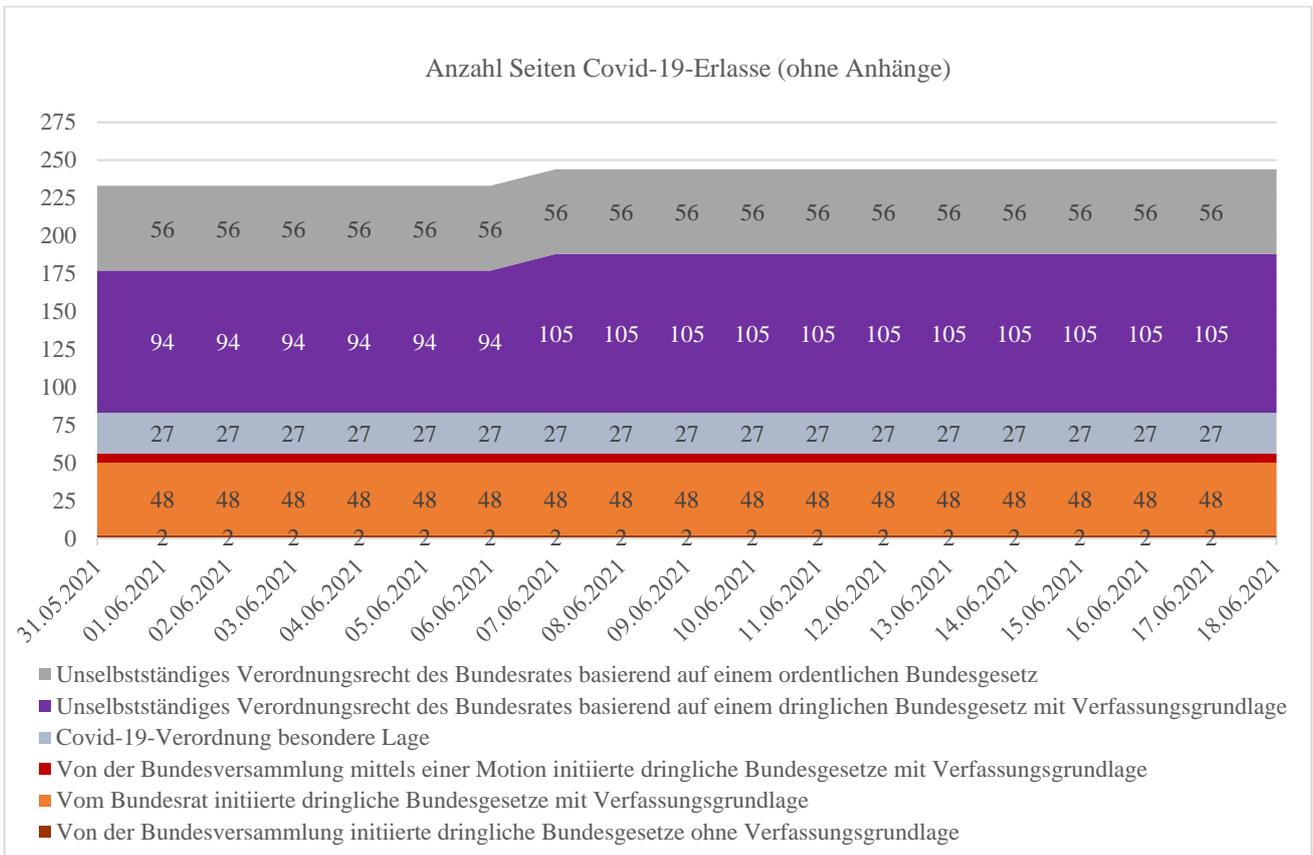
- [SR 818.102.2](#) Verordnung über Zertifikate zum Nachweis einer Covid-19-Impfung, einer Covid-19-Genesung oder eines Covid-19-Testergebnisses (Covid-19-Verordnung Zertifikate) vom 4. Juni 2021 (Inkrafttreten am 7. Juni 2021).

Zudem ändert er folgende Covid-19-Verordnungen ein- oder mehrmals ab:

- [SR 818.101.27](#) Verordnung über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (Covid-19) im Bereich des internationalen Personenverkehrs (Covid-19-Verordnung Massnahmen im Bereich des internationalen Personenverkehrs) vom 2. Juli 2020
- [SR 818.101.24](#) Verordnung 3 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (Covid-19) (Covid-19-Verordnung 3) vom 19. Juni 2020.



G.97



G.98

4.2. Finanzbeschlüsse im Covid-19-Bereich

Voranschlag 2021. Nachtrag I

Am 31. März 2021 beantragte der Bundesrat dem Parlament mit seiner Botschaft zum Nachtrag I (21.007) elf Nachtragskredite im Umfang von 2,6 Milliarden Franken; vier dieser Kredite betreffen Massnahmen für die Bewältigung der Covid-19-Krise (2,5 Mrd.). Die neu beantragten Covid-19-Ausgaben entfallen vor allem auf die Corona-Tests (2,4 Mrd.), welche neu über den ausserordentlichen Haushalt finanziert werden sollen.

Am 14. und 29. April 2021 überwies der Bundesrat dem Parlament noch zwei Nachmeldungen im Umfang von 614 Millionen Franken. Die Nachmeldungen umfassen vier Massnahmen:

- Beitrag an die globale Initiative «Access to Covid-19 Tools Accelerator» (226 Mio.): Der Bundesrat beabsichtigt, die Initiative ACT-A der EU-Kommission und der G20 mit insgesamt 300 Millionen zu unterstützen. Dazu ist im Budget 2021 ein Nachtragskredit von 226 Millionen notwendig (inkl. Kompensation).
- Arzneimittel (150 Mio.): An seiner Sitzung vom 14. April 2021 hat der Bundesrat für die Beschaffung von Arzneimitteln gegen Covid-19 100 Millionen und für Investitionen in die Herstellung und Entwicklung von Covid-19-relevanten Arzneimitteln (inkl. Impfstoffen) 50 Millionen beschlossen. Für einen Teil dieser Kredite wurde bei der Finanzdelegation ein Vorschuss beantragt.
- Massnahmen im Kulturbereich (148 Mio.): Die längere Dauer der gesundheitspolitischen Einschränkungen führt im Kulturbereich für den Bund 2021 zu einem finanziellen Mehrbedarf von voraussichtlich 148 Millionen Franken.
- Schutzschirm Eventbranche (90 Mio.): Bund und Kantone beteiligen sich mit je maximal 150 Millionen an ungedeckten Kosten von Publikumsanlässen mit überkantonaler Bedeutung. Im Jahr 2021 dürften für den Bund und die Kantone Kosten von je 90 Millionen anfallen, wenn die abgesicherten Veranstaltungen abgesagt oder verschoben werden müssen.

Am 18. Mai überwies der Bundesrat noch eine dritte Nachmeldung. Mit dieser beantragt er eine Erhöhung des bereits bestehenden Verpflichtungskredits zur Beschaffung von Sanitätsmaterial um 600 Millionen Franken.

Die Räte stimmen den Anträgen des Bundesrates im Umfang von rund 3,1 Milliarden Franken zu und bewilligen damit nachträglich auch den von der Finanzdelegation am 14. April 2021 bewilligten Vorschuss von 60 Millionen Franken für die Beschaffung von Arzneimitteln gegen Covid-19 und von Impfleistungen.

Grafikverzeichnis

G.1	Covid-19-Fallzahlen und -Massnahmen im Überblick (24.02.2020 – 01.03.2020)	9
G.2	Covid-19-Fallzahlen und -Massnahmen im Überblick (02.03.2020 – 15.03.2020)	14
G.3	In der FS 2020 eingereichte Vorstösse	15
G.4	Covid-19-Fallzahlen und -Massnahmen im Überblick (16.03.2020 – 31.03.2020)	21
G.5	Anzahl Covid-19-Erlasse (12.03.2020 – 31.03.2020)	24
G.6	Anzahl Seiten Covid-19-Erlasse (ohne Anhänge) (12.03.2020 – 31.03.2020)	24
G.7	Covid-19-Fallzahlen und -Massnahmen im Überblick (01.04.2020 – 03.05.2020)	34
G.8	Eingereichte Covid-19-Kommissionsmotionen nach Rat (01.04.2020 – 03.05.2020)	35
G.9	Eingereichte Covid-19-Kommissionsmotionen nach Kommission (01.04.2020 – 03.05.2020)	35
G.10	Eingereichte Covid-19-Kommissionsmotionen und Antrag des Bundesrates nach Rat (01.04.2020 – 03.05.2020)	36
G.11	Eingereichte Covid-19-Kommissionsmotionen und Antrag des Bundesrates nach Kommission (01.04.2020 – 03.05.2020)	36
G.12	Anzahl Covid-19-Erlasse (01.04.2020 – 03.05.2020)	38
G.13	Anzahl Seiten Covid-19-Erlasse (ohne Anhänge) (01.04.2020 – 03.05.2020)	39
G.14	Covid-19-Fallzahlen und -Massnahmen im Überblick (02.05.2020 – 10.05.2020)	42
G.15	In der a.o. S eingereichte Covid-19-Vorstösse	43
G.16	In der a.o. S angenommene Covid-19-Postulate	44
G.17	Mittels Covid-19-Postulaten erteilte Aufträge	44
G.18	In der a.o. S abschliessend behandelte Covid-19-Kommissionsmotionen nach Rat	45
G.19	In der a.o. S abschliessend behandelte Covid-19-Kommissionsmotionen nach Kommission	46
G.20	In der a.o. S mittels Covid-19-Motionen erteilte Aufträge	46
G.21	Covid-19-Fallzahlen und -Massnahmen im Überblick (07.05.2020 – 01.06.2020)	55
G.22	Zwischen der a.o. S und der SS 2020 eingereichte Covid-19-Kommissionsmotionen nach Rat	56
G.23	Zwischen der a.o. S und der SS 2020 eingereichte Covid-19-Kommissionsmotionen nach Kommission	56
G.24	Hängige Covid-19-Kommissionsmotionen (Stand: 01.06.2020)	57
G.25	Anzahl Covid-19-Erlasse (07.05.2020 – 01.06.2020)	59
G.26	Anzahl Seiten Covid-19-Erlasse (ohne Anhänge) (07.05.2020 – 01.06.2020)	59
G.27	Covid-19-Fallzahlen und -Massnahmen im Überblick (02.06.2020 – 19.06.2020)	63
G.28	In der SS 2020 eingereichte Vorstösse	64
G.29	In der SS 2020 abschliessend behandelte Covid-19-Kommissionsmotionen	65
G.30	In der SS 2020 mittels Covid-19-Motionen erteilte Aufträge	65
G.31	Seit Beginn der Krise eingereichte Covid-19-Kommissionsmotionen nach Rat	67
G.32	Seit Beginn der Krise eingereichte Covid-19-Kommissionsmotionen nach Kommission	67

G.33	Mittel Covid-19-Motionen erteilte Aufträge (Stand: 19.06.2020)	68
G.34	Anzahl Covid-19-Erlasse (02.06.2020 – 19.06.2020)	69
G.35	Anzahl Seiten Covid-19-Erlasse (ohne Anhänge) (02.06.2020 – 19.06.2020)	70
G.36	Covid-19-Fallzahlen und -Massnahmen im Überblick (19.06.2020 – 06.09.2020)	75
G.37	Zwischen der SS 2020 und der HS 2020 eingereichte Covid-19-Kommissionsmotionen nach Rat	76
G.38	Zwischen der SS 2020 und der HS 2020 eingereichte Covid-19-Kommissionsmotionen nach Kommission	76
G.39	Hängige Covid-19-Kommissionsmotionen (Stand: 06.09.2020)	77
G.40	Anzahl Covid-19-Erlasse (19.06.2020 – 06.09.2020)	80
G.41	Anzahl Seiten Covid-19-Erlasse (ohne Anhänge) (19.06.2020 – 06.09.2020)	81
G.42	Covid-19-Fallzahlen und -Massnahmen im Überblick (07.09.2020 – 25.09.2020)	84
G.43	In der HS 2020 eingereichte Vorstösse	85
G.44	In der HS 2020 mittels Covid-19-Postulaten erteilte Aufträge	86
G.45	Angenommene Covid-19-Postulate nach Rat (Stand: 25.09.2020)	88
G.46	Mittels Covid-19-Postulaten erteilte Aufträge (Stand: 25.09.2020)	88
G.47	In der HS 2020 mittels einer Covid-19-Motion erteilter Auftrag	89
G.48	Seit Beginn der Krise eingereichte Covid-19-Kommissionsmotionen nach Rat	90
G.49	Seit Beginn der Krise eingereichte Covid-19-Kommissionsmotionen nach Kommission	90
G.50	Mittels Covid-19 Motionen erteilte Aufträge (Stand: 25.09.2020)	91
G.51	Anzahl Covid-19-Erlasse (07.09.2020 – 25.09.2020)	99
G.52	Anzahl Seiten Covid-19-Erlasse (ohne Anhänge) (07.09.2020 – 25.09.2020)	99
G.53	Covid-19-Fallzahlen und -Massnahmen im Überblick (26.09.2020 – 28.10.2020)	105
G.54	Anzahl Covid-19-Erlasse (26.09.2020 – 28.10.2020)	108
G.55	Anzahl Seiten Covid-19-Erlasse (ohne Anhänge) (26.09.2020 – 28.10.2020)	108
G.56	Covid-19-Fallzahlen und -Massnahmen im Überblick (29.10.2020 – 30.10.2020)	111
G.57	In der Sondersession des NR 2020 eingereichte Vorstösse	112
G.58	Covid-19-Fallzahlen und -Massnahmen im Überblick (31.10.2020 – 29.11.2020)	116
G.59	Anzahl Covid-19-Erlasse (31.10.2020 – 29.11.2020)	121
G.60	Anzahl Seiten Covid-19-Erlasse (ohne Anhänge) (31.10.2020 – 29.11.2020)	121
G.61	Covid-19-Fallzahlen und -Massnahmen im Überblick (30.11.2020 – 18.12.2020)	126
G.62	In der WS 2020 eingereichte Vorstösse	128
G.63	In der WS 2020 mittels Covid-19-Postulaten erteilte Aufträge	129
G.64	Covid-19-Postulate (Stand: 18.12.2020)	129
G.65	Mittels Covid-Postulaten erteilte Aufträge (Stand: 18.12.2020)	130
G.66	In der WS 2020 mittels Covid-19-Motionen erteilte Aufträge	130
G.67	Covid-19-Motionen (Stand: 18.12.2020)	131
G.68	Mittels Covid-19-Motionen erteilte Aufträge (Stand: 18.12.2020)	131
G.69	Anzahl Covid-19-Erlasse (30.11.2020 – 18.12.2020)	137

G.70	Anzahl Seiten Covid-19-Erlasse (ohne Anhänge) (30.11.2020 – 18.12.2020)	137
G.71	Covid-19-Fallzahlen und -Massnahmen im Überblick (18.12.2020 – 28.02.2021)	146
G.72	Anzahl Covid-19-Erlasse (18.12.2020 – 28.02.2021)	151
G.73	Anzahl Seiten Covid-19-Erlasse (ohne Anhänge) (18.12.2020 – 28.02.2021)	151
G.74	Covid-19-Fallzahlen und -Massnahmen im Überblick (01.03.2021 – 19.03.2021)	154
G.75	In der FS 2021 eingereichte Vorstösse	161
G.76	In der FS 2021 mittels Covid-19-Postulaten erteilte Aufträge	162
G.77	Covid-19-Postulate (Stand: 19.03.2021)	162
G.78	Mittels Covid-Postulaten erteilte Aufträge (Stand: 19.03.2021)	163
G.79	In der FS 2021 mittels Covid-19-Motionen erteilte Aufträge	164
G.80	Covid-19-Motionen (Stand: 19.03.2021)	164
G.81	Mittels Covid-19-Motionen erteilte Aufträge (Stand: 19.03.2021)	165
G.82	Anzahl Covid-19-Erlasse (01.03.2021 – 19.03.2021)	167
G.83	Anzahl Seiten Covid-19-Erlasse (ohne Anhänge) (01.03.2021 – 19.03.2021)	168
G.84	Covid-19-Fallzahlen im Überblick (20.03.2021 – 02.05.2021)	170
G.85	Anzahl Covid-19-Erlasse (20.03.2021 – 02.05.2021)	173
G.86	Anzahl Seiten Covid-19-Erlasse (ohne Anhänge) (20.03.2021 – 02.05.2021)	174
G.87	Covid-19-Fallzahlen und -Massnahmen im Überblick (03.05.2021 – 05.05.2021)	177
G.88	In der Sondersession des NR 2021 eingereichte Vorstösse	178
G.89	Covid-19-Fallzahlen im Überblick (06.05.2021 – 30.05.2021)	182
G.91	Anzahl Covid-19-Erlasse (06.03.2021 – 30.05.2021)	184
G.92	Anzahl Seiten Covid-19-Erlasse (ohne Anhänge) (06.03.2021 – 30.05.2021)	184
G.93	Covid-19-Fallzahlen und -Massnahmen im Überblick (03.05.2021 – 05.05.2021)	187
G.94	In der SS 2021 eingereichte Vorstösse	188
G.95	In der SS 2021 mittels Covid-19-Postulaten erteilte Aufträge	190
G.96	In der SS 2021 mittels Covid-19-Motionen erteilte Aufträge	191
G.97	Anzahl Covid-19-Erlasse (31.05.2021 – 18.06.2021)	193
G.98	Anzahl Seiten Covid-19-Erlasse (ohne Anhänge) (31.05.2021 – 18.06.2021)	193

Verzeichnis des Hintergrundwissens und der Begriffserläuterungen

H.1	Parlamentsbetrieb	8
H.2	Parlamentarische Vorstösse	10
H.3	Epidemiengesetz	10
H.4	Hausrecht, Medienakkreditierung, Sitzungsöffentlichkeit	13
H.5	Fragestunde	15
H.6	Anfragen und Interpellationen	16
H.7	Motionen und Postulate	17
H.8	Notverordnungen	17
H.9	Nachtragsverfahren	26
H.10	Genehmigung des Assistenzdiensts der Armee	27
H.11	Ausserordentliche Session	28
H.12	Kommissionen	33
H.13	Parlamentarische Initiativen	43
H.14	Dringliche Bundesgesetze	49
H.15	Versammlungsort / Sessionen extra muros	62
H.16	Behandlungsreife Motionen	77
H.17	Vernehmlassungsverfahren	78
H.18	Verordnungen zur Wahrung der inneren und äusseren Sicherheit	92
H.19	Fahnen	93
H.20	Schuldenbremse / Ausserordentlicher Zahlungsbedarf	100
H.21	Sondersessionen	110
H.22	Kommissionsinitiative	117
H.23	Verspätete Festlegung des Budgets	118
H.24	Verhandlungsfähigkeit / dringliche Bundesgesetze ohne Verfassungsgrundlage	134
H.25	Erklärungen des Nationalrates, des Ständerates und des Bundesrates	136
H.26	Standesinitiative	147
B.1	Selbstständige Verordnungen, unselbstständige Verordnungen, Mantelverordnungen	22
B.2	Verpflichtungskredite	25
B.3	Zahlungsrahmen	70

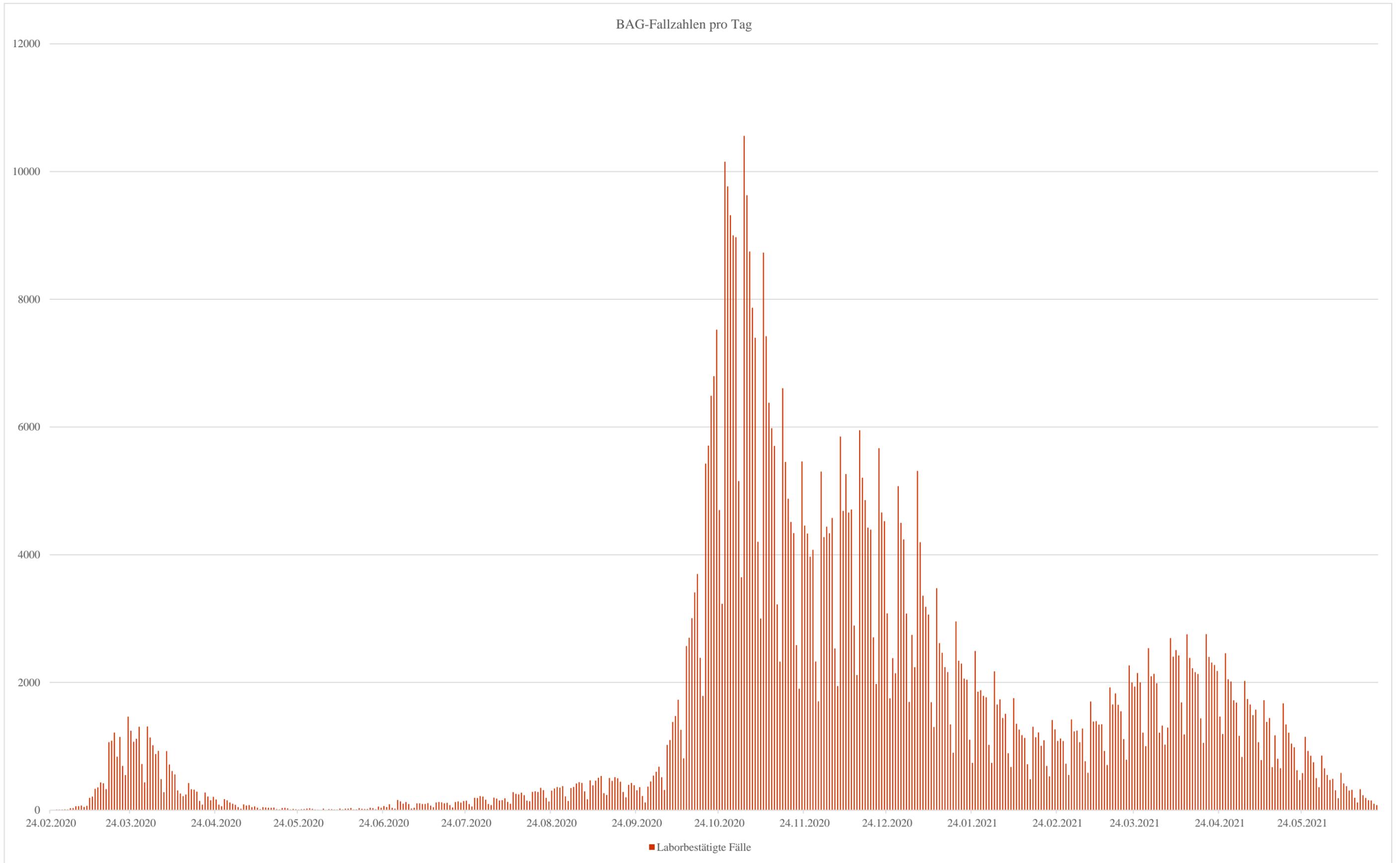
Abkürzungsverzeichnis

A.	Anfrage
AB	Amtliches Bulletin
ALV	Arbeitslosenversicherung
APK	Aussenpolitische Kommission
a.o.	ausserordentlich
B	Begriffserläuterung
BB	Bundesbeschluss
BAG	Bundesamt für Gesundheit
BR	Bundesrat
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft
BVG	Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge
bzw.	beziehungsweise
d. h.	das heisst
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EpG	Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz)
Fra.	Frage in der Fragestunde
FS	Frühjahrssession
G	Grafik
H	Hintergrundwissen
Ip.	Interpellation
KVF	Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen
Mo.	Motion
-N	des Nationalrates
Pa.Iv.	parlamentarische Initiative
ParlG	Bundesgesetz über die Bundesversammlung (Parlamentsgesetz)
Po.	Postulat
resp.	respektive
RK	Kommission für Rechtsfragen
RVOG	Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz
-S	des Ständerates
SGK	Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit
SiK	Sicherheitspolitische Kommission
SPK	Staatspolitische Kommission
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts
SS	Sommersession
UREK	Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie

VB Vereinigte Bundesversammlung
VBS Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
WAK Kommission für Wirtschaft und Abgaben
WBK Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur
WS Wintersession

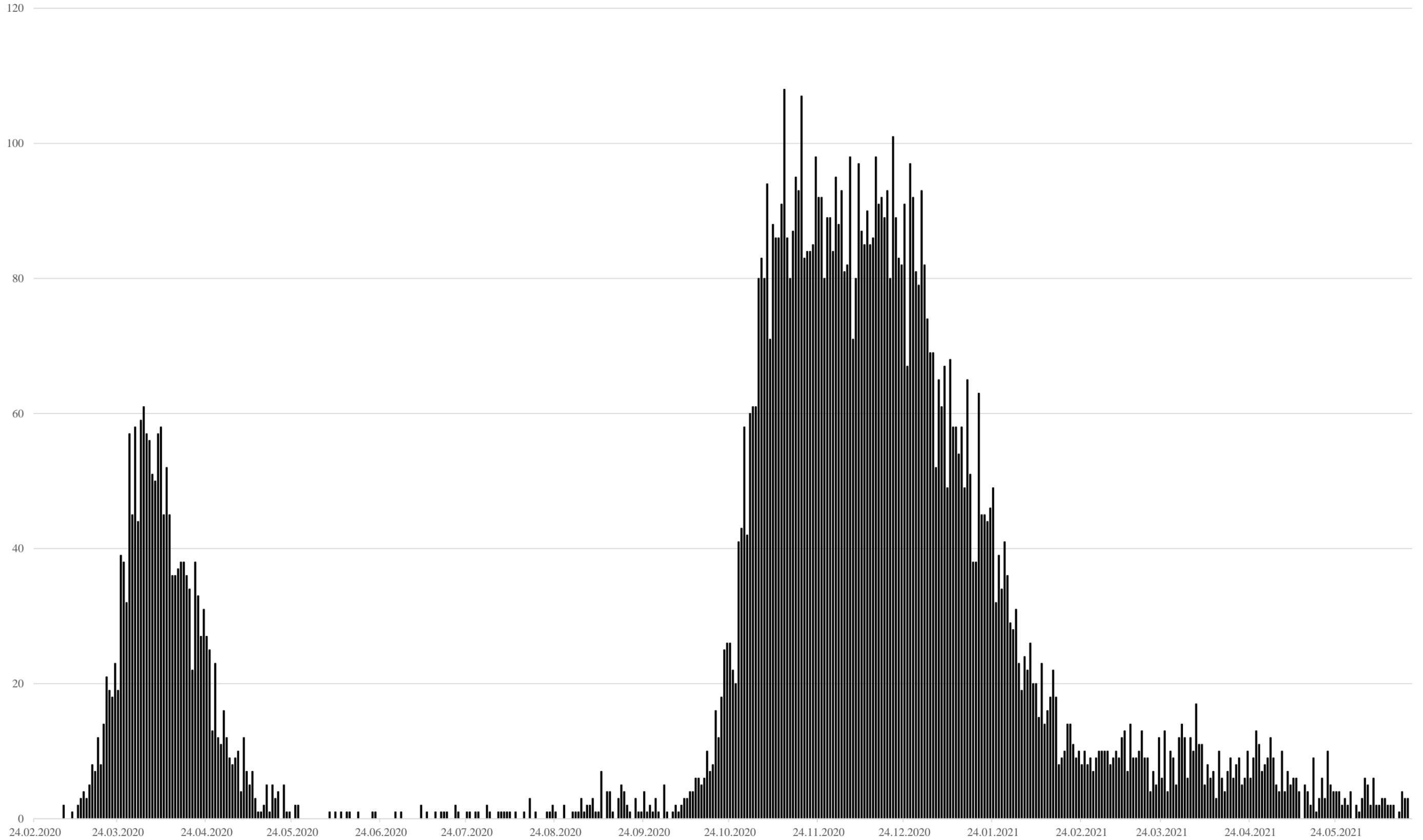
ANHANG I: COVID-19-FALLZAHLEN

24.02.2020 – 18.06.2021



Die Zahlen der ersten Welle sind nicht mit jenen der zweiten Welle vergleichbar, da im Frühjahr weniger getestet wurde.

BAG-Fallzahlen pro Tag



■ Todesfälle

ANHANG II: ÜBERBLICK «SCHUTZMASSNAHMEN PARLAMENTSBEREICH»

24.02.2020 – 18.06.2021

	Ort	Keinen Zugang haben	Besuchertribünen	Pressetribünen	Weitere Schutzmassnahmen (Auswahl)
Frühjahrsession 2020 02.03.2020 – 15.03.2020	Parlamentsgebäude	<ul style="list-style-type: none"> – Externe Besucherinnen und Besucher – Gäste der Ratsmitglieder – Medienschaffende mit Tagesakkreditierungen – Botschaftsvertretungen ab 09.03 zusätzlich: <ul style="list-style-type: none"> – ehemalige Mitglieder des Parlamentes – Kantonsvertreterinnen und -vertreter 	Geschlossen	Offen	<ul style="list-style-type: none"> – Händedesinfektionsmittel
a.o. Session im Mai 2020 04.05.2020 – 06.05.2020	Bernexpo	<ul style="list-style-type: none"> – Externe Besucherinnen und Besucher – Gäste der Ratsmitglieder – Medienschaffende mit Tagesakkreditierungen – ehemalige Mitglieder des Parlamentes – Kantonsvertreterinnen und -vertreter – Botschaftsvertretungen – Personen, die von einem Ratsmitglied eine Zutrittskarte erhalten haben 	Keine	Keine	<ul style="list-style-type: none"> – Händedesinfektionsmittel – Sämtliche Räumlichkeiten sind so eingerichtet, dass alle Personen jederzeit mindestens zwei Meter Abstand voneinander haben – Es wurden jeweils zwei Rednerpulte aufgestellt, die abwechselnd benutzt und gereinigt werden – Auf das Verteilen und Zirkulieren von Papier wird verzichtet
Sommersession 2020 02.06.2020 – 19.06.2020	Bernexpo		Keine	Im Nationalrats- und im Ständeratssaal gibt es für die Medienschaffenden reservierte Plätze.	<ul style="list-style-type: none"> – Händedesinfektionsmittel – Sämtliche Räumlichkeiten sind so eingerichtet, dass alle Personen jederzeit mindestens zwei Meter Abstand voneinander haben – Es wurden jeweils zwei Rednerpulte aufgestellt, die abwechselnd benutzt und gereinigt werden
Herbstsession 2020 07.09.2020 – 25.09.2020	Parlamentsgebäude	<ul style="list-style-type: none"> – Medienschaffende mit Tagesakkreditierungen – ehemalige Mitglieder des Parlamentes – Personen, die von einem Ratsmitglied eine Zutrittskarte erhalten haben (Ausnahme: persönliche Mitarbeitende) 	Die Belegung der Besuchertribüne im Nationalratssaal ist auf maximal 30 Personen beschränkt, auf den Ständeratstribünen gilt eine Obergrenze von 16 Plätzen.	Offen	<ul style="list-style-type: none"> – Externe Besucher, die einen Tagesausweis erhalten oder über einen Dauerausweis verfügen, müssen beim Eintritt in das Parlamentsgebäude ihre Kontaktdaten hinterlassen – Händedesinfektionsmittel – Plexiglas-Trennwände in den Ratssälen und den Sitzungszimmern
Sondersession NR 29.10.2020 – 30.10.2020	Parlamentsgebäude			Offen	<ul style="list-style-type: none"> – Externe Besucher, die einen Tagesausweis erhalten oder über einen Dauerausweis verfügen, müssen beim Eintritt in das Parlamentsgebäude ihre Kontaktdaten hinterlassen – Händedesinfektionsmittel – Maskenpflicht im Parlamentsgebäude – Plexiglas-Trennwände in den Ratssälen und den Sitzungszimmern – Für das Zirkulieren im Ratssaal gilt eine Maskenpflicht. Während des Sitzens an von Plexiglas geschützten Plätzen kann die Maske ausgezogen werden, wenn die Seitenteile der Plexiglasscheibe heruntergeklappt sind. – Im Nationalratssaal wurden zwei Rednerpulte eingerichtet, die abwechselnd benutzt und gereinigt werden können.
Wintersession 2020 30.11.2020 – 18.12.2020	Parlamentsgebäude	<ul style="list-style-type: none"> – Externe Besucherinnen und Besucher – Medienschaffende mit Tagesakkreditierungen – ehemalige Mitglieder des Parlamentes – Kantonsvertreterinnen und -vertreter – Botschaftsvertretungen – Personen, die von einem Ratsmitglied eine Zutrittskarte erhalten haben (Ausnahme: persönliche Mitarbeitende) – max. zwei Gäste pro Ratsmitglied 	Geschlossen Eine Ausnahme gilt für Wahlen, Vereidigungen und Verabschiedungen: Für Familienangehörige und Gäste steht eine begrenzte Anzahl von Plätzen zur Verfügung.	Offen	<ul style="list-style-type: none"> – Externe Besucher, die einen Tagesausweis erhalten oder über einen Dauerausweis verfügen, müssen beim Eintritt in das Parlamentsgebäude ihre Kontaktdaten hinterlassen – Händedesinfektionsmittel – Maskenpflicht im Parlamentsgebäude – Plexiglas-Trennwände in den Ratssälen und den Sitzungszimmern – Für das Zirkulieren im Ratssaal gilt eine Maskenpflicht. Während des Sitzens an von Plexiglas geschützten Plätzen kann die Maske ausgezogen werden, wenn die Seitenteile der Plexiglasscheibe heruntergeklappt sind. – Im Nationalratssaal wurden zwei Rednerpulte eingerichtet, die abwechselnd benutzt und gereinigt werden können.

	Ort	Keinen Zugang haben	Besuchertribünen	Pressetribünen	Weitere Schutzmassnahmen (Auswahl)
Frühjahrsession 2021 01.03.2021 – 19.03.2021	Parlamentsgebäude	<ul style="list-style-type: none"> – Externe Besucherinnen und Besucher – Gäste der Ratsmitglieder – Medienschaffende mit Tagesakkreditierungen – ehemalige Mitglieder des Parlamentes – Kantonsvertreterinnen und -vertreter – Botschaftsvertretungen – Personen, die von einem Ratsmitglied eine Zutrittskarte erhalten haben (Ausnahme: persönliche Mitarbeitende) 	Geschlossen	Offen	<ul style="list-style-type: none"> – Externe Besucher, die einen Tagesausweis erhalten oder über einen Dauerausweis verfügen, müssen beim Eintritt in das Parlamentsgebäude ihre Kontaktdaten hinterlassen – Personen, welche sich im Parlamentsgebäude aufhalten, können sich zweimal pro Sessionswoche, jeweils montags und mittwochs, testen lassen. Die Teilnahme an diesen PCR-Speicheltests ist freiwillig, wird aber dringend empfohlen. – Händedesinfektionsmittel – Plexiglas-Trennwände in den Ratssälen und den Sitzungszimmern – Maskenpflicht im Parlamentsgebäude; alle Personen – inklusive Ratsmitglieder, Magistratspersonen und andere Sitzungsteilnehmende – die Gesichtsmaske auch dort tragen, wo Plexiglas-Trennwände angebracht sind. Die Maske kann für die Abgabe eines Votums abgelegt werden. – Im Nationalratssaal wurden zwei Rednerpulte eingerichtet, die abwechselnd benutzt und gereinigt werden können.
Sondersession NR 2021 03.05.2021 – 05.05.2021	Parlamentsgebäude	<ul style="list-style-type: none"> – Externe Besucherinnen und Besucher – Gäste der Ratsmitglieder – Medienschaffende mit Tagesakkreditierungen – ehemalige Mitglieder des Parlamentes – Kantonsvertreterinnen und -vertreter – Botschaftsvertretungen – Personen, die von einem Ratsmitglied eine Zutrittskarte erhalten haben (Ausnahme: persönliche Mitarbeitende) 	Geschlossen	Offen	<ul style="list-style-type: none"> – Externe Besucher, die einen Tagesausweis erhalten oder über einen Dauerausweis verfügen, müssen beim Eintritt in das Parlamentsgebäude ihre Kontaktdaten hinterlassen – Personen, welche sich im Parlamentsgebäude aufhalten, können sich zweimal pro Sessionswoche, jeweils montags und mittwochs, testen lassen. Die Teilnahme an diesen PCR-Speicheltests ist freiwillig, wird aber dringend empfohlen. – Händedesinfektionsmittel – Plexiglas-Trennwände in den Ratssälen und den Sitzungszimmern – Maskenpflicht im Parlamentsgebäude; alle Personen – inklusive Ratsmitglieder, Magistratspersonen und andere Sitzungsteilnehmende – die Gesichtsmaske auch dort tragen, wo Plexiglas-Trennwände angebracht sind. Die Maske kann für die Abgabe eines Votums abgelegt werden. – Im Nationalratssaal wurden zwei Rednerpulte eingerichtet, die abwechselnd benutzt und gereinigt werden können.
Sommersession 2021 31.05.2021 – 18.06.2021	Parlamentsgebäude	<ul style="list-style-type: none"> – Externe Besucherinnen und Besucher – Gäste der Ratsmitglieder – Medienschaffende mit Tagesakkreditierungen – ehemalige Mitglieder des Parlamentes – Kantonsvertreterinnen und -vertreter – Botschaftsvertretungen – Personen, die von einem Ratsmitglied eine Zutrittskarte erhalten haben (Ausnahme: persönliche Mitarbeitende) – max. zwei Gäste pro Ratsmitglied 	Geschlossen	Offen	<ul style="list-style-type: none"> – Externe Besucher, die einen Tagesausweis erhalten oder über einen Dauerausweis verfügen, müssen beim Eintritt in das Parlamentsgebäude ihre Kontaktdaten hinterlassen – Personen, welche sich im Parlamentsgebäude aufhalten, können sich zweimal pro Sessionswoche, jeweils montags und mittwochs, testen lassen. Die Teilnahme an diesen PCR-Speicheltests ist freiwillig, wird aber dringend empfohlen. – Händedesinfektionsmittel – Plexiglas-Trennwände in den Ratssälen und den Sitzungszimmern – Maskenpflicht im Parlamentsgebäude; alle Personen – inklusive Ratsmitglieder, Magistratspersonen und andere Sitzungsteilnehmende – die Gesichtsmaske auch dort tragen, wo Plexiglas-Trennwände angebracht sind. Die Maske kann für die Abgabe eines Votums abgelegt werden. – Im Nationalratssaal wurden zwei Rednerpulte eingerichtet, die abwechselnd benutzt und gereinigt werden können.

ANHANG III: SITZUNGSTAGE UND SITZUNGSSTUNDEN DER RÄTE

24.02.2020 – 18.06.2021

Jahr	Session	Sitzungstage NR / SR	NR (Std./Min.)	NR Std. pro Tag	SR (Std./Min.)	SR Std. pro Tag	VB (Std./Min.)
2020	Frühjahrsession	8 / 8	46:00	5.7	24:20	3.1	–
2020	a.o. Session im Mai	3 / 3	27:30	9.1	17:40	5.9	–
2020	Sommersession	12 / 12	75:25	6.3	47:55	4	0:30
2020	Herbstsession	13 / 13	87:50	6.7	61:45	4.8	1:15
2020	Sondersession im Oktober	2 / 0	13:55	7.0	–	–	–
2020	Wintersession	13 / 13	73:10	5.6	51:30	4	1:50
Total 2020		51 / 49	323:50	6.3	203:10	4.1	3:35

Jahr	Session	Sitzungstage NR / SR	NR (Std./Min.)	NR Std. pro Tag	SR (Std./Min.)	SR Std. pro Tag	VB (Std./Min.)
2021	Frühjahrsession	13 / 12	79:38	6,2	47:46	4	00:20
2021	Sondersession NR	3 / 0	21:16	7,1	–	–	–
2021	Sommersession	13/13	72:41	5,5	54:21	4.1	1:28

ANHANG IV: STATISTISCHER ÜBERBLICK «VERLANGTE COVID-19-AUSKÜNFTE, ERTEILTE COVID-19-AUFTRÄGE UND COVID-19-BESCHLÜSSE PRO SESSION»

24.02.2020 – 18.06.2021

	Verlangte Covid-19-bezogene Auskünfte	Erteilte Covid-19-bezogene Aufträge	Verabschiedete Covid-19-Rechtsetzungserlasse	Bewilligte Covid-19-Kredite und Zahlungsrahmen	Weitere Covid-19-Beschlüsse
Frühjahrsession 2020 02.03.2020 – 15.03.2020	Total: 68 Fragen in der Fragestunde: 56 Eingereichte Anfragen: 1 Eingereichte Interpellationen: 11				
a.o. Session im Mai 2020 04.05.2020 – 06.05.2020	Total: 85 Eingereichte Anfragen: 5 Eingereichte Interpellationen: 80	Total: 12 Angenommene Postulate: 2 Angenommene Motionen: 16 – davon gleichlautende: 12	Total: 1 – Bundesgesetz über die Luftfahrt (Luftfahrtgesetz, LFG), Änderung vom 6. Mai 2020	– Covid-19-Nachtragskredite 2020: 16,0 Mia. – Covid-19-Verpflichtungskredite: 41,8 Mia.	Total: 1 – Bundesbeschluss über den Assistenzdienst der Armee zur Unterstützung der zivilen Behörden im Rahmen der Massnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie vom 5. Mai 2020
Sommersession 2020 02.06.2020 – 19.06.2020	Total: 191 Fragen in der Fragestunde: 104 Eingereichte Anfragen: 9 Eingereichte Interpellationen: 78	Total: 5 Angenommene Motionen: 6 – davon gleichlautende: 2	Total: 1 – Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz, EpG), Änderung vom 19. Juni 2020	– Covid-19-Nachtragskredite 2020: 14,9 Mia. – Covid-19-Verpflichtungskredite: 0,3 Mia. – Covid-19-Zahlungsrahmen: 7 Mio.	
Herbstsession 2020 07.09.2020 – 25.09.2020	Total: 115 Fragen in der Fragestunde: 80 Eingereichte Anfragen: 5 Eingereichte Interpellationen: 30	Total: 14 Angenommene Postulate: 13 Angenommene Motionen: 1 – davon gleichlautende: 0	Total: 4 – Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz) vom 25. September 2020 – Bundesgesetz über die Unterstützung des öffentlichen Verkehrs in der Covid-19-Krise vom 25. September 2020 – Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzschiädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz, AVIG) (Zusatzfinanzierung Arbeitslosenversicherung), Änderung vom 25. September 2020 – Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen und Invalidenvorsorge (BVG), Änderung vom 25. September 2020	– Covid-19-Nachtragskredite 2020: 770 Mio. – Covid-19-Verpflichtungskredite: 5,8 Mio.	
Sondersession NR 29.10.2020 – 30.10.2020	Total: 12 Eingereichte Interpellationen: 12				
Wintersession 2020 30.11.2020 – 18.12.2020	Total: 221 Fragen in der Fragestunde: 140 Eingereichte Anfragen: 20 Eingereichte Interpellationen: 61	Total: 5 Angenommene Postulate: 2 Angenommene Motionen: 3 – davon gleichlautende: 0	Total: 3 – Bundesgesetz über die Bundesversammlung (Parlamentsgesetz, ParlG), Änderung vom 10. Dezember 2020 – Bundesgesetz über Kredite mit Solidarbürgschaft infolge des Coronavirus (Covid-19-Solidarbürgschaftsgesetz, Covid-19-SBüG) vom 18. Dezember 2020 – Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz), Änderung vom 18. Dezember 2020	– Covid-19-Voranschlagskredite 2021: 6,6 Mia. – Covid-19-Verpflichtungskredite: 1,9 Mia. + 30 Mio.	Total: 2 – Bundesbeschluss über den Assistenzdienst der Armee zur Unterstützung des zivilen Gesundheitswesens im Rahmen der Massnahmen zur Bekämpfung der zweiten Welle der Covid-19-Epidemie vom 2. Dezember 2020 – Bundesbeschluss zu einem Übergangsvoranschlag bis zur Verabschiedung des Voranschlags 2021 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2022-2024 vom 2. Dezember 2020

	Verlangte Covid-19-bezogene Auskünfte	Erteilte Covid-19-bezogene Aufträge	Verabschiedete Covid-19-Rechtsetzungserlasse	Bewilligte Covid-19-Kredite und Zahlungsrahmen	Weitere Covid-19-Beschlüsse
Frühjahrsession 2021 01.03.2021 – 19.03.2021	Total: 210 Fragen in der Fragestunde: 148 Eingereichte Anfragen: 9 Eingereichte Interpellationen: 53	Total: 7 Angenommene Postulate: 3 Angenommene Motionen: 4 – davon gleichlautende: 0	Total: 2 – Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz), Änderung vom 19. März 2021 – Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz, AVIG), Änderung vom 19. März 2021	– Covid-19-Nachtragskredite 2021: 14,4 Mia. – Covid-19-Verpflichtungskredite: 8,2 Mia. (- 1,93 Mia.)	
Sondersession NR 2021 03.05.2021 – 05.05.2021	Total: 27 Eingereichte Anfragen: 2 Eingereichte Interpellationen: 25	Total: 0 Angenommene Postulate: 0 Angenommene Motionen: 0 – davon gleichlautende: 0			
Sommersession 2021 31.05.2021 – 18.06.2021	Total: 27 Eingereichte Anfragen: 2 Eingereichte Interpellationen: 25	Total: 20 Angenommene Postulate: 12 Angenommene Motionen: 10 – davon gleichlautende: 8	Total: 1 – Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz), Änderung vom 18. Juni 2021	– Covid-19-Nachtragskredite 2021: 3,5 Mia. – Covid-19-Verpflichtungskredite: 0,976 Mia.	

ANHANG V: EINGEREICHTE COVID-19-VORSTÖSSE

1. EINGEREICHTE COVID-19-VORSTÖSSE FRÜHJAHRSSSESSION 2020

1.1. Fragen der Fragestunde (Nationalrat) [Anzahl: 56]

20205005	Fra.	Romano, Marco	Covid-19. Zugang zu Kurzarbeit vereinfachen und Flexibilität erhöhen
20205016	Fra.	de Quattro, Jacqueline	Medikamentenengpässe in der Folge der Coronavirus-Krise
20205065	Fra.	Grin, Jean-Pierre	Die öffentlichen Apotheken in der Schweiz haben nicht genug Desinfektions-Ethanol
20205069	Fra.	Bendahan, Samuel	Auswirkungen der Coronavirus-Epidemie auf die Wirtschaft. Entschädigungen, ohne die Selbstständigerwerbenden, die Kulturschaffenden und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in prekären Arbeitsverhältnissen zu gefährden?
20205075	Fra.	Molina, Fabian	Coronavirus. Welche Folgen haben hohe Franchisen?
20205082	Fra.	Gysi, Barbara	Coronavirus. Aktuelle Situation und Auswirkungen auf die Bevölkerung
20205087	Fra.	Widmer, Céline	Auswirkungen der Corona-Epidemie auf die Wirtschaft. Sofortmassnahmen für die Club- und Veranstaltungsbranche
20205091	Fra.	Hess, Erich	Covid-19. Absichtliche Verletzung der Vorgaben des kantonalen Führungsorgans des Kantons Bern gemäss Medienmitteilung vom 28. Februar 2020?
20205092	Fra.	Hess, Erich	Covid-19. Infektionsrisiko für die Mitglieder der eidgenössischen Räte im Nationalratssaal
20205093	Fra.	Birrer-Heimo, Prisca	Auswirkungen der Coronavirus-Epidemie auf die Wirtschaft. Erleichterte Bedingungen zur Einführung von Kurzarbeit
20205096	Fra.	Gmür, Alois	Frankenaufwertung
20205103	Fra.	Wermuth, Cédric	Auswirkungen der Coronavirus-Epidemie auf die Wirtschaft. Anlaufstelle für KMU und Gewerbeunternehmen

20205108	Fra.	Herzog, Verena	Coronavirus. Genügend Schutz für Medizinalpersonen?
20205109	Fra.	Herzog, Verena	Gefährliche Zugverbindungen vor allem aus Italien sistieren
20205111	Fra.	Badran, Jacqueline	Auswirkungen der Coronavirus-Epidemie auf die Wirtschaft. Massnahmen zur Überbrückung von Liquiditätsproblemen von KMU und Vereinen
20205112	Fra.	Regazzi, Fabio	Covid-19 und Kurzarbeitsentschädigung. Eine ausserordentliche Situation erfordert ausserordentliche Massnahmen!
20205113	Fra.	Roth Pasquier, Marie-France	Covid-19 und Absage kultureller Veranstaltungen. Welche Unterstützung für Kulturschaffende und Veranstaltungstechnikerinnen und -techniker?
20205118	Fra.	Gugger, Niklaus-Samuel	Volksinitiativen und Referenden. Fristverlängerungen
20205120	Fra.	Candinas, Martin	Unbürokratische und schnelle Kurzarbeit im Tourismus während der Corona-Krise
20205123	Fra.	Steinemann, Barbara	Das Dublin-Abkommen ist einmal mehr ausser Kraft, diesmal wegen dem Coronavirus
20205129	Fra.	Crottaz, Brigitte	Fälle von Covid-19 in den Uiguren-Lagern?
20205132	Fra.	Cottier, Damien	Covid-19. BAG-Kampagne ohne das Radio?
20205135	Fra.	Aeschi, Thomas	Covid-19. Reisen von Personen mit einer permanenten Zutrittsberechtigung zum Parlamentsgebäude in Risikoländer und -regionen
20205137	Fra.	Glarner, Andreas	Covid-19. Kann unser Gesundheitswesen durch die Armee und den Zivilschutz noch ausreichend verstärkt werden?
20205139	Fra.	Sollberger, Sandra	Staatliche Coronavirus-Massnahmen treffen Veranstaltungsbranche hart
20205142	Fra.	Zuberbühler, David	Deutsche Bundesministerien erlassen Exportverbot für medizinische Schutzausrüstung

20205143	Fra.	Marchesi, Piero	Coronavirus. Kann die Gesundheitsversorgung im Kanton Tessin weiterhin gewährleistet werden?
20205144	Fra.	Marchesi, Piero	Coronavirus. Es ist Zeit, an den Grenzen zu handeln
20205145	Fra.	Marchesi, Piero	Kontrollen an der Grenze. Taten statt Worte
20205152	Fra.	Schläpfer, Therese	Beschaffung von Atemschutzmasken
20205153	Fra.	Schläpfer, Therese	Coronavirus-Schnelltests
20205155	Fra.	Walder, Nicolas	Teilnahme von Taiwan an der Versammlung der WHO vom 17. bis 21. Mai 2020 in Genf
20205157	Fra.	Schneider- Schneiter, Elisabeth	Globales statt regionales Management im Falle einer globalen Krise
20205172	Fra.	Roth, Franziska	Übersetzung von Informationen und Handlungsempfehlungen zu Covid-19 für Menschen mit Behinderungen
20205179	Fra.	Molina, Fabian	Covid-19. Unterstützt der Bundesrat die Partizipation Taiwans in der WHO?
20205184	Fra.	Walder, Nicolas	Covid-19. Kostenlose Diagnostiktests (1)
20205185	Fra.	Walder, Nicolas	Covid-19. Kostenlose Diagnostiktests (2)
20205186	Fra.	Kamerzin, Sidney	Coronavirus-Krise. Dringende finanzielle Unterstützung in Anbetracht der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die auf uns zukommen
20205187	Fra.	Candinas, Martin	Coronavirus. Nicht nur das Tessin, sondern auch Graubünden grenzt an die Lombardei!
20205192	Fra.	Molina, Fabian	Aussetzung von Dublin-Rückübernahmen durch Italien aufgrund der Coronavirus-Epidemie. Welche Konsequenzen?
20205197	Fra.	Birrer-Heimo, Prisca	Coronavirus. Rückerstattung von bereits geleisteten Zahlungen für Reisen
20205204	Fra.	Walder, Nicolas	Reiseempfehlungen des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten in Zusammenhang mit Covid-19

20205207	Fra.	Addor, Jean-Luc	Coronavirus. Und das Epidemiengesetz?
20205212	Fra.	Ryser, Franziska	Auswirkungen der Corona-Krise auf Selbstständigerwerbende mit Leistungsverträgen
20205213	Fra.	Ryser, Franziska	Auswirkungen der Corona-Krise auf die Wirtschaft
20205216	Fra.	Dobler, Marcel	Neues Coronavirus. Empfehlungen für Risikogruppen
20205218	Fra.	Roduit, Benjamin	Coronavirus und Veranstaltungen von nationaler Bedeutung
20205221	Fra.	Arslan, Sibel	Kommunikation zum Coronavirus. Gesamtstrategie der Departemente
20205223	Fra.	Marra, Ada	Asylsuchende aus Italien mit Nichteintretensentscheid. Wie weiter?
20205224	Fra.	Gössi, Petra	Versorgungssicherheit im Medizinalbereich garantieren
20205227	Fra.	Andrey, Gerhard	BVG-Beitragsreserven der Arbeitgeber temporär auch für den Beitrag der Arbeitnehmenden verwenden
20205229	Fra.	Michaud Gigon, Sophie	Absage von Veranstaltungen wegen des Coronavirus
20205230	Fra.	Ruppen, Franz	Coronavirus. Welche Unterstützung für Schausteller und Markthändler?
20205231	Fra.	Ruppen, Franz	Coronavirus. Warum keine Reisewarnung des Bundes für Italien?
20205232	Fra.	Friedli, Esther	Warum hat der Bundesrat nicht vor Ausbruch der Coronavirus-Epidemie die Grenzen geschlossen?
20205233	Fra.	Dettling, Marcel	Hat die Landesregierung die Coronavirus-Krise verschlafen?

1.2. Anfragen (Anzahl: 1)

20201004	A.	Clivaz, Christophe	Coronavirus. Spezifische Massnahmen für die Tourismusbranche
----------	----	-----------------------	--

1.3. Interpellationen (Anzahl: 11)

20203049	Ip.	Gapany, Johanna	Coronavirus. Welche Kosten sind zu erwarten, und welche Massnahmen sind vorgesehen?
20203070	Ip.	Binder-Keller, Marianne	Durchführung von Generalversammlungen von börsenkotierten Unternehmen
20203079	Ip.	de Quattro, Jacqueline	Medtech-Unternehmen in Gefahr
20203088	Ip.	Die Mitte-Fraktion. CVP-EVP-BDP	Coronavirus. Volkswirtschaftliche Auswirkungen auf die Schweiz und strategische Überlegungen
20203094	Ip.	Chiesa, Marco	Die dramatische Rechnung des Coronavirus
20203098	Ip.	Fiala, Doris	E-Parlament als eine mögliche Antwort auf Notsituationen wie infolge des Coronavirus
20203102	Ip.	Chiesa, Marco	Coronavirus. Man kann die Einreise aus Italien nicht verbieten
20203104	Ip.	Walder, Nicolas	Die in Zusammenhang mit Covid-19 beschlossenen Massnahmen dürfen die demokratischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger nicht beeinträchtigen
20203105	Ip.	Fraktion der Schweizerischen Volkspartei	Drohende Migrationswelle aus der Türkei. Ist die Schweiz dieses Mal vorbereitet?
20203107	Ip.	Marti, Samira	Westliche Balkanroute: Wie geht es weiter?
20203126	Ip.	Feller, Olivier	Gewinnausschüttungen der SNB an den Bund. Der für das Geschäftsjahr 2019 zusätzlich ausgeschüttete Betrag soll zur Bewältigung der Corona-Krise eingesetzt werden

1.4. Postulate (Anzahl: 1)

20203087	Po.	Portmann, Hans-Peter	Schutz schweizerischer Interessen bei ausländischen Ausfuhrverboten
--------------------------	-----	-------------------------	---

1.5. Motionen (Anzahl: 2)

20203076	Mo.	Chiesa, Marco	Coronavirus und Grenzen. Morgen ist es zu spät
--------------------------	-----	---------------	--

20203077	Mo.	Chiesa, Marco	Unterstützen wir die unter der Corona-Krise leidenden Schweizer Unternehmen
--------------------------	-----	---------------	---

2. EINGEREICHTE COVID-19-VORSTÖSSE APRIL 2020 (01.04.2020 – 03.05.2020)

2.1. Interpellationen (Anzahl: 1)

20203167 Ip. SGK-S Pandemiebedingte Mehrkosten der Arbeitslosenversicherung

2.2. Postulate³² (Anzahl: 3)

20203132 Po. WAK-S Wirtschaftliche Folgen der Corona-Krise
(BR: Antrag auf Annahme)

20203135 Po. SGK-S Auswirkungen der Gesundheitskosten der Pandemie auf die
verschiedenen Kostenträger klären
(BR: Antrag auf Annahme)

20203169 Po. FK-S Gründung eines Covid-19-Schadenregulierungsfonds
(BR: Antrag auf Ablehnung)

2.3. Motionen (Anzahl: 40)

20203128 Mo. WBK-N Bei der familienergänzenden Kinderbetreuung sind alle in der
Pflicht
(WBK-N: Einreichung am 15.04.2020 / BR: 01.05.2020 Antrag
auf Ablehnung / NR: Annahme am 05.05.2020 / [SR: Annahme am
04.05.2020])

20203129 Mo. WBK-S Bei der familienergänzenden Kinderbetreuung sind alle in der
Pflicht
(WBK-S: Einreichung am 17.04.2020 BR: 01.05.2020 Antrag auf
Ablehnung / SR: Annahme am 04.05.2020 / [NR: Annahme am
05.05.2020])

20203130 Mo. APK-N Schrittweise Öffnung der Grenzen und Wiederherstellung der Per-
sonenfreizügigkeit
(APK-N: Einreichung am 20.04.2020 / BR: 01.05.2020 Antrag auf
Annahme / NR: Annahme am 06.05.2020 / SR: Annahme am
18.06.2020)

³² grün: angenommene Postulate/Motionen; rot: abgelehnte Postulate/Motionen; grau: zurückgezogene Motionen; weiss: hängige Motionen

20203131	Mo.	APK-N	Nachtragskredit für die humanitäre Hilfe (APK-N: Einreichung am 20.04.2020 / BR: 01.05.2020 Antrag auf Annahme / NR: Annahme am 06.05.2020 / SR: Annahme am 11.06.2020)
20203133	Mo.	WAK-N	Smart Restart (WAK-N: Einreichung am 21.04.2020 / BR: 01.05.2020 Antrag auf Annahme / NR: Annahme am 05.05.2020 / [SR: Annahme am 04.05.2020])
20203134	Mo.	WAK-N	Etappierte Aufhebung des gastgewerblichen Stillstands (WAK-N: Einreichung am 21.04.2020 / BR: 01.05.2020 Antrag auf Ablehnung / NR: Annahme am 05.05.2020 / SR: Ablehnung am 10.06.2020)
20203136	Mo.	WAK-N	Wiederherstellung der bundesstaatlichen Kompetenzordnung und einer funktionierenden Wirtschaft und Gesellschaft (WAK-N: Einreichung am 21.04.2020 / BR: 01.05.2020 Antrag auf Ablehnung / NR: Ablehnung am 05.05.2020)
20203137	Mo.	WAK-N	Covid-19-Solidarbürgschaftsverordnung. Frist zur Rückzahlung auf acht Jahre verlängern (WAK-N: Einreichung am 21.04.2020 / BR: 01.05.2020 Antrag auf Ablehnung / NR: Annahme am 04.05.2020 / SR: Ablehnung am 06.05.2020)
20203138	Mo.	WAK-N	Covid-19-Solidarbürgschaftsverordnung. Sicherung des Nullzinseszinses für Kredite an krisenbetroffene Unternehmen (WAK-N: Einreichung am 21.04.2020 / BR: 01.05.2020 Antrag auf Ablehnung / NR: Annahme am 04.05.2020 / SR: Ablehnung am 06.05.2020)
20203139	Mo.	WAK-N	Keine Profiteure bei den Corona-Massnahmen (BR: Antrag auf Ablehnung) (WAK-N: Einreichung am 21.04.2020 / BR: 01.05.2020 Antrag auf Ablehnung / NR: Annahme am 04.05.2020 / SR: Ablehnung am 06.05.2020)
20203140	Mo.	WAK-N	RTVG-Abgabe. Abschaffung der Mehrfachbesteuerung von Arbeitsgemeinschaften (WAK-N: Einreichung am 21.04.2020 / BR: 01.05.2020 Antrag auf Ablehnung / NR: Annahme am 04.05.2020 / SR: Sistierung am 06.05.2020/ SR: 01,06,2021 Ablehnung)

20203141	Mo.	WAK-N	Unterstützung angestellter Führungskräfte von Unternehmen (WAK-N: Einreichung am 21.04.2020 / BR: 01.05.2020 Antrag auf Ablehnung / NR: Annahme am 04.05.2020 / SR: Ablehnung am 06.05.2020)
20203142	Mo.	WAK-N	Miete im Gastgewerbe. Die Mieter sollen nur 30 Prozent der Miete schulden (BR: Antrag auf Ablehnung) (WAK-N: Einreichung am 21.04.2020 / BR: 01.05.2020 Antrag auf Ablehnung / NR: Annahme am 04.05.2020 / SR: Abänderung am 06.05.2020 / NR: Ablehnung am 04.06.2020)
20203143	Mo.	SPK-N	Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland sowie Reform des Dublin-Abkommens (SPK-N: Einreichung am 22.04.2020 / BR: 01.05.2020 Antrag auf Annahme / NR: Annahme am 16.06.2020 / SR Annahme am: 23.09.2020)
20203144	Mo.	SPK-N	Gesetzliche Grundlagen zur Einführung der Corona-Warn-App (Corona-Proximity-Tracing-App) (SPK-N: Einreichung am 22.04.2020 / BR: 01.05.2020 Antrag auf Ablehnung / NR: Annahme am 05.05.2020 / [SR Annahme am: 04.05.2020] / NR: Abschreibung am 08.06.2020/ [SR: Abschreibung am 03.06.2020])
20203145	Mo.	KVF-S	Unabhängige und leistungsfähige Medien sind das Rückgrat unserer Demokratie (KVF-S: Einreichung am 23.04.2020 / BR: 01.05.2020 Antrag auf Ablehnung / SR: Annahme am 04.05.2020 / [NR: Annahme am 05.05.2020])
20203146	Mo.	KVF-S	Covid-19. Nothilfegelder für die privaten Radio- und Fernsehstationen in der Schweiz sofort ausschütten (KVF-S: Einreichung am 23.04.2020 / BR: 01.05.2020 Antrag auf Ablehnung / SR: Annahme am 04.05.2020 / [NR: Annahme am 05.05.2020])
20203147	Mo.	FK-N	Verlängerung der Rückzahlungsfrist für die vom Bund verbürgten Kredite (FK-N: Einreichung am 24.04.2020 / BR: Antrag auf Ablehnung am 01.05.2020 / NR: Annahme am: 04.05.2020 / SR: Ablehnung am 16.06.2020)

20203148	Mo.	FK-N	Beibehaltung des Zinses von 0,0 Prozent für die vom Bund verbürgten Kredite (FK-N: Einreichung am 24.04.2020 / BR: Antrag auf Ablehnung am 01.05.2020 / NR: Annahme am: 04.05.2020 / SR: Ablehnung am 16.06.2020)
20203149	Mo.	FK-N	Erweiterung der Einsichtsrechte bei Bürgschaften (FK-N: Einreichung am 24.04.2020 / BR: Antrag auf Ablehnung am 01.05.2020 / NR: Annahme am: 04.05.2020 / SR: Ablehnung am 06.06.2020)
20203150	Mo.	WBK-N	Ausserordentliche Lage. Übergeordnete Verantwortung des Bundesrates im Bildungsbereich (WBK-N: Einreichung am 27.04.2020; Zurückgezogen am 29.04.2020)
20203151	Mo.	KVF-N	Ertragsausfälle im öffentlichen Verkehr. Der Bund steht in der Pflicht (KVF-N: Einreichung am 27.04.2020 / BR: 01.05.2020 Antrag auf Ablehnung / NR: Annahme am 05.05.2020 / SR: Annahme am 06.05.2020 /SR: Abschreibung am 07.09.2020 / NR: Abschreibung am 10.09.2020)
20203152	Mo.	FK-S	Verlängerung der Rückzahlungsfrist für die vom Bund verbürgten Kredite (FKS: Einreichung am 27.04.2020 / BR: 01.05.2020 Antrag auf Ablehnung / SR: Ablehnung am 05.05.2020)
20203153	Mo.	FK-S	Beibehaltung des Zinses von 0,0 Prozent für die vom Bund verbürgten Kredite (FKS: Einreichung am 27.04.2020 / BR: 01.05.2020 Antrag auf Ablehnung / SR: Ablehnung am 05.05.2020)
20203154	Mo.	KVF-N	Unabhängige und leistungsfähige Medien sind das Rückgrat unserer Demokratie (KVF-N: Einreichung am 27.04.2020 / BR: 01.05.2020 Antrag auf Ablehnung / NR: Annahme am 05.05.2020 / [SR: Annahme am 04.05.2020])
20203155	Mo.	KVF-N	Covid-19. Nothilfegelder für die privaten Radio- und Fernsehstationen in der Schweiz sofort ausschütten (KVF-N: Einreichung am 27.04.2020 / BR: 01.05.2020 Antrag auf Ablehnung / NR: Annahme am 05.05.2020 / [SR: Annahme am 04.05.2020])

20203156	Mo.	FK-S	Solidarbürgschaftskredite für die gesamte Dauer der Solidarbürgschaft nicht als Fremdkapital berücksichtigen (FK-S: Einreichung am 27.04.2020 / BR: 01.05.2020 Antrag auf Annahme / SR: Annahme am 05.05.2020 / NR: Annahme am 05.05.2020)
20203157	Mo.	RK-N	Rechtsstillstand im Betreuungswesen. Ausnahmeregelung für die Reisebranche (RK-N: Einreichung am 28.04.2020 / BR: 01.05.2020 Antrag auf Annahme / NR: Annahme am 05.05.2020 / SR: Annahme am 05.05.2020)
20203158	Mo.	RK-N	Verlängerung der Verordnung über die Abfederung der Auswirkungen des Coronavirus im Miet- und Pachtwesen (Covid-19-Verordnung Miete und Pacht) (RK-N: Einreichung am 28.04.2020 / BR: 01.05.2020 Antrag auf Annahme / NR: Annahme am 05.05.2020 / SR: Ablehnung am 06.05.2020)
20203159	Mo.	WAK-S	Smart Restart (WAK-S: Einreichung am 28.04.2020 / BR: 01.05.2020 Antrag auf Annahme / SR: Annahme am 04.05.2020 / [NR: Annahme am 05.05.2020])
20203160	Mo.	WAK-S	Etappierte Aufhebung des gastgewerblichen Stillstands (WAK-S: Einreichung am 28.04.2020; Zurückgezogen am 19.05.2020 / BR: 01.05.2020 Antrag auf Ablehnung)
20203161	Mo.	WAK-S	Geschäftsmieten (WAK-S: Einreichung am 28.04.2020 / BR: 01.05.2020 Antrag auf Ablehnung / SR: Annahme am 04.05.2020 / NR: Ablehnung am 05.05.2020)
20203162	Mo.	SGK-S	Für eine risikobasierte Präventions- und Krisenstrategie zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten (SGK-S: Einreichung am 29.04.2020 / BR: 01.05.2020 Antrag auf Annahme / SR: Annahme am 04.05.2020 / [NR: Annahme am 05.05.2020])
20203163	Mo.	WAK-S	Unterstützung der Lehrbetriebe (WAK-S: Einreichung am 28.04.2020 / BR: 01.05.2020 Antrag auf Annahme / SR: Annahme am 04.05.2020 / NR: Annahme am 05.05.2020)

20203164	Mo.	SGK-N	Keine Dividenden bei Kurzarbeit (SGK-N: Einreichung am 29.04.2020 / BR: 01.05.2020 Antrag auf Ablehnung / NR: Annahme am 05.05.2020 / SR: Ablehnung am 06.05.2020)
20203165	Mo.	SGK-N	Für eine risikobasierte Präventions- und Krisenstrategie zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten (SGK-N: Einreichung am 29.04.2020 / BR: 01.05.2020 Antrag auf Annahme / NR: Annahme am 05.05.2020 / [SR: Annahme am 04.05.2020])
20203166	Mo.	SGK-S	Erhöhung der Versorgungssicherheit bei Medikamenten und Impfstoffen (SGK-S: Einreichung am 29.04.2020 / BR: 01.05.2020 Antrag auf Annahme / SR: Annahme am 04.05.2020 / NR: Annahme am 18.06.2020)
20203168	Mo.	SPK-S	Gesetzliche Grundlagen zur Einführung der Corona-Warn-App (Corona-Proximity-Tracing-App) (SPK-S: Einreichung am 30.04.2020 / BR: 01.05.2020 Antrag auf Ablehnung / SR: Annahme am 04.05.2020 / [NR: Annahme am 05.05.2020] / SR: Abschreibung am 03.06.2020 / [NR: Abschreibung am 08.06.2020])
20203170	Mo.	FK-S	Gezielte Unternehmenssanierungen statt Konkurswelle (FK-S: Einreichung am 01.05.2020 / BR: 27.05.2020 Antrag auf Annahme / SR: Annahme am 08.06.2020 / NR: Annahme am 11.06.2020)
20203171	Mo.	FK-S	Anpassung der Solidarbürgschaftsverordnung zur Ermöglichung eines zweiten Kreditbegehrens (FK-S: Einreichung am 01.05.2020 / BR: 27.05.2020 Antrag auf Ablehnung / SR: Annahme am 04.06.2020 / NR: Annahme am 17.06.2020)

3. EINGEREICHTE COVID-19-VORSTÖSSE AUSSERORDENTLICHE SESSION IM MAI 2020

3.1. Anfragen (Anzahl: 5)

20201006	A.	Dandrès, Christian	Kurzarbeitsentschädigung für Nichtregierungsorganisationen
20201008	A.	Feller, Olivier	AHV/IV/EO. Finanzlage und Anlageertrag
20201010	A.	Marchesi, Piero	Covid-19 wird eine Rezession auslösen. Begrenzen wir die Immigration und sichern wir so den inländischen Arbeitskräften die Arbeitsplätze
20201011	A.	Marchesi, Piero	Maskentragpflicht. Es braucht Klarheit
20201013	A.	Borloz, Frédéric	Durchführung von «offenen Weinkellern» erlauben

3.2. Interpellationen (Anzahl: 80)

20203172	Ip.	Roth Pasquier, Marie-France	Covid-19. Kann Abwasser als Datenquelle für das Monitoring der Ausbreitung des Virus genutzt werden?
20203177	Ip.	de Quattro, Jacqueline	Der Pleitegeier schwebt über den Gartenbauunternehmen
20203178	Ip.	de Quattro, Jacqueline	Hilfe für Startups
20203180	Ip.	Addor, Jean-Luc	Fehlt es den Strafbestimmungen der Covid-19-Verordnung 2 an einer genügenden gesetzlichen Grundlage?
20203186	Ip.	Matter, Thomas	Massnahmen des Bundesrates im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie
20203187	Ip.	Fiala, Doris	Risikoreporting als Führungsinstrument. Fehlt ein umfassendes Risikomanagement für die Schweiz?
20203194	Ip.	Schneeberger, Daniela	Wie können die Rahmenbedingungen für Medikamente verbessert werden, um die Versorgungssicherheit mit Medikamenten zu gewährleisten?
20203195	Ip.	Molina, Fabian	Auswirkungen der Corona-Krise auf Entwicklungsländer. Ist der Bundesrat bereit, sich auf dem Schweizer Finanzplatz für Schuldenerleichterungen für arme Länder einzusetzen?
20203196	Ip.	Molina, Fabian	Medizinische Technologien gegen Covid-19. Was unternimmt der Bundesrat, damit die Schweiz sowie alle Staaten Zugang zu künftigen Medikamenten und Impfstoffen haben?

20203204	Ip. Sozialdemokratische Fraktion	Einreisekontrollen an der Landesgrenze
20203207	Ip. Häberli-Koller, Brigitte	Die Land- und Ernährungswirtschaft ist versorgungsrelevant
20203212	Ip. Müller, Damian	Medikamente, Impfstoffe und medizinische Güter. Wie steht es um die Schweizer Versorgungssicherheit?
20203213	Ip. Müller, Damian	Für 12 Monate die Mehrwertsteuer mindestens halbieren
20203215	Ip. Müller, Damian	Prognostizierte Umlageergebnisse der AHV offenlegen
20203216	Ip. Müller, Damian	Veränderte Ausgangslage für die BVG-Revision
20203217	Ip. Müller, Damian	Prognose zur Realisierung der Entschuldung der IV
20203219	Ip. Chiesa, Marco	Campingplätze. Gottes vergessene Kinder?
20203227	Ip. Gysin, Greta	Ausnahmen für Kantone. Eine wichtige Möglichkeit im Kampf gegen das Coronavirus
20203228	Ip. Addor, Jean-Luc	Internationale Verantwortlichkeit Chinas in der Covid-19-Pandemie?
20203233	Ip. Feri, Yvonne	Corona-Pandemie. Hilfe für Sexarbeitende
20203238	Ip. FDP-Liberale Fraktion	Covid-19. Überprüfung der Pflichtlager
20203244	Ip. Walder, Nicolas	Übernahme der Kosten für die Schutzmasken
20203252	Ip. Feller, Olivier	Ist es nicht diskriminierend, alle Personen ab 65 Jahren ohne Unterschied als «besonders gefährdet» zu bezeichnen?
20203253	Ip. Schneider-Schneiter, Elisabeth	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Schweiz mit der EU im Krisenfall
20203254	Ip. Porchet, Léonore	Welches Recht auf Information haben Gehörlose während der Corona-Krise?
20203256	Ip. Porchet, Léonore	Welchen Stellenwert hat das Buch bei der Unterstützung der Kultur?
20203258	Ip. Pointet, François	Für eine umweltschonende Exit-Strategie aus dem Lockdown
20203259	Ip. Porchet, Léonore	Welche Auswirkungen hat Covid-19 auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit?
20203261	Ip. Roth, Franziska	Einsatz des Zivildienstes in der Covid-19-Notlage
20203262	Ip. de Courten, Thomas	Trotz Schweizer Covid-19-Staatsgarantien. Swiss vergibt Unterhalts- und Wartungs-Aufträge ins Ausland statt konkurrenzfähige Anbieter an den Schweizer Landesflughäfen zu berücksichtigen

20203269	Ip.	Romano, Marco	Wiederaufbau der Ethanol-Vorräte zur Herstellung von Desinfektionsmitteln. Lokale Akteure bevorzugen
20203274	Ip.	Herzog, Verena	Mangelhafte Vorbereitung und Bewältigung trotz eidgenössischer Pandemiekommission (EKP), neu überarbeitetem Pandemieplan und frühzeitigen Alarmsignalen aus China
20203277	Ip.	Schlatter, Marionna	Neustart Luftfahrt. Klimaziele des Bundesrates
20203279	Ip.	Juillard, Charles	Welche Konsequenzen für die Landwirtschaft, namentlich für die einheimische Produktion, wenn die Coronakrise vorbei ist?
20203283	Ip.	Carobbio Guscetti, Marina	Diagnostische Tests, Medikamente, Impfstoffe und andere medizinische Güter, die für den weltweiten Kampf gegen das Coronavirus benötigt werden. Zugang und gerechte Verteilung
20203293	Ip.	Pasquier-Eichenberger, Isabelle	Transparenz bei der Luftfracht
20203296	Ip.	Haab, Martin	Lebensmittelversorgung in Krisenzeiten
20203298	Ip.	Marra, Ada	Welche Hilfe erhalten Sans-Papiers während der Covid-19-Krise?
20203302	Ip.	Schläpfer, Therese	Coronavirus. Wer trägt die Kosten für das Testing?
20203305	Ip.	Müller, Leo	Pflichtlager zur Lebensmittelversorgung
20203308	Ip.	Romano, Marco	Covid-19. Eine Grundlage, um in der Bundesverwaltung das Homeoffice zu beschleunigen?
20203311	Ip.	Nantermod, Philippe	Erwerbsausfallentschädigung für Selbstständigerwerbende und Covid-19. Unzulässige Anwendung der Verordnung?
20203312	Ip.	Kamerzin, Sidney	Erwerbsausfallentschädigung für Selbstständigerwerbende und Covid-19. Unzulässige Anwendung der Verordnung?
20203316	Ip.	Quadri, Lorenzo	Italien hält die eigenen Grenzen geschlossen, verlangt aber von der Schweiz, sie solle ihre Grenzübergänge für die Grenzgängerinnen und Grenzgänger wieder ohne Einschränkungen öffnen
20203317	Ip.	Crottaz, Brigitte	Hebammen. Antrag auf Änderung von Ziffer 3.2 des Faktenblatts «Coronavirus – Kostenübernahme für ambulante Behandlungen auf räumliche Distanz»
20203318	Ip.	Maitre, Vincent	Warum machte der Bundesrat bei den Wegweisungen eine Ausnahme, während doch die Mehrzahl der nicht dringenden Zivil- und Verwaltungsverfahren stillstand?
20203324	Ip.	Pointet, François	Privatbereich wird öffentlich?

20203330	Ip.	de Quattro, Jacqueline	Zusätzlicher Effort für die KMU
20203336	Ip.	Prezioso Batou, Stefania	Covid-19. Wer übernimmt die Kosten der gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Krise, die die Pandemie verursacht hat?
20203337	Ip.	Prezioso Batou, Stefania	Covid-19 und das Gesundheitssystem. Nein zum Wettbewerb beim Erhalt von Menschenleben
20203338	Ip.	Prezioso Batou, Stefania	Im Interesse der gesamten Bevölkerung soll der Zugang zu den Leistungen der Gesundheitsversorgung und zu den Sozialleistungen für alle Menschen sichergestellt sein
20203340	Ip.	Marti, Min Li	Kulturelle Teilhabe auch während der Krise ermöglichen
20203341	Ip.	Prelicz-Huber, Katharina	Krankentaggeldversicherung
20203345	Ip.	Schneider, Meret	Förderung tierfreier Verfahren beim Nationalen Forschungsprogramm zu Covid-19
20203346	Ip.	Schneider, Meret	Ist eine Jagd ohne gesetzliche geforderten Treffsicherheitsnachweis sicher, tiergerecht und effizient?
20203348	Ip.	Dettling, Marcel	Coronabedingte Schliessung der Gastrobetriebe setzt dem Kalbfleischmarkt massiv zu
20203349	Ip.	Badertscher, Christine	Ernährungssicherheit weltweit
20203369	Ip.	Roduit, Benjamin	Coronavirus. Wer bezahlt Tests?
20203371	Ip.	de Montmollin, Simone	Unterstützung der Weinbaubranche nach dem Einbruch des Weinverkaufs während der Covid-19-Pandemie
20203375	Ip.	Glättli, Balthasar	Unverhältnismässige Aufhebung des Grundrechts auf Demonstrationen und Kundgebungen trotz Einhaltung der Vorschriften der Covid-19-Notverordnungen
20203377	Ip.	Hurter, Thomas	Auswirkungen der Coronakrise auf den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds?
20203378	Ip.	Page, Pierre-André	Kampfflugzeuge. Kompensationsgeschäfte für die Romandie
20203389	Ip.	Weichelt-Picard, Manuela	Corona-Task-Force und Beratungsstäbe – wo sind die Frauen?
20203390	Ip.	Arslan, Sibel	Verarmungswelle in der Schweiz muss verhindert werden
20203395	Ip.	Quadri, Lorenzo	Das Coronavirus hilft straffälligen Ausländerinnen und Ausländern. Diese werden nicht ausgeschafft
20203399	Ip.	Roduit, Benjamin	Covid-19-Pandemie. Für die Spitäler nicht gedeckte Zusatzkosten

20203402	Ip.	Reimann, Lukas	Mangelnde Rechtsgrundlage für Artikel 10f Absatz 1 der Covid-19-Verordnung
20203403	Ip.	Addor, Jean-Luc	Massnahmen zur Versorgung mit wichtigen medizinischen Gütern zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie
20203404	Ip.	Addor, Jean-Luc	Statistiken zu den Todesfällen aufgrund von Covid-19
20203405	Ip.	Clivaz, Christophe	Nationales Forschungsprogramm zu Covid-19 (NFP 78). Stellung der Geistes- und Sozialwissenschaften?
20203413	Ip.	Graf, Maya	Normalisierung des Grenzregimes und Zusammenführung von Familien ist für Grenzregionen dringend
20203417	Ip.	Juillard, Charles	Coronavirus. Wer bezahlt Tests?
20203421	Ip.	Stark, Jakob	Marktfördernde Rahmenbedingungen schaffen, für eine nachhaltige Medikamentenversorgung
20203426	Ip.	Sommaruga, Carlo	Für eine verantwortungsvolle, wohlwollende und nachhaltige Wirtschaftspolitik. Indikatoren und Massnahmen zugunsten des Wohlbefindens
20203435	Ip.	Binder-Keller, Marianne	Einsetzung einer Task Force «Corona und Wirtschaft» zwecks schnellen und nachhaltigen Wiederaufbaus der Wirtschaft während und nach der Coronakrise
20203439	Ip.	Reimann, Lukas	Medikamentenknappheit gefährdet Menschenleben. Lieferengpässe bei Arzneimitteln wirksam begrenzen, Abhängigkeit der Arzneimittelversorgung vom Ausland abbauen
20203442	Ip.	Steinemann, Barbara	Knapp 10 000 Härtefall-Einreisen während des Lockdowns
20203444	Ip.	Rutz, Gregor	Übernimmt der Bund die Verantwortung für die durch Bundesanordnungen verursachten Mehrkosten?
20203445	Ip.	Pasquier-Eichenberger, Isabelle	Transparenz bei der Vergabe von Covid-19-Krediten
20203449	Ip.	Gugger, Niklaus-Samuel	Staatshilfe für Fluggesellschaften muss vorrangig den Gläubigern in der Schweiz zugutekommen

3.3. Postulate (Anzahl: 19)

20203188	Po. Storni, Bruno	Analyse und Beurteilung der Auswirkungen des Homeoffice auf die Arbeitswelt und den Verkehr während der Gesundheitskrise durch Covid-19 sowie Festlegen von künftigen Szenarien und Fördermassnahmen
20203189	Po. Baumann, Kilian	Lebensmittelversorgungssicherheit stärken
20203200	Po. Sozialdemokratische Fraktion	Kurzarbeit. Entschädigung der Arbeitnehmenden auf Stundenlohnbasis bei Privatpersonen
20203214	Po. Müller, Damian	Für 12 Monate die Mehrwertsteuer mindestens halbieren
20203240	Po. FDP-Liberale Fraktion	Covid-19. Bildung eines Zentrums für Innovation in der Bundesverwaltung (Public Innovation Hub)
20203241	Po. FDP-Liberale Fraktion	Covid-19. Gewährleistung der Versorgung mit Medikamenten, Impfstoffen und medizinischem Material
20203242	Po. FDP-Liberale Fraktion	Covid-19. Die richtigen Lehren aus der Krise ziehen
20203265	Po. Pasquier-Eichenberger, Isabelle	Studie über die Auswirkungen neuer Arbeitsformen auf die Infrastrukturen mit dem Ziel, positive Veränderungen zu implementieren
20203280	Po. Michel, Matthias	Wissenschaftliches Potenzial für Krisenzeiten nutzen
20203297	Po. Binder-Keller, Marianne	Einsetzung einer Expertengruppe zwecks Nachbearbeitung der Coronapandemie und Erarbeitung der daraus zu ziehenden Konsequenzen
20203320	Po. Markwalder, Christa	Rasche Lösungen für die Reisebranche und den Tourismus aufgrund der Corona-Krise
20203352	Po. Andrey, Gerhard	Je besser die Daten, desto besser die Politik

20203355	Po. Marchesi, Piero	Gesundheits- und Sozialbereich. Die Schweiz soll sich aus ihrer Abhängigkeit von ausländischen Arbeitskräften befreien
20203363	Po. Fivaz, Fabien	Strategie «Digitale Schweiz» nach dem Coronavirus
20203380	Po. Grüne Fraktion	Für eine Prävention von Gesundheitskrisen, die von unserer Lebensweise beeinflusst werden
20203387	Po. Grüne Fraktion	Wege, die die SNB in der Covid-19-Krise beschreiten könnte
20203398	Po. Funicello, Tamara	Gerechte Krisenführung?
20203440	Po. Schwander, Pirmin	Präzisierung des Schutzbereichs in Artikel 185 Absatz 1 der Bundesverfassung
20203433	Po. Reimann, Lukas	Auslandabhängigkeit vermindern, souveräner und krisenresistenter werden

3.4. Motionen (Anzahl: 100)

20203174	Mo. de la Reussille, Denis	Millionäre besteuern, um Gemeinwesen zu finanzieren und Arbeitsplätze zu retten
20203176	Mo. Fehlmann Rielle, Laurence	Covid-19. Mehr Anerkennung für öffentliche Spitex
20203179	Mo. de Quattro, Jacqueline	Reisebeschränkungen für Kurzaufenthalte von Spezialisten und Technikern aus EU- und Drittstaaten lockern
20203181	Mo. Quadri, Lorenzo	Coronavirus. Keine neuen Ausweise mehr für ausländische Arbeitskräfte im Tessin
20203183	Mo. Bulliard-Marbach, Christine	Auswirkungen der Corona-Krise in den Berggebieten abfedern

20203184	Mo.	Bulliard-Marbach, Christine	Der Bund muss für einen Teil der Covid-19-Überbrückungskredite aufkommen
20203193	Mo.	Wermuth, Cédric	Einmalige Corona-Direktzahlungen an Einzelpersonen und Haushalte in finanziell prekären Situationen
20203197	Mo.	Burgherr, Thomas	Überprüfung der Pflichtlagerhaltung
20203198	Mo.	Fraktion der Schweizerischen Volkspartei	Covid-19. Das Notrecht ist dringend aufzuheben, und auf weitere planwirtschaftliche, zentralistische Eingriffe ist zu verzichten. Die verfassungsmässige Ordnung muss umgehend wiederhergestellt werden
20203199	Mo.	Fraktion der Schweizerischen Volkspartei	Freizügigkeitsabkommen vorläufig aussetzen, um Covid-19 zu bekämpfen und die Arbeitskräfte in unserem Land zu schützen
20203201	Mo.	Sozialdemokratische Fraktion	Wichtige Anerkennung für systemrelevante Arbeit
20203202	Mo.	Sozialdemokratische Fraktion	Keine Überwälzung der Corona-Kosten auf die Prämienzahlenden
20203203	Mo.	Sozialdemokratische Fraktion	Solidaritätsabgabe auf Milliarden-Vermögen zur Bekämpfung der Corona-Krise
20203205	Mo.	Sozialdemokratische Fraktion	Übernahme der Coronavirustest-Kosten auch rückwirkend
20203206	Mo.	Salzmann, Werner	Gewährung Rückstellungen für Corona-Ausfälle für alle Unternehmen bei der Bundessteuer
20203211	Mo.	Müller, Damian	Für mehr Handlungsspielraum bei der Beschaffung von Medizinprodukten zur Versorgung der Schweizer Bevölkerung
20203218	Mo.	Chiesa, Marco	Lasst uns unser Land neu entdecken und den Binnentourismus und die Arbeitsplätze unterstützen

20203224	Mo. Salzmann, Werner	Covid-19. Das Notrecht ist dringend aufzuheben, und auf weitere planwirtschaftliche, zentralistische Eingriffe ist zu verzichten. Die verfassungsmässige Ordnung muss umgehend wiederhergestellt werden
20203230	Mo. Addor, Jean-Luc	Föderalismus als Instrument der Krisenbewältigung
20203232	Mo. Addor, Jean-Luc	Wir zuerst!
20203235	Mo. Baumann, Kilian	Lebensmittelmärkte in Pandemiesituationen
20203236	Mo. FDP-Liberale Fraktion	Covid-19. Stärkung der Unternehmen mit dem Abzug für Eigenfinanzierung nach der Corona-Krise
20203237	Mo. FDP-Liberale Fraktion	Mobilfunknetz. Die Rahmenbedingungen für einen raschen Aufbau jetzt schaffen
20203239	Mo. FDP-Liberale Fraktion	Covid-19. Gezielt in Forschung und Entwicklung investieren
20203243	Mo. FDP-Liberale Fraktion	Covid-19. Die Digitalisierung im Gesundheitswesen beschleunigen
20203245	Mo. Die Mitte-Fraktion. CVP-EVP-BDP	Essentielle Güter. Wirtschaftliche Abhängigkeit verringern
20203249	Mo. Feller, Olivier	Kampf gegen die Verbreitung des Coronavirus. Apotheken sollen serologische Tests durchführen können
20203255	Mo. Klopfenstein Broggini, Delphine	Abstandhalten auch unterwegs ermöglichen

20203257	Mo. Dandrès, Christian	Für eine soziale und kohärente Unterstützung der von der Krise betroffenen Selbstständigerwerbenden und Angestellten
20203260	Mo. Porchet, Léonore	Applaus allein genügt nicht! Das Gesundheitspersonal muss sich erholen können
20203263	Mo. Die Mitte-Fraktion. CVP-EVP-BDP	Lehren aus der Covid-19-Pandemie auf das Schweizer Gesundheitssystem ziehen
20203264	Mo. Addor, Jean-Luc	Moratorium für Grenzgänerbewilligungen
20203268	Mo. Häberli-Koller, Brigitte	Essentielle Güter. Wirtschaftliche Abhängigkeit verringern
20203270	Mo. Roduit, Benjamin	Dringende Covid-19-Massnahmen für den Rebbau
20203272	Mo. Quadri, Lorenzo	Coronakrise. Das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler muss mehr denn je den Bedürfnissen der Schweizer Bürgerinnen und Bürger dienen
20203273	Mo. Romano, Marco	Wiederöffnung der Grenzen nach der Covid-19-Notlage. Gesundheitskontrollen an den Grenzen dort, wo es zum Schutz der öffentlichen Gesundheit gerechtfertigt und nötig ist
20203275	Mo. Schlatter, Marionna	Neustart Luftfahrt. Nachtflugverbot
20203278	Mo. Feller, Olivier	Besondere Situation der Reitschulen während der Covid-19-Krise berücksichtigen
20203281	Mo. Müller, Damian	Medienförderung mit Zustelldienstleistung des freien Marktes
20203282	Mo. Ettlín, Erich	Lehren aus der Covid-19-Pandemie auf das Schweizer Gesundheitssystem ziehen

20203285	Mo. Juillard, Charles	Schuldenbremse respektieren – Ventilklausel nutzen!
20203295	Mo. Bregy, Philipp Matthias	Mehr Schweizer Wein dank Senkung der Zollkontingente
20203300	Mo. Die Mitte-Fraktion. CVP-EVP-BDP	Schuldenbremse respektieren – Ventilklausel nutzen!
20203303	Mo. Glanzmann-Hunkeler, Ida	Änderung der Erwerbsersatzordnung für im Assistenzdienst geleistete Diensttage
20203306	Mo. Locher Benguerel, Sandra	Mit Gutscheinen den Inlandtourismus unterstützen
20203313	Mo. Prelicz-Huber, Katharina	Keine Krankenkassen-Prämienerrhöhung aufgrund der Corona-Virus-Pandemie
20203314	Mo. Die Mitte-Fraktion. CVP-EVP-BDP	Bewahrung der demokratischen Rechte und Stärkung der digitalen Einsatzbereitschaft
20203315	Mo. Romano, Marco	Die für die Absatzförderung von Schweizer Wein zur Verfügung stehenden Finanzmittel sicherstellen und erhöhen
20203319	Mo. Meyer, Mattea	Unterstützung für die Selbstständigen. Es braucht einen Minimalsatz für die Corona-Erwerbsersatzentschädigung!
20203321	Mo. Ruppen, Franz	Steuerabzug für Ferien in der Schweiz!
20203322	Mo. Markwalder, Christa	Keine Lehrabbrüche von Asylsuchenden, die bereits in den schweizerischen Arbeitsmarkt integriert sind
20203323	Mo. Bircher, Martina	Überwachung von Personen aufgrund von Entlassung aus der ausländerrechtlichen Administrativhaft

20203326	Mo. Clivaz, Christophe	Wiederbelebung des Tourismus. Kostenfreie ÖV-Transporte und Gepäcktransporte zu Tourismuszielen für die Schweizer Bevölkerung
20203327	Mo. Bircher, Martina	Aufrechterhaltung der Administrativhaft für straffällige Ausländer
20203331	Mo. Candinas, Martin	Errichtung eines Fonds zur Stabilisierung und Stärkung der Wirtschaft (souveräner Staatsfond)
20203332	Mo. Addor, Jean-Luc	Die Freiheit, Gottesdienste und andere religiöse Veranstaltungen durchzuführen, sofort wiederherstellen
20203333	Mo. Prezioso Batou, Stefania	Keine Einkommensstrafe für Personen, die wegen Covid-19 arbeitslos sind – zum Wohl aller
20203334	Mo. Prezioso Batou, Stefania	Requisitionen in Notlagen, damit die Herstellung von Gütern und das Erbringen von Dienstleistungen, die für die soziale Sicherheit und zum Schutz der öffentlichen Gesundheit unerlässlich sind, geplant und der Zugang dazu gewährleistet werden können
20203335	Mo. Prezioso Batou, Stefania	Eine zeitlich begrenzte solidarische Bundessteuer auf dem Vermögen, mit der die Massnahmen zur Bekämpfung von Covid-19 und die wirtschaftliche und soziale Krise, die diese Krankheit verursacht hat, teilweise finanziert werden sollen
20203339	Mo. Prezioso Batou, Stefania	Generelle Legalisierung von Sans-Papiers und garantierter Zugang zu Sozialhilfe für die ganze Bevölkerung
20203356	Mo. Python, Valentine	Eine nachhaltige Innovation im Blick
20203357	Mo. Borloz, Frédéric	Deklassierung von AOC-Wein. Verhindern, dass die Weinbranche wegen Covid-19 in eine noch nie dagewesene Krise schlittert
20203362	Mo. Rytz, Regula	Faire Finanzierung zur Bewältigung der Covid-19-Krise
20203364	Mo. Prelicz-Huber, Katharina	Kurzarbeitsentschädigung von 100 Prozent des Lohnes für Einkommen bis rund 4000 Franken
20203367	Mo. Addor, Jean-Luc	Nein zur Überwachung der Kundinnen und Kunden öffentlich zugänglicher Einrichtungen und Betriebe!

20203370	Mo. Rösti, Albert	Zulassung von Medizinprodukten nach aussereuropäischen Regulierungssystemen
20203373	Mo. Bendahan, Samuel	Mechanismus der Direkthilfe für Unternehmen zur Verhinderung von Konkursen
20203376	Mo. Regazzi, Fabio	Verlängerung der befristeten Entbindung von der Pflicht zur Überschuldungsanzeige bis 31. Dezember 2021
20203381	Mo. Grüne Fraktion	Keine Kinderarmut
20203382	Mo. Grüne Fraktion	Covid-19-Impulsprogramm für die Bereiche Energie und Biodiversität
20203385	Mo. Grüne Fraktion	Covid-Impulsprogramm zur Stärkung einer resilienten Wirtschaft und Gesellschaft
20203386	Mo. Brenzikofer, Florence	Covid-19. Kündigungsschutz und Fristerstreckung im Geschäfts-Mietwesen
20203391	Mo. Wasserfallen, Christian	Fristen für die Einreichung der Kreditgesuche Covid-19 bis Ende 2020 verlängern
20203392	Mo. Dettling, Marcel	Umfassende Lösung zur Bewältigung der Corona-Krise. Stabilisierung des Bundeshaushaltes und der Sozialwerke
20203393	Mo. Friedli, Esther	Mehrwertsteuererlass oder Mehrwertsteuerreduktion für vom Bundesrat geschlossene Betriebe
20203394	Mo. Barrile, Angelo	Stärkung der Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten in der Schweiz
20203396	Mo. Ruppen, Franz	Retten wir den Detailhandel. Für eine befristete Regelung der Ausverkaufperioden
20203397	Mo. Funicello, Tamara	Gender Budgeting. Für eine gerechte Bewältigung der Krise

20203400	Mo. Arslan, Sibel	Förderung der Kultur während der Coronakrise unter Auflagen erlauben
20203406	Mo. Arslan, Sibel	Corona-Krise darf Aufenthaltsstatus und Einbürgerungen nicht gefährden
20203410	Mo. Graf, Maya	Die Kurzarbeitsentschädigung soll für Einkommen bis 4000 Franken 100 Prozent des Monatslohns betragen
20203411	Mo. Maret, Marianne	Dringende Covid-19-Massnahmen für den Rebbau
20203414	Mo. Salzmann, Werner	Umfassende Lösung zur Bewältigung der Corona-Krise. Stabilisierung des Bundeshaushaltes und der Sozialwerke
20203415	Mo. Kuprecht, Alex	Moratorium für EO- und ALV-Vorlagen und andere neue Sozial- und Fürsorgeleistungen
20203416	Mo. Rieder, Beat	Errichtung eines Fonds zur Stabilisierung und Stärkung der Wirtschaft (souveräner Staatsfond)
20203418	Mo. Ettlín, Erich	Verlängerung der befristeten Entbindung von der Pflicht zur Überschuldungsanzeige bis 31. Dezember 2021
20203419	Mo. Rieder, Beat	Bewahrung der demokratischen Rechte und Stärkung der digitalen Einsatzbereitschaft
20203420	Mo. Baume-Schneider, Elisabeth	Situation der Menschen ohne rechtlich geregelten Status berücksichtigen
20203422	Mo. Minder, Thomas	Covid-19-Massnahme zum Abbau der Arbeitslosigkeit
20203423	Mo. Carobbio Guscetti, Marina	Es braucht Sofortmassnahmen, um dem Armutrisiko entgegenzuwirken, das infolge der gesellschaftlichen Krise entstanden ist, die durch das Coronavirus ausgelöst wurde
20203425	Mo. Carobbio Guscetti, Marina	Die Schweiz muss mehr Ärztinnen und Ärzte ausbilden

20203430	Mo. Regazzi, Fabio	Flexible Arbeitsbedingungen temporär ermöglichen
20203431	Mo. Walder, Nicolas	Für eine Ausweitung des Zugangs von Selbstständigerwerbenden zu Erwerbsausfallentschädigungen
20203432	Mo. Maitre, Vincent	Für eine Ausweitung des Zugangs von Selbstständigerwerbenden zu Erwerbsausfallentschädigungen
20203436	Mo. Roduit, Benjamin	Dringliche Covid-19-Massnahmen. Schweizer Weinbaubranche mit Direktzahlungen unterstützen
20203437	Mo. Mäder, Jörg	Rasche Einigung Tarifpartner bezüglich Covid-19-Gesundheitskosten
20203443	Mo. Wasserfallen, Christian	Fristen für die Einreichung der Kreditgesuche Covid-19 bis Ende 2020 verlängern
20203446	Mo. Roduit, Benjamin	Situation der Menschen ohne rechtlich geregelten Status berücksichtigen
20203447	Mo. Michaud Gigon, Sophie	Einrichtung einer alternativen Produktionskette, die in einer Gesundheitskrise in Gang gebracht werden kann
20203448	Mo. Michaud Gigon, Sophie	Für einen Wiederaufbau des Ethanol-Pflichtlagers in der Schweiz

4. EINGEREICHTE COVID-19-VORSTÖSSE ZWISCHEN DER AUSSERORDENTLICHEN SESSION UND DER SOMMERSESSION

4.1. Motionen³³ (Anzahl: 9)

20203450 Mo. WAK-N Bundesanteil der «Ausschüttung» der Schweizerischen Nationalbank für den Abbau der Corona-Schulden einsetzen
(WAK-N: Einreichung am 11.05.2020 / BR: 27.05.2020 Antrag auf Ablehnung / NR: Annahme am 17.06.2020)

20203451 Mo. WAK-N Geschäftsmieten in der Gastronomie und bei anderen von der Schliessung betroffenen Betrieben. Die Mieter sollen nur 40 Prozent der Miete schulden
(WAK-N: Einreichung am 11.05.2020 / BR: 27.05.2020 Antrag auf Ablehnung / NR: Annahme am 04.06.2020 / [SR: Annahme am 08.06.2020])

20203454 Mo. SGK-N Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes
(SGK-N: Einreichung am 14.05.2020 / BR: 19.08.2020 Antrag auf Ablehnung / NR: Annahme am 07.09.2020)

20203457 Mo. SGK-N Rasche Einigung bei der Kostenübernahme
(SGK-N: Einreichung am 14.05.2020 / BR: 27.05.2020 Antrag auf Ablehnung / NR: Annahme am 18.06.2020 / SR: Ablehnung am 21.09.2020)

20203460 Mo. WAK-S Geschäftsmieten in der Gastronomie und bei anderen von der Schliessung betroffenen Betrieben. Die Mieter sollen nur 40 Prozent der Miete schulden
(WAK-S: Einreichung am 19.05.2020 / BR: 27.05.2020 Antrag auf Ablehnung / SR: Annahme am 08.06.2020 / [NR: Annahme am 04.06.2020])

20203465 Mo. KVF-N Ausschöpfung der budgetierten Beiträge zur Stützung des kombinierten Güterverkehrs in der Covid-19-Krise
(KVF-N: Einreichung am 26.05.2020; Zurückgezogen am 19.10.2020 / BR: 02.09.2020 Antrag auf Annahme)

20203466 Mo. SGK-N Kurzarbeitsentschädigung weiterführen
(SGK-N: Einreichung am 26.05.2020 / BR: 01.07.2020 Antrag auf Ablehnung / NR: Ablehnung am 08.09.2020)

³³ grün: angenommene Motionen; rot: abgelehnte Motionen; grau: zurückgezogene Motionen; weiss: hängige Motionen

- 20203467 Mo. SGK-N Erwerbsersatz für direkt und indirekt betroffene Selbstständigerwerbende weiterführen
(SGK-N: Einreichung am 26.05.2020; Zurückgezogen am 08.09.2020 / BR: 01.07.2020 Antrag auf Annahme)
- 20203470 Mo. FK-N Keine Buchung der ausserordentlichen Ausgaben in Zusammenhang mit Covid-19 auf das Amortisationskonto der Schuldenbremse
(FK-N; Einreichung am 28.05.2020 / BR: 19.08.2020 Antrag auf Ablehnung)

5. EINGEREICHTE COVID-19-VORSTÖSSE SOMMERSESSION 2020

5.1. Fragen der Fragestunde (Nationalrat) [Anzahl: 104]

- 20205237 Fra. Schneeberger, Daniela Einsatz von Wohlfahrtsfonds zur Krisenbewältigung
- 20205238 Fra. Bulliard-Marbach, Christine Zusätzliche Mittel zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in und nach der Coronavirus-Krise
- 20205240 Fra. Page, Pierre-André Missbrauch bei Covid-19-Krediten. Verstärkte Kontrollen?
- 20205242 Fra. Roth, Franziska Menschen mit Behinderung. Anpassungen der BAG-Empfehlungen an Kantone und Einrichtungen
- 20205243 Fra. Farinelli, Alex Covid-19 und Kosten für die Arbeitslosenstellen
- 20205245 Fra. Wobmann, Walter Anzahl der Todesfälle in der Schweiz von 2015 bis 2020
- 20205255 Fra. Addor, Jean-Luc Schulschliessungen zur Einschüchterung der Schweizer Bevölkerung?
- 20205256 Fra. Addor, Jean-Luc Stehen Fahrende über dem Gesetz?
- 20205261 Fra. Molina, Fabian Coronavirus. Lockerung von Sanktionen zum Schutz der Zivilbevölkerung
- 20205264 Fra. Michaud Gigon, Sophie Vereinheitlichung der Vergütung von Covid-19-Tests

20205265	Fra.	Michaud Gigon, Sophie	Covid-19. Warum wurde die Dauer für die Kostenübernahme ohne Kostenbeteiligung nach der Geburt nicht verlängert?
20205269	Fra.	Prezioso Batou, Stefania	Schulden der armen Länder. Es ist Zeit, sie zu tilgen
20205270	Fra.	Locher Benguereel, Sandra	Task Force Perspektive Berufslehre 2020
20205271	Fra.	Porchet, Léonore	Desinfizierung in den Klassenzimmern. Ist das Mittel schlimmer als das Übel?
20205272	Fra.	Gutjahr, Diana	Rückkehr des Parlamentes ins Bundeshaus. Beauftragung eines Architekturbüros zur Verschiebung von Möbeln?
20205278	Fra.	Ruppen, Franz	Covid-19. Gleich lange Spiesse bei den Schutzkonzepten?
20205280	Fra.	Bertschy, Kathrin	Auswirkungen der Coronavirus-Krise auf Kinder und Jugendliche aus belasteten Familien
20205376	Fra.	Piller Carrard, Valérie	Wichtigkeit niederschwelliger Hilfsangebote für Familien in Schwierigkeiten
20205283	Fra.	Feri, Yvonne	Wie kann der Bundesrat während und nach der Coronavirus-Krise die kulturelle Teilhabe sichern?
20205287	Fra.	Weichelt- Picard, Manuela	Coronavirus. Zwei Meter Abstand in der Schule, aber nicht im «Puff»
20205288	Fra.	Wasserfallen, Christian	Handlungsbedarf der Behörden gegen Desinformation rund um Covid-19 und 5G
20205289	Fra.	Friedli, Esther	Coronavirus. Schutzkonzept der Gastronomie

20205292	Fra.	Friedli, Esther	Sicherstellen, dass das Coronavirus nicht wieder eingeschleppt wird
20205296	Fra.	Schlatter, Marionna	Coronavirus. Ist Social Distancing im Flugzeug unnötig?
20205300	Fra.	Fivaz, Fabien	Covid-19-Verordnung familienergänzende Kinderbetreuung. Ungleichbehandlung zwischen den Kantonen
20205301	Fra.	Imark, Christian	Coronavirus. Spielt der Bundesrat mit der Gesundheit der eigenen Bevölkerung?
20205304	Fra.	Buffat, Michaël	Fahrende aus dem Ausland
20205306	Fra.	Chevalley, I- sabelle	Hilfe für familienergänzende Kinderbetreuung, die sowohl bezogen auf die Institutionen wie auf die Regionen gerecht verteilt ist
20205307	Fra.	Brenzikofer, Florence	Coronavirus. Mindestabstand von zwei Metern im Schulunterricht und an kulturellen Anlässen
20205308	Fra.	Cottier, Damien	Familienergänzende Kinderbetreuung. Nothilfe je nach juristischer Form?
20205309	Fra.	Friedli, Esther	Coronavirus. Sofortige Aufhebung der sogenannten Polizeistunde
20205310	Fra.	Hurni, Baptiste	Familienergänzende Kinderbetreuung. Will der Bundesrat nur die Institutionen in der Deutschschweiz unterstützen?
20205311	Fra.	Piller Carrard, Valérie	Kurzarbeit für Angestellte in der familienergänzenden Kinderbetreuung (1)
20205312	Fra.	Piller Carrard, Valérie	Kurzarbeit für Angestellte in der familienergänzenden Kinderbetreuung (2)
20205313	Fra.	Roduit, Benjamin	Wie geht es mit der Inkraftsetzung des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zu AHV/IV weiter?

20205314	Fra.	Binder-Keller, Marianne	Coronavirus. Abstandsregeln schnell anpassen
20205316	Fra.	Addor, Jean-Luc	Keine Diskriminierung bei der Verteilung der Nothilfe auf Institutionen der familienergänzenden Kinderbetreuung!
20205317	Fra.	Zuberbühler, David	Coronavirus. Etliche Gemeinden führen aus Verunsicherung keine Waren- und Wochenmärkte durch und gefährden als Bewilligungsbehörde dadurch eine ganze Branche
20205318	Fra.	Addor, Jean-Luc	Coronavirus. Eine Diktatur des Gesundheitswesens ohne zeitliche Begrenzung?
20205320	Fra.	de Montmollin, Simone	Coronavirus. Gedenkt der Bundesrat, 1.-August-Feiern zu verbieten?
20205321	Fra.	Rösti, Albert	Auswirkungen von Covid-19 auf die geplanten Überbrückungsleistungen
20205323	Fra.	Keller, Peter	Coronavirus. Letzte Mahlzeit
20205324	Fra.	Keller, Peter	Coronavirus. Letzte Fahrt
20205326	Fra.	de Montmollin, Simone	Nothilfe für Kitas
20205327	Fra.	Romano, Marco	Arbeitslose Saisonarbeiterinnen und -arbeiter
20205330	Fra.	Schneeberger, Daniela	Übersubventionierung von Kitas aufgrund der Covid-19-Verordnung familienergänzende Kinderbetreuung
20205333	Fra.	Trede, Aline	Finanzielle Unterstützung für die in der Schweiz ansässigen internationalen Sportverbände?

20205334	Fra.	Roduit, Benjamin	Illegale Einreise von Fahrenden. Welche Regeln gelten?
20205335	Fra.	Prezioso Batou, Stefania	Zinslose Darlehen für Kantone in finanzieller Schieflage?
20205338	Fra.	Schläpfer, Therese	Corona-Lockdown. Ausländische Fahrende haben die Autobahnraststätte bei Wileroltigen in Beschlag genommen
20205344	Fra.	Locher Benguereel, Sandra	Spielgruppen gehören in die Covid-19-Verordnung familienergänzende Kinderbetreuung
20205348	Fra.	Candinas, Martin	Informationen zum Coronavirus. Wieso Amharisch, aber kein Rätoromanisch?
20205354	Fra.	Gugger, Niklaus- Samuel	Massnahmen für durch die Coronavirus-Krise belastete Kinder und Jugendliche
20205355	Fra.	Crottaz, Brigitte	Bombardierung von Spitälern in Syrien. Was sind die Folgen vor dem Hintergrund der Pandemie?
20205359	Fra.	Roth Pasquier, Marie-France	Covid-19-Verordnung familienergänzende Kinderbetreuung. Warum ist die Unterstützung auf Institutionen des Privatrechts beschränkt?
20205360	Fra.	Aeschi, Thomas	Motionen 20.3451 und 20.3460. Eine reguläre Vernehmlassung durchführen und dem Parlament eine referendumsfähige Gesetzesvorlage unterbreiten
20205361	Fra.	Aeschi, Thomas	Coronavirus. Wann kehren die Beamten ins Büro zurück?
20205369	Fra.	Michaud Gigon, Sophie	Covid-19. Gelten schwangere Frauen als besonders gefährdete Personen?

20205390	Fra.	Prezioso Batou, Stefania	Versammlungsverbot gemäss Covid-19-Verordnung 2. Eine Verletzung der Menschenrechte
20205391	Fra.	Bertschy, Kathrin	Coronavirus-Krise. Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche aus belasteten Familien
20205392	Fra.	Farinelli, Alex	Schutzmassnahmen und Produktionskosten im Zusammenhang mit Covid-19
20205394	Fra.	Zuberbühler, David	Miese Zeiten für Kriminelle? Gibt es Anhaltspunkte zur Wechselwirkung zwischen Corona-bedingter Grenzschiessung und Straftaten?
20205400	Fra.	Prezioso Batou, Stefania	Covid-19. Brasilien kaschiert Opferzahl
20205401	Fra.	Porchet, Léonore	LGBTI-Community. Massnahmen gegen häusliche Gewalt
20205405	Fra.	Locher Benguereel, Sandra	Wie wird die frühe Förderung von Kindern unter der veränderten Ausgangslage weiterentwickelt?
20205406	Fra.	Binder-Keller, Marianne	Covid-19. Willkürlichkeit der Abstandsregeln für das Gastgewerbe
20205407	Fra.	Gössi, Petra	Covid-19. Entschädigungen für Personen im Pensionsalter?
20205409	Fra.	Meyer, Mattea	Keine Nachweispflicht für Arbeitsbemühungen während der ausserordentlichen Lage?
20205413	Fra.	Wermuth, Cédric	Rasche Umsetzung der gleichlautenden Motionen 20.3451 und 20.3460
20205416	Fra.	Wermuth, Cédric	Bezug von Kurzarbeitsentschädigung durch mitarbeitende Geschäftsinhaberinnen und -inhaber und ähnliche

20205418	Fra.	Friedli, Esther	Covid-19. Warum muss die Gastronomie weiterhin starke Schutzmassnahmen umsetzen?
20205420	Fra.	Aeschi, Thomas	Nein zur Bevormundung durch den Bundesrat. Wann vertraut der Bundesrat wieder auf die Eigenverantwortung der Bürger und hebt seine widersprüchlichen Covid-19-Regelungen auf?
20205423	Fra.	Binder-Keller, Marianne	Covid-19. Willkürlichkeit der Abstandsregeln in unterschiedlichen Ländern
20205424	Fra.	Binder-Keller, Marianne	Covid-19. Rentabilität der Gastrobetriebe sichern durch eine andere Abstandsregel (1)
20205425	Fra.	Binder-Keller, Marianne	Covid-19. Rentabilität der Gastrobetriebe sichern durch eine andere Abstandsregel (2)
20205431	Fra.	Pfister, Gerhard	Covid-19. Koordinierte Strategie des Bundesrates für mögliche zukünftige partielle Lockdowns
20205432	Fra.	Pfister, Gerhard	Coronavirus. Überlässt der Bundesrat allein der Wirtschaft die Bewältigung der langfristigen Schäden?
20205433	Fra.	Prelicz-Huber, Katharina	Coronavirus und Personen ab 65 Jahre
20205435	Fra.	Kutter, Philipp	Covid-Verordnung familienergänzende Kinderbetreuung überprüfen
20205436	Fra.	Amaudruz, Céline	Coronavirus. Welche Zukunft für unsere Lehrlinge?
20205439	Fra.	Chevalley, Isabelle	Covid-19 und Unterstützung der Kitas. Hält sich der Bundesrat nicht an die Entscheide des Parlamentes?
20205440	Fra.	Molina, Fabian	Ausschluss von Unterstützungsleistungen bei gleichzeitiger Polizeistunde. Schaden für Restaurationsbetriebe, Diskotheken, Tanzlokale und Nachtclubs

20205441	Fra.	Molina, Fabian	Menschenrechtsverletzungen in Bahrain. Welche Strategie verfolgt der Bundesrat?
20205442	Fra.	Romano, Marco	Covid-19-Verordnung familienergänzende Kinderbetreuung (1)
20205443	Fra.	Romano, Marco	Covid-19-Verordnung familienergänzende Kinderbetreuung (2)
20205447	Fra.	Grin, Jean-Pierre	Demonstrationen in letzter Zeit und Hygieneempfehlungen des Bundesrates. Asymmetrie bei der Einhaltung des Rechts!
20205453	Fra.	Herzog, Verena	Reform der Ergänzungsleistungen, Pensionskassenunterstellung und Coronavirus-Krise
20205456	Fra.	Aeschi, Thomas	Covid-19. Abschaffung des Mindestabstands oder im Minimum Verminderung auf einen Meter
20205459	Fra.	Gmür, Alois	Öffentliches Beschaffungswesen. Druckprodukte
20205463	Fra.	Barrile, Angelo	Covid-19. Minusstunden in Spitälern nacharbeiten?
20205473	Fra.	Roduit, Benjamin	Coronavirus und Kurzarbeitsentschädigung. Aussergewöhnliche Situationen erfordern aussergewöhnliche Massnahmen
20205476	Fra.	Büchel, Roland Rino	Steuergelder für die Bill and Melinda Gates Foundation?
20205482	Fra.	Weichelt- Picard, Manuela	Covid-19. Grundprinzipien für den Präsenzunterricht an Bildungseinrichtungen der Sekundarstufe II
20205487	Fra.	Trede, Aline	Covid-19. Wie hoch sind die Kosten für die Prüfung der Gesuche um finanzielle Unterstützung im Sportbereich?

20205488	Fra.	Badran, Jacqueline	Aufhebung der Entschädigungen von Selbstständigerwerbenden und KMU-Inhabern. Finanzpolitische Auswirkungen
20205491	Fra.	Chevalley, Isabelle	Swiss-Covid-App und Minderjährige
20205493	Fra.	Glarner, Andreas	Auswirkungen von Covid-19 auf die geplanten Überbrückungsleistungen
20205496	Fra.	Michaud Gigon, Sophie	Wie schnell können gewerbliche Mieten erlassen werden?
20205498	Fra.	Zuberbühler, David	Kurzarbeitsentschädigungen. Nimmt der Bundesrat den Konkurs von etlichen Kleinunternehmen einfach in Kauf?
20205499	Fra.	Trede, Aline	Covid-19 und zusätzliche finanzielle Unterstützung im Sportbereich. Wie wird verteilt?
20205500	Fra.	Guggisberg, Lars	Covid-19. Stand der Überbrückungskredite
20205503	Fra.	Rösti, Albert	Auswirkungen von Covid-19 auf die geplante Überbrückungsrente
20205509	Fra.	Weichelt- Picard, Manuela	Teil-Mieterlass für zwangsgeschlossene Betriebe während der Covid-19-Krise. Wann setzt der Bundesrat den Willen des Parlamentes um?
20205516	Fra.	Roduit, Benjamin	Grenzgänger und Arbeitslose. Wird sich diese paradoxe Situation noch verschärfen?

5.2. Anfragen (Anzahl: 9)

20201016	A.	Noser, Ruedi	Besondere Lage noch nötig? Könnte man die Corona-Krise ab jetzt nicht mit dem ordentlichen Recht bekämpfen?
20201018	A.	Silberschmidt, Andri	Auswirkungen der Covid-19 Pandemie auf die Bundesfinanzen und Sozialwerke
20201021	A.	Salzmann, Werner	Verletzung der Corona-Auflagen durch unbewilligte Demonstrationen. Was tut der Bundesrat?
20201022	A.	Herzog, Verena	Sorglosigkeit, die sich rächen kann
20201025	A.	Estermann, Yvette	Auf den Boden spucken und «Covid-19»
20201031	A.	Rechsteiner, Thomas	Beschaffung von Rüstungsgütern. Sicherheit dank Schweizer Industriebasis
20201032	A.	Rechsteiner, Thomas	Beschaffung von Rüstungsgütern. Beschleunigung für mehr Sicherheit und Jobs in der Schweiz
20201033	A.	Walti, Beat	Kurzarbeitsentschädigung für Leistungserbringer mit privater Trägerschaft
20201034	A.	Eymann, Christoph	Anonymisierte Patientendaten für die Humanforschung. Erkenntnisse aus der Corona-Bekämpfung nutzen

5.3. Interpellationen (Anzahl 78)

20203471	Ip.	Geissbühler, Andrea Martina	Es ist wichtig in Zukunft alle drei Aspekte der Gesundheit zu beachten (körperliche, psychische und soziale)
20203472	Ip.	Geissbühler, Andrea Martina	Wer Sans-Papiers beschäftigt, macht sich strafbar

20203473	Ip.	Geissbühler, Andrea Martina	Verurteilte Straftäter werden aus der Ausschaffungshaft entlassen
20203474	Ip.	Sozialdemokratische Fraktion	Würdige Arbeitsbedingungen für Haushaltshilfen
20203484	Ip.	Noser, Ruedi	Besondere Lage noch nötig? Könnte man die Corona Krise nicht mit dem ordentlichen Recht ab jetzt bekämpfen?
20203486	Ip.	Grüne Fraktion	Gleichstellungspolitische und frauenspezifische Herausforderungen der Corona-Krise
20203487	Ip.	Grünliberale Fraktion	Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Gleichstellung verbessern und damit die Krisenresistenz von Gesellschaft und Wirtschaft stärken
20203492	Ip.	Masshardt, Nadine	Auswirkung der Coronakrise auf Berufsbildung und Jugendarbeitslosigkeit
20203493	Ip.	Marchesi, Piero	Wiederherstellung des freien Personenverkehrs. Werden die Kriminellen, die in Italien auf freien Fuss gesetzt wurden, demnächst in die Schweiz kommen?
20203497	Ip.	Marchesi, Piero	Entwicklung der Kriminalität während der Coronakrise
20203504	Ip.	Kuprecht, Alex	IV-Entschuldung. Wie sollen die Milliarden der AHV zurückbezahlt werden?
20203533	Ip.	Würth, Benedikt	Wiederherstellung der verfassungsmässigen Zuständigkeitsordnung im Zuge der Aufhebung der ausserordentlichen Lage
20203534	Ip.	Quadri, Lorenzo	WHO. Ist die Schweiz einmal mehr unkritisch und unterwürfig gegenüber einer supranationalen Organisation?
20203536	Ip.	Quadri, Lorenzo	Coronavirus und Anstieg der Krankenkassenprämien
20203545	Ip.	Français, Olivier	Tatsächliche Arbeitgeberbeitragsreserven
20203547	Ip.	Knecht, Hansjörg	Corona Medienkampagne
20203551	Ip.	Baumann, Kilian	Vielfältige Landwirtschaft fördern
20203557	Ip.	de la Reussille, Denis	Repression demokratischer Bewegungen in der Türkei
20203565	Ip.	Amaudruz, Céline	Bürgschaftskredite unter dem Covid-19-Regime

20203570	Ip.	Estermann, Yvette	Struktur der ausländischen Arbeitslosen im Kontext von Covid-19
20203571	Ip.	Friedli, Esther	Bezug von Schweizer Arbeitslosengeldern sowie Kurzarbeitsentschädigung durch EU-Ausländer
20203576	Ip.	Schläpfer, Therese	Auswirkungen von Covid-19 2020 auf die Nationalitätenzusammensetzung der Sozialhilfebeziehenden
20203580	Ip.	Atici, Mustafa	Behördeninformationen in Nicht-Landessprachen im öffentlichen Interesse
20203582	Ip.	Munz, Martina	Revision AKW Beznau 2020, Sicherheit trotz Corona gegeben?
20203585	Ip.	Schneider Schüttel, Ursula	Covid-19 und die Biodiversität
20203607	Ip.	Schneider- Schneiter, Elisabeth	Zugang zu Impfstoffen
20203609	Ip.	Michaud Gigon, Sophie	Welches ist die Bilanz aus der Lockerung bei der Kennzeichnung von Lebensmitteln?
20203610	Ip.	Michaud Gigon, Sophie	Bekämpfung von Internetbetrug
20203611	Ip.	Gapany, Johanna	Verbreitet sich das Coronavirus nach Mitternacht stärker?
20203612	Ip.	Stark, Jakob	Covid-19. Monitoring und Contact-Tracing – Erfolg sichern mit Klarheit, Konsequenz und Kommunikation
20203617	Ip.	Streiff-Feller, Marianne	Optimaler Einsatz aller Dienstpflichten zur Bewältigung von Notlagen
20203618	Ip.	Michaud Gigon, Sophie	Wie werden schwangere Arbeitnehmerinnen vor Covid-19 und anderen neu auftretenden Erregern geschützt?
20203620	Ip.	Chevalley, Isabelle	«Katastrophen-Obligationen» zur Deckung von Schäden nuklearen Ursprungs
20203623	Ip.	Dittli, Josef	Folgen der Negativzinsen für Freizügigkeitseinrichtungen und für die Auffangeinrichtung BVG
20203624	Ip.	Caroni, Andrea	Gelten die Corona-Regeln eigentlich noch für alle?
20203629	Ip.	Feller, Olivier	Coronavirus. Gelten die Verordnungen des Bundesrates zum Schutz der öffentlichen Gesundheit für alle gleich?
20203636	Ip.	Porchet, Léonore	Welche soziale Rolle kommt unseren Briefträgerinnen und Briefträgern zu?

20203651	Ip.	Schaffner, Barbara	Dezentrale Arbeitsplätze in der Bundesverwaltung
20203652	Ip.	Burgherr, Thomas	Umsetzung der Preisniveau-Klausel im totalrevidierten Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB). Vorzeitige Inkraftsetzung und Stand der Vorbereitungsarbeiten
20203656	Ip.	Grin, Jean-Pierre	Einfluss der Covid-19-Krise auf ältere Arbeitnehmende
20203658	Ip.	Gutjahr, Diana	Wirtschaftspolitikkommission – spielt sie überhaupt noch eine Rolle?
20203659	Ip.	Lohr, Christian	Bewegungsförderung, um schweren Covid-19-Verläufen vorzubeugen
20203661	Ip.	Fiala, Doris	Folgen der Coronakrise für Kinder und Jugendliche
20203662	Ip.	Lohr, Christian	Elektronischer Datenaustausch zwischen den Spitälern, den kantonalen Behörden und dem Bund. Erfahrungswerte aus der Coronakrise
20203686	Ip.	Wermuth, Cédric	Antisemitismusbericht 2019 und Corona. Möglichkeiten zur Bekämpfung von rechtsextremen Verschwörungstheorien im Internet
20203688	Ip.	Dobler, Marcel	Fairplay bei Medikamentenlieferungen. Der Versandhandel ist dem Heimlieferservice gleichzusetzen
20203698	Ip.	Mäder, Jörg	Vertrieb von Desinfektionsmittel erleichtern
20203723	Ip.	Gysi, Barbara	Angehörige sollen während Gesundheitskrisen mit Assistenzbeiträgen für ihre Arbeit entschädigt werden können
20203729	Ip.	Roth, Franziska	Gleichstellung aller Patienten von psychotherapeutischen Leistungen – unabhängig von der Krankenversicherung
20203743	Ip.	Quadri, Lorenzo	Vor dem Gesetz sind alle gleich, aber einige sind etwas gleicher?
20203744	Ip.	Quadri, Lorenzo	Coronahilfskredite und «Schlaumeier»
20203759	Ip.	Germann, Han- nes	Entschädigung aus Härtefallfonds für erzwungene Vernichtung von Teilen der Gemüseernte, für Marktfahrer und Gastrozulieferer!
20203765	Ip.	Riniker, Maja	Herabsetzung der Coronavirus-Test-Vergütung. Kurzfristige Tarifanpassung wirft Fragen auf
20203766	Ip.	Widmer, Céline	Einbezug der Städte in die Corona-Krisenorganisation des Bundes
20203781	Ip.	Fehlmann Rielle, Laurence	Situation nach Covid-19 und gesunde Ernährung

20203786	Ip.	Markwalder, Christa	Wie kann der Bund zielgerichtet helfen wieder Vertrauen entlang der Wertschöpfungsketten zu schaffen, um den wirtschaftlichen Wiederaufschwung zu fördern?
20203787	Ip.	Wehrli, Laurent	Die Butter und das BLW. Eine Covid-19-Episode
20203788	Ip.	Rutz, Gregor	Schnüffelstaat in Bundesbern. Wieso fordern Bundesbehörden die Offenlegung von Werbebudgets privater Unternehmen?
20203790	Ip.	Funicello, Tamara	Spezifische Risiken für die LGBTI-Community während Corona
20203791	Ip.	Burgherr, Thomas	Covid-19. Konsequenzen für den Schweizer Arbeitsmarkt
20203792	Ip.	Quadri, Lorenzo	Nachdem der Bundesrat die Grenze zu Italien zu spät geschlossen hat, öffnet er sie jetzt zu früh wieder
20203807	Ip.	Piller Carrard, Valérie	In-vitro-Fertilisationen. Kostenübernahme durch die Krankenversicherung unter bestimmten Bedingungen
20203810	Ip.	Reimann, Lukas	Einwanderungswelle wegen wirtschaftlichem Umfeld?
20203811	Ip.	Grossen, Jürg	Lehren aus Corona bei der ALV ziehen
20203812	Ip.	Porchet, Léonore	Zusammenhang zwischen Ernährung und Pandemie. Welche Prävention?
20203819	Ip.	Eymann, Christoph	Durchführung internationaler Erfahrungsaustausch-Veranstaltungen über die Bewältigung der Corona-Pandemie mit der Schweiz als Gastgeberland
20203822	Ip.	Prezioso Batou, Stefania	Schulden ärmerer Länder bei Schweizer Gläubigern. Beträge und Perspektiven
20203829	Ip.	Barrile, Angelo	Das Gesundheitswesen wieder als Service public verstehen
20203837	Ip.	von Siebenthal, Erich	Palästinensische Autonomiebehörde. Einseitige Massnahmen beenden und an den Verhandlungstisch zurückkehren
20203841	Ip.	Studer, Lilian	Der Zivildienst darf in einer Krise nicht eingeschränkt werden
20203854	Ip.	Andrey, Gerhard	Mit Covid-19-Krediten Investitionen in die Energiewende ermöglichen
20203860	Ip.	Burgherr, Thomas	Homeoffice-Förderung und unternehmerische Freiheit
20203876	Ip.	Bertschy, Kathrin	Individualbesteuerung. Lückenhafte Gesamtsicht des Bundesrates?

20203880	Ip.	FDP-Liberale Fraktion	Verwendung von Kreditresten im Rahmen von Corona
20203881	Ip.	Suter, Gabriela	Bekämpfung des Missbrauchs von Kurzarbeit infolge Coronamassnahmen
20203884	Ip.	Dandrès, Christian	Eingeschränkter Grenzübertritt im Rahmen der Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie
20203887	Ip.	Egger, Mike	Schweizer Entwicklungshilfe für die EU?
20203895	Ip.	Trede, Aline	Sensibilisierungskampagne Velo – motorisierter Verkehr

5.4. Postulate (Anzahl: 25)

20203478	Po.	Burkart, Thierry	Gewappnet für alle Formen von Krisen. Permanenter operativer Bundesführungsstab
20203480	Po.	Jositsch, Daniel	Berufserfahrung für arbeitslose Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger in der Corona-Krise stärken
20203529	Po.	Reynard, Mathias	Telearbeit. Chancen und Schutz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
20203542	Po.	de Quattro, Jacqueline	Ein Kompetenzzentrum für die Zeit nach Covid-19
20203543	Po.	de Quattro, Jacqueline	Krisenmanagement optimieren
20203544	Po.	Noser, Ruedi	Postulat "Resilienz der Schweizer Unternehmen stärken"
20203556	Po.	Kuprecht, Alex	Auswirkungen Covid-19 auf die Sozialwerke
20203558	Po.	Fehlmann Rielle, Laurence	Werden wir – über Covid-19 hinaus – etwas gegen Adipositas (Fettleibigkeit) tun?
20203622	Po.	Kamerzin, Sidney	Regionales Coworking fördern
20203638	Po.	Graf-Litscher, Edith	Förderung von regionalem Coworking
20203639	Po.	Vincenz-Stauffacher, Susanne	Förderung von regionalem Coworking
20203640	Po.	Guggisberg, Lars	Förderung von regionalem Coworking
20203641	Po.	Studer, Lilian	Förderung von regionalem Coworking
20203642	Po.	Andrey, Gerhard	Förderung von regionalem Coworking
20203643	Po.	Gredig, Corina	Förderung von regionalem Coworking
20203645	Po.	Estermann, Yvette	Immunsystem versus Impfungen
20203684	Po.	Feri, Yvonne	Massnahmen zur Armutsprävention

20203711	Po.	Marti, Min Li	Wirkungszusammenhänge im Betreuungswesen
20203721	Po.	Gysi, Barbara	Alters- und Pflegeheime und Wohnheime für Menschen mit Beeinträchtigungen. Aufarbeitung der Corona-Krise
20203724	Po.	Wehrli, Laurent	Covid-19. Situation für ältere Menschen
20203747	Po.	Maret, Marianne	Coronavirus. Entschädigung für Erwerbsausfall auch für die Eltern und andere Angehörige von Erwachsenen mit einer Behinderung
20203846	Po.	Birrer-Heimo, Prisca	Versicherungen bei Epidemien/Pandemien: Gesetzliche Lücken betreffend Leistungspflicht der Versicherer gegenüber Einzelversicherten schliessen
20203878	Po.	Schneider Schüttel, Ursula	Covid-19-Krise - geschlechterspezifische Auswirkungen
20203888	Po.	Gugger, Niklaus-Samuel	Berufsbildung für die digitalisierte Wirtschaft von morgen
20203902	Po.	Mettler, Melanie	Wirtschaftliches Gender-Monitoring im Zusammenhang der Covid-19-Krise

5.5. Motionen (Anzahl: 34)

20203479	Mo.	Jositsch, Daniel	Errichtung eines Fonds zur Beschäftigung von Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern und zur Ausbildung von Lernenden im Rahmen der Bewältigung der Corona-Krise
20203502	Mo.	Eymann, Christoph	Zeitnahe Aufhebung oder Lockerung des Durchführungsverbots für Messen und Kongresse
20203540	Mo.	Bircher, Martina	Kurzarbeitsentschädigung. Uneinheitlicher Vollzug für Gemeinden und gemeindenahe Betriebe
20203548	Mo.	Bulliard-Marbach, Christine	Befristeter Entlassungsstopp für einheimische Mitarbeitende von diplomatischen Vertretungen der Schweiz
20203566	Mo.	Stadler, Simon	Corona-Krise. Lehrstellen sichern und Jugendarbeitslosigkeit verhindern
20203567	Mo.	Fraktion der Schweizerischen Volkspartei	Aufgaben- und Ausgabenmoratorium während 5 Jahren
20203574	Mo.	Piller Carrard, Valérie	Coronakrise. Abfederung der Folgen für einkommensschwache Personen
20203584	Mo.	Gschwind, Jean-Paul	Unverzügliche Einführung einer allgemeinen Steueramnestie
20203664	Mo.	Graf-Litscher, Edith	Salutogenetische Aspekte bei der Prävention, Behandlung und Nachsorge von Epidemien/Pandemien fördern und Komplementärmedizin einbeziehen

20203701	Mo.	Nordmann, Roger	Verhinderung von Aussteuerungen
20203710	Mo.	Wobmann, Walter	Die Verbindung von fehlenden Erträgen und drohenden Sanktionen, das heisst «Bussen», ist toxisch für die systemrelevante Autobranche mit rund 86 000 Mitarbeitenden
20203731	Mo.	Munz, Martina	Pandemierisiko weltweit vermindern durch nachhaltige Wirtschaft und Konsum
20203748	Mo.	Wicki, Hans	Reflektierung der Bundesrats-Entscheide in Krisenzeiten institutionalisieren
20203756	Mo.	Graf, Maya	Erwerb ersatz für direkt und indirekt betroffene Selbstständigerwerbende weiterführen
20203761	Mo.	Carobbio Guscetti, Marina	Verhinderung von Aussteuerungen
20203762	Mo.	Carobbio Guscetti, Marina	Kurzarbeitsentschädigung weiterführen
20203777	Mo.	Buffat, Michaël	Vorbildfunktion des Bundes und Solidarität mit den inländischen Arbeitskräften. Taten statt Worte
20203782	Mo.	Egger, Mike	SOS Jugendarbeitslosigkeit – Lehrbetriebe entlasten
20203813	Mo.	Regazzi, Fabio	Auch Covid-Plus-Kredite für die gesamte Dauer der Solidarbürgschaft nicht als Fremdkapital berücksichtigen
20203825	Mo.	Fraktion der Schweizerischen Volkspartei	Entschädigung der Selbstständigerwerbenden aufgrund der Covid-19-Massnahmen
20203836	Mo.	von Siebenthal, Erich	Programmvereinbarung Wald – Waldleistungen jetzt sichern!
20203840	Mo.	Birrer-Heimo, Prisca	Obligatorische Epidemie- bzw. Pandemieversicherung
20203852	Mo.	Jans, Beat	Die angeschlagene Schweizer Wirtschaft mit Investitionen für die Zukunft fit machen
20203857	Mo.	Bregy, Philipp Matthias	Schaffung eines Anreizsystems zur Rückzahlung der Covid-19-Kredite
20203858	Mo.	Herzog, Verena	Risikobasierte Maskenpflicht
20203859	Mo.	Herzog, Verena	Neue Test-Strategie im Kampf gegen Corona
20203861	Mo.	Burgherr, Thomas	Solidarität von allen statt Steuergelder für wenig

20203862	Mo.	Salzmann, Werner	Entschädigung der Selbständigerwerbenden aufgrund der Covid-Massnahmen
20203864	Mo.	Grossen, Jürg	Homeoffice und Telearbeit ausbauen und vereinfachen
20203889	Mo.	Michaud Gigon, Sophie	Die Covid-19-Unterstützung für familienergänzende Kinderbetreuung gerecht verteilen
20203893	Mo.	Rytz, Regula	Aus Covid-19-Solidarbürgschaften werde Zukunftsinvestitionen in Klimaschutz, Innovation und Bildung!
20203904	Mo.	Binder-Keller, Marianne	Dringliche Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für die virtuelle Teilnahme an Parlamentssitzungen
20203906	Mo.	Minder, Thomas	Schweizer Landesversorgung in sehr grossen Krisen sicherstellen
20203908	Mo.	Sommaruga, Carlo	Neuer Schwung für die konsequente Umsetzung der elektronischen Tools zur Ausübung der politischen Rechte

6. EINGEREICHTE COVID-19-VORSTÖSSE ZWISCHEN DER SOMMERSESSION UND DER HERBSTSESSION

6.1. Motionen³⁴ (Anzahl: 5)

20203912	Mo.	WBK-S	Covid-19-Verordnung familienergänzende Kinderbetreuung vom 20. Mai 2020. Überdenken der Umsetzung (WBK-S: Einreichung am 26.06.2020 / BR: 02.09.2020 Antrag auf Ablehnung / SR: Ablehnung am 21.09.2020)
20203917	Mo.	WBK-N	Covid-19-Verordnung familienergänzende Kinderbetreuung vom 20. Mai 2020. Überdenken der Umsetzung (WBK-N: Einreichung am 02.07.2020 / BR: 02.09.2020 Antrag auf Ablehnung / NR: Annahme am 15.09.2020 / SR: Annahme am 09.12.2020)
20203929	Mo.	WBK-N	Anpassung Sportförderungsverordnung betreffend Darlehen zur Sicherstellung des Betriebs der Fussball- und Eishockeyligen (WBK-N: Einreichung am 13.08.2020; Zurückgezogen am 22.09.2020 / BR: 02.09.2020 Antrag auf Ablehnung)
20203934	Mo.	KVF-N	Private Reisebusbranche in der Existenzkrise. Dringend notwendige Härtefallregelung! (KVF-N: Einreichung am 25.08.2020 / BR: 28.10.2020 Antrag auf Ablehnung / NR: Annahme am 16.12.2020 / SR: Ablehnung am 09.03.2021)
20203935	Mo.	SGK-N	Milderung der wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Epidemie für Unternehmen im Eventbereich (SGK-N: Einreichung am 27.08.2020; Zurückgezogen am 16.12.2020 / BR: 28.10.2020 Antrag auf Ablehnung)

³⁴ grün: angenommene Motionen; rot: abgelehnte Motionen; grau: zurückgezogene Motionen; weiss: hängige Motionen

7. EINGEREICHTE COVID-19-VORSTÖSSE HERBSTSESSION 2020

7.1. Fragen der Fragestunde (Nationalrat) [Anzahl: 80]

20205519	Fra.	de Quattro, Jacqueline	Covid-19. Gesetzliche Pflicht, eine infizierte Person zu melden
20205536	Fra.	Roth, Franziska	Systematischer Einbezug der Branchenverbände betreffend weitere Massnahmen zu Covid-19
20205537	Fra.	Roth, Franziska	Monitoring kantonaler Massnahmen betreffend Covid-19 im Bereich der Kinderbetreuung
20205545	Fra.	Bircher, Martina	Kurzarbeitsentschädigung bei öffentlich-rechtlichen Arbeitgebern
20205546	Fra.	Bircher, Martina	Covid-19. Exitstrategie
20205552	Fra.	Molina, Fabian	Korruptionsskandal Drax in Zimbabwe. Verantwortung der Schweiz
20205560	Fra.	Bregy, Philipp Matthias	Saisonale Grippe. Kostenlose Grippeimpfung
20205561	Fra.	Bregy, Philipp Matthias	Covid-19 und Schule. Unpraktikable Massnahmen?
20205563	Fra.	Riniker, Maja	Covid-19. Zeitplan in Sachen Vorgehen für gezielte wirtschaftliche Abfederung in Einzelfällen
20205568	Fra.	Rösti, Albert	Gleich lange Spiesse zwischen Bundesreisezentrale und privaten Reiseagenturen
20205582	Fra.	Roth, Franziska	Umgang mit schnupfenden Kindern. Sollen ungetestete Kinder bis 12 Jahre mit leichten Symptomen die Kita oder Schule besuchen?
20205584	Fra.	Portmann, Hans-Peter	Verteilung eines veralteten BAG-Informationsblatts bei der Einreise in die Schweiz
20205585	Fra.	Portmann, Hans-Peter	Covid-19-Strategie des Bundesrates
20205586	Fra.	Portmann, Hans-Peter	Covid-19. Messgrösse zur Beurteilung von Risikoländern

20205587	Fra.	Portmann, Hans-Peter	Regionale Risikobeurteilung bei Covid-19 mit digitaler Unterstützung
20205588	Fra.	Sauter, Re- gine	Covid-19. Höherer Schutz durch Textilmasken?
20205590	Fra.	Brenzikofer, Florence	Covid-19. Langfristige Folgen für die Eventbranche
20205591	Fra.	Brenzikofer, Florence	Covid-19. EO-Entschädigung für die Veranstaltungsbranche
20205594	Fra.	Regazzi, Fabio	Covid-19 und Verdienstausschüttung für Eltern, deren Kinder in Quarantäne sind
20205598	Fra.	Jauslin, Matthias Samuel	Warum sollen Segelflugpilotinnen und Segelflugpiloten bei Aussenlandungen unnötige Risiken eingehen?
20205601	Fra.	Feller, Olivier	Sollte die Zustellung der Ergebnisse der Covid-19-Tests an die Patientinnen und Patienten nicht beschleunigt werden?
20205609	Fra.	Heimgartner, Stefanie	Corona-Quarantäne. Positive Ansteckungen
20205615	Fra.	Guggisberg, Lars	Die Überbelastung des Gesundheitssystems galt ursprünglich als Grund für die Covid-19-Massnahmen. Was hat der Bundesrat eigentlich für eine Corona-Strategie?
20205616	Fra.	Klopfenstein Broggini, Del- phine	Die Empfehlungen der OECD zum ökologischen Umgang mit der Covid-19-Krise umsetzen
20205618	Fra.	Marti, Min Li	Covid-19. Unterstützung von Kitas bei einer allfälligen zweiten Welle
20205626	Fra.	Schläpfer, Therese	Verfrühte Weitergabe von vertraulichen Informationen an die Medien
20205630	Fra.	Feller, Olivier	Gelten die Massnahmen im Zusammenhang mit Covid-19 bezüglich Erwerbsausfall ab dem 17. September 2020 weiterhin?
20205637	Fra.	de Quattro, Jacqueline	Covid-19. Dauer der Quarantäne vereinheitlichen
20205638	Fra.	Kamerzin, Sidney	Obligatorischer Covid-19-Test am Ende der Quarantäne
20205639	Fra.	Estermann, Yvette	Covid-19. PCR-Tests

20205640	Fra.	Schläpfer, Therese	Verminderung des CO2-Ausstosses während der Corona-Pandemie
20205642	Fra.	Badran, Jacqueline	Erfassung des Berufs von Covid-19-Erkrankten als relevanter Indikator
20205644	Fra.	Amaudruz, Céline	Covid-19-Solidarbürgschaften. Aufteilung der Kreditmittel auf die verschiedenen Branchen
20205649	Fra.	Glanzmann- Hunkeler, Ida	Covid-19. Besonders gefährdete Menschen immer noch auf BAG-Liste
20205650	Fra.	Zuberbühler, David	Kann der Bundesrat ein Impfblogatorium beschliessen, wenn die öffentliche Gesundheit gefährdet ist und keine mildereren Massnahmen greifen?
20205652	Fra.	Egger, Mike	Covid-19-Leaks im EDI
20205653	Fra.	Estermann, Yvette	Covid-19. Die Taskforce des Bundesrates kostet Geld, wird aber vom Bundesrat nicht beachtet!
20205657	Fra.	Steinemann, Barbara	Covid-19. Fokussierung des BAG auf Infektionszahlen statt auf Todeszahlen
20205658	Fra.	Steinemann, Barbara	Divergenzen bei den Corona-Fallzahlen
20205659	Fra.	Dobler, Marcel	Covid-19. Die Existenz aller Schifffahrtsunternehmen ist aufgrund der Maskenpflicht auf dem Aussendeck bedroht
20205660	Fra.	Brunner, Thomas	Covid-19. Bitte nachbessern. Fragwürdige Bestimmungen mit unnötigen Kollateralschäden untergraben die Glaubwürdigkeit unserer Behörden
20205675	Fra.	Rösti, Albert	Gleich lange Spiesse zwischen Bundesreisezentrale und privaten Reiseagenturen
20205677	Fra.	Molina, Fabian	Haftungsausschluss für Hersteller von Covid-19-Impfstoff in den USA. Auswirkungen auf die Impfbereitschaft der Bevölkerung
20205679	Fra.	Guggisberg, Lars	Die Reisebusbranche steht vor dem Kollaps!
20205683	Fra.	Clivaz, Christophe	Covid-19. Gedenkt der Bundesrat, das Tragen von wiederverwendbaren Masken und das Recycling von Einwegmasken zu fördern?
20205685	Fra.	Addor, Jean-Luc	Covid-19. Pflicht für Herrn Dr. Koch, sich zurückzuhalten?
20205686	Fra.	Wettstein, Felix	Darlehen an einzelne Sportclubs. Widerspruch zwischen zwei Gesetzen

20205690	Fra.	Graf-Litscher, Edith	Covid-19. Unterstützung von wissenschaftlichen Studien zum Einsatz von Naturheilmitteln
20205696	Fra.	Lohr, Christian	Haftungsfragen bei Covid-19-Impfstoffen
20205697	Fra.	Bellaïche, Judith	Video-Identifikation als allgemein mögliche Methode zur Identitätsprüfung während der Covid-19-Pandemie
20205700	Fra.	Prezioso Batou, Stefania	Brasilien und Covid-19. Welche Kontrolle üben Schweizer Unternehmen aus?
20205701	Fra.	Prezioso Batou, Stefania	Brasilien und Covid-19. Was macht der Bund für den Amazonas-Regenwald?
20205703	Fra.	Prezioso Batou, Stefania	Covid-19 und Pflegepersonal
20205710	Fra.	Riniker, Maja	Zeitplan der Umsetzung der Härtefallmassnahmen für Unternehmen
20205711	Fra.	Schneeberger, Daniela	Covid-19 und Quarantänepflicht. Absprache mit unseren Nachbarländern zugunsten des Tourismuslandes Schweiz?
20205715	Fra.	Feller, Olivier	Die Covid-19-Liste der Regionen mit erhöhtem Risiko gemeinsam mit den Nachbarländern wie Österreich, Italien und Frankreich weiterentwickeln
20205718	Fra.	Dandrès, Christian	Mit welchen Massnahmen lassen sich unter der Krise leidende Arbeitslose stärker und besser unterstützen?
20205719	Fra.	Mäder, Jörg	Langfristiger wissenschaftlicher Kenntnisgewinn aus der Corona-Krise
20205722	Fra.	Dobler, Marcel	Covid-19. Kosten und Effizienz der Quarantänemassnahmen
20205723	Fra.	Dobler, Marcel	Covid-19. Erfahrungen und Auswertungen der Quarantänemassnahmen
20205724	Fra.	Glättli, Balthasar	Love Is Not Tourism. Zusammentreffen von etablierten Paaren nicht mit Visumsverweigerung verhindern
20205727	Fra.	Bregy, Philipp Matthias	Covid-19 und Einreise aus Risikoländern. Ist die Quarantäne noch sinnvoll oder durch Alternativen ersetzbar?
20205729	Fra.	Friedli, Esther	Coronavirus. Verkürzung der Quarantäne und mehr Tests

20205730	Fra.	Trede, Aline	Love Is Not Tourism. Das soll für alle gelten
20205732	Fra.	Trede, Aline	Versorgungssicherheit im Einklang mit den Nachhaltigkeits- und Biodiversitätszielen
20205733	Fra.	Wismer-Felder, Priska	Covid-19. Maskenpflicht auf Aussendecks von Schiffen
20205734	Fra.	Nantermod, Philippe	Übertragung des Coronavirus. Wo besteht das grösste Ansteckungsrisiko?
20205735	Fra.	Nantermod, Philippe	Übertragung des Coronavirus. Welche Erkenntnisse?
20205737	Fra.	Trede, Aline	Warum erhält Swiss Paralympic keine finanzielle Unterstützung aus dem Sport-Stabilisierungspaket?
20205738	Fra.	Gafner, Andreas	Covid-19. Stärkung des Immunsystems
20205739	Fra.	Walti, Beat	Neue Covid-Schnelltests. Kurzfristiges Normalisierungspotenzial im Reiseverkehr durch Verzicht auf Quarantäne?
20205740	Fra.	Weichelt-Picard, Manuela	Pflegeheime und Behinderteneinrichtungen bei einer zweiten Covid-19-Welle
20205744	Fra.	Dobler, Marcel	Führt Covid-19 zu langfristigen Folgeschäden?
20205751	Fra.	Portmann, Hans-Peter	Covid-19-bedingte Sterberate
20205752	Fra.	Rytz, Regula	Umsetzung der Härtefallregelung im Covid-19-Gesetz
20205753	Fra.	Rytz, Regula	Wird die Covid-19-Härtefallregelung des Parlamentes zum Bürokratiemonster degradiert?
20205754	Fra.	Heimgartner, Stefanie	Corona-Quarantäne. Nicht messbar!
20205757	Fra.	Roduit, Benjamin	Illegale Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer während des Lockdowns wegen Covid-19. Wie weiter?
20205761	Fra.	Moret, Isabelle	Coronavirus. Ausbau der Testmöglichkeiten
20205762	Fra.	Nantermod, Philippe	Coronavirus. Wie lange soll die Quarantäne dauern?

7.2. Anfragen (Anzahl: 5)

20201048	A	Seiler Graf, Priska	Flugverkehr. Wie weiter mit dem Staatsvertrag mit Deutschland?
20201051	A	Carobbio Guscetti, Marina	Risikoanalyse für schwangere Kindergärtnerinnen
20201040	A	Prelicz-Huber, Katharina	Covid-19-Pandemie und Sensibilisierung der Migrationsbevölkerung
20201037	A	Sozialdemokratische Fraktion	Den Corona-bedingten Strukturwandel mit einem nachhaltigen Konjunktur-Impulsprogramm begleiten und unterstützen
20201038	A	Grüne Fraktion	Sieht der Bundesrat die Wichtigkeit eines Green New Deals für die Schweiz?

7.3. Interpellationen (Anzahl: 30)

20203942	Ip.	Wasserfallen, Christian	Aussagekräftigere Informationen betreffend Covid-19
20203943	Ip.	de Quattro, Jacqueline	Grippe und Covid-19. Ein explosiver Cocktail für die öffentliche Gesundheit
20203958	Ip.	Sozialdemokratische Fraktion	Den Corona-bedingten Strukturwandel mit einem nachhaltigen Konjunktur-Impulsprogramm begleiten und unterstützen
20203959	Ip.	Grüne Fraktion	Sieht der Bundesrat die Wichtigkeit eines Green New Deals für die Schweiz?
20203960	Ip.	Schneeberger, Daniela	Arbeitsplätze sichern - Rezession abfedern - zusätzliche Schulden vermeiden
20203961	Ip.	Atici, Mustafa	Pandemie und gute bi- und trilaterale Lösungen in den Grenzregionen
20203963	Ip.	Aebischer, Matthias	Investition in die Zukunft. Weiterbildungsgutscheine zur Förderung von Geringqualifizierten
20203969	Ip.	Porchet, Léonore	Wie wird der Zugang zu politischen Informationen für alle gewährleistet?
20203979	Ip.	Juillard, Charles	Für einen sinnvolleren Umgang mit der Kurzarbeit: Kurzarbeit und Weiterbildung
20204000	Ip.	de Quattro, Jacqueline	Tests anstatt Quarantäne

20204001	Ip.	Die Mitte-Fraktion. CVP-EVP-BDP.	Die Wirtschaft braucht praxistaugliche Lösungen
20204003	Ip.	Steinemann, Barbara	Positive Tests als unumstösslicher Indikator?
20204011	Ip.	Binder-Keller, Marianne	Kinder in Quarantäne. Wahrung des Kindeswohls und der Kinderrechte. Dringliche Anpassung der Covid-Regeln
20204013	Ip.	Maitre, Vincent	Berechnung der Gesundheitskosten für das Jahr 2020. Wird es möglich sein, die Auswirkungen von Covid-19 auf der Grundlage von verlässlichen, transparenten und objektiven Daten und Statistiken zu berechnen?
20204073	Ip.	Birrer-Heimo, Prisca	Verlässliche Information und Deklaration von Masken sicherstellen
20204036	Ip.	Dandrès, Christian	Welche Massnahmen zur Sicherstellung einer verstärkten und hochwertigen Unterstützung für von der Krise betroffene Arbeitslose?
20204117	Ip.	Addor, Jean-Luc	Covid-19 und Nachrichtenbeschaffung
20204122	Ip.	Bäumle, Martin	Massnahmen gegen die Aerosolübertragung als Ansteckungsweg mit SARS-CoV-2
20204128	Ip.	Binder-Keller, Marianne	Menschen mit einem höheren oder hohen Betreuungsgrad in Quarantäne. Wahrung ihrer Rechte und ihres Wohls. Dringliche Anpassung der COVID-Regeln des BAG
20204149	Ip.	Matter, Michel	Staatliche Investitionen in Impfstoff gegen SARS-Cov-2
20204179	Ip.	Kälin, Irène	Wo bleiben die Kinderrechte in der Quarantäne?
20204182	Ip.	Weichelt-Picard, Manuela	Inkrafttreten des Bundesgesetzes "Überbrückungsleistung für ältere Arbeitslose"
20204186	Ip.	Clivaz, Christophe	Welche Massnahmen zur Sicherstellung einer verstärkten und hochwertigen Unterstützung für von der Krise betroffene Arbeitslose?
20204197	Ip.	Amaudruz, Céline	Coronakrise. Abgabe von Hygienemasken an das Gesundheitspersonal. Gefährdung von Personal und Patientinnen und Patienten
20204204	Ip.	Bäumle, Martin	Strategie und Massnahmen zum Schutz des Menschen durch Verhütung und Bekämpfung von SARS-CoV-2
20204208	Ip.	Herzog, Verena	Mehrgleisige Anti-Corona-Strategie
20204218	Ip.	Gredig, Corina	Positive Home-Office-Anreize auch bei grenzüberschreitenden Arbeitsverhältnissen - im Interesse von Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt
20204243	Ip.	Dandrès, Christian	Coronakrise. Abgabe von Hygienemasken an das Gesundheitspersonal. Gefährdung von Personal und Patientinnen und Patienten

20204250	Ip.	Binder-Keller Marianne	Covid-19-Quarantänevorschriften differenzierter gestalten
20204254	Ip.	Graf, Maya	Covid-19 Pandemie. Menschen mit Behinderungen bei der Kommunikation und Maskenpflicht mitberücksichtigen

7.4. Postulate (Anzahl: 8)

20203998	Po.	Porchet, Léonore	Zugang zu Verhütungsmitteln für alle sicherstellen, auch während einer Krise
20204016	Po.	Streiff-Feller, Marianne	Systemrelevanz sozialer Einrichtungen bei Pandemien anerkennen
20204020	Po.	Grin, Jean-Pierre	Ethanol-Pflichtlager – für eine dauerhafte Lösung!
20204141	Po.	Roduit, Benjamin	Auf die Verwendung wiederverwendbarer Masken hinwirken
20204153	Po.	Fischer, Roland	Anwendung der NFA-Grundsätze bei der Bewältigung von Epidemien und Pandemien
20204185	Po.	Clivaz, Christophe	Auf die Verwendung wiederverwendbarer Masken hinwirken
20204230	Po.	Prezioso Batou, Stefania	Für eine unabhängige landesweite Untersuchung der Auswirkungen der Coronapandemie auf das Gesundheitspersonal
20204253	Po.	Graf, Maya	Stärkerer Einbezug der Leistungserbringer und der Behindertenorganisationen im Bereich der sozialen Betreuung und der Langzeitpflege bei der Vorbereitung auf und Bewältigung von Pandemien

7.5. Motionen (Anzahl: 13)

20203947	Mo.	Sozialdemokratische Fraktion	Mehr Solidarität vonseiten der Unternehmen, die während der Covid-19-Krise Gewinne erzielen
20203956	Mo.	Heimgartner, Stefanie	LSVA. Wirtschaft und Konsumenten in der Coronakrise nicht noch zusätzlich belasten!
20204027	Mo.	Wehrli, Laurent	Zeit nach Covid-19. Im Hinblick auf künftige Pandemien muss die Entschädigung von deren wirtschaftlichen Auswirkungen auf ambulante und stationäre Pflege- und Betreuungsleistungen im Gesetz verankert werden
20204040	Mo.	Bäumle, Martin	Steuererleichterung gewähren, Konkurse verhindern
20204042	Mo.	Rieder, Beat	Steuererleichterungen gewähren, Konkurse verhindern
20204098	Mo.	Marti, Min Li	Sicherstellung der kulturellen Teilhabe und Vielfalt

20204105	Mo.	Michaud Gigon, Sophie	Für eine wirksame Kontrolle des Maskenmarkts
20204169	Mo.	Bauer, Philippe	Kurzarbeitsentschädigung: Weitere administrative Hürden abbauen
20204198	Mo.	Feller, Olivier	Liste der Staaten und Gebiete mit erhöhtem Coronavirus-Infektionsrisiko. Anpassung in Absprache mit den Nachbarländern
20204200	Mo.	Bircher, Martina	Sozialkosten nach Integrationsagenda und COVID-19: Längere Beteiligung des Bundes an den Kosten für die Sozialhilfe
20204206	Mo.	Schneeberger, Daniela	Anpassung der Liste der Regionen mit hohem Coronavirus-Infektionsrisiko in Absprache mit den Nachbarländern
20204234	Mo.	Candinas, Martin	Das Bauen ausserhalb der Bauzone darf nicht länger verteufelt werden!
20204238	Mo.	Ryser, Franziska	COVID-19: Weiterbildung während der Kurzarbeit unterstützen

8. EINGEREICHTE COVID-19-VORSTÖSSE SONDERSESSION NR 2020

8.1. Interpellationen (Anzahl: 12)

20204281	Ip.	Nicolet, Jacques	Covid-19-Solidarbürgschaften: Wie bewältigen wir neue Wellen?
20204282	Ip.	Egger, Mike	Mehr Objektivität bei den COVID19-Zahlen
20204283	Ip.	Guggisberg, Lars	Covid-19: Schwerere Krankheitsverläufe und erhöhte Sterblichkeit bei niedrigem Vitamin D-Blutspiegel
20204286	Ip.	Graf-Litscher, Edith	Zuschlagskriterien für Covid-19 Reservationsantrag mit Molecular Partners
20204291	Ip.	Tuena, Mauro	Wie lange könnte die Schweiz ein anhaltendes Grossaufgebot seiner Milizangehörigen verkraften?
20204310	Ip.	Grüne Fraktion	Aus der Corona-Krise mit Klimaschutz-Jobs, Zukunfts-Jobs, Care-Jobs
20204318	Ip.	Clivaz, Christophe	Einfluss der Luftverschmutzung auf die Gesundheit
20204325	Ip.	Klopfenstein Broggini, Delphine	Grossraumbüros. Wie steht es um den physischen und den psychischen Gesundheitszustand am Arbeitsplatz?
20204326	Ip.	Binder-Keller, Marianne	Sofortige Umsetzung der Härtefall-Massnahmen für Unternehmen nach Artikel 12 des Covid-19-Gesetzes
20204269	Ip.	Kamerzin, Sidney	Auflagen für den Tourismus in den Skigebieten
20204270	Ip.	Sollberger, Sandra	Corona-Strategie auf Grundlage von sauberen Daten
20204278	Ip.	Hurni, Baptiste	Luftfahrt. Angesichts der geleisteten Unterstützung wäre ein faires Verhalten gegenüber den Konsumentinnen und Konsumenten das Mindeste

8.2. Postulat (Anzahl: 1)

20204303	Po.	Addor, Jean-Luc	Maskenpflicht. Wie steht es um die Nebenwirkungen?
----------	-----	-----------------	--

8.3. Motionen (Anzahl: 7)

20204284	Mo.	de Quattro, Jacqueline	Jac-	Einsatz von Schnelltests ohne Einschränkung
20204287	Mo.	Graf-Litscher, Edith		Dringender Bedarf an wissenschaftlicher Forschung zur Wirkung von Naturheilmitteln bei der Stärkung des Immunsystems und der Behandlung von Viren
20204301	Mo.	Funciello, Tamara		Keine Boni bei Covid-Hilfe!
20204304	Mo.	Addor, Jean-Luc		Masken von der Mehrwertsteuer befreien
20204307	Mo.	Sozialdemokratische Fraktion		Corona-Prämie
20204308	Mo.	Amaudruz, Céline		Einreiseregime: Covid-19-Schnelltests statt unberechenbare BAG-Risikoliste
20204316	Mo.	Addor, Jean-Luc		Ist die Polizei dazu da, Familien zu kontrollieren?

9. EINGEREICHTE COVID-19-VORSTÖSSE ZWISCHEN DER SONDERSESSION DES NR UND DER WINTERSESSION

9.1. Motionen (Anzahl: 2)

20204330	Mo.	SGK-N	Personen mit befristetem Arbeitsvertrag. Die Covid-Vergessenen (SGK-N: Einreichung am 06.11.2020, zurückgezogen am 15.01.2021 / BR: 25.11.2020 Antrag auf Ablehnung)
20204336	Mo.	KVF-N	Stützung DAB-Radios in der Covid-19-Krise (KVF-N: Einreichung am 10.11.2020 // BR: 04.12.2020 Antrag auf Ablehnung / NR: Annahme am 17.12.2020 / SR: Ablehnung am 09.03.2021)

10. EINGEREICHTE COVID-19-VORSTÖSSE WINTERSESSION 2020

10.1. Fragen der Fragstunde (Nationalrat) [Anzahl: 140]

20205763	Fra. Friedli, Esther	Fakten zur Ansteckung mit Covid-19?
20205765	Fra. Friedli, Esther	Covid-19. Keine wissenschaftliche Evidenz für die bundesrätlichen Massnahmen?
20205770	Fra. Steinemann, Barbara	Erhalten Spitäler eine Entschädigung oder Abgeltung pro Gestorbenem, den sie Corona zuweisen?
20205771	Fra. Steinemann, Barbara	Covid-19. Wie viele Personen haben sich im Ausland angesteckt?
20205775	Fra. Locher Benguerel, Sandra	Kalte Luft im Schulzimmer
20205776	Fra. Zuberbühler, David	Impfstoffentwicklung in Rekordzeit. Wer haftet bei Covid-Impfschäden?
20205777	Fra. Quadri, Lorenzo	Entscheidet Italien über die Öffnung der Schweizer Skigebiete?
20205779	Fra. Lohr, Christian	Welche Personengruppen haben welche Priorität bei der bevorstehenden Covid-19-Impfung?
20205781	Fra. Lohr, Christian	Covid-19. Mangelhafter Informationsfluss zwischen den Ärzten und dem Bundesamt für Gesundheit
20205782	Fra. Egger, Mike	Kein Lockdown für den Schweizer Wintertourismus!
20205785	Fra. Giacometti, Anna	Offenhaltung der Wintersportbetriebe über Weihnachten und Neujahr
20205787	Fra. Tuena, Mauro	Covid-19. Verdrängt Corona andere Todesursachen?
20205788	Fra. Tuena, Mauro	Covid-19. Quarantäneverfügung ohne wissenschaftliche Basis
20205790	Fra. Egger, Mike	Covid-19. Rückübernahme von Asylsuchenden ohne negativen Test
20205791	Fra. Guggisberg, Lars	Höhere Suizidrate und mehr häusliche Gewalt wegen Corona-Massnahmen?
20205792	Fra. Riniker, Maja	Vorbereitungsstand in der Schweiz bezüglich Impfung gegen das Coronavirus
20205793	Fra. Farinelli, Alex	Covid-19-Schnelltests
20205796	Fra. Arslan, Sibel	Covid-19. Welche Massnahmen sieht der Bundesrat vor, damit die Testquote in der ganzen Schweiz massiv erhöht werden kann?
20205806	Fra. Wobmann, Walter	Aktive Massnahmen gegen Covid-19-Viren

20205817	Fra. von Siebenthal, Erich	Bergbahnen. Zusätzliche Schutzmassnahmen wegen Corona
20205821	Fra. Strupler, Manuel	Covid-19. Warum werden Zuschauer faktisch von Sportanlässen ausgeschlossen?
20205824	Fra. Bregy, Philipp Matthias	Corona-Pandemie und Schutzkonzepte. Wo bleibt das Vertrauen?
20205828	Fra. Schläpfer, Therese	Covid-19. Statistische Erfassung der Corona-Toten
20205832	Fra. Roth, Franziska	Schlechterstellung von Patientinnen und Patienten von Psychologinnen und Psychologen gegenüber Psychiaterinnen und Psychiatern
20205833	Fra. Bircher, Martina	Covid-19. Verweigerte Tests durch Ausreisepflichtige
20205834	Fra. Schwander, Pirmin	Covid-19. Wissenschaftliche Grundlage der Wirkung von Schutzmasken
20205835	Fra. Geissbühler, Andrea Martina	Covid-19. Wie ansteckend sind Kinder?
20205836	Fra. Giezendanner, Benjamin	Covid-19. Spart der öffentliche Verkehr auf Kosten der Gesundheit?
20205837	Fra. Zuberbühler, David	Covid-19. Anteil importierter Corona-Fälle
20205838	Fra. Geissbühler, Andrea Martina	Covid-19. Corona-Heimkehrer vom Balkan belasten das Gesundheitssystem
20205839	Fra. Schläpfer, Therese	Covid-19. Quarantänepflicht von Einreisenden aus rehabilitierten Regionen ohne wissenschaftliche Grundlage
20205840	Fra. Addor, Jean-Luc	Covid-19. Harte Einschränkungen mit Kaffeesatzlesen rechtfertigen?
20205844	Fra. Hurter, Thomas	Covid-19 und Luftverkehr. Anbindung der Schweiz, quo vadis?
20205846	Fra. Wettstein, Felix	Käse statt Kultur und Kultus. Fondue mit 100 Personen erlaubt, Lesung nur mit 50?
20205847	Fra. Addor, Jean-Luc	Ist es für Zivildiensteinsätze ideal, dass das Bundesamt für Zivildienst dem WBF unterstellt ist?
20205848	Fra. Addor, Jean-Luc	Wird der Zivildienst den für den Assistenzdienst geltenden Anforderungen gerecht?
20205855	Fra. Rösti, Albert	Covid-19. Keine verschärften Vorschriften für Seilbahnkabinen
20205856	Fra. Roth, Franziska	Covid-19 erhöht den Bedarf an psychologischer Psychotherapie. Wann setzt der Bundesrat das Anordnungsmodell in Kraft?
20205860	Fra. Egger, Mike	Covid-19 und Wintertourismus. Rote Karte gegen ausländische Machtspiele!

20205866	Fra. Fivaz, Fabien	Covid-19 und Zivilschutz. Warum wird den Kantonen die Unterstützung nicht seit Beginn der zweiten Welle gewährt?
20205871	Fra. Quadri, Lorenzo	Corona-Impfstoff. Den Prozess beschleunigen?
20205885	Fra. Burgherr, Thomas	Covid-19. Zeltprovisorien aus dem Ausland?
20205886	Fra. Herzog, Verena	Covid-19. Missbrauch bei Attesten zur Befreiung von der Maskenpflicht
20205887	Fra. Herzog, Verena	Covid-19. Missbrauch der ärztlichen Sorgfaltspflicht bei Attesten
20205889	Fra. Brenzikofer, Florence	Psychische Gesundheit während der Pandemie. Welche Massnahmen ergreift der Bundesrat?
20205890	Fra. Schläpfer, Therese	Was unternimmt das SEM zur Identifikation der Sans-Papiers während der Corona-Krise?
20205897	Fra. Roth Pasquier, Marie-France	Covid-19. Beabsichtigt die Schweiz, auf Bundesebene die Einführung eines Systems zur Überwachung des Abwassers zu fördern?
20205902	Fra. Schläpfer, Therese	Corona-Schutzkonzepte in Wintersportgebieten
20205910	Fra. Kamerzin, Sidney	Covid-19. Entschädigung der Bergbahnen im Fall einer Schliessung
20205911	Fra. Glättli, Balthasar	Mit einer Care-Offensive als Corona-Impulsprogramm mehr und bessere Care-Jobs in Pflege und Kinderbetreuung schaffen, weil Care systemrelevant ist
20205912	Fra. Glättli, Balthasar	Mit einer Weiterbildungs- und Umschulungs-Offensive als Corona-Impulsprogramm Zukunftsjobs schaffen
20205913	Fra. Glättli, Balthasar	Mit einer Solaroffensive als Corona-Impulsprogramm Jobs zum Klimaschutz schaffen
20205914	Fra. Portmann, Hans-Peter	Versagen der Unia-Arbeitslosenkassen bei der Auszahlung von Kurzarbeitsentschädigungen wegen Covid-19
20205916	Fra. Candinas, Martin	TV-Spots des BAG zum Coronavirus. Wo ist das Rätoromanische?
20205917	Fra. Portmann, Hans-Peter	Covid-19-Hotspots in Gesundheitsinstitutionen
20205923	Fra. Gafner, Andreas	Besondere Regelungen für die Festtage in den Skigebieten
20205926	Fra. Piller Carrard, Valérie	Stand der Umsetzung der Covid-19-Verordnung familienergänzende Kinderbetreuung
20205930	Fra. Roduit, Benjamin	Wird der Bundesrat dem Druck der EU bezüglich der Öffnung der Skigebiete während der gesamten Wintersaison standhalten können?
20205935	Fra. Studer, Lilian	Ermutung zu weniger Alkoholkonsum über die Weihnachts- und Festtagszeit

20205936	Fra. Aeschi, Thomas	"Stochern im Nebel" oder Evidenz für das Nicht-Funktionieren der durch Daniel Koch, Leiter Abteilung Übertragbare Krankheiten bis 31. März 2020, geprüften Schutzkonzepte?
20205937	Fra. Aeschi, Thomas	"Corona-Bias" bei den Todeszahlen?
20205938	Fra. Aeschi, Thomas	"Corona-Heimkehrer" aus dem Balkan und Wirtschaftsmigranten aus Afrika und arabischen Ländern besetzen unsere Spitalbetten
20205944	Fra. Gmür, Alois	Medikamentenversorgung
20205950	Fra. Steinemann, Barbara	Erfolgsbilanz der Covid App
20205955	Fra. Friedl, Claudia	Bei Entscheidungen in allen Politikbereichen die Auswirkung auf die Biodiversität transparent darlegen und berücksichtigen!
20205956	Fra. Prelicz-Huber, Katharina	Quarantäne-Pflicht und Covid-19-Pandemie
20205957	Fra. Prelicz-Huber, Katharina	Quarantäne-Pflicht und Covid-19-Pandemie
20205958	Fra. Prelicz-Huber, Katharina	Quarantäne-Pflicht und Covid-19-Pandemie
20205959	Fra. Zuberbühler, David	Corona-Impfstoff: Zulassung eines ersten Impfstoffs trotz fehlender Daten zu Sicherheit, Wirksamkeit und Qualität?
20205960	Fra. Hess, Erich	Wann wird eine Herdenimmunität erreicht sein?
20205965	Fra. Weichelt-Picard, Manuela	Gesundheitspersonal und COVID 19 Ansteckungen und Hospitalisationen
20205966	Fra. Tuena, Mauro	Diskriminierung von nicht gegen COVID-19-Geimpften
20205968	Fra. Nantermod, Philippe	Welche Begleitmassnahmen plant der Bundesrat im Zusammenhang mit einer nationalen Impfkampagne gegen das Coronavirus?
20205969	Fra. Nantermod, Philippe	Angestellte Führungskräfte. Keine Entschädigung ohne Lohnstreichung?
20205980	Fra. Schläpfer, Therese	Empfehlung zur Einnahme von Vitamin D während der Pandemie
20205984	Fra. Riniker, Maja	Auswirkungen auf die Bestände bei der Schweizer Armee infolge zweitem Covid-19 Assistenzdienst
20205985	Fra. Chevalley, Isabelle	Positiver PCR-Test mehrere Wochen nach der Erkrankung an Covid-19. Wie kommt man an eine Bescheinigung, um reisen zu können?
20205986	Fra. Umbricht Pieren, Nadja	Schweizweites Singverbot als Massnahme zur Eindämmung von Covid 19 (1)

20205987	Fra. Umbricht Pieren, Nadja	Schweizweites Singverbot als Massnahme zur Eindämmung von Covid 19 (2)
20205990	Fra. Gysi, Barbara	Unterstützung für Heim- und Pflegepersonal
20205994	Fra. Regazzi, Fabio	Ist erweiterte Task Force Covid des Bundesrates und BAG ein Feigenblatt?
20205995	Fra. Nicolet, Jacques	Geschäftsmieten und Coronakrise. Sollte der gesunde Menschenverstand, der von den Vermieterinnen und Vermietern verlangt wird, nicht auch vom Bund und den Bundesbetrieben gezeigt werden?
20206001	Fra. Riniker, Maja	Auswirkungen auf die Bestände beim Zivilschutz infolge zweitem Covid-19 Aufgebot
20206004	Fra. Baumann, Kilian	Covid-19: Isolation auf dem Bauernhof
20206006	Fra. Brenzikofer, Florence	Frage bezgl. der Covid19-Impfstrategie des Bundes
20206007	Fra. Birrer-Heimo, Prisca	TARDOC
20206008	Fra. Seiler Graf, Priska	Genehmigung Betriebsreglement 17
20206012	Fra. Addor, Jean-Luc	Weihnachten mit der Familie oder mit der Polizei?
20206013	Fra. Roduit, Benjamin	Frühere Schliessung der Restaurants über die Festtage und logistische Probleme
20206014	Fra. Roduit, Benjamin	Kriterien für die Umsetzung der Massnahmen zur Bekämpfung von Covid-19
20206015	Fra. Roduit, Benjamin	Im Berner Nebel werden von zentraler Hand unfaire Entscheide gefällt
20206018	Fra. Martullo-Blocher, Magdalena	Covid-19: Bundesrat zwingt Kantone zu Massnahmen und reguliert dann kurze Zeit später selber
20206019	Fra. Martullo-Blocher, Magdalena	Sonntagsschliessungen führen zu mehr Ansteckungen
20206020	Fra. Martullo-Blocher, Magdalena	Verlässliche Regelungen für die Wintersportgebiete?
20206024	Fra. Python, Valentine	Covid-19. Betrug bei der Kurzarbeitsentschädigung
20206030	Fra. Lohr, Christian	Wo liegt die Missbrauchsgefahr bei Kurzarbeit für Temporärarbeitende?
20206033	Fra. Python, Valentine	Covid-19. Vorgehen bei der Impfung (1)

20206034	Fra. Python, lentine	Va- Covid-19. Vorgehen bei der Impfung (2)
20206035	Fra. Python, lentine	Va- Covid-19. Wie werden Risikopersonen geschützt? (1)
20206036	Fra. Python, lentine	Va- Covid-19. Wie werden Risikopersonen geschützt? (2)
20206037	Fra. Python, lentine	Va- Covid-19. Wie werden Risikopersonen geschützt? (3)
20206038	Fra. Python, lentine	Va- Covid-19. Wie werden Risikopersonen geschützt?
20206039	Fra. Python, lentine	Va- Covid-19. Welche soziale Hilfe für diejenigen, die leiden?
20206042	Fra. Friedli, Esther	Kommunikation, Rolle und Mandat der Swiss National Covid-19 Science Task Force
20206043	Fra. Amaudruz, Céline	Fristenstillstand bei Unterschriftensammlungen
20206045	Fra. Fivaz, Fabien	Frist für die Krankenkassen zur Vergütung der Leistungen. Warum so viele Verzögerungen?
20206047	Fra. Markwalder, Christa	Kundenfrequenzen glätten und Ansteckungen verhindern dank längeren Ladenöffnungszeiten?
20206054	Fra. Landolt, Martin	Public-Private-Partnership in der Absicherung von Pandemierisiken?
20206056	Fra. Pasquier-Eichenberger, Isabelle	Welche Massnahmen zur Prävention von Covid-19 werden an Flughäfen ergriffen?
20206059	Fra. Quadri, Lorenzo	Coronavirus und neue Einschränkungen. Ist der Bundesrat vom Weg abgekommen? (1)
20206060	Fra. Quadri, Lorenzo	Coronavirus und neue Einschränkungen. Ist der Bundesrat vom Weg abgekommen? (2)
20206061	Fra. Quadri, Lorenzo	Coronavirus und neue Einschränkungen. Ist der Bundesrat vom Weg abgekommen? (3)
20206062	Fra. Schilliger, Peter	Warum wurden Messen und Märkte in Innenräumen trotz funktionierender Schutzkonzepte Knall auf Fall verboten?
20206065	Fra. Guggisberg, Lars	Auswirkungen von Corona-Massnahmen auf Psyche, Suizid-Rate und häusliche Gewalt
20206067	Fra. Nicolet, Jacques	Bedeutet der neuste Kraftakt des Bundesrats im Kampf gegen Covid-19 für die Geschäfte und das Gastgewerbe nicht den Gnadenstoss?
20206068	Fra. Wasserfallen, Christian	Wirkungsvolle Eindämmung der Pandemie dank Digitalisierung

20206069	Fra. Wasserfallen, Christian	Schnelltests statt Kontakt-Quarantäne
20206071	Fra. Herzog, Verena	Will der Bundesrat nur noch 1-Kind-Familien wie in China?
20206072	Fra. Bregy, Philipp Matthias	Pragmatische Quarantäne im Profifussball- und Eishockey dank Schnelltests
20206073	Fra. Bregy, Philipp Matthias	Corona-Pandemie: Volle Entschädigung!
20206076	Fra. Giezendanner, Benjamin	Warum gehört die Logistik der Impfstoffe nicht in die Hände von privaten Logistikunternehmen?
20206079	Fra. Fischer, Roland	Ausbreitung des Corona-Virus: Wie hoch sind die Ansteckungen in gastgewerblichen Betrieben?
20206082	Fra. Clivaz, Christophe	Grösserer Handlungsspielraum für Kantone, in denen der R-Wert von Covid-19 unter 1 liegt?
20206083	Fra. Walti, Beat	Zurück in die "ausserordentliche Lage"?
20206084	Fra. Dettling, Marcel	Covid : Massnahmen des Bundesrates auf Kosten der Gesundheit
20206085	Fra. Dettling, Marcel	Willkür des Bundesrates?
20206086	Fra. Wehrli, Laurent	Impfung gegen Covid-19
20206089	Fra. Gschwind, Jean-Paul	Welche Entschädigungen erhalten Restaurationsbetriebe?
20206091	Fra. Moret, Isabelle	Umsetzung von Artikel 5c Absatz 3 Buchstabe b der «Covid-19-Verordnung Skigebiete» vom 4. Dezember 2020 (1)
20206092	Fra. Moret, Isabelle	Umsetzung von Artikel 5c Absatz 3 Buchstabe b der «Covid-19-Verordnung Skigebiete» vom 4. Dezember 2020 (2)
20206096	Fra. Mäder, Jörg	Wie definiert der Bundesrat eine religiöse Feier?
20206097	Fra. Rügger, Monika	Restaurants für Tourismus-Orte und -Gäste 7 Tage bis mindestens 22.00 Uhr geöffnet
20206098	Fra. Rügger, Monika	Keine Diskriminierung für Mehrkinder-Haushalte als Covid-Massnahme
20206099	Fra. Schwander, Pirmin	Was erkennt der PCR - Test?
20206102	Fra. Amaudruz, Céline	Unterstützung für die Gastronomie?
20206104	Fra. Rytz, Regula	Flüchtlinge aus dem Krieg in Berg-Karabach: Humanitäre Hilfe der Schweiz
20206107	Fra. Moret, Isabelle	Interpretation von «Haushalt»

20206108	Fra.	Moret, Isabelle	Unterstützung für Kantone, die die Flut der Contact-Tracing-Aufgaben nicht bewältigen können
20206109	Fra.	Moret, Isabelle	Contact Tracing bei schulpflichtigen Jugendlichen über 12 Jahren
20206111	Fra.	Arslan, Sibel	Eine rasche, klare, stufengerechte und mehrsprachige Informationspolitik tut not

10.2. Anfragen (Anzahl: 20)

20201057	A	Chiesa, Marco	Telemonitoring. Ein überzeugender Ansatz aus dem Tessin
20201056	A	Marchesi, Piero	Skigebiete. Vermeiden wir es, der Wirtschaft in den Randregionen Schaden zuzufügen und die Arbeitsplätze zu gefährden
20201058	A	Ruppen, Franz	Keine weiteren Einschränkungen für den Schweizer Wintertourismus!
20201059	A	Grüter, Franz	Keine weiteren Einschränkungen für den Schweizer Wintertourismus!
20201060	A	Martullo-Blocher, Magdalena	Keine weiteren Einschränkungen für den Schweizer Wintertourismus!
20201061	A	von Siebenthal, Erich	Bergbahnen. Zusätzliche Corona-Schutzmassnahme
20201062	A	Dettling, Marcel	Stopp der Zerstörung des Wintertourismus durch den Bundesrat!
20201063	A	Addor, Jean-Luc	Wintersaison. Gibt der Bundesrat dem Druck des Auslands nach und zwingt er damit die Tourismuswirtschaft definitiv in die Knie?
20201064	A	Rüegger, Monika	Keine weiteren Einschränkungen für den Wintertourismus!
20201065	A	Giacometti, Anna	Mehr Planungssicherheit für den Wintertourismus
20201066	A	Die Mitte-Fraktion. CVP-EVP-BDP.	Sars-CoV-2 Impfstrategie
20201067	A	FDP-Liberale Fraktion	Covid-19-Impfstoffe. Welche Strategie verfolgt der Bundesrat?
20201069	A	Grüne Fraktion	People can not live healthy on an unhealthy world. Wege aus der Covid-Krise mit einer nationalen und globalen Impfstrategie und einem grün-sozialen Impulsprogramm

20201070	A	Fraktion der Schweizerischen Volkspartei	Keine willkürliche und unnötige Einschränkung des Wintertourismus
20201071	A	Friedli, Esther	Schneesportbetriebe haben bereits gute Schutzkonzepte
20201072	A	Sozialdemokratische Fraktion	Bestimmtheit und Planungssicherheit, um das Ausmass der Epidemie und ihrer negativen Folgen zu verringern
20201079	A	Andrey, Gerhard	Datenschutz beim backward contact tracing
20201080	A	Nantermod, Philippe	Presseförderung. Was passiert, wenn die Westschweiz nicht bedient wird?
20201084	A	Bregy, Philipp Matthias	Swiss National COVID-19 Science Task Force: Auftrag und Pflichtenheft
20201089	A	Schwander, Pirmin	Vollständige und lückenlose Auflistung

10.3. Interpellationen (Anzahl: 61)

20204351	Ip.	Lohr, Christian	Investition in berufliche Perspektiven statt Erstarren in Hoffnungslosigkeit
20204360	Ip.	Ruppen, Franz	Keine weiteren Einschränkungen für den Schweizer Wintertourismus!
20204361	Ip.	Grüter, Franz	Keine weiteren Einschränkungen für den Schweizer Wintertourismus!
20204362	Ip.	Martullo-Blocher, Magdalena	Keine weiteren Einschränkungen für den Schweizer Wintertourismus!
20204363	Ip.	von Siebenthal, Erich	Bergbahnen. Zusätzliche Schutzmassnahmen Corona
20204365	Ip.	Guggisberg, Lars	Gesamtbild der Entwicklung von Staatshaushalt und Schulden
20204370	Ip.	Dettling, Marcel	Stop der Zerstörung des Wintertourismus durch den Bundesrat
20204371	Ip.	Addor, Jean-Luc	Wintersaison. Gibt der Bundesrat dem Druck des Auslands nach und zwingt er damit die Tourismus-Wirtschaft definitiv in die Knie?
20204372	Ip.	Rüegger, Monika	Keine weiteren Einschränkungen für den Wintertourismus!

20204373	Ip. Giacometti, Anna	Mehr Planungssicherheit für den Wintertourismus
20204374	Ip. Die Mitte-Fraktion. CVP-EVP-BDP.	Sars-CoV-2-Impfstrategie
20204375	Ip. FDP-Liberale Fraktion	Covid-19-Impfstoffe. Welche Strategie verfolgt der Bundesrat?
20204377	Ip. Grüne Fraktion	People cannot live healthy on an unhealthy world. Wege aus der Covid-Krise mit einer nationalen und globalen Impfstrategie und einem grün-sozialen Impulsprogramm
20204378	Ip. Fraktion der Schweizerischen Volkspartei	Keine willkürliche und unnötige Einschränkung des Wintertourismus
20204379	Ip. Friedli, Esther	Schneesportbetriebe haben bereits gute Schutzkonzepte
20204380	Ip. Sozialdemokratische Fraktion	Bestimmtheit und Planungssicherheit, um das Ausmass der Epidemie und ihrer negativen Folgen zu verringern
20204391	Ip. Wasserfallen, Christian	Unterstützung Flughafen Bern
20204398	Ip. Maillard, Pierre-Yves	Ungenügender Personalbestand bei den kantonalen Arbeitsinspektoraten und Aufsicht des SECO. Wie will der Bundesrat erreichen, dass die von ihm eingegangenen internationalen Verpflichtungen eingehalten werden und die Schutzpflicht wahrgenommen wird?
20204402	Ip. Caroni, Andrea	Lehren aus der Einreisequarantäne
20204413	Ip. Streiff-Feller, Marianne	Gleichberechtigter Einbezug von Menschen mit Behinderungen in den Corona-Massnahmen der DEZA
20204418	Ip. Fehlmann Rielle, Laurence	Covid-19 und die Gefahren des Tabak- und Nikotinkonsums
20204427	Ip. Marti, Samira	Steuerpflicht der Grenzgängerinnen und Grenzgänger
20204439	Ip. Quadri, Lorenzo	Wird nach den Festtagen wirklich sichergestellt, dass sich Personen, die in Risikoländern waren, in Quarantäne begeben? Wird es systematische Kontrollen an den Grenzen geben?
20204440	Ip. Quadri, Lorenzo	Coronavirus. Überall Einschränkungen, nur an den Grenzen nicht?
20204444	Ip. Prelicz-Huber, Katharina	Unterstützung der Personen des Reisengewerbes

20204468	Ip. Vogt, Hans-Ueli	Schweizer Unternehmen in der Corona-Krise - günstige Übernahmen durch chinesische Unternehmen verhindern
20204469	Ip. Clivaz, Christophe	Covid-19-Pandemie. Welche Auswirkungen haben Desinfektionsmittel auf die Gesundheit und die Umwelt?
20204475	Ip. Sollberger, Sandra	Überlastung des Gesundheitswesens durch COVID-19-Patienten aus dem Ausland
20204476	Ip. Roth Pasquier, Marie-France	Ältere Personen rasch impfen und damit deren Sterberate senken
20204488	Ip. Roth, Franziska	Welche Massnahmen trifft der Bundesrat, um Versorgungsengpässe bei psychotherapeutischen Behandlungen zu verhindern?
20204491	Ip. Maillard, Pierre-Yves	Bekämpfung von Covid-19: Beabsichtigt der Bundesrat, die Kantone dazu zu verpflichten, das Personal in den Alters- und Pflegeheimen zu stärken, zumindest um die Quarantäne zu ermöglichen?
20204504	Ip. Nicolet, Jacques	Covid-19-Massnahmen und Ausübung der Jagd. Die Jagd als Sport einstufen und die Kantone entscheiden lassen
20204513	Ip. Michel, Matthias	Versicherungsschutz bei künftigen Pandemien durch eine Risikopartnerschaft auf Basis einer Public Private Partnership (PPP)
20204523	Ip. Prelicz-Huber, Katharina	Aufgekündigte Sozialpartnerschaft bei Swissport?
20204524	Ip. de Montmollin, Simone	Die unverzichtbaren Infrastrukturen des internationalen Genf aufrechterhalten
20204530	Ip. Lohr, Christian	Wie weiter mit dem Schweizer Breitensport?
20204537	Ip. Addor, Jean-Luc	Ist die Swissmedic genügend unabhängig von Bill Gates, um einen Impfstoff gegen Covid-19 zu prüfen?
20204549	Ip. Moret, Isabelle	Covid-19-Speicheltests
20204550	Ip. Moret, Isabelle	Umsetzung von Artikel 5c Absatz 3 Buchstabe b der «Covid-19-Verordnung Skigebiete» vom 4. Dezember 2020
20204567	Ip. Locher Benguereel, Sandra	Jugendarbeitslosigkeit entgegenwirken
20204569	Ip. Atici, Mustafa	Besonders vulnerable Gruppen - erweiterter Auftrag an die Swiss National COVID-19 Science Task Force
20204571	Ip. Rechsteiner, Paul	Unterdotierung der Arbeitsinspektorate und Aufsichtsfunktion des Bundes

20204580	Ip. Graf-Litscher, Edith	Corona zeigt den Handlungsbedarf bei der digitalen Transformation im Gesundheitswesen auf
20204582	Ip. von Siebenthal, Erich	Covid-19-Schnelltests
20204583	Ip. von Siebenthal, Erich	Covid-19 Statistiken
20204585	Ip. von Siebenthal, Erich	Selbstversorgung der Schweiz und ihre Pflichtlager
20204597	Ip. Dobler, Marcel	Ist der internationale Reiseverkehr 2021 nur mit Impfnachweis wieder möglich?
20204600	Ip. Töngi, Michael	Monitoring Geschäftsmieten: Wie geht es weiter?
20204610	Ip. Brenzikofer, Florence	Auswirkungen der chinesischen Belt and Road Initiative auf das nachhaltige Beschaffungswesen?
20204612	Ip. Farinelli, Alex	Covid-19 und Verteilung des Impfstoffs: Wäre nicht eine gesamtschweizerische Lösung besser?
20204631	Ip. Schlatter, Marionna	Zivil vor militärisch in der Corona-Krise
20204652	Ip. Herzog, Verena	COVID19-Vorhalteleistungen der Spitäler: Welche Strategie verfolgt der Bundesrat?
20204663	Ip. Widmer, Céline	Umsetzung Gemeindeklausel STAF und erste Einschätzungen zur Steuerentwicklung
20204675	Ip. Bendahan, Samuel	Hat das SECO die Kompetenzen, um die Folgen der Krise zu bewältigen?
20204678	Ip. de Montmollin, Simone	Für den Wirtschafts-, Tourismus- und Eventstandort unverzichtbare Infrastrukturen. Strategie
20204687	Ip. Crottaz, Brigitte	Wie beeinflusst die Covid-19-Krise zahlenmässig die kantonale Sozialhilfe?
20204710	Ip. Arslan, Sibel	Bewahrung älterer Menschen vor Vereinsamung und übermässiger Angst infolge der Coronakrise
20204713	Ip. Sozialdemokratische Fraktion	Welche Pläne hat der Bundesrat bezüglich der mittel- und längerfristigen Stützung der Wirtschaft nach der Corona-bedingten Krise?

- 20204715 Ip. Bäumle, Martin Digitale Desinformation - eine unterschätzte Gefahr?
- 20204725 Ip. Glättli, Balthasar Strukturwandel aufgrund der Corona-Krise: Welche Massnahmen plant der Bundesrat?
- 20204729 Ip. Schneider, Meret Kein Buschfleischimport in die Schweiz

10.4. Postulate (Anzahl: 7)

- 20204404 Po. Graf, Maya Ausreichende Rechtsgrundlagen für Triage bei Ressourcenknappheit auf Intensivstationen infolge COVID-19 Pandemie? Menschen mit Behinderungen vor Diskriminierungen schützen
- 20204483 Po. Müller, Damian Lokal kaufen, Arbeitsplätze sichern
- 20204522 Po. Cottier, Damien Föderalismus im Krisentest: die Lehren aus der Covid-19-Krise ziehen
- 20204598 Po. Clivaz, Christophe Gleichbehandlung in Bezug auf die Qualität der Gesundheitsversorgung und des Gesundheitssystems
- 20204624 Po. de Courten, Thomas Umfassende Überprüfung der Staatsaufgaben
- 20204656 Po. Herzog, Verena Strengere Regeln bei ärztlichen Attesten und Arbeitsunfähigkeitszeugnissen
- 20204707 Po. Binder-Keller, Marianne Bericht über die rituelle Verurteilungspraxis von Israel durch die WHO und Unterstützung der Resolutionen durch die neutrale Schweiz

10.5. Motionen (Anzahl: 15)

- 20204407 Mo. Cattaneo, Rocco Covid-19. Zivildienst in Notlagen verbindlich anbieten
- 20204441 Mo. Aebischer, Matthias Dringliche Massnahmen zur Verbesserung der internationalen Eisenbahnverbindungen zwischen der Schweiz und Italien auf der Simplon-Achse
- 20204459 Mo. Klopfenstein Broggin, Delphine Zertifizierte Stoffmasken gegen mehr Abfall im öffentlichen Raum
- 20204521 Mo. Quadri, Lorenzo Coronabedingte Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise. Moratorium für die Erteilung von neuen Grenzgängerbewilligungen und Wiedereinführung des Inländer-vorrangs

20204534	Mo. Dandrès, Christian	Artikel 10c der Covid-19-Verordnung 2 wieder in Kraft setzen – für einen wirksamen Schutz besonders gefährdeter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
20204535	Mo. Dandrès, Christian	Für ein Recht von Sterbenden auf Begleitung in ihren letzten Stunden
20204576	Mo. Hegglin, Peter	Die Covid-19-Schulden sollen verträglich abgebaut werden
20204590	Mo. Burgherr, Thomas	KMU in herausfordernden Zeiten entlasten - Umsatzuntergrenze für Mehrwertsteuerpflicht anheben
20204609	Mo. Brenzikofer, Florence	Förderung der psychischen Gesundheit der Bevölkerung während der Corona-Pandemie
20204621	Mo. Dandrès, Christian	Für Einzelunternehmen muss es möglich sein, ihren Geschäftsmietvertrag zu kündigen, ohne dabei in den Ruin getrieben zu werden
20204625	Mo. de Courten, Thomas	Reduktion der stark gebundenen Ausgaben im Bundeshaushalt
20204636	Mo. Marti, Min Li	Verankerung und Ausbau einer nachhaltigen Schuldenprävention und -beratung in den Kantonen
20204647	Mo. Gutjahr, Diana	Auflösung der Kommission für Wirtschaftspolitik
20204702	Mo. Dobler, Marcel	Erweiterung des Epidemie-Gesetzes zur Stärkung der Digitalisierung und zur Vereinheitlichung der Daten, gemeinsam mit der Wirtschaft
20204726	Mo. Glättli, Balthasar	Grüner aus der Corona-Krise: Für ein nachhaltiges Impulsprogramm, das Klimaschutz-Jobs, Zukunfts-Jobs und Care-Jobs schafft

11. EINGEREICHTE COVID-19-VORSTÖSSE ZWISCHEN DER WINTERSESSION 2020 UND DER FRÜHJAHRSSSESSION 2021

11.1 Postulate (Anzahl: 1)

20213014 Po. SGK-S Sicherstellung einer angemessenen Behandlung und Rehabilitation für Menschen mit Long Covid
(SGK-S: 29.01.2021 Einreichung / BR: 24.02.2021 Antrag auf Annahme/ SR: 08.03.2021 Annahme des Postulats)

11.2 Motionen (Anzahl: 5)

20213001 Mo. WAK-N Möglichkeit zur Verlustverrechnung auf zehn Jahre erstrecken
(WAK-N: 12.01.2021 Einreichung / BR: 24.02.2021 Antrag auf Ablehnung / NR: 01.03.2021 Annahme)

20213003 Mo. SGK-N Das Gesundheitssystem vorbereiten, um die gefährdetsten Personen zu schützen und überstürzte Massnahmen zu vermeiden
(SGK-N: Einreichung am 15.01.2021 / BR: 24.02.2021 Antrag auf Ablehnung)

20213006 Mo. SPK-N Gleichbehandlung von Initiativen und Referenden in Zeiten der Covid-19-Pandemie (SPK-N: Einreichung am 21.01.2021 und Rückzug am 18.02.2021)

20213018 Mo. WAK-S Impulsprogramm für den Tourismus

20213019 Mo. APK-N Die Versorgung mit Impfstoffen gegen das Coronavirus weltweit verbessern
(NR: 16.06.2021 Ablehnung)

12. EINGEREICHTE COVID-19-VORSTÖSSE FRÜHJAHRSSSESSION 2021

12.1. Fragen der Fragstunde (Nationalrat) (Anzahl: 148)

20217002	Fra.	Sauter, Regine	Verwirrung bei der Einreise via Luftweg
20217004	Fra.	Nantermod, Philippe	Curevac und Novavax: eine Ausnahme von der Zulassungspflicht?
20217005	Fra.	Nantermod, Philippe	AstraZeneca: Gibt es Neuigkeiten?
20217006	Fra.	Nantermod, Philippe	Johnson & Johnson: nicht zweimal denselben Fehler machen
20217007	Fra.	Nantermod, Philippe	Moderna: Wie sehen die Lieferverzögerungen aus und welche Lösungen gibt es?
20217008	Fra.	Nantermod, Philippe	Eine oder zwei Dosen bei den mRNA-Impfstoffen?
20217010	Fra.	Nantermod, Philippe	Pfizer/BioNTech: Wie sehen die Lieferverzögerungen aus und welche Lösungen gibt es?
20217011	Fra.	Dobler, Marcel	Impfbüchlein als Weg aus der Corona-Krise?
20217012	Fra.	Dobler, Marcel	Die Erweiterung der Kostenübernahme von Covid-19-Tests ist die Grundlage für eine einheitliche Schweizer Teststrategie und ein Instrument zur Bekämpfung der Pandemie
20217013	Fra.	Dobler, Marcel	Die Schweiz braucht ein funktionierendes Test- und Impfmonitoring für die ganze Schweiz
20217028	Fra.	Egger, Mike	Covid-19-Pandemie: Verfälscht das BAG bewusst die Positivitätsrate?
20217032	Fra.	Hurter, Thomas	Verwirrung um die Wiedererlangung der Reisefreiheit
20217033	Fra.	Hurter, Thomas	Fehlender Wille des BAG, eine Teststrategie so schnell als möglich umzusetzen
20217034	Fra.	Schneeberger, Daniela	Krisenmanagement ist keine Wirtschaftsförderung: Eine schnellstmögliche Durchimpfung der Schweizer Bevölkerung gegen das Corona-Virus muss oberste Priorität haben
20217035	Fra.	Schneeberger, Daniela	Krisenmanagement ist keine Wirtschaftsförderung: Eine schnellstmögliche Durchimpfung der Schweizer Bevölkerung gegen das Corona-Virus muss oberste Priorität haben
20217036	Fra.	Riniker, Maja	Zulassung von Speichelschnelltests zur Erkennung einer Covid-19 Infektion
20217037	Fra.	Marchesi, Piero	Homeoffice für italienische Grenzgängerinnen und Grenzgänger. Was sind die Risiken für die kantonalen Finanzen?

20217038	Fra.	Marchesi, Piero	Die Arbeitslosigkeit im Tessin schnell explosionsartig in die Höhe. Was gedenkt der Bundesrat zu unternehmen, um einer weiteren Verdrängung Einhalt zu gebieten?
20217039	Fra.	Marchesi, Piero	SwissCovid-App: Mehrwert für das Contact Tracing oder Riesenflop?
20217040	Fra.	Feller, Olivier	Hat das BAG den Mitgliedern der Swiss National COVID-19 Science Task Force Aufträge erteilt, die eine Entschädigung enthalten?
20217046	Fra.	Geissbühler, Andrea Martina	Entwicklung der (Ausländer-)Kriminalität während der Corona Pandemie
20217047	Fra.	Farinelli, Alex	Corona-Entschädigungen. Was ist der Stand?
20217048	Fra.	Roth, Franziska	Klärung der Verantwortungsfrage bei den Pannen in der Maskenbeschaffung
20217049	Fra.	Roth, Franziska	Die Auswirkungen von Covid-19 auf die Psyche von Studierenden
20217050	Fra.	Marchesi, Piero	Warum wurde der Impfstoff Sputnik vom BAG nicht berücksichtigt?
20217051	Fra.	Porchet, Léonore	Wie geht es weiter mit der SwissCovid App?
20217052	Fra.	Porchet, Léonore	Welche finanziellen Auswirkungen haben Bestattungen von Personen, die an Covid-19 verstorben sind, auf die Familien?
20217053	Fra.	Streiff-Feller, Mari- anne	Massnahmen gegen covidbedingtes Suchtverhalten
20217057	Fra.	Marchesi, Piero	Warum wird der Impfstoff von AstraZeneca nicht für die Impfung von unter 55-Jährigen eingesetzt?
20217061	Fra.	Herzog, Verena	Für den geordneten Weg aus den COVID-19 - Massnahmen braucht es zwingend einen fälschungssicheren elektronischen COVID-free Nachweis für Tests und Impfungen
20217062	Fra.	Strupler, Manuel	Verminderung der Corona-Schulden: Proaktiver Beitrag der Bundesverwaltung?
20217076	Fra.	Marti, Samira	Besorgniserregende Zunahme von antisemitischen Vorfällen
20217085	Fra.	Romano, Marco	Neuregelung der psychologischen Psychotherapie im Rahmen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung. Wann ist es so weit?
20217087	Fra.	Michaud Gigon, Sophie	Wie weit ist der Bundesrat beim Wechsel zum Anordnungsmodell für Psychotherapie?
20217088	Fra.	Estermann, Yvette	COVID-19: Wie weit würde der Bundesrat gehen, wenn er den Pandemieverlauf im Voraus gekannt hätte?
20217089	Fra.	Estermann, Yvette	COVID-19: Wie weit würde der Bundesrat gehen, wenn er den Pandemieverlauf im Voraus gekannt hätte?

20217090	Fra.	Estermann, Yvette	COVID-19: Was hat der Bundesrat aus der Krise gelernt?
20217091	Fra.	Estermann, Yvette	COVID-19: Wieso keine logischen Eskalationsstufen in der Massnahmenanordnung?
20217092	Fra.	Estermann, Yvette	Covid-19 Massnahmen des Bundesrates und die Zukunft
20217093	Fra.	Estermann, Yvette	Unsere junge Generation und die Covid-19 Massnahmen
20217094	Fra.	Giacometti, Anna	Einfuhr von Nerzfallen aus Dänemark und aus anderen Ländern
20217098	Fra.	Guggisberg, Lars	Abbau der Corona-Schulden: Beitrag der Bundesverwaltung?
20217099	Fra.	Guggisberg, Lars	Covid-19-Pandemie: Auswirkungen von Lockdowns auf die Psyche
20217100	Fra.	Guggisberg, Lars	Covid-19-Pandemie: Wird der Bundesrat eine öffentliche Diskussion anstreben?
20217101	Fra.	Guggisberg, Lars	Sofort Schnelltests zulassen und Impfkapazität erhöhen!
20217103	Fra.	Paganini, Nicolo	Datenschutzüberlegungen können einen fälschungssicheren elektronischen COVID-free-Nachweis mit Zustimmung und auf Wunsch des jeweiligen Benutzers nicht verhindern
20217104	Fra.	Paganini, Nicolo	Ein funktionierendes Contact-Tracing ist ein entscheidender Faktor auf dem Weg aus der COVID-19-Pandemie
20217107	Fra.	Schwander, Pirmin	Covid-19: Wirtschaft während der Pandemie und bei der Erholung unterstützen
20217108	Fra.	Bircher, Martina	Sortimentsbeschränkung während Geschäftsschliessung 2021
20217109	Fra.	Schläpfer, Therese	Astra-Zeneca Impfstoff weitergeben
20217111	Fra.	Schläpfer, Therese	Covid-Task-Force
20217112	Fra.	Roth Pasquier, Marie-France	Hochschulen: Sicherstellen, dass die Studierenden im ersten Bachelorjahr am 22. März zum Präsenzunterricht zurückkehren können
20217117	Fra.	Wyss, Sarah	Psychologische und psychiatrische Versorgung verbessern durch rasche Änderung zum Anordnungsmodell
20217118	Fra.	Wyss, Sarah	Wieso wurde der Systemwechsel bei den PsychologInnen trotz angespannter Versorgungslage mehrfach verschoben?
20217119	Fra.	Nordmann, Roger	Bereits gezahlte Hilfsbeiträge in den Kantonen für Covid-19-Härtefälle
20217120	Fra.	Nordmann, Roger	Stand der Bearbeitung der Gesuche um Covid-19-Härtefallhilfen in den Kantonen

20217128	Fra.	Roth, Franziska	Bildungsdarlehen, Covid-19 macht dringendes Handeln für Auszubildende/Studierende notwendig!
20217129	Fra.	Roth, Franziska	EO-Quarantäne-Anspruch: Kitas werden bei den Finanzhilfen fallen gelassen!
20217135	Fra.	Humbel, Ruth	Trotz aufgebauter Produktionsinfrastruktur in der Schweiz beschafft die öffentliche Hand Medizinalgüter wie Gesichtsmasken bereits wieder in Asien
20217136	Fra.	Herzog, Verena	Eine differenziertere Öffnung in der Gastronomie ermöglichen
20217147	Fra.	Bregy, Philipp Matthias	Corona-Pandemie: Strategie?
20217149	Fra.	Feller, Olivier	Ernennung der Vizepräsidentin der Swiss National COVID-19 Science Task Force
20217152	Fra.	Sauter, Regine	Corona-Impfpass – Droht die Schweiz den Anschluss zu verpassen?
20217153	Fra.	Nantermod, Philippe	Gilt das Kollegialitätsprinzip des Bundesrates auch während einer Pandemie?
20217155	Fra.	Regazzi, Fabio	Rolle der Covid-19-Taskforce: Der Bundesrat soll eingreifen, um das Mandat durchzusetzen!
20217156	Fra.	Marti, Samira	Sozioökonomische Faktoren bei der Impfstrategie berücksichtigen
20217160	Fra.	Schläpfer, Therese	Pandemiebekämpfung
20217161	Fra.	Wasserfallen, Flavia	Entwicklung der Arbeitslosigkeit
20217163	Fra.	Bendahan, Samuel	Welche Anträge zum Covid-19-Gesetz gefährden die Bereitschaft, den Kultursektor zu unterstützen?
20217173	Fra.	Quadri, Lorenzo	Impfstoffe: Warum folgt die Schweiz nicht dem Beispiel von Österreich und Dänemark?
20217174	Fra.	Bendahan, Samuel	Welche Massnahmen sind vorgesehen, um dem dringenden Bedürfnis der Kulturschaffenden nach Unterstützung aufgrund der Covid-19-Krise gerecht zu werden?
20217175	Fra.	Badran, Jacqueline	Ausbezahlte Härtefallhilfe in den Kantonen
20217176	Fra.	Badran, Jacqueline	Konkurse in den Kantonen
20217177	Fra.	Addor, Jean-Luc	Alle Sportanlagen mit einem Schutzkonzept öffnen
20217178	Fra.	Addor, Jean-Luc	Alle Tanzlokale mit einem Schutzkonzept öffnen

20217179	Fra.	Addor, Jean-Luc	Nicht nur Terrassen, sondern auch Restaurants und Kaffees öffnen, und zwar jetzt
20217180	Fra.	Addor, Jean-Luc	Alle Schützenhäuser mit einem Schutzkonzept öffnen
20217181	Fra.	Addor, Jean-Luc	Der Föderalismus als Mittel zur Bewältigung der Gesundheitskrise
20217194	Fra.	Rösti, Albert	Impfstoffbeschaffung
20217199	Fra.	Heimgartner, Stefanie	Suizidrate aufgrund verordneter COVID-Massnahmen
20217200	Fra.	Heimgartner, Stefanie	Gesperrte Terrassen in Skigebieten
20217202	Fra.	Aeschi, Thomas	Covid-19: Systematische Grenzkontrollen und Testpflicht für die Einreise in die Schweiz auf dem Landweg (Strasse und Bahn)
20217205	Fra.	Gugger, Niklaus- Samuel	Zigaretten als Güter des täglichen Bedarfs während des Lockdowns
20217213	Fra.	Roduit, Benjamin	Swisscovid – eine vergessen gegangene App?
20217214	Fra.	Roduit, Benjamin	Task Force oder BAG? Auf welcher Grundlage fällt der Bundesrat seine Entscheidungen im Zusammenhang mit Covid-19?
20217219	Fra.	Moret, Isabelle	Könnten mit Antikörper-Schnelltests nicht bei den Covid-19-Impfungen andere Prioritäten gesetzt werden?
20217220	Fra.	Moret, Isabelle	Einführung eines Covid-19-Immunitätspasses
20217221	Fra.	Hurter, Thomas	Härtefallentschädigung für touristische Unternehmen im öffentlichen Verkehr
20217224	Fra.	Graf-Litscher, Edith	Härtefallentschädigung für touristische Unternehmen im öffentlichen Verkehr
20217231	Fra.	Steinemann, Barbara	Welchen Beitrag lieferte die Corona-App im Pandemie-Winter?
20217232	Fra.	Steinemann, Barbara	Vergleich der Covid-Spitalbelegungen mit den Belegungen der Vorjahre
20217233	Fra.	Hurni, Baptiste	Kommen die Mieterinnen und Mieter von Geschäftslokalen durch?
20217238	Fra.	de Quattro, Jacqueline	Welche Kosten entstehen für unsere Wirtschaft durch den Impfverzug?
20217239	Fra.	de Montmollin, Simone	Rückerstattung der Radio- und TV-Abgabe an Unternehmen, die von Covid-19 betroffen sind
20217240	Fra.	Zuberbühler, David	Verlängerung des Bundesaufgebotes des Zivilschutzes zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie

20217241	Fra.	Marchesi, Piero	Wird der Bundesrat endlich die Ausbreitung des Virus von Italien ins Tessin eindämmen?
20217244	Fra.	Streiff-Feller, Marianne	Unterstützungsbedarf grösser als Angebot
20217247	Fra.	Farinelli, Alex	Der Staat darf die Unternehmen nicht in den Konkurs treiben
20217251	Fra.	Arslan, Sibel	Geschlechterverhältnisse im Schweizer Kulturbereich - Daten- und Faktenlage
20217254	Fra.	Feller, Olivier	Welchem Mitglied der Swiss National COVID-19 Science Task Force hat das Bundesamt für Gesundheit (BAG) einen Forschungsauftrag, der eine Entschädigung enthält, erteilt?
20217255	Fra.	Feller, Olivier	Seit dem 1. Januar 2021 werden bei verspäteter Zahlung einer Mehrwertsteuerforderung wieder Verzugszinsen erhoben: Ist das wirklich angebracht?
20217257	Fra.	Schläpfer, Therese	Direkteinkauf Impfungen durch Kantone
20217258	Fra.	Romano, Marco	Kontrolle der Grenze zwischen der Schweiz und Italien angesichts der aktuellen epidemiologischen Lage
20217259	Fra.	Nantermod, Philippe	Covid-19-Gesetz: Worin besteht der Unterschied zwischen einem Impfstoff und einem Arzneimittel?
20217261	Fra.	Bregy, Philipp Matthias	Corona-Infektionen: Impfungen
20217262	Fra.	Bregy, Philipp Matthias	Corona-Infektionen: Dunkelziffer?
20217266	Fra.	Nantermod, Philippe	Covid-19: digitaler Nachweis eines negativen Testergebnisses
20217271	Fra.	Fluri, Kurt	Unterstützung des regionalen Personenverkehrs in der Covid-19-Krise auch für das Jahr 2021
20217272	Fra.	Fluri, Kurt	Unterstützung für den Ortsverkehr in der Covid-19-Krise auch für das Jahr 2021
20217273	Fra.	Fluri, Kurt	Unterstützung der touristischen Angebote in der Covid-19-Krise auch für das Jahr 2021
20217274	Fra.	Fluri, Kurt	Unterstützung des regionalen Personenverkehrs, des Ortsverkehrs sowie der touristischen Angebote in der Covid-19-Krise auch für das Jahr 2021
20217276	Fra.	Porchet, Léonore	Mangel an Impfstoffen und Medikamenten gegen Covid-19: Sollte die Schweiz die Ausnahmeregelung der WTO nicht unterstützen?
20217280	Fra.	Riniker, Maja	Schweizweite Datenbank für die Impfdaten

20217286	Fra.	Brunner, Thomas	Wenn die Schutzwirkung örtlicher Maskenpflicht mit Ausblasventilen unterlaufen wird: Wo sieht der Bundesrat Präzisierungsbedarf bei Bestimmungen und/oder in der Informationsarbeit?
20217291	Fra.	Flach, Beat	Referendumsabstimmung zum Covid-19-Gesetz
20217295	Fra.	Quadri, Lorenzo	Selbsttests: Wird die Schweiz auch damit auf breiter Front scheitern?
20217297	Fra.	Dandrès, Christian	Modalitäten der Übernahme der Impfkosten (Covid-19): Warum nicht die Reserven der Krankenkassen nutzen?
20217300	Fra.	Prezioso Batou, Stefania	Asylrecht: Welche Humanität?
20217301	Fra.	Prezioso Batou, Stefania	Schweizer Unternehmen Louis Dreyfus Company in Brasilien: Welche Kontrollen gibt es?
20217304	Fra.	Prezioso Batou, Stefania	Schweiz-Israel: Die Verteidigung der Menschenrechte steht auf dem Spiel
20217305	Fra.	Prezioso Batou, Stefania	Covid-19: Welchen Schutz gibt es für die Angestellten?
20217306	Fra.	Prezioso Batou, Stefania	Covid-19, PCR-Test und Angestellte mit Migrationshintergrund
20217308	Fra.	Prezioso Batou, Stefania	Bestellungen des Bundes von Covid-19-Impfdosen
20217309	Fra.	Prezioso Batou, Stefania	Welche Impfung erhalten die Unsichtbaren?
20217310	Fra.	Sauter, Regine	Wann kommt der Impfpass?
20217311	Fra.	Roth, Franziska	Verhindert die Vereinbarung der Logistikbasis der Armee (ALB) mit der Emix weitere Geschäfte mit den «Atemschmutzmasken»?
20217316	Fra.	Meyer, Matteo	Impfstoffmangel in der Schweiz und auf der Welt: Soll sich die Schweiz am C-TAP beteiligen?
20217317	Fra.	Dobler, Marcel	Drohende Versorgungsengpässe bei Medizinalprodukten: Was macht der Bundesrat?
20217321	Fra.	Gutjahr, Diana	Überinterpretation vom Bericht - Effizienz von KfW?
20217322	Fra.	Roth, Franziska	Schliesst die Vereinbarung der Logistikbasis der Armee (ALB) mit der Emix eine Klage auf Schadenersatz aus oder nicht?
20217323	Fra.	Roth, Franziska	EO-Quarantäne-Anspruch: Die systemrelevante Branche "Kitas" fällt durch die Raster bei den Finanzhilfen
20217325	Fra.	Brenzikofer, Florence	Psychische Gesundheit von Jugendlichen während der Pandemie

20217326	Fra.	Brenzikofer, Flo- rence	Entwicklung des Modalsplit während der Covid-Pandemie
20217328	Fra.	Glarner, Andreas	Zwang zu Schnelltests für Mitarbeiter des Briefzentrums Härkingen
20217330	Fra.	Moret, Isabelle	Covid-19 mit dem Geruchssinn von speziell ausgebildeten Hunden erkennen
20217337	Fra.	Moret, Isabelle	1. Covid-19: Die Impfstoffproduktion unter Mitwirkung der Schweizer Pharmaindustrie hochfahren?
20217338	Fra.	Moret, Isabelle	2. Covid-19: Die Impfstoffproduktion unter Mitwirkung der Schweizer Pharmaindustrie hochfahren?
20217339	Fra.	Moret, Isabelle	1. Impfstoff von AstraZeneca
20217340	Fra.	Moret, Isabelle	2. Impfstoff von AstraZeneca
20217352	Fra.	Zuberbühler, David	Keine Berücksichtigung der CORONA-Pandemie bei der Überlassung des Sturmgewehrs gemäss Art. 29 Abs. 1 Bst. b der Verordnung über die persönliche Ausrüstung der Armeeangehörigen (VPAA)
20217353	Fra.	Suter, Gabriela	Monitoring IV-Beziehende mit Long Covid
20217361	Fra.	Binder-Keller, Marianne	Impfstrategie. Spitexdienste in der Priorisierung dem Personal von Alters- und Pflegeheimen anpassen
20217365	Fra.	Aeschi, Thomas	Vermasselte Covid-19 Impfstoffbeschaffung I: Fahrlässige Ablehnung eines Impfstoffangebots über 6 Millionen zusätzliche Dosen durch Nora Kronig Romero, Leiterin der BAG-Abteilung «Internationales» und Covid-19 Impfstoffbeschaffungsverantwortliche?
20217366	Fra.	Aeschi, Thomas	Vermasselte Covid-19 Impfstoffbeschaffung II: Absichtliche Verzögerung der Impfstoffbeschaffung durch Nora Kronig Romero, Leiterin der BAG-Abteilung «Internationales» und Covid-19 Impfstoffbeschaffungsverantwortliche?
20217367	Fra.	Aeschi, Thomas	Vermasselte Covid-19 Impfstoffbeschaffung III: Diskriminierung der vektorbasierten Technologie durch Nora Kronig Romero, Leiterin der BAG-Abteilung «Internationales» und Covid-19 Impfstoffbeschaffungsverantwortliche?
20217368	Fra.	Aeschi, Thomas	Vermasselte Covid-19 Impfstoffbeschaffung IV: Bevorzugung von Moderna bei der Impfstoffbeschaffung durch Nora Kronig Romero, Leiterin der BAG-Abteilung «Internationales» und Covid-19 Impfstoffbeschaffungsverantwortliche?
20217369	Fra.	Aeschi, Thomas	Impfstoffbeschaffung V: Falschaussage durch Nora Kronig Romero, Leiterin der BAG-Abteilung «Internationales» und Covid-19 Impfstoffbeschaffungsverantwortliche?

20217370 Fra. Aeschi, Thomas Impfstoffbeschaffung VI: Wie lautet die Covid-19 Impfstoffbeschaffungsstrategie an die sich Nora Kronig Romero, Leiterin der BAG-Abteilung «Internationales» und Covid-19 Impfstoffbeschaffungsverantwortliche, zu halten hat und wer kontrolliert die Covid-19 Impfstoffbeschaffung?

12.2. Anfragen (Anzahl: 5)

20211007 A Feri, Yvonne Berücksichtigung der Geschlechterunterschiede bei Beurteilung von long-Covid-Erkrankungen

20211009 A Klopfenstein Broggin, Delphine Transparenz bei den Verträgen über Covid-19-Impfstoffe

20211010 A Prelicz-Huber, Katharina Einbezug der Kinder und Jugendlichen bei Corona-Massnahmen

20211021 A Marchesi, Piero Covid-19-Taskforce. Unterstützung oder Hindernis für den Bundesrat?

20211022 A Clivaz, Christophe Sieht der Bundesrat die Finanzierung eines nationalen Monitorings von Long-Covid-Fällen vor?

12.3. Interpellationen (Anzahl: 53)

20213028 Ip. Egger, Mike Verhältnismässigkeitsprüfung ernst nehmen!

20213038 Ip. Estermann, Yvette Fragen betreffend Massnahmen "Covid-19"

20213045 Ip. Bircher, Martina Auswirkungen der Covid-19-Massnahmen auf Kinder und Jugendliche

20213047 Ip. Wyss, Sarah Lehren aus dem Elektivverbot vom März 2020 ziehen

20213048 Ip. Die Mitte-Fraktion. CVP-EVP-BDP. Sofortmassnahmen in den Bereichen Datengrundlagen, Test- und Impfstrategie sowie Digitalisierung für einen schnellen und kontrollierten Ausstieg aus der Covid-19-Pandemie

20213049 Ip. Grüne Fraktion Datenmanagement in der Covid-19-Pandemie verbessern

20213050 Ip. Grünliberale Fraktion Besseres Datenmanagement als Grundlage für den Umgang mit der Corona-Situation

20213051 Ip. Büchel, Roland Rino Corona-Strategie des Bundesrates

20213052 Ip. Sozialdemokratische Fraktion Covid-19-Impfstoffe. Produktionskapazität und Zugang weltweit verbessern!

20213074 Ip. Pointet, François Qualitativ hochwertige Daten, um die Lage zu verstehen!

20213096 Ip. Müller, Damian Covid-19. Warum müssen staatliche Unternehmen nicht die gleichen Massnahmen umsetzen wie der private Sektor?

20213123	Ip.	Marti, Samira	Verschwörungsmythen den Wind aus den Segeln nehmen
20213166	Ip.	Aeschi, Thomas	Vermasselte Covid-19-Impfstoffbeschaffung I. Fahrlässige Ablehnung eines Impfstoffangebots über 6 Millionen zusätzliche Dosen?
20213167	Ip.	Aeschi, Thomas	Vermasselte Covid-19-Impfstoffbeschaffung II. Absichtliche Verzögerung der Impfstoffbeschaffung?
20213168	Ip.	Aeschi, Thomas	Vermasselte Covid-19-Impfstoffbeschaffung III. Diskriminierung der vektorbasierten Technologie?
20213169	Ip.	Aeschi, Thomas	Vermasselte Covid-19-Impfstoffbeschaffung IV. Bevorzugung von Moderna bei der Impfstoffbeschaffung?
20213170	Ip.	Aeschi, Thomas	Vermasselte Covid-19-Impfstoffbeschaffung V. Aussagen zur Impfrate
20213171	Ip.	Aeschi, Thomas	Vermasselte Covid-19-Impfstoffbeschaffung VI. Wie lautet die Covid-19 Impfstoffbeschaffungsstrategie und wer kontrolliert die Covid-19-Impfstoffbeschaffung?
20213174	Ip.	Gmür-Schönenberger, Andrea	Gut funktionierendes Immunsystem und Mikronährstoffe. Welche Empfehlungen für die Schweiz?
20213209	Ip.	Porchet, Léonore	Junge Menschen und Covid-19. Welche Folgen für ihre Gegenwart und Zukunft?
20213211	Ip.	Quadri, Lorenzo	Impfstoffe. Die Schweiz hat bei ihrer grössten Herausforderung versagt. Wie soll es weitergehen?
20213212	Ip.	Quadri, Lorenzo	Im Tessin gingen Tausende Arbeitsplätze verloren, und gleichzeitig gibt es immer mehr Grenzgängerinnen und Grenzgänger. Gesellschaftlicher und nationaler Zusammenhalt in Gefahr
20213213	Ip.	Quadri, Lorenzo	Das Tessin als Überdruckventil der Lombardei. Daran ist der Bundesrat schuld
20213214	Ip.	Quadri, Lorenzo	Die Wiedereröffnung der Wirtschaftsbranchen ist "in der Schwebe", aber die Amateurfussballerinnen und Amateurfussballer (und nicht nur sie) können seelenruhig aus der Lombardei, die wieder zur roten Zone geworden ist, ins Tessin einreisen
20213215	Ip.	Quadri, Lorenzo	Pandemie. Worauf wartet der Bundesrat, um an den Grenzen zu handeln?
20213221	Ip.	de la Reussille, Denis	Die Mehrheit der von der Armee gekauften Beatmungsgeräte kam nie zum Einsatz
20213224	Ip.	Glarner, Andreas	Covid-Impfungen. Maximaler Gesundheitsschutz statt Privilegien für Geimpfte
20213260	Ip.	Nussbaumer, Eric	Menschenrechte und Religionsfreiheit in Algerien
20213275	Ip.	Hess, Lorenz	Zukunftspotential Nanomedizin - Wie stellt der Bund sicher, dass er den Anschluss nicht verpasst?

20213277	Ip.	Nantermod, Philippe	Arbeitslosigkeit nach der Ausbildung. Welche Massnahmen für die geschlossenen Branchen während der Coronapandemie?
20213285	Ip.	Heggin, Peter	Stand Umsetzung Zukunftsfond Schweiz (Venture-Capital)
20213299	Ip.	Sommaruga, Carlo	Engagement gegen Antibiotika-Resistenzen – langfristige Unterstützung der GARDP
20213300	Ip.	Carobbio Guscetti, Marina	Durch die Corona-Krise bedingte Jugendarbeitslosigkeit
20213303	Ip.	Piller Carrard, Valérie	Warum die ermässigte Gemeinde-Tageskarte abschaffen?
20213304	Ip.	Piller Carrard, Valérie	Die weibliche Erwerbstätigkeit wird von der Pandemie besonders bedroht
20213311	Ip.	de Quattro, Jacqueline	Mit welchen Mitteln wird die nachhaltige Entwicklung bis 2030 gewährleistet?
20213313	Ip.	Marti, Min Li	Neue Wohnformen - was unternimmt der Bund?
20213318	Ip.	Nantermod, Philippe	Die Beschaffung von Impfstoffen durch eine öffentlich-private Zusammenarbeit optimieren. Klärung durch den Bundesrat?
20213319	Ip.	Widmer, Céline	Von der Corona-Krise betroffene Selbstständigerwerbende
20213322	Ip.	Burgherr, Thomas	Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen: Umsetzung in den Kantonen
20213334	Ip.	Moret, Isabelle	Öffnung der Aussenbereiche von Restaurants
20213348	Ip.	Wasserfallen, Flavia	Tests und Impfung gegen Covid-19: Was ist zum Schutz der Sans-Papiers unternommen worden oder geplant?
20213350	Ip.	Michaud Gigon, Sophie	Covid-19. Inwiefern werden die Probleme der Städte berücksichtigt?
20213361	Ip.	Fiala, Doris	Föderalismus: Die richtige Staatsform in der Krise?
20213362	Ip.	Munz, Martina	Skrupellosen Welpenhandel einfach und effektiv bekämpfen
20213364	Ip.	Munz, Martina	Impfstoffentwicklung mit neuen Methoden ohne Tierversuche
20213369	Ip.	Gafner, Andreas	Impfausweis: Wie wird die Schaffung einer Zweiklassen-Gesellschaft verhindert?
20213370	Ip.	Eymann, Christoph	Ermöglichung der raschen Inverkehrbringung eines Medikaments gegen Covid-19, falls Evidenzen über dessen Wirksamkeit und Sicherheit bestehen
20213379	Ip.	Wehrli, Laurent	Was sind die nächsten Schritte für die Impfung?

20213398	Ip.	Addor, Jean-Luc	Direkte Bundessteuer, Mehrwertsteuer und Sozialversicherungsbeiträge. Welche Lösungen, um die finanzielle Lage von Unternehmen und Selbstständigerwerbenden in Schwierigkeiten zu verbessern?
20213411	Ip.	Gugger, Niklaus-Samuel	Die Schweiz braucht soziales Unternehmertum
20213431	Ip.	Brenzikofer, Florence	Psychische Gesundheit: Massnahmen zur Stressreduktion
20213438	Ip.	Bircher, Martina	Ausschaffung von Ausländern während Pandemie

12.4. Postulate (Anzahl: 16)

20213069	Po.	Gysin, Greta	Offizielle Gedenkfeier der Bundesversammlung für die Opfer des Coronavirus
20213079	Po.	Graf, Maya	Offizielle Gedenkfeier für die Covid-19-Opfer und ihre Angehörigen durch das Schweizer Parlament
20213195	Po.	Dittli, Josef	Covid-19-Pandemie. Lessons learned für den Wissenschaftsstandort Schweiz
20213205	Po.	FDP-Liberale Fraktion	Rolle des Bundesstabes für Bevölkerungsschutzes (BSTB) im Rahmen der Covid-19-Pandemie
20213220	Po.	Roduit, Benjamin	Die Auswirkungen von Covid-19 auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen
20213230	Po.	Z'graggen, Heidi	Bericht zu den Auswirkungen auf die Gesellschaft durch die Massnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und Möglichkeiten zu deren Heilung
20213234	Po.	Hurni, Baptiste	Wie steht es um den psychischen Gesundheitszustand der Schweizerinnen und Schweizer?
20213247	Po.	Roth, Franziska	Beanspruchung von Ausnahmeklauseln im Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen auf ein Minimum beschränken
20213248	Po.	Roth, Franziska	Licht in die "Blackbox" der VBS-Beschaffungen bringen
20213281	Po.	Maret, Marianne	Wie steht es um die soziale Sicherheit der Kulturschaffenden in der Schweiz?
20213290	Po.	Graf, Maya	Auswirkungen der COVID-19 Krise, der Klimakrise und der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt und Perspektiven für eine innovative nachhaltige Berufsfeldentwicklung
20213352	Po.	Bulliard-Marbach, Christine	Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Ausbildungsgänge
20213360	Po.	Silberschmidt, Andri	Die Generationensolidarität auch nach der Corona Krise sicherstellen
20213390	Po.	Prezioso Batou, Stefania	Bericht über die Auswirkungen von Covid-19 auf die Frauen

20213433	Po. Roth, Franziska	Die Armeepotheke braucht eine ISO-zertifizierte Organisation, die höchsten Sicherheits- und Qualitäts-Ansprüchen genügt
20213448	Po. Rieder, Beat	Zukunft der Armeepotheke

12.5. Motionen (Anzahl: 35)

20213030	Mo. Glättli, Balthasar	BliB11:E112ndflug stoppen! Effektives TTIQ-System sicherstellen
20213032	Mo. Fraktion der Schweizerischen Volkspartei	Stoppt den Lockdown. Covid-19-Beschlüsse sofort aufheben
20213033	Mo. Stark, Jakob	Besserer Einbezug des Parlaments bei der Bekämpfung zukünftiger Pandemien
20213034	Mo. Salzmann, Werner	Das Parlament muss bei der Anordnung einer ausserordentlichen Lage gemäss EpG mit einbezogen werden
20213114	Mo. Feri, Yvonne	Hilfe für Sexarbeitende
20213142	Mo. Roduit, Benjamin	Früherkennung von armuts- oder überschuldungsgefährdeten Personen. Handeln, bevor es zu spät ist
20213150	Mo. Prezioso Batou, Stefania	Covid-19: Aus der Pandemie soll nicht Profit geschlagen werden!
20213157	Mo. Aeschi, Thomas	Covid-19. Aufhebung der besonderen Lage nach EpG Artikel 6 - jetzt!
20213208	Mo. Porchet, Léonore	Für eine nationale Strategie im Bereich der psychischen Gesundheit
20213225	Mo. Français, Olivier	Post-Covid-19. Für eine ständige Plattform von wissenschaftlichen Expertinnen und Experten
20213261	Mo. Marchesi, Piero	Artikel 14 des Freizügigkeitsabkommens anwenden und die Personenfreizügigkeit im Kanton Tessin und in den am stärksten von der Krise betroffenen Regionen vorläufig aussetzen
20213264	Mo. Clivaz, Christophe	Für eine dauerhafte Finanzierung von Organisationen von gesamtschweizerischer Bedeutung in den Bereichen psychische Gesundheit und Suizid- und Gewaltprävention
20213269	Mo. Romano, Marco	Gemeinsam mit den Kantonen die Impfkampagne beschleunigen und die Digitalisierung vorantreiben
20213271	Mo. Roth, Franziska	Finanzielle Notlage für Auszubildende: Covid-19 macht dringendes Handeln für Auszubildende und Studierende notwendig!
20213273	Mo. Marti, Samira	Wiedereinführung Botschafts asyl
20213278	Mo. Cottier, Damien	Der Schweizer Tourismus braucht ein schnelles, wirksames und auf Nachhaltigkeit ausgerichtetes Unterstützungsprogramm

20213282	Mo. Jositsch, Daniel	Wiedereinführung Botschafts asyl
20213291	Mo. Herzog, Eva	Finanzielle Notlage für Auszubildende: Covid-19 macht dringendes Handeln für Auszubildende/Studierende notwendig!
20213297	Mo. Chiesa, Marco	Artikel 14 des Freizügigkeitsabkommens anwenden und die Personenfreizügigkeit im Kanton Tessin und in den am stärksten von der Krise betroffenen Regionen vorläufig aussetzen
20213301	Mo. Gysin, Greta	Die Transportunternehmen des öffentlichen Verkehrs müssen einheitlich Anrecht auf Kurzarbeitsentschädigungen haben
20213307	Mo. Fridez, Pierre-Alain	Überschüssige Beatmungsgeräte der Armee sinnvoll einsetzen
20213317	Mo. Wettstein, Felix	Impulsprogramm zur Erhöhung der Ablösequoten in der Sozialhilfe
20213323	Mo. Burgherr, Thomas	Beschränkung der Macht des Bundesrates im Epidemiengesetz
20213342	Mo. Reimann, Lukas	Epidemiengesetz: Zeitliche, geographische und personelle Präzisierung der Kompetenzen und besserer Miteinbezug der Kantone
20213354	Mo. Glanzmann-Hunkeler, Ida	Beschaffungen von Informations- und Kommunikationstechnologien in der Schweiz zum Schutz der Bevölkerung
20213367	Mo. Reimann, Lukas	Sistierung von Luxuskunst-Wettbewerben am Bundeshaus
20213377	Mo. Herzog, Verena	Lücken im Epidemiengesetz schliessen
20213386	Mo. Reimann, Lukas	Wiedereinführung reduzierter Seniorentarife im öffentlichen Verkehr
20213402	Mo. Schwander, Pirmin	Überführung der finanziellen Unterstützungsmassnahmen aus dem Covid-19-Gesetz in ein separates Covid-19-Finanzhilfengesetz
20213426	Mo. Candinas, Martin	Betreibung von OKP-Forderungen auf Pfändung anstatt auf Konkurs
20213432	Mo. Brenzikofer, Florence	Stärkung von raschen und niederschweligen Angeboten an Volksschule und Weiterführenden Schulen zur Früherkennung + Bewältigung psychischer und medizinisch-psychiatrischen Problemen
20213435	Mo. Egger, Kurt	Oberaufsicht des Parlamentes gemäss Bundesverfassung stärken
20213441	Mo. Chiesa, Marco	Covid-19: Aufhebung der besonderen Lage nach EpG Art. 6 - jetzt!
20213446	Mo. Ettlín, Erich	SchKG. Betreibung von OKP-Forderungen auf Pfändung anstatt auf Konkurs
20213447	Mo. Reichmuth, Othmar	Aufhebung der ausserordentlichen Lage, sobald alle Personen den Zugang zu einem geprüften Impfstoff haben

13. EINGEREICHTE COVID-19-VORSTÖSSE ZWISCHEN DER FRÜHJAHRSSSESSION UND DER SONDERSESSION NR 2021

13.1. Postulate (Anzahl: 3)

20213449	Po.	SiK-S	Strategisches Krisenmanagement
20213454	Po.	SGK-N	Auswirkungen von Long-Covid
20213457	Po.	WBK-N	Psychische Gesundheit unserer Jugend stärken

13.2. Motionen (Anzahl: 3)

20213453	Mo.	SGK-N	Wissenschaftliche Begleitung von Long-Covid-Fällen
20213459	Mo.	KVF-N	Covid-19: Beiträge des Bundes an die finanziellen Lücken im öV auch fürs Jahr 2021
20213460	Mo.	KVF-N	Milderung der pandemiebedingten Auswirkungen auf den Schienengüterverkehr im Jahr 2021

14. EINGEREICHTE COVID-19-VORSTÖSSE SONDERSESSION NR 2021

14.1. Anfrage (Anzahl: 2)

20211034	A	Crottaz, Brigitte	Covid-Nachweis. Welche Lösung gibt es für Personen, bei denen eine Impfung kontraindiziert ist?
20211035	A	Crottaz, Brigitte	Covid-Nachweis. Welche Lösung gibt es für Personen mit einer unvollständigen Impfung?

14.2. Interpellation (Anzahl: 25)

20213535	Ip.	Burgherr, Thomas	Langfristige Folgen der Corona-Wirtschaftskrise
20213539	Ip.	Christ, Katja	Der Schweizer Zoo im Graben zwischen Freizeit, Forschung und Museum
20213545	Ip.	Prezioso Batou, Stefania	Covid-19. Studierende in Schwierigkeiten
20213546	Ip.	Birrer-Heimo, Prisca	Verwendung öffentlicher Gelder für meineimpfungen.ch
20213550	Ip.	Nantermod, Philippe	Covid-19-Erwerbsausfallentschädigungen. Was ist mit den auf alten Veranlagungen beruhenden Verfügungen?
20213566	Ip.	Clivaz, Christophe	Titel folgt
20213567	Ip.	Brenzikofer, Florence	Holzangel in der Bauwirtschaft
20213570	Ip.	de Quattro, Jacqueline	Welche Mechanismen gibt es zur Kontrolle der Qualität von Atemschutzmasken, chirurgischen Masken und Community-Masken?
20213576	Ip.	Bäumle, Martin	Pandemiebewältigung zum Schutz des Menschen mittels Impfen, Testen, Low Covid und Innenraumanpassung
20213577	Ip.	Bäumle, Martin	SARS-CoV-2 überträgt sich nachweislich über Aerosole
20213581	Ip.	Meyer, Mattea	Finanzieren unsere Steuergelder die Renditen der Immobilienkonzerne?
20213584	Ip.	Walder, Nicolas	Beitrag der Schweiz zur globalen Bildungspartnerschaft
20213588	Ip.	Addor, Jean-Luc	Wurden die Schweizerinnen und Schweizer mit den Abstimmungserläuterungen über das Covid-19-Gesetz getäuscht?
20213481	Ip.	Prezioso Batou, Stefania	Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz während der Covid-19-Pandemie

20213496	Ip.	Markwalder, Christa	Kohärenz und gesunder Menschenverstand im Pandemie-Management?
20213504	Ip.	Quadri, Lorenzo	Die EU entzieht den privilegierten Zugang der Schweiz zu Impfstoffen. Gedenkt der Bundesrat den Kohäsionsbeitrag zu blockieren?
20213507	Ip.	Egger, Mike	Verzögert der Bundesrat die Aufgabenentflechtung zwischen Bund und Kantonen?
20213510	Ip.	de Courten, Thomas	Luftqualitätsmessungen - eine verpasste Chance?
20213533	Ip.	Klopfenstein Broggin, Delphine	Versorgungsengpässe bei Arzneimitteln: Welche Haltung vertritt die Swissmedic?
20213467	Ip.	Estermann, Yvette	Todesfälle nach einer Impfung
20213468	Ip.	Estermann, Yvette	Prof. Dr. med. Winfried Stöcker und "seine" Impfung
20213469	Ip.	Estermann, Yvette	Corona-Tests
20213470	Ip.	Estermann, Yvette	Testnachweise Covid-19
20213471	Ip.	Schneeberger, Daniela	Warum versagt die Zusammenarbeit zwischen Industrie und Behörde (BAG und Swissmedic), wenn sie am meisten gebraucht wird?
20213476	Ip.	Page, Pierre-André	Titel folgt

14.3. Postulate (Anzahl: 1)

20213589	Po.	Schwander, Pirmin	Ökonomische, ökologische und gesundheitliche Auswirkungen der Maskentragepflicht
----------	-----	-------------------	--

14.4. Motionen (Anzahl: 13)

20213538	Mo.	Maitre, Vincent	Darlehen an Luftfahrtunternehmen. Für eine Gleichbehandlung der drei Landesflughäfen
20213540	Mo.	Paganini, Nicolo	Nachhaltige Entwicklung und Digitalisierung im Tourismus über Inno-tour stärken

20213555	Mo.	Rechsteiner, Thomas	Kostenlose Abgabe von PCR Tests für Jugendliche und nicht geimpfte sowie genesene Personen
20213557	Mo.	Quadri, Lorenzo	Weggewiesene Asylsuchende verweigern den PCR-Test und können so nicht ausgeschafft werden. Schluss damit!
20213573	Mo.	Molina, Fabian	Für ein rasches Ende der Coronavirus-Pandemie: Zwangslizenzen für Covid-19-Therapeutika jetzt!
20213583	Mo.	Seiler Graf, Priska	Den Schutz des Luftraums politisch, finanziell und ökologisch nachhaltig gestalten
20213482	Mo.	Schneeberger, Daniela	Stopp der Diskriminierung von Musik- und Gesangsvereinen
20213497	Mo.	Markwalder, Christa	Zugang zu Selbsttests für die Rückkehr an den Arbeitsplatz erleichtern
20213501	Mo.	Prezioso Batou, Stefania	Angesichts der Krise und des neuen internationalen politischen Kontextes drängt sich eine steuerpolitische Kursänderung auf!
20213505	Mo.	Quadri, Lorenzo	Grenzgängerinnen und Grenzgänger sollen Selbsttests nicht auf Kosten der Schweizer Bürgerinnen und Bürger beziehen können
20213512	Mo.	Guggisberg, Lars	Beitrag der Bundesverwaltung zum Abbau der Corona-Schulden
20213513	Mo.	Marchesi, Piero	Startschuss für Impfstoffforschung und Impfstoffproduktion in der Schweiz
20213479	Mo.	Estermann, Yvette	PCR-Tests, der ignorierte wesentliche Faktor, der zu fatalen Fehlentscheidungen führt

15. EINGEREICHTE COVID-19-VORSTÖSSE ZWISCHEN DER SONDERSESSION NR 2021 UND DER SOMMERSESSION 2021

15.1. Motionen (Anzahl: 6)

20213600	Mo.	WAK-N	Verlängerung des Härtefallprogramms
20213609	Mo.	WAK-S	Verlängerung des Härtefallprogramms
20213601	Mo.	WAK-N	Zulassen von höheren Härtefallbeiträgen in begründeten Ausnahmefällen
20213610	Mo.	WAK-S	Zulassen von höheren Härtefallbeiträgen in begründeten Ausnahmefällen
20213594	Mo.	KVF-S	Milderung der pandemiebedingten Auswirkungen auf den Schienengüterverkehr im Jahr 2021
20213593	Mo.	KVF-S	Covid-19. Beiträge des Bundes an die finanziellen Lücken im ÖV auch fürs Jahr 2021

16. EINGEREICHTE COVID-19-VORSTÖSSE SOMMERSESSION 2021

16.1. Fragen der Fragstunde (Nationalrat) (Anzahl: 52)

20217371	Fra.	Bulliard-Marbach, Christine	Lockerungen für junge Erwachsene bis 25 Jahre
20217373	Fra.	Romano, Marco	Die Schweiz soll sich endlich um den Impfstoff von Johnson & Johnson bemühen!
20217375	Fra.	Schneeberger, Daniela	Home-Office-Empfehlung in Verbindung mit repetitiven Tests - Bürokratisch und umständlich
20217376	Fra.	Schneeberger, Daniela	Praxisfremde Vorgaben für Proben von Musikvereinen - widersprüchliche Massnahmen
20217378	Fra.	Guggisberg, Lars	Lehren aus den Erfahrungen während der Covid-19-Pandemie betreffend Auslandabhängigkeit
20217389	Fra.	Roduit, Benjamin	Wann wird der Ungerechtigkeit gegenüber Wasserparks ein Ende gesetzt?
20217391	Fra.	Locher Benguerel, Sandra	NFP "Covid-19 in der Gesellschaft" mit Fokus auf Jugend?
20217406	Fra.	Marchesi, Piero	Kostenlose Covid-19-Tests für Ausgang und Shopping in Italien, alles zu Lasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler?
20217422	Fra.	Buffat, Michaël	Abo für Covid-19-Selbsttests
20217426	Fra.	Zuberbühler, David	Millionen-Abschreiber wegen abgelaufener Corona-Tests
20217428	Fra.	Nantermod, Philippe	Kostenübernahme für Antigen-Schnelltests: verwirrende Informationen
20217432	Fra.	Riniker, Maja	Corona Schnelltest - gibt es Alternativprodukte neben dem Roche Corona Schnelltest?
20217436	Fra.	Gutjahr, Diana	Berufsmessen in Gefahr?
20217437	Fra.	Gutjahr, Diana	Kurzarbeitsentschädigung: Zurück zum ordentlichen Verfahren!
20217438	Fra.	Roduit, Benjamin	Willkürliche Einschränkungen gegenüber Wellness-Hotels
20217440	Fra.	Roduit, Benjamin	Holzindustrie: Wie kann die Krise überwunden werden?
20217444	Fra.	Nantermod, Philippe	Covid-19-Massnahmen für Spa-Einrichtungen in Hotels
20217445	Fra.	Roth, Franziska	Beschaffung von Casirivimab/Imdevimab, sog. Monoklonale Antikörper
20217446	Fra.	Roth, Franziska	Finanzhilfen für die Schaffung von Betreuungsplätzen in Zeiten von Covid-19

20217455	Fra.	Humbel, Ruth	Sicheres, praxistaugliches und schnell umsetzbares Covid-Zertifikat
20217456	Fra.	Humbel, Ruth	Transparenz über die Ct-Werte der PCR-Covid-19-Tests
20217457	Fra.	Gysin, Greta	Präventivmedizin und Impfstoffe
20217458	Fra.	Friedli, Esther	Restaurantbesuch gehört zum täglichen Leben
20217459	Fra.	Friedli, Esther	Wann hebt der Bundesrat endlich alle Freiheitsbeschränkungsmassnahmen auf?
20217460	Fra.	Bircher, Martina	Aufhebung der Covid Massnahmen
20217461	Fra.	Bircher, Martina	BAG Empfehlung Covid Impfung für Kinder
20217464	Fra.	Lohr, Christian	Teure Booster-Impfungen?
20217471	Fra.	Birrer-Heimo, Prisca	Koordiniertes nationales Vorgehen im Bereich Internetbetrug?
20217472	Fra.	Wehrli, Laurent	Covid-19-Impfung. Solidarität mit den Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern?
20217480	Fra.	Aeschi, Thomas	Offene Türen im Bundeshaus!
20217483	Fra.	Paganini, Nicolo	USA und China von der SEM-Risikoliste nehmen
20217484	Fra.	Schneeberger, Daniela	Rechtssicherheit von Umstrukturierungen durch Covid-19-Solidarbürgerschaftsgesetz
20217493	Fra.	Schneider Schüttel, Ursula	16 127 - wie unterstützt der Bund die Kantone, Städte und grösseren Gemeinden bei der Armutsbekämpfung?
20217501	Fra.	de Quattro, Jacqueline	Die neuen Debitkarten benachteiligen Konsumentinnen und Konsumenten sowie den Detailhandel
20217525	Fra.	Herzog, Verena	Endlich Alternativen zum mRNA-Impfstoff gegen Covid-19 beschaffen
20217531	Fra.	Brenzikofer, Florence	Covid-Zertifikat: Kostenlose Tests für Grossveranstaltungen und Reisen sicherstellen
20217545	Fra.	Fiala, Doris	Keine Behinderung von Umstrukturierungen durch Covid-19-Solidarbürgerschaftsgesetz
20217546	Fra.	Andrey, Gerhard	SwissCovid für backward contact tracing
20217554	Fra.	Zuberbühler, David	Weiterhin Gratis-Selbsttests für geimpfte Personen?
20217556	Fra.	Schneeberger, Daniela	Präzisierung von Art. 2.6 des Solidarbürgerschaftsgesetzes

20217558	Fra.	Roth, Franziska	Fehlende Akzeptanz für Nasenabstriche für Kinder und Jugendliche ab 12 Jahren
20217565	Fra.	Lohr, Christian	Strategie Impfstoffbeschaffung
20217567	Fra.	Prezioso Batou, Stefania	Überschüssige Impfdosen den armen Ländern zukommen lassen
20217583	Fra.	Crottaz, Brigitte	Leitlinien Menschenrechte 2021–2024. Die Widersprüche in der Aussenpolitik auflösen
20217596	Fra.	Walder, Nicolas	Vorübergehende Aussetzung des Patentschutzes im TRIPS-Abkommen für Impfstoffe und Medizinprodukte gegen Covid-19
20217602	Fra.	Humbel, Ruth	Kostenloser PCR-Test für Kinder unter 12 Jahren sowie für Jugendliche
20217603	Fra.	Humbel, Ruth	Echte Pilotprojekte für Geimpfte, Getestete und Genesene ermöglichen
20217611	Fra.	Friedli, Esther	Wann beschliesst der Bundesrat endlich die Normalisierungsphase?
20217612	Fra.	Regazzi, Fabio	Wieso verschleppt der Bund die Einführung von Schweizer Trusts?
20217618	Fra.	Dandrès, Christian	Impfstoffe und geistiges Eigentum (Frage 1)
20217619	Fra.	Dandrès, Christian	Impfstoffe und geistiges Eigentum (Frage 2)
20217627	Fra.	Roduit, Benjamin	Veranstaltungen vor Publikum im Freien ab Ende Juni

16.2. Anfragen (Anzahl: 2)

20211052	A	Schwander, Pirmin	Wirksame Arzneimittel und Wirkstoffe
20211053	A	Eymann, Christoph	Anfrage an die Kantone und an Private, die Aktivitäten des Bundes zur Ermöglichung von Impfungen der Bevölkerung armer Länder gegen Covid-19 finanziell zu unterstützen

16.3. Interpellationen (Anzahl: 25)

20213890	Ip.	Moret, Isabelle	Covid-19 erkennen dank dem Geruchssinn von speziell ausgebildeten Hunden
20213902	Ip.	Cattaneo, Rocco	Ein Massnahmenpaket zur Unterstützung des Sports in den Jahren 2020/2021. Und was ist mit den Jahren 2022/2023?
20213907	Ip.	Quadri, Lorenzo	Asylchaos. Steht eine neue Welle bevor?
20213918	Ip.	Stadler, Simon	Ist unser Sozialversicherungssystem noch effektiv und zeitgemäss?

20213920	Ip.	Addor, Jean-Luc	Covid-19-Zertifikat. Reicht ein serologischer Test für die Ausstellung eines Zertifikats?
20213930	Ip.	Riniker, Maja	Vernichtetes Corona-Material. Logistik verbessern und gutes Tun
20213943	Ip.	Gafner, Andreas	Mittragen politischer Agenden an der WHO durch die Schweiz
20213955	Ip.	Maret, Marianne	Strategie der Lockerungsschritte für den nicht professionellen Kulturbereich. Wann kann es wieder richtig losgehen?
20213959	Ip.	Gmür-Schönenberger, Andrea	Medizinischer Schutz und Impfungen für Bundespersonal im Aussennetz während der Covid-19-Pandemie
20213790	Ip.	Quadri, Lorenzo	Titel folgt
20213799	Ip.	Romano, Marco	Titel folgt
20213823	Ip.	Lohr, Christian	Wie können die Akteure in Sport, Bewegung und Gesundheit besser vernetzt und unterstützt werden?
20213853	Ip.	Bäumle, Martin	SARS-CoV-2 Arbeitsschutz im Healthcare-Umfeld
20213738	Ip.	Wettstein, Felix	Föderalismus 21 - Welche Wege zur Gebietsreform sind möglich?
20213756	Ip.	Page, Pierre-André	Titel folgt
20213760	Ip.	Roth Pasquier, Marie-France	Strategie der Lockerungsschritte für den nicht professionellen Kulturbereich. Wann können Musikaktivitäten wieder richtig losgehen?
20213719	Ip.	Graf-Litscher, Edith	Covid-Zertifikat: Gleichbehandlung von Genesenen und Geimpften
20213662	Ip.	Michel, Matthias	Vorschnelles Aus für eine Versicherungslösung für Grossrisiken?
20213665	Ip.	Graf-Litscher, Edith	Handlungsbedarf bei SBB Cargo
20213639	Ip.	de la Reussille, Denis	Die Schweiz muss den Patentschutz für Impfstoffe gegen Covid-19 aussetzen
20213642	Ip.	Juillard, Charles	Coronakrise: Plant der Bundesrat spezifische Massnahmen zur Unterstützung des internationalen Genf und insbesondere der Branchen, die stark vom Rückgang der internationalen Tagungen und Veranstaltungen betroffen sind?
20213624	Ip.	Grüne Fraktion	Rahmenabkommen. Wie weiter nach dem unnötigen Verhandlungsabbruch?

20213629	Ip.	Maitre, Vincent	Coronakrise: Plant der Bundesrat spezifische Massnahmen zur Unterstützung des internationalen Genf und insbesondere der Branchen, die stark vom Rückgang der internationalen Tagungen und Veranstaltungen betroffen sind?
20213631	Ip.	Lohr, Christian	Bessere Daten zur Kinder- und Jugendgesundheit
20213616	Ip.	Guggisberg, Lars	Wegfallendes Steuersubstrat wegen vermehrtem Homeoffice im internationalen Verhältnis?

16.4. Postulate (Anzahl: 3)

20213791	Po.	Walder, Nicolas	Titel folgt
20213666	Po.	Portmann, Hans-Peter	Umgehung Rückzahlungen Covid-19-Kredite mittels Konkursen
20213654	Po.	Cottier, Damien	Europapolitik. Evaluation, Prioritäten, Sofortmassnahmen und nächste Schritte

16.5. Motionen (Anzahl: 15)

20213963	Mo.	SGK-NR	Revision des Epidemiengesetzes bis Ende Juni 2023
20213897	Mo.	Widmer, Céline	Solidarisch und im eigenen Interesse zum EU-Covid-19-Aufbauplan beitragen
20213924	Mo.	Humbel, Ruth	Elektronisches Patientendossier finanziell sichern
20213937	Mo.	Michaud Gigon, Sophie	Bürgschaftsprogramm für Schweizer KMU für Investitionen in klimafreundliche Technologien und in die Digitalisierung
20213774	Mo.	Eymann, Christoph	Schaffung der gesetzlichen Grundlage zur raschen Inverkehrbringung neuer Arzneimittel
20213724	Mo.	de Courten, Thomas	Abbau von Regulierungskosten: Koordination von staatlichen Kontrollen und Auflagen für KMU
20213732	Mo.	Atici, Mustafa	Für nachhaltig wirksame Arbeitsmarktliche Massnahmen in der Arbeitslosenversicherung
20213736	Mo.	Clivaz, Christophe	Titel folgt
20213742	Mo.	Stark, Jakob	Entschädigung bei Berufsverboten im Gesetz verankern

20213716	Mo.	Gysi, Barbara	Einführung einer obligatorischen Taggeldversicherung bei Erwerbsausfall durch Krankheit oder Unfall für alle Erwerbstätigen
20213722	Mo.	Stark, Jakob	Führungsstruktur des Bundesrats krisenresilient machen
20213698	Mo.	Herzog, Eva	Garantie des Grenzverkehrs auch in Pandemiezeiten: Ergänzung des Epidemiengesetzes
20213675	Mo.	FDP-Liberale Fraktion	Potenzial des Impfausweises auch nach der Pandemie ausnutzen
20213647	Mo.	Wettstein, Felix	Schaffung eines nationalen Pandemie-Frühwarnzentrums
20213640	Mo.	de la Reussille, Denis	Kurzarbeit. "Temporäre" Arbeitskräfte brauchen ebenfalls Massnahmen zur Vermeidung von Entlassungen!

ANHANG VI: ANGENOMMENE COVID-19-VORSTÖSSE

1. Angenommene Postulate (Anzahl: 32)

- 20203132 Po. WAK-S Wirtschaftliche Folgen der Corona-Krise
(BR: Antrag auf Annahme Punkte 1-3, 5)
Überwiesen am: 04.05.2020
- 20203135 Po. SGK-S Auswirkungen der Gesundheitskosten der Pandemie auf die verschiedenen Kostenträger klären
(BR: Antrag auf Annahme)
Überwiesen am: 04.05.2020
- 20203240 Po. FDP-Liberale Fraktion Covid-19. Bildung eines Zentrums für Innovation in der Bundesverwaltung (Public Innovation Hub)
(BR: Antrag auf Annahme)
Überwiesen am: 25.09.2020
- 20203241 Po. FDP-Liberale Fraktion Covid-19. Gewährleistung der Versorgung mit Medikamenten, Impfstoffen und medizinischem Material
(BR: Antrag auf Annahme)
Überwiesen am: 25.09.2020
- 20203242 Po. FDP-Liberale Fraktion Covid-19. Die richtigen Lehren aus der Krise ziehen
(BR: Antrag auf Annahme)
Überwiesen am: 25.09.2020
- 20203280 Po. Michel Matthias Wissenschaftliches Potenzial für Krisenzeiten nutzen
(BR: Antrag auf Ablehnung)
Überwiesen am: 17.09.2020
- 20203297 Po. Binder-Keller Marianne Einsetzung einer Expertengruppe zwecks Nachbearbeitung der Corona-Pandemie und Erarbeitung der daraus zu ziehenden Konsequenzen
(BR: Antrag auf Annahme)
Überwiesen am: 25.09.2020
- 20203352 Po. Andrey Gerhard Je besser die Daten, desto besser die Politik
(BR: Antrag auf Annahme)
Überwiesen am: 25.09.2020
- 20203363 Po. Fivaz Fabien Strategie "Digitale Schweiz" nach dem Coronavirus
(BR: Antrag auf Annahme)
Überwiesen am: 25.09.2020

- 20203440 Po. Schwander Pirmin Präzisierung des Schutzbereichs in Artikel 185 Absatz 1 der Bundesverfassung
(BR: Antrag auf Annahme)
Überwiesen am: 25.09.2020
- 20203480 Po. Jositsch Daniel Berufserfahrung von arbeitslosen Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern in der Corona-Krise stärken
(BR: Antrag auf Ablehnung)
Überwiesen am: 24.09.2020
- 20203544 Po. Noser Ruedi Resilienz der Schweizer Unternehmen stärken
(BR: Antrag auf Ablehnung)
Überwiesen am: 24.09.2020
- 20203721 Po. Gysi Barbara Alters- und Pflegeheime und Wohnheime für Menschen mit Beeinträchtigungen. Aufarbeitung der Corona-Krise
(BR: Antrag auf Annahme)
Überwiesen am: 25.09.2020
- 20203724 Po. Wehrli Laurent Covid-19. Situation für ältere Menschen
(BR: Antrag auf Annahme)
Überwiesen am: 25.09.2020
- 20203747 Po. Maret Marianne Coronavirus. Entschädigung für Erwerbsausfall auch für die Eltern und andere Angehörige von Erwachsenen mit einer Behinderung
(BR: Antrag auf Ablehnung)
Überwiesen am: 21.09.2020
- 20204253 Po. Graf Maya Stärkerer Einbezug der Leistungserbringer und der Behindertenorganisationen im Bereich der sozialen Betreuung und der Langzeitpflege bei der Vorbereitung auf und Bewältigung von Pandemien
(BR: Antrag auf Annahme)
Überwiesen am: 15.12.2020
- 20204153 Po. Fischer Roland Anwendung der NFA-Grundsätze bei der Bewältigung von Epidemien und Pandemien
(BR: Antrag auf Annahme)
Überwiesen am: 18.12.2020
- 20213001 Po. SGK-S Sicherstellung einer angemessenen Behandlung und Rehabilitation für Menschen mit Long Covid
(BR: Antrag auf Ablehnung)
Überwiesen am: 08.03.2021

- 20204522 Po. Cottier Damien Föderalismus im Krisentest. Die Lehren aus der Covid-19-Krise ziehen
(BR: Antrag auf Annahme)
Überwiesen am: 18.03.2021
- 20203556 Po. Kuprecht Alex Auswirkungen von Covid-19 auf die Sozialwerke
(BR: Antrag auf Annahme)
Überwiesen am: 18.03.2021
- 20213457 Po. WBK-NR Psychische Gesundheit unserer Jugend stärken
(BR: Antrag auf Annahme)
Überwiesen am: 16.06.2021
- 20213454 Po. SGK-NR Auswirkungen von Long Covid
(BR: Antrag auf Annahme)
Überwiesen am: 16.06.2021
- 20213449 Po. SiK-SR Strategisches Krisenmanagement
(BR: Antrag auf Annahme)
Überwiesen am: 08.06.2021
- 20213448 Po. Rieder, Beat Zukunft der Armeepotheker
(BR: Antrag auf Annahme)
Überwiesen am: 10.06.2021
- 20213281 Po. Maret,
Marianne Wie steht es um die soziale Sicherheit der Kulturschaffenden in der Schweiz?
(BR: Antrag auf Annahme)
Überwiesen am: 17.06.2021
- 20213290 Po. Graf, Maya Auswirkungen der Covid-19-Krise, der Klimakrise und der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt und Perspektiven für eine innovative, nachhaltige Berufsfeldentwicklung
(BR: Antrag auf Ablehnung)
Überwiesen am: 17.06.2021
- 20213352 Po. Bulliard-
Marbach,
Christine Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Ausbildungsgänge
(BR: Antrag auf Annahme)
Überwiesen am: 18.06.2021

- 20213205 Po. FDP-Liberale Fraktion Rolle des Bundesstabes für Bevölkerungsschutz im Rahmen der Covid-19-Pandemie
(BR: Antrag auf Annahme)
Überwiesen am: 18.06.2021
- 20213220 Po. Roduit, Benjamin Die Auswirkungen von Covid-19 auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen
(BR: Antrag auf Annahme)
Überwiesen am: 18.06.2021
- 20213230 Po. Z'graggen, Heidi Bericht zu den Auswirkungen auf die Gesellschaft der Massnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und Möglichkeiten zu deren Heilung
(BR: Antrag auf Annahme)
Überwiesen am: 17.06.2021
- 20213195 Po. Dittli, Josef Covid-19-Pandemie. "Lessons learned" für den Wissenschaftsstandort Schweiz
(BR: Antrag auf Annahme)
Überwiesen am: 07.06.2021
- 20213079 Po. Graf, Maya Offizielle Gedenkfeier für die Covid-19-Opfer und ihre Angehörigen durch das Schweizer Parlament
(Büro: Antrag auf Annahme)
Überwiesen am: 08.06.2021

2. Angenommene Motionen (Anzahl: 40)

20203128	Mo.	WBK-N	Bei der familienergänzenden Kinderbetreuung sind alle in der Pflicht (BR: Antrag auf Ablehnung) Überwiesen am: 05.05.2020
20203129	Mo.	WBK-S	Bei der familienergänzenden Kinderbetreuung sind alle in der Pflicht (BR: Antrag auf Ablehnung) Überwiesen am: 05.05.2020
20203130	Mo.	APK-N	Schrittweise Öffnung der Grenzen und Wiederherstellung der Personenfreizügigkeit (BR: Antrag auf Annahme) Überwiesen am: 18.06.2020
20203131	Mo.	APK-N	Nachtragskredit für die humanitäre Hilfe (BR: Antrag auf Annahme) Überwiesen am: 11.06.2020
20203133	Mo.	WAK-N	Smart Restart (BR: Antrag auf Annahme) Überwiesen am: 05.05.2020
20203143	Mo.	SPK-N	Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland sowie Reform des Dublin-Abkommens (BR: Antrag auf Annahme) Überwiesen am: 23.09.2020
20203144	Mo.	SPK-N	Gesetzliche Grundlagen zur Einführung der Corona-Warn-App (Corona-Proximity-Tracing-App) (BR: Antrag auf Ablehnung) Überwiesen am: 05.05.2020
20203145	Mo.	KVF-S	Unabhängige und leistungsfähige Medien sind das Rückgrat unserer Demokratie (BR: Antrag auf Ablehnung) Überwiesen am: 05.05.2020
20203146	Mo.	KVF-S	Covid-19. Nothilfegelder für die privaten Radio- und Fernsehstationen in der Schweiz sofort ausschütten (BR: Antrag auf Ablehnung) Überwiesen am: 05.05.2020
20203151	Mo.	KVF-N	Ertragsausfälle im öffentlichen Verkehr. Der Bund steht in der Pflicht (BR: Antrag auf Ablehnung) Überwiesen am: 06.05.2020
20203154	Mo.	KVF-N	Unabhängige und leistungsfähige Medien sind das Rückgrat unserer Demokratie (BR: Antrag auf Ablehnung) Überwiesen am: 05.05.2020

20203155	Mo.	KVF-N	Covid-19. Nothilfegelder für die privaten Radio- und Fernsehstationen in der Schweiz sofort ausschütten (BR: Antrag auf Ablehnung) Überwiesen am: 05.05.2020
20203156	Mo.	FK-S	Solidarbürgschaftskredite für die gesamte Dauer der Solidarbürgschaft nicht als Fremdkapital berücksichtigen (BR: Antrag auf Annahme) Überwiesen am: 05.05.2020
20203157	Mo.	RK-N	Rechtsstillstand im Betreuungswesen. Ausnahmeregelung für die Reisebranche (BR: Antrag auf Annahme) Überwiesen am: 06.05.2020
20203159	Mo.	WAK-S	Smart Restart (BR: Antrag auf Annahme) Überwiesen am: 05.05.2020
20203162	Mo.	SGK-S	Für eine risikobasierte Präventions- und Krisenstrategie zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten (BR: Antrag auf Annahme) Überwiesen am: 05.05.2020
20203163	Mo.	WAK-S	Unterstützung der Lehrbetriebe (BR: Antrag auf Annahme) Überwiesen am: 05.05.2020
20203165	Mo.	SGK-N	Für eine risikobasierte Präventions- und Krisenstrategie zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten (BR: Antrag auf Annahme) Überwiesen am: 05.05.2020
20203166	Mo.	SGK-S	Erhöhung der Versorgungssicherheit bei Medikamenten und Impfstoffen (BR: Antrag auf Annahme) Überwiesen am: 18.06.2020
20203168	Mo.	SPK-S	Gesetzliche Grundlagen zur Einführung der Corona-Warn-App (Corona-Proximity-Tracing-App) (BR: Antrag auf Ablehnung) Überwiesen am: 05.05.2020
20203170	Mo.	FK-S	Gezielte Unternehmenssanierungen statt Konkurswelle (BR: Antrag auf Annahme) Überwiesen am: 11.06.2020
20203451	Mo.	WAK-N	Geschäftsmieten in der Gastronomie und bei anderen von der Schliessung betroffenen Betrieben. Die Mieter sollen nur 40 Prozent der Miete schulden (BR: Antrag auf Ablehnung) Überwiesen am: 08.06.2020

20203460	Mo.	WAK-S	Geschäftsmieten in der Gastronomie und bei anderen von der Schliessung betroffenen Betrieben. Die Mieter sollen nur 40 Prozent der Miete schulden (BR: Antrag auf Ablehnung) Überwiesen am: 08.06.2020
20203917	Mo.	WBK-N	Covid-19-Verordnung familienergänzende Kinderbetreuung vom 20. Mai 2020. Überdenken der Umsetzung (BR: Antrag auf Ablehnung) Überwiesen am: 09.12.2020
20203197	Mo.	Burgherr Thomas	Überprüfung der Pflichtlagerhaltung (BR: Antrag auf Annahme) Überwiesen am: 15.12.2020
20203448	Mo.	Michaud Gigon Sophie	Für einen Wiederaufbau des Ethanol-Pflichtlagers in der Schweiz (BR: Antrag auf Annahme) Überwiesen am: 15.12.2020
20203282	Mo.	Ettlin, Erich	Lehren aus der Covid-19-Pandemie für das Schweizer Gesundheitssystem ziehen (BR: Antrag auf Annahme) Überwiesen am: 03.03.2020
20203268	Mo.	Häberli- Koller, Brigitte	Essentielle Güter. Wirtschaftliche Abhängigkeit verringern (BR: Antrag auf Ablehnung) Überwiesen am: 04.03.2021
20203243	Mo.	FDP- Liberlae Fraktion	Covid-19. Die Digitalisierung im Gesundheitswesen beschleunigen (BR: Antrag auf Annahme) Überwiesen am: 08.03.2021
20203263	Mo.	Die Mitte- Fraktion. CVP-EVP- BDP	Lehren aus der Covid-19-Pandemie auf das Schweizer Gesundheitssystem ziehen (BR: Antrag auf Annahme) Überwiesen am: 08.03.2021
20213600	Mo.	WAK-N	Verlängerung des Härtefallprogramms BR: Antrag auf Annahme) Überwiesen am: 09.06.2021
20213609	Mo.	WAK-S	Verlängerung des Härtefallprogramms BR: Antrag auf Annahme) Überwiesen am: 09.06.2021

20213601	Mo.	WAK-N	Zulassen von höheren Härtefallbeiträgen in begründeten Ausnahmefällen BR: Antrag auf Ablehnung) Überwiesen am: 09.06.2021
20213610	Mo.	WAK-S	Zulassen von höheren Härtefallbeiträgen in begründeten Ausnahmefällen BR: Antrag auf Ablehnung) Überwiesen am: 09.06.2021
20213459	Mo.	KVF-N	Covid-19. Beiträge des Bundes an die finanziellen Lücken im öffentlichen Verkehr auch für das Jahr 2021 BR: Antrag auf Annahme) Überwiesen am: 15.06.2021
20213593	Mo.	KVF-S	Covid-19. Beiträge des Bundes an die finanziellen Lücken im öffentlichen Verkehr auch für das Jahr 2021 BR: Antrag auf Ablehnung) Überwiesen am: 15.06.2021
20213460	Mo.	KVF-N	Milderung der pandemiebedingten Auswirkungen auf den Schienengüterverkehr im Jahr 2021 BR: Antrag auf Annahme) Überwiesen am: 15.06.2021
20213594	Mo.	KVF-S	Milderung der pandemiebedingten Auswirkungen auf den Schienengüterverkehr im Jahr 2021 BR: Antrag auf Annahme) Überwiesen am: 15.06.2021
20214338	Mo.	FK-N	Die Covid-19-Erfahrungen nutzen, um das Arbeiten beim Bund nachhaltiger zu gestalten BR: Antrag auf Annahme) Überwiesen am: 09.06.2021
20203419	Mo.	Rieder, Beat	Bewahrung der demokratischen Rechte und Stärkung der digitalen Einsatzbereitschaft BR: Antrag auf Ablehnung) Überwiesen am: 10.06.2021

ANHANG VII: EINGEREICHTE COVID-19-BEZOGENE PARL. INITIATIVEN³⁵

20200407	Pa.Iv.	WBK-NR	COVID-19-Verordnung familienergänzende Kinderbetreuung (WBK-NR: Beschluss, einen Erlassentwurf auszuarbeiten am 15.04.2020 / WBK-SR: Keine Folge geben am 17.04.2020)
20200408	Pa.Iv.	Bü-SR	Änderungen des Geschäftsreglementes des Ständerates für die Beratungen ausserhalb des Parlamentsgebäudes (Bü-SR: Beschluss, einen Erlassentwurf auszuarbeiten am 23.04.2020 / SR: Annahme der Vorlage in der Schlussabstimmung am 04.05.2020)
20200409	Pa.Iv.	Bü-NR	Änderungen des Geschäftsreglementes des Nationalrates für die Beratungen ausserhalb des Parlamentsgebäudes (Bü-NR: Beschluss, einen Erlassentwurf auszuarbeiten am 23.04.2020 / NR: Annahme der Vorlage in der Schlussabstimmung am 04.05.2020)
20200410	Pa.Iv.	Grüter, Franz	Session extra muros im Jahr 2020 in Luzern (Bü-NR: Keine Folge gegeben am 04.06.2020/ zurückgezogen am 16.06.2020)
20200411	Pa.Iv.	Müller, Damian	Session extra muros im Jahr 2020 in Luzern (Zurückgezogen am 04.06.2020)
20200413	Pa.Iv.	Prelicz-Huber, Katharina	Familien- und schulergänzende Betreuung als Teil des Service public (WBK-N: 18.02.2021 keine Folge geben; NR: 14.06.2021 keine Folge geben)
20200414	Pa.Iv.	Rieder, Beat	Schaffung einer Rechtsdelegation (ReDel) (SPK-S: 26.04.2021 keine Folge geben; SR: 02.06.2021 keine Folge geben)
20200416	Pa.Iv.	Weichelt-Picard, Manuela	Parlamentarische Covid-19-Verordnung. Arbeitsgesetz vom 13. März 1964 betreffend die Arbeits- und Ruhezeiten auf den Spitalabteilungen (Zurückgezogen am 10.06.2020)
20200418	Pa.Iv.	Die Mitte-Fraktion. CVP-EVP-BDP.	Schaffung einer Rechtsdelegation (ReDel) (Zurückgezogen am 31.05.2021)
20200419	Pa.Iv.	Dandrès, Christian	Probezeit bei Zahlungsausfall (NR: 14.06.2021 kein Folge geben)
20200420	Pa.Iv.	Chiesa, Marco	Grundprodukte, die die Gesundheit der Schweizer Bevölkerung schützen, von der Mehrwertsteuer ausnehmen (Zurückgezogen am 27.05.2021)

³⁵ grün: Folge gegeben; rot: keine Folge gegeben; grau: zurückgezogen

20200423	Pa.Iv.	Brunner, Thomas	Situationsgerechte Flexibilisierungsmöglichkeiten für den Parlamentsbetrieb bei aussergewöhnlichen Umständen (SPK-N: 27.05.2021 Folge geben)
20200425	Pa.Iv.	Christ, Katja	Schaffung der rechtlichen Grundlagen für einen digitalen Parlamentsbetrieb respektive die digitale Teilnahme am physischen Betrieb (SPK-N: 27.05.2021 Folge geben)
20200426	Pa.Iv.	Regazzi, Fabio	Ein Steueranreiz für die Steuerzahlerinnen und -zahler, die Ferien in der Schweiz zu verbringen, zur Unterstützung der Tourismusbranche zur Abfederung der Folgen der Corona-Krise (Zurückgezogen am 12.10.2020)
20200427	Pa.Iv.	Bendahan, Samuel	Einführung einer allgemeinen Einkommensversicherung ohne Schwelleneffekt in der Schweiz mittels einer negativen Steuer (NR: Keine Folge geben am 17.12.2020)
20200428	Pa.Iv.	Romano, Marco	Covid-19. Um den Wirtschaftskreislauf wieder in Gang zu bringen, müssen Vermögenswerte und Zinsen offengelegt werden
20200429	Pa.Iv.	Grüne Fraktion	Parlamentarische Covid-19-Verordnung. Konkretisierung von Artikel 102 der Bundesverfassung bezüglich Versorgungssicherheit (NR: 15.06.2021 Keine Folge geben)
20200430	Pa.Iv.	Grüne Fraktion	Abstrakte Normenkontrolle von Notverordnungen (SPK-N: 27.05.2021 Folge geben)
20200435	Pa.Iv.	Bü-SR	Änderungen des Geschäftsreglementes des Ständerates für die Beratungen ausserhalb des Parlamentsgebäudes (II) (Bü-SR: Beschluss, einen Erlassentwurf auszuarbeiten am 29.05.2020 / SR: Annahme der Vorlage in der Schlussabstimmung am 02.06.2020)
20200437	Pa.Iv.	SPK-NR	Handlungsfähigkeit des Parlamentes in Krisensituationen verbessern (SPK-NR: Beschluss, einen Erlassentwurf auszuarbeiten am 29.05.2020 / SPK-SR Zustimmung am 25.06.2020)
20200438	Pa.Iv.	SPK-NR	Nutzung der Notrechtskompetenzen und Kontrolle des bundesrätlichen Notrechts in Krisen (SPK-NR: Beschluss, einen Erlassentwurf auszuarbeiten am 29.05.2020 / SPK-SR Zustimmung am 25.06.2020)
20200440	Pa.Iv.	Fraktion der Schweizerischen Volkspartei	Stopp der ALV-Zwangsabgabe für Selbstständigerwerbende (NR: Keine Folge geben am 17.12.2020)
20200451	Pa.Iv.	Marti, Samira	Armut ist kein Verbrechen (SPK-N: 27.05.2021 Folge geben)

20200452	Pa.Iv.	Heer, Alfred	Notrecht nur mit dem Parlament
20200460	Pa.Iv.	Mäder, Jörg	Sessionsplanung in ausserordentlichen Lagen gemäss Epidemien-gesetz
20200471	Pa.Iv.	Bregy, Philipp Matthias	Technologie- und Innovationspolitik. Strukturwandel begleiten, fördern und unterstützen (15.04.2021 Zurückgezogen)
20200475	Pa.IV	SPK-N	Virtuelle Teilnahme an Abstimmungen von aufgrund von Covid-19 abwesenden Ratsmitgliedern (SPK-NR: Beschluss, einen Erlassentwurf auszuarbeiten am 22.10.2020 / SPK-SR: Keine Zustimmung am 09.11.2020 / SPK-N: Zurückgezogen am 20.11.2020)
20200476	Pa.Iv.	Marra, Ada	Im Hinblick auf die Bewältigung von nationalen Krisen muss die Arbeitsorganisation unseres Parlamentes angepasst werden (SPK-N: 28.05.2021 Folge geben)
20200479	Pa.Iv.	Reinmann, Lukas	Beschlussfähige Bundesversammlung sicherstellen (SPK-N: 27.05.2021 Folge geben)
20200481	Pa.Iv.	FK-N	Übergangsvoranschlag bis zur Verabschiedung des Voranschlags 2021 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2022-2024 (FK-NR: Beschluss, einen Erlassentwurf auszuarbeiten am 12.11.2020 / FK-SR Zustimmung am 17.11.2020 / NR: Annahme der Vorlage am 01.12.2020 / SR: Annahme der Vorlage am 02.12.2020)
20200483	Pa.Iv.	SPK-N	Nationalratsmitglieder, die wegen der Covid-19-Krise verhindert sind. Teilnahme an Abstimmungen in Abwesenheit (SPK-NR: Beschluss, einen Erlassentwurf auszuarbeiten am 20.11.2020 / SPK-SR Zustimmung am 30.11.2020 / NR: Annahme der Vorlage in der Schlussabstimmung am 10.12.2020 / SR: Annahme der Vorlage in der Schlussabstimmung am 10.12.2020)
20200495	Pa.Iv.	Aeschi, Thomas	Erhebung der Nationalität von stationären Patienten in Schweizer Spitälern
20200502	Pa.Iv.	Dandrès, Christian	Unterstützungsmassnahmen für Freischaffende in Theater und Film. Für die Rettung der Kultur und der Kulturschaffenden (NR: 15.06.2021 keine Folge geben)
20210400	Pa.Iv.	RK-N	Bewilligungspflicht gemäss Lex Koller vorübergehend auf Betriebsstätte-Grundstücke ausdehnen (RK-N: Beschluss, einen Erlassentwurf auszuarbeiten am 14.01.2021 / RK-S: Keine Zustimmung am 22.02.2021/ RK-N: Abschreibung am 25.03.2021)
20210404	Pa.Iv.	Addor Jean-Luc	Für eine gerichtliche Kontrolle der auf Notrecht gestützten Akte des Bundesrates

20210407	Pa.Iv. Fraktion der Schweizerischen Volkspartei	Epidemiengesetz. Mitsprache des Parlamentes sichern
20210417	Pa.Iv. Geissbühler, Andrea Martina	Corona-Solidaritätsbeitrag der Parlamentarier
20210431	Pa.Iv. Regazzi, Fabio	Auf Augenhöhe mit dem Bundesrat
20210442	Pa.Iv. WBK-N	Änderung des Covid-19-Gesetzes. Sportbereich (Art. 12b Abs. 6 Bst. c) (WBK-N: Beschluss einen Erlassentwurf auszuarbeiten 26.03.2021 / WBK-S: 29.03.2021 Keine Zustimmung / WBK-N: zurückgezogen 10.06.2021)

ANHANG VIII: EINGEREICHTE COVID-19-BEZOGENE STANDESINITIATIVEN

20200318	Kt.Iv. Genf	Solidarität der OKP-Versicherer gegenüber der Schweizer Bevölkerung in Sachen Covid-19-Tests
20200325	Kt.Iv. Jura	Massnahmen zur Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus (Covid-19). Schaffung eines Bundesfonds zur Unterstützung der stark betroffenen Sport-, Kultur- und Freizeitvereine (SR: 02.03.21 der Ständerat gibt der Initiative keine Folge/ NR: 01.06.2021 keine Folge)
20200327	Kt.Iv. Jura	Preisobergrenze für Hygienemasken und hydroalkoholisches Gel in der ausserordentlichen Lage
20200331	Kt.Iv. Schaffhausen	Auch der Bund soll für die Spitäler zahlen
20200337	Kt.Iv. Genf	Solidarität der Krankenversicherungen (KVG) mit den Covid-19-Opfern
20210304	Kt.Iv. Aargau	Mitbeteiligung des Bundes an den Ertragsausfällen und Mehrkosten der Spitäler und Kliniken
20210306	Kt.Iv. Jura	Internetgiganten sind zu besteuern!
20210307	Kt.Iv. Tessin	Covid-19-Pandemie. Beteiligung des Bundes an den Mehrkosten der Spitäler und Kliniken
20210312	Kt.Iv. Basel-Stadt	Beteiligung des Bundes an den Ertragsausfällen der Spitäler und Kliniken
20210314	Kt.Iv. Basel-Stadt	Öffnung der Grenzen

ANHANG IX: COVID-19-ERKLÄRUNGEN DES BUNDESRATES UND DER RÄTE

- 20.208 Erklärung des Bundesrates zur Corona-Pandemie
- 20.093 Erklärung des Nationalrats. Keine schärferen Covid-Vorschriften für den Schweizer Wintersport
- 21.028 Erklärung des Nationalrates. Umgehende Lockerungen der Corona-Massnahmen

ANHANG X: ÜBERBLICK «COVID-19-AKTE DER BUNDESVERSAMMLUNG»

24.02.2020 – 18.07.2021

COVID-19-RECHTSETZUNGSAKTE DER BUNDESVERSAMMLUNG

Akt	Inhalt	Erlassart	Initiant/in	Vernehmlassung	Erlassdatum	Referendum	Inkrafttreten	Gilt bis zum
Bundesgesetz über die Luftfahrt (Luftfahrtgesetz, LFG) vom 21. Dezember 1948, Änderung vom 6. Mai 2020 (AS 2020 1493)	Die Gesetzesänderung schafft die gesetzliche Grundlage für die finanzielle Unterstützung der flughafenbetriebe (vgl. Teil V Abschnitt 3.1).	Dringliche Gesetzesänderung mit Verfassungsgrundlage	Bundesrat	–	06.05.2020	Das nachträglich fakultative Referendum wurde nicht ergriffen.	07.05.2020	31.12.2025
Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz, EpG) vom 28. September 2012, Änderung vom 19. Juni 2020 (AS 2020 2191)	Die dringliche Änderung des Epidemiengesetzes schafft die Rechtsgrundlage für die Einführung von Corona-Warn-Apps (vgl. Teil VII Abschnitt 4.1.).	Dringliche Gesetzesänderung mit Verfassungsgrundlage	Bundesversammlung (Mo. 20.3168 / Mo. 20.3144)	–	19.06.2020	Das nachträglich fakultative Referendum kommt nicht zustande.	25.06.2020	30.06.2022
Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz) vom 25. September 2020 (AS 2020 3835)	Das Gesetz ermöglicht dem Bundesrat, bis Ende 2021 diejenigen im Frühjahr 2020 notverordnungsrechtlich beschlossenen Massnahmen aufrechterzuhalten, die für die Bewältigung der Covid-19-Epidemie weiterhin erforderlich sind. Neben den epidemiologischen Massnahmen sind dies justizielle, verfahrensrechtliche und insolvenzrechtliche Massnahmen sowie Massnahmen im Ausländer- und Asyl-, im Kultur- und im Arbeitslosenversicherungsbereich. Das Gesetz schafft u. a. auch die gesetzliche Grundlage für die Härtefallhilfe. (vgl. Teil IX Abschnitt 4.1.1.a)	Dringliches Bundesgesetz mit Verfassungsgrundlage	Bundesrat aufgrund von Art. 7d Abs. 2 Bst. a RVOG	19.06.2020 – 10.07.2020	25.09.2020	Das Gesetz wurde in der Volksabstimmung vom 13. Juni 2021 angenommen.	26.09.2020	31.12.2022
Bundesgesetz über die Unterstützung des öffentlichen Verkehrs in der Covid-19-Krise vom 25. September 2020 (AS 2020 3825)	Die Gesetzesänderungen schaffen die gesetzliche Grundlage für die Abfederung der Einnahmehinfortfälle, welche die Unternehmen des öffentlichen Verkehrs und des Schienengüterverkehrs wegen der Corona-Pandemie erlitten haben (vgl. Teil IX Abschnitt 4.1.1.a).	Dringliche Gesetzesänderungen mit Verfassungsgrundlage (Mantelgesetz)	Bundesrat und Bundesversammlung (Mo. 20.3151)	02.06.2020 – 22.07.2020	25.09.2020	Das nachträglich fakultative Referendum wurde nicht ergriffen.	26.09.2020	31.12.2021
Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz, AVIG) vom 12. August 2020, Änderung vom 25. September 2020 (AS 2020 3847)	Die Gesetzesänderung schafft die gesetzliche Grundlage für die finanzielle Unterstützung der Arbeitslosenversicherung (vgl. Teil IX Abschnitt 4.1.1.a).	Dringliche Gesetzesänderung mit Verfassungsgrundlage	Bundesrat	01.07.2020 – 15.07.2020	25.09.2020	Das nachträglich fakultative Referendum wurde nicht ergriffen.	26.09.2020	31.12.2022
Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen und Invalidenvorsorge (BVG) vom 25. Juni 1982, Änderung vom 25. September 2020 (AS 2020 3845)	Mit der Gesetzesänderung wird die gesetzliche Grundlage geschaffen, um für die Auffangeinrichtung BVG bei Bedarf ein unverzinsliches Konto eröffnen zu können (vgl. Teil IX Abschnitt 4.1.1.a).	Dringliche Gesetzesänderung mit Verfassungsgrundlage	Bundesrat / SGK (Schreiben an den BR)	–	25.09.2020	Das nachträglich fakultative Referendum wurde nicht ergriffen.	26.09.2020	25.09.2023
Bundesgesetz über die Bundesversammlung (Parlamentsgesetz, ParlG) vom 13. Dezember 2002, Änderung vom 10. Dezember 2020 (AS 2020 5375)	Die Gesetzesänderung schafft die gesetzliche Grundlage für die Abstimmung im Nationalrat in Abwesenheit wegen Covid-19. Zudem werden der Unterbruch und die Verschiebung der Session geregelt (vgl. Teil XIII Abschnitt 4.1.1.a).	Dringliche Gesetzesänderung ohne Verfassungsgrundlage	Bundesversammlung (Pa.Iv. 20.483)	–	10.12.2020	Untersteht nicht dem Referendum	11.12.2020	01.10.2021

Akt	Inhalt	Erlassart	Initiant/in	Vernehmlassung	Erlassdatum	Referendum	Inkrafttreten	Gilt bis zum
Bundesgesetz über Kredite mit Solidarbürgschaft infolge des Coronavirus (Covid-19-Solidarbürgschaftsgesetz, Covid-19-SBüG) vom 18. Dezember 2020 (AS 2020 5831)	Mit dem neuen Gesetz wird die COVID-19-Solidarbürgschaftsverordnung ins ordentliche Recht überführt. Das Gesetz gibt zudem dem Bundesrat die Möglichkeit, im Fall einer deutlichen Verschlechterung der Situation an den Kreditmärkten (Kreditklemme) zur Liquiditätssicherung sowie zur Stabilisierung der Schweizer Wirtschaft auf Verordnungsstufe ein neues Covid-Solidarbürgschaftsprogramm einzurichten (vgl. Teil XIII Abschnitt 4.1.1.a).	Dringliches Bundesgesetz mit Verfassungsgrundlage	Bundesrat und Bundesversammlung (Mo. 20.3156 / Mo. 20.3170)	01.07.2020 – 21.07.2020	18.12.2020	Das nachträglich fakultative Referendum wurde nicht ergriffen.	19.12.2020	31.12.2032
Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz), Änderung vom 18. Dezember 2020 (AS 2020 5821)	Mit der Änderung des dringlichen Bundesgesetzes soll auf die aktuellen Entwicklungen der zweiten Welle der Covid-Pandemie reagiert werden. Unter anderem ermöglicht die Änderung eine Aufstockung des Härtefallprogramms auf insgesamt 2,5 Milliarden Franken. Die dringliche Änderung des Ordnungsbussengesetzes ermöglicht, neu geringfügige Übertretungen des Epidemiengesetzes wie z. B. Verstösse gegen die Pflicht zum Tragen einer Gesichtsmaske im Ordnungsbussenverfahren zu ahnden (vgl. Teil XIII Abschnitt 4.1.1.a).	Dringliche Gesetzesänderungen mit Verfassungsgrundlage (Mantelgesetz)	Bundesrat	–	18.12.2020	Das nachträglich fakultative Referendum wurde nicht ergriffen.	19.12.2020	31.12.2031
Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz), Änderung vom 19. März 2021 (AS 2021 153)	Erneut soll mit einer Änderung des Covid-19-Gesetzes auf die aktuelle Entwicklung reagiert werden. Unter anderem wird das Härtefallprogramm auf 10 Milliarden Franken aufgestockt, die Covid-19-Massnahmen bei der Arbeitslosenversicherung angepasst und es werden Massnahmen zugunsten von durch die öffentliche Hand geführten Institutionen der familienergänzenden Kinderbetreuung sowie die Ausfallentschädigungen an Kulturschaffende ermöglicht.	Dringliche Gesetzesänderung mit Verfassungsgrundlage	Bundesrat	–	19.03.2021	Das nachträglich fakultative Referendum wurde ergriffen.	20.03.2021	31.12.2021 / 31.12.2022 / 31.12.2023
Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz, AVIG) vom 12. August 2020, Änderung vom 19. März 2021 (AS 2021 154)	Die dringliche Änderung schafft die gesetzliche Grundlage damit der Bund auch 2021 die Kosten der Kurzarbeitsentschädigungen übernehmen kann.	Dringliche Gesetzesänderung mit Verfassungsgrundlage	Bundesrat	–	19.03.2021	Kein Referendum	20.03.2021	31.12.2021
Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz), Änderung vom 19. März 2021 (AS 2021 354)	Mit der dringlichen Änderung wird die Erwerbsausfallentschädigung bis 31. Dezember 2021 verlängert. Ausserdem wird die gesetzliche Obergrenze von 115 Millionen Franken für A-fonds-perdu-Beiträge an Sportklubs der professionellen und semi-professionellen Ligen aufgehoben. Das Gesetz hält zudem neu fest, dass sobald der impfwillige erwachsene Teil der Bevölkerung ausreichend geimpft ist, die Kapazitätsbeschränkungen für öffentlich zugängliche Einrichtungen und Betriebe sowie Veranstaltungen und private Zusammenkünfte aufzuheben ist; angemessene Schutzkonzepte sind möglich, sofern sie verhältnismässig sind.	Dringliche Gesetzesänderung mit Verfassungsgrundlage	Bundesrat	–	18.06.2021	Die Referendumsfrist für das nachträgliche fakultative Referendum läuft.	19.06.2021	31.12.2021

COVID-19-FINANZBESCHLÜSSE DER BUNDESVERSAMMLUNG

Akt	Inhalt	Erlassarten	Initiant/in	Erlassdatum	Referendum
Bundesbeschluss Ia über den Nachtrag I zum Voranschlag 2020 vom 05. Mai 2020	Die Bundesversammlung bewilligt z. T. nachträglich Covid-19-Nachtragskredite von rund 16,0 Milliarden Franken sowie Covid-19-Verpflichtungskredite von rund 41,8 Milliarden Franken. Bei den Nachtragskrediten handelt es sich u. a. um Kredite für den Erwerbsersatz (5, 3 Mia.) und für die Beschaffung von Sanitätsmaterial (2,4 Mia.) sowie um einen ausserordentlichen Bundesbeitrag an die Arbeitslosenversicherung (6 Mia.). Das Parlament bewilligt Verpflichtungskredite für Covid-19-Solidarbürgschaften (40 Mia.), für Garantien für die Luftverkehrsunternehmen (1,2 Mia.) und die flughnahen Betriebe (0,6 Mia.).	Einfacher Bundesbeschluss	Bundesrat	05.05.2020	Untersteht nicht dem Referendum
Bundesbeschluss Ia über den Nachtrag IIa zum Voranschlag 2020 vom 04. Juni 2020	Mit dem Nachtrag IIa genehmigt das Parlament weitere 11 Nachtragskredite im Umfang von 14,9 Milliarden Franken. Davon entfällt der grösste Teil auf einen weiteren ausserordentlichen Bundesbeitrag an die Arbeitslosenversicherung (14,2 Mia.). Zudem genehmigt das Parlament zwei Verpflichtungskredite für die Schweizer Beteiligung an den internationalen Bemühungen zur Bewältigung der Pandemie im Umfang von 307 Millionen Franken sowie die Aufstockung der landwirtschaftlichen Zahlungsrahmen «Produktion und Absatz 2018–2021» um 7 Millionen Franken	Einfacher Bundesbeschluss	Bundesrat	04.06.2020	Untersteht nicht dem Referendum
Bundesbeschluss IIa über den Nachtrag IIb zum Voranschlag 2020 vom 10. September 2020	Zur Bewältigung der Corona-Pandemie bewilligt das Parlament weitere 13 Nachtragskredite im Umfang von rund 770 Millionen Franken. Die Nachträge betreffen schwergewichtig die Kosten für Coronatests (288,5 Mio.), eine zusätzliche Einlage in den Bahninfrastrukturfonds (221,3 Mio.) und die Rekapitalisierung von Skyguide (150 Mio.). Das Parlament bewilligt zudem einen Verpflichtungskredit von 5,8 Millionen Franken für die Deckung der Lagerkosten und allfälliger Wertverluste der Alcosuisse AG aus dem An- und Verkauf von Ethanol.	Einfacher Bundesbeschluss	Bundesrat	10.09.2020	Untersteht nicht dem Referendum
Bundesbeschluss IV über den Nachtrag II zum Voranschlag 2020 vom 02. Dezember 2020	Die Räte bewilligen zusammen mit anderen Kreditanträgen einen Verpflichtungskredit von 30 Millionen Franken für die Beschaffung von Arzneimitteln zur Behandlung von Corona-Patienten.	Einfacher Bundesbeschluss	Bundesrat	02.12.2020	Untersteht nicht dem Referendum
Bundesbeschluss zu einem Übergangsvoranschlag bis zur Verabschiedung des Voranschlags 2021 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2022-2024 vom 02. Dezember 2020	Der Bundesbeschluss regelt den Übergangsvoranschlag bis zur Verabschiedung des Voranschlags 2021 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2022-2024. Da der Voranschlag 2021 von den Räten in der Wintersession zu Ende beraten werden kann, tritt der Bundesbeschluss nicht in Kraft.	Einfacher Bundesbeschluss	Bundesversammlung (20.481)	02.12.2020	
Bundesbeschluss Ia über den Voranschlag für das Jahr 2021 vom 16. Dezember 2020	Mit diesem Bundesbeschluss bewilligt die Bundesversammlung Covid-19-Voranschlagskredite von rund 6,6 Milliarden Franken und einen Verpflichtungskredit für die Covid-19-Härtefallmassnahmen für Unternehmen der Kantone von 1,9 Milliarden Franken.	Einfacher Bundesbeschluss	Bundesrat	16.12.2020	Untersteht nicht dem Referendum
Bundesbeschluss über den Nachtrag Ia zum Voranschlag 2021 vom 19. März 2021	Mit diesem Bundesbeschluss bewilligt die Bundesversammlung 9 Covid-19-Nachtragskredite im Umfang von 14,4 Milliarden für weitere Massnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie. Sie entfallen grösstenteils auf die Härtefallmassnahmen für Unternehmen (6,3 Mrd.), die Kurzarbeitsentschädigung (6 Mrd.), die Kosten für Coronatests (989,8 Mio.) sowie den Erwerbsersatz (940 Mio.).	Einfacher Bundesbeschluss	Bundesrat	10.03.2021	Untersteht nicht dem Referendum
Bundesbeschluss über die Finanzierung der Härtefallmassnahmen nach dem Covid-19-Gesetz vom 10. März 2021	Mit dem Bundesbeschluss bewilligt das Parlament einen Verpflichtungskredit für die Härtefallmassnahmen von 8,2 Milliarden Franken.	Einfacher Bundesbeschluss	Bundesrat	10.03.2021	Untersteht nicht dem Referendum

Akt	Inhalt	Erlassarten	Initiant/in	Erlassdatum	Referendum
Bundesbeschluss über den Nachtrag I zum Voranschlag 2021 vom 7. Juni 2021	Mit diesem Bundesbeschluss bewilligt die Bundesversammlung weitere Covid-19-Nachtragskredite im Umfang von 3,1 Milliarden für weitere Massnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie. Die neuen beantragten Covid-19-Ausgaben entfallen vor allem auf die Corona-Tests (2,4 Mrd.), welche neu über den ausserordentlichen Haushalt finanziert werden sollen.	Einfacher Bundesbeschluss	Bundesrat	07.06.2021	Untersteht nicht dem Referendum

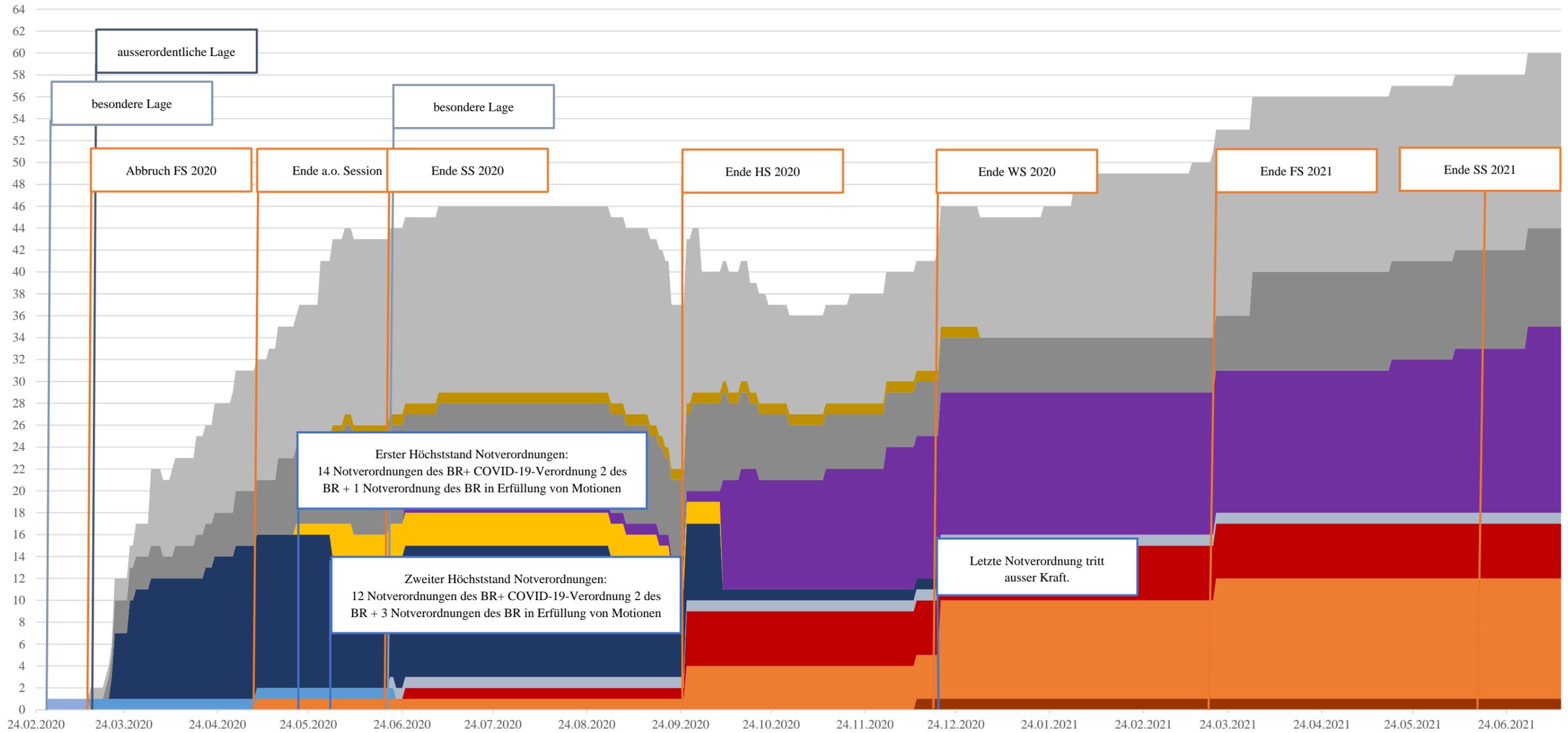
WEITERE COVID-19-AKTE DER BUNDESVERSAMMLUNG

Akt	Inhalt	Erlassart	Initiant/in	Erlassdatum	Referendum
Bundesbeschluss über den Assistenzdienst der Armee zur Unterstützung der zivilen Behörden im Rahmen der Massnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie vom 5. Mai 2020 (BBL 2020 4669)	Die Bundesversammlung genehmigt nachträglich den Einsatz von maximal 8000 Armeeingehörigen im Assistenzdienst zur Unterstützung der zivilen Behörden der Kantone und des Bundes im Rahmen der Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie bis zum 30. Juni 2020.	Einfacher Bundesbeschluss	Bundesrat	05.05.2020	Untersteht nicht dem Referendum
Bundesbeschluss über den Assistenzdienst der Armee zur Unterstützung des zivilen Gesundheitswesens im Rahmen der Massnahmen zur Bekämpfung der zweiten Welle der Covid-19-Epidemie vom 2. Dezember 2020 (BBI 2021 67)	Die Bundesversammlung genehmigt nachträglich den Einsatz von maximal 2500 Armeeingehörigen im Assistenzdienst zur Unterstützung des zivilen Gesundheitswesens im Rahmen der Massnahmen zur Bekämpfung der zweiten Welle der Covid-19-Epidemie bis zum 31. März 2021.	Einfacher Bundesbeschluss	Bundesrat	02.12.2020	Untersteht nicht dem Referendum

ANHANG XI: COVID-19-RECHTSETZUNGSAKTE DER BUNDESVERSAMMLUNG UND DES BUNDESRATES IN ZAHLEN UND IM ÜBERBLICK

24.02.2020 – 12.07.2021

Anzahl Covid-19-Rechtsetzungsakte nach Erlassart



Erster Höchststand Notverordnungen:
14 Notverordnungen des BR+ COVID-19-Verordnung 2 des BR + 1 Notverordnung des BR in Erfüllung von Motionen

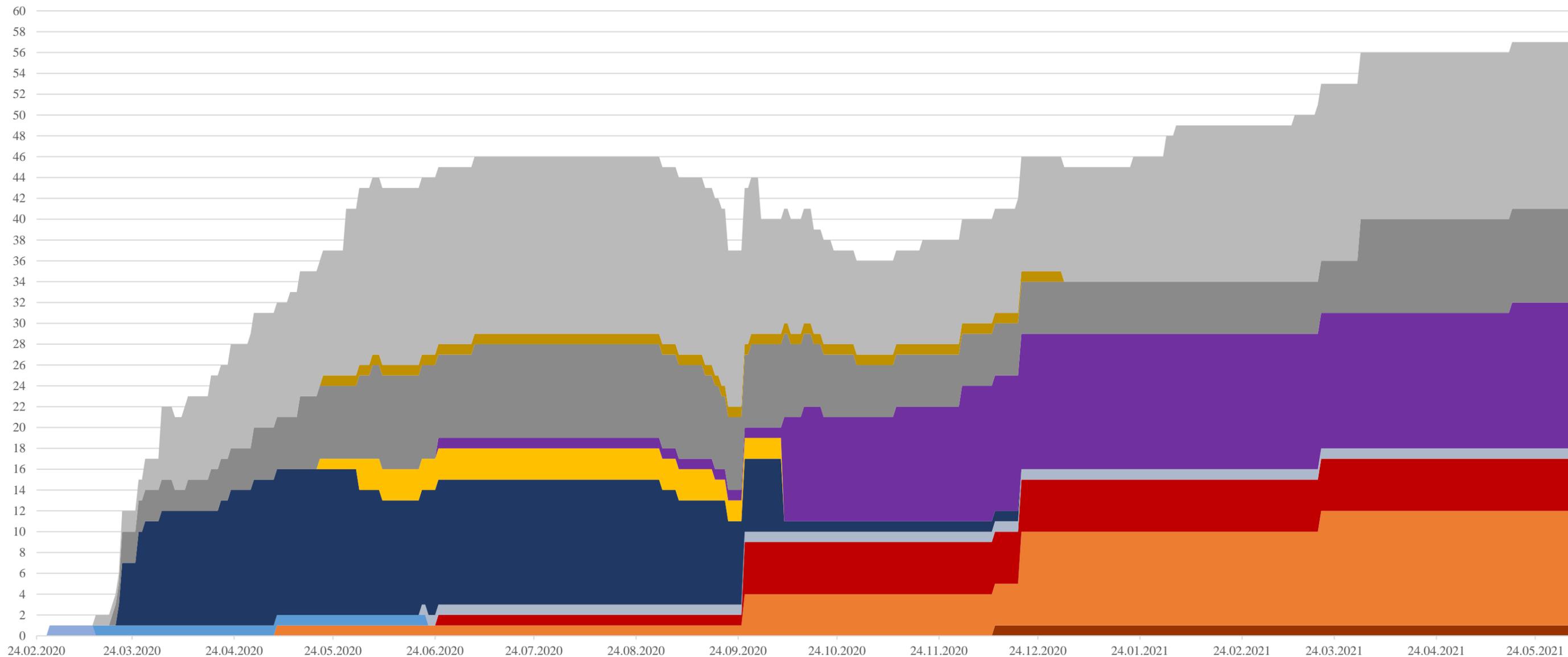
Zweiter Höchststand Notverordnungen:
12 Notverordnungen des BR+ COVID-19-Verordnung 2 des BR + 3 Notverordnungen des BR in Erfüllung von Motionen

Letzte Notverordnung tritt ausser Kraft.

- Änderung bestehender unselbstständiger Verordnungen des Bundesrates
- Neue unselbstständige Verordnungen des Bundesrates in Erfüllung einer Motion basierend auf einem ordentlichen Bundesgesetz
- Neue unselbstständige Verordnungen des Bundesrates basierend auf einem ordentlichen Bundesgesetz
- Neue unselbstständige Verordnungen des Bundesrates basierend auf einem dringlichen Bundesgesetz mit Verfassungsgrundlage
- Notverordnungen des Bundesrates in Erfüllung einer Motion
- Notverordnungen des Bundesrates
- Covid-19-Verordnung besondere Lage
- Covid-19-Verordnung 2 des Bundesrates
- Covid-19-Verordnung 1 des Bundesrates
- Von der Bundesversammlung mittels einer Motion initiierte dringliche Bundesgesetze mit Verfassungsgrundlage
- Vom Bundesrat initiierte dringliche Bundesgesetze mit Verfassungsgrundlage
- Von der Bundesversammlung initiierte dringliche Bundesgesetze ohne Verfassungsgrundlage

Gezählt wurden die Erlasse, welche am jeweiligen Stichtag in Kraft waren. Die rückwirkend geltenden Erlasse wurden erst ab ihrem Erlassstag gezählt. Bei Mantelerlassen wurden die geänderten Erlasse einzeln gezählt. Auch Änderungen in anderen Erlassen wurden einzeln gezählt.

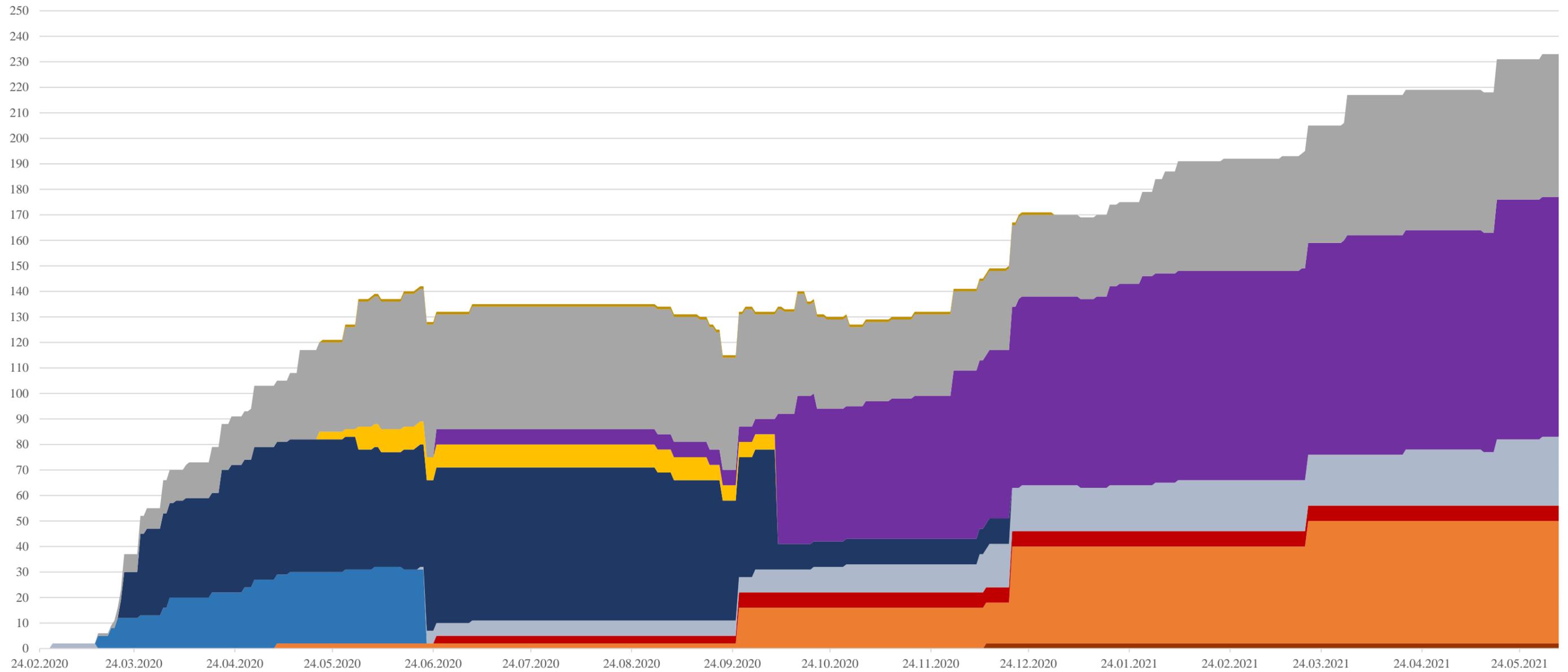
Anzahl Covid-19-Rechtsetzungsakte nach Erlassart (unbeschriftet)



- Änderung bestehender unselbstständiger Verordnungen des Bundesrates
- Neue unselbstständige Verordnungen des Bundesrates in Erfüllung einer Motion basierend auf einem ordentlichen Bundesgesetz
- Neue unselbstständige Verordnungen des Bundesrates basierend auf einem ordentlichen Bundesgesetz
- Neue unselbstständige Verordnungen des Bundesrates basierend auf einem dringlichen Bundesgesetz mit Verfassungsgrundlage
- Notverordnungen des Bundesrates in Erfüllung einer Motion
- Notverordnungen des Bundesrates
- Covid-19-Verordnung besondere Lage
- Covid-19-Verordnung 2 des Bundesrates
- Covid-19-Verordnung 1 des Bundesrates
- Von der Bundesversammlung mittels einer Motion initiierte dringliche Bundesgesetze mit Verfassungsgrundlage
- Vom Bundesrat initiierte dringliche Bundesgesetze mit Verfassungsgrundlage
- Von der Bundesversammlung initiierte dringliche Bundesgesetze ohne Verfassungsgrundlage

Gezählt wurden die Erlasse, welche am jeweiligen Stichtag in Kraft waren. Die rückwirkend geltenden Erlasse wurden erst ab ihrem Erlassstag gezählt.
Bei Mantelerlassen wurden die geänderten Erlasse einzeln gezählt. Auch Änderungen in anderen Erlassen (Ausnahme: Änderungen von Anhängen) wurden einzeln gezählt.

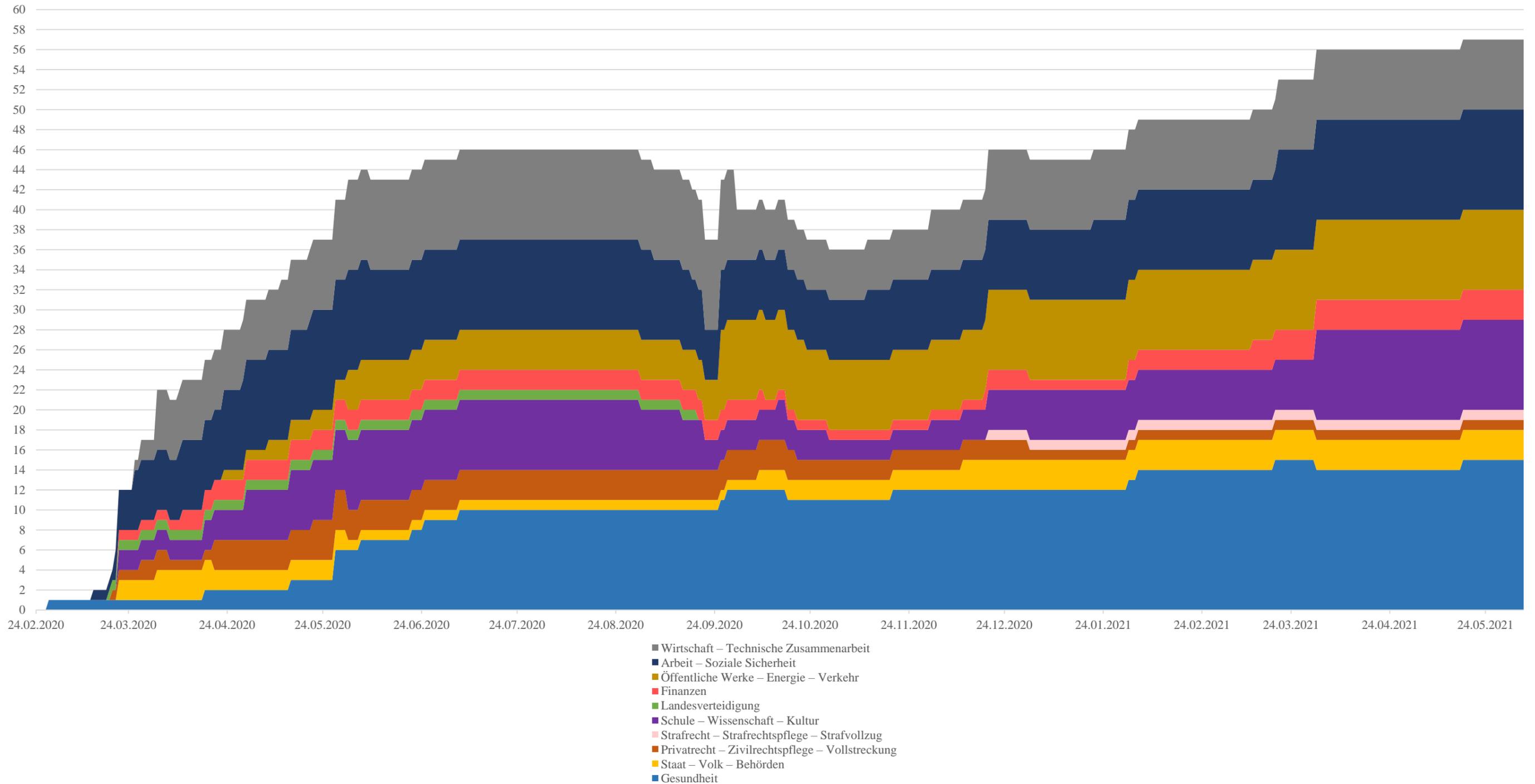
Anzahl Seiten Covid-19-Rechtsetzungsakte nach Erlassart (ohne Anhänge)



- Unselbstständiges Verordnungsrecht des Bundesrates in Erfüllung einer Motion basierend auf einem ordentlichen Bundesgesetz
- Unselbstständiges Verordnungsrecht des Bundesrates basierend auf einem ordentlichen Bundesgesetz
- Unselbstständiges Verordnungsrecht des Bundesrates basierend auf einem dringlichen Bundesgesetz mit Verfassungsgrundlage
- Notverordnungen des Bundesrates in Erfüllung einer Motion
- Notverordnungen des Bundesrates
- Covid-19-Verordnung besondere Lage
- Covid-19-Verordnung 2 des Bundesrates
- Covid-19-Verordnung 1 des Bundesrates
- Von der Bundesversammlung mittels einer Motion initiierte dringliche Bundesgesetze mit Verfassungsgrundlage
- Vom Bundesrat initiierte dringliche Bundesgesetze mit Verfassungsgrundlage
- Von der Bundesversammlung initiierte dringliche Bundesgesetze ohne Verfassungsgrundlage

Gezählt wurden die Erlasse, welche am jeweiligen Stichtag in Kraft waren. Die rückwirkend geltenden Erlasse wurden erst ab ihrem Erlassstag gezählt.

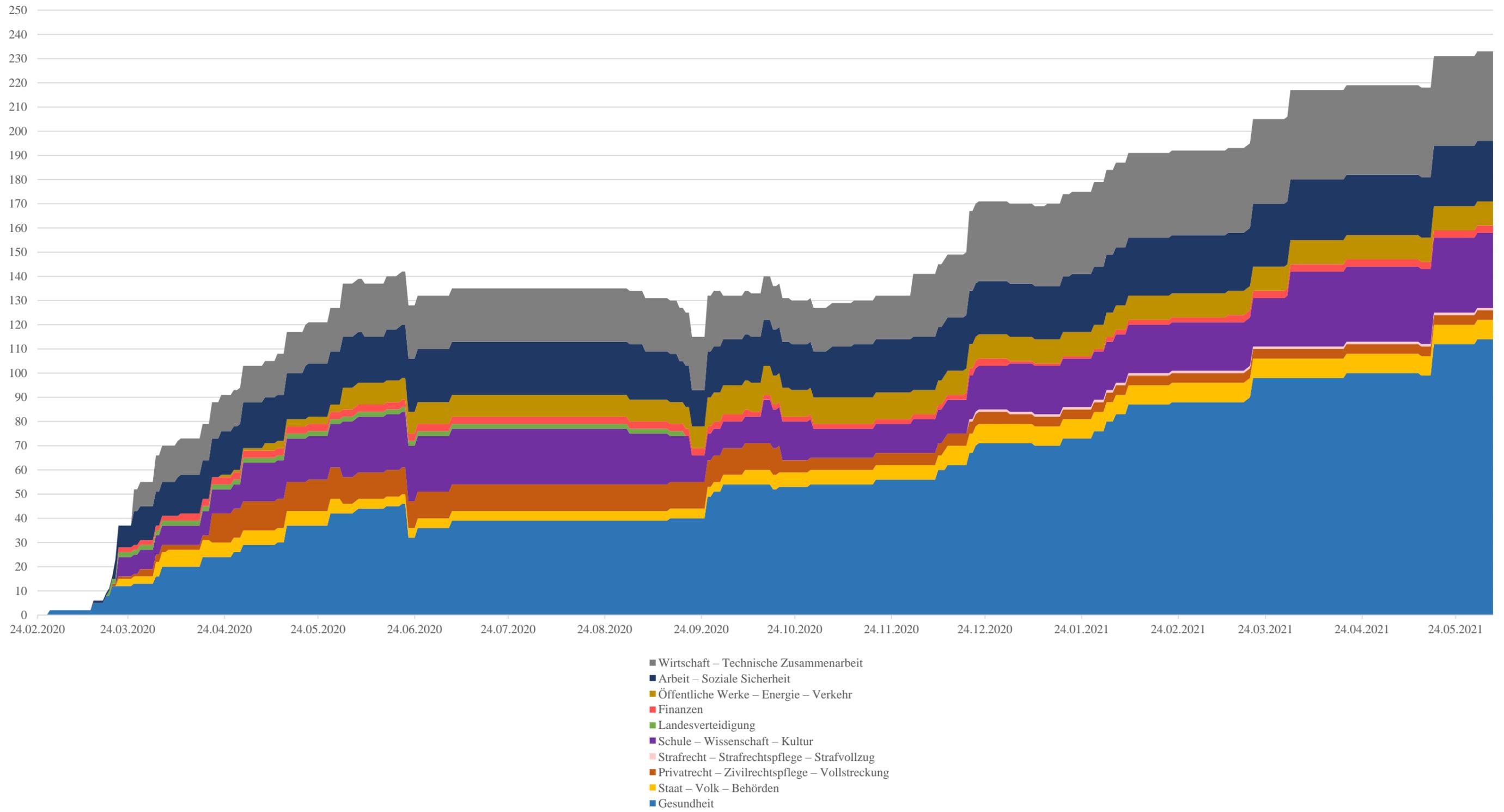
Anzahl Covid-19-Rechtssetzungsakte nach SR-Themengebiet



Gezählt wurden die Erlasse, welche am jeweiligen Stichtag in Kraft waren. Die rückwirkend geltenden Erlasse wurden erst ab ihrem Erlassstag gezählt.

Bei Mantelerlassen wurden die geänderten Erlasse einzeln gezählt. Auch Änderungen in anderen Erlassen (Ausnahme: Änderungen von Anhängen) wurden einzeln gezählt.

Anzahl Seiten Covid-19-Rechtsetzungsakte nach SR-Themengebiet (ohne Anhänge)



Gezählt wurden die Erlasse, welche am jeweiligen Stichtag in Kraft waren. Die rückwirkend geltenden Erlasse wurden erst ab ihrem Erlassstag gezählt.

DIE COVID-19-RECHTSETZUNGSAKTE DES BUNDESRATES UND DER BUNDEVERSAMMLUNG UND IHRE GELTUNGSDAUER

		2020										2021								
		Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	> Juli 2021
Staat – Volk – Behörden																				
SR 142.318	Verordnung über Massnahmen im Asylbereich im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19-Verordnung Asyl) vom 1. April 2020			2. April						8. Okt.										31. Dez. 2021
SR 161.16	Verordnung über den Fristenstillstand bei eidgenössischen Volksbegehren vom 20. März 2020		21. März		31. Mai															
SR 161.17	Verordnung über die Stimmrechtsbescheinigung bei eidgenössischen Volksreferenden in Zeiten der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Verordnung Stimmrechtsbescheinigung) vom 7. Oktober 2020									8. Okt.							12. Mai			
SR 161.17	Verordnung über die Stimmrechtsbescheinigung bei eidgenössischen Volksreferenden und Volksinitiativen in Zeiten der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Verordnung Stimmrechtsbescheinigung) vom 12. Mai 2021																13. Mai			31. Dez. 2021
SR 171.10 (AS 2020 5375)	Bundesgesetz über die Bundesversammlung (Parlamentsgesetz, ParlG) vom 13. Dezember 2002, Änderung vom 10. Dezember 2020											11. Dez.								1. Okt. 2021
SR 173.110.4	Verordnung über den Stillstand der Fristen in Zivil- und Verwaltungsverfahren zur Aufrechterhaltung der Justiz im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19) vom 20. März 2020		21. März	19. April																

		2020										2021									
		Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	> Juli 2021	
Privatrecht – Zivilrechtspflege – Vollstreckung																					
SR 221.213.4	Verordnung über die Abfederung der Auswirkungen des Coronavirus im Miet- und Pachtwesen (COVID-19-Verordnung Miete und Pacht) vom 27. März 2020		28. März		31. Mai																
SR 272.81	Verordnung über Massnahmen in der Justiz und im Verfahrensrecht im Zusammenhang mit dem Coronavirus (Covid-19-Verordnung Justiz und Verfahrensrecht) vom 16. April 2020			20. April						8. Okt.										31. Dez. 2021	
SR 281.241	Verordnung über den Rechtsstillstand gemäss Artikel 62 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs vom 18. März 2020		19. März	4. April																	
SR 281.242	Verordnung über insolvenzrechtliche Massnahmen zur Bewältigung der Coronakrise (Covid-19-Verordnung Insolvenzrecht) vom 16. April 2020			20. April						8. Okt. 19. Okt.											
SR 281.243	Verordnung über den Rechtsstillstand nach Artikel 62 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs für die Reisebranche vom 20. Mai 2020				21. Mai							31. Dez.									
Strafrecht – Strafrechtspflege – Strafvollzug																					
SR 314.1	Ordnungsbussengesetz (OBG) vom 18. März 2016, Änderung vom 18. Dezember 2020											19. Dez.									31. Dez. 2023
(AS 2020 5821)																					

		2020											2021							
		Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	> Juli 2021
SR 314.11	Ordnungsbussenverordnung (OBV) vom 16. Januar 2019, Änderungen Anhang XV, Anhang XVI		13. März			21. Juni								1. Feb.						31. Dez. 2021
Schule – Wissenschaft – Kultur																				
SR 412.101.243	Verordnung über die Durchführung der Qualifikationsverfahren der beruflichen Grundbildung 2020 im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19-Verordnung Qualifikationsverfahren berufliche Grundbildung) vom 16. April 2020			17. April						16. Okt.										
SR 412.103.2	Verordnung über die Durchführung der kantonalen Prüfungen 2020 der eidgenössischen Berufsmaturität und die Promotion angesichts der Pandemie des Coronavirus (COVID-19-Verordnung kantonale Berufsmaturitätsprüfungen) vom 29. April 2020			30. April						29. Okt.										
SR 412.103.2	Verordnung über die kantonalen Prüfungen 2021 der eidgenössischen Berufsmaturität und über die Promotion im Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Verordnung kantonale Berufsmaturitätsprüfungen 2021) vom 12. März 2021															1. April				31. Dez. 2021
SR 413.141	Verordnung über die Ergänzungsprüfung 2021 für die Zulassung von Inhaberinnen und Inhabern eines eidgenössischen Berufsmaturitätszeugnisses oder eines gesamtschweizerisch anerkannten Fachmaturitätszeugnisses zu den universitären Hochschulen im Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Verordnung Passerellen-Ergänzungsprüfung 2021) vom 12. März 2021															1. April				31. Dez. 2021

		2020										2021								
		Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	> Juli 2021
SR 413.16	Verordnung über die Durchführung der kantonalen gymnasialen Maturitätsprüfungen 2020 angesichts der Pandemie des Coronavirus (COVID-19-Verordnung gymnasiale Maturitätsprüfungen) vom 29. April 2020			30. April				31. Aug.												
SR 413.16	Verordnung über die kantonalen gymnasialen Maturitätsprüfungen 2021 im Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Verordnung gymnasiale Maturitätsprüfungen 2021) vom 12. März 2021															1. April				31. Dez. 2021
SR 413.17	Verordnung über die Durchführung der schweizerischen Maturitätsprüfung 2020 angesichts der Pandemie des Coronavirus (Covid-19-Verordnung schweizerische Maturitätsprüfung) vom 13. Mai 2020				14. Mai				13. Sept.											
SR 413.17	Verordnung über die schweizerische Maturitätsprüfung 2021 im Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Verordnung schweizerische Maturitätsprüfung 2021) vom 12. März 2021															1. April				31. Dez. 2021
SR 415.01	Verordnung über die Förderung von Sport und Bewegung (Sportförderungsverordnung, SpoFöV) vom 23. Mai 2012, Änderung vom 20. Mai 2020 sowie Änderung vom 4. November 2020					1. Juni														31. Dez. 2021
(AS 2020 1757, AS 2020 4579)																				
SR 415.021	Verordnung über Begleitmassnahmen im Sportbereich zur Abfederung der Folgen von Massnahmen des Bundes zur Bekämpfung des Coronavirus (COVID-19-Verordnung Sport) vom 20. März 2020		21. März						20. Sept.											

		2020										2021								
		Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	> Juli 2021
SR 415.022	Verordnung über Massnahmen im Bereich des professionellen und semiprofessionellen Mannschaftssports zur Abfederung der Folgen der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Verordnung Mannschaftssport) vom 4. November 2020											1. Dez. 19. Dez.								
SR 415.022	Verordnung über die Gewährung von A-Fonds-perdu-Beiträgen und Darlehen an Klubs des professionellen und semiprofessionellen Mannschaftssports zur Abfederung der Folgen der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Verordnung Mannschaftssport) vom 18. Dezember 2020											19. Dez.								31. Dez. 2021
SR 420.11 (AS 2020 5427)	Verordnung zum Bundesgesetz über die Förderung der Forschung und der Innovation (Forschungs- und Innovationsförderungsverordnung, V-FIFG) vom 29. November 2013, Änderung vom 11. Dezember 2020												1. Jan.							31. Dez. 2022
SR 431.03 (AS 2020 5831)	Bundesgesetz über die Unternehmens-Identifikationsnummer (UIDG) vom 18. Juni 2010, Änderung vom 18. Dezember 2020											19. Dez.								31. Dez. 2032
SR 442.15	Verordnung über die Abfederung der wirtschaftlichen Auswirkungen des Coronavirus (COVID-19) im Kultursektor (COVID-Verordnung Kultur) vom 20. März 2020		21. März						20. Sept.											

		2020											2021							
		Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	> Juli 2021
SR 442.15	Verordnung über die Massnahmen im Kulturbereich gemäss Covid-19-Gesetz (Covid-19-Kulturverordnung) vom 14. Oktober 2020								26. Sept.											31. Dez. 2021
Landesverteidigung																				
SR 531.215.33	Verordnung über die Beschränkung der Abgabe von Arzneimitteln vom 18. März 2020		18. März						18. Sept.											
Finanzen																				
SR 632.103.1	Verordnung über die vorübergehende Aussetzung von Zollansätzen für medizinische Güter vom 8. April 2020			10. April					9. Okt.											
SR 641.201	Mehrwertsteuerverordnung vom 27. November 2009 (MWSTV), Änderung vom 18. Dezember 2020 sowie Änderung vom 27. Januar 2021 und vom 12. März 2021					22. Juni							28. Jan.	1. Feb.						31. Dez. 2021
(AS 2020 5801, AS 2021 53, AS 2021 145)																				
SR 641.207.2	Verordnung über den befristeten Verzicht auf Verzugszinsen bei verspäteter Zahlung von Steuern, Lenkungsabgaben und Zollabgaben sowie Verzicht auf die Darlehensrückerstattung durch die Schweizerische Gesellschaft für Hotkredit vom 20. März 2020		21. März									31. Dez.								

		2020										2021								
		Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	> Juli 2021
Öffentliche Werke – Energie – Verkehr																				
SR 783.1 (AS 2020 5831)	Bundesgesetz über die Organisation der Schweizerischen Post (Postorganisationsgesetz, POG) vom 17. Dezember 2010, Änderung vom 18. Dezember 2020											19. Dez.								31. Dez. 2032
SR 740.1 (AS 2020 3825)	Bundesgesetz über die Verlagerung des alpenquerenden Güterschwerverkehrs von der Strasse auf die Schiene (Güterverkehrsverlagerungsgesetz, GVVG) vom 19. Dezember 2008, Änderung vom 25. September 2020								26. Sept.											31. Dez. 2021
SR 742.140 (AS 2020 3825)	Bundesgesetz über den Fonds zur Finanzierung der Eisenbahninfrastruktur (Bahninfrastrukturfondsgesetz, BIFG) vom 21. Juni 2013, Änderung vom 25. September 2020								26. Sept.											31. Dez. 2021
SR 742.41 (AS 2020 3825)	Bundesgesetz über den Gütertransport durch Bahn- und Schifffahrtsunternehmen (Gütertransportgesetz, GüTG) vom 25. September 2015, Änderung vom 25. September 2020								26. Sept.											31. Dez. 2021
SR 745.1 (AS 2020 3825)	Bundesgesetz über die Personenbeförderung (Personenbeförderungsgesetz, PBG) vom 20. März 2009, Änderung vom 25. September 2020								26. Sept.											31. Dez. 2021
SR 748.0 (AS 2020 1493)	Bundesgesetz über die Luftfahrt (Luftfahrtgesetz, LFG,) vom 21. Dezember 1948, Änderung vom 6. Mai 2020				7. Mai															31. Dez. 2025

		2020											2021							
		Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	> Juli 2021
SR 748.131.1 (AS 2020 1331)	Verordnung über die Infrastruktur der Luftfahrt (VIL) vom 23. November 1994, Änderung vom 22. April 2020			23. April						22. Okt.										
SR 783.03	Verordnung über Übergangsmassnahmen zugunsten der Printmedien im Zusammenhang mit dem Coronavirus (Covid-19-Verordnung Printmedien) vom 20. Mai 2020					1. Juni				8. Okt.										31. Dez. 2021
SR 784.402	Verordnung über Übergangsmassnahmen zugunsten der elektronischen Medien im Zusammenhang mit dem Coronavirus (Covid-19-Verordnung elektronische Medien) vom 20. Mai 2020					1. Juni				8. Okt.										31. Dez. 2021
Gesundheit – Arbeit – Soziale Sicherheit																				
SR 811.112.0 (AS 2020 1811)	Verordnung über Diplome, Ausbildung, Weiterbildung und Berufsausübung in den universitären Medizinalberufen (Medizinalberufeverordnung, MedBV) vom 27. Juni 2007, Änderung vom 27. Mai 2020				28. Mai															31. Okt. 2021
SR 811.113.3 (AS 2020 1811)	Verordnung über die eidgenössischen Prüfungen der universitären Medizinalberufe (Prüfungsverordnung MedBG) vom 26. November 2008, Änderung vom 27. Mai 2020				28. Mai															31. Okt. 2021

		2020											2021							
		Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	> Juli 2021
SR 811.117.3 (AS 2020 1811)	Verordnung über das Register der universitären Medizinalberufe (Registerverordnung MedBG) vom 5. April 2017, Änderung vom 27. Mai 2020				28. Mai															31. Okt. 2021
SR 812.121.6 (AS 2020 3829)	Verordnung über Betäubungsmittelsucht und andere suchtbedingte Störungen (Betäubungsmittelsuchtverordnung, BetmSV) vom 25. Mai 2011, Änderung vom 25. September 2020								28. Sept.											31. Dez. 2021
SR 814.203	Verordnung über Erleichterungen im Umweltrecht im Zusammenhang mit dem Coronavirus (Covid-19) (Covid-19-Verordnung Umweltrecht) vom 5. Juni 2020					15. Juni														31. März 2022
SR 817.02 (AS 2020 1243)	Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung (LGV) vom 16. Dezember 2016, Änderung vom 16. April 2020			17. April						16. Okt.										
SR 818.101 (AS 2020 2191)	Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz, EpG) vom 28. September 2012, Änderung vom 19. Juni 2020					25. Juni														30. Juni 2022
SR 818.101.1 (AS 2020 4733, AS 2021 53, AS 2021 66, AS 2021 156, AS 2021 377)	Verordnung über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemienvorordnung, EpV) vom 29. April 2015, Änderung vom 18. November 2020 sowie Änderung vom 27. Januar 2021, vom 19. März 2021 und vom 23. Juni 2021										19. Nov.			1. Feb.	1. März	1. Juni				31. Aug. 2021/ 31. Dez. 2021/ 30. Juni 2022

		2020											2021							
		Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	> Juli 2021
SR 818.101.24	Verordnung über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (COVID-19) vom 28. Februar 2020	28. Feb.	13. März																	
SR 818.101.24	Verordnung 2 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (COVID-19) (COVID-19-Verordnung 2) vom 13. März 2020		13. März			22. Juni														
SR 818.101.24	Verordnung 3 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (Covid-19) (Covid-19-Verordnung 3) vom 19. Juni 2020					22. Juni				8. Okt.										31. Dez. 2021
SR 818.101.25	Verordnung über den Pilotversuch mit dem «Swiss Proximity-Tracing-System» zur Benachrichtigung von Personen, die potenziell dem Coronavirus (Covid-19) ausgesetzt waren (Covid-19-Verordnung Pilotversuch Proximity-Tracing) vom 13. Mai 2020				14. Mai	24. Juni														
SR 818.101.25	Verordnung über das Proximity-Tracing-System für das Coronavirus Sars-CoV-2 (VPTS) vom 24. Juni 2020					25. Juni														30. Juni 2022
SR 818.101.28	Verordnung über Massnahmen für Publikumsanlässe von überkantonaler Bedeutung im Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Verordnung Publikumsanlässe) vom 26. Mai 2021																27. Mai			30. April 2022

		2020											2021							
		Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	> Juli 2021
SR 818.101.26	Verordnung über Massnahmen in der besonderen Lage zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Verordnung besondere Lage) vom 19. Juni 2020					20. Juni														
SR 818.101.27	Verordnung über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (Covid-19) im Bereich des internationalen Personenverkehrs (Covid-19-Verordnung Massnahmen im Bereich des internationalen Personenverkehrs) vom 2. Juli 2020						6. Juli						8. Feb.							
SR 818.101.27	Verordnung über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (Covid-19) im Bereich des internationalen Personenverkehrs (Covid-19-Verordnung Massnahmen im Bereich des internationalen Personenverkehrs) vom 27. Januar 2021												8. Feb.							
SR 818.102	Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz) vom 25. September 2020								26. Sept.											31. Dez. 2021
SR 818.102.2	Verordnung über Zertifikate zum Nachweis einer Covid-19-Impfung, einer Covid-19-Genesung oder eines Covid-19-Testergebnisses (Covid-19-Verordnung Zertifikate) vom 4. Juni 2021																	7. Juni		31. Dez. 2022
SR 818.102.3	Verordnung über Finanzhilfen an die Kantone für Massnahmen zugunsten von durch die öffentliche Hand geführten Institutionen der familienergänzenden Kinderbetreuung im Zusammenhang mit Covid-19 vom 18. Juni 2021																		1. Juli	31. Dez. 2022

		2020											2021							
		Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	> Juli 2021
SR 818.102.4	Verordnung über ein System zur Benachrichtigung über eine mögliche Ansteckung mit dem Coronavirus Sars-CoV-2 an Veranstaltungen (VBV) vom 30. Juni 2021																		1. Juli	30. Juni 2022
SR 823.115	Verordnung über Massnahmen im Bereich der Stellenmeldepflicht im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19-Verordnung Stellenmeldepflicht) vom 25. März 2020		26. März			7. Juni														
SR 830.31	Verordnung über Massnahmen bei Erwerbsausfall im Zusammenhang mit dem Coronavirus (Covid-19) (Covid-19-Verordnung Erwerbsausfall) vom 20. März 2020		17. März							8. Okt.									30. Juni	
SR 831.101	Verordnung über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVV) vom 31. Oktober 1947, Änderung vom 20. März 2020		21. März						20. Sept.											
(AS 2020 875)																				
SR 831.101	Verordnung über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVV) vom 31. Oktober 1947, Änderung vom 29. April 2020		21. März																	
(AS 2020 1407)																				
SR 831.40	Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen und Invalidenvorsorge (BVG) vom 25. Juni 1982, Änderungen vom 25. September 2020								26. Sept.											25. Sept. 2023
(AS 2020 3835; AS 2020 3845)																				

		2020										2021								
		Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	> Juli 2021
SR 831.471 SR 831.471	Verordnung über die Verwendung von Arbeitgeberbeitragsreserven für die Vergütung der Arbeitnehmerbeiträge an die berufliche Vorsorge im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19-Verordnung berufliche Vorsorge) vom 25. März 2020 / vom 11. November 2020		26. März						25. Sept.		12. Nov.									31. Dez. 2021
SR 834.15	Verordnung über die Entschädigung von Angehörigen der Armee und des Zivilschutzes im Einsatz zur Bewältigung der Coronapandemie (Covid-19-Verordnung Entschädigung Angehörige der Armee und des Zivilschutzes) vom 22. April 2020		6. März						5. Sept.											
SR 837.0 (AS 2020 3847, AS 2021 153,	Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz, AVIG) 25. Juni 1982, Änderungen vom 25. September 2020 und Änderunghen vom 19. März 2021								26. Sept.						20. März					31. Dez. 2021 / 31. Dez. 2022
SR 837.02 (AS 2020 875)	Verordnung über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (Arbeitslosenversicherungsverordnung, AVIV) vom 31. August 1983, Änderung vom 20. März 2020		21. März						20. Sept.											
SR 837.02 (AS 2020 779, AS 2020 1201, AS 2020 2875, AS 2020 3611 AS 2020 6449, AS 2021 16)	Verordnung über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (Arbeitslosenversicherungsverordnung, AVIV) vom 31. August 1983, Änderung vom 13. März 2020, 8. April 2020, vom 1. Juli 2020, 26. August 2020, 18. Dezember 2020 und 20. Januar 2021		13. März 20. März	9. April				31. Aug.	1. Sept.						31. März					31. Dez. 2021
SR 837.033	Verordnung über Massnahmen im Bereich der Arbeitslosenversicherung im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19) (COVID-19-Verordnung Arbeitslosenversicherung) vom 20. März 2020		1. März							8. Okt.										31. Dez. 2022

		2020										2021								
		Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	> Juli 2021
SR 862.1	Verordnung über die Abfederung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (Covid-19) auf die institutionelle familienergänzende Kinderbetreuung (Covid-19-Verordnung familienergänzende Kinderbetreuung) vom 20. Mai 2020		17. März						16. Sept.											
Wirtschaft – Technische Zusammenarbeit																				
SR 916.141	Verordnung über die ausserordentliche finanzielle Unterstützung der Deklassierung von Wein mit kontrollierter Ursprungsbezeichnung zu Tafelwein im Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19-Verordnung Deklassierung von Wein) vom 20. Mai 2020					1. Juni														31. Dez. 2023
SR 916.01	Verordnung über die Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen (Ag-reinfuhrverordnung, AEV) vom 26. Oktober 2011, Änderung vom 1. April 2020			2. April						1. Okt.										
(AS 2020 1141)																				
SR 916.341	Verordnung über den Schlachtvieh- und Fleischmarkt (Schlachtviehverordnung, SV) vom 26. November 2003, Änderung vom 1. April 2020			2. April						1. Okt.										
(AS 2020 1141)																				
SR 916.51	Verordnung über die Deklaration für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus in der Schweiz verbotener Produktion (Landwirtschaftliche Deklarationsverordnung, LDV) vom 26. November 2003, Änderung vom 1. April 2020			2. April						1. Okt.										
(AS 2020 1141)																				
SR 941.411	Verordnung über explosionsgefährliche Stoffe (Sprengstoffverordnung, SprstV) vom 27. November 2000, Änderung vom 27. Mai 2020 sowie Änderung vom 13. Januar 2021				28. Mai															31. Dez. 2022
(AS 2020 1829, AS 2021 25)																				

		2020										2021								
		Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	> Juli 2021
SR 943.032 (AS 2020 1149)	Verordnung über Zertifizierungsdienste im Bereich der elektronischen Signatur und anderer Anwendungen digitaler Zertifikate (Verordnung über die elektronische Signatur, VZertES) vom 23. November 2016, Änderung vom 1. April 2020			2. April						1. Okt.										
SR 943.11 (AS 2020 1509)	Verordnung über das Gewerbe der Reisenden (RGV) vom 4. September 2002, Änderung vom 8. Mai 2020				11. Mai															
SR 951.26	Bundesgesetz über Kredite mit Solidarbürgschaft infolge des Coronavirus (Covid-19-Solidarbürgschaftsgesetz, Covid-19-SBüG) vom 18. Dezember 2020											19. Dez.								31. Dez. 2032
SR 951.261	Verordnung zur Gewährung von Krediten und Solidarbürgschaften infolge des Coronavirus (COVID-19-Solidarbürgschaftsverordnung, Covid-19-SBüV) vom 25. März 2020		26. März									19. Dez.								
SR 951.262	Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen im Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung) vom 25. November 2020											1. Dez.								31. Dez. 2021 /2031
SR 952.03 (AS 2020 1105)	Verordnung über die Eigenmittel und Risikoverteilung für Banken und Effekthändler (Eigenmittelverordnung, ERV) vom 1. Juni 2012, Änderung vom 27. März 2020		28. März																	

		2020											2021							
		Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	> Juli 2021
SR 951.11	Bundesgesetz über die Schweizerische Nationalbank (Nationalbankgesetz, NBG) vom 3. Oktober 2003, Änderung vom 18. Dezember 2020											19. Dez.								31. Dez. 2021
(AS 2020 5831)																				

Farbenlegende

- Unselbstständiges Verordnungsrecht des Bundesrates in Erfüllung einer Motion basierend auf einem ordentlichen Bundesgesetz
- Unselbstständiges Verordnungsrecht des Bundesrates basierend auf einem ordentlichen Bundesgesetz
- Unselbstständiges Verordnungsrecht des Bundesrates basierend auf einem dringlichen Bundesgesetz mit Verfassungsgrundlage
- Notverordnungen des Bundesrates in Erfüllung einer Motion
- Notverordnungen des Bundesrates
- Covid-19-Verordnung besondere Lage
- Covid-19-Verordnung 2 des Bundesrates
- Covid-19-Verordnung 1 des Bundesrates
- Von der Bundesversammlung mittels einer Motion initiierte dringliche Bundesgesetze mit Verfassungsgrundlage
- Vom Bundesrat initiierte dringliche Bundesgesetze mit Verfassungsgrundlage
- Von der Bundesversammlung initiierte dringliche Bundesgesetze ohne Verfassungsgrundlage

ANHANG XII: BEWILLIGTE COVID-19-KREDITE UND ZAHLUNGSRAHMEN

CORONAVIRUS: FINANZIELLE ABFEDERUNGSMASSNAHMEN IM JAHR 2020

in Franken			Bewilligte Mittel*	Getätigte
Total Voranschlagskredite			31 252 992	14 998 111 486
<i>davon ausserordentliche Ausgaben</i>			850	14 672 400 896
Amt	Kredit-Nr.	Kreditbezeichnung		
101 Bundesversammlung	A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget) Parlamentsdienste	6 700 000	6 700 000
101 Bundesversammlung	A202.0102	Parlament	400 000	100 000
202 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten	A290.0117	Darlehen Internationales Komitee vom Roten Kreuz	200 000 000	200 000 000
202 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten	A290.0118	Humanitäre Hilfe	50 500 000	50 500 000
202 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten	A290.0121	Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit	57 000 000	57 000 000
306 Bundesamt für Kultur	A231.0124	Förderung der Ausbildung junger Auslandschweizer	3 500 000	3 354 279
306 Bundesamt für Kultur	A290.0107	Soforthilfe für Kulturunternehmen	5 000 000	4 474 000
306 Bundesamt für Kultur	A290.0108	Soforthilfe für Kulturschaffende	25 000 000	7 621 750
306 Bundesamt für Kultur	A290.0109	Ausfallentschädigung Kulturunternehmen + -schaffende	195 000 000	138 916 495
306 Bundesamt für Kultur	A290.0111	Kulturvereine im Laienbereich	21 000 000	18 349 680
306 Bundesamt für Kultur	A290.0131	Leistungsvereinbarungen Kultur Kantone	34 000 000	
316 Bundesamt für Gesundheit	A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	28 200 000	28 200 000
316 Bundesamt für Gesundheit	A231.0213	Beitrag Gesundheitsschutz und Prävention	13 400 000	13 400 000
316 Bundesamt für Gesundheit	A290.0112	Beschaffung Arzneimittel	30 000 000	2 939 449
316 Bundesamt für Gesundheit	A290.0130	Bundesfinanzierung SARS-CoV-2-Tests	538 500 000	193 801 525
318 Bundesamt für Sozialversicherungen	A290.0104	Leistungen Erwerbersersatz	5 300 000 000	2 200 664 282
318 Bundesamt für Sozialversicherungen	A290.0115	Kinderbetreuung	65 000 000	5 923 856
504 Bundesamt für Sport	A290.0102	Darlehen	50 000 000	9 440 000
504 Bundesamt für Sport	A290.0103	Finanzhilfen	100 000 000	99 855 675
504 Bundesamt für Sport	A290.0123	Darlehen SFL/SIHF	175 000 000	20 345 954
506 Bundesamt für Bevölkerungsschutz	A290.0100	Aufgebot Schutzdienstpflichtige	23 375 000	8 981 354
525 Verteidigung	A290.0113	Beschaffung Sanitätsmaterial	2 014 606 350	618 149 561
604 Staatssekretariat für internationale Finanzfragen	A290.0122	Beitrag Schweiz an IWF CCRT	25 000 000	25 000 000
620 Bundesamt für Bauten und Logistik	A202.0134	Investitionen ETH-Bauten	24 000 000	24 000 000
704 Staatssekretariat für Wirtschaft	A231.0196	Gewerbliche Bürgschaftsgenossenschaften	10 000 000	4 200 000
704 Staatssekretariat für Wirtschaft	A231.0198	Exportförderung	4 500 000	3 000 000
704 Staatssekretariat für Wirtschaft	A235.0101	Darlehen und Beteiligungen Entwicklungsländer	10 000 000	10 000 000
704 Staatssekretariat für Wirtschaft	A290.0105	Bundesbeitrag an die ALV	20 200 000 000	10 775 000 000
704 Staatssekretariat für Wirtschaft	A290.0106	Bürgschaften	1 000 000 000	60 458 378
704 Staatssekretariat für Wirtschaft	A290.0116	Beitrag Tourismus	40 000 000	13 200 000
708 Bundesamt für Landwirtschaft	A231.0231	Beihilfen Viehwirtschaft	3 000 000	2 916 574
708 Bundesamt für Landwirtschaft	A231.0232	Beihilfen Pflanzenbau	8 500 000	8 500 000
724 Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung	A231.0416	Covid: Lagerhaltung Ethanol	95 000	43 237
802 Bundesamt für Verkehr	A236.0110	Einlage Bahninfrastrukturfonds	221 296 500	221 296 500
803 Bundesamt für Zivilluftfahrt	A290.0114	Unterstützung flugnahe Betriebe	600 000 000	
803 Bundesamt für Zivilluftfahrt	A290.0129	Rekapitalisierung Skyguide	150 000 000	150 000 480
808 Bundesamt für Kommunikation	A290.0125	Ausbau der indirekten Presseförderung	20 420 000	11 778 456

* Bewilligte Mittel inklusive nachträgliche Kompensationen zugunsten anderer Corona-Kredit

in Franken			Bewilligte Mittel	Eingegangene Verpflichtungen
Total Verpflichtungskredite für Bürgschaften, Garantien			42 775 000 000	17 477 700 350
604 Staatssekretariat für internationale Finanzfragen	V0214.02	Garantieverpflichtung gegenüber SNB für Darlehen an IWF	800 000 000	800 000 000
704 Staatssekretariat für Wirtschaft	V0336.00	Bürgschaften für Unternehmen (Corona - Härtefallhilfe)	40 000 000 000	15266487640
704 Staatssekretariat für Wirtschaft		Bürgschaften für Start-Ups	100 000 000	64 212 710
803 Bundesamt für Zivilluftfahrt	V0338.00	Garantien Luftverkehrsunternehmen	1 275 000 000	1 275 000 000
803 Bundesamt für Zivilluftfahrt	V0339.00	Unterstützung flugnahe Betriebe	600 000 000	72 000 000
Total Zahlungsrahmen			7 000 000	-
708 Bundesamt für Landwirtschaft	Z0023.04	Produktion und Absatz 2018-2021	7 000 000	

CORONAVIRUS: Bisherige FINANZIELLE ABFEDERUNGSMASSNAHMEN IM JAHR 2021

In Franken			Bisher bewilligte Mittel 2021
Total Voranschlagskredite*			24 372 193 146
davon ausserordentliche Ausgaben (A290.0xxx)			21 030 686 000
Amt	Kredit-Nr.	Kreditbezeichnung	
202 Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten	A231.0432	Covid: Beitrag an ACT-A**	300 000 000
306 Bundesamt für Kultur	A231.0417	Covid: Leistungsvereinbarungen Kultur Kantone	240 000 000
306 Bundesamt für Kultur	A231.0418	Covid: Soforthilfe für Kulturschaffende	20 000 000
306 Bundesamt für Kultur	A231.0419	Covid: Kulturvereine im Laienbereich	18 000 000
306 Bundesamt für Kultur	A290.0131	Covid: Leistungsvereinbarungen Kultur Kantone	31 286 000
316 Bundesamt für Gesundheit	A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	84 865 100
316 Bundesamt für Gesundheit	A231.0213	Beitrag Gesundheitsschutz und Prävention	18 143 000
316 Bundesamt für Gesundheit	A231.0421	Covid: Beschaffung Arzneimittel und Impfleistungen	133 000 000
316 Bundesamt für Gesundheit	A231.0429	Covid: Anschubfinanzierung repetitive Testung	64 000 000
316 Bundesamt für Gesundheit	A231.0431	Covid: Beiträge an Herstellung/Entwicklung von Arzneimitteln	50 000 000
316 Bundesamt für Gesundheit	A290.0130	Covid: Bundesfinanzierung SARS-CoV-2-Tests	2 432 600 000
317 Bundesamt für Statistik	A200.0001	Funktionsaufwand (Globalbudget)	5 180 000
318 Bundesamt für Sozialversicherungen	A231.0426	Covid: Kinderbetreuung	20 000 000
318 Bundesamt für Sozialversicherungen	A290.0104	Covid: Leistungen Erwerbsersatz	3 140 000 000
504 Bundesamt für Sport	A231.0412	Covid: Finanzhilfen	150 000 000
504 Bundesamt für Sport	A235.0113	Covid: Darlehen SFL/SIHF	329 654 046
506 Bundesamt für Bevölkerungsschutz	A231.0427	Covid: Zivilschutz Einsätze	9 000 000
525 Verteidigung	A290.0113	Covid: Beschaffung Sanitätsmaterial	1 200 000 000
704 Staatssekretariat für Wirtschaft	A231.0198	Exportförderung	2 600 000
704 Staatssekretariat für Wirtschaft	A231.0411	Covid: Bürgschaften	1 000 000 000
704 Staatssekretariat für Wirtschaft	A231.0430	Covid: Schutzschirm für Publikumsanlässe	90 000 000
704 Staatssekretariat für Wirtschaft	A290.0105	Covid: Bundesbeitrag an die ALV	6 000 000 000
704 Staatssekretariat für Wirtschaft	A290.0116	Covid: Beitrag Tourismus	26 800 000
704 Staatssekretariat für Wirtschaft	A290.0132	Covid: Kantonale Härtefallmassnahmen für Unternehmen	8 200 000 000
724 Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung	A231.0416	Covid: Lagerhaltung Ethanol	465 000
802 Bundesamt für Verkehr	A231.0414	Covid: Abgeltung Regionaler Personenverkehr	290 000 000
802 Bundesamt für Verkehr	A231.0415	Covid: Abgeltung Schienengüterverkehr	70 000 000
802 Bundesamt für Verkehr	A231.0422	Covid: Abgeltung Ortsverkehr	150 000 000
802 Bundesamt für Verkehr	A231.0423	Covid: Autoverlad	4 100 000
802 Bundesamt für Verkehr	A231.0428	Covid: Touristischer Verkehr	25 000 000
803 Bundesamt für Zivilluftfahrt	A235.0114	Covid: Rekapitalisierung Skyguide	250 000 000
808 Bundesamt für Kommunikation	A231.0409	Covid: Ausbau der indirekten Presseförderung	17 500 000
Total Verpflichtungskredite			9 676 000 000
202 Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten	V0359.00	Covid: Access to Tools Accelerator (ACT-A)	226 000 000
525 Verteidigung	V0355.00	Covid: Beschaffung Sanitätsmaterial und Impfstoffe	1 100 000 000
704 Staatssekretariat für Wirtschaft	V0357.00	Covid: Kantonale Härtefallmassnahmen für Unternehmen	8 200 000 000
704 Staatssekretariat für Wirtschaft	V0358.00	Covid: Schutzschirm für Publikumsanlässe	150 000 000
Total Zahlungsrahmen			2 600 000
704 Staatssekretariat für Wirtschaft	Z0017.05	Exportförderung 2020-2023	2 600 000

* inkl. Kreditübertragungen

** davon 74 Millionen über andere Voranschlagskredite des EDA

Auszug: Botschaft über den Nachtrag IIa zum Voranschlag 2021

ANHANG XIII: GESCHEITERTE COVID-19-VORLAGEN

20200076 Covid-19-Geschäftsmietegesetz
(NR 30.11.2020 Ablehnung in der Gesamtabstimmung / SR 02.12.2020 Nichteintreten)

ANHANG XIV: VOLKSABSTIMMUNGEN ÜBER COVID-19-VORLAGEN

2000058	Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz) vom 25. September 2020	Das Gesetz wird am 13. Juni 2021 vom Volk angenommen.
---------	---	---